

G. A. DEBORIN

DER ZWEITE WELTKRIEG

ERSTER TEIL

DER VORABEND DES ZWEITEN WELTKRIEGES

DIE AGGRESSOREN UND IHRE HELFERSHELFER

1

Am 11. November 1918 verstummte der Geschützdonner an den Fronten des ersten imperialistischen Weltkrieges. Die Völker Europas, denen der Krieg unendliches Leid gebracht hatte, schöpften Atem. Bürgerliche Propagandisten verkündeten übereilt, ein neuer historischer Zeitabschnitt, eine Epoche des Friedens habe begonnen.

Doch es gab keinen Frieden für die Völker. Der Weltimperialismus setzte seinen blutigen Krieg gegen den jungen Sowjetstaat fort, dessen Werktätige die Herrschaft des Kapitalismus beseitigt und den lichten Weg zum Sozialismus eingeschlagen hatten. Churchill strebte danach, in dem Feldzug der Weltreaktion gegen den Sowjetstaat den Oberbefehl zu übernehmen, und rief hysterisch dazu auf, den Bolschewismus in seiner Wiege zu ersticken. In den verschiedenen Teilen des unermesslichen kolonialen Hinterlandes des Imperialismus gingen die Kolonialherren unmenschlich brutal gegen Freiheitskämpfer vor.

Das erste Viertel des 20. Jahrhunderts näherte sich bereits seinem Ende, als im Oktober 1925 die einflussreichsten Politiker des bürgerlichen Europas auf der Konferenz von Locarno erklärten, jetzt sei endlich die Grenze erreicht, die Wasserscheide zwischen den Jahren des Krieges und den kommenden Jahren des Friedens. Es war eine Wasserscheide, doch von völlig anderer Natur: Eine Reihe von Kriegen war vorüber, und neue Kriege reiften heran. In Locarno bemühten sich die bürgerlichen Regierungen, im Interesse der Monopole neue Kriegsherde zu schaffen. Während die Schäden des ersten Weltkrieges noch nicht überwunden waren, wurde für neue Kriege bereits Zündstoff zusammengetragen.

Der erste Weltkrieg war nicht zufällig ausgebrochen. Im kapitalistischen System hatten sich äusserst tiefgehende Widersprüche herausgebildet. Neben den Besonderheiten des imperialistischen Entwicklungsstadiums hatten sie gesetzmässig zum Ausbruch dieses Krieges geführt. Im Verlauf des ersten Weltkrieges stürzten die russischen Arbeiter und Bauern den Zarismus und errichteten ihre Macht.

Jetzt war die Welt in zwei entgegengesetzte gesellschaftliche Systeme gespalten, in den Sozialismus und den Kapitalismus. Doch der Sieg der Oktoberrevolution hatte den Imperialismus nur auf einem Sechstel des Erdballs vernichtet. Den übrigen Teil der Welt bildeten entweder imperialistische Staaten oder deren Kolonien und Halbkolonien. Zu jener Zeit umfassten die Länder, die sich dank den neuen historischen Verhältnissen bereits von der kolonialen Sklaverei befreit und den Weg einer unabhängigen Entwicklung beschritten hatten, nur einen unbedeutenden Teil der Welt.

Da der Imperialismus fortbestand, blieb auch die ökonomische Grundlage der Kriege, die er erzeugte, bestehen. Der erste Weltkrieg hatte die dem Imperialismus eigenen, überaus tiefgehenden Widersprüche, die das Entstehen von Kriegen bedingten, nicht beseitigt und konnte sie auch nicht beseitigen. Im Gegenteil, der Krieg und seine Folgen hatten diese Widersprüche noch vertieft und neue, noch schärfere Gegensätze und Konflikte hervorgerufen. Er hatte zahlreiche Keime für neue imperialistische Kriege gelegt.

Der tiefste, grundlegendste und im Kapitalismus nicht zu lösende Widerspruch ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung. Auf diesem Gegensatz beruhen gerade die Wirtschaftskrisen, die periodisch die gesamte kapitalistische Welt erschüttern. Er durchdringt alle Seiten des Lebens in den kapitalistischen Ländern, die von akuten Klassenwidersprüchen zerrissen werden. Durch diese inneren Widersprüche des Kapitalismus wird sein Untergang unvermeidlich.

Die Produktivkräfte des modernen Kapitalismus waren über den Rahmen des Privateigentums an den Produktionsmitteln hinausgewachsen und für den Sozialismus reif geworden. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion wirkte auch über die Grenzen einzelner kapitalistischer Staaten hinaus in der ganzen bürgerlichen Welt. Er entwickelte sich in grossen internationalen Massstäben, weil der Kapitalismus zum Weltsystem geworden war und sich die internationale kapitalistische gesellschaftliche Arbeitsteilung, in deren Dienst der Weltmarkt steht, weitgehend entwickelt hatte. Die privatkapitalistische Aneignung legte jedoch dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion Fesseln an. Dieser Konflikt führte zu einem erbitterten Kampf.

Die bürgerlichen Ausbeuterstaaten, in der Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus noch eine Stütze für die Entwicklung der Produktivkräfte der Menschheit, hemmten jetzt in der Epoche des Imperialismus die Weiterentwicklung der Produktivkräfte. «Dem Kapitalismus», schrieb W. I. Lenin, «ist es zu

eng geworden in den alten Nationalstaaten, ohne deren Bildung er den Feudalismus nicht stürzen konnte. Der Kapitalismus hat die Konzentration bis zu solchem Grade entwickelt, dass ganze Industriezweige von Syndikaten, Trusten, kapitalistischen Milliardärverbänden in Besitz genommen sind und dass nahezu der ganze Erdball unter diese ‚Kapitalgewaltigen‘ aufgeteilt ist, sei es in der Form von Kolonien, sei es durch die Umstrickung fremder Länder mit Tausenden Fäden finanzieller Ausbeutung. Der Freihandel und die freie Konkurrenz sind ersetzt durch das Streben nach Monopolen, nach Eroberung von Gebieten für Kapitalanlage, Rohstoffausfuhr usw. Aus einem Befreier der Nationen, der er in der Zeit des Ringens mit dem Feudalismus war, ist der Kapitalismus der imperialistischen Epoche zum grössten Unterdrücker der Nationen geworden.» Aus den charakteristischen Eigenschaften des Kapitalismus entwickelt sich das Streben der Bourgeoisie nach Kapitalausfuhr und nach dem Kampf um Absatzmärkte für Waren, nach denen im Land selbst keine kaufkräftige Nachfrage besteht, entwickelt sich ihr Streben, Rohstoffquellen und neue Kolonien zu erobern, die Konkurrenten auf den Weltmärkten zu vernichten und die Weltherrschaft zu erringen.

Unter den Bedingungen des Imperialismus entbrennt zwischen den kapitalistischen Grossmächten der Kampf um die territoriale Aufteilung der gesamten ihnen zugänglichen Welt. Diese Aufteilung erfolgt in der erbitterten Auseinandersetzung der kapitalistischen Räuber entsprechend ihrem realen Kräfteverhältnis, das sich jedoch in der kapitalistischen Welt im Lauf der Zeit verändert, zumal im modernen Kapitalismus die ökonomische und politische Entwicklung ausgesprochen ungleichmässig verläuft. So entsteht der Konflikt zwischen der Verteilung der Märkte und Einflussphären einerseits und dem neuen realen Kräfteverhältnis der kapitalistischen Mächte andererseits. Dieser Gegensatz führt unvermeidlich zum Krieg. Lenin schrieb, «dass der Kapitalismus die Reichtümer der Erde in den Händen einzelner Staaten konzentriert, dass er die Erde bis zum letzten Winkel auf geteilt hat; eine weitere Teilung, eine weitere Bereicherung ist nur noch auf Kosten anderer, auf Kosten eines Staates im Interesse eines anderen möglich. In dieser Frage eine Entscheidung herbeiführen kann man nur durch Gewalt – und deshalb wurde der Krieg zwischen den räuberischen Weltmächten unvermeidlich.»²

¹ W. I. Lenin, Sozialismus und Krieg. In: W. I. Lenin, Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, Bd. I, Berlin 1958, S. 513 f.

² W. I. Lenin, Rede auf einer Kundgebung im Polytechnischen Museum. 23. August 1918. In: W. I. Lenin, Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, Bd. II/1, Berlin 1959, S. 400.

Der erste imperialistische Weltkrieg war durch jenen Konflikt hervorgerufen worden, der zwischen den am stärksten entwickelten kapitalistischen Ländern entstanden war, vor allem zwischen Deutschland, das England und Frankreich ihre Weltpositionen streitig machte, und diesen beiden mächtigen, jedoch bereits zurückgebliebenen Staaten, die jetzt ihren Konkurrenten vernichten wollten. Im ersten Weltkrieg erlitt Deutschland eine Niederlage, die es vorübergehend wirtschaftlich schwächte. Doch sogar das geschlagene und durch die schweren Bedingungen des Versailler Vertrages geknebelte Deutschland blieb potentiell stärker als die Sieger England und Frankreich. Die herrschenden Kreise Englands und Frankreichs waren sich bewusst, dass der Sieg über Deutschland im ersten Weltkrieg durch den Kampf und die Anstrengungen einer grossen Koalition errungen worden war, in der Russland eine besonders wichtige Rolle gespielt hatte. Die russischen Armeen verhinderten, dass Deutschland England und Frankreich zerschlug. Doch sogar als Sieger mussten beide Staaten die Zukunft fürchten, weil sie einsahen, dass Deutschland unvermeidlich wieder zu den führenden kapitalistischen Ländern aufschliessen würde.

Man sollte meinen, die führenden Kreise Englands und Frankreichs hätten sich in dieser Situation mit allen Kräften einsetzen müssen, um eine Wiedergeburt der ökonomischen und damit auch der militärischen Macht Deutschlands zu verhindern. Sie schlugen jedoch eine Politik ein, die im Grunde genommen ihren kapitalistischen und den nationalen Interessen widersprach und das Wiedererstehen des militärischen Potentials Deutschlands unterstützte. Schon 1924/25 hatte sich diese Politik der Westmächte herausgebildet, die in der Folgezeit ihre Vollendung in dem Münchener Abkommen der Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs mit den Regierungen Hitlerdeutschlands und des faschistischen Italiens fand.

Die Politik von München wurde aus der Situation geboren, die sich unter den Verhältnissen der allgemeinen Krise des Kapitalismus entwickelt hatte. Der Kampf zwischen den beiden einander entgegengesetzten sozialen Systemen war zum Hauptinhalt des gesamten internationalen Lebens geworden. Der Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt übertraf alle anderen Widersprüche des Imperialismus.

Die Regierungen der kapitalistischen Staaten gingen in ihrer Aussenpolitik stets davon aus, dass die Sowjetunion existierte; ihr Ziel war es, der Sache des Sozialismus so viel wie möglich zu schaden. Von dieser Erwägung liessen sich die Regierungen der Siegerstaaten auch in der deutschen Frage leiten.

Nach dem Zusammenbruch der ausländischen militärischen Intervention gegen den Sowjetstaat gab die kapitalistische Welt ihre Absicht, den Sozialismus mit Waffengewalt zu vernichten, nicht auf. Die Monopolkapitalisten der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands und Frankreichs fuhren fort, Pläne für neue gegen die Sowjetunion gerichtete militärische Abenteuer auszuarbeiten. Auf der Suche nach der militärischen Kraft, die notwendig war, um diese Pläne verwirklichen zu können, rechneten sie immer mehr mit dem reaktionären Deutschland, weil es ein starkes militärisches und wirtschaftliches Potential besass und ausserdem fähig war, bedeutende Armeen für die Front bereitzustellen. Auch die militaristischen Traditionen sowie die Grausamkeit und der Blutdurst der herrschenden Klassen, die bereit waren, Sowohl gegen die eigene Bevölkerung als auch gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete mit Terror und Gewalt vorzugehen, liessen Deutschland noch geeigneter erscheinen, in den imperialistischen Plänen eine wichtige Rolle zu spielen.

Schritt für Schritt arbeiteten die führenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs die Pläne aus, Deutschland und auch Japan für ihre Ziele auszunutzen. Durch einen Krieg dieser beiden eroberungslüsternden Staaten gegen die UdSSR wollten sie zwei Aufgaben lösen. Deutschland und Japan sollten die Sowjetunion vernichten und durch die Sowjetunion aber als Konkurrenten der führenden imperialistischen Staaten selbst empfindlich geschwächt werden.

Die Initiatoren dieses Planes waren die amerikanischen Monopolkapitalisten, die hasserfüllt auf die Sowjetunion blickten und sich bemühten, gleichzeitig auch ihre Widersprüche zu Deutschland und Japan zu lösen. Allmählich traten die Bedenken, die in dieser Hinsicht in den herrschenden Kreisen Englands und Frankreichs gehegt wurden, in den Hintergrund, obgleich der Kampf zwischen den imperialistischen Interessen der USA, Englands und Frankreichs trotz der gemeinsamen antisowjetischen Politik nicht nachliess. In den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen überwogen im imperialistischen Lager die Widersprüche zwischen den USA und England.

Die Absichten der amerikanischen Imperialisten, Deutschland gegen die Sowjetunion marschieren zu lassen, fanden ihren Niederschlag im Dawesplan, dem Plan für die Wiedergeburt der deutschen Schwerindustrie und des deutschen Kriegspotentials. Diesem Ziel dienten auch die amerikanischen Milliardenkredite an Deutschland.

Die führenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs berücksichtigten in ihren gegen die Sowjetunion gerichteten Plänen nicht die Interessen der deutschen und japanischen Imperialisten. Die deutschen Imperialisten strebten nach

Revanche. Kaum war der erste Weltkrieg beendet, begannen sie, ein neues Völkermorden vorzubereiten. Krupp, der grösste deutsche Rüstungsindustrielle, hat betont, dass unmittelbar nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages in Deutschland insgeheim die Wiederaufrüstung einsetzte; damit «wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zur gegebenen Stunde ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für die deutsche Wehrmacht bereitzustehen».¹

Die bereits 1925 vom damaligen deutschen Aussenminister Stresemann ganz präzise dargelegte Politik Deutschlands lief darauf hinaus, die ihm durch die Politik der Westmächte gewährten Möglichkeiten voll auszunutzen und entsprechend den eigenen kapitalistischen Interessen zu handeln. Bereits darin lag die eigentliche Ursache für einen Konflikt zwischen Deutschland und seinen westlichen Gönnern und Helfershelfern.

Schon lange vor dem zweiten Weltkrieg hatten sich in der kapitalistischen Welt die Kräfte völlig gruppiert. Auf der einen Seite standen Deutschland, Italien und Japan. Diese Mächte strebten eine Neuaufteilung der Welt an und waren die unmittelbaren Initiatoren einer Aggression. Auf der anderen Seite standen als Helfershelfer der faschistischen Aggression und als Provokateure internationaler Konflikte die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs.

Obwohl sich die konkreten Pläne der Regierungen der verschiedenen imperialistischen Mächte, die sich immer stärker in zwei Gruppierungen spalteten, sehr voneinander unterschieden, bildeten diese Regierungen im Grunde genommen ein Lager, das Lager der imperialistischen Reaktion und Aggression.

Das andere Lager, das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, wurde nur von einem Staat vertreten, von der Sowjetunion, die auch durch den Kampf um den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt, der in den kapitalistischen Ländern geführt wurde, unterstützt wurde.

Die Sowjetunion ging in ihrem Kampf für den Frieden davon aus, dass es möglich ist, durch den Einsatz der Völker und Regierungen den Weltfrieden zu verteidigen. Sie rief deshalb vor allem die europäische Öffentlichkeit auf, sich zum Widerstand gegen einen neuen Krieg zusammenzuschliessen.

¹Zitiert nach: Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher... Ausg. und eingel. von Prof. Dr. P. A. Steiniger, Bd. II, Berlin 1957, S. 32 (im Folgenden zitiert als «Nürnberger Prozess»).

Die Situation in der kapitalistischen Welt wurde äusserst schwierig, als 1929 die Weltwirtschaftskrise einsetzte. Diese Krise, die in ihrer Tiefenwirkung und zerstörenden Kraft alle bisherigen Krisen übertraf, trug dazu bei, dass sich alle Widersprüche des Kapitalismus jäh verschärften. Sie beschleunigte den Zerfall des Systems von Versailles und Washington und den Ausbruch eines neuen Weltkrieges.

Eine der Besonderheiten der Geschichte des zweiten Weltkrieges besteht darin, dass dieser Krieg nicht sofort die ganze Welt ergriff. Zu einem Weltkrieg wurde er erst von 1939 bis 1941, als der Kriegsbrand nacheinander alle Grossmächte der Welt erfasste. Eine Reihe von Kriegen, die von 1931 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges geführt wurden, trugen dazu bei, dass dieser Krieg die ganze Welt ergriff.

Obgleich jeder dieser militärischen Konflikte bis zu einem gewissen Grad Lokalcharakter trug, bilden sie doch in ihrer Gesamtheit die Glieder einer Kette. Diese Kette beginnt 1931 mit dem Einbruch Japans in Nordostchina, sie wird durch den japanisch-chinesischen Krieg von 1937 bis 1945 fortgesetzt und mit der Kapitulation Japans im September 1945 geschlossen. Eines ihrer Glieder ist der italienische Überfall auf Abessinien von 1935, dem schliesslich 1943 die Kapitulation Italiens folgte. Ebenso sind die Ereignisse des Jahres 1936, als italienische und deutsche Faschisten in Spanien einfielen, und die Vorgänge des Jahres 1945, als die bedingungslose Kapitulation Deutschlands den Krieg in Europa beendete, gesetzmässig verbunden.

Deshalb erstreckt sich die gesamte geschichtliche Periode der neuen Kriege über den Zeitraum von 1931 bis 1945, obgleich der Krieg im Weltmassstab nur von 1939 bis 1945 die ganze Welt erfasst hatte.

Die Kriege der Anfangsetappe dieser Periode wiesen mehrere charakteristische Züge auf, die sich weiterentwickelten, als der Krieg zum Weltkrieg wurde. Alle diese Kriege wurden von faschistischen Aggressoren entfesselt, die danach strebten, die Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen, die Völker zu unterjochen und die Welt zu ihren Gunsten neu aufzuteilen. Die Volksmassen leisteten in allen diesen Kriegen der Aggression heldenhaften Widerstand, verteidigten ihre nationale Unabhängigkeit und ihre Freiheit und kämpften für die Interessen der Demokratie gegen den reaktionärsten Auswuchs des Imperialismus, den Faschismus.

Die von den Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs betrie-

bene Politik der «Nichteinmischung» und der «Neutralität» sollte im Grunde genommen nur die Aggression fördern und mit Hilfe des Faschismus die demokratischen, für die nationale Befreiung eintretenden und revolutionären Kräfte in den kapitalistischen Ländern zerschlagen sowie die Sowjetunion vernichten. Diese Politik musste unweigerlich zu einem militärischen Zusammenstoss der beiden imperialistischen Gruppen führen, weil Deutschland, Italien und Japan die antidemokratische und volksfeindliche Politik der USA, Grossbritanniens und Frankreichs dazu ausnutzten, die Positionen dieser Staaten anzugreifen. Mit dieser Lage konnten sich die Monopolkapitalisten der USA, Englands und Frankreichs nur abfinden, solange sie noch hofften, die faschistischen Mächte für ihre Interessen ausnutzen zu können.

Bis zu einer bestimmten Zeit liessen die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs den Aggressoren nicht nur freien Lauf, sondern unterstützten sie sogar. Diese Politik wird durch zahlreiche amtliche und halbamtliche Dokumente jener Zeit bewiesen. Als zum Beispiel Japan 1931 in Nordostchina – in die Mandchurei – einbrach, hielt es der damalige USA-Präsident Hoover für notwendig zu erklären, warum er dafür sei, Japan zu unterstützen, obwohl diese Invasion den Interessen der USA offensichtlich Schaden zufügte. In einem an die Minister der USA gerichteten Memorandum schrieb Hoover: «Erstens ist dies vor allem eine Auseinandersetzung zwischen China und Japan. Die Vereinigten Staaten haben nie den Standpunkt vertreten, den Frieden unter den Nationen durch Gewalt aufrecht zu erhalten.. . Angenommen die Japaner wären dreist aufgetreten und hätten gesagt: ‚Wir können diese Verträge nicht länger dulden, und wir müssen zur Kenntnis geben, dass China versäumt hat, die innere Ordnung herzustellen, die diese Verträge vorsahen. Die Hälfte seines Gebietes ist bolschewistisch und arbeitet mit Russland zusammen... Darüber hinaus ist mit einem bolschewistischen Russland im Norden und einem möglicherweise bolschewistischen China in unserer Flanke unsere Unabhängigkeit in Gefahr. Entweder die Unterzeichner des Neun-Mächte-Paktes verbünden sich mit uns, um die Ordnung in China wiederherzustellen, oder wir müssen es als Akt der Selbsterhaltung selbst tun. Wenn ihr euch nicht mit uns verbündet, müssen wir zu bedenken geben, dass wir nicht an einer Verpflichtung, deren Umstände sich völlig verändert haben, festhalten können!‘ Amerika würde sich natürlich einem solchen Vorschlag nicht anschliessen, aber wir könnten wenig dagegen einwenden.»¹

¹ S. R. Smith, *The Manchurian Crisis 1931-1932* (Die mandchurische Krise 1931 bis 1932), New York 1948, S. 149f.

Durch den faschistischen Umsturz hatten in Deutschland Kräfte die Macht an sich gerissen, die bewusst Kurs auf einen neuen Krieg nahmen. Die herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs liessen jedoch zu, dass sich Deutschland in den gefährlichsten Herd eines neuen Weltkrieges verwandelte; sie unterstützten sogar noch diese Entwicklung. Bereits vor der Machtergreifung durch die Faschisten hatten die Monopolkapitalisten der USA, Englands und Frankreichs ihnen moralische und materielle Hilfe geleistet. Diese Förderung wurde verstärkt, als Hitler Reichskanzler geworden war und grausam und brutal gegen alle antifaschistischen Kräfte vorging. Nach den Worten eines amerikanischen Historikers wurde in den herrschenden Kreisen der USA und Englands offen die Meinung geäussert, dass Deutschland zum herrschenden Lande auf dem europäischen Kontinent werden müsse und dass der Nationalsozialismus das einzige Bollwerk gegen den Kommunismus sei.¹

Die herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs setzten ganz offen auf Hitlerdeutschland und bemühten, sich, dieses Regime für ihre Klasseninteressen auszunutzen.

Hitler war wohl mit aktiver Unterstützung der Monopolkapitalisten der USA und Englands an die Macht gelangt, wollte jetzt aber Deutschland keineswegs zu einem Werkzeug ihrer Politik machen. Der deutsche Imperialismus verfolgte seine eigenen Ziele und strebte danach, die Welt grundlegend neu aufzuteilen, ein gewaltiges deutsches Kolonialreich zu schaffen, die englische und amerikanische Konkurrenz zu vernichten und die Weltherrschaft zu erobern. Den wichtigsten Bestandteil der abenteuerlichen Aggressionspläne der Hitlerfaschisten bildete die Absicht, die Sowjetunion zu erobern, ihre Völker zu unterwerfen und den Sowjetstaat als das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltherrschaft des Imperialismus zu vernichten.

Hitler machte bewusst kein Geheimnis aus seinen antisowjetischen Plänen. In seinem Buch «Mein Kampf», dem eigenartigen Programm des deutschen Faschismus, hiess es ganz unverblümt: «Wollte man in Europa Grund und Boden, dann konnte dies im grossen und ganzen nur auf Kosten Russlands geschahen, dann musste sich das neue Reich wieder auf der Strasse der einstigen Ordensritter in Marsch setzen.»² Die Faschisten verkündeten ihre gegen die Sowjetunion gerichteten Absichten überall und wollten damit das Vertrauen der Monopolherren der USA und Englands erwerben, um noch grössere Unterstützung

¹ Siehe R. W. van Alstyne, *American Diplomacy in Action* (Amerikanische Diplomatie in Aktion), Stanford, Cal. 1944, S. 379.

² A. Hitler, *Mein Kampf*, München 1942, S. 154.

zu erhalten. Im Kreise seiner Vertrauten erklärte Hitler prahlerisch, er müsse mit dem Kapitalismus Fangball spielen und die Versailler Mächte mit Hilfe des Schreckgespenstes des Bolschewismus zügeln und sie dazu bringen, zu glauben, dass Deutschland «das letzte Bollwerk gegen die rote Flut» sei. Für ihn sei dies das einzige Mittel, um die kritische Zeit zu überstehen, Versailles abzuschütteln und neu aufzurüsten.¹

Hitler erreichte sein Ziel. Die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs begannen, überzeugt davon, Deutschland überlisten und es für ihre Interessen ausnutzen zu können, ein kompliziertes politisches Spiel. Sie rechneten damit, dass es ihnen leicht gelingen werde, den faschistischen Diktator hinteres Licht zu führen. Die deutschen Diplomaten berichteten nach Berlin, dass sich bei den Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs die Überzeugung verstärkte, Deutschland plane nur im Osten einen Krieg und wolle sich auf die freundschaftliche Hilfe des Westens stützen. Militärische Kreise der USA und Englands gaben Hitler freundschaftliche Ratschläge, in welcher Reihenfolge er seine Eroberungen durchführen müsse. So empfahlen zum Beispiel führende englische Militärs, folgenden Weg einzuschlagen: Tschechoslowakei, Österreich, Polen, Sowjetunion.²

Die ideologische Grundlage des Hitlerschen Programms zur Eroberung der Weltherrschaft war die faschistische, von Menschenhass erfüllte «Rassentheorie», in der die Vernichtung und Versklavung aller anderen Völker durch die «auserwählte nordische» Rasse propagiert wurde. Die deutschen Faschisten hatten sorgfältig Pläne ausgearbeitet, um die slawischen Völker zu unterwerfen und auszurotten. Darüber hinaus richtete sich ihre Rassenhetze auch gegen das französische Volk sowie gegen andere Völker Westeuropas und Amerikas.

In ihren militärischen Plänen rechneten die Faschisten stark mit dem Überraschungsmoment bei einem Überfall und dem Einsatz beweglicher Kampfmittel, um plötzlich in andere Länder eindringen und sie besetzen zu können. Hitler erklärte 1935 offen: «Wenn ich einmal einen Gegner überfallen will, dann würde ich das anders machen wie Mussolini. Nicht monatelang vorher verhandeln und Vorbereitungen treffen, sondern wie ich es in meinem Leben immer gemacht habe, *plötzlich, wie aus der Nacht emporschnellend, mich blitzartig auf den Gegner stürzen*»³ Die deutschen Imperialisten und ihre treuen Diener –

¹ Siehe K. Lüdecke, *I knew Hitler* (Ich kannte Hitler), New York 1938, S. 468.

² Siehe Freiherr Geyr von Schweppenburg, *Erinnerungen eines Militärattachés*. London 1933-1937, Stuttgart 1949, S. 90.

³ Zitiert nach: A. Müller, *Hitlers motorisierte Stossarmee*, Paris 1936, S. 31 f.

die Faschisten – rechneten damit, jene Verräter einsetzen zu können, die vom deutschen Geheimdienst rechtzeitig für andere Länder ausgebildet worden waren. Diese Frage beachtete Hitler in seinen Plänen besonders, wenn er sagte: «Wir haben überall mitten im Lande des Gegners Freunde, die uns helfen, wir werden sie uns zu verschaffen wissen. Gefühls Verwirrung, Widerstreit der Gefühle, Unentschlossenheit, Panik; das sind unsere Waffen.»¹ Seinen Plan für einen «Blitzkrieg» und seine Gedanken über die Rolle der «Fünften Kolonne» in einem solchen Krieg entwickelte Hitler mit folgenden Worten weiter: «Binnen wenigen Minuten ist Frankreich, ist Polen, ist Österreich, ist die Tschechoslowakei seiner führenden Männer beraubt. Eine Armee ohne Generalstab. Alle politischen Führer sind erledigt. Die Verwirrung wird beispiellos. Aber ich stehe längst auch mit Männern in Verbindung, die eine neue Regierung bilden. Eine Regierung, wie sie mir passt.»²

Diesen terroristischen Einschüchterungsplänen entsprach auch die faschistische Losung vom «totalen Krieg», der zwischen der Front und dem Hinterland, zwischen der Armee und der Zivilbevölkerung keinen Unterschied kennt.

Während in Hitlerdeutschland die Kriegsvorbereitungen auf vollen Touren liefen, rechneten die Westmächte immer noch damit, Deutschland für ihre Interessen ausnützen zu können, obwohl hin und wieder die imperialistischen Widersprüche offen zum Durchbruch kamen. So stellte zum Beispiel die englische konservative Zeitschrift «Fortnightly Review» 1933 beunruhigt fest, dass Deutschland bereits das wirtschaftlich stärkste europäische Land mit der höchstorganisierten und am besten ausgerüsteten Industrie sei und die ganze Welt mit seinen billigen Waren überschwemmen könne. Es stelle nicht nur für Mitteleuropa und überhaupt für alle Länder Europas, sondern vor allem auch für seinen Hauptabnehmer und Industrierivalen Grossbritannien einen ernsthaften Konkurrenten und eine wirtschaftliche Bedrohung dar.³ Doch solche Warnungen gingen in dem allgemeinen ziemlich gleichgestimmten Chor der führenden Kreise der USA und Englands unter, die Loblieder auf die «guten Beziehungen» zu Hitlerdeutschland sangen.

Tatsächlich konnten sich die deutschen Imperialisten nicht darüber beklagen, dass es ihnen an guten Beziehungen zu den amerikanischen und englischen Mo-

¹ Zitiert nach: H. Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich-Wien-New York 1940, S. 15.

² Zitiert nach: ebenda, S. 13.

³ Siehe «The Fortnightly Review» vom Januar 1933, S. 46 f.

nopolkapitalisten mangle. Seit in Deutschland die Faschisten herrschten, hatten sich die finanziellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den deutschen und den amerikanischen Monopolen wesentlich gefestigt und erweitert. Die amerikanischen Imperialisten setzten sich – nun noch aktiver dafür ein, das faschistische Rüstungspotential zu verstärken und die gigantische Kriegsmaschine des faschistischen Deutschlands wiederherzustellen.

Die amerikanischen Unternehmen in Deutschland erzeugten verstärkt Kriegsgerät, Waffen und Kraftfahrzeuge. Waffen und Lebensmittel für die Lager der Wehrmachtsverwaltung flossen in einem breiten Strom aus den USA nach Deutschland. Amerikanische Firmen verkauften den Faschisten mit Wissen und Billigung der USA-Regierung Patente und Rechte zur Konstruktion und zur Herstellung von modernsten Waffen, von Flugzeugmotoren, Flugzeugen und Funkanlagen. Die amerikanischen Monopole stellten Deutschland Patente zur Verfügung und halfen ihm, die Produktion von synthetischem Kautschuk, synthetischem Benzin und neuen Sprengstoffen sowie von Aluminium, Magnesium, Beryllium und anderem strategisch überaus wichtigem Material im grossen Rahmen aufzunehmen.

Die englischen Monopole bemühten sich, bei diesem schmutzigen Geschäft nicht hinter den USA zurückzubleiben. Ihr bedeutendster Schritt, der ernste Folgen haben sollte, war das 1935 mit Deutschland abgeschlossene Flottenabkommen. Beide Unterzeichnerstaaten verletzten damit den Versailler Vertrag; Deutschland erhielt nicht nur das Recht, eine moderne Kriegsflotte einschliesslich einer U-Boot-Flotte zu bauen, sondern wurde dabei von England weitgehend finanziell, wissenschaftlich und technisch unterstützt.

Auch die französischen Imperialisten leisteten ihren Beitrag zur Wiederherstellung des Kriegspotentials Hitlerdeutschlands. Sie halfen Deutschland, den Bau von modernsten Militärflugzeugen aufzunehmen und die Herstellung von Artilleriewaffen in die Wege zu leiten. Nachdem Deutschland die Tschechoslowakei erobert hatte, lief diese Produktion mit französischer Unterstützung in den für Rüstungszwecke arbeitenden Skodawerken an. An der Wiege der faschistischen deutschen Aggression standen sorgsame Feen!

Die herrschenden Kreise der USA, Englands und Frankreichs leisteten also Hitlerdeutschland finanzielle und wirtschaftliche Hilfe, darüber hinaus unterstützten sie es auch aktiv auf diplomatischer und politischer Ebene, um damit vor allem die UdSSR international zu isolieren.

«Gerade die Imperialisten der USA, Grossbritanniens und Frankreichs verwand-

ten entgegen den nationalen Interessen ihrer Völker viele Milliarden Dollar darauf, den deutschen Monopolherren zu helfen, den Hitlerfaschismus aufzupäpeln und die faschistischen Horden zu bewaffnen. Gerade sie ermunterten die hitlerfaschistischen Aggressoren in ihren Ansprüchen auf Österreich und die Tschechoslowakei, indem sie sie immer näher an die sowjetischen Grenzen schoben und alle Vorschläge der Sowjetunion über einen vereinten Widerstand gegen die faschistischen Eindringlinge zurückwiesen.»¹

Kein bürgerlicher Staat setzte sich in den Vorkriegsjahren entschlossen für den Frieden ein, keine bürgerliche Regierung tat alles, um die Völker gegen die heranahende faschistische Aggression zu schützen. Nur die Sowjetunion vertrat entschieden die Sache des Friedens und verlangte, die, faschistischen Räuber zu zügeln.

Die Kräfte der Sowjetunion, des damals einzigen sozialistischen Staates, und der mit ihr sympathisierenden friedliebenden Menschen in den anderen Ländern reichten jedoch nicht aus, um die Kriegspläne der aggressiven imperialistischen Länder zu vereiteln. Wäre es gelungen, die Regierungen und Völker mehrerer kapitalistischer Länder in den Friedenskampf einzubeziehen, hätte der Krieg verhütet werden können. Die Sowjetunion schlug damals vor, eine Einheitsfront der Völker und Regierungen gegen einen neuen Weltkrieg zu bilden, ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen.

Die Aggressoren und ihre Helfershelfer standen diesem Gedanken jedoch mit unverhüllter Feindschaft gegenüber. Die Hitlerregierung teilte offiziell mit, dass sie eine solche Idee nicht billige und jegliche Verträge über eine gegenseitige Hilfe gegen eine Aggression ablehne. Diese Stellungnahme der deutschen Imperialisten überraschte natürlich nicht, kamen darin doch ihre seit Langem geäußerten Aggressionsabsichten zum Ausdruck. Der kollektiven Sicherheit widersetzten sich aber auch Staaten, deren Regierungen die faschistische deutsche Aggression förderten, wie die Regierungen der USA und Grossbritanniens.

Ende März 1935 stattete der britische Aussenminister Simon Hitler in Berlin einen Besuch ab. Während der dabei geführten Verhandlungen wurde eine gemeinsame Front Deutschlands und Englands gegen die kollektive Sicherheit gebildet. Nach England zurückgekehrt, berichtete Simon wohlwollend über die Absichten Hitlers, dieser habe entschieden erklärt, Deutschland wünsche sich nicht an einem Pakt zu beteiligen, der es zur gegenseitigen Hilfe verpflichte. Ins-

¹ Thesen der KPdSU und der SED zum 40. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin 1957, S. 31.

besondere sei Deutschland nicht geneigt, sich an einem Beistandspakt mit Russland zu beteiligen. Gleichzeitig habe Hitler betont, wie schwer es sei, festzustellen, welches Land als Aggressor bezeichnet werden könne. Auf die Frage, wie er sich dazu verhalten würde, wenn andere Regierungen untereinander einen Beistandspakt abschließen, habe Hitler erklärt, dies sei ein gefährlicher Weg.¹

Der gemeinsame Druck, den Deutschland, England und die USA auf die europäischen Staaten ausübten, führte dazu, dass deren Regierungen die sowjetischen Vorschläge zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems ablehnten. Unter dem Druck der breiten Volksmassen mussten jedoch die Regierungen Frankreichs und der Tschechoslowakei 1935 mit der Sowjetunion Verträge über gegenseitige Hilfe gegen eine Aggression abschließen. Wenn diese Regierungen ihre Verpflichtungen ehrlich erfüllt hätten, wäre es den faschistischen deutschen Aggressoren nicht so leicht gefallen, in beide Staaten einzudringen. Doch von Anfang an wurden die Verträge mit der UdSSR missachtet.

Die Sowjetunion unternahm alles, um den Völkerbund dazu zu veranlassen, die Rolle eines kollektiven Friedenskämpfers zu übernehmen und wirksame Massnahmen gegen die bereits beginnende faschistische Aggression zu ergreifen. Doch auch diese Bemühungen waren vergeblich. Die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs, die im Völkerbund tonangebend waren, dachten gar nicht daran, der faschistischen Aggression den Weg zu verlegen, sondern ebneten ihn ihr erst. Deshalb verhielt sich der Völkerbund gegenüber den Vorschlägen der Sowjetunion gleichgültig und demonstrierte bewusst seine Ohnmacht. Er leistete der Aggression Vorschub und bedeckte seinen Namen für immer mit Schande; das entschied letzten Endes auch über sein eigenes Schicksal.

Es gelang in jenen Jahren auch nicht, die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für den Frieden herzustellen. Die rechten Führer der Sozialdemokratie, die immer wieder alle Vorschläge der Kommunisten für einen gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Krieg ablehnten, hatten die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern gespalten. Das geschah zu einer Zeit, da die Arbeiter beharrlich die Einheit forderten. Ein bemerkenswertes Beispiel für die internationale proletarische Solidarität, eine Demonstration des proletarischen Internationalismus war die Hilfe für die Werktätigen des republikanischen Spaniens. Auf den Schlachtfeldern Spaniens kämpften Schulter an Schulter Patrioten aus 54 Ländern gegen den Faschismus – Kommunisten, Sozialisten, Katholiken,

¹ Siehe «The Times» vom 10. April 1935.

Mitglieder kleinbürgerlicher Parteien und Parteilose. Sie hatten begriffen, dass sie durch ihren Kampf gegen den italienischen und deutschen Faschismus ihre eigenen Länder, ihre eigenen Völker gegen die faschistische Tyrannei schützten. Die Einheit der Werktätigen im Kampf gegen Faschismus und Krieg wurde hier mit gewaltiger Kraft demonstriert.

Das Sowjetvolk führte einen konsequenten Friedenskampf und unterstützte die Völker Abessiniens, Spaniens und Chinas. Dieser Kampf der Sowjetunion für die Erhaltung des Friedens hatte grosse internationale Bedeutung. Doch bei allen Erfolgen blieb es dringend notwendig, die sowjetischen Streitkräfte und das ganze Sowjetvolk für den Fall einer imperialistischen Aggression in höchster Kampfbereitschaft zu halten.

ZWEITES KAPITEL

DAS IMPERIALISTISCHE KOMPLOTT VON MÜNCHEN UND SEINE FOLGEN

1

Am 25. Oktober 1936 gaben Deutschland und Italien ihrem aggressiven Militärblock, der «Achse Berlin-Rom», Vertragsform, um ihre Aggressionen ausdehnen und den neuen Weltkrieg besser vorbereiten zu können. Beim Abschluss dieses Militärbündnisses vereinbarten die Aggressoren weitere gemeinsame Aktionen gegen die Völker Europas. Am 25. November 1936 wurde ein Militärabkommen zwischen Deutschland und Japan abgeschlossen, dem sich ein Jahr später auch Italien anschloss. Um ihr wahres Ziel – die Weltherrschaft – zu tarnen und die Sympathie der herrschenden Kreise der USA, Grossbritanniens und Frankreichs zu erringen, nannten die faschistischen Aggressoren das Abkommen «Antikomintern-Pakt». Der offizielle Text des Vertrages verlangte von den Vertragspartnern den gemeinsamen Kampf gegen die «Tätigkeit der Komintern» innerhalb und ausserhalb ihrer Länder. Der Vertrag enthielt aber auch geheime Artikel, die den gemeinsamen Überfall auf die Sowjetunion vorsahen.

Obwohl er äusserst plump getarnt wurde, erfüllte der «Antikomintern-Pakt» seinen Zweck. Die faschistischen Aggressoren gewannen die Möglichkeit, ihre Eroberungspläne zu verwirklichen. Die Flamme des Krieges loderte auf und griff auf neue Länder und Gebiete der Erde über.

Das Jahr 1938 brach an, das letzte Vorkriegsjahr in Europa. Der Krieg tobte schon in vielen Ländern. Das chinesische Volk wehrte sich tapfer gegen die Invasion der japanischen imperialistischen Eindringlinge. Heldenhaft leisteten die spanischen Werktätigen Widerstand gegen die faschistische Aggression. Doch im grösseren Teil Europas herrschte noch Frieden. Die Grossmächte waren noch nicht zu erbittertem militärischem Ringen aufgeinndergeprallt.

Die ungleichmässige ökonomische und politische Entwicklung des Kapitalismus verschärfte den Kampf, den die imperialistischen Mächte gegeneinander führten, immer mehr. Wie vor dem ersten Weltkrieg schob sich Deutschland wirtschaftlich in den Vordergrund und griff erfolgreich die Weltstellungen

Grossbritanniens und Frankreichs an, wurde damit aber auch für die USA immer gefährlicher. Auf allen wichtigen Gebieten der Wirtschaft hatte Deutschland seine imperialistischen Konkurrenten in Europa überflügelt. Besonders schwierig entwickelte sich die Lage seit dem Herbst 1937, als eine neue Wirtschaftskrise begann, die die USA, Grossbritannien und Frankreich gleichzeitig traf, jedoch die aggressivsten Länder – Deutschland, Italien und Japan – verschonte, weil sie ihre Wirtschaft schon auf die Kriegsproduktion umgestellt hatten.

Die wirtschaftliche Lage der kapitalistischen europäischen Staaten im Jahre 1937 wird durch folgende Zahlenangaben charakterisiert:

**Produktionszahlen der kapitalistischen Länder Europas
nach Angaben der Wirtschaftsstatistiken der betreffenden Länder für 1937**

Länder	Erzeugung von Roheisen in Mio t	Stahlerzeugung in Mio t	Aluminiumer- zeugung in tausend t	Erzeugung von Kraftwagen in tausend Stück
Deutschland	16,0	19,4	127,6	331
Grossbritannien	8,6	13,2	19,3	504
Frankreich	7,9	7,9	34,5	227
Italien	0,8	2,1	22,9	72

Deutschland hatte also Grossbritannien und Frankreich in der Erzeugung von Roheisen, Stahl und Aluminium beträchtlich überholt. Besonders gross war sein Übergewicht in der Erzeugung von Aluminium, diesem für die Rüstungsproduktion äusserst wichtigen Rohstoff. Auch auf dem Gebiet des Exports hatte Deutschland Frankreich überflügelt und Grossbritannien eingeholt. Auf dieser wirtschaftlichen Basis wuchs die Kriegsgefahr zusehends.

Die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs bemühten sich nach wie vor, ihre imperialistischen Widersprüche mit Deutschland so zu lösen, dass sie seine Aggression nach Osten gegen die Sowjetunion lenkten. Da Hitler trotz ihrer Ermunterungen noch immer unschlüssig abwartete, beschlossen diese Regierungen, ihn zu neuen Aggressionsakten anzutreiben. Im November 1937 trafen Vertreter der Westmächte und führende Persönlichkeiten des Hitlerstaates auf mehreren geheimen Unterredungen und Konferenzen zusammen. Im Auftrag der britischen Regierung suchte Lord Halifax – damals Minister ohne Portefeuille, später britischer Aussenminister – Hitler auf dem Obersalzberg auf. Französische Minister sprachen mit dem deutschen Botschafter in Pa-

ris, Woczek. Der Präsident der Tschechoslowakei, Benes, konferierte – ganz im Einklang mit der Haltung der tschechoslowakischen Bourgeoisie – mit Vertretern der deutschen Gestapo. Schliesslich fand in San Francisco um dieselbe Zeit, ebenfalls im November 1937, eine Geheimkonferenz statt, auf der die deutschen Vertreter von Tippleskirch und von Killinger mit sieben namhaften amerikanischen Industriellen und Politikern, unter anderen mit Dupont, Vandenberg und Sloan, zusammentrafen.

Auf allen diesen Konferenzen und Zusammenkünften priesen die Vertreter der westlichen «Demokratien» Hitlers Terrormethoden gegenüber den fortschrittlich gesinnten Deutschen und schmeichelten ihm mit pathetischen Reden von der Rolle Deutschlands als «Bollwerk gegen den Bolschewismus». Mit durchsichtigen Anspielungen auf einen Feldzug nach Osten schlugen sie ihm vor, seine Absichten, Österreich, die Tschechoslowakei und Polen zu erobern, schneller zu verwirklichen, um dadurch sein militärisches Potential zu stärken und wichtige Aufmarschräume für neue Aggressionen zu gewinnen. Weiter als alle anderen gingen die amerikanischen Monopolkapitalisten in ihren geheimen Abmachungen mit Hitler.

Auf der Konferenz in San Francisco einigten sie sich mit den deutschen Vertretern, dass Deutschland und Amerika zusammenarbeiten sollten, um gemeinsam die gigantischen Märkte der Sowjetunion und Chinas zu organisieren.¹ Damit waren die grössten imperialistischen Räuber bereits auf dem besten Weg, die Welt gütlich unter sich aufzuteilen. Doch die reale Situation, die durch eine Verschärfung der imperialistischen Widersprüche gekennzeichnet war, verhinderte die Ausführung dieser Pläne.

Die herrschenden Kreise der USA forderten die führende Stellung in dem anti-sowjetischen Block der imperialistischen Mächte, als dessen Stosstrupp sie Hitlerdeutschland ausersehen hatten. Deshalb arbeitete die USA-Regierung im Januar 1938 den Plan für ein antisowjetisches Abkommen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs mit Deutschland und Italien aus, nachdem sie vorgeschlagen hatte, eine Konferenz von Vertretern dieser fünf Länder nach Washington einzuberufen. So dachte die USA-Regierung, die Angelegenheit des Abkommens mit den faschistischen Aggressoren in die Hand zu nehmen. Sie stiess dabei aber mit den herrschenden Kreisen Grossbritanniens zusammen, die selbst diese Rolle spielen wollten. Deshalb fand auch die Konferenz in Washington nicht statt. Der Plan der amerikanischen Regierung wurde dann jedoch mit der Münchener Konferenz verwirklicht, die nur etwas anders zusammengesetzt war.

¹ Siehe «In Fact» vom 23. August 1942. Vgl. auch: «Congressional Record» vom 20. August 1942, S. 3364 ff.

Die Annexion Österreichs wurde von Hitlerdeutschland nicht ohne Bedenken vorbereitet. Seine Machthaber glaubten nicht, dass die Völker einen so schwerwiegenden Aggressionsakt ungestraft hinnehmen würden. Deshalb sah der Plan des deutschen Einfalls in Österreich, der den Decknamen «Operation Otto» erhielt, militärische Massnahmen vor, wenn die europäischen Mächte eingreifen sollten. Die Vertreter der USA und Grossbritanniens kannten diese Befürchtungen Hitlers und bemühten sich, ihn zu beruhigen. Der ehemalige USA-Präsident Hoover begab sich nach Europa, kam in Berlin mit Hitler und Göring zusammen, informierte sich über ihre Absichten und billigte die Aggressionspläne voll und ganz. Nach seiner Rückkehr in die USA erklärte Hoover öffentlich, er sei überzeugt, dass weder Deutschland noch andere faschistische Staaten Krieg mit den Westmächten wünschten, solange diese Staaten das Vordringen des Faschismus nach Osten nicht störten.¹

Auch der britische Botschafter in Berlin, Henderson, stattete Hitler einen Besuch ab. Er versicherte ihm erneut, Grossbritannien werde Deutschland in seinen Aktionen gegen Österreich, die Tschechoslowakei und Danzig freie Hand lassen. Der britische Premierminister Chamberlain erklärte im Parlament, der Völkerbund könne kleine Länder nicht gegen eine Aggression schützen.² In der folgenden Rede sagte der britische Premier, dass einem kleinen Land nichts gegen eine Invasion helfen könne, wenn es nicht mächtige Freunde besitze, die als seine Garanten und Beschützer auftreten wollen. Doch Österreich hatte nach Chamberlain keine solchen Freunde.³

Am 11. März 1938 marschierten deutsche Truppen in Österreich ein, und zwei Tage später gliederten es die Faschisten Deutschland gewaltsam als «Ostmark» an. Kein einziges kapitalistisches Land protestierte gegen diesen Aggressionsakt, nicht einmal ein formeller Protest wurde Hitlerdeutschland übermittelt. Grossbritannien und Frankreich erkannten die Eroberung unverzüglich an. Die USA beeilten sich, ihre Botschaft in Wien zu schliessen und stattdessen ein Konsulat zu eröffnen. Der USA-Aussenminister Hull unterhielt sich freundschaftlich mit dem deutschen Botschafter in Washington, Dieckhoff, der nach Berlin meldete: «Aus einigen Fragen, die er stellte, ging hervor, dass er durchaus Verständnis für unser Vorgehen hat.»⁴ Die amerikanischen Monopolgesellschaften reagierten auf ihre Weise auf die Angliederung Österreichs; sie stellten

¹ Siehe «The New York Herald Tribune» vom 30. Oktober 1938.

² Siehe «The Times» vom 23. Februar 1938.

³ Siehe «Parliamentary Debates», House of Commons (Parlamentsdebatten, Unterhaus), 7. März 1938, S. 1567.

⁴ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Bd. 1, Baden-Baden 1950, S. 476.

Deutschland eine Reihe neuer, für die Rüstungsproduktion wichtiger Patente zur Verfügung. Auch der Vatikan protestierte nicht gegen die Annexion des katholischen Österreichs durch das faschistische Deutschland.

Die bürgerlichen Machthaber Grossbritanniens und Frankreichs billigten und unterstützten die gewaltsame Eroberung Österreichs durch die Nazis und vertieten damit die nationalen Interessen ihrer eigenen Länder, denn sie halfen Deutschland, sich in ganz Mitteleuropa festzusetzen. Zahlreiche Tatsachen und Dokumente bezeugen die ausserordentlich grosse strategische Bedeutung, die die Eroberung Österreichs hatte.

Mit erschöpfender Klarheit wird dies in einem geheimen Bericht Jodls, des Chefs der Operationsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht, erläutert. Es hiess in dem Bericht: «Der Anschluss Österreichs brachte sodann nicht nur die Erfüllung eines alten nationalen Zieles, sondern wirkte sich neben der Stärkung unserer Wehrkraft zugleich durch eine wesentliche Verbesserung unserer strategischen Lage aus. Während bisher der tschechoslowakische Raum in bedrohlichster Form nach Deutschland hineinragte (Wespentaille zu Frankreich hin und Luftbasis für die Alliierten, besonders Russland), war nunmehr die Tschechei ihrerseits in die Zange genommen. Ihre eigene strategische Lage war jetzt so ungünstig geworden, dass sie einem energischen Angriff zum Opfer fallen musste, bevor wirksame Hilfe vom Westen her zu erwarten war.»¹

Nachdem die Nazis Österreich an sich gerissen hatten, war ihre aggressive Politik gegenüber der Tschechoslowakei, die im Norden und im Süden in die deutsche «Zange» genommen war, ein bedeutend leichteres Spiel. Die Tschechoslowakei hätte ihre Lage jedoch wesentlich verbessern können, wenn sie die Unterstützung der Sowjetunion angenommen hätte. Gerade deshalb taten die Westmächte jetzt alles, was in ihrer Macht stand, um Hitler die Tschechoslowakei ohne militärischen Konflikt auszuliefern. Österreich war für Hitlerdeutschland auch deshalb besonders strategisch wichtig, weil es durch seine Lage im Herzen Europas eine gewisse Brücke von Deutschland nach Italien, Ungarn, Jugoslawien und anderen Balkanländern bildet. In ihrer Politik in Südosteuropa nutzten später die Faschisten die ihnen damit gebotene günstige Gelegenheit aus.

Amerikanische Historiker beurteilen den gewaltsamen Anschluss Österreichs an Deutschland für die spätere Entwicklung der Ereignisse folgendermassen:

¹ Zitiert nach: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945-1. Oktober 1946, Nürnberg 1947-1949, Bd. IV, S. 465 (im Folgenden zitiert als «IMG Nürnberg»).

«Der Anschluss war ein Ereignis von erstrangiger Bedeutung in der Geschichte dieser Jahre der internationalen Anarchie. Er versetzte Deutschland in eine Lage, in der es die Tschechoslowakei überflügeln und, wenn die Zeit reif dazu war, auf teilen konnte; er rückte Deutschland an die Grenze des Balkans und befähigte es, dem neuen ‚Drang nach Osten‘ mehr Nachdruck zu verleihen; diese beiden Vorteile boten den Hitlerfaschisten einen grösseren Spielraum, den Nervenkrieg, in dem sie sich bereits als so erfahren erwiesen hatten, fortzusetzen. Überdies band der Anschluss Italien unlöslich an Deutschland, Mussolinis Handlungsfreiheit war dahin, er war völlig in der Gewalt Hitlers... Schliesslich ist hervorzuheben, dass der Anschluss der Stärke und dem Prestige Grossbritanniens und Frankreichs Abbruch tat.»¹

Die Sowjetregierung erkannte, wie stark die Eroberung Österreichs durch Hitlerdeutschland den Weltfrieden gefährdete. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten verurteilte die Sowjetregierung ganz entschieden die Aggression und forderte Gegenmassnahmen gegen die Interventen. In einer Erklärung, die der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR vor Pressevertretern abgab und die später offiziell den Regierungen überreicht wurde, hiess es: «... so erfolgt der Gewaltakt diesmal im Herzen Europas und gefährdet zweifellos nicht nur die von nun ab dem Aggressor angrenzenden elf Länder, sondern auch alle europäischen Staaten, und nicht nur die europäischen. Gefährdet ist vorerst die territoriale Unverletzlichkeit, auf jeden Fall die politische, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit der kleinen Völker, doch deren unvermeidliche Unterjochung wird die Voraussetzungen schäften für einen Druck und sogar für einen Überfall auch auf grosse Staaten.»²

Die Sowjetregierung schlug den Mächten vor, unverzüglich im Völkerbund oder auch ausserhalb des Völkerbundes über praktische Massnahmen gegen die drohende Aggression zu beraten. Sie rief alle Staaten, besonders die Grossmächte, auf, den Weg der «kollektiven Rettung des Friedens»³ einzuschlagen.

Das britische Aussenministerium schickte daraufhin sehr bald eine Antwort, die ein untergeordneter Beamter unterzeichnet hatte. Das Aussenministerium teilte mit, die britische Regierung halte es nicht für zweckmässig,

¹ C. G. Haines and R. I. S. Hoffman, *The Origins and Background of the Second World War* (Die Ursachen und der Hintergrund des zweiten Weltkrieges), 2. Aufl., New York 1947, S. 248.

²Zitiert nach: *Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges*, Bd. 1: November 1937-1938, Moskau 1948, S. 95 f.

³ Ebenda, S. 96.

kollektive Massnahmen zur Verhütung einer Ausbreitung der Aggression zu erörtern, weil sie nicht annehme, dass es «nach Ansicht der Regierung seiner Majestät nicht notwendigerweise eine so ‚günstige Wirkung‘ auf die Perspektiven des europäischen Friedens»¹ haben würde.

Diese Ablehnung hatte ihre Gründe. Die britische Regierung begünstigte weiterhin die faschistische Aggression und unterschied sich darin nicht von den reaktionären Kreisen der USA und Frankreichs. Auf der Tagesordnung stand bereits die Frage des Schicksals der Tschechoslowakei.

2

Die herrschenden Klassen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs drängten Hitler zu neuen Aggressionen, ohne abzuwarten, bis er Österreich, seine erste Beute, verdaut hatte. Die Zeitung «Daily Express» erklärte, die Annexion Österreichs ändere nichts, weil Österreich auch schon ein deutsches Land gewesen sei, bevor Hitler seine Truppen dorthin schickte. England müsse sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern.² So lieferte die britische Presse die Tschechoslowakei mit einem Federstrich Hitler aus. Aber auf dem Papier war das leichter als in der Praxis. Diesem Verrat standen die Friedenspolitik der UdSSR, der Patriotismus des tschechoslowakischen Volkes und die demokratische öffentliche Meinung in den bürgerlichen Ländern im Wege. Deshalb dauerte der Kampf um die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei mehrere Monate.

Ursprünglich hatten die deutschen Imperialisten gedacht, die Tschechoslowakei allein mit Waffengewalt an sich reissen zu können. Danach arbeitete Hitler auch eine Weisung aus, in der es hiess: «Das *Endziel* besteht in einem planmässig im Frieden vorbereiteten *strategischen Überfall* auf die Tschechoslowakei, der ihre Befestigungen überraschend zu Fall bringt, ihre Wehrmacht noch in der Mobilmachung fasst und zerschlägt und in Ausnutzung der völkischen Zersplitterung die Tschechoslowakei in kurzer Zeit zum Erliegen bringt.»³ Dafür wurde ein militärischer Operationsplan geschaffen, der den Decknamen «Plan Grün» erhielt. Als Vorwand für den Überfall sollte die Ermordung des deutschen Gesandten in Prag dienen.

Aber die Volksmassen der Tschechoslowakei waren entschlossen, die nationale Unabhängigkeit ihres Landes mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Die Sowjetunion erklärte, sie sei bereit, ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber

¹ Ebenda, S. 97.

² Siehe «The Daily Express» vom 14. März 1938.

³ Zitiert nach: Nürnberger Prozess, a. a. O., S. 132.

der Tschechoslowakei zu erfüllen. Das dämpfte den Kriegseifer der faschistischen Aggressoren. Im Augenblick waren weder die Nazis noch ihre Gönner in den herrschenden Kreisen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs bereits völlig auf einen Krieg vorbereitet. So wurde der «Plan Grün» zurückgestellt. Dafür begann ein angestrenktes Suchen nach einer «Lösung» des tschechoslowakischen Problems, die Hitlerdeutschland entgegenkam, die Westmächte aber davor bewahrte, die Unabhängigkeit des bedrohten Staates verteidigen zu müssen.

Die Diplomaten der USA, Grossbritanniens und Frankreichs entfalteten in diesen Tagen eine fieberhafte Tätigkeit. Der stellvertretende Aussenminister der USA, Sumner Welles, und der Grossbankier Bernhard Baruch reisten nach Europa. Sie sprachen sich dafür aus, den Forderungen Hitlers an die Tschechoslowakei nachzugeben. Sumner Welles ermahnte die französischen Minister, sich wegen der Tschechoslowakei nicht in eine Auseinandersetzung mit Deutschland zu verwickeln, da sie nicht damit rechnen könnten, von den USA auch nur einen Soldaten oder einen Sous Kredit als Hilfe zu erhalten.¹ Die USA-Botschafter in Europa – William Bullitt in Paris, Joseph Kennedy in London und Hugh Wilson in Berlin – arbeiteten aktiv darauf hin, die Tschechoslowakei an Hitlerdeutschland auszuliefern.

Die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs bildeten eine gemeinsame Mission, die dem gekannten britischen Hitleranhänger Lord Runciman unterstellt wurde. Sie erhielt den Auftrag, Vorschläge zur tschechoslowakischen Frage auszuarbeiten. Die Vorschläge lagen bald vor. Runcimans Mission forderte nachdrücklich, die Tschechoslowakei solle das Sudetengebiet an Deutschland abtreten und jede antifaschistische Propaganda verbieten. Darüber hinaus wurde von der Tschechoslowakei verlangt, den sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag über gegenseitigen Beistand zu lösen und stattdessen einen für sie erniedrigenden Wirtschaftsvertrag mit Deutschland abzuschliessen.

Der britische Premierminister Chamberlain traf zweimal mit Hitler zusammen, um Runcimans Vorschläge mit ihm abzustimmen, und machte jedesmal grössere Zugeständnisse. Gleichzeitig begab sich der amerikanische Botschafter in Berlin, Hugh Wilson, nach Prag, um die tschechoslowakische Regierung zum Nachgeben zu veranlassen. Unter dem vereinten Druck der USA, Grossbritanniens und Frankreichs willigte die tschechoslowakische Regierung unter Präsident Benes in die Auslieferung des Landes an die Nazis ein. Die herrschende Schicht der Bourgeoisie fürchtete sich vor dem Freiheitskampf des Volkes gegen die faschistischen deutschen Eroberer. Aus Angst um ihre Klasseninteres-

¹ Siehe «The New York Times» vom 20. September 1939.

sen opferte sie Land und Volk, lehnte sie die Hilfe ab, die ihr die Sowjetunion anbot, und zog eine schmachliche Kapitulation vor. Damit verriet sie die Nation. In allen Etappen der tschechoslowakischen Tragödie setzte sich die Sowjetunion für den Schutz der nationalen Existenz der Tschechoslowakei ein. Mehrmals bestätigte sie ihre Bereitschaft, die Tschechoslowakei vertragsgemäss zu unterstützen. Der Vertrag enthielt eine Klausel, auf der Benes seinerzeit bestanden hatte. Sie besagte, die in dem sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag festgelegten Vereinbarungen würden nur dann in Kraft treten, wenn Frankreich seinen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei nachkomme. Im spannungsreichsten Moment des Kampfes um die Tschechoslowakei, als es feststand, dass Frankreich nicht daran denken würde, verzichtete die Sowjetunion, auf dieser Klausel zu bestehen. Die Sowjetregierung gab die offizielle Erklärung ab, dass sie bereit sei, der Tschechoslowakei militärische Hilfe zu leisten, selbst wenn Frankreich dies nicht tun würde und selbst dann, wenn Polen oder Rumänien den sowjetischen Truppen den Durchmarsch verweigern sollten. Die Sowjetregierung betonte aber, sie könne die Tschechoslowakei nur dann unterstützen, wenn sich die Tschechoslowakei selbst verteidigen und um sowjetische Hilfe nachsuchen werde.¹

Die Imperialisten versuchten, den ermutigenden Einfluss, den das entschlossene Auftreten der UdSSR auf die friedliebenden Kräfte ausübte, zu untergraben. Deshalb drängte die weltweite imperialistische Reaktion die herrschenden Kreise Japans zu einer grossen antisowjetischen Provokation. Japanisches Militär überfiel im Sommer 1938 sowjetisches Territorium am Chassansee. Der Überfall sollte die Kampfkraft der Streitkräfte der UdSSR erproben und den Kampf der Sowjetunion für die Verteidigung der Tschechoslowakei schwächen. Doch das Abenteuer im Gebiet des Chassansees kehrte sich *gegen* seine Organisatoren. Sowjetische Truppen schlugen die japanischen Interventen und zwangen die japanische Regierung zu der Bitte, den Konflikt, den sie doch selbst heraufbeschworen hatte, zu beenden.

Für die Tschechoslowakei brachen kritische Tage an. Ihre Auslieferung an Hitler war bereits entschieden, wurde aber noch verschwiegen, weil die Monopolkapitalisten nicht zu Unrecht den Zorn und den Hass der Volksmassen fürchteten, die diesen Handel ablehnen würden. Andererseits waren auch noch nicht alle Fragen geklärt. Es ging nicht schlechthin um eine Übergabe der Tschecho-

¹ Siehe K. Gottwald, Stalin und das tschechoslowakische Volk. In: «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie» vom 21. Dezember 1949.

slowakei an Hitler, sondern um ihren Verkauf. Die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs verlangten, für ihre Mithilfe bei der Auslieferung der Tschechoslowakei von Hitler entschädigt zu werden. Er sollte sich verpflichten, keine Aggression im Westen zu unternehmen, sondern nur nach Osten vorzustossen.

Die amerikanischen Imperialisten bemühten sich erneut um die Hauptrolle bei der Verständigung mit Hitler. Präsident Roosevelt verfasste zu diesem Zweck eine ganze Serie von Schreiben. Doch die Initiative ruhte fest in den Händen der britischen Regierung, die nicht dazu neigte, sie einem anderen Staat zu überlassen. Deshalb nahmen die Vereinigten Staaten auch nicht an der Münchener Konferenz teil.

Um den Widerstand der Volksmassen gegen die verbrecherische Vereinbarung mit Hitler zu überwinden, griffen die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs zu einem gewaltigen politischen Betrug: Sie benutzten den Krieg, um ihre Völker zu erpressen. Der Münchener Konferenz gingen aufgebauschte Kriegs Vorbereitungen in Grossbritannien und Frankreich voraus. Die Reservisten wurden einberufen; die Bevölkerung erhielt Gasmasken; in den Hauptstrassen der grossen Städte wurden Luftschutzkeller und Splittergräben angelegt; die Städte mussten verdunkelt werden. Diese Vorbereitungen sollten die Bevölkerung davon überzeugen, dass eine Kapitulation vor Hitler auf Kosten der Tschechoslowakei besser sei als ein Krieg. Diese Gefahr bestand aber damals noch gar nicht, denn Deutschland war einem grossen Krieg noch nicht gewachsen und bemühte sich, einen militärischen Konflikt zu vermeiden.

3

Auf der Münchener Konferenz trafen sich am 29. und 30. September Chamberlain und Halifax, Daladier und Bonnet mit Hitler und Ribbentrop sowie Mussolini und Ciano. In seiner grossen Eröffnungsrede erinnerte Hitler daran, dass er kürzlich im Sportpalast erklärt hatte, die deutschen Truppen würden spätestens am 1. Oktober in die Tschechoslowakei einmarschieren. Er stellte der Konferenz die Aufgabe, das tschechoslowakische Problem ohne Anwendung von Waffengewalt der beiden Seiten zu lösen. Dabei konnte Hitler allerdings seine Nervosität nicht verbergen, als er erklärte, es müsse aber sofort gehandelt werden.¹

Hitlers Hinweis auf die Rede, die er am 26. September im Sportpalast gehal-

¹ Siehe Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, a.a.O., S. 252.

ten hatte, besass eine besondere Bedeutung. In dieser Rede hatte er erklärt, seine tschechoslowakischen Ansprüche seien die letzten Forderungen an die Westmächte. Wären sie befriedigt, würde er seine Politik auf den Osten richten. Hitler hatte hier versichert, «dass es – wenn dieses Problem gelöst ist–für Deutschland in Europa kein territoriales Problem mehr gibt!» Demagogisch hatte er ausgerufen: «Wir wollen gar keine Tschechen».¹ Zugleich hatte er durchblicken lassen, dass er mit Europa nur den westlichen Teil des Kontinents meinte. Schon vor der Münchener Konferenz hatten die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs mit Sympathie auf die Sportpalastrede reagiert. Im gleichen Sinne hatte sich auch Premierminister Chamberlain am 28. September im Parlament geäußert.

Auf der Münchener Konferenz billigten es seine Verhandlungspartner, als Hitler wieder auf die Rede im Sportpalast einging. Chamberlain, Mussolini und Daladier beeilten sich, Hitler zuzustimmen, sie dankten ihm für seine Offenheit und kamen überein, dass schnell gehandelt werden müsse. Frankreichs Premierminister Daladier stimmte dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei zu, ohne die tschechoslowakische Regierung gefragt zu haben und ohne Rücksicht auf den Bündnisvertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei. Chamberlain, der mehrmals das Wort ergriff, liess stets durchblicken, dass England das Abkommen über die Tschechoslowakei als eine bestimmte Etappe auf dem Weg der englischdeutschen Annäherung betrachte und dass dieses Abkommen «für die Weiterentwicklung der europäischen Politik»² grosse Bedeutung haben würde.

Der Text des Münchener Viermächteabkommens wurde von den Konferenzteilnehmern rasch durchgesprochen und unterzeichnet. Nach dem Abkommen erhielt Deutschland formell nur den Teil des tschechoslowakischen Staatsgebiets, in dem eine deutsche nationale Minderheit lebte. Doch bedeutete die Übergabe dieses Gebiets, dass Deutschland sowohl die natürlichen Verteidigungslinien der Tschechoslowakei als auch die an diesen Linien errichteten ständigen Befestigungsanlagen in die Hand fielen. Der Tschechoslowakei wurde verboten, die Anlagen zu zerstören oder in dem abzutretenden Gebiet befindliches Kriegsmaterial fortzuschaffen. Das Abkommen sah eine Volksabstimmung in anderen Teilen der Tschechoslowakei vor und sprach sich auch dafür aus, territoriale Ansprüche Polens und Ungarns an die Tschechoslowakei zu befriedigen. Erst danach sollten die neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates international garantiert werden. Damit war in München die völlige Vernichtung des tsche-

¹ Zitiert nach: Nürnberger Prozess, Bd. I, a. a. O., S. 147.

² Zitiert nach: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 280.

choslowakischen Staates und die Auslieferung seiner Gebiete an Deutschland, Polen und Ungarn beschlossen worden.

Als die Konferenz beendet und ein Teil der Konferenzteilnehmer gegangen war, wurden die Vertreter der Tschechoslowakei in den Sitzungssaal gebeten und von dem bereits unterzeichneten Abkommen in Kenntnis gesetzt. Der Vertreter Frankreichs erklärte hierbei ziemlich offen, dass gegen dieses Urteil keine Berufung eingelegt werden könne und auch keine Möglichkeit einer Abänderung bestehe.¹ In München war damit über das Schicksal der Tschechoslowakei entschieden worden, ohne die Völker zu fragen.

An dem folgenden Tage, dem 30. September, trafen sich Hitler und Chamberlain wieder in München. Sie unterzeichneten eine englisch-deutsche Erklärung, in der sich beide Seiten verpflichteten, niemals gegeneinander Krieg zu führen. Es wurde auch ein entsprechender französisch-deutscher Schritt vereinbart. Diese/Erklärung wurde jedoch erst etwas später, am 6. Dezember 1938, unterzeichnet.

So treten ganz deutlich die zwei Elemente der Münchener Vereinbarung hervor: das Bestreben der Westmächte, die deutsche Aggression nach Osten zu lenken, und ihr Entschluss, Deutschland für die Verpflichtung, nicht gegen England oder Frankreich, sondern gegen die UdSSR Krieg zu führen, mit der Tschechoslowakei zu entschädigen und so zugleich das deutsche militärische Potential zu stärken. Otto Abetz, der als führende Kraft Hitlerdeutschlands in Frankreich den deutschen Einfall in die westlichen Länder systematisch vorbereitete, bemerkte in seinen Memoiren: «Als Gegenleistung für die ihm gewährte freie Hand im Osten garantierte Deutschland den Status quo am Rhein.»²

Der Münchener Verrat begeisterte die amerikanischen Imperialisten. Der Leiter der Firma General Motors, Knudsen, sandte Hitler ein Glückwunschtelegramm. Der USA-Aussenminister Hull äusserte, er empfinde «ein Gefühl der Erleichterung»³. Gleichzeitig sandte Hull den amerikanischen Botschaftern in Europa Bullit, Kennedy und Carr Glückwünsche zu ihrer erfolgreichen Arbeit.⁴ Der stellvertretende Aussenminister Welles charakterisierte die Haltung der herrschenden Kreise der USA folgendermassen: «In diesen Vorkriegsjahren waren die Finanz- und Handelskreise der westlichen Demokratien einschliesslich der

¹ Siehe ebenda, S. 287.

² O. Abetz, *Das offene Problem*, Köln 1951, S. 94.

³ *The Memoirs of Cordell Hull* (Die Memoiren Cordell Hulls), Bd. I, New York 1948, S. 595.

⁴ Siehe ebenda, S. 596.

Vereinigten Staaten absolut davon überzeugt, dass ein Krieg zwischen, Hitlerdeutschland und der Sowjetunion nur ihren eigenen Interessen dienen würde. Sie glaubten, dass Russland bestimmt besiegt und damit der Kommunismus vernichtet werden würde. Deutschland aber würde dann so geschwächt sein, dass es auf viele Jahre hinaus die übrige Welt nicht mehr ernsthaft werde bedrohen können/*¹

Die westlichen Politiker beeilten sich, ihren Völkern den Münchener Verrat als Akt höchster Friedensliebe aufzuschwatzen. In England und Frankreich wurden die Kriegsvorbereitungen eingestellt, und die Presse rühmte die Münchener «Friedensstifter».

In Wirklichkeit sicherte das schändliche Münchener Abkommen nicht den Frieden, sondern trug dazu bei, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln.

Die fortschrittlichen amerikanischen Publizisten Sayers und Kahn beurteilen das Münchener Abkommen folgendermassen: «Die Regierungen des nazistischen Deutschlands, des faschistischen Italiens, Grossbritanniens und Frankreichs unterzeichneten das Münchener Abkommen. Die sowjetfeindliche Heilige Allianz, von der die Weltreaktion seit 1918 träumte, war endlich erreicht. Nach Abschluss dieses Pakt stand die Sowjetunion ohne Bundesgenossen da. Das französisch-sowjetische Abkommen, der Grundpfeiler der europäischen kollektiven Sicherheit, war bedeutungslos geworden. Die tschechischen Sudetenländer wurden dem Deutschen Reich einverleibt. Das Tor nach dem Osten stand der Wehrmacht weit offen.»²

Die herrschenden Kreise der USA, Grossbritanniens und Frankreichs bemühten sich nach wie vor, Deutschland für ihre Zwecke auszunutzen. Die Münchener Verschwörung war der Höhepunkt der Politik, mit der sie die faschistische Aggression begünstigten. Dem tschechoslowakischen Staat wiesen sie dabei die Rolle eines Tauschobjektes zu. So beurteilte der XVIII. Parteitag der KPdSU das Wesen der Münchener Vereinbarung. Im Rechenschaftsbericht des ZK an den Parteitag sagte Stalin: «Der Gedanke liegt nahe, man habe den Deutschen Gebiete der Tschechoslowakei als Kaufpreis für die Verpflichtung gegeben, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen.»³

Die kommunistischen Parteien aller Länder protestierten einmütig gegen das Münchener Abkommen. Sie riefen die Völker zum aktiven Kampf gegen die wachsende Gefahr eines Weltkrieges auf. Der Kampf der kommunistischen Par-

¹ S. Welles, Jetzt oder nie!, Stockholm 1944, S. 294f.

² M. Sayers u. A. E. Kahn, Die grosse Verschwörung, Berlin 1949, S. 316 f.

³ J. W. Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag. In: Fragen des Leninismus, Berlin 1950, S. 689 f.

teien zum Schutz des Friedens und ihre Enthüllung der verbrecherischen Tätigkeit der Aggressoren und der Helfershelfer der Aggression entsprach den ureigensten Interessen der breiten Volksmassen.

Im März 1939 besetzte Hitlerdeutschland die Tschechoslowakei. Die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs beeilten sich, diesen neuen Aggressionsakt zu sanktionieren. Chamberlain erklärte im Parlament, er lehne es ab, in der Besetzung der Tschechoslowakei eine Aggression zu sehen.¹

Die Annexion der Tschechoslowakei stärkte die strategische Lage und festigte das militärische Potential Hitlerdeutschlands noch weiter. Göring berichtete Mussolini hierüber ausführlich. Er hob hervor, dass Deutschland günstige Voraussetzungen für einen Überfall auf Polen erhalten habe. Nach dem Nürnberger Protokoll sagte Göring: «Auf jeden Fall zeige jedoch die starke Ausrüstung der Tschechoslowakei, wie gefährlich selbst noch nach München dieses Land in einem ernsthaften Konflikt gewesen wäre. Durch Deutschlands Vorgehen habe sich die Lage beider Achsenmächte erleichtert, u.a. auch dadurch, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich durch den Übergang der starken Produktions-Kapazitäten (Rüstungspotentiell) der Tschechoslowakei auf Deutschland ergebe. Dies trage zu einer erheblichen Stärkung der Achse gegenüber den Westmächten bei. Ausserdem brauche Deutschland jetzt keine einzige Division mehr in einem gewissen Konflikt zur Sicherung gegenüber diesem Lande bereitzu stellen.»²

Als die Sowjetunion für den Schutz der Tschechoslowakei eintrat, verteidigte sie den allgemeinen Frieden und die nationale Unabhängigkeit aller europäischen Länder. Die Sowjetregierung war die einzige Regierung, die den Überfall und die Annexion der Tschechoslowakei durch Deutschland nicht anerkannte. In der am 18. März 1939 an Deutschland gerichteten Note erklärte sie, dass sie es ablehne, die Eingliederung der böhmischen Länder und – in der einen oder anderen Form – auch der Slowakei in das Deutsche Reich als rechtmässig und den Prinzipien der Selbstbestimmung entsprechend anzuerkennen. Die Sowjetregierung bezeichnete die Besetzung der Tschechoslowakei durch deutsche Truppen als einen Akt der Willkür, der Gewalt und der Aggression.³

Nachdem das faschistische Deutschland Österreich und die Tschechoslowakei an sich gerissen hatte, war das Kräfteverhältnis der kapitalistischen Mächte

¹ Siehe „The Times“ vom 15. März 1939.

² Zitiert nach: IMG Nürnberg, Bd. XXIX, S. 56.

³ Siehe Внешняя политика СССР. Сборник документов (Die Außenpolitik der UdSSR. Dokumentensammlung), Bd. IV, Moskau 1946, S. 411.

wesentlich zu seinen Gunsten verändert worden. Immer deutlicher offenbarte sich, dass Hitlerdeutschland auf allen wichtigen Gebieten der Wirtschaft England und Frankreich überlegen war. Das veranschaulicht die nach den Angaben der Industriestatistiken zusammengestellte Tabelle der Produktionszahlen der kapitalistischen europäischen Staaten für 1939:

Länder	Roheisenerzeugung in Mio t	Stahlerzeugung in Mio t	Aluminiumerzeugung in tausend t	Produktion von Kraftwagen in tausend Stück
Deutschland mit Österreich und der Tschechoslowakei	20,1	23,2	200,0	420
Grossbritannien	8,3	13,8	25,0	493
Frankreich	7,4	7,9	50,0	230
Italien	1,1	2,3	34,2	77

Seit Deutschland Österreich und die Tschechoslowakei besetzt hatte, konnte es eine grössere Rüstungsindustrie ausnutzen; seine strategische Lage in Europa hatte sich verbessert. Deshalb verschärften sich jetzt auch rasch die imperialistischen Widersprüche zwischen Deutschland und seinen westlichen Gönnern. Doch nach wie vor suchten die USA, Grossbritannien und Frankreich nach Wegen, diese Widersprüche auf Kosten der Sowjetunion zu beseitigen. Ihre Politik begünstigte weiterhin die deutsch-faschistische Aggression.

Noch waren aber Teile der deutschen und italienischen Streitkräfte in Spanien gebunden, wo der Freiheitskampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus noch andauerte, deshalb beschlossen die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, Deutschland zu helfen, den Krieg in Spanien möglichst schnell zu beenden.

Britische und amerikanische Agenten organisierten in Madrid einen faschistischen Putsch, mit dem die spanische Hauptstadt Franco ausgeliefert wurde. Der britische Kreuzer «Devonshire» unterstützte die Kampfhandlungen der faschistischen Aufständischen gegen die Anhänger der Republik auf der Insel Menorca.

Hitlerdeutschland nutzte die durch die Hilfe der Westmächte entstandene günstige Lage aus; es entriss Litauen das Memelgebiet und zwang der rumänischen Regierung ein erniedrigendes Abkommen auf, das die rumänische Wirtschaft völlig an die Kriegswirtschaft Deutschlands band.

Das faschistische Italien brach am 6. April 1939 in Albanien ein. Das albanische Volk wehrte sich heldenhaft gegen die italienischen Kolonialherren und stellte

den Widerstand selbst dann noch nicht ein, als bereits das ganze Land von italienischen Truppen besetzt war. Wieder verurteilte nur die Sowjetunion diese Aggression, die sie als einen neuen Schritt zum Weltkrieg bezeichnete.

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei hatte sich Deutschland unverzüglich Böhmen und Mähren einverleibt, während es aus der Slowakei eine deutsche Kolonie mit einer Marionettenregierung bildete. Einige Tage blieb die Frage noch offen, welche Absichten Deutschland mit der Karpatoukraine hatte, die zur Tschechoslowakei gehörte. Amerikanische, englische und französische reaktionäre Zeitungen empfahlen Hitler diensteifrig, die Sowjetukraine an die Karpatoukraine «anzugliedern», das heisst, sie drängten Deutschland zum Krieg gegen die UdSSR. Der XVIII. Parteitag der KPdSU entlarvte die Machenschaften der Kriegsbrandstifter und bekundete den festen Willen der Partei und des ganzen Volkes, sich gegen die faschistische deutsche Aggression zur Wehr zu setzen. Hitlerdeutschland nahm diesmal diese entschiedene Warnung ernst. Die deutsche Regierung übergab deshalb die Karpatoukraine Ungarn. Dadurch beseitigte sie den Vorwand für einen Konflikt mit der UdSSR, ermunterte zugleich die Expansionsbestrebungen der ungarischen Faschisten und bereitete so den Boden für ein festeres Bündnis mit ihnen vor.

Gleichzeitig ging der deutsche Generalstab daran, die Arbeit an dem Plan für den Überfall auf Polen, der den Decknamen «Fall Weiss» erhielt, abzuschliessen. Am 11. April 1939 bestätigte Hitler diesen Plan. Der Plan sah einen Überraschungsangriff auf Polen vor, um Polen zu zerschlagen und die polnischen Streitkräfte zu vernichten. In einem Gespräch mit Ciano erklärte Hitler, dass man Polen so niederschlagen müsse, dass es auf jeden Fall viele Jahre kampfunfähig sei.¹

Der «Fall Weiss» schrieb vor: «Die Operation soll, um einer geordneten polnischen Mobilmachung und Versammlung zuvorzukommen, überraschend mit in Grenznähe bereitgestellten und vorwiegend gepanzerten und mot. Kräften eröffnet werden. Die hierbei gegenüber der poln. Grenzsicherung bestimmt erwartete Anfangsüberlegenheit und Überraschung soll durch schnelles Nachführen weiterer Teile des Heeres auch gegenüber dem aufmarschierenden polnischen Heer aufrechterhalten werden. Dementsprechend haben alle Teile durch schnelles Handeln und rücksichtslosen Angriff sich die Vorhand gegenüber dem Gegner zu wahren.»²

Die herrschenden Kreise Hitlerdeutschlands sahen im Überfall auf Polen das

¹ Siehe IMG Nürnberg, Bd. III, S. 261.

² Zitiert nach: ebenda, Bd. IV, S. 472 f.

Nahziel ihrer Aggressionspolitik und einen Schritt auf der Weg zur Eroberung der Weltherrschaft. Ihm sollte der plötzliche Angriff auf die westlichen Länder folgen, dem eine besonders grosse Bedeutung beigemessen wurde. In der Direktive des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht vom 11. April 1939 «Die einheitliche Ausbildung der Wehrmacht in den Jahren 1939-1940» hiess es: «Die grossen Ziele im Aufbau der deutschen Wehrmacht bleiben weiterhin durch die Gegnerschaft der westlichen Demokratien bestimmt. Der ‚Fall Weiss‘ bildet lediglich eine vorsorgliche Ergänzung der Vorbereitungen.»¹ Also betrachteten die Nazis schon im April 1939 den Überfall auf Polen als eine «vorsorgliche Ergänzung der Vorbereitungen» für den Krieg gegen die Westmächte. Die herrschenden Kreise Deutschlands waren sich lange Zeit nicht darüber einig, in welcher Richtung der erste Schlag im Kampf um die Weltherrschaft geführt werden sollte. Die Vertreter der monopolkapitalistischen und militaristischen Kreise sahen in der Sowjetunion das Haupthindernis der gross angelegten deutschen Eroberungspläne. Der erste sozialistische Staat war den deutschen Imperialisten der grösste Dorn im Auge. Aber sie wussten auch, dass der Krieg gegen dieses Land die schwerste Kraftprobe für die deutsche Armee und ihr Hinterland werden würde. Deshalb hielten sie es für zweckmässiger, zuerst die schwächeren Gegner aus dem kapitalistischen Lager zu zerschlagen und dann erst, gestärkt durch die Eroberungen im Westen, über die Sowjetunion, ihren Hauptgegner, herzufallen.

Die Reihenfolge der Aggressionsakte hing für die deutsche Regierung davon ab, wie weit für die Sicherheit des Ruhrgebiets, des wichtigsten deutschen Industriezentrums, gesorgt werden könnte. Hitler sagte auf einer Besprechung der Oberbefehlshaber: «Wir haben eine Achilles-Ferse: das Ruhrgebiet. Vom Besitz des Ruhrgebietes hängt die Kriegsführung ab. Wenn England und Frankreich durch Belgien und Holland in das Ruhrgebiet vorstossen, sind wir in höchster Gefahr.»² Die Münchener Politik der Westmächte unterstützte die Aggression; Hitler und seine Generale hielten sie aber für ein Zeichen der Schwäche, die sie ausnutzen wollten, um den Sieg zu erringen. Hitler beschloss den Überfall auf Polen und den späteren Schlag gegen den Westen nicht ohne Grund erst nach München, dieser Beschluss war das Ergebnis des Münchener Abkommens.

Auf die Gegensätze zwischen Deutschland und seinen imperialistischen Rivalen und auf Deutschlands militärische Pläne wirkte sich ein noch tieferer Gegensatz aus, der Gegensatz zwischen dem imperialistischen Deutschland und

¹ Zitiert nach: ebenda, S. 470.

² Zitiert nach: Nürnberger Prozess, Bd. I, a. a. O., S. 160.

der Sowjetunion. Die Zerschlagung ihrer westlichen Gegner betrachteten die Nazis deshalb nur als Voraussetzung für den Überfall auf die UdSSR. Mit dem Angriff auf Polen verfolgten sie gleichzeitig zwei Ziele: Einmal wollten sie Englands und Frankreichs einzigen militärischen Verbündeten in Europa ausschalten, um beim Schlag gegen den Westen einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden, zweitens gedachten sie, rechtzeitig an die Grenzen der UdSSR vorzudringen, die in der Nähe lebenswichtiger Gebiete verliefen. Die Nazis wollten sich schon vorher an diesen Grenzen festsetzen und sich dadurch einen Aufmarschraum und eine Ausgangsstellung für den späteren Überfall auf die UdSSR schaffen.

4

Die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs fühlten sich durch die Übergabe der Karpatoukraine an Ungarn bedroht, denn damit hatte Deutschland den vorbereiteten Anlass für den Überfall auf die UdSSR beseitigt. Ausserdem kündigte die deutsche Regierung im April 1939 das Flottenabkommen mit England, das 1935 unterzeichnet worden war, sowie den Nichtangriffsvertrag mit Polen, den sie 1934 abgeschlossen hatte. Von diesem Augenblick an entfalteten die führenden Kreise der USA, Grossbritanniens und Frankreichs eine fieberhafte Tätigkeit, um Hitler dazu zu veranlassen, seine Pläne zu ändern und sich für einen anderen Aggressionsplan, gegen die Sowjetunion, zu entscheiden. Hitlerdeutschland wurde weiter gegen die UdSSR gehetzt. Die Imperialisten der USA, Grossbritanniens und Frankreichs wollten ihre Gegensätze zu ihren kapitalistischen Konkurrenten Deutschland und Japan und auch zur Sowjetunion durch einen Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR aus der Welt schaffen.

Vom 5. April bis zum 10. Mai 1939 tagte der Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten der USA. Auf der Tagesordnung stand nur eine Frage, die Haltung der USA gegenüber einem neuen Weltkrieg. Die meisten Teilnehmer der Beratung neigten zu der Ansicht, ein neuer Weltkrieg werde den USA grossen Gewinn bringen und in jeder Hinsicht sehr vorteilhaft sein. In einigen Diskussionsbeiträgen wurde besonders die Ansicht unterstrichen, dass der Krieg das Staatsgebiet der USA nicht berühren werde. Der amerikanische Sachverständige für internationale Fragen, Professor Stilwell, erklärte: «Welcher Art die Zufälligkeiten des Krieges in Europa oder in Asien auch sein mögen, den USA wird keinerlei Gefahr drohen.»¹

¹ «The New York Herald Tribune» vom 3. November 1939.

Nach der Beratung begannen japanisch-amerikanische Verhandlungen, in deren Verlauf am 23. Mai 1939 vorgeschlagen wurde, eine neue Konferenz nach dem Muster der Münchener einzuberufen, nur diesmal unter Beteiligung der USA und Japans.¹ An den Plänen für diese Konferenz arbeiteten amerikanische und japanische Diplomaten während des ganzen Sommers 1939 mit Hochdruck, aber die herrschenden Kreise der USA liessen auch Europa nicht ausser Acht. Die mit Hitler sympathisierenden bekannten amerikanischen Politiker Vandenberg und Hamilton Fish bereisten die Hauptstädte der kapitalistischen Staaten, einschliesslich Englands. Nach Gesprächen mit den Machthabern Hitlerdeutschlands sowie Grossbritanniens und Frankreichs erklärte Hamilton Fish auf einer Pressekonferenz am 15. August 1939 ganz offen, das Hauptziel seiner Reise sei die Einberufung einer Konferenz der Aussenminister Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Grossbritanniens, um einen Ausweg zu suchen.² So wurde ein neues Münchener Abkommen vorbereitet, mit dem Polen an Deutschland ausgeliefert werden sollte, wenn dieses sich verpflichtete, einen Aggressionskrieg gegen die Sowjetunion zu beginnen.

Ebenfalls im Mai unternahm Japan einen neuen Aggressionsakt im Interesse seiner herrschenden Clique, diente damit aber auch der gesamten internationalen Reaktion. Japanische Truppen fielen am Chalchin-Gol in die Sowjetunion und die durch einen Beistandspakt mit der Sowjetunion verbündete Mongolische Volksrepublik ein, um die Mongolische Volksrepublik zu erobern und an die sowjetischen Grenzen im Gebiet des Baikals vorzustossen. Die herrschenden Kreise Japans nahmen an, der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR sei nicht mehr fern, und wollten rechtzeitig günstige Positionen für einen Schlag gegen die Sowjetunion gewinnen, von denen aus sie in den sowjetischen Fernen Osten und nach Sibirien vordringen konnten. Der japanische Plan für den Krieg gegen die UdSSR hob die Operationsrichtung der japanischen Truppen in das Baikargebiet hinein besonders hervor, weil diese vor allem die Verbindungswege zwischen der UdSSR und ihrem Fernen Osten unmittelbar bedrohte.

Der japanische Überfall auf die Mongolische Volksrepublik wurde von den herrschenden Kreisen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs mit Sympathie aufgenommen. Zu den Plänen für ein neues München in Europa gesellten sich die Pläne für ein München in Asien. Die Brandstifter des neuen Krieges

¹ Siehe Hearings before the Joint Committee on the Investigation of the Pearl Harbor Attack (Verhöre vor dem Ausschuss zur Untersuchung des Überfalls auf Pearl Harbor) Teil 20, Washington 1946, S. 4132.

² Siehe «The New York Times» vom 16. August 1939.

planten eine Pazifikkonferenz und wollten Tschiang Kaischek, den Chef der Kuomintangregierung, dazu einladen. Mao Tse-tung entlarvte die Pläne der reaktionären Kräfte, indem er schrieb: «Die sogenannte pazifische Konferenz wird gerade ein ‚östliches München‘ sein; sie wird China das Schicksal der Tschechoslowakei bereiten.»¹

Die Pazifikkonferenz fand nicht statt, weil die japanisch-amerikanischen Gegensätze sie verhinderten. Dennoch unterzeichneten England und Japan am 23. Juli 1939 in Tokio ein Abkommen und schufen damit ein «östliches München». Nach dem japanischen Aussenminister und dem britischen Botschafter in Tokio wurde es als «Arita-Craigy-Abkommen» bezeichnet. Es lieferte China als Lohn für die Vorbereitung eines Krieges gegen die UdSSR an Japan aus. Die britische Regierung verpflichtete sich, «die jetzige Lage in China und die besonderen Bedürfnisse der in China operierenden japanischen Streitkräfte anzuerkennen» und «keinerlei Akte oder Massnahmen zu begünstigen, die die japanischen Streitkräfte in China behindern». Gleichzeitig versicherte Craigy Arita vielsagend, «England wird Japan im Fernen Osten nicht entgegentreten»². Das geschah, als am Chalchin-Gol heftige Kämpfe tobten.

Die Väter des «Münchener» Abkommens für den Osten erreichten wohl gewisse Erfolge in ihrem verbrecherischen Kurs, einen Krieg gegen die UdSSR zu provozieren, in Europa blieb aber ihre Politik, das faschistische Deutschland gegen die Sowjetunion zu hetzen, hinter den Erwartungen zurück. Deshalb entschlossen sich jetzt die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs, mit der Sowjetunion zu verhandeln. Diese Verhandlungen sollten die Öffentlichkeit ihrer Länder beschwichtigen, die ein Bündnis mit der UdSSR als Abwehr gegen die immer deutlicher werdende faschistische deutsche Aggression verlangte. Ausserdem dachten die Westmächte, Hitler durch die Perspektive einer englisch-französisch-sowjetischen Koalition zu schrecken oder beim Scheitern der Verhandlungen die Isoliertheit der Sowjetunion zu demonstrieren, um dadurch Deutschland zum Überfall auf die UdSSR herauszufordern. Die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs hatten die Absicht, der Sowjetunion Verpflichtungen aufzubürden, die sie zwangsläufig in einen Krieg mit Deutschland verwickelt hätten, während Grossbritannien und Frankreich keine festen Bindungen auf sich nehmen wollten. Sollte Deutschland gegen alle Erwartungen

¹ Mao Tse-tung, Ausgewählte Schriften in vier Bänden, Bd. 3, Berlin 1956, S. 25.

² Papers relating to the Foreign relations of the United States and Japan 1931 bis 1941 (Dokumente zu den aussenpolitischen Beziehungen der Vereinigten Staaten und Japans 1931-1941), Bd. II, Washington 1943, S. 2.

doch nach Westen §losschlagen, dachten diese sauberen Politiker, die Hilfe der Sowjetunion ausnutzen zu können. So war das Übereinkommen der Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs, mit der UdSSR zu verhandeln, ein neuer Zug in ihrem Doppelspiel, der die Münchener Politik fortsetzte. Durch die Drohung, ein Abkommen mit der UdSSR abzuschliessen, wollten die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs Deutschland zwingen, ein weitgehendes Abkommen mit ihnen einzugehen, das die Interessen der britischen und französischen Monopolgesellschaften auf den Weltmärkten nicht schmälerte und den Überfall Deutschlands auf die UdSSR garantierte.

Im Gegensatz zu den Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs bemühte sich die Sowjetregierung ehrlich darum, eine einheitliche Front der Regierungen und Völker gegen die faschistische Aggression zu schaffen. Die Sowjetunion wollte mit Grossbritannien und Frankreich einen Vertrag abschliessen, ein wirksames Abkommen über gegenseitigen Beistand gegen die Aggression, das die Länder Mittel- und Osteuropas gegen einen Überfall sicherte sowie die Form und den Umfang unverzüglicher gegenseitiger Hilfe gegen jede Aggression festlegte.

Diese Absicht der Sowjetunion war für jeden, der die Entwicklung der Ereignisse erkannte, völlig klar.

Die Sowjetregierung vertrat in den Verhandlungen mit Grossbritannien und Frankreich den Standpunkt, dass ein Abkommen der drei Staaten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und der Gleichheit der Verpflichtungen beruhen müsse. Doch dieses elementare und höchst wichtige Prinzip fehlte in den englisch-französischen Vorschlägen.

In der Haltung der Regierung Grossbritanniens und Frankreichs während der Verhandlungen mit der Sowjetunion zeigte sich deutlich ihre Doppelzüngigkeit. Sie dachten gar nicht daran, ein ernst zu nehmendes Abkommen mit der Sowjetunion abzuschliessen. Chamberlain schrieb in seinem Tagebuch offenerherzig, die Verhandlungen mit Moskau seien nur dazu nötig, einen Druck auf Deutschland auszuüben und es zum Abschluss eines neuen Abkommens zu veranlassen.¹ In diesem Sinne waren auch alle Instruktionen der britischen und französischen diplomatischen und militärischen Vertreter gehalten, die an den Verhandlungen teilnahmen. Am klarsten aber enthüllt die Korrespondenz der Regierungen jener Monate die wahren Ziele der Politik Grossbritanniens und Frankreichs. In dem geheimen Memorandum des britischen Aussenministeriums an Frankreich vom 22. Mai 1939 hiess es: «Der Abschluss eines Abkom-

¹ Siehe K. Feiling, *The Life of N. Chamberlain* (Das Leben Neville Chamberlains), London 1947, S. 409f.

mens, auf Grund dessen die Sowjetunion uns zu Hilfe kommen wird, wenn wir im Westen angegriffen werden, erscheint nicht nur deshalb wünschenswert, weil wir Deutschland dann einen Zweifronten-Krieg aufzwingen könnten, sondern vielleicht auch deshalb,... weil es im Falle eines Krieges hauptsächlich darauf ankommen wird, die Sowjetunion in ihn zu verwickeln.»¹

Als Hinderungsgrund für das Zustandekommen des Abkommens mit der UdSSR führten die britischen und französischen Diplomaten zuerst den «Einspruch» Estlands, Lettlands und Litauens ins Feld, dann analoge «Einsprüche» Rumäniens und Polens, deren Regierungen eine sowjetische Hilfe gegen die Aggression nicht annehmen wollten. Hierzu schreibt der rumänische Diplomat Gafencu, damals Aussenminister, in seinem Tagebuch: «So war die englische Regierung glücklich, die ‚Empfindlichkeit‘ Polens und Rumäniens in den Vordergrund rücken zu können, um die Verpflichtungen, welche die Sowjetunion übernehmen sollte, begrenzen zu können».²

Der Vatikan unterstützte die provokatorische Politik der herrschenden Kreise Grossbritanniens und Frankreichs in den Verhandlungen mit der UdSSR in jeder Weise. Papst Pius XII. setzte sich aktiv für neue Verhandlungen der Westmächte mit Deutschland, für ein neues München auf Kosten Polens ein. Im Mai und Juni entwickelte sich ein lebhafter geheimer Briefwechsel zwischen den päpstlichen Vertretern. Kardinal Hlond verhandelte im Auftrag des Vatikans mit der polnischen Regierung, um sie zum Nachgeben gegenüber Hitlerdeutschland zu veranlassen.³

Die Sowjetunion musste die Rolle ablehnen, die ihr die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs zuweisen wollten. Die Meinungen des Sowjetvolkes zu dieser Frage vertrat Genosse Shdanow in der «Prawda» vom 29. Juni 1939 in seinem Artikel «Die britische und die französische Regierung wollen keinen auf Gleichberechtigung beruhenden Vertrag mit der UdSSR». Er führte Tatsachen an, die diese These bestätigten, und schloss aus ihnen: «Alles das besagt, dass die Engländer und die Franzosen keinen auf dem Prinzip der Gleichheit und der Gegenseitigkeit beruhenden Vertrag mit der UdSSR wünschen, obwohl sie täglich schwören, dass sie ebenfalls für die ‚Gleichheit‘ seien, sondern einen solchen Vertrag, in dem die UdSSR die Rolle eines Tagelöhners spielen würde, der die gesamte Last der Verpflichtungen auf seinen Schultern trägt. Aber kein Land, das Selbstachtung besitzt, wird auf einen solchen Vertrag eingehen, wenn

¹ Documents on British Foreign Policy 1919-1939 (Dokumente zur britischen Aussenpolitik 1919-1939). Herausg. von E. L. Woodward u. R. Butler. Dritte Serie, Bd. 5, London 1952. S. 646.

² G. Gafencu, Europas letzte Tage, Zürich 1946, S. 165.

³ Siehe A. Manhattan, Der Vatikan und das XX. Jahrhundert, Berlin 1958, S. 180ff.

es nicht ein Spielball in den Händen von Leuten sein will, die sich die Kastanien gern von anderen aus dem Feuer holen lassen. Umso weniger kann die UdSSR, deren Stärke, Macht und Würde der ganzen Welt bekannt sind, auf einen solchen Vertrag eingehen.»¹

Trotzdem setzte die Sowjetunion die Verhandlungen mit Grossbritannien und Frankreich fort, weil sie unbedingt den Frieden erhalten wollte. Sie bemühte sich, auf beide Staaten einzuwirken, bis schliesslich die Westmächte die Verhandlungen in eine Sackgasse geführt hatten.

Auf den Ausgang der Verhandlungen mit der UdSSR wirkten sich vor allem die geheimen Verhandlungen aus, die in derselben Zeit zwischen England und Deutschland geführt wurden. Die britische Regierung beachtete sie entschieden stärker als die Verhandlungen in Moskau.

Von Juni bis August 1939 verhandelten deutsche und englische Vertreter in London. Von britischer Seite beteiligten sich an ihnen der Aussenhandelsminister Hudson und Chamberlains engster Berater und Vertrauter Wilson, während Deutschland von Wohlthat vertreten wurde, einem namhaften Wirtschaftsexperten, der gleichzeitig Sonderbeauftragter war. Im Verlauf dieser Verhandlungen wurde der Abschluss mehrerer Abkommen erörtert. Vorgesehen war unter anderem, die «Lebensräume» Grossbritanniens und Deutschlands gütlich abzugrenzen, das heisst, die Welt zwischen beiden Staaten aufzuteilen. Weiterhin arbeiteten die Verhandlungspartner Pläne aus, nach denen die bestehenden Weltmärkte, einschliesslich der «Märkte» Russlands und Chinas, erobert und ausgebeutet werden sollten, ausserdem bereiteten sie einen englisch-deutschen Nichtangriffspakt vor, in dem England auf seine Verpflichtungen gegenüber Polen verzichten sollte. Diese Verpflichtungen hatte England erst vor einigen Monaten, nämlich im März 1939, abgegeben, als es Polen eine einseitige Garantie gewährte, und im April 1939, als ein englisch-polnischer Beistandspakt unterzeichnet wurde. Schliesslich stand bei den englisch-deutschen Verhandlungen auch eine englische Wirtschafts- und Finanzhilfe für Deutschland auf der Tagesordnung, vor allem eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde Pfund Sterling.

Nach dem ganzen Charakter der Verhandlungen kann nicht daran gezweifelt werden, dass sie sich gegen die Sowjetunion richteten. Der deutsche Botschafter in London, von Dirksen, betont in seinen Memoiren, dass Hudson zu Wohlthat von dem weiten Betätigungsfeld gesprochen habe, das sich England und Deutschland in drei Gebieten erschliessen könnten – im Britischen Imperi-

¹ «Prawda» vom 29. November 1939.

um, in China und in Russland. Hierbei betonte Hudson vor allem, in Russland sei eine umfassende zusätzliche wirtschaftliche Betätigung Deutschlands möglich.¹

Die Führer der Labour Party unterstützten die Politik der Verständigung mit den deutschen Faschisten. Ende Juli 1939 suchte der Labourfunktionär Buxton, der die Pläne für eine Abgrenzung der Einflussphären billigte, den Botschaftsrat Kordt in der deutschen Botschaft in London auf; in der nachfolgenden geheimen Unterredung erklärte er, wenn sich Deutschland verpflichte, sich nicht in die Angelegenheiten des Britischen Imperiums einzumischen, werde England die deutschen Interessen in Ost- und Südosteuropa anerkennen, alle Garantien, die es einigen Ländern gegeben hatte, kündigen und Frankreich veranlassen, seinen Beistandspakt mit der UdSSR zu lösen und die Verhandlungen mit der Sowjetunion abzubrechen.

Auch einige andere Führer der Labour Party standen Buxton nicht nach. Bevin rief auf einer Konferenz seiner Partei dazu auf, alle Kräfte der Welt zu vereinen und Deutschland, Italien und Japan einen Platz an der Sonne zu geben.² Damit schlug er nichts anderes vor, als die Welt auf Kosten Osteuropas und durch einen Krieg gegen die UdSSR aufzuteilen.

Im August 1939 suchte ausserdem der deutsche Botschafter in London, von Dirksen, den britischen Aussenminister Halifax auf, der ihm seine Gedanken über die Welt nach dem Münchener Abkommen vortrug. Für ihn galt Deutschland als herrschende Macht auf dem europäischen Kontinent mit Vorzugsrechten im Südosten, während Grossbritannien in den Besitzungen seines Imperiums und auf den Seewegen von Europa nach dem Pazifik und dem Fernen Osten die Macht ausübe.³

Da nicht zu erwarten war, dass die Volksmassen Englands und Frankreichs derartige Abmachungen gleichgültig hinnehmen würden, wies der französische Aussenminister Bonnet in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Paris, Welczek, auf die Absicht der Regierung hin, in Frankreich öffentliche Versammlungen zu untersagen, jede Spur von Freiheit zu vernichten und die Kommunistische Partei zu verbieten.

Den Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs lag also gar nichts daran, gemeinsam mit der UdSSR den Frieden zu sichern; sie bemühten sich dagegen, die deutsche Aggression nach Osten gegen die Sowjetunion zu lenken. Sie hatten nie daran gedacht, wirklich einen Beistandspakt abzuschliessen, sondern

¹ Siehe H. von Dirksen, Moskau, Tokio, London, Stuttgart o. J., S. 251.

² Siehe «Labour Monthly», 21. Jahrgang, Heft 7/1939, S. 407.

³ Siehe Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, Bd. 2: Das Archiv Dirksens (1938-1939), Moskau 1949, S. 131.

von vornherein auf den Abbruch der Verhandlungen hingearbeitet. Der britische Botschafter in Moskau, Strang, berichtete nach London, er habe den Standpunkt der Regierung, monatelang mit Moskau Verhandlungen zu führen, ohne eine konkrete Übereinkunft zu erzielen, richtig verstanden.¹

Die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs hatten die Verhandlungen mit der Sowjetunion in eine Sackgasse geführt, weil sie damit rechneten, sich mit Deutschland noch zu einigen. Die starken imperialistischen Gegensätze, die jedesmal mit neuer Kraft in Erscheinung traten, wenn Fragen der territorialen Abgrenzung berührt wurden, verhinderten jedoch ein Zusammengehen. Die deutschen Imperialisten verlangten die Rückgabe der Kolonien, die ihnen England und Frankreich nach dem ersten Weltkrieg abgenommen hatten, und darüber hinaus neue Kolonialbesitzungen, während die englischen und französischen Imperialisten nicht daran dachten, ihre Besitzungen preiszugeben, selbst nicht die ehemals deutschen. Sie boten Deutschland dagegen allerlei Vereinbarungen auf Kosten anderer Länder und deren Besitzungen an. So schlug England vor, sich mit Deutschland die portugiesischen Kolonien in Afrika zu teilen. Den herrschenden Kreisen Deutschlands erschien das aber nur als geringes Almosen. Sie spielten immer stärker mit dem Gedanken, die britischen und französischen Kolonien und Dominions an sich zu reißen. Die imperialistischen Gegensätze stellten sich der Verständigung Englands und Frankreichs mit Hitlerdeutschland als unüberwindliches Hindernis in den Weg.

5

Der Verzicht der Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs auf einen Vertrag mit der Sowjetunion spitzte die politische Situation in Europa weiter zu. Die Welt stand am Rande einer gewaltigen Katastrophe. Noch war nur ungeklärt, gegen wen sich die deutsche Aggression richten würde. Das hing mit davon ab, wie sich die Kräfte jetzt gruppierten.

Die Sowjetunion stand im August 1939 vor der Entscheidung, entweder noch einmal zu versuchen, sich mit Grossbritannien und Frankreich zu einigen – was von vornherein so gut wie aussichtslos war –, oder das deutsche Angebot anzunehmen, einen Nichtangriffspakt abzuschliessen. Im ersten Fall hätte die provokatorische Politik der Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frank-

¹ Siehe Dokumente zur britischen Aussenpolitik, a. a. O., Dritte Serie, Bd. 6, London 1953, S. 425.

reichs unvermeidlich in absehbarer Zeit zum Ausbruch eines Krieges gegen die UdSSR geführt, dann hätte nicht nur Deutschland, sondern auch Japan die UdSSR überfallen, dafür war der Kampf am Chalchin-Gol Beweis genug. Selbst nachdem die japanischen Truppen in diesem Gebiet zerschlagen waren, ging Japan nicht auf ein Abkommen mit der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik ein, um den Konflikt zu beseitigen. Japan wartete ab, wie sich die Ereignisse entwickelten, weil es stark mit einem deutschen Überfall auf die Sowjetunion rechnete und dann die Kämpfe wieder aufnehmen wollte. Schliesslich hätten die herrschenden Kreise der USA, Grossbritanniens und Frankreichs ein solches Vorgehen gegen die UdSSR nur unterstützt. Das war auch der Plan der internationalen imperialistischen Reaktion, auf dem das Münchener Abkommen beruhte.

England und Frankreich bereiteten bereits den Krieg gegen die UdSSR vor. Sie zogen im Nahen Osten Truppen zusammen und verstärkten ihre sowjetfeindliche Politik im Norden Europas. Schon im Juni 1939 reiste der Generalinspekteur der britischen Armee, Walter Kirke, nach Finnland und äusserte dort seine Befriedigung darüber, dass sich Finnland auf einen Krieg gegen die UdSSR vorbereitete.¹ Nach ihm besuchte der britische Admiral Plunkett Finnland und erklärte, man müsse alle Kanonen auf Kronstadt richten.²

Doch stand der Sowjetunion noch der andere Weg offen. Der Abschluss eines Nichtangriffsvertrages mit Deutschland gab der UdSSR einen Aufschub und warf den Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in ihrem unehrlichen Spiel die Karten durcheinander. Der Zeitgewinn war sehr wichtig, denn so konnte die Sowjetunion noch einige Monate lang die Verteidigungskraft des Landes stärken und Kräfte zur Abwehr der Aggression ausbilden. Der Vertrag erschwerte Deutschland den Überfall auf die UdSSR, weil es dann dazu seine Verpflichtungen brechen musste und sich damit als Aggressor blossstellte, der die anerkannten Normen des Völkerrechts missachtete.

Als die Sowjetunion den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt unterzeichnete, setzte eine Flut von Verleumdungen ein, in denen unter anderem behauptet wurde, die Sowjetunion habe jetzt ihre eigene Aussenpolitik verraten und sich von den kollektiven Abwehrmassnahmen gegen die faschistische Aggression losgesagt. In Wirklichkeit aber hatte sich der aussenpolitische Kurs der

¹ Siehe D. N. Pritt, *Must the war spread? (Muss sich der Krieg ausdehnen?)*, New York 1940, S. 212.

² Siehe H. B. Elliston, *Finland fights (Finnland kämpft)*, Boston 1940, S. 166.

Kommunistischen Partei und der Regierung der UdSSR, im Interesse der Erhaltung des Friedens die in München gebildete antisowjetische Front zu spalten, nicht geändert.

Diese Aufgabe hatte die Sowjetregierung durch den Vertrag mit England und Frankreich lösen wollen. Als wegen der Haltung der Regierungen beider Staaten kein Ergebnis erzielt werden konnte, das den Wünschen der Völker gerecht wurde, wollte die Sowjetregierung ihre Absicht auf einem anderen Weg, durch den Vertrag mit Deutschland, verwirklichen.

Die deutsche Regierung dachte bei ihrem Vertragsangebot nur daran, den militärischen Konflikt mit der UdSSR, den die Machthaber der USA, Grossbritanniens und Frankreichs so schnell wie möglich provozieren wollten, noch hinauszuschieben. Die deutschen Imperialisten glaubten, ihr Land sei einem Krieg gegen die UdSSR noch nicht gewachsen. Sie wollten diesen Krieg, aber zugleich fürchteten sie ihn auch.

Am 23. August 1939 wurde in Moskau ein auf zehn Jahre befristeter sowjetisch-deutscher Nichtangriffspakt unterzeichnet. Damit hatte die Sowjetregierung gehandelt. Ihre weitsichtige und kluge Entscheidung hat mit dazu beigetragen, den zweiten Weltkrieg für die UdSSR und für alle freiheitliebenden Völker siegreich zu beenden.

Die Weltreaktion quittierte die Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Vertrages mit lauter Entrüstung und mit hemmungslosen Verleumdungen gegen die Sowjetunion, an denen sich auch die Führer der Rechtssozialisten beteiligten. Auf der Grundlage dieser Schmähungen hat das USA-Aussenministerium Anfang 1948, nachdem es sich mit den Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs geeinigt hatte, eine Sammlung verschiedener Berichte und Aufzeichnungen von Nazibeamten zusammengestellt und unter dem Titel «Die nazistisch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1939-1941» veröffentlicht. Einige Mitglieder der Labourführung bemühten sich, sie wieder hervor zu zerren, als N. S. Chruschtschow und N. A. Bulganin im Frühjahr 1956 in England weilten. Diesen plumpen Versuchen kann man das Zeugnis des ehemaligen stellvertretenden Aussenministers der USA, Sumner Welles, entgegenhalten: «Von praktischen Gesichtspunkten aus ist es wichtig festzustellen, dass die Sowjetunion jetzt Vorteile erreichen konnte, die zwei Jahre später, als der erwartete deutsche Angriff kam, von ungeheurem Wert für sie sein sollten.»¹

Der Abschluss des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes traf die Eroberungspläne des japanischen Imperialismus. Die japanische Regierung protestierte formell und bezeichnete den Nichtangriffspakt als dem «Wortlaut und

¹ S. Welles, a. a. O., S. 297.

Geist des Antikomintern-Paktes widersprechend». Die japanisch-deutschen Beziehungen verschlechterten sich. Darüber unterrichtete der japanische Botschafter in den USA, Horinoutsu, am 26. August den USA-Außenminister Hull. Er wies darauf hin, dass Japan einige konkrete Aspekte seiner Außenpolitik der nächsten Zeit werde ändern müssen.¹ Im Zusammenhang mit diesen Änderungen musste die Regierung Hiranuma zurücktreten. Eine aus diesem Anlass veröffentlichte Regierungserklärung teilte mit, dass nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Paktes in Europa eine schwierige und unerwartete Situation entstanden sei. Die Regierung verzichte deshalb, ihre Politik fortzusetzen. Eine neue Politik, den veränderten Verhältnissen angepasst, müsse ausgearbeitet werden.²

Am 15. September wurde zwischen der UdSSR, der Mongolischen Volksrepublik und Japan ein Abkommen über die Beseitigung des Konflikts am Chalchin-Gol unterzeichnet.

So erfüllte der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt seinen positiven Zweck bereits gleich nach seiner Unterzeichnung. Doch durften die schändlichen und verräterischen Absichten der Nazimachthaber nicht vergessen werden, die nicht daran dachten, den Vertrag längere Zeit einzuhalten, nützte er ihnen doch nur bis zu dem Zeitpunkt, an dem sie sich stark genug fühlten, einen Krieg gegen die UdSSR zu wagen.

Deshalb durfte trotz des Abschlusses des Nichtangriffspaktes die Wachsamkeit und Kampfbereitschaft des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte nicht nachlassen, denn auf den Vertrag war kein Verlass.

¹ Siehe Peace and War. United States Foreign Policy 1931-1941 (Frieden und Krieg. Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten 1931-1941), Washington 1943, S. 481.

² Siehe Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1939, Bd. 80, München 1940, S. 662 ff.

ZWEITER TEIL

DER KOMISCHE KRIEG

DRITTES KAPITEL

DER MILITÄRISCHE ZUSAMMENBRUCH POLENS DIE SOWJETUNION VERLEGT DEUTSCHLAND DEN WEG NACH OSTEN

1

Die Politik von München, mit der die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs den Schlag der deutsch-faschistischen Eroberer von sich gegen die Sowjetunion lenken wollten, hatte Hitler nur ermutigt und ihn endgültig zu dem Entschluss veranlasst, den Krieg mit einem Überfall auf die Westmächte zu beginnen.

Auf dem Weltherrschaftsprogramm des deutschen Imperialismus stand die militärische Vernichtung Englands und Frankreichs. In seiner Rede vom 23. Mai 1939 sagte Hitler: «England ist...unser Feind, und die Auseinandersetzung mit England geht auf Leben und Tod. *England* ist der Motor, der gegen Deutschland treibt.»¹ Doch die deutschen Militärs beschlossen, zuerst Polen auszuschalten.

Der Entschluss Deutschlands, Polen zu überfallen, war wiederum weitgehend auf München zurückzuführen. Vor seinen Oberbefehlshabern äusserte Hitler: «England und Frankreich haben sich verpflichtet (Polen zu unterstützen – d. dtsh. Red.), beide sind nicht in der Lage dazu... Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München.»²

Am 22. August 1939 legte Hitler auf einer Beratung der höchsten Offiziere der deutschen Wehrmacht auf dem Obersalzberg die letzten Befehle des deutschen Oberkommandos für den Krieg gegen Polen fest. Hierbei sagte er in seiner zweiten Rede: «Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebenden Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie... Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Bei Beginn und Führung des Krieges kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf den Sieg.»³

Deutschlands diplomatische Vorbereitungen zum Angriff auf Polen begannen

¹ Zitiert nach: R. W. Cooper, *Der Nürnberger Prozess*, Krefeld 1947, S. 64f.

² Zitiert nach: *IMG Nürnberg*, Bd. XXVI, S. 341 ff.

³ Zitiert nach: *Nürnberger Prozess*, a. a. O., S. 157.

schon im Frühjahr 1939. Am 22. März 1939 verlangte Hitler von Polen, dass es dem Anschluss Danzigs an Deutschland zustimmen und einen Korridor durch polnisches Gebiet schaffen solle, damit Ostpreussen durch eine exterritoriale Autobahn und eine exterritoriale Bahnlinie mit Deutschland verbunden werden könne. Mit diesen Forderungen wollte er die Lage prüfen. Ausserdem wartete Hitler auf das Ergebnis der englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen. Als sich die deutschen Imperialisten davon überzeugt hatten, dass Chamberlain und Daladier keinen Beistandspakt mit der UdSSR abschliessen wollten, begannen sie mit den unmittelbaren Vorbereitungen zum Krieg gegen Polen. Die deutsche Presse eröffnete eine hemmungslose antipolnische Propaganda-kampagne.

In der Nacht vom 30. zum 31. August 1939 überreichte Deutschland Polen eine ultimative Note zur Frage Danzigs und des polnischen Korridors. Die polnische Regierung beauftragte ihren Botschafter in Berlin, Lipski, Verhandlungen aufzunehmen. Es gelang ihm jedoch nicht, die führenden Männer Hitlerdeutschlands zu erreichen. Sie weigerten sich hartnäckig, den polnischen Bevollmächtigten zu empfangen, veröffentlichten aber gleichzeitig die Meldung, Deutschland warte auf das Eintreffen polnischer Bevollmächtigter, deren Ausbleiben ein Beweis dafür sei, dass Polen die Fragen der polnisch-deutschen Beziehungen nicht friedlich zu lösen wünsche.

Eine weitere Provokation wurde unternommen. In deutschen Gefängnissen wurden Verbrecher ausgesondert und in polnische Uniformen gesteckt. Diese von der SS geführte Verbrecherbande verübte auf Weisung der militärischen Führung einen «Überfall» auf den deutschen Sender Gleiwitz. Das war der «propagandistische Anlass» zum Kriege, von dem Hitler am 22. August zynisch gesprochen hatte.

Am 1. September 1939, 04.45 Uhr, fielen die deutschen Streitkräfte in Polen ein. In einem Aufruf, den Hitler am selben Tag an die deutsche Wehrmacht richtete, sagte er: «Der polnische Staat hat ... an die Waffen appelliert ... Eine Reihe ... Grenzverletzungen beweist, dass die Polen nicht mehr gewillt sind, die deutsche Reichs-grenze zu achten. Um diesem wahnwitzigen Treiben ein Ende zu bereiten, bleibt mir kein anderes Mittel, als von jetzt ab Gewalt gegen Gewalt zu setzen.»¹

Hitlerdeutschland war hinreichend vorbereitet und gerüstet, um den Krieg mit Polen zu beginnen. Gegen Polen wurden 58 Divisionen eingesetzt, darunter sechs Panzerdivisionen und vier motorisierte Divisionen.

¹ Zitiert nach: ebenda, S. 171.

Diese Divisionen unterstanden den beiden Heeresgruppen Nord und Süd.¹ Sie wurden durch starke Luftwaffenverbände mit mehr als 2'000 Kampfflugzeugen unterstützt.²

Der Überfall des faschistischen Deutschlands erfolgte so schnell, dass Polen kaum Zeit zur Mobilmachung blieb. Deshalb konnte es nur die Truppen einsetzen, die bereits im Frieden unter Waffen standen. Polen verfügte über 30 Divisionen, 12 Kavalleriebrigaden und 900 Flugzeuge veralteter Typen. Ein beträchtlicher Teil der polnischen Armee war an den Ostgrenzen stationiert. An den polnischen Westgrenzen bestanden keine starken Befestigungsanlagen, obwohl sich die gesamte polnische Grundstoffindustrie westlich von Warschau, in dem sogenannten strategischen Dreieck, befand, dessen eine Seite die polnische Westgrenze mit Deutschland bildete. Das war auch eine Folge der westlichen Orientierung der herrschenden Kreise Polens, die der Sowjetunion, ihrem östlichen Nachbarn, mit unverhohlener Feindschaft gegenüberstanden. Die Konzentration der polnischen Industrie im Westen gab diese dem Vorstoss des deutschen Heeres preis und verurteilte Polen im Krieg mit Deutschland von vornherein zur Niederlage.

Die deutsche Luftwaffe vernichtete schon in den ersten Tagen die polnischen Luftstreitkräfte, legte den Eisenbahnverkehr lahm und desorganisierte stark die Führung der polnischen Truppen. Die Offensive der deutsch-faschistischen Armeen entwickelte sich planmässig. Bereits am 7. September hatten sie die Grenzverteidigungen durchbrochen, Teile der polnischen Deckungstruppen vernichtet und andere zum ungeordneten Rückzug gezwungen. Die deutschen Divisionen brachen gleichzeitig von Norden, Westen und Süden – aus Ostpreussen, Pommern, Schlesien und aus der Slowakei – in Polen ein. In konzentrischem Vorgehen schlossen die deutschen Truppen die polnischen Streitkräfte im Raum um Warschau ein. Schon am 11. September brachen deutsche Panzerspitzen in die Warschauer Vorstadt ein. Am 19. September war ganz Polen, mit Ausnahme einzelner Gebiete, von deutschen Truppen besetzt. Polen war geschlagen.

Die Ursachen der Septemberkatastrophe Polens liegen in der Natur des volksfeindlichen, im Grunde faschistischen, durch und durch verrotteten Regimes, das die polnischen Machthaber errichtet hatten. Äusserste Not und politische Rechtlosigkeit der Werktätigen in Stadt und Land, uneingeschränkte Macht der

¹ Zahlenangaben nach: Die Vorbereitung und Durchführung der Aggression Hitlerdeutschlands gegen Polen im September 1939. In: Militärwesen, 3. Jahrgang, Heft 5/1959, S. 696 ff.

² Siehe G. W. Feuchter, Geschichte des Luftkrieges, Bonn 1954, S. 335.

Grossgrundbesitzer und Kapitalisten – auch ausländischer – und die Verfolgung der nationalen Minderheiten, wie Ukrainer und Belorussen, waren die charakteristischsten Züge des Regimes. Das Heer hatte keinen Kontakt mit dem Volk und stand ihm als eine volksfeindliche

Macht gegenüber, wahrte allein die Interessen der herrschenden Klassen. Die Aussenpolitik der polnischen Pans förderte alle möglichen antisowjetischen Pläne und wünschte stets, sich an ihnen zu beteiligen. Sie war gekennzeichnet durch den Verrat der nationalen Interessen des Landes und

des Volkes und durch verbrecherische Abmachungen mit den Nazis und den Vätern des Münchener Abkommens. Der polnische Aussenminister, Oberst Beck, bekannt durch seine Verbindungen zu den Nazis, wollte die Sowjetunion isolieren. Deshalb war kein gemeinsamer Kampf mit der Sowjetunion zur Erhaltung des Friedens mehr möglich.

Wie der französische Botschafter in Polen, Noël, schrieb, leistete Beck «tatsächlich der Politik des Führers dauernd wertvollen Beistand. Die Arbeitsgemeinschaft dauerte zwischen ihnen an. Die polnische Diplomatie unterstützte bei jeder Gelegenheit die Manöver des Reiches gegen den Völkerbund, die kollektive Sicherheit und die mehrseitigen Verträge zur gegenseitigen Unterstützung.»¹ Jetzt war Polen isoliert und stand in diesen verhängnisvollen Septembertagen verlassen da. Die polnische Regierung besass nicht das geringste Verständnis für die nationalen Interessen des polnischen Volkes. Die herrschende Schicht hatte ein Höchstmass an moralischer und politischer Zersetzung erreicht und versank im Sumpf der Korruption und Bestechlichkeit. Sie hielt sich nur durch Terror und Willkür an der Macht. Es ist nicht verwunderlich, dass die polnische Regierung schon nach den ersten militärischen Misserfolgen floh. Die Regierungsmitglieder und auch der Präsident Moscicki hatten sich selbst beizeiten Schweizer Pässe verschafft und grosse Konten bei ausländischen Banken errichtet. Das polnische Volk und die polnische Armee überliessen sie ihrem Schicksal.

Das verräterische Verhalten der Regierung und des Oberkommandos desorganisierte die Reihen des Heeres und die Kräfte des Volkes. Dennoch bewiesen polnische Truppen und Teile der Zivilbevölkerung hohen Mut, Kühnheit und Heroismus bei der Verteidigung der Heimat, so in Kutno und in Radom. Die Festung Modlin hielt sich bis zum 30. September, die Verteidiger des polnischen Flottenstützpunktes Hel kämpften bis zum 2. Oktober. Die von Kommunisten und fortschrittlichen Arbeitern geführte Bevölkerung Warschaws vernichtete aus eigener Kraft die in die Stadt durchgebrochenen deutschen Panzerspitzen. Das völlig eingeschlossene und halbzerstörte Warschau kämpfte hel-

¹ L. Noël, Der deutsche Angriff auf Polen, Berlin 1948, S. 155.

denhaft bis zum 28. September. Das polnische Volk hat in seiner verzweifelten Lage äusserst zäh und standhaft gekämpft.

Nachdem Polen besetzt worden war, raubten die deutschen Imperialisten der polnischen Bevölkerung die elementarsten Menschenrechte und traten die nationale Kultur Polens mit Füßen. Aber auch das schien ihnen noch nicht genug; sie setzten sich das Ziel, den gesamten aktiven Teil der polnischen Nation auszurotten. Der von Hitler eingesetzte Generalgouverneur des besetzten Polens, Frank, gab seinen Untergebenen folgende eindeutig verbrecherische Direktive: «Was wir jetzt an Führerschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen ... Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, denn dann hätten wir nur Scherereien und einen unnötigen Briefwechsel mit den Familienangehörigen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande.»¹ Polen verlor durch die faschistische Aggression insgesamt sechs Millionen Menschen.

Nachdem die deutschen Faschisten Polen besetzt hatten, vernichteten sie das Land als Staat. West- und Nordpolen gliederten sie Deutschland ein, so dass jetzt die deutsche Ostgrenze östlich von Lodz und die polnische Staatsgrenze unweit von Warschau verlief. Der restliche Teil Polens wurde zu einem deutschen Generalgouvernement mit Krakow als Zentrum erklärt.

Aber wenn die deutschen Faschisten auch Polen besetzt hatten, den Widerstandswillen des polnischen Volkes vermochten sie nicht zu brechen.

Mit Verachtung und grimmigem Hass beantworteten alle aufrechten Polen die Verbrechen der Nazis. Die Bevölkerung widersetzte sich allen Massnahmen der Besatzungsmacht. In den polnischen Wäldern und Gebirgen sammelten sich die ersten Partisanen.

2

Wie verhielten sich die mit dem Polen der Pans «verbündeten» Westmächte zum Überfall?

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren formell nicht mit Polen verbündet, obwohl sich ihr Einfluss auf die Politik der damaligen polnischen Machthaber auswirkte. Die Regierung der USA war aber moralisch mit dafür verantwort-

¹ Zitiert nach: IMG Nürnberg, Bd. XXIX, S. 444.

lich, dass die polnische Regierung am Vorabend des Krieges die sowjetischen Vorschläge über den kollektiven Sicherheitsplan abgelehnt hatte.

Die herrschenden Kreise der USA nahmen den Ausbruch des Krieges in Europa mit schlecht verhehlter Freude auf. Seit 1937 bebte die Wirtschaft der USA unter den Schlägen der Wirtschaftskrise. Die amerikanischen Monopolkapitalisten beurteilten daher den Krieg in erster Linie vom Gesichtspunkt neuer Absatzmöglichkeiten. Amerikanische Zeitungen schrieben ganz offen, der Einfluss des europäischen Krieges auf die Wirtschaftslage der USA werde vielseitig sein. Sie gaben zu, dass die Rüstungsindustrie den grössten Gewinn ziehen würde.¹ Die amerikanischen Geschäftsleute beunruhigte einzig die Frage, wie lange der Krieg dauern werde. Wenn der Ölzweig die Grossmächte zu locken anfinde, so würde, nach der Ansicht von USA-Wirtschaftlern, das Geschäftsleben darunter leiden. Die gesamte Wirtschaft der Vereinigten Staaten werde auf einen langen Krieg umgestellt, schrieb damals die einflussreiche amerikanische Zeitung «The New York Herald Tribune».²

Tatsächlich begann sich die mit Rüstungsaufträgen gespeiste amerikanische Wirtschaft zu heben wie ein Hefeteig. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der USA, William Foster, beurteilte diese Tatsache folgendermassen: «Erst als im Jahre 1939 der tödliche Schatten des zweiten Weltkrieges am Horizont erschien, begann die amerikanische Industrie, die erneut mit riesigen Kriegs aufträgen gefüttert wurde, wieder aufzuleben.»³

Ein zweiter, nicht minder schwerwiegender Grund für die Freude der amerikanischen Monopolisten war ihre Überzeugung, dass sie, wie schon während des ersten Weltkrieges, lange Zeit hindurch eine vorteilhafte Neutralität wahren könnten, um erst bei der endgültigen Entscheidung des Krieges und der Nachkriegsregelung aktiv in das Geschehen einzugreifen. Waren die hochfliegenden Pläne des amerikanischen Imperialismus nach dem ersten Weltkrieg nicht verwirklicht worden, so würde diesmal, meinten die Machthaber der USA, die Weltherrschaft in ihre Hände übergehen. Ganz offen sprach das der bekannte Politiker John Foster Dulles-der ehemalige USA-Aussenminister – am 28. Oktober 1939 auf einer Tagung des Nationalrates der christlichen Jugendvereine aus.⁴

¹ Siehe «The New York World Telegram» vom 2. September 1939.

² Siehe «The New York Herald Tribune» vom 17. September 1939.

³ W. Z. Foster, Der Weltkapitalismus im Niedergang, Berlin 1954, S. 49.

⁴ Siehe «The New York Times» vom 29. Oktober 1939.

Ähnlich äusserte sich auch der USA-Senator Borah.¹ Anne MacCormick, Korrespondentin der «New York Times», schrieb, das Wort Washingtons werde in der Entscheidung über das Geschick der Welt nach dem Krieg den Ausschlag geben.²

Offiziell erklärten deshalb die USA auch ihre Neutralität. Ein Umstand löste allerdings grosse Unzufriedenheit bei den amerikanischen Machthabern aus. Sie waren offensichtlich darüber verärgert, dass Deutschland 1939 nicht gleich auch die Sowjetunion angegriffen hatte. Der bekannte amerikanische Journalist Lippmann beschuldigte Hitler, dass er sein Versprechen, «ein Löwe im Osten» und «ein Lamm im Westen» zu sein, gebrochen habe.³ Derartige Vorwürfe wurden nicht nur von den USA, sondern auch von Machthabern Englands und Frankreichs erhoben. Churchill bezichtigte Hitler, er habe die antikommunistische, antibolschewistische Sache verraten.⁴ Ähnlich klagten auch Flugblätter, die von der britischen Luftwaffe über Deutschland abgeworfen wurden.

Grossbritannien und Frankreich befanden sich jedoch in einer schwierigeren Lage als die USA, da sie durch bestimmte Verpflichtungen gebunden waren, die Polens Sicherheit vor der deutschen Aggression garantieren sollten. Es mit diesen Verpflichtungen ebenso zu halten wie seinerzeit mit den der Tschechoslowakei gegebenen «Garantien» war jetzt bereits unmöglich. Die öffentliche Meinung ihrer eigenen Länder hätte ihnen das nie verziehen.

Andererseits erkannten die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs, dass sich die Aggression Hitlerdeutschlands gegen Polen auch gegen ihre Länder richtete, Hitler konnte sich, nachdem er Polen zerschlagen hatte, auch gegen den Westen wenden. Deshalb erblickten beide Regierungen, wie auch die Regierung der USA, das Hauptziel ihrer Politik in der nächsten Zeit darin, Hitler möglichst bald zum Überfall auf die UdSSR zu bewegen.

Die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs forderten Deutschland auf, die Kampfhandlungen gegen Polen einzustellen. Hierbei liessen sie unverhüllt durchblicken, dass Deutschland, wenn es seine Truppen durch polnisches Gebiet nach Osten marschieren lassen wollte, dies ungehindert tun könnte.

Am 2. September schlug Mussolini vor, eine neue Konferenz nach Münchener Muster zur Lösung der Polenfrage einzuberufen. Nach ihm unterbreitete Fran-

¹ Siehe «The New York Times» vom 2. Dezember 1939.

² Siehe «The New York Times» vom 9. Oktober 1939.

³ «The New York Herald Tribune» vom 7. Oktober 1939.

⁴ Siehe «Collier's» vom 30. September 1939, S. 22.

co-Spanien den gleichen Vorschlag. Die deutsche Regierung, zu diesem Zeitpunkt bereits fest zum Schlag gegen die Westmächte entschlossen, lehnte alle Vorschläge für eine neue Konferenz ab. Deutschlands Starrsinn zwang Grossbritannien und Frankreich, Deutschland am 3. September den Krieg zu erklären. Aber auch dann dachten beide Staaten noch nicht daran, wirklich Krieg zu führen. Sie betrachteten die Kriegserklärung lediglich als ein Druckmittel.

Aus dem gleichen Grunde halfen die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs dem verblutenden Polen nicht und verrieten so ihre feierlich abgegebenen Verpflichtungen. Kaltblütig und berechnend liessen sie die Vernichtung Polens zu. Die polnischen Hilferufe, die Appelle der in London eingetroffenen polnischen Militärmission blieben unbeachtet.

Die Regierungen Englands und Frankreichs griffen zu einem merkwürdigen Manöver, mit dem sie ein heimtückisches Ziel verfolgten. Nachdem sie Deutschland den Krieg erklärt hatten, unternahmen die herrschenden Kreise Grossbritanniens und Frankreichs keine Angriffe gegen Deutschland und trafen auch keine ernsthaften Kriegsvorbereitungen. Sie führten den sogenannten komischen Krieg, der sich durch eine völlige militärische Passivität auszeichnete. Die Untätigkeit an der Westfront sollte den deutschen Faschisten zeigen, dass sie von dieser Seite nichts zu befürchten hätten, und sie zum Überfall auf die Sowjetunion bewegen.

Der «komische Krieg» war ein Krieg ohne Kampfhandlungen. Der französische Faschist Jean Ybarnégarey schilderte den «komischen Krieg» voller Begeisterung: «Bombenflugzeuge, die den Himmel durchfurchen, ohne eine Bombe abzuwerfen; schweigende Geschütze neben Bergen von Munition; einander gegenüberliegende riesige Armeen, die – abgesehen von seltenem Geplänkel – sich gegenseitig beobachten, sich belauern und ganz offensichtlich den Kampf nicht suchen; hochgestellte Persönlichkeiten, die an die Front fahren und dort nicht mit Maschinengewehrfeuer, sondern mit Willkommensschildern und, wie ich glaube, sogar mit ihren Nationalhymnen empfangen werden.»¹ Die französische militärische Führung entschloss sich nur zu einer symbolischen Geste; Sie führte einige zaghafte Angriffe von lokaler Bedeutung durch und nahm fast ohne jeden deutschen Widerstand zwei Grenzvorsprünge ein. Jedoch wurden die französischen Truppen einige Zeit später ohne irgendeinen Druck von deutscher Seite unter dem Vorwand zurückgezogen, sie sollten die an den Ausgangslinien errichteten Winterstellungen einnehmen.

¹ Zitiert nach: F. Bonte, *Le Chemin de l'honneur* (Der Weg der Ehre), Paris 1949, S. 115.

Die Kampfhandlungen der britischen und französischen Luftstreitkräfte beschränkten sich auf den Abwurf von Flugblättern über Deutschland, in denen die wortbrüchige Politik Hitlers verurteilt wurde. Die deutsche Luftwaffe beteiligte sich etwas an den Kampfhandlungen zur See, zeigte aber auch hier keine nennenswerte Aktivität.

Etwas umfangreicher waren die Operationen der Seestreitkräfte beider Seiten. Sie begannen äusserst ungünstig für England. Deutsche U-Boote versenkten mühelos zahlreiche unbewaffnete englische Handelsschiffe, die sich auf Grund der Kriegserklärung eilig an die Küsten Grossbritanniens zurückbegeben wollten. Das deutsche U-Boot «U 47» drang in die Bucht von Scapa Flow, den Hauptstützpunkt der britischen Kriegsflotte, ein und versenkte überraschend das dort vor Anker liegende Schlachtschiff «Royal Oak». Ein anderes deutsches U-Boot torpedierte in der Bucht von Bristol den englischen Flugzeugträger «Courageous». Der britische Kreuzer «Belfast» und das Schlachtschiff «Nelson» liefen auf Minen, wurden aber auf Dock gesetzt und repariert. Das deutsche Panzerschiff «Admiral Graf Spee», ein «Westentaschen-Schlachtschiff», wurde im Südatlantik von einem britischen Flottenverband gestellt, schwer beschädigt und von der Besatzung auf Weisung aus Berlin versenkt.

Ende 1939 hatten die französischen Streitkräfte 1433 Mann und das britische Expeditionskorps in Frankreich drei Mann verloren.¹ Diese Zahlen bezeugen, wie «aktiv» die Kämpfe der Streitkräfte Grossbritanniens und Frankreichs waren.

In England wurde die Industrie äusserst langsam auf Kriegsproduktion umgestellt. Frankreich schränkte die Rüstungsproduktion, obwohl der Krieg begonnen hatte, sogar noch ein, weil ein grosser Teil der Facharbeiter eingezogen worden war. Diese Einberufungen hatte die französische Regierung absichtlich vorgenommen, um die politische Aktivität der Arbeiterklasse zu schwächen. Während die französische Rüstungsproduktion nicht einmal die bescheidensten Bedürfnisse der Front decken konnte, trieben die französischen Imperialisten einen ausgedehnten Handel mit dem Gegner. Über Belgien und Luxemburg wurden Eisenerz, Maschinen, Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände nach Deutschland exportiert. Den französischen Imperialisten ging ihr Geldbeutel über alles; sie betrachteten den Krieg als ein ganz grosses Geschäft.

Der schwerste nationale Verrat der französischen Bourgeoisie bestand aber darin, dass sie gemeinsam mit den Führern der rechten Sozialdemokratie die

¹ Siehe J. F. C. Fuller, Der zweite Weltkrieg 1939-1945, 2. Aufl., Wien – Stuttgart 1952, S. 59.

wichtigste politische Kraft der französischen Verteidigung, die Volksfront, zerbrach. Frankreich trat desorganisiert und uneinig in den Krieg ein. Die französische Regierung konzentrierte ihre Bemühungen nicht auf den Krieg gegen den geschworenen Feind der französischen Nation, den deutschen Militarismus, sondern auf den Kampf gegen das französische Volk, gegen die Kommunistische Partei Frankreichs, hinter der anderthalb Millionen Wähler standen. «Die Kommunisten packte man bei der Gurgel, und den Anhängern Hitlers, den Agenten Abetz' und de Brinons wurde gestattet, ihre schändliche antifranzösische Tätigkeit ungehindert fortzusetzen.»¹

Der französische Außenminister Bonnet hatte dem deutschen Botschafter in Paris kurz vor Ausbruch des Krieges erklärt: «Die Wahlen werden verschoben, öffentliche Versammlungen verboten, jegliche Versuche, irgendwelche ausländische Propaganda zu betreiben, unterdrückt, die Kommunisten zur Raison gebracht werden.»² Hitler durfte zufrieden sein; die französische Regierung kämpfte gegen die patriotischen Kräfte Frankreichs und tat damit schon den ersten Schritt zur Kapitulation vor den deutsch-faschistischen Unterdrückern. Die Kommunistische Partei war die einzige politische Partei, die entschlossen für die Verteidigung Frankreichs gegen die deutsch-faschistischen Eroberer auftrat. Maurice Thorez sagte schon am 25. August 1939: «Wenn aber Hitler trotz allem einen Krieg beginnt, dann soll er wissen, dass das Volk Frankreichs, zusammen mit den Kommunisten in den ersten Reihen, gegen ihn ziehen und sein Land und die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker verteidigen wird.»³ Die patriotische Haltung der Kommunistischen Partei wurde von den französischen Behörden mit Repressalien beantwortet. Am 26. September 1939 verbot die Regierung Daladier die Kommunistische Partei. Dem Verbot folgten eine ganze Reihe ebenso reaktionärer und profaschistischer Gesetze; die von Kommunisten geleiteten Stadtverwaltungen wurden aufgelöst, kommunistische Abgeordnete verhaftet und die gesetzlich festgelegten Garantien der Person für Kommunisten aufgehoben.

Die Kommunistische Partei und ihre Presse wurden unterdrückt; den vom Volke gewählten Kommunisten entzog man die Abgeordnetenmandate. In ihrer Faschisierungspolitik gingen die französischen Machthaber soweit, im April 1940 ein Dekret zu erlassen, das jedem Franzosen, der sich kommunistischer Propaganda verdächtig gemacht hatte, mit der Todesstrafe drohte. Sämtlichen

¹ F. Bonte, a. a. O., S. 27.

² Ebenda, S. 140.

³ Zitiert nach: ebenda, S. 28.

demokratischen Organisationen, die gegen die Politik des nationalen Verrats protestierten, wurde ihre Tätigkeit untersagt; Menschen, die ihre Stimme zur Verteidigung der nationalen Rechte des Landes und des Volkes gegen die Reaktion erhoben, steckte man in Gefängnisse und in Konzentrationslager. Im ersten halben Jahr des Krieges entzog die französische Regierung 2'778 kommunistischen Abgeordneten der Parlamente und Gemeinderäte die Mandate, verbot 171 Presseorgane und löste 675 verschiedene Organisationen sowie 620 Gewerkschaften auf.¹

Florimont Bonte, der bekannte Funktionär der Kommunistischen Partei Frankreichs, schrieb, dass es im Jahre 1939 in Frankreich weder eine Republik noch eine Demokratie gab. «Es gab nur noch die Diktatur der Reaktion, es gab nur noch eine Regierung, die den Feinden des Volkes diene, eine Regierung, die alle demokratischen Freiheiten, die Generationen von Republikanern in zähen Kämpfen errungen hatten, vernichtete. Es gab nur noch ein Parlament von Lakaien, die schon bereit waren, dem unseligen alten Manne in Vichy als Steigbügelhalter zu dienen, ihn auszuhalten und dem Ungeheuer des Hitlerfaschismus die abstossenden Dienste ihrer Kollaboration anzubieten.»²

Während die französische Regierung gegen die Sowjetunion hetzte und die Kommunisten verfolgte, leistete Deutschland Vorarbeiten für den Angriff auf Frankreich. Am 9. Oktober 1939 gab Hitler die Weisung, den Überfall auf Frankreich über Luxemburg, Belgien und Holland vorzubereiten.³ Mit grösster Genauigkeit hatte der deutsche Generalstab unter Wilhelm Keitel die Pläne für die bevorstehenden militärischen Operationen ausgearbeitet.

Der Rahmen des Krieges vergrösserte sich unaufhaltsam. In kurzer Zeit erfasste seine Flamme zahlreiche Grossmächte.

«Den zweiten Weltkrieg entfesselte der deutsche Faschismus, aber er war lediglich der grausamste und räuberischste Trupp des Weltimperialismus, der als gesellschaftliches System im Ganzen die Verantwortung für den Tod vieler Millionen Menschen im Kriege, für die unzähligen Leiden Hunderter Millionen Werktätiger, für ihre Tränen und ihr Blut, für die Zerstörung riesiger materieller und kultureller Werte trägt, die durch die Arbeit vieler Generationen geschaffen wurden.»⁴

In seiner Anfangsperiode, das heisst vom September 1939 bis zum Überfall

¹ Siehe «Kommunistische Internationale», Heft 6/1940, S. 39.

²F. Bonte, a. a. O., S. 57.

³Siehe IMG Nürnberg, Bd. XXXIV, S. 266.

⁴ Thesen der KPdSU und der SED zum 40. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution, a. a. O., S. 31.

Hitlerdeutschlands auf die UdSSR, war der zweite Weltkrieg ein Krieg zwischen zwei kapitalistischen Koalitionen. Der Koalition Deutschland-Italien-Japan stand die Koalition USA-Grossbritannien-Frankreich gegenüber. Der Kern des Konflikts bestand in dem Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffe, um Kapitalanlagesphären, um die Weltherrschaft. Das war ein imperialistischer Krieg. Der wachsende Widerstand der Völker gegen die faschistischen Eindringlinge trug dagegen Befreiungscharakter.

Im Mittelpunkt standen, wie schon im ersten Weltkrieg, die Widersprüche zwischen England und Deutschland. Im Stillen Ozean entbrannte der Konflikt zwischen den USA und Japan, obwohl zwischen beiden Staaten vorläufig noch kein unmittelbarer militärischer Zusammenstoss stattgefunden hatte.

Obwohl die Vereinigten Staaten von Amerika offiziell ihre Neutralität erklärt hatten, setzten sie sich in ihrer Politik darüber hinweg. Die herrschenden Kreise der USA hatten sich schon seit Beginn des Krieges in den Kampf der imperialistischen Räuber um die Weltherrschaft eingeschaltet. Als die USA-Regierung erkannte, dass die UdSSR das Haupthindernis auf dem Weg zur Weltherrschaft des Imperialismus war, entfaltete sie gemeinsam mit den Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs eine breite verleumderische antisowjetische Propaganda. Gleichzeitig entstanden in den USA Projekte für eine «absolute» Waffe, die die Vorherrschaft in der ganzen Welt garantieren sollte. Auf Sonderbeschluss des Präsidenten wurde ein Regierungsausschuss für Fragen der Atomenergie gebildet, der in seiner ersten Besprechung am 21. Oktober 1939 die Entwicklung einer Atomwaffe erörterte. Das Verteidigungsministerium stellte umfangreiche Mittel für die Arbeiten bereit. Bald danach befahl der Präsident, die Atomwerke in Oak Ridge zu errichten.¹

Die USA-Regierung offenbarte, wie unmittelbar beteiligt und stark interessiert sie am Kriege war, als sie im November 1939 das ursprüngliche Gesetz über die Neutralität änderte. Von nun an war es amerikanischen Firmen erlaubt, gegen Barzahlung Waffen an die kriegführenden Staaten zu verkaufen. Dieser Beschluss festigte zwar die militärische Lage Grossbritanniens und Frankreichs durch die ihnen gewährte umfangreiche amerikanische Hilfe, machte aber beide Länder stark von den USA abhängig. Die jetzt einsetzenden Lieferungen erschöpften bald die Gold- und Devisenfonds der britischen und französischen Staatskasse und verstärkten damit die finanzielle Abhängigkeit von den USA.

¹Siehe Grabbé, *Branlebas atomique* (Die Vorbereitung auf den Atomkrieg), Brüssel 1954.

Hitlerdeutschland, die USA, Grossbritannien und Frankreich verfolgten imperialistische Kriegsziele, Ziele eines Eroberungskrieges, den alle kommunistischen Parteien verurteilten.

Der tiefe Gegensatz zwischen dem Willen und den Wünschen der Völker und den imperialistischen Zielen der bürgerlichen Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs durchdrang das gesamte innere Leben dieser Länder. Während die fortschrittlichen Kräfte die Mobilmachung und die Erschliessung der materiellen Hilfsquellen zur Abwehr der Aggression forderten, suchten die Regierungen Wege zu neuen gegen die Sowjetunion gerichteten Abmachungen mit Hitler. Während die Massen energisches Handeln verlangten, suchten die Regierungen den Ausweg in der Passivität. Der Gegensatz zeigte sich auch darin, dass die herrschenden Kreise der USA, Grossbritanniens und Frankreichs eine wütende Kommunistenhetze begannen, während gerade die Kommunisten reale Vorschläge für den Zusammenschluss der Kräfte gegen den Faschismus machten. Dieser Gegensatz bestimmte die ganze Situation jener Tage; er bedingte auch die Natur des «komischen Krieges».

3

Der Einfall der deutschen Truppen in Polen und ihr rascher Vormarsch nach Osten zeigten deutlich, dass die Hitlerregierung günstige Positionen für den Angriff auf die Sowjetunion gewinnen wollte. Ausserdem war es keineswegs sicher, ob Hitler, trunken von den Erfolgen in Polen und angestachelt von den Westmächten, haltmachen oder nicht unverzüglich die Sowjetunion überfallen würde. Die in Polen entstandene Lage war für die Sowjetunion äusserst gefährlich. In dieser Situation musste die Sowjetregierung schnell und energisch handeln, um den Überfall des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR abzuwenden.

Im September 1939 traf die Sowjetunion die erforderlichen Vorsichtsmassnahmen, zum Beispiel wurden in mehreren Militärbezirken die Reservisten einberufen und Truppenteile verlegt. Aber darauf durfte man sich nicht beschränken. Der Vorstoss der deutschen Truppen nach Osten musste aufgehalten werden; sie durften die sowjetische Grenze nicht überschreiten. Das Sowjetvolk konnte dem Schicksal seiner Brüder, der Westukrainer und der Belorussen, die als rechtlose Nationen in Polen gelebt hatten und dann gänzlich der Willkür des Schicksals preisgegeben worden wären, nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Als der polnische Staat gänzlich zusammengebrochen und seine Regierung ge-

flüchtet war, trat die Sowjetarmee am 17. September auf Beschluss der Regierung der UdSSR zu einem Befreiungsmarsch in die Westukraine und nach Westbelorussland an. Die Bevölkerung bereitete der Sowjetarmee einen begeisterten Empfang.

Damit war den faschistischen Truppen der Weg nach Osten verlegt, sie mussten haltmachen.

Die reaktionärsten Kreise der USA, Grossbritanniens und Frankreichs legten die Massnahmen der Sowjetunion in verleumderischer Weise aus. Der reaktionäre britische Militärgeschichtler Fuller behauptet in seinem Buch über den zweiten Weltkrieg, die polnische Regierung sei am 18. September, also erst nach dem Einmarsch der Sowjetarmee in die Westukraine und in Westbelorussland, nach Rumänien geflohen.¹ Er wendet diese schmutzige Methode an, obwohl selbst Tippelskirch zugibt, dass die polnische Regierung am 13. September in dem an der rumänischen Grenze liegenden Zaleszczyki eintraf und am 17. September die Grenze überschritt.²

Im Oktober 1939 wurden in der Westukraine und in Westbelorussland demokratische Wahlen zu den Volksvertretungen abgehalten. Die Volksvertretungen erfüllten den Wunsch der Bevölkerung und verkündeten die Errichtung der Sowjetmacht in ihren Gebieten. Ausserdem baten sie den Obersten Sowjet der UdSSR, die Westukraine und Westbelorussland in die brüderliche Völkerfamilie der UdSSR aufzunehmen. Der Oberste Sowjet der UdSSR gab auf einer Tagung diesem Ersuchen statt. Die Westukraine wurde der Ukrainischen SSR und Westbelorussland der Belorussischen SSR eingegliedert.

Die Besetzung Polens durch die deutschen Truppen erhöhte die Gefahr, dass Deutschland auch vom Baltikum aus in die Sowjetunion einfallen könnte. Die bürgerlichen baltischen Republiken konnten den Nazis nicht den nötigen Widerstand entgegensetzen und dies umso weniger, als die deutschen militärischen Erfolge in Polen die profaschistischen Elemente in diesen Republiken ermunterten. Es musste sogar befürchtet werden, dass sie zu Vasallen des faschistischen Deutschlands und späteren Aufmarschräumen für den Krieg gegen die UdSSR würden. Deshalb bot die Sowjetregierung den baltischen Ländern Beistandspakte an.

Die Völker der baltischen Länder stimmten dem sowjetischen Vorschlag zu, und die Regierungen der baltischen Republiken willigten ebenfalls ein. So unterzeichnete die Sowjetregierung am 28. September 1939 mit Estland, am 5. Ok-

¹ Siehe J. F. C. Fuller, a. a. O., S. 56.

² Siehe K. von Tippelskirch, Geschichte des zweiten Weltkrieges, 2. neu bearb. Aufl., Bonn 1956, S. 22.

tober mit Lettland und am 10. Oktober mit Litauen Beistandspakte. In diesen Verträgen verpflichteten sich die Sowjetunion und die baltischen Länder, einander zu helfen und sich bei einem direkten Angriff oder der Gefahr eines Angriffs durch irgendeine europäische Grossmacht auch militärisch zu unterstützen. Estland und Lettland verpachteten der Sowjetunion eine Reihe von Flotten-, Luft- und Artilleriestützpunkten, während Litauen der Sowjetunion das Recht einräumte, in einigen Gebieten Land- und Luftstreitkräfte in bestimmtem Umfang zu stationieren.

Die Verträge mit Estland, Lettland und Litauen stärkten die Verteidigung der UdSSR und der baltischen Republiken bedeutend. Die baltischen Länder konnten nicht mehr in antisowjetische Aufmarschräume des Imperialismus verwandelt werden. Die Verteidigungslinien der Sowjetunion wurden auch in diesem Raum weit nach Westen vorgeschoben. Die sowjetische Flotte erhielt eine Reihe wichtiger Stützpunkte im eisfreien Teil der Ostsee.

Nachdem die Beistandspakte mit den baltischen Ländern abgeschlossen waren, stand die Sowjetunion vor dem brennenden Problem, ihre Grenzen mit Finnland zu sichern, wo sowohl der deutsche Faschismus als auch die englisch-französischen Imperialisten umfangreiche Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion betrieben. Finnland verwandelte sich in einen Aufmarschraum für den Angriff auf Leningrad und die Murmanbahn. Auf der Karelistischen Landenge legten die finnischen Behörden ein starkes, tiefgestaffeltes Befestigungssystem an, die sogenannte Mannerheimlinie. An zahlreichen Orten in Süd- und Ostfinnland wurden dicht an der sowjetischen Grenze strategisch wichtige Bahnlinien und Strassen gebaut. Damit gewann die Sicherung des nur 32 Kilometer von der finnischen Grenze entfernten Leningrads immer grössere Bedeutung. Die Sowjetunion war bereit, mit Finnland zu verhandeln. Die Verhandlungen begannen am 12. Oktober 1939. Die Vereinigten Staaten von Amerika mischten sich in diese so stark ein, wie es vorher nie geschehen war. Kein Schritt der Verhandlungen, beginnend mit der in Helsinki erfolgenden Ausarbeitung der Instruktionen für die finnische Delegation, geschah ohne ihr Wissen. Der Botschafter der USA in Finnland, Schoenfeld, kablete schon am 9. Oktober nach Washington, diese Instruktionen seien «gerade so hart», wie die USA es verlangten.¹ Als die finnische Delegation in Moskau weilte, informierte sie regelmässig die USA-Botschaft über den Verlauf der Verhandlungen und liess sich

¹ Siehe W. L. Langer and S. Gleason, *Challenge to Isolation 1937-1940* (Herausforderung zur Isolierung), New York 1952. S. 322.

von ihr entsprechende «Ratschläge» geben.¹ Am ersten Verhandlungstag sandte der amerikanische Präsident der UdSSR und Finnland Telegramme, in denen er heuchlerisch die «Hoffnung» aussprach, dass die Verhandlungen nicht zum Abschluss eines Vertrages führen würden, der die Unabhängigkeit und Souveränität Finnlands beeinträchtige. Ohne den Inhalt des Vertragsentwurfs zu kennen, verdächtigte Roosevelt von vornherein die Politik der UdSSR, während er die finnische Regierung zum Abbruch der Verhandlungen zu bewegen suchte. In der Antwort an Roosevelt erklärte M. I. Kalinin, dass die Sowjetregierung, die 1917 die Unabhängigkeit Finnlands verkündet habe, in den Verhandlungen kein anderes Ziel verfolge, als die Zusammenarbeit zu festigen, um die Sicherheit der Sowjetunion und Finnlands zu gewährleisten. Hitlerdeutschland war mit dem Vorgehen der Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs völlig einverstanden. Sein Botschafter in Helsinki verlangte von der finnischen Regierung, sie solle keinen Vertrag mit der Sowjetunion unterzeichnen.²

Die Sowjetunion schlug Finnland zuerst vor, einen Beistandspakt abzuschliessen. Als die finnischen Machthaber dieses Angebot ablehnten, unterbreitete die Sowjetunion den Vorschlag, die finnische Grenze von der Karelischen Landenge weiter nach Norden zu verlegen. Finnland sollte dafür ein doppelt so grosses Gebiet Sowjetkareliens erhalten. Ausserdem wollte die Sowjetregierung von Finnland ein kleines Gebiet am Eingang des Finnischen Meerbusens pachten, um dort einen Flottenstützpunkt einzurichten. Durch diese Vorschläge wurde die Unabhängigkeit und Souveränität Finnlands nicht im mindesten angetastet. Doch die reaktionäre finnische Regierung bezog eine feindliche Haltung gegenüber der Sowjetunion und brach die Verhandlungen ab.

Daraufhin begann die finnische Reaktion mit Mannerheim, Tanner und Ryti an der Spitze an der sowjetischen Grenze zu provozieren. Die finnische Regierung zog an der sowjetischen Grenze umfangreiche Streitkräfte zusammen und nahm sowjetische Truppeneinheiten bei Leningrad unter Artilleriefire.

Die finnische Reaktion handelte deshalb so unverfroren, weil sie sich auf ausländische Hilfe verliess. Mannerheim schreibt in seinen Memoiren, er habe nicht daran gezweifelt, dass die USA und Grossbritannien in den Konflikt eingreifen würden.³ Das gleiche berichten auch viele andere gut informierte Politi-

¹ Siehe «The New York Times» vom 14. bis 18. Oktober 1939.

² Siehe Documents on German Foreign Policy (Dokumente zur deutschen Aussenpolitik), Serie D, Bd. V, London 1953, S. 629.

³ Siehe G. Mannerheim, Erinnerungen, Zürich und Freiburg i. Br. 1952, S. 339 f.

ker und Publizisten. So sagte zum Beispiel das amerikanische Kongressmitglied Seiler öffentlich über Finnlands Eintritt in den Krieg gegen die UdSSR: «Wir haben es in den Krieg hineingezogen.»¹

Der sowjetisch-finnische Krieg verlief unter schwierigen Bedingungen für die Sowjetunion. Die zahlreichen Seen und grossen Wälder im Frontgebiet erlaubten nicht, starke Kräfte zu entfalten und Umgehungsmanöver durchzuführen. Die Lage wurde auch noch durch die starke ausländische Hilfe für Finnland erschwert. Diese Hilfe beschränkte sich keineswegs auf die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung.

Nachdem die Imperialisten der USA, Grossbritanniens und Frankreichs den sowjetisch-finnischen Krieg provoziert hatten, bemühten sie sich, ihn in einen Kreuzzug aller imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion zu verwandeln. Amerikanische Historiker schreiben mit sichtlichem Vergnügen, dass die Möglichkeit dieses Kreuzzuges «auftauchte, wie von Gott gesandt»². Um ihre Pläne ausführen zu können, wollte die imperialistische Reaktion den Völkerbund ausnutzen.

Am 9. Dezember beriefen britische und französische Vertreter, die im Völkerbund tonangebend waren, den Völkerbundsrat zu einer dringenden Sitzung ein. Die Völkerbundsversammlung wurde für den 11. Dezember anberaumt.

Auf Grund der durch den Krieg entstandenen Lage konnte die Völkerbundsversammlung in so kurzer Zeit nicht vollzählig zusammentreten; nur ein Teil der Mitglieder des Völkerbundes traf ein. In der Versammlung wurde die Zusammensetzung des Völkerbundsrates geändert; drei neue Mitglieder wurden in den Rat aufgenommen, die sich schon vorher bereit erklärt hatten, ihre Stimme im Sinne der Westmächte abzugeben. Unter diesen Umständen lehnte die Sowjetregierung ihre weitere Mitarbeit in der Versammlung und im Rat ab.

Am 14. Dezember erklärte der Völkerbundsrat die Sowjetunion zum Aggressor und schloss sie aus dem Völkerbund aus. Von den fünfzehn Mitgliedern des Völkerbundsrates stimmten nur sieben für diesen Beschluss, darunter die drei eben erst dafür in den Rat aufgenommenen. TASS meldete dazu: «Grossbritannien und Frankreich mit einer Bevölkerung von zusammen nur 89 Millionen Menschen haben, gestützt auf Belgien, Bolivien, Ägypten, die Südafrikanische

¹ «Congressional Record», Proceedings and Debates (Verfahren und Debatten), Bd. 86, S. A-523.

² W. L. Langer and S. Gleason, a. a. O., S. 377.

Union und die Dominikanische Republik, die zusammen eine Bevölkerung von 38 Millionen haben, den ‚Ausschluss‘ der Sowjetunion beschlossen, die eine Bevölkerung von 183 Millionen hat.»¹

Die Vereinigten Staaten von Amerika gehörten dem Völkerbund nicht an, doch war die amerikanische Diplomatie an den Machenschaften, die zum «Ausschluss» der UdSSR führten, stark beteiligt. Auf ihre Einmischung war es zurückzuführen, dass Bolivien und die Dominikanische Republik die ihnen zugewiesene Rolle spielten. Der USA-Botschafter in Frankreich, Bullit, der sich im Auftrag der USA-Regierung in den Wandelgängen des Völkerbundspalasts energisch betätigte, gab zu, Roosevelt habe seinen ganzen Einfluss aufgeboten, damit die Sowjetunion aus dem Völkerbund ausgeschlossen wurde.²

Der Völkerbund, der die japanischen, italienischen und deutschen Aggressoren geduldet und begünstigt hatte, vollendete seinen Verfall damit, dass er offen den von den finnischen Machthabern begonnenen Krieg gegen die Sowjetunion billigte und unterstützte. Aber damit hatte er sich selbst gerichtet. Die amerikanische reaktionäre Presse konstatierte melancholisch: «Der Völkerbund ist tot, und nur sein Schatten geistert noch durch den luxuriösen Palast»³ in Genf.

Die reaktionären Kräfte setzten den Ausschluss der UdSSR aus dem Völkerbund durch, um, gedeckt durch den Beschluss des Völkerbundes, die Weissfinnen noch stärker unterstützen und ungehindert daran gehen zu können, den zweiten Weltkrieg in einen Feldzug gegen die Sowjetunion zu verwandeln. In den Kommentaren der reaktionären Presse zum Völkerbundsbeschluss klang unverhüllt die Hoffnung durch, dass Hitlerdeutschland die Waffen gegen die Sowjetunion wenden und dass die Entwicklung der Ereignisse «zur Bildung einer Einheitsfront gegen die Sowjetunion»⁴ führen möge. Der bekannte amerikanische Militärkommentator Hanson Baldwin rief der Welt zu, sie möge von Hitler, der den geeignetsten Augenblick gegen die UdSSR ausnutzen werde, «Überraschungen erwarten»⁵.

Die USA, Grossbritannien und Frankreich begannen, Finnland weitaus stärker als bisher mit Waffen zu versorgen. Die Lieferungen Grossbritanniens und Frankreichs erreichten ein solches Ausmass, dass sich diese von Hitlerdeutschland bedrohten Länder selbst ernstlich schwächten. In den USA wurde unter aktiver Mitwirkung Roosevelts der «Ausschuss für Finnland-Hilfe» gegründet,

¹ «Iswestija» vom 16. Dezember 1939.

² Siehe «Life» vom 30. Juli 1948, S. 91.

³ «The New York Herald Tribune» vom 16. Dezember 1939.

⁴ «The New York Post» vom 30. Dezember 1939.

⁵ «The New York Times» vom 31. Dezember 1939.

in dem Hoover den Vorsitz führte. Die USA-Regierung gewährte Finnland eine 10-Millionen-Dollar-Anleihe, für die Finnland Waffen zu Sonderpreisen, das heisst fast umsonst, geliefert wurden. Mehrere Anleihen erhielt Finnland auch von amerikanischen Banken.¹ In den USA und anderen kapitalistischen Ländern wurden Freiwillige geworben.

Im Einverständnis mit der Regierung Chamberlain begab sich eine Gruppe von Führern der Labour Party nach Finnland, die den Weissfinnen eine noch grössere Hilfe zusagten und sie aufriefen, «bis zum siegreichen Ende» gegen die UdSSR zu kämpfen.

Grossbritannien und Frankreich benutzten den Beschluss des Völkerbundes, um eine direkte Aggression gegen die UdSSR vorzubereiten. Der Oberste Kriegsrat Grossbritanniens und Frankreichs beschloss am 15. März 1940, gleichzeitig vom Nahen Osten aus in Richtung Baku und von Finnland aus in die Sowjetunion einzufallen. Im Nahen Osten – in Syrien und im Iran – wurden britische und französische Truppen konzentriert. Im Auftrag der französischen Regierung arbeitete General Gamelin einen detaillierten Angriffsplan aus, in den er auch die Türkei, Iran, Rumänien, Griechenland und Jugoslawien einbezog. Die unmittelbare Vorbereitung der militärischen Operationen leitete General Weygand, der an Gamelin schrieb: «Ich meinerseits *halte es für das Wichtigste, der Sowjetunion den Hals in Finnland umzudrehen...* oder an einem anderen Ort.»²

Auffällig ist, dass der Überfall auf die UdSSR vom Nahen Osten her bereits im Sommer 1939 vorbereitet wurde, als Grossbritannien und Frankreich noch mit der Sowjetunion verhandelten. Weygand traf am 31. August 1939 in seinem Stabsquartier in Beirut ein.

Für den Überfall auf die UdSSR von Norden her stellten die Regierungen Englands und Frankreichs ein Sonderexpeditionskorps bereit, das nach dem Beschluss des Obersten Kriegsrats vom 5. Februar 1940 durch Schweden und Norwegen befördert werden sollte. Die britische Regierung verlangte Anfang März 1940 von Schweden und Norwegen, dem Durchmarsch britischer und französischer Truppen durch ihr Staatsgebiet zuzustimmen.³

Anfang Januar richtete die Sowjetregierung an die Regierungen Schwedens und Norwegens Erklärungen, in denen sie darauf aufmerksam machte, dass die Haltung beider Regierungen in grobem Widerspruch zu der von ihnen erklärten

¹ Siehe Documents on American Foreign Relations. July 1939-June 1940 (Dokumente zur amerikanischen Aussenpolitik), Bd. 2, Boston 1940, S. 391.

² Gamelin, Servir (Erinnerungen), Bd. 3, Paris 1947, S. 199.

³ Siehe Medlicott, British Foreign Policy since Versailles (Britische Aussenpolitik seit Versailles), London, S. 300.

Politik der Neutralität stehe und «zu unerwünschten Komplikationen führen und die normalen Beziehungen» zur Sowjetunion «beeinträchtigen könne»¹. Als die Korrespondenz zwischen der UdSSR, Schweden und Norwegen am 15. Januar veröffentlicht wurde, betonte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten: «Die Haltung der Regierungen Schwedens und Norwegens birgt Gefahren in sich. Sie zeigt, dass die Regierungen Schwedens und Norwegens dem Einfluss der Mächte, die Schweden und Norwegen in einen Krieg gegen die UdSSR hineinziehen wollen, nicht den gebührenden Widerstand entgegenzusetzen.»² Nach diesen Warnungen zögerten die Regierungen Schwedens und Norwegens die Antwort auf die Forderungen Englands und Frankreichs hinaus.

Einige gut unterrichtete Zeitungen in England und Frankreich schrieben offen über Kriegspläne gegen die UdSSR. So riet zum Beispiel die französische Zeitung «Temps», man müsse zuerst die französische und britische Flotte an die Küste des Nördlichen Eismees schicken, um Murmansk einzunehmen. Danach sollten französische und britische Landtruppen in der Nähe von Petsamo landen und gemeinsam mit den finnischen Truppen vorgehen. Der «Temps» schlug weiterhin vor, gleichzeitig mit der Intervention in Finnland auch in einem anderen Teil der Sowjetunion anzugreifen. Ein Gebiet, das sich seiner Meinung zu dieser Operation besonders eigne, sei das Schwarze Meer, zu dem die Kriegsschiffe der Alliierten Zutritt hätten.³

Immer aktiver mischten sich die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika in die Angelegenheiten der europäischen Länder ein. Der ersten Anleihe an Finnland folgten weitere Anleihen.⁴ Der stellvertretende Aussenminister der USA, Sumner Welles, begab sich mit einem Sonderauftrag nach Europa und besuchte Rom, Berlin und London.⁵ In den Unterredungen mit den führenden Staatsmännern der beiden Koalitionen versuchte Welles im Auftrage der USA-Regierung, die feindlichen Parteien auf antisowjetischer Basis zu versöhnen.⁶ Offen trachtete die Regierung der USA danach, sich an die Spitze eines neuen imperialistischen Abkommens zu stellen. Doch die tiefen imperialistischen Gegensätze der Westmächte liessen kein neues Abkommen zwischen ihnen zustande kommen. Neben den Gegensätzen zwischen den beiden kapita-

¹ Die Aussenpolitik der UdSSR, a. a. O., S. 486.

² Ebenda, S. 487.

³ Siehe «Le Temps» vom 10. Januar 1940.

⁴ Siehe Dokumente zur amerikanischen Aussenpolitik, Bd. II, a. a. O., S. 391.

⁵ Siehe ebenda, S. 375 f.

⁶ Siehe U. von Hassel, Vom anderen Deutschland, Zürich – Freiburg i. Br. 1946, S. 134ff.

listischen Koalitionen bestanden auch noch die englisch-amerikanischen Gegensätze. Wie in der Münchener Periode wollte England auch jetzt kein Abkommen, in dem die führende Rolle den USA zugefallen wäre.

Die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs bemühten sich hartnäckig, einen Friedensschluss zwischen Finnland und der Sowjetunion zu verhindern. Schon am 28. Dezember hatte die finnische Regierung die USA ersucht, den Frieden zu vermitteln. Die amerikanische Antwort verwarf entschieden den finnischen Vorschlag und den Gedanken an einen Frieden.¹

Im Februar 1940 durchbrach die Sowjetarmee die «Mannerheimlinie». Die sowjetischen Truppen gingen Anfang März über das Eis des Finnischen Meerbusens, schlossen Wyborg ein, erreichten das Ufer zwischen Wyborg und Helsinki und rückten auf die finnische Hauptstadt vor. Daraufhin bat die finnische Regierung durch Vermittlung Schwedens um Frieden. Die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs verlangten von Finnland, dass es den Krieg gegen die UdSSR fortsetzen sollte. Churchill, damals noch englischer Marineminister, traf im Auftrage seiner Regierung in Paris ein und erklärte gemeinsam mit Daladier dem Vertreter der finnischen Regierung, es sei sinnlos, Frieden zu schliessen, denn «die Aktion des Westens wird unverzüglich begonnen; man wird Norwegen und Schweden nicht mehr fragen, man wird sie nur noch informieren»². Daladier teilte Helsinki mit, England und Frankreich bestünden darauf, dass Finnland die Friedensvorschläge der Sowjetunion ablehne. «Ich versichere nochmals», beteuerte er, «dass wir bereit sind, Ihnen zu helfen. Flugzeuge und Expeditionstruppen sind zum Abtransport bereit.»³ Die USA-Regierung gab eine ähnliche Erklärung ab, in der es hiess, sie sei zu einer «faktischen Teilnahme an dem Konflikt»⁴ zwischen der UdSSR und Finnland bereit.

Alle diese Erklärungen prüfte der finnische Kriegsrat auf seiner Sitzung am 7. März; er beschloss, die zu diesem Zeitpunkt von der Sowjetunion unterbreiteten Friedensbedingungen anzunehmen.

Am 12. März 1940 wurde der sowjetisch-finnische Friedensvertrag unterzeichnet. Die herrschenden Kreise der USA, Grossbritanniens und Frankreichs nahmen diese Nachricht mit unverhüllter Unzufriedenheit auf. Die «New York Herald Tribune» schrieb, die Meldung von der Unterzeichnung des Vertrages

¹ Siehe W. L. Langer and S. Gleason, a. a. O., S. 397.

² Zitiert nach: E. Masseng, 1905 og 1940. En Leksion i maktpolitikk (1905 bis 1940. Eine Lektion in Machtpolitik), Oslo 1953, S. 214.

³ J. Wuorinen, Finland and World War II 1939-1944 (Finnland und der zweite Weltkrieg), New York 1948, S. 76.

⁴ Zitiert nach: W. L. Langer and S. Gleason, a. a. O., S. 401.

zwischen der Sowjetunion und Finnland sei für die amtlichen Kreise ein schwerer Schlag gewesen.¹

Gemäss den Bedingungen des Friedens Vertrages wurden die Kampfhandlungen eingestellt. Beide Seiten verpflichteten sich, sich in Zukunft nicht anzugreifen, keine Bündnisse zu schliessen und keiner gegen einen der vertragschliessenden Partner gerichteten Koalition beizutreten. Finnland verpflichtete sich, wie dies bereits durch den Friedensvertrag von 1920 vereinbart worden war, in seinen Gewässern an der Küste des Nördlichen Eismees weder U-Boote noch Luftstreitkräfte, sondern nur Kriegsschiffe von beschränkter Tonnage zu stationieren. Die sowjetisch-finnische Grenze wurde 150 Kilometer von Leningrad entfernt gezogen. Die Sowjetunion erhielt die gesamte Karelische Landenge mit Wyborg, der Wyborger Bucht und ihren Inseln. Dem Staatsgebiet der UdSSR wurden ferner das West- und Nordufer des Ladogasees angegliedert. Die Sicherheit von Murmansk und der Murmanbahn wurde durch die Übergabe des Gebiets östlich Merkjärvi mit der Stadt Kuolajärvi sowie der bis dahin finnischen Teile der Fischerhalbinsel und der Srednihalbinsel an die UdSSR verstärkt. Schliesslich verpflichtete sich Finnland, der Sowjetunion die Halbinsel Hanko mit den zugehörigen Inseln und Gewässern auf 30 Jahre zu verpachten, damit die Sowjetunion einen Flottenstützpunkt am Eingang des Finnischen Meerbusens errichten konnte.

Trotz der Beendigung des sowjetisch-finnischen Krieges und der wachsenden Gefahr eines Überfalls Hitlerdeutschlands auf die westlichen Länder änderte sich deren Politik keineswegs, selbst dann nicht, als – wie Churchill in seinen Memoiren berichtet – am 10. Januar 1940 ein deutsches Flugzeug auf belgischem Gebiet notlanden musste. Bei dem deutschen Major, der sich in dieser Maschine befand, wurden Dokumente entdeckt, die Teile des deutschen Operationsplans gegen Belgien, Holland und Frankreich enthielten.²

Wichtige Informationen erhielten die Gegner Deutschlands auch von dessen italienischen Verbündeten. Am 2. Januar 1940 warnte der italienische Aussenminister Ciano den belgischen Botschafter in Rom, Kerchove de Denterghem, heimlich vor einem bevorstehenden Überfall auf Belgien.³

Aber die Staatsmänner Englands und Frankreichs zogen aus diesen Tatsachen

¹ Siehe «The New York Herald Tribune» vom 13. März 1940.

² Siehe W. S. Churchill, Der zweite Weltkrieg, Bd. 1, 2. Aufl., Stuttgart 1954, S. 197 ff. Vgl. auch H. Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 80.

³ Siehe «Revue historique de la deuxième guerre mondiale», Paris 1955, S. 11.

keine Lehren. Die reaktionäre Presse der USA, Grossbritanniens und Frankreichs hoffte auch weiterhin, Hitler werde sich vielleicht entschliessen, seine Armee nach Osten gegen die Sowjetunion kehrtmachen zu lassen.¹ Die britische und französische Regierung setzten ihre Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR fort. Sie waren, wie reaktionäre amerikanische Historiker schreiben, nicht geneigt, ihre Pläne, die so aussichtsreich schienen, fallenzulassen, sondern passten diese Pläne einfach der neuen Situation an.²

Der bekannte französische Militär und Politiker General de Gaulle schreibt in seinen Memoiren: «Sie dachten weit mehr daran, mit welchen Mitteln man Russland schlagen könne – sei es durch eine Hilfeleistung an Finnland, sei es durch einen Bombenangriff auf Baku oder durch eine Landung in Konstantinopel –, als daran, auf welche Weise man mit dem ‚Reich‘ fertig werden könnte.»³ Noch bis Mitte Juni 1941 planten die führenden englischen Militärs einen Luftangriff auf Baku.

Auch die Politik der USA änderte sich nicht. Im Frühjahr 1940 traf in Berlin der Sondervertreter des Aussenministeriums Stallforth ein, der die von Welles begonnenen Verhandlungen fortsetzte. Stallforth erklärte, er sei nach Deutschland gekommen, um «bei den führenden Leuten auf Frieden zu drängen»⁴.

Die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs wie auch die offizielle bürgerliche Geschichtsschreibung dieser Länder wehren sich heute wie damals gegen eine objektive Beurteilung des Geschehens. Die Massnahmen der Sowjetunion entsprachen den ureigensten nationalen Interessen der Völker dieser Länder. Die Sowjetunion verlegte den deutschen Truppen den Weg nach Osten und zwang sie haltzumachen. Hätten die Massnahmen der Sowjetunion bei den Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs Verständnis und Unterstützung gefunden, wäre es in den ersten Monaten des Krieges in Europa noch möglich gewesen, der deutschen Aggression durch kollektive Massnahmen den Weg nach dem Osten und nach dem Westen zu versperren. Aber das entsprach nicht den Plänen der westlichen Politiker, die weiterhin einen allgemeinen Krieg gegen die UdSSR entfesseln wollten.

¹ Siehe «The New Republic» vom 20. Mai 1940, S. 661.

² Siehe W. L. Langer and S. Gleason, a. a. O., S. 404.

³ Ch. de Gaulle, Mémoires de guerre. L'Appel 1940-1942 (Kriegserinnerungen), Paris 1954, S. 26.

⁴ U. von Hassel, a. a. O., S. 201.

DIE NATIONALE TRAGÖDIE FRANKREICHS

1

Sieben Monate waren seit Kriegsbeginn vergangen. In dieser Zeit hätten England und Frankreich viel tun können, um ihre Verteidigungskraft gegen den drohenden faschistischen Überfall zu stärken. Doch die Regierungen beider Staaten waren so mit antisowjetischen Intrigen beschäftigt, dass sie gar nicht daran dachten. In diesen Monaten blieb die englische und französische Rüstungsproduktion auf dem Friedensniveau; ein beträchtlicher Teil der hergestellten Waffen und der Munition ging noch nach Finnland.

Deutschland verlor indessen keine Zeit. Hitler nutzte den Winter 1939/40, um Reserven auszubilden, neue Verbände aufzustellen und die technische Ausrüstung der Streitkräfte, vor allem mit Panzern und Flugzeugen, zu verbessern. Die Agententätigkeit in den Ländern, die überfallen werden sollten, wurde verstärkt, neue Pläne für militärische Operationen entstanden.

Seit August 1938 bereitete der deutsche Generalstab einen Plan für den Krieg gegen Frankreich mit dem Einmarsch in Belgien und Holland vor. Es war der sogenannte «Plan Gelb». Am 9. Oktober 1939 befahl das Oberkommando der Wehrmacht: «Am Nordflügel der Westfront ist durch den luxemburgisch-belgischen und holländischen Raum eine Angriffsoperation vorzubereiten. Dieser Angriff muss so stark und so frühzeitig als möglich geführt werden.»¹ Am 23. November 1939 sagte Hitler auf einer Konferenz der Oberbefehlshaber: «Die Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands ist bedeutungslos. Kein Mensch fragt danach, wenn wir gesiegt haben.»²

Der Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine, Grossadmiral Raeder, schlug vor, erst Dänemark und Norwegen zu besetzen und dann den Fall «Gelb» zu verwirklichen. Er begründete seinen Vorschlag mit der Lage dieser Länder

¹ Zitiert nach: Nürnberger Prozess, a. a. O., S. 204.

² Zitiert nach: IMG Nürnberg, Bd. IV., S. 477.

– rechte Flanke der deutschen Armeen – mit ihrer Rolle im Seekrieg und mit Deutschlands Interesse, Eisenerz aus den skandinavischen Ländern zu beziehen.

Raeders Vorschläge wurden angenommen, und es entstand ein neuer Plan – der Fall «Weserübung». Diesem Plan wurden Anweisungen des Oberkommandos der Wehrmacht zugrunde gelegt, die in folgendem bestanden: «Grenzübertritt gegen Dänemark und Landung in Norwegen haben gleichzeitig zu erfolgen. Die Unternehmungen sind mit grösstem Nachdruck so schnell wie möglich vorzubereiten. Falls der Feind die Initiative in Norwegen ergreift, müssen Gegenmassnahmen sofort ausgelöst werden können. Von grösster Bedeutung ist, dass unsere Massnahmen die nordischen Staaten wie die Westgegner überraschend treffen.»¹

Der Fall «Weserübung» begann am 9. April 1940. Deutsche Truppen drangen in Dänemark ein. Der dänische König und die Regierung verzichteten auf jeden Widerstand und befahlen ihren Streitkräften, die Waffen zu strecken. Am selben Tag landeten deutsche Truppen in allen grossen norwegischen Häfen. Das norwegische Volk leistete tapferen Widerstand. Bei Oslo versenkten norwegische Küstenbatterien den deutschen schweren Kreuzer «Blücher». An verschiedenen Orten entbrannten erbitterte Kämpfe. Doch die Agenten Hitlers lähmten den Kampf des Volkes gegen die Okkupanten.

Hitlers wichtigster Agent in Norwegen war der ehemalige norwegische Kriegsminister Major Quisling, dessen Name bald darauf zum Sammelbegriff für Verräter seines Schlanges wurde. Quisling hatte Deutschland geholfen, Norwegen mit Agenten zu überschwemmen, die als Vertreter deutscher Firmen aufgetaucht waren.

Die britische Regierung versuchte, Deutschland an der Besetzung Norwegens zu hindern, und landete ebenfalls Truppen in Nordnorwegen, die jedoch geschlagen wurden. Deutschland unterwarf ganz Norwegen. Das war ein grosser deutscher Erfolg, der die Flanke der deutschen Truppen und das deutsche Hinterland schützte und die Verbindungswege mit Norwegen und Schweden sicherte. Die deutsche Luftwaffe und die Kriegsmarine hatten neue Stützpunkte für Aktionen gegen England und Frankreich gewonnen.

Die Besetzung Dänemarks und Norwegens durch die deutschen Faschisten liess erneut das Weitherrschaftsstreben des faschistischen Deutschlands, die Unverfrorenheit der Aggressoren, ihre absolute Missachtung der nationalen Rechte der Völker und des Völkerrechts deutlich werden. Die Unhaltbarkeit der Politik

¹ Zitiert nach: K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 55.

von München wurde offensichtlich, und jeder musste jetzt erkennen, dass alle Hoffnungen, Hitler würde seine Versprechen gegenüber den westeuropäischen Ländern einhalten, diese nicht vor einem Überfall bewahren konnten.

In Grossbritannien begann mit dem Zusammenbruch der Münchener Politik eine politische Krise. Chamberlain, einer ihrer Verfechter, musste seinen Posten als Premierminister an Winston Churchill abgeben. Churchill trat sein Amt am 10. Mai an, als die deutschen Truppen bereits in Belgien, Holland und Luxemburg einbrachen. Das hinderte den ehrgeizigen und machthungrigen Churchill nicht daran, in seine Memoiren folgende Sätze aufzunehmen: «Aber ich darf dem Leser dieses wahrheitsgetreuen Berichtes nicht verheimlichen, dass ich, als ich gegen drei Uhr früh zu Bett ging, eine tiefe Erleichterung empfand. Endlich verfügte ich über die Autorität, in jeder Richtung massgebende Weisungen zu erteilen... Deshalb schlief ich gut, obwohl ich den Morgen mit Ungeduld erwartete, und bedurfte keiner aufmunternden Träume. Tatsachen sind besser als Träume.»¹ Was Churchill besser als alle Träume dünkte, war in Wirklichkeit der harte, unerbittliche und blutige Weltkrieg, der vor den Toren Englands stand.

Scharfe innenpolitische Differenzen um die Verantwortung für die Politik von München und die Niederlage in Norwegen entstanden auch in Frankreich. In der Regierung bahnte sich ein Konflikt zwischen Premierminister Reynaud und dem zurückgetretenen Kriegsminister Daladier an, obwohl beide für die Schande von München verantwortlich waren. Die französische Regierung war verwirrt und desorganisiert, als der deutsche Überfall begann.

Am 10. Mai, 05.30 Uhr, fielen deutsche Truppen in Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich ein. Hitler zerriss selbst seine feierlichsten Nichtangriffsversprechungen. Nicht Deutschland wurde zum Spielzeug in den Händen der Imperialisten der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, sondern gerade diese Länder wurden die Opfer seiner Politik. Die imperialistischen Gegensätze wirkten als Faktor von objektiver Bedeutung. Durch die Isolierung der UdSSR hatten die Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs die Einheit der friedliebenden Völker zerschlagen. So standen sie schliesslich selbst isoliert der deutsch-faschistischen Aggression gegenüber.

Das deutsche Oberkommando griff mit 72 Divisionen an und behielt 47 Divisionen in Reserve. 17 Divisionen lagen am Westwall. Diesen 136 deutschen Divisionen standen 133 Divisionen der Alliierten gegenüber: 91 französische,

¹ W. S. Churchill, a. a. O., S. 337.

10 britische, 22 belgische, 9 holländische und eine polnische.¹ So waren die Kräfte fast gleich. Deutschland besass auch kein bedeutendes Übergewicht an Panzern, doch seine Luftwaffe war den Alliierten weitaus überlegen.

Das Überraschungsmoment, die geringe Abwehrbereitschaft der Gegner und das Tempo der Truppenbewegungen waren die Grundlage des deutschen Angriffsplans, der ausserdem auch die schlechte Zusammenarbeit zwischen den alliierten Truppen berücksichtigte.

Den Hauptschlag führte die Heeresgruppe A unter dem Oberbefehl des Generalobersten von Rundstedt in den Ardennen durch Luxemburg in die Naht der französischen und belgischen Grenze zwischen Dinant und Sedan.

Der weitere Angriff sollte in nordwestlicher Richtung zum Ärmelkanal entwickelt werden, um alle in Belgien stehenden feindlichen Truppen abzuschneiden und zu vernichten. Der Plan der deutschen Heeresführung bestand darin, nach dem Durchbruch der Front den linken Flügel des Gegners zu umgehen, einzuschliessen und gleichzeitig in den Rücken seines rechten Flügels vorzudringen. Die Heeresgruppe A bestand aus 45 Divisionen, darunter 7 Panzerdivisionen. Die Stossgruppierung bildete die Panzergruppe des Generals von Kleist mit 5 Panzerdivisionen und motorisierten Infanteriedivisionen.

Die Heeresgruppe B unter Generaloberst von Bock sollte in Holland und Belgien eindringen, um so möglichst starke Truppen der Alliierten auf sich zu ziehen und zu binden. Diese Gruppe bestand aus 29 Divisionen, darunter 3 Panzerdivisionen.

Schon am ersten Angriffstag, am 10. Mai, überschritten die Truppen Bocks die Maas und den Albertkanal und eroberten die Schlüsselstellungen des belgischen Verteidigungssystems bei Lüttich. Gegen diese Truppen rückten starke französische Kräfte und das englische Expeditionskorps vor. Inzwischen marschierten die Truppen Rundstedts durch Luxemburg und griffen die französischen Truppen im Raum Sedan an.

Am 15. Mai kapitulierte die holländische Armee. Am selben Tag durchbrachen die deutschen Truppen, nachdem sie die 9. französische Armee des Generals Corap vernichtet hatten, die Front auf einem 90 Kilometer breiten Abschnitt zwischen Sedan und Namur.

In diesen Durchbruch drang die Gruppe des Generals von Kleist ein. Zuerst stiess sie in südwestlicher Richtung auf Paris vor. Die französischen Machthaber gerieten in Verwirrung. In einer Sondersitzung des Ministerkabinetts mit

¹ Die hier und im Folgenden genannten Zahlen stammen aus Archivmaterialien des deutschen Generalstabes und der bereits erwähnten Arbeit B. Mueller-Hillebrands.

der Generalität und den Präsidenten beider Kammern erklärte der Oberbefehlshaber Gamelin, er könne nicht dafür garantieren, dass die deutschen Truppen nicht noch in derselben Nacht – 16. Mai – Paris erreichen würden.

Die herrschenden Kreise Frankreichs dachten schon an eine Kapitulation. Bekannte Verräter und Verfechter des Kapitulationsgedankens drangen nacheinander in die Regierung ein. Am 10. Mai wurden Jean Ybarnégarey und Louis Marin in die Regierung hineinmanövriert, am 18. Mai Marschall Pétain, der den Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten erhielt. Gamelin wurde gegen Weygand aus gewechselt. Mit der Entfernung Gamelins wurden zahlreiche Posten im Führungsstab der französischen Armee umbesetzt. Die britische Regierung bereitete die Evakuierung ihrer Truppen aus Nordfrankreich vor und wies am 14. Mai die Reeder an, sämtliche Motorschiffe von 30 bis 100 Fuss Länge den Militärbehörden zur Verfügung zu stellen.

Der deutsche Vormarsch nach Südwesten gefährdete die schnellen Verbände. Die schwache Gruppe von Kleists drang in den von ihr gebahnten schmalen Korridor zwischen den feindlichen Armeen ein und stand jetzt zwischen starken Kräften – einer Million Mann im Norden und zwei Millionen Mann im Süden. Diese Armeen hätten sich nur einander zu nähern brauchen, und die durchgebrochenen deutschen Truppen wären in einer Zange gewesen. Deshalb rückte von Kleist auch nicht weiter nach Westen vor. Am 16. Mai schwenkten seine Truppen in der Nähe von Lens nach Nordwesten zum Ärmelkanal ab, den sie am 21. Mai erreichten. Hitlers Feldmarschall Rommel sagte später, zehn Panzerdivisionen hätten déh Feldzug 1940 in Frankreich entschieden; ihr Erfolg sei durch die Unbeweglichkeit des englisch-französischen Oberkommandos erleichtert worden.¹ Das riesige Hufeisen der deutschen Truppen drückte 49 alliierte Divisionen an die Küste, 22 belgische, 9 britische und 18 französische. Am 28. Mai kapitulierte auf Befehl König Leopolds III. die belgische Armee. Die deutschen Truppen verengten ihren Ring immer mehr, besetzten von Osten Zebrügge und Ostende und von Westen Boulogne und Calais. Damit hatten sie die britisch-französischen Truppen im Raum Dünkirchen zusammengedrängt. Ihnen drohte die völlige Vernichtung. Sie sollten durch die Panzertruppen Kleists und Guderians zerschlagen werden.

Doch in diesem für die britisch-französischen Truppen höchst kritischen Augenblick wurde der von dem deutschen Oberkommando vorbereitete Schlag aufgehalten. Hitler besuchte am 24. Mai das Hauptquartier des Generalobersten

¹ Siehe «Revue de défense nationale» 1954.

von Rundstedt in Charleville und befahl, die Truppen Kleists haltmachen zu lassen. Er begründete diesen Befehl damit, dass er nach der Kapitulation Frankreichs mit England über einen zeitweiligen Frieden verhandeln müsse.¹ Es handelte sich hier um die diplomatische Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion.

Rundstedt berichtete später: «Hätte ich tun können, was ich wollte, würden die Engländer in Dünkirchen nicht so leicht davongekommen sein. Aber meine Hände waren durch unmittelbar von Hitler selbst kommende Befehle gebunden. Während die Engländer vom Strand aus in die Schiffe kletterten, wurde ich untätig ausserhalb des Hafens festgehalten, ohne mich rühren zu dürfen. Ich empfahl dem Oberkommando, meine fünf Panzerdivisionen unmittelbar in die Stadt zu senden und so die flüchtenden Engländer vollkommen zu vernichten. Aber ich bekam vom Führer bindende Befehle, unter gar keinen Umständen anzugreifen, und es wurde mir ausdrücklich verboten, irgendwelche Truppen von mir näher als zehn Kilometer an Dünkirchen heranzuführen... In dieser Entfernung sass ich ausserhalb der Stadt und sah zu, wie die Engländer entkamen, während meine Panzer und meine Infanterie sich nicht rühren durften.»²

Die britische Regierung ordnete an, nur die Mannschaften und Offiziere der an die Küste gedrückten Divisionen zu evakuieren und sämtliche Waffen und technischen Kampfmittel zurückzulassen, da der Schiffsraum für sie nicht ausreichte. So konnte der grösste Teil der Truppen gerettet werden. Die deutsche Führung erbeutete wertvolles Kriegsmaterial, das sie später im Krieg gegen die Sowjetunion verwandte. Das Feuer der in Dünkirchen erbeuteten Waffen empfing aber auch die englischen, kanadischen und amerikanischen Truppen, als sie im Juni 1944 an der französischen Küste landeten.

Bis zum 2. Juni wurden etwa 338'000 Soldaten und Offiziere über den Ärmelkanal gebracht, darunter 90'000 Franzosen.

Die erste Etappe der deutschen Offensive gegen Frankreich war beendet. Zwischen der ersten und der zweiten Etappe lagen ein paar Tage. Sie hätten dazu benutzt werden können, die französische Verteidigung entschlossen zu stärken. Das französische Volk konnte dem deutschen Überfall Widerstand leisten. Man hätte ihm nur ein klares Ziel geben, den komischen Krieg beenden und die Kräfte des Volkes gegen die Feinde des Landes mobilisieren müssen. Ausgehend von diesen Überlegungen, unterbreitete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs der Regierung ein Programm zur Rettung des Lan-

¹ Siehe E. von Manstein, *Verlorene Siege*, Bonn 1955, S. 122.

² Zitiert nach: M. Shulman, *Die Niederlage im Westen*, Gütersloh 1949, S. 96.

des, das forderte, den Krieg in einen Volkskrieg für die Freiheit und Unabhängigkeit der Heimat umzuwandeln; die kommunistischen Abgeordneten und die aktiven Funktionäre der Kommunistischen Partei sowie zahllose Arbeiter aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zu entlassen; sofort die feindlichen Agenten zu verhaften und vor ein strenges Gericht zu stellen; eine Volkswehr zu schaffen, das Volk zu bewaffnen und Paris zu einer uneinnehmbaren Festung zu machen.¹

Von allen politischen Parteien Frankreichs stellte nur die Kommunistische Partei ein solches Programm auf, das den Willen des französischen Volkes vertrat, seine Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu verteidigen. Doch die aus Vaterlands Verrätern, Kapitulanten und deutschen Agenten bestehende Regierung lehnte dieses Programm ab.

Durch die erste Etappe der deutschen Offensive hatte sich das Kräfteverhältnis bedeutend verändert. Die deutschen Armeen hatten verhältnismässig geringe Verluste erlitten, ihnen standen nur noch 66 französische Divisionen gegenüber. Am 5. Juni begann die zweite Etappe der deutschen Offensive. Die französischen Soldaten verteidigten tapfer ihr Land. Besonders erbitterter Widerstand wurde dort geleistet, wo sich Kommunisten befanden. Doch Verrat in der Führung, Tatenlosigkeit des militärischen Oberkommandos und Mangel an Waffen und Munition wirkten sich ungünstig auf den Verlauf der Kämpfe aus. Am 9. Juni durchbrachen die deutschen Truppen wiederum die Front und stiessen nach Westen vor.

Die französische Regierung wurde noch mehr mit Vertretern des Kapitulationsgedankens aufgefüllt. Am 10. Juni verlegte sie ihren Sitz von Paris nach Tours. Ihr Bestreben, die Waffen zu strecken, wurde nun ganz offensichtlich.

Das faschistische Italien begehrte schon seit Langem einen Teil des französischen Mutterlandes und einige französische Kolonien. Deshalb war ja schliesslich unter anderem auch die berüchtigte Achse Berlin-Rom entstanden. Als der Krieg in Europa begann, beschloss Italien erst einmal, den Lauf der Dinge abzuwarten. Doch je weiter die deutschen Truppen in Frankreich vorstiessen, desto kriegerischer wurde die Stimmung der herrschenden Kreise Italiens.

Die italienische Presse machte die öffentliche Meinung des Landes für einen Krieg gegen England und Frankreich reif. Die Zeitungen beschrieben grosssprecherisch das militärische Potential Italiens. Am 4. Mai 1940 verkündete die rö-

¹ Siehe M. Thorez, Ein Sohn des Volkes, Berlin 1951, S. 147 f.

mische Zeitung «Tevere», die Adria komme von vornherein als Aufmarschraum für die Flotte des Gegners nicht in Frage, denn sie könne ebenso wie die Strasse von Calais oder das Skagerrak an der Bucht von Otranto leicht gesperrt werden. Die übrigen Meere Italiens könnten von der französischen Grenze an der Ligurischen Küste bis hinunter nach Libyen auf 1'500 Kilometer Länge einschliesslich Korsikas, Sardinien, Pantellerias und Siziliens durch die 121 italienischen Unterseeboote abgeriegelt werden. Im Tyrrhenischen Meer könnten ohne Weiteres 6 Schlachtschiffe, 33 Kreuzer, 118 Zerstörer und 62 Torpedoboote der italienischen Flotte für einen entschlossenen Angriff auf den Feind, wo er sich auch nähern möge, zusammengezogen werden. Hinzu kämen noch die vielen Stützpunkte der starken italienischen Luftflotte mit dem freien Hinterland, das durch die Befestigungslinie in den Alpen und durch die 8 Millionen Soldaten, die Italien zu den Waffen rufen könne, geschützt sei.¹

Erst als sich die italienischen Imperialisten von der kritischen Lage des britisch-französischen Blocks überzeugt hatten, beschlossen sie, in den Weltkrieg einzugreifen. Sie nahmen an, dass die bevorstehende Niederlage Frankreichs das Kräfteverhältnis im Mittelmeer erheblich verändern werde, ausserdem lockte die Aussicht auf leichten und schnellen Gewinn. Der italienische Aussenminister Ciano erklärte in einem Gespräch mit dem türkischen Botschafter kurz vor Italiens Eintritt in den Krieg, eine für Italien so vorteilhafte Situation biete sich nur einmal in fünftausend Jahren. Italien werde diese Gelegenheit nicht ungenutzt lassen; der Krieg sei in vierzig Tagen beendet.² Die italienischen Imperialisten waren vom schnellen Ende des Krieges völlig überzeugt; Mussolini verkündete den «Sechswochenkrieg».

Hinter der zügellosen Prahlerei der faschistischen Führer Italiens und ihrer Presse verbarg sich die Rückständigkeit der italienischen Armee und ihrer Waffentechnik und die niedrige Kampfmoral der italienischen Soldaten, denen die räuberischen Ziele der herrschenden Kreise völlig fremd waren. Nach Tippelskirch «stellte die italienische Wehrmacht ein in jeder Hinsicht unzureichendes Werkzeug dar, das bisher nur dem politischen Bluff gedient hatte»³. Dabei muss allerdings das Bestreben gesehen werden, den ehemaligen Verbündeten einen Teil der Schuld an der Niederlage zuzuschieben.

Trotzdem verschlechterte sich natürlich die Lage Frankreichs, als Italien am

¹ Siehe «Tevere» vom 4. Mai 1940.

² Siehe «The Times» vom 9. Juni 1940.

³ K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 98.

10. Juni in den Krieg eintrat. Die italienische Armee griff Frankreich auf der ganzen Breite der Front vom Montblanc bis zum Mittelmeer an. Den 32 italienischen Divisionen stand die nur 6 Divisionen starke französische Alpenarmee gegenüber.

Nach einer Übereinkunft mit dem deutschen Oberkommando sollten die italienischen Truppen bis zur Stadt Chambéry im Südosten Frankreichs vorstossen und sich dort mit den deutschen Truppen vereinigen. Doch dieser Plan scheiterte. Die französischen Truppen kämpften standhaft und hielten die Front gegen die überlegenen Kräfte des Gegners. Unter grossen Anstrengungen gelang es den Italienern lediglich, den an der Grenze gelegenen französischen Mittelmeerkurort Menton einzunehmen.

Am 12. Juni erörterte die französische Regierung, die sich im Schloss Cangey, zehn Meilen von Tours, niedergelassen hatte, die entstandene Lage. General Weygand, der Oberbefehlshaber der französischen Armee, berichtete über die militärische Situation. Er schilderte die Lage in düstersten Farben, sprach von drohenden «sozialen Erschütterungen» und verlangte die unverzügliche Kapitulation. Weygand erklärte, er habe Nachrichten aus Paris, die besagten, dass dort Unruhen ausgebrochen seien und der Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs, Maurice Thorez, die Residenz des Präsidenten – das Palais de l’Elysée – besetzt habe.

Innenminister Mandel telefonierte sofort mit dem Polizeipräfekten von Paris, Langeron, der Weygands Behauptungen widerlegte und erklärte, in der Hauptstadt sei alles ruhig.

Dennoch verfehlten die Drohungen Weygands nicht ihren Zweck. Aus Furcht, der Krieg könnte zu einer von den Pariser Arbeitern und vor allem von den Kommunisten geleiteten Volkserhebung gegen die Okkupanten führen, beschloss die Regierung, auf die Verteidigung von Paris zu verzichten. Gleichzeitig beschloss sie, an die Regierung Englands die Bitte zu richten, gemeinsam zu prüfen, ob Frankreich kapitulieren könne.

Am folgenden Tag wurde Paris zur offenen Stadt erklärt. Dem deutschen Oberkommando wurde mitgeteilt, dass die Hauptstadt von den französischen Truppen nicht verteidigt werde. Der Kommandant der Pariser Garnison, der faschistische General Dentz, erhielt Anweisung, alle Zivil- und Militärpersonen, die auch nur den geringsten Versuch machen würden, eine Verteidigung der Hauptstadt zu organisieren, erschossen zu lassen.

Nach Meinung der französischen Regierung gab es also keine Gründe für eine Verteidigung von Paris. So konnten nur Feinde des französischen Volkes urteilen. Tatsächlich hat aber Paris für Frankreich eine ausserordentlich grosse Bedeutung. Das hat der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 und hat auch der

erste Weltkrieg sehr anschaulich bewiesen. In Paris und der näheren Umgebung hatten etwa 12 Millionen Franzosen ihren festen Wohnsitz, darunter über 3 Millionen Arbeiter. Hier ist der französische Maschinenbau konzentriert, hier befindet sich das Zentrum der französischen Rüstungsindustrie. In Paris laufen die wichtigsten Verkehrswege Frankreichs zusammen. Schon im 19. Jahrhundert hob Friedrich Engels die besondere Rolle von Paris bei der Verteidigung Frankreichs hervor: «Der Schwerpunkt Frankreichs liegt nicht im Zentrum an der Loire, bei Orleans, sondern im Norden, an der Seine, in Paris; und zweimalige Erfahrung beweist, dass mit Paris ganz Frankreich fällt. Die militärische Bedeutung der Grenzfiguration Frankreichs richtet sich also vor allem nach dem Schutze, den sie Paris gewährt.»¹

Deshalb teilte die Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs der Regierung mit, dass sie die Preisgabe von Paris als Verrat betrachte. Sie schlug vor, eine Volkswehr zur Verteidigung der Hauptstadt, des Hirns und Herzens Frankreichs, zu schaffen.²

Die Auslieferung von Paris war der Vorbote der französischen Kapitulation. Die Verteidigung der Stadt wäre das Signal für einen Volkskampf gegen die faschistischen Armeen geworden. Zahlreiche Beispiele von Tapferkeit, Heldentum und Aufopferung französischer Soldaten und zahlreicher Offiziere in den Kämpfen gegen die Armeen Hitlers zeugten davon, dass die Werktätigen dem feindlichen Vordringen hätten Einhalt gebieten können. Doch gerade daran lag den herrschenden Kreisen Frankreichs gar nichts. Ein amerikanischer Berichtserstatter schrieb aus Frankreich: «Die französischen Grosskapitalisten wollten lieber Hitler als die Volksfront in Paris... Einen Sieg fürchteten sie wohl noch mehr als eine Niederlage.»³

Die Übergabe der Stadt an die Hitlertruppen vermittelte der amerikanische Botschafter in Frankreich, Bullitt. Am 14. Juni marschierten die deutschen Truppen ungehindert in Paris ein.

In Tours verhandelte inzwischen die französische Regierung mit Churchill, Halifax und Beaverbrook, den hier ein getroffen en Mitgliedern des britischen Kabinetts.

Die herrschenden Kreise Englands wollten die schwierige Situation Frankreichs ausnutzen und sich die Kolonien und seine Kriegsflotte aneignen, alle

¹ F. Engels, Po und Rhein. In: Marx/Engels/Lenin/Stalin, Zur deutschen Geschichte, Bd. II/1, Berlin 1954, S. 716.

² Siehe F. Bonte. a. a. O.. S. 386.

³ «The New York Post» vom 3. August 1940.

seine Hilfsmittel für sich verwenden und es schliesslich zu einer britischen Provinz machen. Am 16. Juni 1940 übergab die britische Regierung Frankreich den Entwurf für eine «Britisch-Französische Union». Sein Text lautete: «In dieser schicksalsschweren Stunde der Geschichte der modernen Welt gäben die englische Regierung und die Regierung Frankreichs diese Erklärung einer unlösbaren Union und eines unerschütterlichen Entschlusses ab. Frankreich und England würden nicht mehr länger zwei Einheiten, sondern eine französisch-britische Union bilden... Jeder französische Staatsbürger gelänge sofort in den Genuss der britischen Staatsbürgerschaft; jeder britische Untertan werde französischer Staatsbürger.»¹

Formal sah der Entwurf gleiche Rechte für beide Partner der Union vor. Doch faktisch hätte in der gegebenen Situation England die führende Rolle gespielt, wie es auch in der Absicht der britischen Minister lag.

Der Entwurf der französisch-britischen Union ging davon aus, dass Frankreich endgültig als Grossmacht ausgespielt hätte. Die englische Regierung hatte es sehr eilig, das französische «Erbe» an sich zu reissen.

Als in der französischen Regierung über den englischen Vorschlag diskutiert wurde, empfahl Paul Reynaud, ihn anzunehmen. Unter Führung Pétains traten jedoch die meisten Regierungsmitglieder für eine Kapitulation ein und verkündeten die Losung: «Besser eine Naziprovinz als ein britisches Dominion.»²

So spaltete sich die Regierung in zwei Gruppen: Während die eine bereit war, Frankreich dem britischen Imperialismus auszuliefern, wollte sich die andere dem deutschen Faschismus verkaufen. Nicht vertreten waren in der Regierung lediglich die Kräfte, die das Programm des Kampfes für die Freiheit und Unabhängigkeit Frankreichs verfochten. Das bewies anschaulich den nationalen Verrat der herrschenden Oberschicht.

Die meisten Stimmen wurden in der französischen Regierung für die Kapitulation abgegeben. Am folgenden Tag, am 17. Juni, trat Reynaud zurück, und Pétain übernahm die Regierung. Er erklärte sofort über den Rundfunk, dass man «den Kampf unbedingt einstellen» müsse und dass er schon Verhandlungen mit dem Feind aufgenommen habe. Durch diese Erklärung wurden auch die französischen Armeen, die sich den faschistischen Eindringlingen noch tapfer widersetzt hatten, vollends demoralisiert.

¹ Zitiert nach: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1940, Bd. 81, München 1942, S. 319.

² K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 91.

Um die Forderungen an Frankreich abzustimmen, trafen sich Hitler und Mussolini am 18. Juni in München. Hier traten ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den Partnern der «Achse» zutage. Die Regierung der USA beschloss, jetzt ebenfalls ihren Nutzen aus dem französisch-deutschen Krieg zu ziehen und als lachender Dritter aufzutreten. Sie verlangte von den Regierungen Deutschlands und Italiens, über die Waffenstillstandsbedingungen unterrichtet zu werden.¹ Deutschland und Italien wiesen das Ansinnen zurück; dadurch vertiefte sich der Konflikt zwischen ihnen und den USA.

Am 21. Juni 1940 übergaben die Faschisten die Waffenstillstandsbedingungen an die französischen Vertreter. Diese Bedingungen überreichte Wilhelm Keitel in Hitlers Anwesenheit in demselben Salonwagen, in dem am 8. November 1918 Marschall Foch den deutschen Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen übergeben hatte. Auf Hitlers Befehl war der Wagen dafür auf dasselbe Nebengleis des Bahnhofs Rethonde im Wald von Compiègne gebracht worden.

Die Waffenstillstandsbedingungen, die von der Regierung Pétain ohne jede Veränderung angenommen wurden, sahen Folgendes vor:

Die Feindseligkeiten werden sofort eingestellt; alle französischen Armeen strecken die Waffen. Alle Land-, See- und Luftstreitkräfte mit Ausnahme der von der französischen Regierung zur Aufrechterhaltung der «Ordnung» benötigten Truppen sind sofort zu demobilisieren. Deutschland behält sich das Recht vor, die Übergabe der gesamten Artillerie, aller Panzer, Panzerabwehrwaffen, Militärflugzeuge, Infanteriewaffen, Zugmaschinen und Munition in gutem Zustand zu verlangen. Die Befestigungsanlagen im Binnenland und an der Küste mit allen Waffen und Plänen sowie alle Unterlagen über Minenfelder und Marinebefestigungen sind sofort an Deutschland zu übergeben.

Nach den Waffenstillstandsbedingungen sollten deutsche Truppen einen grossen Teil Frankreichs besetzen und das Land die Ausgaben für den Unterhalt der Besatzungsarmee bestreiten. Zur Besatzungszone gehörte das französische Gebiet ostwärts der Linie: Genf, Dole, Chalon, Paray-le-Monial, Moulins, Bourges, Vierzon, 20 Kilometer ostwärts von Tours und weiter nach Süden, parallel zur Eisenbahn, die von Angoulême nach Mont-de-Marsan und Saint Jean-Pied-de-Port führt.²

¹ Siehe Dokumente zur amerikanischen Aussenpolitik, Bd. 2, a. a. O., S. 90.

² Siehe Bruns-Gretschianow, Politische Verträge, Berlin 1936-1942, Bd. III/2, Dok. III, S. 1172ff.

Der gesamte industriell entwickelte Teil Frankreichs gehörte damit zur besetzten Zone. Die deutschen Faschisten stellten noch keine Gebietsforderungen, sie beschränkten sich auf den Anschluss Elsass-Lothringens an Deutschland. Die französische Industrie aber brauchten sie für neue Kriegsabenteuer. In der besetzten Zone lagen 65 Prozent der Betriebe der Grundstoffindustrie, die vor dem Krieg 98 Prozent der gesamten Roheisen- und Stahlerzeugung des Landes bestritten hatten.

Hier könnte man fragen, warum Hitler nicht sofort ganz Frankreich besetzte, wie es später geschah. Deutschland hatte durch die Marionettenregierung in Vichy die Möglichkeit, die französische Flotte und die Kolonien zu kontrollieren und entzog sie damit seinen Gegnern. Artikel 8 der Waffenstillstandsbedingungen lautete: «Die französische Kriegsflotte ist – ausgenommen jener Teil, der für die Wahrung der französischen Interessen in ihrem Kolonialbereich der französischen Regierung freigegeben wird – in näher zu bestimmenden Häfen zusammenzuziehen und unter deutscher bzw. italienischer Kontrolle demobil zu machen und abzurüsten.»¹

Für den Waffenstillstand wurde keine Frist festgesetzt, er sollte bis zum Abschluss eines Friedens Vertrages in Kraft bleiben und jederzeit annulliert werden können, wenn die französische Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkäme.² Der Waffenstillstand sollte sofort nach Annahme der italienischen Waffenstillstandsbedingungen durch Frankreich in Kraft treten.

Am 22. Juni unterzeichneten die französischen Vertreter die erniedrigenden Bedingungen.

Die Führer des faschistischen Italiens erwarteten ungeduldig die Stunde, in der sie Frankreich ihre Forderungen stellen konnten. Die faschistischen Zeitungen Italiens und Deutschlands forderten grösste Härte gegenüber dem französischen Volk. Die Zeitung «Tevere» schrieb am 23. Juni: «Kein Mitleid mit Frankreich! Hat es nicht alles getan, um unseren Stiefel auf seinem Nacken zu verdienen? Frankreich soll für Jahrhunderte auf den Knien liegen.»³

Die Bedingungen des Abkommens zwischen Italien und Frankreich ergänzten das deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen und sahen die Einstellung der Kampfhandlungen in allen Kolonien und Mandatsgebieten Frankreichs vor. Das Abkommen legte entmilitarisierte Zonen fest, die italienische Truppen besetzen sollten; in Frankreich selbst war das ein 50 Kilometer breiter Streifen an der Linie, die italienische Truppen während der Kampfhandlungen erreicht

¹ Ebenda.

² Siehe ebenda.

³ «Tevere» vom 23. Juni 1940.

hatten; in Tunesien und Algerien fiel ein 250 Kilometer breiter Streifen vor der libyschen Grenze unter diese Bestimmungen. Frankreich musste die Küste von Französisch-Somaliland entmilitarisieren, ebenso die Küstenbefestigungen, darunter die Flottenstützpunkte Toulon, Biserta und Oran. Italien erhielt das volle und uneingeschränkte Recht zugesprochen, die Hafenanlagen in Dschibuti und den französischen Abschnitt der Eisenbahn Dschibuti-Addis-Abeba benutzen zu können.¹

In den Waffenstillstandsbedingungen blieben die territorialen Ansprüche Italiens an Frankreich unberücksichtigt. Hitler war mit Mussolinis Forderung, Savoyen, Korsika, Nizza und Tunesien an Italien zu übergeben, nicht einverstanden. Es lag durchaus nicht in der Absicht der deutschen Imperialisten, Mussolini so leckere Bissen zuzuwerfen. Ausserdem wollten die Hitlerfaschisten die Marionettenregierung in Frankreich stützen, und daher musste man sich mit der Teilung Frankreichs Zeit lassen.

Der italienische Aussenminister Ciano schrieb dazu in seinem Tagebuch: «Ich finde Mussolini unzufrieden... Der Duce ist extrem: Er möchte das ganze französische Territorium besetzen und verlangt die Übergabe der französischen Flotte. Aber er ist sich klar darüber, dass seine Meinung nur den Wert eines Ratschlags hat.»² Hitler dachte aber nicht daran, auf solche Ratschläge seines Verbündeten einzugehen.

Die französische Regierung nahm die italienischen Waffenstillstandsbedingungen an; am 24. Juni wurde das Abkommen unterzeichnet. Dadurch trat mit dem 25. Juni 1940 auch der Waffenstillstand mit Deutschland in Kraft. Die Kampfhandlungen waren beendet.

Die Waffenstillstandsbedingungen waren eine ungeheuerliche Vergewaltigung des französischen Volkes. Sie erniedrigten Frankreich und raubten ihm seine nationalen Rechte. Das französische Volk sollte für unbegrenzte Zeit die Hitlerfaschisten in dem besetzten Gebiet dulden und noch dazu durch seine Arbeit die deutsche Besatzungsarmee versorgen. Die französischen Gefangenen mussten in Deutschland bleiben, um für ihre Unterdrücker zu arbeiten. Die französischen Waffen erhielt der Feind.

Doch die Waffenstillstandsbedingungen gaben noch kein vollständiges Bild von der tatsächlichen Lage Frankreichs. Pétain verpflichtete sich, aus Frankreich und seinen Kolonien Lebensmittel, Roh- und Brennstoffe nach Deutschland zu schicken. Das französische Volk hungerte und fror, während endlose Züge sein Volksvermögen nach Deutschland brachten.

¹ Siehe Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1940, a. a. O., S. 570ff.

² G. Ciano, Tagebücher 1939-1943, 2. Aufl., Bern 1947, S. 248.

Deutschland erhielt das uneingeschränkte Recht, die französische Industrie für die Produktion von Waffen und Munition auszunutzen; französische Arbeiter mussten mit ihren Händen die militärische Macht ihrer Unterdrücker stärken. Millionen Franzosen wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Der fortschrittliche Teil der deutschen Arbeiterklasse verurteilte die Waffenstillstandsbedingungen. Anfang Juli 1940 stellte die Kommunistische Partei Deutschlands, die unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität arbeitete, in einem Beschluss fest: «Die Arbeiterklasse Deutschlands verurteilt das brutale Diktat von Compiègne und wird es niemals anerkennen. Die deutsche Arbeiterklasse ist durchdrungen von dem Gefühl, dass dieses Diktat ein Schlag gegen das Lebensinteresse des deutschen Volkes ist. Sie nimmt in brüderlicher Verbundenheit mit dem französischen Proletariat den Kampf gegen dieses Diktat, gegen die infame Vergewaltigung des grossen französischen Volkes auf.»¹ Diese Resolution ist ein hervorragendes Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus.

In einer ähnlichen Deklaration erklärte die Kommunistische Partei Italiens: «Unser Volk will weder Sklave der faschistischen italienischen Bourgeoisie noch Vasall des ausländischen Imperialismus oder Aufseher und Unterdrücker anderer Völker sein. Es will das Brudervolk Frankreichs nicht versklaven. Wir Kommunisten erklären, dass das italienische Volk die schändlichen Bedingungen des ‚Waffenstillstands‘, den die deutschen und italienischen Imperialisten dem französischen Volk auf gezwungen haben, nicht anerkennt und niemals anerkennen wird.»²

Welche Ursachen haben zur nationalen Tragödie Frankreichs geführt? Der Hauptgrund lag in der verräterischen Politik der herrschenden Kreise des Landes lange vor dem Krieg und im Krieg. Die Kapitulation war die gesetzmässige Folge der Münchener Politik und der antisowjetischen Aktionen der herrschenden Kreise. Die patriotischen Kräfte wurden von der Regierung verfolgt und für vogelfrei erklärt; jetzt war das Land zersplittert und desorientiert, ohne Verbündete und Freunde dem Faschismus ausgeliefert. Die Tragödie Frankreichs ist die Tragödie des französischen Volkes, dessen nationale Interessen die Grosskapitalisten und Bankiers, denen jedes Geschäft mit Hitler annehmbar schien, wenn es nur Gewinn abwarf, mit Füssen traten. Die «zweihundert Familien»

¹ Zitiert nach: O. Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Berlin 1955, S. 175.

² Тридцать лет жизни и борьбы Итальянской коммунистической партии (Dreißig Jahre Leben und Kampf der Kommunistischen Partei Italiens), Moskau 1953, S. 479.

verrieten skrupellos die eigene Nation, weil sie hofften, das Volk besser im Zaum halten zu können. Statt das Schicksal des Vaterlandes dem eigenen Volk anzuvertrauen, lieferten sie es an den imperialistischen Feind aus.

Die französischen Kapitalisten halfen Hitlerdeutschland, die Industrie Frankreichs auszunutzen. In dem besetzten Teil bahnte sich eine «geschäftliche Zusammenarbeit» der Industriellen mit der Besatzungsmacht an. Nach dem bekannten amerikanischen Publizisten Kernan, der sich in Frankreich aufhielt, wollten die deutschen Faschisten das besetzte Frankreich in eine einzige grosse Industrie-, Handels- und Landwirtschaftsplantage verwandeln.¹ Es gelang ihnen: «Die Deutschen erreichten, was Wirtschaftsfachleute vor dem Kriege nicht für möglich gehalten hätten: Sie begannen langsam, aus dem mit der Waffe Eroberten ihren Vorteil zu ziehen.»²

In dem unbesetzten Teil stützte sich Hitler auf die Regierung Pétain. Pétain hatte den kleinen Kurort Vichy zum Sitz seiner Regierung gewählt. Hier beschloss am 10. Juli 1940 das französische Parlament, aus dem vorher die Kommunisten und alle anderen Patrioten vertrieben worden waren, die Französische Republik abzuschaffen. Die republikanische Ordnung wurde abgelöst durch die Militärdiktatur Pétains, der zum Oberhaupt des französischen Staates proklamiert wurde. Pétain fand sich schnell in seine neue Rolle hinein. Er erliess folgenden Aufruf: «Wir, Philippe Pétain, Marschall von Frankreich, erklären auf Grund des Verfassungsgesetzes vom 10. Juli 1940, die Funktion eines Chefs des französischen Staates zu übernehmen. Wir bestimmen daher: Artikel 2 des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875 ist aufgehoben.»³ So wurden die französische Verfassung und die Erklärung der Menschenrechte beseitigt.

Die Terrorherrschaft der Vichyregierung in der unbesetzten Zone sollte den Widerstand der Arbeiterklasse brechen und den deutschen Faschisten auch in diesem Teil des Landes unbegrenzte Möglichkeiten schaffen.

Die französische Bourgeoisie trieb ein verwickeltes politisches Spiel. Sie stützte sich in erster Linie auf Hitler, gleichzeitig wollte sie sich aber für alle Fälle die Unterstützung Grossbritanniens und der USA sichern. Ohne Deutschlands Wissen schickte deshalb die Regierung Pétain Ende Oktober 1940 Louis Rougi er als ihren Vertreter nach London. Rougi er sprach mit dem englischen Diplomaten Cadogan, mit Lord Halifax und schliesslich mit Churchill. Das Ergebnis dieser Gespräche war ein am 28. Oktober 1940 getroffenes Gentlemen's Agreement, in dem sich England bereit erklärte, die Seeblockade des unbesetz-

¹ Siehe T. Kernan, Report on France (Bericht über Frankreich), S. 15.

² Ebenda, S. 67.

³ Zitiert nach: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1940, a. a. O., S. 327.

ten Frankreichs etwas zu lockern, die Besetzung der der Vichyregierung treu gebliebenen Kolonien durch de Gaulle aufzuhalten und die Propaganda gegen die Pétainregierung etwas zu dämpfen. Die Regierung Pétain verpflichtete sich dagegen, Hitler im Krieg gegen England nicht zu unterstützen, die französische Flotte und die militärischen Stützpunkte in Afrika nicht an Deutschland auszuliefern, nicht die sofortige Rückgabe der von de Gaulle besetzten Kolonien zu verlangen und sich sofort dem Krieg gegen Deutschland anzuschließen, wenn die Engländer mit stärkeren Streitkräften in Frankreich landen sollten.¹

Präsident Roosevelt ernannte seinen Berater Admiral Leahy zum Botschafter bei der Pétainregierung. Das Ergebnis seiner diplomatischen Tätigkeit war ein Geheimabkommen zwischen General Weygand und dem amerikanischen Diplomaten und Agenten Murphy. Nach diesem Abkommen überliess die Vichyregierung den Vereinigten Staaten von Amerika wichtige wirtschaftliche Positionen in den französischen Kolonien Nordafrikas. Die Regierung der USA sagte dagegen zu, diese Kolonien sowie das unbesetzte Frankreich mit kriegswichtigen Rohstoffen, Industrieerzeugnissen und Lebensmitteln zu beliefern.

Das Doppelspiel der französischen Bourgeoisie offenbarte sich nicht nur in diesen Aktionen. Nach der Kapitulation Frankreichs wurde in London ein französisches Nationalkomitee unter General de Gaulle gegründet.

Am 7. Juli 1940 schlossen Churchill und de Gaulle ein Abkommen. Damit erhielt de Gaulle das Recht, in England französische Streitkräfte aus Freiwilligen aller Waffengattungen aufzustellen. Die britische Regierung verpflichtete sich, diese Truppen auszurüsten. De Gaulle wurde zum Oberkommandierenden ernannt, hatte aber den Anweisungen des britischen Oberkommandos zu folgen. Er durfte eine zivile Verwaltung schaffen. Alle Ausgaben für die Zivilverwaltung und die de Gaulle unterstehenden französischen Mannschaften und Offiziere bestritt die britische Regierung. Dieses Abkommen machte die Bewegung de Gaulles von den Interessen und Zielen der herrschenden Kreise Englands abhängig.

Im eigenen Interesse und im Namen de Gaulles versuchte die britische Regierung am 3. Juli 1940, sich des französischen Geschwaders in Oran und ein paar Tage später auch in Alexandria zu bemächtigen. Ein Teil der französischen Schiffe kapitulierte, die anderen wurden beschossen und zum Teil versenkt. Im September 1940 wollten die englische Regierung und das de-Gaulle-Komitee

¹ Siehe L. Rougier, *Les Accords secrets Franco-Britanniques de l'automne 1940* (Die geheimen französisch-britischen Vereinbarungen im Herbst 1940), Paris 1954, S. 30 £.

Dakar, den wichtigsten Flottenstützpunkt Frankreichs, und die dort liegenden Kriegsschiffe erobern. Dieser Versuch misslang. Dennoch schloss sich mit der Zeit ein bedeutender Teil der französischen Kolonien der de-Gaulle-Bewegung an.

Das von Kapitulanten und Verrätern betrogene französische Volk kämpfte für die wahre nationale Unabhängigkeit Frankreichs. An der Spitze der Widerstandsbewegung stand die Kommunistische Partei Frankreichs.

Am 10. Juli 1940 gab das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs ein von Maurice Thorez und Jacques Duclos unterzeichnetes Manifest heraus. «Frankreich», hiess es in dem Manifest, «erlebt die Niederlage, die Besatzung, die Demütigung. Das noch aus vielen Wunden blutende Frankreich will frei und unabhängig leben. Nie wird ein so grosses Volk wie das unsere ein Volk von Sklaven sein. Frankreich wird keineswegs zu einer Kolonie werden. Bei seiner ruhmreichen Vergangenheit wird Frankreich nicht vor einer Rotte von Lakaien auf die Knie fallen, die zu allem fähig sind. Weder die geschlagenen Generale noch die Geschäftemacher noch die anrühigen Politiker können Frankreich seinen Glanz wiedergeben. Die grosse Hoffnung auf die nationale und soziale Befreiung liegt beim Volk. Und die feurige und hochherzige Arbeiterklasse, die voller Vertrauen und voller Mut ist, bildet den Kern, um den sich die Front der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Wiedergeburt Frankreichs gruppieren kann.»¹

Das Manifest rief das französische Volk zum Kampf für seine Befreiung auf. Und das französische Volk verschloss sich diesem ergreifenden Aufruf nicht. Es nahm ihn auf als Stimme seines Gewissens und seiner Ehre, als kämpferisches Aktionsprogramm.

¹ M. Thorez, a. a. O., S. 150.

FÜNFTES KAPITEL

DER IMPERIALISTISCHE KAMPF NACH DER KAPITULATION FRANKREICHS

1

Die Kapitulation Frankreichs brachte England schwere Tage. Es stand Deutschland jetzt allein gegenüber und musste den Krieg mit eigener Kraft führen, ganz gegen die jahrhundertealte Tradition seiner herrschenden Kreise. Natürlich konnte England allein Deutschland nicht widerstehen. Die Taktik Churchills und seiner Regierung bestand unter diesen Bedingungen darin, Zeit zu gewinnen, um die Entwicklung des Geschehens ein wenig zu verzögern.

Die schwierige Lage Englands war die Folge der gesamten Politik, die seine herrschenden Kreise kurz vor dem Kriege und in den ersten Kriegsmonaten getrieben hatten. Der bekannte amerikanische Politiker Ickes charakterisierte diese Politik folgendermassen: «England gab sich immer noch der Täuschung hin, es werde ihm gelingen, Russland und Deutschland gegeneinander aufzustacheln und selbst ungeschoren durch den Krieg zu kommen. Es wurde das Opfer seiner Intrigen und verlor die Achtung und Sympathie der ganzen Welt.»¹ Die Führer des faschistischen Deutschlands hofften, England werde nach der französischen Niederlage kapitulieren oder bereit sein, sich mit Deutschland zu versöhnen. Grossbritannien machte aber kein derartiges Angebot. Daraufhin begann das deutsche Oberkommando, eine Landung auf den britischen Inseln zu erwägen. Der Plan für eine solche Invasion war schon früher erarbeitet worden und lief unter dem anspruchsvollen Namen «Operation Seelöwe». Ergänzt wurde dieses Vorhaben durch den gemeinsamen deutsch-spanischen Plan «Isabella-Felix» zur Einnahme Gibraltars.

Die militärische Situation war für Deutschland günstig. Nach Dünkirchen war England faktisch waffenlos, denn das Land besass nicht die nötigen Reserven, um das in Nordfrankreich zurückgelassene Kriegsmaterial ersetzen zu können, und die Produktion genügte noch nicht den militärischen Anforderungen. Der

¹ H. L. Ickes, *The Secret Diary* (Das Geheim tagebuch), Bd. II, New York 1954, S. 705.

einziges Vorteil Englands lag in seinen starken Seestreitkräften. Deutschland wollte seine unterlegene Flottenstärke durch den Einsatz starker Luftstreitkräfte und weittragender Küstenbatterien ausgleichen.

Nachdem die französische Nord- und Westküste besetzt worden war, besass Deutschland günstige strategische Positionen. Die gegen England eingesetzten deutschen Flugzeuge konnten in unmittelbarer Nähe von Flugplätzen und Fliegerhorsten an der Küste des Ärmelkanals starten. Die französischen Häfen wurden in Basen für deutsche U-Boote, Marineflugzeuge und Schnellboote verwandelt, die von dort aus die britische Flotte bekämpften. Selbst Churchill schätzte die Verteidigungsmöglichkeiten Englands nicht hoch ein. In einer geschlossenen Sitzung des Unterhauses am 23. April 1942 sagte er: «1940 hätte eine Invasionsarmee von etwa 150'000 Mann Elitetruppen eine tödliche Verheerung unter uns anrichten können.»¹ Die englische Regierung dachte bereits daran, dem Vorbild der polnischen Regierung zu folgen, sie verhandelte mit Kanada über eine Evakuierung im Falle der faschistischen Invasion. In England hätten sich auch Pétains gefunden. De Gaulle berichtet in seinen Memoiren: «Unterrichtete Leute aber flüsternten sich die Namen von Politikern, Bischöfen, Schriftstellern und Geschäftsleuten zu, die sich im Falle einer solchen Möglichkeit mit den Deutschen einigen würden, um eine von ihnen abhängige Verwaltung des Landes zu sichern.»²

Am 16. Juli 1940 erliess das OKW die von Hitler unterschriebene Weisung Nr. 16, in der es hiess: «Da England trotz seiner militärisch aussichtslosen Lage noch keine Anzeichen einer Verständigungsbereitschaft zu erkennen gibt, habe ich mich entschlossen, eine Landungsoperation gegen England vorzubereiten und, wenn nötig, durchzuführen. Zweck der Operation ist es, das englische Mutterland als Basis für die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland auszuscheiden und, wenn es erforderlich werden sollte, in vollem Umfange zu besetzen.»³ Nach dieser Richtlinie wurde mit der Bereitstellung von Übersetzmitteln begonnen. Bereits nach einem Monat waren an der Nordküste Europas 155 Transporter, 1'277 Lastkähne, 471 Schlepper und 1'161 Motorboote zusammengezogen.⁴ In der Weisung Nr. 17 vom 1. August wurde befohlen, sofort den Luftkrieg gegen England zu eröffnen und gleichzeitig die Operationen der Seestreitkräfte zu verstärken.

Während diese Vorbereitungen getroffen wurden, gingen die herrschenden

¹ «The Daily Telegraph» vom 28. Januar 1946.

² Ch. de Gaulle, a.a.O., S. 87.

³ Zitiert nach: K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 99.

⁴ Siehe ebenda, S. 100.

Kreise Deutschlands und das Oberkommando der Wehrmacht daran, die Hauptangriffsrichtung von Westen nach Osten zu verlagern.

Die Zerschlagung Frankreichs und seine Kapitulation hatten das kriegswirtschaftliche Potential Deutschlands bedeutend gesteigert. Nach den leichten Siegen glaubten die deutschen Führer, sie würden aus jedem beliebigen militärischen Unternehmen als Sieger hervorgehen. Der ursprünglich für einen späteren Zeitpunkt geplante Krieg gegen die Sowjetunion wurde jetzt das nächste Ziel der deutschen Führung, obwohl Hitler und seine Anhänger sehen mussten, dass die Sowjetunion über grosse und ständig wachsende Kräfte verfügte.

Die Existenz der Sowjetunion rettete England vor der faschistischen Invasion Hitlers. William Foster bemerkt dazu: «Es war lediglich die Angst Hitlers vor der Roten Armee, die Grossbritannien vor einem überwältigenden Angriff der Nazis bewahrte.»¹

2

In dieser Zeit löste die Sowjetregierung eine Reihe herangereifter internationaler Probleme, um die Verteidigungskraft der Sowjetunion zu erhöhen.

Trotz der Verträge mit der UdSSR über gegenseitige Hilfe, die zweifellos einen positiven Einfluss auf die internationale Situation ausübten, setzten die herrschenden Kreise Litauens, Lettlands und Estlands unter der Führung der profaschistischen Cliquen Smetonas, Ulmanis' und Paets' ihre antisowjetischen Intrigen fort.

Durch die Verträge mit der UdSSR über gegenseitige Hilfe waren die baltischen Länder verpflichtet, sich an keiner Koalition gegen die UdSSR zu beteiligen. Doch die herrschenden Kreise Estlands, Lettlands und Litauens verletzten ihre Verpflichtungen. Sie schlossen ein antisowjetisches Militärbündnis, die sogenannte «Baltische Entente».

Der Krieg zwischen der UdSSR und Finnland liess die baltischen Faschisten erneut auf einen sowjetisch-deutschen Krieg hoffen. Im Dezember 1939 und im März 1940 fanden zwischen den führenden Staatsmännern Estlands, Lettlands und Litauens zwei antisowjetische militärische Geheimkonferenzen statt. Gleichzeitig begannen sie die Off entüchtheit gegen die UdSSR aufzuwiegeln. Am 10. Februar 1940 hielt der lettische Präsident Ulmanis eine provokatorische Rundfunkansprache, in der er die Armee aufrief, bereit zu sein, um dem «schweren, entscheidenden Augenblick» gerüstet entgegenzusehen. Im März fand ein Kongress der Schaulisten Litauens – einer faschistischen Organisation – statt. Der litauische Präsident Smetona sprach auf diesem Kongress und rief dazu auf,

¹ W. Z. Foster, a. a. O., S. 35.

gegen die UdSSR Stellung zu nehmen. Seine Ausfälle gegen die Slawen liessen nicht mehr daran zweifeln, dass die Feinde der UdSSR bei ihren Intrigen von Hitler inspiriert und gelenkt wurden.

Die entsprechend dem Vertrag über gegenseitige Hilfe in Litauen stationierten sowjetischen Truppeneinheiten wurden wiederholt provoziert. Die litauische Regierung verhaftete ferner zahlreiche litauische Bürger und griff zu Repressalien gegenüber denjenigen, die Dienstleistungen für die sowjetischen Truppen verrichteten.

In den Tagen vom 14. bis 16. Juni 1940 überreichte die Sowjetregierung den Regierungen Litauens, Lettlands und Estlands Noten, in denen sie auf die festgestellten Fälle der gröblichen Verletzung der Verträge über die gegenseitige Hilfe hinwies und deshalb eine Reihe von Forderungen erhob; unter anderem verlangte sie, sowjetische Truppen in solcher Stärke in das Land hineinzulassen, wie es für die Erfüllung der Verträge über die gegenseitige Hilfe nötig war. Die sowjetischen Forderungen wurden angenommen, und vom 15. bis 17. Juni marschierten sowjetische Truppen in die baltischen Republiken ein.

Am 26. Juni 1940 wandte sich die Sowjetregierung wegen Bessarabiens und der Nördlichen Bukowina an die rumänische Regierung. Sie wies darauf hin, dass «die entstandene internationale Lage die möglichst schnelle Lösung der als Erbe der Vergangenheit übernommenen ungelösten Fragen erheischt»¹. Eines dieser ungelösten Probleme war das seit 1918 ungeklärte Schicksal Bessarabiens, das die herrschenden Kreise Rumäniens treubruchig an sich gerissen hatten. Die Rückgabe Bessarabiens hing «organisch zusammen mit der Frage der Abtretung jenes Teils der Bukowina an die Sowjetunion, dessen Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit sowohl durch die Gemeinsamkeit des historischen Schicksals als auch durch die gemeinsame Sprache und nationale Zusammensetzung mit der Sowjetukraine verbunden ist»². Ausserdem hatte sich die bukowinische Bevölkerung schon 1918 für die Wiedervereinigung mit der Sowjetukraine ausgesprochen, und nur die Einmischung der Entente verhinderte diese Vereinigung.

Die herrschenden Kreise Rumäniens baten Deutschland um Unterstützung, doch die «deutsche Regierung hatte», wie der rumänische Reaktionär Gafencu bemerkt, «keine Neigung, sich in den Streit zwischen Sowjets und Rumänen einzumischen»³. Die rumänische Regierung musste den berechtigten Forderungen

¹ Die Aussenpolitik der UdSSR. a. a. O.. S. 515.

² Ebenda.

³ G. Gafencu, Vorspiel zum Krieg im Osten, Zürich 1944, S. 389.

gen der UdSSR nachgeben. Am 28. Juni wurden Bessarabien und die Nördliche Bukowina von der Herrschaft der rumänischen Bojaren befreit und mit der UdSSR vereinigt.

Die Anwesenheit der sowjetischen Truppen in Estland, Lettland und Litauen zügelte die Tätigkeit der reaktionären, profaschistischen bürgerlichen Führer dieser Länder; sie gewährleistete eine völlig freie Willensäußerung der Völker. Der litauische und lettische Landtag und die estnische Staatsduma verkündeten die Wiedererrichtung der Sowjetmacht auf dem Gebiet ihrer Länder und ersuchten den Obersten Sowjet der UdSSR um die Aufnahme dieser Länder in die UdSSR. Auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR Anfang August 1940 wurde dieser Bitte entsprochen.

Die Regierungen der USA und Englands verhielten sich unverhohlen feindselig zu den Ereignissen im Osten. Sie überschütteten die UdSSR mit Verleumdungen und eigneten sich sofort die in den Häfen Grossbritanniens und der USA liegenden baltischen Schiffe an, um – wie sie vorgaben – die Interessen der baltischen Staaten zu wahren. Die Regierung der USA beschlagnahmte auch den Goldfonds Estlands, Lettlands und Litauens in Amerika.

In Wirklichkeit jedoch entwickelten sich die Ereignisse nach dem unbeugsamen Willen der Völker, entsprechend ihren nationalen und sozialen Interessen. Die Bedeutung der neuen Verteidigungsgrenze erkannte Churchill im Juli 1941 in einer Botschaft an die Sowjetregierung an, wenn er schrieb, dass die Massnahmen «die Deutschen zwangen, an einer vorgeschobenen westlichen Front aufzumarschieren und in den Kampf zu treten, wodurch ein Teil ihrer anfänglichen Kampfkraft absorbiert worden ist»¹. Das Vorgehen der Sowjetunion wirkte sich auch entscheidend auf das Schicksal Englands aus. Angesichts der sowjetischen Massnahmen zur Stärkung der Verteidigung entschloss sich Hitler, von der geplanten Landung in England abzusehen. Zu den Ereignissen jener Jahre bemerkte General Jodl 1943: «Die Landung in England, bis ins kleinste, aber mit improvisierten Übersetzmitteln vorbereitet, konnte nicht gewagt werden, solange die britische Luftwaffe nicht völlig niedergekämpft war... Aber das Wagnis, die deutsche Luftwaffe im Kampf über England völlig ausbluten zu lassen, konnte in Anbetracht des bevorstehenden Kampfes gegen Sowjetrußland niemand übernehmen.»² So war die Sowjetunion, gegen die Deutschland seinen Stoss plante, die entscheidende Kraft, die England vor der faschistischen Landung bewahrte.

¹ W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 3/2, 2. Aufl., Stuttgart 1954, S. 16.

² Zitiert nach: IMG Nürnberg, Bd. XXXVII, S. 639f.

Die UdSSR erwies sich erneut als konsequenter Kämpfer für den Frieden. Die britische Regierung verhielt sich zur Sowjetunion nach wie vor absolut feindselig. Alle fortschrittlichen Persönlichkeiten Englands verurteilten diese selbstmörderische, antinationale Politik aufs Schärfste.

Der bekannte englische Schriftsteller Bernard Shaw stellte daher fest: «Im Laufe der letzten zwanzig Jahre haben wir nichts getan, als Russland und seine Führer geschmäht und bössartig mit Schmutz beworfen. Die Führer, die wir uns selbst wählten, waren zumeist Kapitalisten, die sich nichts Besseres wünschten, als sich bei der Aufteilung Russlands unter die kapitalistischen Mächte an Deutschland anzuschliessen und die Sowjets auszurotten, wie sich damals Bismarck mit Thiers verband, um die Pariser Kommune zu zertreten. Die russische Regierung kann uns so lange nicht glauben, wie unsere Kabinette derartig zusammengesetzt sind. Und zu unserem Unglück ist unser Premierminister, der 1920 die Weissgardisten finanziert hat, unter den englischen Feinden Russlands die hervorragendste Figur.»¹

Die Landungsvorbereitungen sollten den Überfall auf die UdSSR tarnen. Das Seekriegstagebuch bezeichnet die Vorbereitung auf den Überfall als «das grösste Täuschungsunternehmen der Kriegsgeschichte»². Diesen Betrug förderte die amtliche amerikanische und englische Propaganda, die den Mythos von der «Schlacht um England» schuf. Ein besonders eifriger Verfechter dieses Mythos war Winston Churchill, der behauptete, die Deutschen seien nur deshalb nicht auf den britischen Inseln gelandet, weil die britische Air Force die deutschen Luftangriffe abgewehrt und dadurch die Invasion der deutschen Landstreitkräfte vereitelt habe. Derselbe Churchill aber schreibt durchaus richtig in seinen Memoiren: «Für Hitler bildete die Fortführung des Luftkrieges gegen Grossbritannien eine notwendige und bequeme Tarnung des gegen Russland zielenden Aufmarsches.»³

Dabei darf allerdings nicht ausser Acht gelassen werden, dass die deutschen Luftangriffe auch in England wirken sollten. Die faschistische Führung glaubte, die Volksmassen damit terrorisieren zu können und so den Abschluss eines Abkommens mit England zu erleichtern. Die deutschen Imperialisten wollten die britischen Monopolisten auf ihre Seite ziehen, indem sie ihnen eine Beteiligung am Feldzug gegen den Osten zu vorteilhaften Bedingungen anboten. Deshalb

¹ «Time and Tide» vom 29. Juni 1940.

² Zitiert nach: Nürnberger Prozess, a. a. O., S. 280.

³ W. S. Churchill, a.a.O., Bd. 3/1, Stuttgart 1951, S. 60 f.

Bedingungen anboten. Deshalb reiste Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess im Juli 1940 nach Madrid. Dort verhandelte er mit dem britischen Botschafter und dem älteren Bruder des englischen Königs, dem Herzog von Windsor, der die deutschen Vorschläge sofort nach London an seinen Bruder, den König, und an Premierminister Churchill mit der dringenden Empfehlung weiterleitete, die deutschen Vorschläge anzunehmen.¹ Doch das englische Volk widersetzte sich entschieden jeglichem Verhandeln und Paktieren mit Hitlerdeutschland und vereitelte das geplante Abkommen zwischen den herrschenden Kreisen Deutschlands und Englands.

Deutschland zog indessen weitere Übersetzmittel am Ärmelkanal zusammen. Die Landstreitkräfte wurden jedoch schon nach Polen geworfen und in einiger Entfernung von der sowjetischen Grenze untergebracht. Ende Juli war die ganze Heeresgruppe von Bock, der inzwischen zum Generalfeldmarschall befördert worden war, um Poznan konzentriert. «Im Gesamtverlauf der Geschehnisse war es aber der erste Schritt zu einem Aufmarsch gegen die Sowjetunion, der sich, über weite Zeiträume verteilt, möglichst unauffällig vollziehen sollte»², schreibt dazu Tippelskirch. Gleichzeitig stellte Deutschland neue Divisionen auf. In diese Zeit fällt auch der Beginn der konkreten Vorbereitung der Operationspläne für den Krieg gegen die Sowjetunion.

Am 9. August, am Vorabend des ersten deutschen Luftangriffs auf England, erließ Hitlers Oberkommando einen Befehl unter dem Namen «Aufbau Ost»³. In diesem Befehl wurden Massnahmen angeordnet, nach denen das unmittelbare Hinterland der Truppen und die rückwärtigen Gebiete auf den Krieg gegen die UdSSR vorbereitet werden sollte; darunter fielen Reparatur und Bau von Eisenbahnen, Strassen, Brücken, Truppenquartieren, Lazaretten, Flugplätzen, Lagern usw.

Vom 9. August 1940 bis zum 11. Mai 1941 flog die deutsche Luftwaffe Einsätze gegen englische Städte. London, Coventry und Birmingham wurden schwer getroffen; die Zivilbevölkerung erlitt schwere Opfer. Die barbarischen Angriffe der Faschisten weckten im englischen Volk Hass gegen die Aggressoren und den Wunsch, den Krieg bis zum Sieg fortzusetzen. Der Bombenterror konnte den Willen der einfachen englischen Menschen nicht brechen.

Das deutsche Oberkommando begnügte sich nicht mit den Luftangriffen, son-

¹ Siehe W. Root, *The secret History of the War* (Die Geheimgeschichte des Krieges), Bd. 1, New York 1945, S. 631.

² K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 199.

³ Siehe IMG Nürnberg, Bd. VII, S. 279.

dem blockierte England auch von der See her. Dazu wurden Unterseeboote und andere Kriegsschiffe eingesetzt. Zuerst operierten fünf Kreuzer, zu denen dann noch das «Westentäschchen-Schlachtschiff» «Admiral Scheer» und die Schlachtschiffe «Scharnhorst» und «Gneisenau» stiessen. Im Frühjahr 1941 setzt die deutsche Kriegsmarine den neuen schweren Kreuzer «Prinz Eugen» und Deutschlands grösstes Schlachtschiff, die «Bismarck», zusätzlich zur Störung der Handelsschiffahrt ein.

Die Einsätze deutscher Unterseeboote und anderer Flotteneinheiten schädigten die britische Schifffahrt schwer. Nach deutschen Angaben versenkten Unterseeboote vom Juni 1940 bis zum Juni 1941 englische Schiffe mit insgesamt 3 Millionen Bruttoregistertonnen; andere Kriegsschiffe sowie die Luftwaffe vernichteten in derselben Zeit Schiffe mit über einer Million Bruttoregistertonnen.

Doch auch England fügte seinem Gegner empfindliche Verluste zu. Die Schlachtschiffe «Scharnhorst» und «Gneisenau» konnten wegen der ständigen britischen Luftangriffe nicht aus dem französischen Hafen Brest auslaufen und wurden deshalb im Februar 1942 zurückgezogen. Am 24. Mai 1941 versenkte ein deutscher Flottenverband – das Schlachtschiff «Bismarck» und der schwere Kreuzer «Prinz Eugen» – das britische Schlachtschiff «Hood». Die «Bismarck» wurde jedoch von der britischen Flotte gestellt und 400 Seemeilen westlich von Brest versenkt. Die Vernichtung der «Bismarck» war ein schwerer Verlust für Deutschland.

Die herrschenden Kreise der USA reagierten zwiespältig auf die Schwierigkeiten, mit denen England kämpfen musste. Sie fürchteten eine englische Niederlage, weil sie die USA selbst bedroht hätte. Besonders besorgt war die amerikanische Regierung um das Schicksal der britischen Flotte. Seit Juli 1940 forderte Präsident Roosevelt immer wieder von Churchill, er solle die Flotte unter keinen Umständen dem Feind ausliefern. Gleichzeitig benutzten jedoch die amerikanischen Monopolherren die günstige Situation, um seit Langem gehegte umfassende Expansionspläne zu verwirklichen.

Die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten verstärkten ihre Positionen in der westlichen Hemisphäre. Über diese Politik schrieb der kubanische Soziologe Fernando Ortez, Kuba sei solange nicht wirklich unabhängig, wie es sich nicht von der Kolonialwirtschaft befreie.¹ In Havanna fand vom 22. bis 30. Juli 1940 eine Konferenz der amerikanischen Staaten statt, die eine neue Etappe in der Versklavung Lateinamerikas durch den USA-Imperialismus einleitete. Offi-

¹ Siehe F. Ortez, Cuban Counterpoint (Kubanischer Kontrapunkt), New York 1947, S. 65.

ziell standen auf der Tagesordnung der Konferenz die Fragen der Neutralität, der Verteidigung der westlichen Welt und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Doch hinter diesen Problemen verbarg sich der Machtanspruch des USA-Kapitals, das die Wirtschaft, die Streitkräfte und die Aussenpolitik der amerikanischen Staaten noch mehr als bisher beherrschen und den englischen Einfluss aus ihnen verdrängen wollte. Am 18. August 1940 wurde zwischen Kanada und den USA ein Abkommen geschlossen, das dem amerikanischen Imperialismus alle Hebel der kanadischen Verteidigung in die Hände gab.

Die USA nutzten den starken Waffenmangel aus, unter dem England nach Dünkirchen litt, um auf das Land einzuwirken. Sie boten ihm die nötigen Waffen an, stellten aber dabei eine Reihe schwer erfüllbarer, erniedrigender Forderungen. Sie verlangten die Auslieferung der neuesten technischen Verbesserungen und Forschungsarbeiten sowie der wichtigsten atlantischen Militärstützpunkte. Churchills Regierung nahm diese Bedingungen an. «Es ist schwer zu erkennen, eine wie schmachliche Kapitulation Winston Churchill vor den Vereinigten Staaten vollzog, während er voller Stolz den Daumen in die Luft streckte, um sich damit zu rühmen, dass Grossbritannien allein gegen Deutschland standhalten würde.»¹

Die USA zogen aus dem Abkommen mit England sehr schnell Nutzen. Sie erhielten von England kriegswichtige Rohstoffe und einige wertvolle Erfindungen². Der englische Physiker R. H. Fowler musste im Auftrag der britischen Regierung alle Unterlagen über die Arbeit englischer und französischer Wissenschaftler an der Atomwaffe in die USA bringen und den amerikanischen Behörden übergeben. Kurz darauf brachte der englische Physiker G. Thomson Berechnungen einer Uran-Atombombe sowie Berechnungen einer Reaktoranlage zur Erzeugung von Plutonium in die USA. Die USA erhielten auch das englische Projekt einer Werkanlage zur Erzeugung von Uran 235.

Die britischen Stützpunkte im Atlantik wurden für 99 Jahre an die USA verpachtet. Das Abkommen darüber unterzeichneten beide Seiten am 2. September 1940. Damit befanden sich die strategisch wichtigsten Marine- und Luftstützpunkte in den Händen der USA. Das Kräfteverhältnis zwischen den USA und England veränderte sich bedeutend zugunsten der USA.

Die Vereinigten Staaten erhielten Stützpunkte auf Neufundland, auf den Ber-

¹ G. Marion, *Stützpunkte und Imperium*, Berlin 1951, S. 91.

² Siehe W. L. Langer and S. E. Gleason, *The undeclared War 1940-1941 (Der nicht erklärte Krieg 1940-1941)*, London 1953, S. 215.

mudas, den Bahama-Inseln, auf Jamaika, Santa Lucia, Trinidad, Antigua und an der Küste von Britisch-Guayana. Die führenden USA-Politiker waren von ihrem Erfolg überwältigt. Präsident Roosevelt erklärte in einer Botschaft an den Kongress: «Der Wert dieser Vorposten der Sicherheit für die westliche Halbkugel lässt sich gar nicht ermessen. Über ihre Notwendigkeit war man sich in unserem Lande längst klar. Eben deshalb nutzte ich die Gelegenheit, die sich für uns ergeben hatte, um sie zu erwerben.»¹

Das Abkommen enthielt auch die von den USA seit Langem immer wieder geforderte englische Verpflichtung über die Flotte: «Wenn sich im Laufe des gegenwärtigen Krieges, an dem England und das Britische Empire beteiligt sind, herausstellt, dass ein weiteres Verweilen der englischen Kriegsschiffe in den Gewässern um das britische Inselreich herum nicht mehr möglich ist, wird die englische Flotte unter keinen Umständen dem Feind überlassen oder versenkt, sondern wird über den Ozean geschickt zur Verteidigung anderer Teile des Empire.»²

Nach dem Abkommen vom 2. September erhielt England für alle diese Zugeständnisse 50 Zerstörer und die mehr als zweideutige Verpflichtung der USA, die britischen Besitzungen auf der westlichen Halbkugel zu schützen. Die einflussreichsten amerikanischen Staatsmänner zeigten auch hier ihren wahren Charakter. Sie überliessen England 50 alte Zerstörer, die eigentlich verschrottet werden sollten. Noch heute sind die bürgerlichen Historiker in den USA erstaunt über die Geschicklichkeit, mit der dieser Tausch vorgenommen wurde. Matloff und Snell schreiben: «Die übertragenen Vollmachten nutzte der Präsident grossartig bei der Organisation des Tauschs von 50 alten amerikanischen Zerstörern gegen eine langfristige Pacht englischer Stützpunkte in der westlichen Hemisphäre.»³ Ausserdem lieferten die USA Waffen an England. Die für die überseeischen Monopolgesellschaften sehr vorteilhaften Lieferungen erreichten beträchtliche Ausmasse. Allein in der zweiten Hälfte des Jahres .1940 wurden England unter anderem 945'000 Gewehre und 84'000 Maschinengewehre verkauft.

England bezahlte alle diese Waffen bar; dadurch erschöpften sich seine Devisen- und Goldfonds, und seine Kapitalinvestitionen im Ausland gingen zurück.

¹ «The New York Times» vom 4. September 1940.

² Ebenda.

³ M. Matloff and E. Snell, *Strategie Planning for the Coalition Warfare 1941-1942* (Strategische Planung für die Koalitions-Kriegsführung 1941-1942), Washington 1953, S. 21.

Anfang 1941 waren die finanziellen Möglichkeiten Englands bereits äusserst beschränkt. Die amerikanischen Monopolgesellschaften wollten aber auch weiterhin die für sie so günstige Gelegenheit ausnutzen und ihre Waren ausser Konkurrenz auf dem englischen Markt absetzen. Ausserdem beunruhigte die USA die Stärkung Deutschlands nach der Niederlage Frankreichs, und sie waren daran interessiert, dass sich England und die anderen Staaten der faschistischen Aggression entgegenstellten. Deshalb arbeitete die amerikanische Regierung den Entwurf eines Gesetzes aus, nach dem jedem Land, dessen Verteidigung von lebenswichtiger Bedeutung für die Verteidigung der USA war, Waffen leihweise oder in Pacht überlassen werden konnten – das Lend-Lease-System. Das Gesetz wurde vom Kongress gebilligt und am 11. März 1941 vom Präsidenten unterzeichnet. Der Kongress bewilligte für diese Zwecke 7 Milliarden Dollar.

So hatte sich an der Wende 1940/41 der anglo-amerikanische Block endgültig gebildet. Er beruhte auf tiefsten inneren Widersprüchen. England und die USA vereinte die gemeinsame Gefahr, die ihnen von Deutschland und Japan drohte, und das gemeinsame Streben, die deutsche und japanische Konkurrenz auf den Weltmärkten auszuschalten. Die USA planten aber mehr, sie wollten die Märkte und Einflussphären nicht nur auf Kosten Deutschlands, sondern auch auf Kosten Englands neu aufteilen. Die bekannte amerikanische Journalistin Dorothy Thompson äusserte offen den Wunsch, die ganze angelsächsische Welt unter amerikanischer Führung vereinigt zu sehen.¹

Entschwunden war die englische Vormachtstellung, und das war eine gesetzmässige Folge der Politik von München. Aus dem Niedergang Englands zogen die Vereinigten Staaten den grössten Gewinn. Sie übernahmen die Führung im anglo-amerikanischen Block. England fiel die wenig beneidenswerte Rolle des Juniorpartners zu.

4

Der Krieg in Europa beschwor auch im Stillen Ozean eine kritische Lage herauf. Wie im ersten Weltkrieg wollten die japanischen Imperialisten die entstandene Lage ausnutzen, um ihre weitreichenden Eroberungspläne so schnell wie möglich zu realisieren. Die japanische Zeitung «Hosi» vertrat die Ansichten der herrschenden Kreise mit folgenden Worten: «Die Kriegswirren in Europa sind für Japan nichts anderes als eine göttliche Hilfe. Man hüte sich jedoch vor dem Glauben, dieser göttliche Wind müsse ewig blasen. Japans Verhalten kann die-

¹ Siehe «The New York Herald Tribune» vom 11. Januar 1941.

sen Wind verstärken, aber auch gänzlich zum Verstummen bringen.» Sechs Tage später erklärte dasselbe Blatt: «Dieser Krieg ist der Schlüssel, mit dem das von uns begonnene Gebäude der neuen Ordnung in Ostasien einmal geöffnet wird. In eben diesem Sinne müssen wir darum beten, dass der Krieg zu einem sehr langen Krieg wird.»¹

Die Niederlage und Kapitulation Hollands und Frankreichs liessen das weitere Schicksal der ausgedehnten Besitzungen beider Staaten im Stillen Ozean, vor allem in Indonesien und Indochina, offen.

Indochina lockte die Imperialisten wegen seiner Rohstoffe und Bodenschätze – Kautschuk, Kohle, Eisen, Zink, Zinn, Gold, Silber und andere. Doch Japan interessierte damals besonders die strategische Lage Indochinas. Seine weit nach Süden vorgeschobenen Häfen konnten für Japan wichtige Stützpunkte im Kampf um Indonesien, Burma und Malaya sein.

Am 23. September 1940 schloss Japan mit der Vichyregierung ein Abkommen, nach dem japanische Truppen nach Indochina geschickt werden konnten. An diesem Abkommen hatte Hitlerdeutschland mitgewirkt, das seine Beziehungen zum japanischen Verbündeten verbessern wollte. Die Bevölkerung Indochinas, die unter den französischen Plantagenbesitzern ein Sklavendasein geführt hatte, wurde jetzt in eine neue, nicht weniger harte Sklaverei verkauft.

Besonders zog Japan auch Indonesien mit seinem Kautschuk und Erdöl, seinen Buntmetallen und seiner Kohle an. Indonesien war die wichtigste strategische Position im Kampf um die Seewege in diesem Teil der Welt. Wenn Japan Indonesien besetzte, verloren England und Frankreich ihre wichtigsten Positionen. Singapur hätte seine überragende Bedeutung eingebüsst, und die britischen Besitzungen östlich Singapur wären bedroht gewesen. Japan hätte sich an den Zugängen nach Burma und Indien festgesetzt und die Philippinen eingeschlossen. Damit wären auch Australien und Neuseeland bedroht worden. Deshalb trafen die japanischen Vorstösse auf Indonesien auf den entschiedenen Widerstand der britischen und der amerikanischen Regierung. Im Stillen Ozean war eine äusserst kritische Situation entstanden.

Zwischen Japan und dem anglo-amerikanischen Block drohte ein Krieg auszubrechen.

Doch die Hauptkäfte des japanischen Imperialismus waren gegen die UdSSR gerichtet. Japan brauchte Zeit, um nach den neuen Plänen seine Kräfte umzugruppieren und die Aggression gegen die USA und England vorbereiten zu kön-

¹ «Hozzi» vom 23. und 29. Dezember 1940.

nen. Wie in Europa war die Sowjetunion auch im Fernen Osten das Hauptthema für die Aggressoren.

Die japanische Aggression wurde noch erschwert, weil ein grosser Teil der japanischen Truppen in China gebunden war. Deshalb trafen die herrschenden Kreise Japans eilig Massnahmen, um diesen Krieg möglichst schnell zu beenden. Sie schufen in den besetzten Gebieten Chinas eine Marionettenregierung, die der Verräter des chinesischen Volkes Wang Djing-wei leitete. Diese Schattenregierung sollte ein Anziehungspunkt für bestimmte Kreise der chinesischen Gutsbesitzer und Kapitalisten sein, die sich vor den Schwierigkeiten des Krieges und besonders vor der Aktivität der Volksmassen fürchteten. Die Entschlossenheit der chinesischen Volksmassen, den Kampf gegen den japanischen Aggressor fortzusetzen, konnte auch durch die Regierung Wang Djing-wei nicht erschüttert werden. Japan versuchte auch, seine Verbündeten einzuspannen, um den Krieg in China schnell zu beenden. Die italienische und die deutsche Regierung unterstützten ein japanisches Friedensangebot an die Kuomintangregierung. Am 24. Oktober 1940 wurden die Botschafter der beiden Länder gemeinsam in Tschungking vorgestellt und verliehen dadurch der Demarche einen offiziellen Charakter.

Tschiang Kai-schek schwankte, und darüber war die USA-Regierung äusserst beunruhigt. Sie liess dem chinesischen Botschafter in Washington mitteilen, dass Verhandlungen zwischen Japan und China von den USA nicht gebilligt werden könnten. China könne nur dann neue Anleihen erhalten, wenn eine Garantie dafür gegeben sei, dass die japanischen Vorschläge abgelehnt würden. Unter dem Druck der USA und vor allem aber angesichts der Entschlossenheit des von den Kommunisten im Kampf gegen die japanischen Aggressoren geführten chinesischen Volkes musste die Tschiang-Kai-schek-Regierung die japanischen Vorschläge ablehnen.

Die herrschenden Kreise Japans dachten jedoch nicht daran, auf ein Vordringen in die südlichen Meere zu verzichten. Sie beschlossen, eine allgemeine wirtschaftliche Mobilisierung durchzuführen und die ganze Volkswirtschaft unter die Kontrolle der Regierung zu stellen, um den Verbrauch von Roh- und Hilfsstoffen einzuschränken und vor allem den Konsum der Bevölkerung noch stärker als bisher zu drosseln. Unter diesem Gesichtspunkt führte die japanische Regierung ein System von Massnahmen durch, das den grosssprecherischen Namen «Neue Wirtschaftsstruktur» trug.

Japans Kriegsvorbereitungen richteten sich nicht nur gegen die USA und gegen England, sondern auch gegen die Sowjetunion. Doch nach den bitteren Erfahrungen von Chassan und Chalchin-Gol beschloss Japan, zuerst Deutschland

die UdSSR angreifen zu lassen und sich bis dahin mit aller Kraft auf den Krieg vorzubereiten. Bereits 1940 arbeitete der japanische Generalstab einen Angriffsplan gegen die Sowjetunion aus.

Die aggressiven Handlungen Japans knüpften eng an ähnliche Handlungen Deutschlands und Japans an. Damit kamen sich die drei Aggressoren noch näher.

Am 27. September 1940 wurde in Berlin ein Pakt zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossen.

In der Präambel des Paktes heisst es, dass sich die drei Mächte entschlossen haben, «bei ihren Bestrebungen im grossasiatischen Raum und in den europäischen Gebieten Seite an Seite zu stehen und zusammenzuarbeiten, wobei es ihr vornehmstes Ziel ist, eine neue Ordnung der Dinge zu schaffen und aufrechtzuerhalten...»

Dann folgten die Artikel des Vertrages:

«Artikel 1. Japan anerkennt und respektiert die Führung Deutschlands und Italiens bei der Schaffung einer neuen Ordnung in Europa;

Artikel 2. Deutschland und Italien anerkennen und respektieren die Führung Japans bei der Schaffung einer neuen Ordnung im ostasiatischen Grossraum.

Artikel 3. Deutschland, Italien und Japan kommen überein, auf der vorstehend angegebenen Grundlage zusammenzuarbeiten. Sie übernehmen ferner die Verpflichtung, sich mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln gegenseitig zu unterstützen, falls einer der drei vertragschliessenden Teile von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist...

Artikel 5. Deutschland, Italien und Japan erklären, dass die vorstehenden Abmachungen in keiner Weise den politischen Status berühren, der gegenwärtig zwischen jedem der drei vertragschliessenden Teile und Sowjetrußland besteht.»¹

Der Berliner Pakt erneuerte ein früheres Abkommen der drei Aggressoren, ihren «Antikomintern-Pakt». Jetzt aber glaubten die Vertragspartner die Maske fallen lassen zu können. Sie machten nun kein Hehl mehr daraus, dass sie die Welt erobern und neu aufteilen wollten. Deutschland und Italien erhoben vor allem Anspruch auf die Eroberung Europas, Japan verlangte die Unterwerfung Asiens. Sie sprachen jetzt ohne Scheu von ihrem Streben nach einer «Neuordnung», unter der sie die koloniale Versklavung und Unterjochung aller Völker der eroberten Länder verstanden.

¹ Zitiert nach: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1940, a. a. O., S. 203f.

Der Berliner Pakt wandte sich vor allem gegen die UdSSR. Der Artikel 5 des Pakts täuschte nicht über den tatsächlichen Inhalt hinweg. Der damalige Premierminister Japans, Prinz Konoye, schreibt in seinen nach dem zweiten Weltkrieg herausgegebenen Memoiren, der Berliner Pakt sei der «Plan zur Umwandlung des damals geltenden dreiseitigen Antikomintern-Pakts in ein Militärbündnis gewesen, das sich in der Hauptsache gegen die Sowjetunion richtete»¹.

In Erfüllung der wechselseitigen Verpflichtungen, die sich aus dem Berliner Pakt ergaben, verhandelten Deutschland, Italien und Japan über die weiteren Kriegspläne. Während der Verhandlungen kündigte Ribbentrop im Februar 1941 den japanischen Vertretern den geplanten Angriff Deutschlands auf die UdSSR an, der nach seinen Worten «zu einem gigantischen Sieg der Deutschen» führen und «das Ende des Sowjetregimes bedeuten»² müsste.

Doch der Berliner Pakt richtete sich nicht nur gegen die UdSSR; noch direkter als der «Antikomintern-Pakt» zielte er gegen die USA und England. Er zerstückelte wiederum die Pläne der herrschenden Kreise dieser Länder, die Hoffnungen der Epigonen von München. Deshalb rief der Berliner Pakt bei den Politikern der USA und Englands Besorgnis hervor. Roosevelt erklärte in einer Rundfunkansprache: «Amerika hat sich niemals in einer solchen Gefahr wie jetzt befunden. Der am 27. September in Berlin unterzeichnete Pakt der drei Staaten bedroht die USA.»³ Der USA-Unterstaatssekretär Wallace vom Außenministerium sagte: «In den anderthalb Jahrhunderten seiner Existenz hat das amerikanische Volk noch nie vor einer solchen Gefahr gestanden wie jetzt.»⁴ In Anbetracht dieser Lage beschlossen die Politiker der USA, sich noch mehr England zu nähern. Der USA-Marineminister Knox sagte, dass bei einer Kapitulation Englands vor Deutschland die Vereinigten Staaten von Amerika selbst vom Untergang bedroht wären.⁵

Doch der amerikanische Imperialismus blieb sich auch jetzt noch treu. Die Englandhilfe unterwarf den englischen Partner immer mehr.

In den ersten Oktobertagen 1940 wurde nach Verhandlungen zwischen dem USA-Außenminister Hull, dem englischen Botschafter in den USA, Lothian, und dem australischen Gesandten Casey ein englisch-amerikanisches Abkommen über gemeinsame Operationen im Stillen Ozean unterzeichnet. Das Ab-

¹ Zitiert nach: «Prawda» vom 20. Februar 1948.

² Zitiert nach: ebenda.

³ «The New York Times» vom 30. Dezember 1940.

⁴ Ph. Graves, Bericht über den Krieg. In: «The Fourth Quarter», S. 245.

⁵ Siehe «The Times» vom 7. Oktober 1940.

kommen enthielt folgende Verpflichtungen der Vertragspartner: England räumte den USA das Recht ein, den Marinestützpunkt Singapur sowie die australischen und neuseeländischen Häfen uneingeschränkt zu benutzen. Die USA versprachen, den Transport englischer Truppen von Australien nach Burma und Malaya zu unterstützen und im Stillen Ozean starke Flottenverbände zusammenzuziehen. Über Burma sollte die Verbindung zu China hergestellt werden, um Munition liefern zu können.

England hatte noch im Juli 1940 mit Japan ein Abkommen über eine dreimonatige Einstellung des Güterverkehrs nach China durch Burma abgeschlossen, weil es glaubte, Japan damit für sich gewinnen zu können. Jetzt wurde der Durchgangsverkehr wiederaufgenommen.

Der Berliner Pakt konnte die Gegensätze zwischen den Partnern nicht beseitigen. Die deutsche Presse erklärte, Frankreich und Holland seien nicht deshalb erobert worden, damit Japan die Früchte des Sieges, die Kolonien dieser Staaten, ernten könne. Zur Festigung des deutsch-japanischen Bündnisses musste sich Deutschland vor der Unterzeichnung des Berliner Pakts bereit erklären, Japan bei der Eroberung Indochinas zu helfen. Doch Deutschland gab zu verstehen, dass damit die Frage nicht endgültig gelöst sei. Die deutschen Imperialisten forderten ferner die nach dem ersten Weltkrieg Japan zugesprochenen ehemaligen deutschen Kolonien im Stillen Ozean zurück. Die japanischen Imperialisten wiederum hätten sich im Falle eines Erfolges nicht mit der Eroberung Ostasiens begnügt.

Die tiefere Ursache der japanisch-deutschen Widersprüche lag in den verschiedenen Programmen, die beide Staaten aufgestellt hatten, um für sich die Welt Herrschaft zu erringen. Italien fühlte sich beleidigt, weil seine Frankreichpläne nicht verwirklicht worden waren. Doch der italienische Imperialismus hoffte, sich in Südosteuropa schadlos halten zu können.

5

Mit dem Eintritt Italiens in den Krieg gegen Frankreich und England begannen die Kampfhandlungen in Afrika und im ganzen Mittelmeerraum. Der italienische Imperialismus wollte die Kolonien seiner Gegner an sich reißen und damit ein grosses Kolonialreich schaffen. Die militärische Schwäche Englands und Frankreichs schien Italien vollen Erfolg zu versprechen.

Italienische Truppen eroberten Britisch-Somaliland und stiessen nach Kenia vor. Sie drangen auch in den Sudan ein, wo sie die wichtigen Punkte Kassala

und Garbat besetzten und damit die Hauptstadt Khartum bedrohten. Im September 1940 griffen italienische Truppen in Nordafrika an. Die Truppen Marschall Grazianis überschritten die libysch-ägyptische Grenze und rückten bis zur ägyptischen Stadt Sidi-Barrani vor. Dort kam der Vormarsch zum Stehen. Die italienische Armee war nicht darauf vorbereitet, in die sich vor ihr ausbreitende Libysche Hochebene einzudringen.

Während sich die italienischen Truppen in Afrika auf weitere Operationen vorbereiteten, stürzte sich die italienische Regierung in ein neues Kriegsabenteuer, um Deutschland bei der Eroberung Südosteuropas zuvorkommen. Als Mussolini im Sommer 1940 von Hitler nicht die Erlaubnis erhielt, seine räuberischen Forderungen gegenüber Frankreich zu verwirklichen, beschlossen die italienischen Imperialisten, auf dem Balkan einen Krieg auf eigene Faust zu führen.

Am 28. Oktober 1940, 02.00 Uhr, erschien der italienische Gesandte in Athen beim griechischen Aussenminister und übergab ihm ein Ultimatum, in dem es hiess, dass die italienische Regierung, um einen bewaffneten Konflikt zu vermeiden, beschlossen habe, «von der griechischen Regierung als Garantie der Neutralität Griechenlands und als Garantie der Sicherheit Italiens die Ermächtigung zu verlangen, mit der eigenen Wehrmacht für die Dauer des derzeitigen Konflikts mit Grossbritannien einige strategische Punkte auf griechischem Gebiet zu besetzen»¹. Die Antwort sollte innerhalb von drei Stunden erfolgen. Dies war jedoch nur eine Formsache, denn tatsächlich überschritten bereits italienische Truppen die Grenze zwischen dem von Italien besetzten Albanien und Griechenland. Guderian schreibt: «Nur einer freute sich über diese Ausweitung des Krieges: Mussolini! Es war ein Krieg, den er sich gegen Hitlers Willen ertrug.»²

Als Italien gegen Griechenland losschlug, rechnete es damit, dass die faschistische Regierung des griechischen Premierministers Metaxas keinen Widerstand leisten würde. Tatsächlich unternahm die Regierung nichts, um sich den Eindringlingen zu widersetzen. Darüber berichteten später griechische Generale. So sagte zum Beispiel General Kazimotas: «Die Regierung Metaxas hatte es nicht für nötig befunden, die Grenzen zu sichern. Ich erhielt Befehl, bis zum Aratos (in Thessalien) zurückzuweichen. Hätten wir den Befehl ausgeführt, wäre der Krieg verloren gewesen. Doch der Wille der Frontsoldaten gewann die Oberhand.»³

¹ Zitiert nach: Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1940, a. a. O., S. 361.

² H. Guderian, a. a. O., S. 130.

³ Zitiert nach: D. Chevrier und A. Marin, Демократия или фашизм в Греции (Demokratie oder Faschismus in Griechenland), Moskau 1947, S. 34.

Die Kommunistische Partei Griechenlands, deren Führer eingekerkert waren, richtete einen glühenden Aufruf an das Volk, den italienischen Aggressoren Widerstand zu leisten. In dem Aufruf der Kommunistischen Partei heisst es: «Der Faschismus Mussolinis hat in schändlicher Weise, wortbrüchig, aus dem Hinterhalt Griechenland überfallen, um seinen Widerstand zu brechen und es zu versklaven. Jetzt kämpfen wir Griechen für die Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit unseres Volkes. Es wird ein schwerer und harter Kampf werden, doch ein Volk, das leben will, muss kämpfen, ohne Gefahr und Opfer zu scheuen.»¹ Gewaltige Demonstrationen zwangen die Regierung, dem in dem Appell der Kommunisten zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes Rechnung zu tragen. Die griechische Armee nahm den Kampf gegen die italienischen Faschisten auf. Tapfer kämpfend vertrieb sie die Eindringlinge aus der Heimat und trug den Kampf auf albanisches Gebiet, von dem aus Italien den Angriff eröffnet hatte. Die albanischen Patrioten leisteten den griechischen Truppen ausserordentlich wertvolle Hilfe. So befreiten sie die wichtigsten strategischen Punkte Albaniens von den Italienern, wie die Städte Gjirokastër, Korça sowie den Hafen Sarandë an der Adria.

Die herrschenden Kreise Englands nahmen die Nachricht vom italienischen Überfall auf Griechenland mit Genugtuung auf, denn sie dachten, den Kampf des griechischen Volkes für ihre Zwecke ausnutzen zu können. Die Stimmung der leitenden britischen Staatsmänner widerspiegelte die Zeitung der Labour Party, die schrieb, dass der erzwungene Kriegseintritt Griechenlands England günstige Möglichkeiten biete, weil er ihm, wenn es nur schnell genug handle, ein Aufmarschgebiet zur Verfügung stelle, von dem aus englische Truppen Italien angreifen könnten.²

Diese Lage nutzte England jedoch nur teilweise aus. In der Nacht vom 11. zum 12. November 1940 griffen englische See- und Luftstreitkräfte die italienische Flotte in ihrem Hauptstützpunkt Taranto an. Dieser Angriff endete mit einer schweren Niederlage der italienischen Flotte, deren Matrosen und Offiziere nur unzureichend ausgebildet und vor allem nicht bereit waren, für die Interessen der italienischen Imperialisten zu kämpfen. Von sechs in Taranto liegenden italienischen Schlachtschiffen wurden drei völlig zerstört, zwei italienische Kreuzer wurden stark beschädigt. Dieser britische Erfolg veränderte das Verhältnis der Seestreitkräfte im Mittelmeer zugunsten Englands und gab diesem die Möglichkeit, in Afrika eine neue Offensive zu eröffnen.

¹ Zitiert nach: ebenda, S. 35.

² Siehe «The Daily Herald» vom 1. November 1940.

Doch die entscheidende Voraussetzung für einen englischen Angriff in Afrika waren die Aktionen der griechischen und albanischen Patrioten, die Italiens Plan kraftvoll durchkreuzten. Am 9. Dezember 1940 gingen – für die Italiener völlig überraschend – die englischen Truppen in Nordafrika zum Angriff über. Am 11. Dezember nahmen sie Sidi-Barrani, überschritten die libysche Grenze und hatten bald die ganze Cyrenaika einschliesslich des wichtigen Marinestützpunktes Bengasi besetzt. Etwas später entwickelte sich die englische Offensive gegen die italienischen Truppen in Abessinien, Eritrea, Italienisch-Somaliland, Britisch-Somaliland, im Sudan und in Kenia. Dort zogen sich die Angriffsoperationen über ein halbes Jahr hin; sie endeten mit dem Rückzug der italienischen Truppen aus dem ganzen Gebiet. Im Sommer 1941 verlor Italien alle seine Kolonien in Ostafrika, einschliesslich des erst kurz vor Kriegsausbruch unterjochten Abessiniens.

Am 20. Mai 1941 kapitulierten bei Amba Alagi die Reste der italienischen Truppen unter dem abessinischen «Vizekönig», dem Herzog von Aosta.

Während der ganzen Zeit, vom Oktober 1940 bis März 1941, leistete Deutschland dem verbündeten Italien bewusst keine Hilfe. Italien sollte für seine Widerspenstigkeit bestraft werden. Ausserdem wartete Deutschland ab, bis das geschwächte Italien um Hilfe bat, um ihm dann seine Bedingungen aufzuzwingen. Hinter allen Machenschaften verbarg sich die unersättliche Raubgier des deutschen Imperialismus, die sich jetzt auf Südosteuropa und die Länder des Nahen Ostens ausdehnte. Hitler rechnete damit, dass im geeigneten Augenblick seine Truppen durch Südosteuropa und die Türkei marschieren, sich das iranische und irakische Erdöl aneignen, Ägypten erreichen und den Suezkanal erobern würden, um dann bis nach Indien vorzudringen.

6

Südosteuropa nahm in den Eroberungsplänen der deutschen Imperialisten einen besonderen Platz ein, weil sie sich bereits zum Überfall auf die UdSSR entschlossen hatten. Hitlerdeutschland wollte aus Südosteuropa Rohstoffe, Lebensmittel und Menschenmaterial für den Feldzug gegen die Sowjetunion herausziehen und sich ausserdem die Möglichkeit schaffen, auch vom Südwesten aus anzugreifen. Die deutschen Truppen auf dem Balkan sollten also die rechte Flanke im Krieg gegen die Sowjetunion sichern.

Vom August 1940 an entwickelte Hitlers Diplomatie in ganz Südosteuropa eine fieberhafte Tätigkeit. Sie nutzte dabei vor allem die Gegensätze zwischen den

Balkanländern und die Wünsche ihrer Regierungen nach Gebietserwerb geschickt aus. So rechnete zum Beispiel die deutsche Regierung in ihrem Bestreben, Ungarn auf ihre Seite zu ziehen, mit der Unzufriedenheit der ungarischen Gutsbesitzer und Kapitalisten über den Frieden von Trianon, durch den Ungarn einige Gebiete verloren hatte. Italien und Deutschland traten in einer Konferenz in Wien als «Schiedsrichter» zwischen Ungarn und Rumänien auf. Der auf dieser Konferenz am 30. August 1940 unterzeichnete «Wiener Schiedsspruch» zwang Rumänien, an Ungarn einen bedeutenden Teil Siebenbürgens mit einer Bevölkerung von fast 2,5 Millionen abzutreten. Deutschland versprach der rumänischen Regierung einen «Ausgleich» durch die Überlassung sowjetischen Gebietes. Die deutsche Agentenzentrale in Rumänien sorgte dafür, dass die Staatsgewalt den eifrigsten Verfechtern des Krieges gegen die UdSSR unter der Führung von General Antonescu übertragen wurde, mit dessen Zustimmung am 7. Oktober 1940 deutsche Truppen in Rumänien eintrafen.

Nach dem ersten Weltkrieg hatte Bulgarien als deutscher Verbündeter einen Teil seines Landes verloren. Die südliche Dobrudscha war Rumänien übergeben worden – ein Akt, der absolut gegen die historische Gerechtigkeit verstieß. Die deutschen Imperialisten suchten auch daraus Kapital zu schlagen. Am 7. September 1940 erklärte sich Rumänien bereit, Bulgarien die südliche Dobrudscha zurückzugeben. Obwohl sich die Sowjetunion immer wieder gerade für diese Forderung eingesetzt hatte, schrieb die hitlerfreundliche Propaganda in Bulgarien die Lösung dieser Frage allein Deutschland zu.

In den für Bulgarien kritischen Tagen versuchte die Sowjetunion, die nationale Unabhängigkeit dieses slawischen Bruderlandes vor dem Zugriff des deutschen Imperialismus zu bewahren. Die Sowjetregierung warnte Deutschland vor eventuellen ernststen Folgen seiner Politik in Südosteuropa und lehnte den Vorschlag Deutschlands, sich über die Abgrenzung der Einflussphären in diesem Gebiet zu «einigen», entschieden ab.

Zweimal schlug die Sowjetunion der bulgarischen Regierung vor, einen Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Hilfe zu unterzeichnen.¹ Unter dem Druck Deutschlands lehnte die bulgarische Regierung diesen Vorschlag ab. Auch die diplomatischen Vertretungen der USA und Englands in Sofia empfahlen der bulgarischen Regierung, die sowjetischen Vorschläge abzulehnen. Am 18. November 1940 beteuerte der bulgarische König Boris bei einer Be-

¹ Siehe Geschichte Bulgariens in zwei Bänden, Bd. 2, Sofia 1955, S. 759.

gegnung mit Hitler dienstbeflissen: «Vergessen Sie nicht, dass Sie auf dem Balkan einen treuen Freund haben, lassen Sie ihn nicht im Stich.»¹

So wurde ein nationaler Verrat besiegelt. Die faschistischen Herrscher Bulgariens lieferten das bulgarische Volk den deutschen Okkupanten aus.

Genosse Dimitroff sagte, dass «einer der wichtigsten Gründe für alle nationalen Unglücke und Katastrophen, die unser Volk in den letzten Jahrzehnten betroffen haben, der grossbulgarische Chauvinismus, die grossbulgarische Ideologie und die Politik der Hegemonie auf dem Balkan und der Herrschaft über die Nachbarvölker ist. Auf diesem Boden hat der Faschismus bei uns jahrelang sein unheilvolles Spiel getrieben. Auf diesem Boden hat die deutsche Agentenzentrale unter .König Ferdinand und unter König Boris Bulgarien an die Deutschen verraten und in ein Werkzeug des deutschen Imperialismus gegen unsere Befreier und gegen unsere westlichen sowie südlichen Nachbarn verwandelt.»²

Nachdem Deutschland das Bündnis mit den profaschistischen Regierungen Südosteuropas vorbereitet hatte, brauchte dieser Schritt nur noch eine Vertragsform. Am 20. November 1940 schloss sich Ungarn dem Berliner Pakt an, dann folgten Rumänien am 23. November und die Slowakei am 24. November.

In Bulgarien dauerte der scharfe innere Kampf an. Die Volksmassen bekundeten ganz offen ihre Sympathie mit der Sowjetunion. Die Hitleragenten mit König Boris an der Spitze waren nicht sehr zahlreich, doch ihnen gehörte die Macht im Land. Die bulgarische Regierung selbst forderte aus Furcht vor dem Volke den möglichst schnellen Einmarsch deutscher Truppen.

Die ersten deutschen Einheiten trafen als Touristen in Bulgarien ein, um die Bevölkerung irrezuführen. Am 28. Februar 1941 besetzten sie die Flugplätze, Bahnhöfe und Grenzwachen und öffneten dadurch den deutschen Divisionen den Weg ins Land. Bereits am nächsten Tag trat Bulgarien dem Berliner Pakt bei.

Jetzt wandte sich das faschistische Deutschland Jugoslawien zu. Am 25. März 1941 schloss sich die jugoslawische Regierung ebenfalls dem Pakt der Aggressoren an. Dabei bestätigte Hitlers Aussenminister Ribbentrop in zwei Schreiben den Entschluss der deutschen Regierung, «die Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens jederzeit zu achten». Er versicherte ausserdem, «dass die Regierungen der Achsenmächte während des Krieges nicht die Forderung an

¹ Zitiert nach: Materialien des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher.

² G. Dimitroff, Reden, Aufsätze und Artikel, Bd. 3, Sofia 1947, S. 40.

Jugoslawien richten werden, den Durchmarsch von Truppen durch das jugoslawische Staatsgebiet zu verlangen»¹. Diese Erklärung war eine glatte Lüge, denn Deutschland schloss ja den Vertrag mit Jugoslawien gerade ab, um dem Land seine nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu nehmen und es zu seinem willfährigen Werkzeug zu machen.

Der Anschluss Jugoslawiens an den Aggressorenblock löste eine Welle der Empörung im Land aus. Die slawische Bevölkerung Jugoslawiens wusste aus eigener Erfahrung, was ein fremdländisches Joch bedeutet. Sie wollte keinerlei Paktieren mit dem deutschen Imperialismus, dem Erzfeind des Slawentums. In Jugoslawien wurde eine neue königliche Regierung gebildet, die den Vertrag über den Anschluss an den Berliner Pakt nicht ratifizierte, ihn aber auch nicht annullierte. Sie bat Deutschland, die nationale Selbständigkeit Jugoslawiens nicht anzutasten, und erklärte sich bereit, Deutschland in allen übrigen Fragen entgegenzukommen. In der jugoslawischen Note vom 2. April heisst es: «Jugoslawien hofft auch in diesem Augenblick immer noch, seine Neutralität bewahren zu können. Es ist zu allen Opfern bereit, nur nicht zur Aufgabe seiner Unabhängigkeit und staatlichen Integrität.»²

Doch für Deutschland, das die letzten Vorbereitungen zu dem für den 15. Mai 1941 angesetzten Überfall auf die UdSSR traf, war es wichtig, Jugoslawien seinem Diktat unterzuordnen. Allein schon der Gedanke, dass im Rücken des deutschen Heeres Länder bestehen könnten, deren Bevölkerung den Willen zeigte, sich nicht zu unterwerfen, war für Hitler untragbar. Aus diesem Grunde befahl er am Tag der Bildung der neuen jugoslawischen Regierung-am 27. März 1941 –, den Angriff auf die UdSSR zurückzustellen und gleichzeitig mit dem Überfall auf Griechenland Jugoslawien zu zerschlagen.

In einer Besprechung über die Lage in Jugoslawien stellte Hitler am 27. März 1941 fest, «dass Jugoslawien im Hinblick auf kommende Marita-Aktion und erst recht spätere Barbarossa-Unternehmung ein unsicherer Faktor war... Zeitpunkt für die Erkenntnis der wirklichen Lage im Lande und dessen Einstellung zu uns ist sowohl aus politischen wie aus militärischen Gründen gesehen für uns günstig ...*In diesem Zusammenhang muss der Beginn der Barbarossa-Unternehmung bis zu 4 Wochen verschoben werden.*»³ Hitler wollte die Streitkräfte Jugoslawiens liquidieren und Jugoslawien als Staat auslöschen.⁴

¹ Zitiert nach: IMG Nürnberg, Bd. III, S. 357.

² «The New York Times» vom 3. April 1941.

³ Zitiert nach: Nürnberger Prozess, a. a. O., S. 228f.

⁴ Siehe ebenda, S. 229.

Zu dieser Zeit war schon ein neues italienisch-deutsches Abkommen abgeschlossen worden. Italien hatte nach seinen schweren Niederlagen Deutschland um Hilfe gebeten. Deutschland erklärte sich bereit, Hilfe zu leisten, verlangte aber, dass deutsche Offiziere den Oberbefehl übernehmen und deutsche Truppen nach Italien verlegt werden sollten; Mussolini ging auf diese Bedingung ein. Damals war Deutschland bereits unmittelbar daran interessiert, die Lage in den Mittelmeerländern zu verändern, weil sie auch die eigenen Pläne gefährdete.

Das deutsche Oberkommando warf, die ihm von der Regierung Pétain zur Verfügung gestellten tunesischen Hoheitsgewässer ausnutzend, im März 1941 einige Divisionen unter General Rommel nach Libyen. Rommel übernahm in Nordafrika für den abgelösten Graziani faktisch auch den Oberbefehl über die italienischen Verbände. Am 31. März 1941 griffen seine Truppen an. Sie besetzten bald ganz Libyen, allerdings konnte die sich tapfer verteidigende Garnison von Tobruk diese Festung halten. Im Juni standen Rommels Truppen zwischen Sollum und Sidi-Barrani. Hier machten sie halt, denn jetzt überfiel Hitlerdeutschland die UdSSR.

Die Sowjetunion trat auch weiterhin für den Schutz der nationalen Unabhängigkeit der Völker Südosteuropas ein, die immer stärker unter die deutsch-faschistische Knute gerieten. Als deutsche Truppen in Bulgarien einrückten, erklärte die Sowjetregierung am 3. März 1941 der bulgarischen Regierung, dass sie «die Meinung der bulgarischen Regierung über die Richtigkeit des Standpunktes der letzteren in der betreffenden Frage nicht teilen» könne, «da dieser Standpunkt, unabhängig vom Wunsch der bulgarischen Regierung, nicht zur Festigung des Friedens, sondern zur Ausweitung der Sphäre des Krieges und zur Hereinziehung Bulgariens in diese Sphäre führt»¹. Die Sowjetregierung entlarvte damit die Verräterpolitik der herrschenden Clique in Bulgarien und bekundete zugleich die Sympathie des Sowjetvolkes für die Werktätigen Bulgariens, die unter das Joch der deutschen Aggressoren geraten waren.

Ungarn wurde von der UdSSR an die weit zurückreichende Geschichte des nationalen Befreiungskampfes des ungarischen Volkes gegen die deutschen Unterdrücker erinnert. Die Sowjetregierung übergab Ungarn feierlich die Fahnen der Revolution 1848/49, die in sowjetischen Museen aufbewahrt worden waren.

Die ungarische Zeitung «Magyarország» schrieb am 24. März 1941 in ihrem Leitartikel: «Die grosse Macht, die sich östlich von Ungarn befindet, hat beschlossen, die Banner des Befreiungskampfes der Ungarn zurückzugeben. Die

¹ Die Aussenpolitik der UdSSR, a. a. O., S. 545.

russische Regierung zollt damit im Namen des russischen Volkes der nationalen Tragödie des ungarischen Volkes Tribut. Die Rückgabe der Fahnen, die ein feierliches historisches Ereignis ist, erinnert die Ungarn an die Bedeutung des Befreiungskrieges.»

Als die Hitlertruppen das Schwert gegen das jugoslawische Volk zückten, bewies die Sowjetregierung ihre freundschaftliche Einstellung zu diesem slawischen Brudervolk. Am 5. April 1941, wenige Stunden vor dem wortbrüchigen Überfall Hitlerdeutschlands auf Jugoslawien, wurde in Moskau ein sowjetisch-jugoslawischer Freundschafts- und Nichtangriffspakt unterzeichnet.

In der Nacht zum 6. April flog die deutsche Luftwaffe einen barbarischen Bombenangriff auf die jugoslawische Hauptstadt. Für den Luftangriff auf Belgrad, dem Tausende von Menschen zum Opfer fielen, gab es keine militärischen Gründe. Es war ein Akt des Terrors gegen das jugoslawische Volk.

In Jugoslawien drangen 56 feindliche Divisionen – deutsche Truppen aus Österreich, Ungarn und Bulgarien sowie ungarische und italienische Divisionen – ein. Dennoch hätte sich das jugoslawische Volk noch lange halten können, wenn die Folgen der Politik der grossserbischen Bourgeoisie nicht so verhängnisvoll gewesen wären. Sie hatte nicht einmal die elementarsten Verteidigungsvorkehrungen getroffen; das Heer war nur mangelhaft ausgerüstet. Die fortschrittlichen demokratischen Elemente waren verfolgt worden. Die herrschenden Klassen hatten das Agrarproblem nicht gelöst und Verräter im Land geduldet. So musste Jugoslawien sehr schnell militärisch unterliegen. Ebenso wie die polnische Regierung verriet auch die jugoslawische Regierung das Land und floh nach Kairo, als das Volk und die Truppen noch kämpften.

Am 18. April hatten Hitlers Truppen das ganze Land besetzt. Damit begann für Jugoslawien die dunkle Zeit des Besatzungsregimes. Die Hitlerfaschisten gingen gegen die Völker Jugoslawiens äusserst brutal vor. Überall im Land machten sie Jagd auf jugoslawische Soldaten, Offiziere und junge Leute, die in Konzentrationslager verschleppt wurden. Zehntausende von Menschen gingen jedoch in die Berge und Wälder ihrer Heimat, um sich vor den Okkupanten zu verbergen, und schlossen sich allmählich dem Partisanenkampf an. Das jugoslawische Volk unterwarf sich nicht.

Nach der Besetzung Jugoslawiens teilte Hitlerdeutschland sofort die Beute auf. Der Norden des Landes – Slowenien – wurde dem deutschen Staatsgebiet einverleibt. Aus Kroatien bildeten die Faschisten ein gesondertes Königreich mit Zagreb als Hauptstadt, dessen König der italienische Faschist, der Herzog von

Spoletto, wurde. Spoleto aber hatte so grosse Furcht vor den jugoslawischen Partisanen, dass er es vorzog, in Italien zu bleiben. Wirkliches Oberhaupt Kroatiens wurde Ante Pavelic, der schon seit Langem den Hitlerfaschisten gedient und ihnen beim Einmarsch in Jugoslawien grosse Dienste geleistet hatte. Italien schloss mit Kroatien einen «Vertrag über Garantie und Zusammenarbeit» ab, der Kroatien ein wirkliches Kolonialregime aufzwang. Ausserdem erhielt Italien Montenegro und einen grossen Teil von Dalmatien. Den bulgarischen Faschisten wurde Südjugoslawien bis zur albanischen Grenze zugesprochen. Ungarn erhielt ein breites Gebiet im Donaubogen – die Wojwodina und die Batschka. Aus den übrigen Teilen Jugoslawiens wurde der «Staat» Serbien unter Hitlers Statthalter Nedic, einem Verräter am jugoslawischen Volk, gegründet.

Hitlerdeutschland wollte durch seine «Freigebigkeit» bei der Aufteilung Jugoslawiens vor allem zeigen, dass auch für die Knechte etwas von des Herrn Tisch abfällt. Es fürchtete aber auch, in einem langwierigen und schwierigen Kampf mit dem jugoslawischen Partisanen viel Kräfte zu verbrauchen, und zog es deshalb vor, diese Aufgabe den italienischen, ungarischen und bulgarischen Satelliten zu überlassen.

Gleichzeitig mit dem Überfall auf Jugoslawien griff Hitlerdeutschland am 6. April 1941 Griechenland an. Auch hier verrieten die herrschenden Kreise und ihre Generalität das Land. Die im Epirus eingesetzte Armee des Generals Tsolakoglu, der später an die Spitze der Marionettenregierung in Athen trat, kapitulierte ganz plötzlich, obgleich sie den Aggressoren noch lange hätte Widerstand leisten können. Die Kapitulation dieser Armee bahnte Hitler den Weg. Die in Griechenland stationierten britischen Truppen verliessen kampfflos das Land. Ende April war Griechenland in der Hand Hitlers.

Jetzt kontrollierten die deutschen Imperialisten den gesamten Südosten Europas. Die Hoffnungen, die sie daran geknüpft hatten, erfüllten sich jedoch nicht. Die Okkupanten stiessen auf den glühenden Hass der Bevölkerung, die den Kampf gegen die Eindringlinge aufnahm. Durch den Widerstand der Bevölkerung erhielten die Deutschen weitaus weniger Rohstoffe und Lebensmittel, als sie erwartet hatten. Hitlers Luftwaffe gewann zwar strategisch wichtige Stützpunkte in Südgriechenland, doch wegen der grossen Verluste der italienischen Flotte konnten die faschistischen Mächte nicht mehr die Herrschaft im östlichen Mittelmeer erringen.

Um seine Stützpunkte weiter nach Süden vorschieben zu können, beschloss Deutschland, Kreta zu besetzen. Mit dieser Operation sollte auch gezeigt werden, dass Wasser die faschistische Wehrmacht nicht aufhalten konnte. Die fa-

schistische Führung wollte die Engländer einschüchtern und das Übereinkommen zwischen den Verfechtern der Politik von München und den Hitlerfaschisten, auf das der deutsche Imperialismus immer noch hoffte, erleichtern.

Der Angriff auf Kreta begann am 20. Mai 1941. Über der Insel sprangen deutsche Fallschirmjäger ab, die einen Flugplatz freikämpften, auf dem später Flugzeuge und Lastensegler mit Truppen und Kriegsmaterial landeten. Danach liefen Transporter die Küste an. In zehn Tagen war Kreta völlig besetzt.

Die deutsche Regierung wollte ihr Stützpunktsystem im Mittelmeerraum noch mehr erweitern. In Syrien und im Libanon vertrat der faschistische General Dentz, der zu jeder Zusammenarbeit mit den Hitlerfaschisten bereit war, die Interessen der Pétainregierung. Im Irak arrangierten deutsche Agenten am 3. April 1941 einen Putsch; sie brachten ihren Vertreter Raschid Ali al-Gailani an die Macht, der sofort ein Aufmarschgebiet für die deutschen Streitkräfte vorzubereiten begann.

Die Bevölkerung unterstützte die faschistischen Agenten jedoch nicht. So konnten im Mai 1941 englische Truppen den Irak besetzen und die Putschisten zerschlagen. Am 8. Juni griffen britische Truppen und Truppen de Gaulles General Dentz in Syrien an, und bald hatten sie Syrien und den Libanon besetzt. Die deutschen Pläne, den Nahen Osten zu erobern, waren damit vereitelt.

Zwei Ursachen hatte diese Absichten zusammenbrechen lassen. Einmal hatten die grossen Verluste der italienischen Flotte die Position der faschistischen Mächte im Mittelmeer geschwächt, und zum anderen traten die Volksmassen des arabischen Ostens gegen die Aggressoren auf und unterstützten sie nicht. Das nutzten die englischen und französischen Imperialisten aus. Sie beseitigten wohl die deutschen Agenten und ihre Herrschaft, warfen dafür aber die Länder des Nahen Ostens unter ihr Joch.

Während des komischen Krieges trug der zweite Weltkrieg einen imperialistischen Charakter. Hitlerdeutschland eroberte fast den gesamten europäischen Kontinent, die UdSSR ausgenommen, und die europäischen Länder wurden nacheinander zur Beute der deutsch-faschistischen Aggressoren. In keinem dieser Länder machten die offiziellen Organe der Staatsgewalt auch nur den geringsten Versuch, sich den deutschen Armeen entgegenzustellen und sie zurückzuweisen. Deutschland schlug seine Gegner einzeln, und das deutsche Heer konnte eigentlich so gut wie ungehindert ganz Europa erobern.

Der tiefe Gegensatz, der in den europäischen Ländern zwischen den herrschenden Kreisen und den Volksmassen bestand, hatte diese Lage heraufbeschworen. Die Volksmassen forderten die Abwehr der Eindringlinge, traten für die nationale Unabhängigkeit ihrer Heimat ein und waren bestrebt, den Krieg in einen gerechten Befreiungskrieg zu verwandeln. Die bürgerlichen Regierungen aber fürchteten ihr eigenes Volk mehr als die deutschen Aggressoren. Sie wollten keinen gerechten Kampf gegen den Faschismus für die Freiheit und die Demokratie, sondern sie wollten einen Pakt mit dem Faschismus gegen diese grossen Ideale, gegen die Volksmassen. Dieser Pakt sollte die deutsche Aggression nach Osten, gegen die LMSSR, lenken. Die imperialistischen Regierungen Europas und der USA sahen in Hitlerdeutschland nicht den Feind, sondern den Klassenverbündeten gegen die UdSSR.

Der zweite Weltkrieg war eine neue Erscheinung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems.

Von der zweiten Hälfte des Jahres 1940 an änderte sich allmählich der Charakter des zweiten Weltkrieges. Die Patrioten in den besetzten Ländern Europas erhoben sich zum Kampf gegen die faschistischen Aggressoren. Die Volksmassen Englands und der USA wehrten immer entschlossener den Faschismus ab und übten einen ständig stärker werdenden Druck auf ihre Regierungen aus. Die herrschenden Kreise dieser Länder mussten ihre Politik ändern. Die Lage zwang sie zu der Erkenntnis, dass die faschistischen Aggressoren jetzt ihre Interessen und ihre Positionen in der Welt ernsthaft gefährdeten, dass ihnen der Verlust der nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Selbständigkeit drohte. Diese Gefahr verlangte einen entschlosseneren Kampf gegen die italienisch-japanisch-deutsche Koalition; dennoch verfolgten sie aber auch weiterhin ihre Eroberungsziele.

DRITTER TEIL

DIE AUSWEITUNG DER FASCHISTISCHEN AGGRESSION

DIE ERSTE PERIODE DES GROSSEN VATERLÄNDISCHEN KRIEGES

SECHSTES KAPITEL

DEUTSCHLAND UND DIE UDSSR AM VORABEND DES KRIEGES

1

Die deutschen Imperialisten hatten den Krieg um die Weltherrschaft seit Langem vorbereitet. Gestützt auf ihre eigenen Mittel und auf die von den Vereinigten Staaten so grosszügig zur Verfügung gestellten ausländischen Kapitalien, modernisierten sie ihre Industrie und steigerten die Produktionsmöglichkeiten erheblich. Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die Investitionen unter dem Hitlerregime entwickelten.

Die Investitionen in der Industrie Deutschlands
(in Millionen Mark)¹

Jahre	insgesamt	davon für die Produktion von Produktionsmitteln
1933	557	309
1934	1060	700
1935	1636	1221
1936	2159	1637
1937	2843	2208
1938	3691	2952
1939	4432	3596

Die Produktion der deutschen Maschinenfabriken erhöhte sich von 1933 bis 1938 auf nahezu das Vierfache. Noch stärker stieg die Erzeugung von strategisch besonders wichtigem Material. Die Aluminiumerzeugung zum Beispiel erhöhte sich von 19'000 t im Jahre 1932 auf 194'000 t im Jahre 1939² und übertraf damit die Gesamtaluminiumerzeugung aller kapitalistischen Länder Europas. Die amerikanischen Monopole halfen den deutschen Industriellen, die Produktion von synthetischem Benzin und künstlichem Kautschuk in grossem

¹ Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, Berlin 1954, S. 20.

² Siehe ebenda, S. 18.

Massstabe zu organisieren, wobei die Benzinerzeugung bereits im Jahre 1938 auf 1'150'000 t anstieg und später auf fast 6 Millionen t erhöht wurde. Zu Beginn des Weltkrieges besass Deutschland mit 1,6 Millionen Einheiten den grössten Park an Metallbearbeitungsmaschinen.¹

Schon lange vor dem Kriege hatten die deutschen Imperialisten ihre Betriebe auf die Rüstungsproduktion umgestellt und in grossem Massstabe die Erzeugung von Waffen und militärischen Geräten aufgenommen. Westdeutsche Wirtschaftler haben folgende Kennziffern für die deutsche Rüstungsproduktion in den Vorkriegsjahren errechnet.

Die Rüstungsproduktion Deutschlands (in Prozent gegenüber 1933)²

Jahre	Index
1933	100
1934	100
1935	200
1936	300
1937	450
1938	1000
1939	1250
1940	2200

Von 1933 bis 1940 vergrösserte sich also die deutsche Rüstungsproduktion auf das Zweiundzwanzigfache.

Neben der Erweiterung der Produktion schufen sich die deutschen Imperialisten erhebliche Materialbestände für die Rüstung. Bei einigen strategisch wichtigen Rohstoffen waren Ende 1939 Bestände vorhanden, die den Bedarf für Monate deckten. So besass die deutsche Rüstungsindustrie für zehn Monate Blei, für dreizehn bis achtzehn Monate Zinn, Antimon, Nickel, Molybdän, Chrom, Vanadium, Wolfram und Mangan und sogar für zweieinhalb Jahre Kobalt.³

Die deutschen Produktionskapazitäten, Arbeitskräftereserven, Lebensmittelvorräte, Bestände an Rohstoffen, Mineralien und Brennstoffen erhöhten sich

¹ Siehe ebenda, S. 20.

² Siehe ebenda, S. 23. Vom Verfasser umgerechnet auf Prozent des Jahres 1933.

³ Siehe ebenda, S. 18.

gewaltig, nachdem die Hitlerfaschisten eine Reihe kapitalistischer Länder Europas besetzt hatten. Deutschland eignete sich in diesen Ländern Objekte verschiedener Art im Werte von 9 Milliarden Pfund Sterling an¹, darunter 135'000 t Kupfer, für fünfzehn Monate Nickel². 88 deutsche Divisionen wurden mit französischen Kraftfahrzeugen ausgerüstet.³ Die folgende Tabelle gibt die Produktionsmöglichkeiten an, die Hitlerdeutschland zum Zeitpunkt des Überfalls auf die UdSSR besass.

**Angaben über das rüstungswirtschaftliche Potential
des faschistischen Deutschlands im Jahre 1941⁴**

Kennziffern	Masseinheiten	ohne Berücksichtigung der besetzten Länder	Zusammen mit den Hilfsquellen der Satellitenstaaten und der besetzten Länder
Bevölkerung	Millionen	69	290
Industriearbeiter	Millionen	10	28
Kohleförderung	Mio t	235	400
Erdölförderung	Mio t	0,7	7,5
Stahlerzeugung	Mio t	22	45

Der westdeutsche Fachmann für Fragen der Kriegswirtschaft, Hans Kehrl, schreibt: «Die kriegswirtschaftliche Lage veränderte sich in mehrfacher Hinsicht durch den Westfeldzug schlagartig. Vor allem erfuhr die Rohstoffsituation eine bedeutende Verbesserung. Holland, Belgien und vor allem Frankreich, aber auch Norwegen hatten in den ersten sieben Monaten des Krieges insbesondere in ihren Häfen über das normale Mass weit hinausgehende Vorräte an strategischen Rohstoffen, wie Metallen, Treibstoff, Gummi, Textilrohstoffen usw., angesammelt, die nun als Beute von der deutschen Wehrmacht übernommen werden konnten. Auch die Industrie war mit Rohstoffen gut versorgt und konnte bedeutende deutsche Aufträge ohne Zuführung neuer Rohstoffe übernehmen und abwickeln. Die Basis der Eisen- und Stahlproduktion wurde da-

¹ Siehe N. A. Wosnessenski, Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges, Berlin 1949, S. 106.

² Siehe B. Mueller-Hillebrand, Das Heer 1933-1945, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1956, S. 89.

⁵ Siehe ebenda, S. 105.

⁴ Zusammengestellt nach vorhandenen Angaben, Einzelheiten in: Die deutsche Industrie im Kriege, a. a. O.

durch, dass die Kohlengruben, Erzgruben und Stahlwerke Hollands, Belgiens, Frankreichs und Polens fast unversehrt in deutsche Hände fielen, entscheidend verbessert. Grosse Kapazitäten in allen Zweigen der Industrie, die ausreichend mit Facharbeitern versorgt waren, standen für eine Ausdehnung der Produktion zur Verfügung.»¹

Nach der Besetzung Frankreichs begann Hitlerdeutschland, Arbeiter aus den abhängigen und besetzten Ländern zu verschleppen, um sie in der Rüstungswirtschaft auszubehuten. 1942 arbeiteten in Deutschland über 10 Millionen Zwangsarbeiter, Ende 1944 bereits 13 Millionen.²

Damit war Hitlerdeutschland zum militärisch stärksten Land der kapitalistischen Welt geworden. 1940 stellte die deutsche Industrie bereits etwa 9'500 Flugzeuge, 1'800 Panzer, 4'000 Geschütze, 57'000 Maschinengewehre und 1'400'000 Gewehre her.³ Jetzt erzeugten die Werke in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Österreich, Belgien, Holland, Ungarn, Rumänien und in den anderen von den Faschisten unterjochten Ländern Waffen und Ausrüstung für Hitlers Truppen.

Die Vorbereitung der deutschen Streitkräfte für den Überfall auf die UdSSR begann unmittelbar nach der Kapitulation Frankreichs, als die ursprünglichen Pläne einer Invasion in England zurückgestellt worden waren. Truppen wurden umgruppiert und neue Divisionen aufgestellt. Am 6. September 1940 richtete Jodl ein Schreiben an die Abteilung Ausland/Abwehr, in dem es hiess: «Der Ostraum wird in den kommenden Wochen stärker belegt werden... Aus diesen Umgruppierungen darf in Russland nicht der Eindruck entstehen, dass wir eine Ostoffensive vorbereiten.»⁴

Am 18. Dezember 1940 bestätigte das Oberkommando der deutschen Wehrmacht die unter dem Decknamen «Fall Barbarossa» ausgearbeitete Weisung Nr. 21. In der Weisung hiess es: «Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England *Sowjetrussland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen.*»⁵ Der Grundgedanke des Feldzuges gegen die UdSSR wurde wie folgt umrissen: «Die im westlichen Russland stehende Masse des russischen *Heeres* soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkraftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden...

¹ Bilanz des zweiten Weltkrieges, Oldenburg-Hamburg 1953, S. 275.

² Siehe das Vorwort von P. A. Below zur sowjetischen Ausgabe des Werkes «Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945», Moskau 1946, S. 11.

³ Siehe P. A. Shilin, Die wichtigsten Operationen des Grossen Vaterländischen Krieges 1941-1945, Berlin 1958, S. 11.

⁴ Zitiert nach: Nürnberger Prozess, a. a. O., S. 269f.

⁵ Zitiert nach: ebenda, S. 273.

Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Russland aus der allgemeinen Linie WoIga-Archangelsk.»¹

Die deutschen Imperialisten wollten die Sowjetunion vernichten. In einer Beratung sagte Hitler zu seinen Befehlshabern: «Es genügt uns nicht, die russische Armee zu schlagen und Leningrad, Moskau und den Kaukasus zu erobern. Wir müssen dieses Land dem Erdboden gleichmachen und sein Volk vernichten.»²

Die Weisung Nr. 21 legte auch die Richtung der geplanten Operationen fest. Die Hauptstossrichtung verlief nördlich der Pripjatsümpfe. In diesem Raum wurden zwei Heeresgruppen gebildet, von denen die nördliche durch das Baltikum auf Leningrad vorstossen sollte, während die südliche durch Belorussland vorzudringen hatte, um dann nach Norden einzudrehen. Der Plan sah vor, zuerst Leningrad und Kronstadt einzunehmen und danach von Norden und Westen her auf Moskau vorzugehen. Der Vorstoss südlich der Pripjatsümpfe sollte aus dem Raum Lublin in der allgemeinen Richtung auf Kiew erfolgen, wobei sich die Offensive in südlicher Richtung entlang dem Dnepr entfalten sollte. Eine deutsch-rumänische Gruppierung am Südflügel hatte durch aktive Kampfhandlungen die rechte Flanke des deutschen Heeres zu sichern.

Das faschistische Oberkommando tat alles, um mit Beginn der Kampfhandlungen die Initiative zu ergreifen. Die Faschisten waren nach den leichten Siegen in Westeuropa von ihrem Erfolg überzeugt und nahmen an, ihr Plan gegen die UdSSR werde sich ebenso leicht durchführen lassen. Dabei wiesen sie der Sowjetarmee eine rein passive Rolle zu.

Die deutsche Führung bereitete sich allseitig und sorgfältig auf den Krieg gegen die Sowjetunion vor. Die deutschen Streitkräfte hatten praktische Kampferfahrungen in der modernen Kriegführung erworben und waren mit modernsten Waffen und Geräten ausgerüstet. Die Faschisten hatten versucht, in der UdSSR einen umfassenden Spionagedienst zu organisieren, waren dabei jedoch gescheitert. Es war ihnen nicht gelungen, auf sowjetischem Boden eine solche Agentenorganisation wie in den westlichen Ländern zu schaffen. Die Massnahmen der Sowjetregierung, insbesondere «die Schliessung der deutschen Konsulate im Jahre 1938 hatten der deutschen Spionagearbeit einen ernsten Schlag versetzt»³. Seit Ende 1940 jedoch führte die deutsche Luftwaffe in verstärkter Masse die Luftbilderkundung über sowjetischem

¹ Zitiert nach: ebenda, S. 273f.

² Zitiert nach: «Krasnaja Swesda» vom 11. Dezember 1945.

³ L. de Jong, *The German Fifth Column in World War II* (Die deutsche Fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg), Chicago 1956, S. 236.

Gebiet durch, die zwei Wochen vor dem Überfall auch auf die inneren Landesteile der UdSSR ausgedehnt wurde.¹

Als das faschistische Oberkommando den Überfall auf die Sowjetunion vorbereitete, legte es besonderes Gewicht darauf, zu Anfang machtvolle Schläge zu führen, um die Hauptkräfte der Sowjetarmee in den westlichen Landesteilen zu vernichten und der Hitlerarmee die strategische Initiative zu sichern. Die deutschen Imperialisten waren davon überzeugt, der gegen die Sowjetunion mit gewaltiger Stärke geführte Schlag werde es ermöglichen, die Sowjetarmee innerhalb kurzer Zeit zu zerschmettern und den sozialistischen Staat zu vernichten.

Zahlreiche Erklärungen faschistischer Führer lassen erkennen, wie fest diese davon überzeugt waren, dass ihre abenteuerlichen Pläne zu verwirklichen seien.

Am 5. Dezember 1940 erklärte Hitler in einer Konferenz der obersten Wehrmachtsführung: «Es sei zu erwarten, dass die russische Armee, wenn sie einmal angeschlagen sei, einem noch grösseren Zusammenbruch entgegengehe als Frankreich 1940.»²

In einer Unterredung mit Matsuoka am 27. März 1941 erklärte Hitlers Aussenminister Ribbentrop: «In Deutschland ist man davon überzeugt, dass der Krieg mit Russland mit der endgültigen Zerschlagung der russischen Armee und mit einem Zusammenbruch der Staatsordnung enden wird.»³ Die Faschisten rechneten damit, der Krieg werde vor Eintritt des Winters beendet sein.

Guderian gibt das in seinen Erinnerungen zu, wenn er schreibt: «Man rechnete im OKW und OKH so sicher mit dem Abschluss des Feldzuges bis zum Beginn des Winters, dass im Heere nur für jeden fünften Mann Winterbekleidung vorgesehen wurde.»⁴ Die deutschen Generale versuchten nach dem zweiten Weltkrieg, die Schuld für diese grobe Fehlkalkulation allein Hitler zuzuschreiben. Guderian jedoch macht auch die Generalität dafür verantwortlich. Er schreibt: «Die jetzt gelegentlich auftauchende Behauptung, nur Hitler sei an dem Fehlen der Winterbekleidung im Heere 1941 schuld, kann ich nicht gelten lassen.»⁵

Hitler vertrat nicht nur seine eigene Meinung, sondern auch die Meinung der deutschen Imperialisten und ihrer Generale, als er seiner nächsten Umgebung mit der ihm eigenen Anmassung erklärte: «Ich werde nicht einen solchen Fehler machen wie Na-

¹ Siehe ebenda.

² H. Greiner, Die oberste Wehrmachtsführung 1939-1943, Wiesbaden 1951, S. 326.

³ Zitiert nach: «Prawda» vom 20. Februar 1948.

⁴ H. Guderian, a. a. O., S. 137.

⁵ Ebenda, S. 144.

oleon; wenn ich auf Moskau marschiere, werde ich zeitig genug aufbrechen, um es noch vor dem Winter zu erreichen.»¹

Die deutsche Führung hatte, überzeugt von der Unfehlbarkeit ihrer Kriegspläne, rechtzeitig eine Anweisung darüber ausgearbeitet, wie der Kampf um die Weltherrschaft weitergeführt werden sollte, wenn die Sowjetunion erobert worden war. Diese unter der Bezeichnung «Vorbereitungen für die Zeit nach Barbarossa» ausgearbeitete Weisung Nr. 32 sah die Eroberung Gibraltars und «den Ansatz eines motorisierten Expeditionskorps aus Transkaukasien gegen den Irak»² vor. Die Weisung Nr. 32 enthielt auch schon einen Entschluss über die Invasion in England. Nach der Weisung hätten allein Witterungsverhältnisse diese Pläne verhindern können.

Bevor die faschistischen Truppen die UdSSR überfielen, waren sie auf 7'234'000 Soldaten und Offiziere verstärkt worden. Ausserdem stand eine ausgebildete Reserve bereit. Das faschistische Oberkommando rechnete damit, diese Stärke der Streitkräfte werde völlig ausreichen, und ging dabei davon aus, dass die deutschen Truppen im ganzen bisherigen Verlauf des Krieges insgesamt nur 93'736 Mann verloren hatten.³ Aus den vorhandenen militärischen Kontingenten wurden 224 Divisionen aufgestellt, von denen 153 Divisionen für den Überfall auf die Sowjetunion vorgesehen waren. In der ersten Staffel sollten 129 Divisionen aufmarschieren, die übrigen 24 Divisionen bildeten die Reserve des Oberkommandos des Heeres und der Oberbefehlshaber der Heeresgruppen. Weitere 37 Divisionen stellten die Satellitenstaaten Deutschlands, davon Finnland 17, Rumänien 18 und Ungarn zwei. Insgesamt wurden also für den Krieg gegen die Sowjetunion 190 Divisionen eingesetzt. Zur Unterstützung des Heeres durch die Luftwaffe waren etwa 5'000 Maschinen vorgesehen.

Hitlers Oberkommando bemühte sich vor allem, den überraschenden Überfall zu sichern. Die deutschen Zeitungen brachten nach wie vor Meldungen, in denen der Kampf gegen England im Mittelpunkt stand. In Norwegen und Nordfrankreich wurden deutsche Truppen umgruppiert, deren Bewegungen nach den Worten Feldmarschall Paulus' «die Absicht einer Landung in England im Juni vortäuschen und damit die Aufmerksamkeit von dem Osten ablenken»⁴ sollten. Deshalb unterrichtete

¹ Zitiert nach: W. Root, a. a. O., S. 520.

² Zitiert nach: K. Klee, Der Entwurf zur Führer-Weisung Nr. 32 vom 11. Juni 1941. In: «Wehrwissenschaftliche Rundschau», Heft 3, 1956, S. 135.

³ Siehe B. Mueller-Hillebrand, a. a. O., S. 253.

⁴ Zitiert nach: Nürnberger Prozess, a. a. O., S. 253.

die deutsche Führung ihre Grenztruppen auch nicht vorher vom Beginn der Kampfhandlungen gegen die Sowjetunion.

Die deutsche Presse bereitete jedoch die öffentliche Meinung nach und nach auf die bevorstehende Aktion vor. Sie versicherte, Deutschland wolle nichts als den Frieden, und veröffentlichte Lügenmeldungen über Kriegsvorbereitungen der UdSSR. Damit glaubte man auch die Sympathie und die Unterstützung der Westmächte gewinnen zu können. Die deutschen Eroberer wollten sich vor der öffentlichen Meinung als Verteidiger Europas gegen die «bolschewistische Invasion» aufspielen. Einige amerikanische, englische und japanische Zeitungen, die Deutschland in dieser Richtung unterstützten, veröffentlichten Lügenmeldungen über Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion.

Vor dem Überfall auf die Sowjetunion verstärkte die faschistische Propaganda ihre Arbeit im deutschen Heer. Dabei widmete sie der Frage, wie die deutschen Soldaten und Offiziere an dem bevorstehenden Krieg materiell interessiert werden könnten, besondere Aufmerksamkeit. Man malte den deutschen Soldaten und Offizieren in verlockenden Bildern aus, wie rasch und leicht sie reich werden würden.

Die später am Sowjetvolk begangenen Verbrechen waren von der militärischen Führung der deutschen Faschisten im Voraus geplant und wurden in entsprechenden Befehlen zu verbindlichen Handlungen erklärt. Am 13. Mai 1941 gab das Oberkommando der Wehrmacht den «Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘ und über besondere Massnahmen der Truppe» heraus. Dieser Erlass forderte, «schonungslos» gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen, alle Partisanen unbedingt zu vernichten und alle des Widerstandes gegen die Okkupanten verdächtigen Personen zu erschiessen. Es war kategorisch untersagt, «verdächtige Täter» in Haft zu halten oder vor Gericht zu stellen, statt sie sofort zu erschiessen. Der Erlass ordnete weiterhin «kollektive Gewaltmassnahmen» gegen die Bevölkerung an. Die deutschen Soldaten und Offiziere sowie ihr deutsches Hilfspersonal wurden jeder Verantwortung für ihre Vergehen gegenüber der Zivilbevölkerung enthoben, sogar dann, wenn es sich um offensichtliche Kriegsverbrechen handelte.¹ Die deutsche Regierung war sich bewusst, dass diese ganze Anweisung verbrecherisch war, und befahl daher später, alle vorhandenen Exemplare zu vernichten.

Den Soldaten des faschistischen Deutschlands wurde gestattet, die friedliche Bevölkerung der sowjetischen Dörfer und Städte auszuplündern, die Frauen zu vergewaltigen.

¹ Siehe ebenda, S. 483 ff.

gen und jeden, der ihnen begegnete, zu töten; Verbrechen aller Art wurden nicht verboten, sondern sogar in vielen Fällen von der Führung gefördert.

Diese Propagandawelle beeinflusste einen bedeutenden Teil der Heeresangehörigen. Die reiche Beute lockte die deutschen Soldaten. Sie waren davon überzeugt, der Krieg gegen die UdSSR werde ein leichter und angenehmer Spaziergang sein und ihnen unerschöpfliche Quellen erschliessen, um sich zu bereichern. Dabei dachten aber weder die führenden Faschisten noch die Monopole daran, ihre erwartete grosse Beute mit den Soldaten zu teilen.

Göring wurde mit der unmittelbaren Leitung der Plünderung der sowjetischen Wirtschaft beauftragt; er vertrat hier – wie in allen eroberten Gebieten – die Interessen des Monopolkapitals. Schon vor dem Überfall auf die UdSSR hatte Göring einen Plan dafür ausgearbeitet, der den Decknamen «Grüne Mappe» erhielt. Am 29. Juni 1941 gab ein Erlass Hitlers Göring unbegrenzte Vollmachten «zur höchstmöglichen Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte und Wirtschaftskapazitäten und zum Ausbau der Wirtschaftskräfte zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft»¹.

Die «Grüne Mappe» enthielt ein eingehendes Schema für den Aufbau des «Wirtschaftsstabes Ost». Das weitverzweigte Netz der Organe dieses Stabes wurde später mit Vertretern der grössten deutschen Monopole besetzt, die auch die «wirtschaftliche Leitung» der besetzten Gebiete übernahmen. Die «Grüne Mappe» sowie mehrere zusätzliche Anweisungen schrieben vor, keine Rücksicht auf die Lebensinteressen der Bevölkerung der UdSSR zu nehmen und nicht davor zurückzuschrecken, dass diese Bevölkerung dem Hungertod preisgegeben sein könnte. In einer Konferenz am 20. Juni 1941 sagte Rosenberg, einer der faschistischen Rädelsführer: «Wir sehen durchaus nicht die Verpflichtung ein, aus diesen Überschussgebieten das russische Volk mit zu ernähren. Wir wissen, dass das eine harte Notwendigkeit ist, die ausserhalb jeden Gefühls steht..., und dem Russentum werden sicher sehr schwere Jahre bevorstehen.»²

Es wurden rechtzeitig Sonderkommandos und «technische Mittel» für die Massenausrottung der Zivilbevölkerung geschaffen. Die Streitkräfte und die Behörden in den besetzten Gebieten sollten sich nach den entsprechenden Anweisungen Hitlers richten. Dieser aber lehrte: «Wir müssen entvölkern als Bestandteil unserer Aufgabe, die deutsche Bevölkerung zu erhalten. Wir werden eine Technik der Entvölkerung entwickeln müssen... Wenn ich die Blüte des deutschen Volkes in die Hölle des Krieges

¹ Zitiert nach: IMG Nürnberg, Bd. VIII, S. 53.

² Zitiert nach: ebenda, Bd. XXVI, S. 622.

ohne das geringste Mitleid für das Vergiessen kostbaren deutschen Blutes schicken kann, so habe ich gewiss das Recht, Millionen einer sich wie Ungeziefer vermehrenden niedrigeren Rasse zu vernichten.»¹

Auch die Frage der Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener wurde schon im Voraus gelöst. Beim Stab des Oberkommandos der Wehrmacht wurde unter Generalleutnant Reinecke eine besondere Abteilung Kriegsgefangene geschaffen. Auf einer Geheimkonferenz im März 1941 gab Reinecke Vorschriften über die Behandlung von Kriegsgefangenen bekannt, nach denen die Kriegsgefangenen unter freiem Himmel untergebracht werden und kaum Nahrung erhalten sollten, um in Massen vernichtet zu werden. Später erliess Generalfeldmarschall von Reichenau einen Befehl, in dem es hiess: «Das *Verpflegen von Landeseinwohnern und Kriegsgefangenen...* ist... missverständene Menschlichkeit.»²

Die Faschisten spekulierten in ihren Plänen darauf, nationalistische faschistische Banden ausnutzen zu können, die von der deutschen militärischen Führung rechtzeitig aus ukrainischen und baltischen nationalistischen Verrätern gebildet worden waren. Deutsche Spezialschulen bildeten zahlreiche aus diesen Kreisen kommende Spione und Diversanten aus. Die deutsche Regierung warb im gesamten besetzten Europa beschleunigt unter den weissrussischen Emigranten und setzte dann die angeworbenen Verräter gegen das Sowjetvolk ein.³

Für den Überfall auf die UdSSR zog Deutschland alle Satellitenstaaten heran. Lange vor dem Überfall begannen bereits die entsprechenden Verhandlungen. Rasch einigten sich die beiden führenden faschistischen Staaten. Mussolini und seine Umgebung unterstützten voll und ganz Hitlers Pläne gegen die Sowjetunion. Mit Ungarn bestand bereits seit dem Jahre 1938 volles Einvernehmen. Der faschistische Diktator Ungarns, Horthy, suchte wiederholt Hitler auf und einigte sich mit ihm über Ungarns Teilnahme an einem Krieg gegen die UdSSR. Im Dezember 1940 trafen sich in Berlin der ungarische Verteidigungsminister General Bartha und der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel. Beide einigten sich darüber, wieviel Truppen Ungarn zur Verfügung stellen werde und wie sein Staatsgebiet als Aufmarschraum für den Überfall auf die UdSSR benutzt werden solle. Ungarn sollte für seine Teilnahme Galizien und das Karpathenvorland bis zum Dnestr erhalten. Von

¹ Zitiert nach: ebenda, Bd. XIX, S. 557f.

² Zitiert nach: ebenda, Bd. XXXV, S. 85.

³ Siehe F. O. Miksche, *Les erreurs stratégiques de Hitler (Hitlers strategische Irrtümer)*, Paris 1945, S. 143.

diesem Zeitpunkt an hielten die Generalstäbe Deutschlands und Ungarns ständige Verbindung zueinander. Ende Mai 1941 beschloss die ungarische Regierung, am Überfall gegen die UdSSR teilzunehmen.

Im Dezember 1940 nahm ein Vertreter der finnischen Heeresleitung, General Heinrichs, an einer Geheimbesprechung des deutschen Generalstabs in Zossen teil. Er berichtete dort über die finnischen Erfahrungen im Winterkrieg 1939/40 gegen die UdSSR. Die Verhandlungen mit Heinrich wurden in der zweiten Maihälfte 1941 fortgesetzt und am 22. Mai mit einem Abkommen über die Koordinierung der militärischen Massnahmen abgeschlossen. Der Plan für einen von Finnland aus mit dessen Beteiligung durchzuführen den Überfall auf die UdSSR, der die Tarnbezeichnung «Blaufuchs» erhielt, ergänzte jetzt den «Barbarossaplan».

Finnland erhielt die Aufgabe, den Weissmeer-Ostsee-Kanal zu zerstören, um damit die sowjetischen Seestreitkräfte in der Ostsee abzuschneiden und den deutschen Schlägen auszuliefern. Nach dem Plan sollten finnische Truppen ausserdem auf Murmansk vorstossen, um die Sowjetunion von den Seewegen in der Barentsee abzuschneiden. Für die Teilnahme am Überfall auf die UdSSR erhielt Finnland Ostkarelien, mit Ausnahme der Halbinsel Kola, auf die deutsche Monopole Anspruch erhoben, sowie das Gebiet Leningrad versprochen. Die finnischen und deutschen Faschisten arbeiteten den verbrecherischen Plan aus, nach dem Leningrad zerstört werden sollte. In einem Dokument der deutschen Seekriegsleitung hiess es: «Der Führer ist entschlossen, die Stadt Petersburg vom Erdboden verschwinden zu lassen. Auch Finnland hat in gleicher Weise klar erklärt, dass es kein Interesse an dem Weiterbestehen der Stadt unmittelbar an seiner Grenze habe.»¹

Die Verhandlungen über die Teilnahme Rumäniens an dem Krieg gegen die UdSSR begannen im November 1940. Der faschistische Diktator Rumäniens, Ion Antonescu, wurde zu einer Konferenz nach Deutschland eingeladen. Nach dieser Konferenz traf eine besondere Militärmission unter General Hansen in Rumänien ein, um die rumänische Armee zu reorganisieren. Während der Begegnungen mit Hitler im Januar 1941 und im Mai 1941 «verabredeten wir uns endgültig zu einem gemeinsamen Überfall auf die Sowjetunion. Hitler eröffnete mir, dass er den Entschluss zu einem militärischen Angriff gegen die Sowjetunion gefasst hätte. Wenn die Vorbereitungen zum Angriff beendet sind, setzte Hitler fort, werden wir die Sowjetunion unerwartet vom Schwarzen bis zum Baltischen Meer angreifen... Da der Vorschlag Hitlers über den gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion meinen aggressiven Absichten ent-

¹ Zitiert nach: IMG Nürnberg, Bd. VII, S. 207.

sprach, erklärte ich meine Bereitschaft, an dem Angriff gegen die Sowjetunion teilzunehmen, und verpflichtete mich, die erforderliche Zahl rumänischer Truppen bereitzustellen sowie gleichzeitig die Öl- und landwirtschaftlichen Lieferungen für die deutsche Wehrmacht zu steigern»¹, sagte Antonescu als Zeuge in Nürnberg aus. Dafür versprach Hitler Antonescu Bessarabien, die Nordbukowina und andere sowjetische Gebiete bis zum Dnepr.

Hitlerdeutschland verhandelte auch mit der Regierung Pétain über einen Krieg gegen die UdSSR. Am 24. Oktober 1940 wurde diese Frage bei einem Treffen Hitlers mit Pétain in Montoire erörtert. Daraufhin wurde am 21. Mai 1941 Pétains Aussenminister Darlan nach Berchtesgaden eingeladen. Die Faschisten einigten sich mit ihm darüber, dass die Vichyregierung Deutschland im Krieg gegen die UdSSR mit «Freiwilligen», Rohstoffen, Produktionsmöglichkeiten und Arbeitskräften unterstützen werde.

Besondere Erwartungen setzten die deutschen Machthaber in ihren japanischen Bundesgenossen. Sie hofften, dass Japan zuerst die Kampfhandlungen gegen die UdSSR eröffnen würde. Damit hätten sie die grobe Verletzung der sich aus dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag ergebenden Verpflichtungen verschleiern und die Aufmerksamkeit und die Kräfte der Sowjetunion ablenken können. Die Faschisten wollten die Sowjetunion durch Japan und Japan durch die Sowjetunion schwächen, um dessen Weltherrschaftspläne zu vereiteln und es so abhängig zu machen, wie es ihnen bereits mit Italien gelungen war.

Doch die japanischen Führer wichen den Verhandlungen mit Deutschland aus. Erst im März 1941 traf der japanische Aussenminister Matsuoka in Berlin ein. Während der Verhandlungen erklärte Matsuoka wiederholt, Japan werde dem Bündnis mit Deutschland die Treue halten. Er versicherte, «dass Japan stets ein loyaler Verbündeter sein würde, der sich voll und ganz und nicht nur lauwarm für die gemeinsame Sache einsetzen würde»². Matsuoka lehnte jedoch ab, genaue Termine für ein Vorgehen Japans gegen die UdSSR festzulegen. Das führte zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen ihm und Hitler. Japan verfolgte seine eigenen imperialistischen Ziele und wollte die Forderungen Deutschlands nicht erfüllen, weil sie ihm keine Vorteile brachten.

Die Hitlerregierung bemühte sich angestrengt, nicht nur ihre Satellitenstaaten, sondern auch die Gegner Deutschlands für den Feldzug gegen die Sowjetunion zu ge-

¹ Zitiert nach: ebenda, S. 340.

² Zitiert nach: ebenda, Bd. XIX, S. 70.

winnen. Die deutschen Imperialisten nahmen an, es würde ihnen auch jetzt gelingen, die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten und der Sowjetunion und die antisowjetischen Bestrebungen der englischen und amerikanischen Reaktionäre für sich auszunutzen. Sie beabsichtigten, mit England einen Friedensvertrag abzuschliessen, sich die Unterstützung der führenden Kreise Englands und der USA zu sichern und mit ihnen gemeinsam gegen die UdSSR zu kämpfen, dann aber zuerst gegen England und danach auch gegen die Vereinigten Staaten loszuschlagen.

Um ihre internationalen politischen Pläne zu verwirklichen, schickte die Hitlerregierung Rudolf Hess, Hitlers Stellvertreter, nach England. Am 10. Mai 1941 verliess Hess mit einer Me 109 Augsburg. Er flog selbst die Maschine und nahm Kurs in Richtung auf das Gut von Lord Hamilton «Dungavel Castle» (in Nordengland). Hess aber hatte seinen Treibstoffverbrauch zu niedrig berechnet und musste 14 Kilometer vor dem Ziel mit dem Fallschirm abspringen. Bauern nahmen ihn fest und brachten ihn in die Kasernen von Maryhill in der Nähe von Glasgow.

Im Auftrage der englischen Regierung verhandelte ihr Sondervertreter Ivon Kirkpatrick offiziell mit Hess. Ausser ihm suchten Lord Hamilton, Lord Simon und Lord Beaverbrook, führende Politiker Englands, Hess auf. Mit Simon, dessen Sympathien für den deutschen Faschismus bekannt waren, sprach Hess offener als mit den anderen.¹

Im Auftrag Hitlers unterbreitete Hess folgende Vorschläge: Friedensschluss, Handlungsfreiheit für Deutschland in Europa und für England im britischen Empire mit Ausnahme der ehemaligen deutschen Kolonien, die an Deutschland zurückgegeben werden sollten. In den Vorschlägen wurde auch die Sowjetunion berührt. Sie sahen vor, dass Deutschland der Sowjetunion bestimmte Forderungen stellen und ihre Erfüllung entweder auf dem Verhandlungswege oder mit Waffengewalt durchsetzen werde.² Zu diesem Punkt erbat Kirkpatrick genauere Angaben darüber, «ob Deutschland vorhabe, auch das asiatische Russland in seine Sphäre einzubeziehen»³.

Über diese Bedingungen hinausgehend, erklärte Hess, dass Hitler ein ständiges gegenseitiges Einvernehmen zwischen ihm und Grossbritannien auf der Grundlage der Unverletzlichkeit des britischen Empires wünsche. Sein Flug habe das Ziel, Gross-

¹ Siehe ebenda, Bd. XL, S. 280ff., Dokument Hess-15.

² Siehe ebenda.

³ M. Mourin, *Les tentives de paix dans la seconde guerre mondiale 1939-1945* (Die Friedensversuche im zweiten Weltkrieg), Paris 1949, S. 104.

britannien die Möglichkeit zu geben, ohne Prestigeverlust zu verhandeln.¹

Hess versprach, die Antwort auf diese Vorschläge mit dem Flugzeug nach Deutschland zu bringen, und wies, als er Kirkpatrick einen Brief an die deutsche Botschaft in Dublin (Irland) übergab, auch noch einen anderen Weg für die Antwort.

Um seine Vorschläge entbrannte ein heftiger Kampf. Vertreter der führenden Kreise Englands und der USA waren dafür, sie anzunehmen, während andere jedoch dagegen sprachen, weil die deutschen Bedingungen die imperialistischen Widersprüche nicht abschwächten, sondern nur noch verschärften. Für England war eine ausgesprochen ungünstige Situation entstanden: Es sollte Hitlers Eroberungen in Europa und Asien unterstützen, ohne dafür mehr zu erhalten, als es bereits besass. Und sogar diese Besitzungen würden zusammenschrumpfen, wenn Deutschland seine nach dem ersten Weltkrieg verlorengegangenen Kolonien zurückerhielt. Ausserdem war allen weit-sichtigen Politikern Englands und der USA völlig klar, dass Deutschland den Frieden nur zeitweilig brauchte und dass es später doch einmal gegen England und die USA losschlagen würde.

Neben diesen Überlegungen vereitelte jedoch der Widerstand der englischen Werktätigen die Annahme der faschistischen Vorschläge. Sie wandten sich gegen alle Versuche, sich mit den faschistischen Aggressoren zu einigen. Hess' Mission erregte das englische Volk. Überall fanden Kundgebungen statt, die alle Paktierer, die noch dazu neigten, mit Hitlerdeutschland zusammenzugehen, eindeutig warnten. Am 3. Juni 1941 diskutierte auch eine Konferenz der Labour Party die deutschen Vorschläge. Das Ansinnen, mit Deutschland Friedensverhandlungen zu führen, wurde mit überwältigender Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Konferenz erklärte, dass das englische Volk und die Arbeiterklasse entschlossen seien, den Krieg bis zum endgültigen Sieg über den Faschismus zu führen.

Kirkpatrick fuhr trotzdem nach Dublin, wo er mit deutschen Vertretern zusammentraf. Welche Antwort er ihnen gab, ist bis heute unbekannt geblieben. In der Literatur wurde die Ansicht geäußert, Churchill habe Hess' Angebote mit dem Vorschlag beantwortet, nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion zwischen England und Deutschland Frieden zu schliessen.²

Wie sich Churchill auch verhalten haben mag, das englische Volk lehnte entschieden jede Verständigung mit Deutschland ab und das so offensichtlich und überzeugend,

¹ Siehe IMG Nürnberg, Bd. XL, a. a. O.

² Siehe «Nowy mir», Heft 5/1950, S. 259.

dass die englische Regierung den Krieg fortsetzen musste. Hess' Mission war fehlgeschlagen, hatte als schwere politische Niederlage für Deutschland geendet. Dieser Fehlschlag zeigte aber, dass es sehr wohl möglich war, eine antifaschistische Völkerkoalition zu bilden.

Hitlerdeutschland erkannte jedoch nicht die ganze Tragweite des Misserfolges, den es erlitten hatte. Hitler hatte bereits auf einer Besprechung des OKW am 3. Februar 1941 erklärt: «Wenn Barbarossa steigt, hält die Welt den Atem an und verhält sich still.»¹

Am 30. April 1941 beschloss das Oberkommando der Wehrmacht: «*Beginn Barbarossa 22. Juni.*»² Am 6. Juni berichteten die Oberbefehlshaber in der Reichskanzlei zu Berlin über die Bereitschaft ihrer Truppen. Die faschistische Bestie setzte zum Sprung an.

2

Die Politiker der kapitalistischen Welt, darunter auch die Faschisten, waren unfähig, die Kräfte der Sowjetunion und deren Quellen richtig einzuschätzen.

Die Hauptkraftquelle der Sowjetunion ist ihre sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung. Die sozialistische Gesellschaftsordnung beruht auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und schliesst die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen völlig aus. Sie hat ihre Grundlagen im kollektiven Eigentum und in der kollektiven Arbeit, die die Voraussetzung für die innere Geschlossenheit und Einheit des Volkes /sind. In der Sowjetgesellschaft gibt es keine Klassengegensätze, die auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln entstehen.

Die kollektive Eigentumsform vereinigt das Volk, schliesst es fest zusammen und stärkt seine Kräfte. Die kapitalistische Eigentumsform dagegen trennt die Menschen eines Landes, verhindert die wirkliche Einheit des Volkes und untergräbt die inneren Kräfte des Staates. Deshalb entwickelt sich aus der kollektiven Eigentumsform die Überlegenheit der sowjetischen Gesellschaftsordnung über die kapitalistische Ordnung.

Das unverbrüchliche Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, an deren Seite die Sowjetintelligenz arbeitet, ist die wichtigste Quelle für die Macht der Sowjetunion. Die sowjetische Gesellschaftsordnung ist eine echte Ordnung des Volkes, die von den Massen getragen und vorangetrieben wird.

¹ Zitiert nach: Nürnberger Prozess, a. a. O., S. 280.

² Zitiert nach: ebenda, S. 285.

Durch den Sieg des Sozialismus hat sich in der Sowjetunion die moralische und politische Einheit des Volkes herausgebildet. Sie widerspiegelt die Gemeinsamkeit der ökonomischen und politischen Interessen aller Sowjetmenschen, die glühende Verfechter des Kommunismus sind und sich fest um die Partei und die Regierung zusammengeschlossen haben. In der Sowjetunion hat sich die grosse Einheit der Kommunistischen Partei, der Sowjetregierung und des gesamten, viele Millionen Menschen zählenden Sowjetvolkes entwickelt.

Die sowjetische Staatsordnung ist, ebenso wie die sowjetische Gesellschaftsordnung, eine Ordnung des Volkes, die vom Volk geschaffen wurde und von ihm unterstützt wird. Entsprechend dem Willen der Völker wurden in der UdSSR Formen des staatlichen Aufbaus entwickelt, die jeder Nationalität die Möglichkeit sichern, sich ihr Leben frei und unter Berücksichtigung ihrer nationalen Besonderheiten einzurichten. Die sowjetische Staatsordnung ist ihrer Natur nach zutiefst demokratisch. Alle Massnahmen der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung sind von der Sorge um das Wohl des Volkes durchdrungen und bringen seine grundlegenden Interessen zum Ausdruck. In der UdSSR üben vom Volk gewählte Vertreter die Staatsmacht aus, und das ganze Volk beteiligt sich aktiv am staatlichen Aufbau.

Die tiefe Ursache für die feste innere Geschlossenheit und Einigkeit des aus vielen Nationalitäten bestehenden Sowjetstaates liegt darin, dass er auf der Grundlage der Produktionsverhältnisse des Sozialismus aufgebaut ist. Eine einheitliche Weltanschauung, unverbrüchliche Freundschaft, gegenseitiges Vertrauen und brüderliche Zusammenarbeit schliessen die Sowjetvölker fest zusammen. Die Sowjetordnung hat alle Nationen und Völkerschaften durch die festen Bande der Brüderlichkeit und der Kameradschaft miteinander vereinigt und damit das einzig richtige und nur in einer sozialistischen Gesellschaft mögliche Beispiel dafür gegeben, wie die nationale Frage grundlegend und gerecht zu lösen ist.

Die Sowjetmacht hat alle Nationen und Völkerschaften ihres Landes zu einer sozialistischen Familie vereinigt. Die Freundschaft der Völker der UdSSR ist zu einer machtvollen Triebkraft der Sowjetgesellschaft geworden. Die gesellschaftlichen Triebkräfte setzen die gewaltigsten Menschenmassen und ganze Völker in Bewegung und verursachen dabei grosse historische Wendungen. Durch die sowjetische Gesellschafts- und Staatsordnung wurde gewährleistet, dass sich der belebende Sowjetpatriotismus entwickelte, eine neue, höhere Form des Patriotismus. Er beruht auf der tiefen Hingabe und Treue des Volkes zur Sowjetheimat, auf dem brüderli-

chen Einvernehmen aller Nationen des Landes und auf ihrer Bereitschaft, alle Kräfte für das Gedeihen der Heimat, für den Sieg des Kommunismus hinzugeben. Der Sowjetpatriotismus schliesst alle Bürger der Sowjetunion fest zusammen. In ihm verbinden sich die nationalen Traditionen der Völker harmonisch mit den gemeinsamen Lebensinteressen aller Werktätigen der UdSSR. Der Sowjetpatriotismus ist von dem für die Sowjetmenschen charakteristischen sozialistischen Internationalismus nicht zu trennen.

Die Triebkräfte der Sowjetgesellschaft, die Staats- und Gesellschaftsordnung der UdSSR sind bestimmend dafür, dass im Falle eines Krieges Front und Hinterland eine Einheit bilden. Von dieser Einheit hängt die Möglichkeit ab, den Sieg über den Feind zu erringen.

Das Sowjetvolk hat dank der Tatsache, dass es von der Kommunistischen Partei geführt wird, gewaltige Kräfte erworben. Die Kommunistische Partei hat die Volksmassen zum Sieg in der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution geführt, sie leitete den Kampf, der die ausländischen Interventen und ihre Kreaturen, die Weissgardisten, zerschmetterte. Die Arbeiter, die Bauern und die Intelligenz der UdSSR haben unter Führung der Partei die sozialistische Gesellschaft errichtet, die Sowjetunion in eine gewaltige Industriemacht verwandelt und starke Streitkräfte geschaffen.

Das Sowjetvolk ist jedem Gegner moralisch unermesslich überlegen. W. I. Lenin sagte über die Bedeutung dieser moralischen Überlegenheit: «In jedem Krieg hängt der Sieg in letzter Instanz vom Kampfgeist der Massen ab, die auf dem Schlachtfeld ihr Blut vergiessen. Die Überzeugung, dass der Krieg gerecht ist, und die Einsicht in die Notwendigkeit, zum Wohl unserer Brüder das Leben zu opfern, heben den Kampfgeist der Soldaten und veranlassen sie, unerhörte Schwierigkeiten zu überwinden. Die zaristischen Generale sagen, dass unsere Rotarmisten Strapazen ertragen, die von keiner Armee des Zarenreiches ausgehalten worden wären. Das ist damit zu erklären, dass jeder unter den Waffen stehende Arbeiter und Bauer weiss, wofür er in den Kampf geht und bewusst sein Blut vergiesst für den Triumph der Gerechtigkeit und des Sozialismus.»¹ Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hatte die sich aus den Bedingungen der kapitalistischen Einkreisung ergebende Gefahr eines Krieges erkannt und in der Vorkriegszeit das Land beharrlich auf die Abwehr der Aggression vorbereitet.

Im Interesse der Festigung der Wirtschafts- und Verteidigungskraft musste die

¹ W. I. Lenin, Rede auf der erweiterten Konferenz von Arbeitern und Rotarmisten im Moskauer Rogoshsko-Simonowski-Stadtbezirk. 13. Mai 1920. In: W. I. Lenin, a. a. O., Bd. II/2, Berlin 1959,

Schwerindustrie mit allen Mitteln entwickelt werden. Die Partei liess sich von den Hinweisen Lenins leiten, dass es ohne eine Schwerindustrie unmöglich ist, die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, dass ohne sie die Sowjetunion zugrunde gehen kann. Die Partei beschloss die sozialistische Industrialisierung der UdSSR; das bedeutete, dass vor allem die Schwerindustrie entwickelt wurde, um die Armee mit neuen Waffen und Geräten auszurüsten und die gesamte Industrie, den Verkehr und die Landwirtschaft umstellen zu können.

In den Fünfjahrplänen vor dem Kriege wurden die sozialistische Industrialisierung des Landes, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Kulturrevolution erfolgreich verwirklicht. In kurzer Zeit – in nur 13 Jahren – schuf das Sowjetvolk die notwendigen technischen und ökonomischen Voraussetzungen, die Verteidigungsfähigkeit des Landes maximal zu erhöhen. Deshalb besass die Sowjetunion, als Hitlerdeutschland sie wortbrüchig überfiel, die materiellen Möglichkeiten, die Bedürfnisse der Front und des Hinterlandes zu befriedigen.

In den Vorkriegsjahren waren im Osten des Landes neue grosse Industriezentren geschaffen worden, so die Kohle- und Eisenhüttenbasis Ural-Kusnezsk, das Kohlekombinat in Karaganda, die Erdölfelder im Wolgagebiet und in Baschkirien, die Basen der Nichteisenmetallurgie in Kasachstan. Die Produktion der Schwerindustrie übertraf 1940 die Industrieproduktion des vorrevolutionären Russlands um fast das Zwölfwache, und die Produktion des sowjetischen Maschinenbaus überstieg 1940 die von 1913 um das Fünzfache.¹

Die folgende Tabelle zeigt die materiellen Möglichkeiten, über die das Sowjetland vor dem Kriege verfügte.

Umfang der Produktion in der UdSSR²

Kennziffern	Masseinheiten	Es wurde produziert	
		1913	1940
Roheisenerzeugung	Mio t	4,2	14,9
Stahlerzeugung	Mio t	4,2	18,3
Kohleförderung	Mio t	29,1	165,9
Erdölgewinnung	Mio t	9,2	31,2

¹ Siehe Народное хозяйство СССР. Статистический сборник (Die Volkswirtschaft der UdSSR. Statistische Sammlung), Moskau 1956, S. 45.

² Siehe ebenda, S. 55.

Dennoch blieben die materiellen Möglichkeiten der Sowjetunion wesentlich hinter den Hilfsquellen zurück, die Hitlerdeutschland zusammen mit den von ihm besetzten Ländern besass. Daher nahmen die Gegner, als sie die materiellen Hilfsquellen beider Seiten verglichen, auch an, dass Hitlerdeutschland in den Kriegsjahren ökonomisch überlegen bleiben werde. Sie gingen dabei lediglich vom materiellen und technischen Faktor aus, während sie den moralischen Faktor, die Kraft und den Geist der Volksmassen unterschätzten, deren Arbeit sämtliche ökonomischen Hilfsquellen schafft.

Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung vergassen nie die kapitalistische Einkreisung und den drohenden imperialistischen Überfall; deshalb arbeiteten sie unermüdlich, um die Streitkräfte der UdSSR zu entwickeln und zu verstärken.

Die Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte zeichneten sich stets durch eine hohe Moral aus, durch einen unerschütterlichen Siegeswillen, durch die Fähigkeit, in einem Kriege schweren Prüfungen standzuhalten, und durch grenzenlose Hingabe an ihr Volk, an die Kommunistische Partei und an die hohen Ideale des Kommunismus. Kurz vor dem Kriege waren in der UdSSR hervorragende Waffen und Geräte geschaffen worden, vor allem Panzer, Geschütze und Flugzeuge neuer Typen, die in ihrem Kampfwert den deutschen nicht nachstanden und diese in verschiedener Beziehung noch übertrafen. Die Sowjetunion verfügte jedoch zu Beginn des Krieges noch nicht über eine ausreichende Menge moderner technischer Kampfmittel, um damit ihre ganze Armee auszurüsten zu können.

Die Sowjetunion konnte sich auch, das hatte der Kampf gegen die Interventionsheere bewiesen, auf die Unterstützung der Werktätigen der kapitalistischen Staaten verlassen. Der Sowjetstaat genoss seit den ersten Tagen seines Bestehens diese Unterstützung, die stets zu allen Siegen über seine Feinde beigetragen hat. In den Vorkriegsjahren hatte die friedliche Aussenpolitik der UdSSR, ihr konsequenter Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker, für Kollektivmassnahmen gegen die faschistische Aggression das besondere Vertrauen der Werktätigen errungen.

Das hohe moralische Ansehen der von der Kommunistischen Partei gelenkten sowjetischen Aussenpolitik trug dazu bei, im Kampf gegen den Feind günstige internationale Voraussetzungen zu schaffen. Sogar Churchill gab zu, dass «die UdSSR nach meiner Erfahrung nie eine Verpflichtung oder einen Vertrag gebrochen hat»¹. Unmittelbar vor dem faschistischen Überfall hatte die sowjetische Aussenpolitik

¹ W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 4/2, Stuttgart 1952, S. 344.

das Land vor allem vor einem Überfall der Staaten zu schützen, die vielleicht Deutschlands Bundesgenossen werden konnten. Dabei musste zuerst die Haltung der Türkei und Japans geprüft werden.

Im März 1941 wechselten die Regierungen der UdSSR und der Türkei Noten. Als Antwort auf die Erklärung der UdSSR, in der es hiess, die Türkei könne, falls ein Überfall auf sie erfolgen sollte, auf das volle Verständnis und die Neutralität der UdSSR rechnen, versicherte die türkische Regierung, dass «die UdSSR, falls sie sich in einer ähnlichen Situation befinden sollte, auf das volle Verständnis und die Neutralität der Türkei rechnen könne»¹.

Obwohl die türkische Regierung während des Krieges systematisch gegen ihre Neutralitätsverpflichtung versties, hatte die sowjetische Aussenpolitik dennoch mit dieser türkischen Verpflichtung einen wesentlichen Erfolg erzielt, der für beide Völker grosse Bedeutung hatte.

Die japanisch-sowjetischen Verhandlungen über den Abschluss eines Neutralitätsvertrages zogen sich über mehrere Monate hin. Jene Elemente in der japanischen Regierung und in der militärischen Führung, die selbst Eroberungsabsichten hegten und mit Hitlerdeutschland zusammenarbeiteten, weigerten sich, mit der Sowjetunion einen Vertrag abzuschliessen. Auch einflussreiche Vertreter der herrschenden Kreise in den USA übten einen Druck auf Japan aus, weil sie gegen normale sowjetisch-japanische Beziehungen waren. So erklärte zum Beispiel Senator Vandenberg, dass die USA ein Embargo gegen den Export amerikanischer Waren nach Japan verhängen würden, wenn Japan und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abschliessen sollten.²

Nach Matsuokas Berlinreise im März 1941 gab die japanische Regierung ihr »Einverständnis, einen Neutralitätsvertrag abzuschliessen. Dabei liess sie sich freilich von eigenen Zielen leiten. Der Vertrag sollte Japan gegen einen Druck Deutschlands sichern, das Japan zu einem Überfall auf die UdSSR zu veranlassen suchte und sich darauf berief, es falle ihm wegen des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes schwer, als erstes Land zu handeln. Dieser Pakt war ohne Wissen der japanischen Regierung abgeschlossen worden. Nun schloss Japan, ohne das deutsche Einverständnis einzuholen, einen Vertrag mit der Sowjetunion. Die japanische Regierung sah in dem Vertrag mit der Sowjetunion ein Mittel, das ihr die Möglichkeit gab, den günstigsten Zeitpunkt für den Überfall auf die UdSSR zu wählen. Sie glaubte, die Sowjetunion werde im Vertrauen auf den Vertrag ihre Truppen aus dem Fernen Osten

¹ Die Aussenpolitik der UdSSR, a. a. O., S. 457.

² Siehe «Amerasia» vom Dezember 1940, S. 448.

abziehen und damit einen wortbrüchigen Überfall erleichtern.

Im Gegensatz zu Japan strebte die Sowjetregierung aufrichtig den Frieden im Fernen Osten an. Der Vertrag bot die Aussicht, einem gleichzeitigen Überfall Deutschlands und Japans zu entgehen. Der weitere Lauf der Ereignisse musste von den realen Verhältnissen und von dem Widerstand abhängen, den die Sowjetunion Hitlerdeutschland leisten konnte. Die heimtückischen Pläne der japanischen Politiker waren der UdSSR also nicht verborgen geblieben.

Der sowjetisch-japanische Neutralitätsvertrag wurde am 13. April 1941 unterzeichnet. Darin hiess es:

«Artikel 1: Die beiden vertragschliessenden Teile verpflichten sich, friedliche und freundschaftliche Beziehungen untereinander zu unterhalten und gegenseitig ihre territoriale Integrität und die Unantastbarkeit des anderen vertragschliessenden Teiles zu achten.

Artikel 2: Im Falle, dass einer der vertragschliessenden Teile zum Objekt kriegerischer Handlungen seitens einer oder mehrerer dritter Mächte wird, wird der andere vertragschliessende Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität beobachten.»¹

Artikel 3 des Vertrages legte seine Geltungsdauer auf fünf Jahre, gerechnet vom Tage der Ratifizierung, fest. Dem Vertrag war eine Deklaration beigelegt, durch die sich die UdSSR verpflichtete, die territoriale Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der Mandschurei zu achten, während Japan die gleichen Verpflichtungen hinsichtlich der Mongolischen Volksrepublik übernahm. Gleichzeitig fand ein Austausch von Schreiben statt, in denen sich die japanische Seite verpflichtete, innerhalb von sechs Monaten die japanischen Konzessionen in Nordsachalin aufzugeben.

Für Deutschland kam der Abschluss des sowjetisch-japanischen Vertrages völlig überraschend. Ribbentrop gab dem deutschen Botschafter in Tokio die Anweisung, von der japanischen Regierung eine Erklärung zu fordern. Dabei schlug der deutsche Aussenminister vor, an die von Mat-suoka in Deutschland abgegebene Erklärung zu erinnern, in der es hiess: «Kein japanischer Ministerpräsident oder Aussenminister wird in der Lage sein, Japan zu veranlassen, neutral zu bleiben, wenn zwischen Deutschland und der UdSSR ein Konflikt entsteht. In diesem Falle wird Japan selbstverständlich genötigt sein, auf Seiten Deutschlands Russland anzugreifen. Dabei wird kein Neutralitätspakt etwas nützen.»² Die japanische Regierung

¹ Konferenzen und Verträge, Vertragsplöetz, Teil II, Bielefeld 1953, S. 383.

² Zitiert nach «Prawda» vom 20. Februar 1948.

versicherte Deutschland, sie werde ihren Verpflichtungen gegenüber den anderen Teilnehmern des faschistischen Blocks treu bleiben.

Die Sowjetregierung besass zahlreiche Meldungen über deutsche militärische Massnahmen. Es wurde festgestellt, dass deutsche Truppen in Polen, Rumänien und Finnland eingetroffen waren. Die Fälle, in denen deutsche Aufklärungsflugzeuge die Sowjetgrenze überflogen, häuften sich. Geleitet von ihren eigenen Erwägungen, warnte die USA-Regierung die Sowjetunion im Januar 1941 vor einem möglichen Überfall Deutschlands. Eine gleiche Warnung wurde von der Regierung Englands am 19. April 1941 ausgesprochen. Stalin schätzte jedoch alle diese sowie zahlreiche andere Tatsachen falsch ein. Die Meldungen über deutsche Aggressionsabsichten gegen die Sowjetunion wurden als Provokationen betrachtet, die die sowjetisch-deutschen Beziehungen verschärfen und einen militärischen Konflikt zwischen beiden Staaten herbeiführen sollten.

Stalin nahm an, Hitler werde ein für Deutschland so gefährliches militärisches Abenteuer gegen die Sowjetunion nicht wagen. Er schenkte Hitlers Versicherungen über sein angebliches Wohlwollen für die UdSSR allzuviel Glauben.

Die Hitlerstrategen hatten die Gefahren, die ein Krieg gegen die UdSSR für sie barg, wohl berücksichtigt. Deshalb hatten sie sich auch 1939 nicht dazu entschliessen können, die Sowjetunion zu überfallen. Doch die in Westeuropa leicht errungenen Siege waren den deutschen Militaristen zu Kopf gestiegen. Ausserdem hatten sie sich davon überzeugt, dass ihnen im Westen keine Gefahr drohe, dass es vorläufig keinen Zweifrontenkrieg geben werde. Das veranlasste den deutschen Imperialismus, die UdSSR zu überfallen.

Stalin hatte die Veränderungen, die vor sich gegangen waren, nicht richtig eingeschätzt. Er nahm an, in den führenden deutschen Kreisen herrschten nach wie vor Befürchtungen, einen Krieg gegen die UdSSR zu führen, und deshalb könnte die UdSSR noch mehrere Monate gewinnen, um ihre Verteidigung weiter zu verstärken. Stalin ging davon aus, den faschistischen Führern Deutschlands auch nicht den geringsten Anlass zu geben, den Nichtangriffspakt zu verletzen. Wie falsch die internationale Lage beurteilt wurde, zeigt die eine Woche vor dem faschistischen Überfall veröffentlichte TASS-Meldung, in der es hiess, die von der ausländischen, vor allem von der englischen Presse verbreiteten Erklärungen, ein Krieg zwischen der UdSSR und Deutschland stehe nahe bevor, entbehrten jeder Grundlage, denn Deutschland halte die Verpflichtungen des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts strikt ein.

In der Meldung lautete es wörtlich, dass «nach Ansicht sowjetischer Kreise die Gerüchte über die Absicht Deutschlands, den Pakt zu brechen und die UdSSR zu überfallen, jeder Grundlage entbehren»¹. Diese Erklärung, die veröffentlicht wurde, als der Krieg bereits bedrohlich nahe gerückt war, unterrichtete die Sowjetmenschen falsch und setzte die Wachsamkeit des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte herab. Stalins Fehler hätte nicht so ernste Folgen für die Sowjetunion gehabt, wenn in der Führung des Landes das Leninsche Prinzip der kollektiven Leitung beibehalten worden wäre. Stalin jedoch entschied entgegen den Leninschen Prinzipien der Staatsführung und den Normen des Parteilebens allein über äusserst wichtige Fragen, die den Staat, die Partei oder die Landesverteidigung betrafen, und beachtete die Meinung anderer ZK-Mitglieder, hervorragender Staatsfunktionäre und Militärs nicht. Weil er selbst der Ansicht war, dass dafür keine Notwendigkeit bestehe, befahl er nicht, die Armee und vor allem ihre westlichen Grenzbezirke in volle Kampfbereitschaft zu versetzen.

Als Deutschland die Sowjetunion überfiel, war die neue Staatsgrenze der UdSSR nicht so befestigt und auf eine Verteidigung vorbereitet, wie das notwendig gewesen wäre; die Massnahmen zur Reorganisation der Sowjetarmee und ihrer Ausrüstung mit neuen Waffen und Geräten waren nicht abgeschlossen. Diese neuen Waffen und Geräte wurden erst eingeführt, und die Armeeinghörigen hatten noch nicht Zeit gehabt, sich mit ihnen restlos vertraut zu machen. Durch die unbegründeten Repressalien der Jahre 1937 und 1938 hatten die Streitkräfte viele erfahrene Kader verloren. Die jungen Kommandeure, die jetzt die Truppenteile und Verbände übernommen hatten, besaßen noch keine ausreichenden Erfahrungen und Kenntnisse. Einem gewissen Teil des Kommandeurbestandes – meist gerade erst beförderte Offiziere – fehlte die notwendige Erfahrung, Truppen unter den schwierigen Verhältnissen eines modernen Kampfes zu führen.

Erhebliche Mängel bestanden vor dem Kriege auch in der Erziehung der Angehörigen der Streitkräfte. In der Armee wurde noch immer die gefährliche Meinung vertreten, der Sieg über den Feind werde leicht sein. Eigendünkel und Selbstzufriedenheit, die Unterschätzung der Schwierigkeiten eines Krieges und die geringschätzig-e Einstellung zum Gegner wurden nicht entschieden genug bekämpft. Ebenso ungenügend hatte die Armee aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges gelernt. So war ausser Acht gelassen worden, dass die faschistische Propaganda die Soldaten der deutschen Armeen auch ideologisch beeinflusst hatte. Die Rüstungsindustrie

¹ Die Aussenpolitik der UdSSR, a. a. O., S. 556.

war nicht genügend darauf vorbereitet, rasch die Massenproduktion von Waffen und Geräten aufzunehmen.

Da die Sowjetunion eine Politik der friedlichen Koexistenz führte, hatte sie nicht die Absicht, irgendjemand zu überfallen, und daher waren weder eine Mobilmachung noch ein Aufmarsch der Streitkräfte erfolgt. Als aber die Möglichkeit bestand, noch vorbeugende Massnahmen für einen zu erwartenden deutschen Überfall durchzuführen, verhinderte Stalins falsche Einschätzung der militärpolitischen Lage, das Land und die Armee rechtzeitig auf den bewaffneten Widerstand gegen die faschistische deutsche Aggression vorzubereiten.

SIEBENTES KAPITEL

DER BEGINN DES GROSSEN VATERLÄNDISCHEN KRIEGES DIE MOBILISIERUNG DER KRÄFTE DER VÖLKER ZUM WIDERSTAND GEGEN DEUTSCHLAND

1

Am 22. Juni, 03.30 Uhr, fiel das faschistische Deutschland ohne Kriegserklärung, ohne eine Beschwerde erhoben zu haben, auf der ganzen Länge der sowjetischen Grenze vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee in die Sowjetunion ein. Um die Weltöffentlichkeit zu täuschen, erklärte die deutsche Regierung, der Angriff erfolge zu vorbeugenden Zwecken, denn der «sowjetische Bolschewismus» bedeute eine Kriegsgefahr für Europa. Doch in den Worten, die Hitler an jenem Tage sprach, offenbarten sich die wahren Gründe des Überfalls, hier wurde von der «Weltbestimmung» des deutschen Reiches gesprochen. «Ich habe mich deshalb heute entschlossen», erklärte er, «das Schicksal und die Zukunft des Deutschen Reiches und unseres Volkes wieder in die Hände unserer Soldaten zu legen.»¹

Die von den deutschen Imperialisten zur Irreführung der Weltöffentlichkeit erfundene Legende vom «Präventivkrieg» geistert heute noch in Behauptungen von Hitleranhängern und extremen englischen und amerikanischen Reaktionären herum.² Dabei lag dem Nürnberger Militärtribunal ein Vernehmungsprotokoll des bekannten faschistischen Propagandisten Fritzsche vor, in dem er aussagte: «Es ist jedoch zu erwähnen, dass wir keine Unterlagen hatten, um die Sowjetunion in der Vorbereitung eines bewaffneten Überfalls auf Deutschland zu beschuldigen.»³

Der Überfall war ein absoluter Wortbruch: Deutschland verletzte den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, in dem es sich verpflichtet hatte, während der nächsten zehn Jahre keine aggressiven Handlungen gegen die Sowjetunion zu unternehmen. Ebenso wortbrüchig handelten auch Deutschlands Satelliten Italien, Rumänien, Ungarn, Finnland und die Slowakei. Italien hatte 1933 mit der

¹ «Völkischer Beobachter» vom 23. Juni 1941.

² So zum Beispiel C. A. Beard, *American Foreign Policy in the Making 1932-1940* (Amerikanische Aussenpolitik in Aktion), New Haven 1946.

³ Zitiert nach: IMG Nürnberg, Bd. XVII, S. 249.

UdSSR einen Freundschafts-, Nichtangriffs- und Neutralitätspakt geschlossen. Finnland hatte sich in dem 1940 von ihm unterzeichneten Friedensvertrag verpflichtet, keinen Angriff gegen die UdSSR zu unternehmen.

Spanien, Portugal, die Türkei, Schweden und Japan erklärten zwar offen ihre Neutralität, halfen Deutschland aber auf jede nur mögliche Weise. Franco-Spanien schickte einen ganzen Truppenverband – die sogenannte «Blaue Division» – gegen die Sowjetunion. Portugal lieferte Deutschland Lebensmittel und Wolfram. Der portugiesische Export nach Deutschland war 1942 achteinhalbmal so gross wie 1939. Japan konzentrierte an seiner Grenze zur UdSSR Truppen und zog dadurch bis zu 40 sowjetische Divisionen von der sowjetisch-deutschen Front ab.

Die Türkei verletzte das internationale Meerengenabkommen, das 1936 in Mont-treux unterzeichnet worden war, und liess deutsche und italienische Kriegsschiffe die Dardanellen passieren. Die türkische Regierung zog Truppen an der sowjetisch-türkischen Grenze zusammen und versorgte Deutschland mit kriegswichtigen Rohstoffen und mit Lebensmitteln. Am 24. Juni 1941 ratifizierte die Türkei den «Freundschafts- und Nichtangriffspakt» mit Deutschland, der in Wirklichkeit ein Bündnisvertrag war. Für Deutschland besass dieser Vertrag, der die rechte Flanke seines Heeres sicherte, als wichtiges Glied in der Organisation des Krieges gegen die UdSSR grosse Bedeutung. Das Verhalten der Türkei stand im Widerspruch zu den sich aus dem sowjetisch-türkischen Vertrag von 1925 ergebenden Verpflichtungen.

Schweden liess deutsche Truppen durch sein Staatsgebiet hindurch, richtete für sie Lazarette ein und versorgte Deutschland mit Eisenerz und Kugellagern; schwedische «Freiwillige» nahmen am Krieg gegen die UdSSR teil.

Die bulgarische Regierung schloss ein Bündnis mit dem faschistischen Deutschland, entsandte jedoch keine bulgarischen Soldaten an die sowjetisch-deutsche Front, weil sie wusste, dass sie dann in der Armee und im Volk auf Widerstand stossen würde. Die bulgarischen Kommunisten hatten bereits den verbrecherischen und abenteuerlichen Charakter der Pläne des bulgarischen Faschismus entlarvt. Die bulgarische Regierung musste sich darauf beschränken, Deutschland die Hilfsquellen des Landes und die Schwarzmeerhäfen zur Verfügung zu stellen, doch auch damit unterstützte sie Hitler.

Der Papst war bereits vorher über die Angriffspläne gegen die UdSSR unterrichtet worden. Er verpflichtete die katholische Geistlichkeit, auf breiter Basis eine antisowjetische Kampagne zu führen und zur aktiven Unterstützung Hitlers aufzurufen.

Ausgesprochen katholische Länder stellten Freiwillige für den Überfall, Agenten des Vatikans sollten mit dem deutschen Heer in die UdSSR geschickt werden, um den Katholizismus zu verbreiten und die Okkupanten bei der Versklavung der Völker der UdSSR zu unterstützen.¹

Trotz der scharfen imperialistischen Gegensätze, die zum Krieg zwischen den beiden kapitalistischen Koalitionen geführt hatten, versorgten die amerikanischen Monopolherren, getrieben von der Jagd nach Maximalprofiten und vom Hass auf die Sowjetunion, Hitlerdeutschland über Vichy- Frankreich, Spanien, Portugal und die Schweiz mit kriegswichtigen Rohstoffen, Material und Lebensmitteln.² Die Industriebetriebe der amerikanischen Monopole in Deutschland stellten Geschütze, Panzer, Flugzeuge, Kraftwagen und Munition für die deutsche Armee her. Während des ganzen Krieges blieben die amerikanisch-deutschen Kartellvereinbarungen iix Kraft; in der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in der Schweiz trafen sich die Monopolherren der USA und Deutschlands, um die Kriegsgewinne untereinander aufzuteilen.³

Die Pétainregierung entsandte eine aus Gaunern und Verbrechern gebildete Sondereinheit als «Französische Freiwilligenlegion» an die sowjetisch-deutsche Front. Am 27. Juni 1941 nahm der amerikanische Gesandte in Vichy, Admiral Leahy, wohlwollend die Erklärung Pétains entgegen, in der dieser versicherte, der deutsche Einmarsch in die Sowjetunion werde die UdSSR zerschlagen, den Kommunismus vernichten und eine Reihe von Kolonialstaaten schaffen.⁴

Es war kein Zufall, dass sich die Ansichten Pétains mit denen des Admirals Leahy deckten. Die herrschenden Kreise der USA hatten schon wenige Tage nach der Gründung des Sowjetstaates Pläne ausgearbeitet, um sein Territorium zu zerstückeln und die Bevölkerung zu versklaven.

Die internationale imperialistische Reaktion bemühte sich mit ihren wichtigsten Stosskräften Deutschland, Italien und Japan, den ersten sozialistischen Staat zu vernichten.

Die deutschen Imperialisten betrachteten diesen Krieg als die wichtigste Etappe in ihrem Kampf um die Weltherrschaft. Sie hassten die Sowjetunion, weil sie in ihr das Haupthindernis ihrer Eroberungsziele sahen.

¹ Siehe A. Manhattan, a. a. O., S. 194f.

² Siehe P. Kenneth, Le dilemme France – Etats Unis (Das Dilemma Frankreich – Vereinigte Staaten), Paris 1948.

³ Siehe A. Norden, Lehren deutscher Geschichte, Berlin 1950, S. 192 ff.

⁴ Siehe W. Langer, Le jeu américain à Vichy (Das amerikanische Spiel in Vichy), Paris 1948, S. 178.

Deutschlands Krieg gegen die UdSSR trug einen besonders reaktionären, imperialistischen, räuberischen, ungerechten Charakter. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion wollte Hitlerdeutschland die sowjetische Gesellschafts- und Staatsordnung zerstören, das Land und seine Reichtümer an sich reißen und die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten wiederaufrichten. Die faschistischen Truppen sollten die nationale Eigenstaatlichkeit der sowjetischen Völker beseitigen und ihre Kultur vernichten.

Der wortbrüchige faschistische Überfall schuf eine gewaltige Gefahr für die Sowjetunion, die gegen einen verschlagenen und grausamen Gegner kämpfen musste, der ungeheure militärische Kräfte gegen sie einsetzte.

Der deutsche Angriff überraschte die Sowjetarmee, weil Stalin die internationale Lage falsch eingeschätzt hatte. Der Gegner hatte sich in den Richtungen, in denen seine Hauptschläge geführt werden sollten, eine erhebliche Überlegenheit an Kräften und Mitteln gesichert und überfiel plötzlich die sowjetischen Grenztruppen, die nicht auf die Abwehr vorbereitet waren. Diese Schläge des Feindes machten es in verschiedenen Stossrichtungen unmöglich, seinen Vormarsch zu stoppen oder wenigstens etwas aufzuhalten. Deshalb gelang es nicht, die Mobilmachung der Truppen im Grenzbereich zu decken und die aus dem Hinterland der an der Grenze gelegenen Militärbezirke heranrückenden Truppen zusammenzuziehen. Schon in den ersten Tagen erlitten die Truppen der Grenzmilitärbezirke erhebliche Verluste an Menschen und Material, und dadurch wurde das Kräfteverhältnis noch weiter zugunsten des Gegners verschoben. Die faschistische Luftwaffe griff überraschend die sowjetischen Flugplätze an und fügte den sowjetischen Streitkräften schwere Verluste zu. Ausserdem hatte die sowjetische Luftflotte ihre Neuausrüstung mit modernen Flugzeugen noch nicht abgeschlossen; so konnte der Gegner in den ersten Tagen die Luftherrschaft erringen.

Der Feind riss auf der ganzen Front die strategische Initiative an sich und setzte seinen Vormarsch fort. Stossgruppierungen, vor allem aus Panzerdivisionen und motorisierten Divisionen gebildet, überwand den sowjetischen Widerstand in den Grenzmilitärbezirken und rückten schnell nach Osten vor. Die sowjetischen Truppen erlitten bedeutende Verluste an Menschen und Material und mussten sich unter schweren Kämpfen zurückziehen. Motorisierte Verbände des Gegners umgingen, unterstützt durch starke Kampfgeschwader, die Verteidigungsstellungen der Sowjettruppen in den Flanken und drangen tief ins Hinterland ein. Die sowjetischen Truppen konnten sich nicht weit genug vom verfolgenden Gegner lösen und mussten oft unter den ausserordentlich schwierigen Bedingungen einer Einschliessung kämpfen. In den

ersten zweieinhalb Kriegswochen stiessen die deutschen Truppen in den wichtigsten Operationsrichtungen 400 bis 600 Kilometer weit vor. Der durchschnittliche Tagesvormarsch lag zwischen 30 und 40 Kilometern, an einzelnen Tagen erreichten sie sogar 50 bis 60 Kilometer. Am 9. Juli nahmen deutsche Truppen Minsk. Trotz der schweren und ungleichen Kampfbedingungen leisteten die sowjetischen Truppen auf dem Rückzug zähen Widerstand, oft unternahmen sie Gegenangriffe und führten starke Gegenstösse, wobei sie dem Gegner grosse Verluste an Menschen und Material zufügten. So war die Sowjetarmee zu Beginn des Krieges gezwungen, sich unter schweren Abwehrkämpfen weit ins Hinterland zurückzuziehen.

Dem deutschen Oberkommando stiegen die Erfolge zu Kopf. Der Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Halder, erklärte grosssprecherisch: «Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, dass der Feldzug gegen Russland in vierzehn Tagen gewonnen worden ist.»¹

Im deutschen Hauptquartier herrschte die Meinung, das sowjetische Oberkommando könne selbst in den wichtigsten Richtungen keine geschlossene Verteidigungsfront mehr schaffen. Gestützt auf die Meldungen von der sowjetisch-deutschen Front, sagte Hitler, die wichtigsten Lebenszentren der Sowjetunion würden in den nächsten Tagen eingenommen werden. Am 7. Oktober 1941 befahl Jodl: «Der Führer hat erneut entschieden, dass eine Kapitulation von Leningrad oder später von Moskau nicht anzunehmen ist, auch wenn sie von der Gegenseite angeboten würde.»²

Ähnliche Anordnungen gab auch Keitel, der im bereits erwähnten Erlass vom 13. Mai 1941 festlegte: «Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.»³ Der ganze Weg des deutsch-faschistischen Heeres auf sowjetischer Erde war ein Weg der Greuel und Gewaltakte.

Doch nicht nur Hitlerdeutschland glaubte, der Krieg gegen die Sowjetunion werde in wenigen Wochen zu Ende sein. Dieselbe Meinung vertraten auch viele Politiker in anderen bürgerlichen Staaten. So macht Churchill in seinen Memoiren kein Hehl daraus. Gewiss, er beruft sich auf Militärs. «Beinahe alle verantwortlichen Militärs», schreibt er, «waren der Meinung, die russischen Armeen würden demnächst geschla-

¹ Zitiert nach: K. Assmann, *Deutsche Schicksals) ahre*, Wiesbaden 1950, S. 262.

² Zitiert nach: *Nürnberger Prozess*, a. a. O., S. 562.

³ Zitiert nach: ebenda, S. 484.

gen und vernichtet werden.»¹ Doch dieser Hinweis auf die Militärs besitzt keine Bedeutung, denn in seinen Anweisungen an Untergebene, zum Beispiel in Telegrammen vom 6. und 19. Juli 1941, sprach Churchill von der Möglichkeit der «Niederlage Russlands»². Eine Konferenz der führenden Militärs der USA, an der Marshall teilnahm, kam zu dem Schluss, dass die Sowjetunion «frühestens in einem Monat, spätestens in drei Monaten»³ vernichtet sein werde. Das Nachrichtenbüro «Associated Press» verbreitete darüber die folgende Meldung: «Gut unterrichtete Persönlichkeiten erklären, Deutschland werde die Rote Armee in drei Monaten vernichtet haben. Diese Persönlichkeiten räumen die Möglichkeit ein, dass Deutschland den Sieg innerhalb eines Monats erringt... Falls der deutsche Angriff innerhalb eines Monats mit Erfolg abgeschlossen werden kann, wird man noch Zeit für den Versuch haben, England in diesem Jahr zu erobern.»

Die amerikanischen und britischen Militärs schätzten ebenso wie die Hitlergenerale die Kräfte der Sowjetunion falsch ein.

Etwas anders beurteilten führende japanische Persönlichkeiten die militärische Situation an der sowjetisch-deutschen Front im Sommer 1941, weil Japan kurz zuvor die Schlagkraft der Sowjetarmee am Chassan und am Chalchin-Gol gespürt hatte. Britische Historiker schreiben dazu: «Sie (die Japaner – d. dtsh. Red.) hatten gegen die Russen bei Changkufeng (im Gebiet des Chassansees-d. dtsh. Red.) und bei Nomohan (am Chalchin-Gold. dtsh. Red.) gekämpft und beim letzteren Treffen eine schwere Niederlage erlitten. Dies nötigte sie zu Hochachtung gegenüber der Sowjetarmee, und sie zogen es vor, zu warten und zu beobachten, anstatt auf der Seite Deutschlands in den Krieg einzugreifen.»⁴ Dennoch bereitete sich die japanische Regierung für einen Angriff auf die UdSSR vor.

Weil Deutschland die Sowjetunion plötzlich überfallen hatte, riss es sehr schnell die Initiative an sich und erzielte gleich zu Beginn des Krieges bedeutende operative Ergebnisse. Die Sowjetarmee konnte dem Stoss der deutschen Armee nicht so begegnen, wie man einem Aggressor begegnen muss.

Erst zwei Stunden nach Beginn der Feindseligkeiten teilte der deutsche Botschafter in der UdSSR, von der Schulenburg, der Sowjetregierung mit, dass Deutschland der Sow-

¹ W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 3/2, S. 25.

²Ebenda, S. 30f., S. 36f.

³R. E. Sherwood, Roosevelt and Hopkins (Roosevelt und Hopkins), New York 1950, S. 303 f.

⁴F. Jones, H. Borton and B. R. Pearn, The Far East 1942-1946 (Der Ferne Osten 1942-1946), London – New York – Toronto 1955, S. 103.

jetunion wegen einer Konzentration der Roten Armee an der deutschen Ostgrenze den Krieg erkläre. Die deutschen Imperialisten benutzten diesen Vorwand, um entsprechend einem vorher ausgearbeiteten Plan den wortbrüchigen Angriff auf die UdSSR als Akt der «Notwehr» hinstellen zu können. Als Antwort darauf erklärte die Sowjetregierung, dass «die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick keinerlei Beschwerde bei der Sowjetregierung eingelegt hat, dass Deutschland trotz der von Friedensliebe bestimmten Haltung der Sowjetunion einen Angriff auf die UdSSR unternommen hat und dass somit das faschistische Deutschland der Angreifer ist»¹.

2

Am 22. Juni, 12.00 Uhr, unterrichtete die Sowjetregierung das Sowjetvolk über den Rundfunk vom Ausbruch des Krieges. Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung riefen die Völker der UdSSR auf, die faschistischen Eindringlinge abzuwehren, und vertraten die «feste Überzeugung, dass die ganze Bevölkerung unseres Landes, alle Arbeiter, Bauern und Vertreter der Intelligenz, Männer und Frauen, an ihre Pflichten, an ihre Arbeit mit dem nötigen Bewusstsein heran gehen werden»².

Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung stellten dem Sowjetvolk grosse und verantwortungsvolle Aufgaben: Sie riefen es auf, die Ehre und Unabhängigkeit des sozialistischen Vaterlandes vor dem Feinde zu schützen, die faschistischen Staaten zu zerschlagen, die vom Faschismus versklavten Völker Europas, darunter auch das deutsche Volk, zu befreien und ihnen völlige Freiheit zu geben.

Die Kriegsziele der Sowjetunion bestimmten auch den Charakter des Krieges. Die UdSSR führte einen gerechten, antifaschistischen Befreiungskrieg. Es war der Krieg des Landes, in dem der Sozialismus gesiegt hatte, gegen den imperialistischen Überfall.

Im Ringen auf Leben und Tod mit den Hauptstosskräften der internationalen faschistischen Reaktion verteidigten die Völker der Sowjetunion den Sozialismus. Es war ein Krieg zur Rettung der Weltzivilisation, zur Verteidigung des gesellschaftlichen Fortschritts, zur Erhaltung und Festigung der internationalen Basis für die sozialistische Umgestaltung der Welt.

Mit seinem heroischen Kampf erfüllte das Sowjetvolk seine nationale und internationale

¹ Внешняя политика Советского Союза в период Отечественной Войны. Документы и Материалы (Die Außenpolitik der Sowjetunion während des Großen Vaterländischen Krieges), Bd. 1, Moskau 1946, S. 128. (Im folgenden zitiert als „Die Außenpolitik der Sowjetunion“).

² Ebenda, S. 129.

Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und den Werktätigen aller Länder. Die Kommunistische Partei legte die strategische Linie fest und mobilisierte die breiten Volksmassen zur Zerschlagung des Faschismus; sie gewährleistete, dass die nötigen Voraussetzungen für den Sieg über den Feind geschaffen wurden. Die Interessen der Sowjetunion waren eng mit den Interessen aller Völker verbunden.

Der Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen die faschistischen Staaten war ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Er war entscheidend für die Umwandlung des zweiten Weltkrieges aus einem imperialistischen Krieg in einen antifaschistischen Befreiungskrieg.

Jetzt veränderte sich die militärpolitische Weltlage grundlegend. Vor dem Eintritt der UdSSR in den Krieg hatte es keinen Staat gegeben, der dem Vormarsch der deutschen Kriegsmaschine hätte Einhalt gebieten können.

Die Völker der von Hitler versklavten oder bedrohten Länder blickten voller Hoffnung auf den heldenhaften Kampf des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte. Sie sahen in der Sowjetunion die entscheidende Kraft, die die faschistischen Horden aufhalten und zerschlagen konnte, um die Menschheit von der faschistischen Gefahr zu befreien und die Weltzivilisation zu retten.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die Sowjetregierung taten alles, um die Kräfte des Volkes für die Abwehr des Feindes zu mobilisieren. Die Partei liess sich von der Leninschen These leiten, unbedingt alle Kräfte bis zum Äussersten einzusetzen. W. I. Lenin hatte gesagt: «Die Regel besagt, dass man, wenn es erst einmal zum Kriege gekommen ist, alles den Interessen des Krieges unterordnen, das gesamte innere Leben des Landes dem Kriege unterordnen muss. In dieser Hinsicht ist nicht das geringste Schwanken zulässig.»¹

Auf Beschluss des Zentralkomitees der Partei und der Sowjetregierung wurde das Staatliche Verteidigungskomitee geschaffen, in dessen Händen die politische, militärische und wirtschaftliche Führung des Landes lag. Zum Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees wurde J. W. Stalin ernannt.

Das Zentralkomitee der Partei sandte seine besten Vertreter in die Armee.

¹ W. I. Lenin, Rede in der gemeinsamen Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, des Moskauer Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten, der Gewerkschaften und der Betriebskomitees. 5. Mai 1920, a. a.O., S. 731.

Am 29. Juni 1941 nahm das Zentralkomitee einen ausführlichen Beschluss über die Aufgaben der Partei und des Volkes im begonnenen Krieg an, der alle Besonderheiten des der Sowjetunion aufgezwungenen Krieges widerspiegelt. Er stellte dem Sowjetvolk und seinen Streitkräften konkrete Aufgaben und enthielt einen ausführlichen Plan für die Massnahmen, die den Sieg gewährleisten sollten. Der Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei vom 29. Juni 1941 war das Programm für den Einsatz aller Kräfte des Volkes und aller materiellen Hilfsquellen des Staates zur Vernichtung des Feindes.

Die Kommunistische Partei lenkte und organisierte den Volkskampf gegen die faschistischen Aggressoren. Durch ihre organisatorische Arbeit vereinte die Partei alle Anstrengungen, stellte sie alle Kräfte und Mittel in den Dienst des Sieges. In der Zeit schwerster Prüfungen bewies die Partei erneut, dass sie eine einheitliche Kampforganisation ist.

Am 3. Juli 1941 sprach Stalin, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, im Rundfunk zum Sowjetvolk. Er schilderte in seiner Rede den Ernst der Lage, die Tiefe der Gefahr, vor der das Land und seine arbeitenden Volksmassen standen. Stalin erläuterte den Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über die Aufgaben der Partei und des Volkes im Kriege, der dazu aufrief, einen Vaterländischen Krieg gegen die faschistischen Eindringlinge zu entfachen und das Land in ein einheitliches Kriegslager zu verwandeln.

Die militärische Situation blieb monatelang äusserst schwierig und ernst.

Obwohl die feindlichen Truppen immer tiefer in sowjetisches Gebiet eindringen, wurde das strategische Nahziel des «Barbarossaplans», durch einen blitzartigen Schlag die Hauptmasse der Sowjetarmee in der Grenzzone, westlich der Linie Westliche Dwina-Dnepr, zu vernichten, nicht erreicht. Hier zeigte sich bereits die Unhaltbarkeit der strategischen Absichten des faschistischen Oberkommandos.

Die faschistischen Strategen konnten ihren Plan in einem seiner Hauptpunkte nicht verwirklichen. Die Hoffnungen auf den moralischen Zusammenbruch des Sowjetvolkes und seiner Armee waren gescheitert.

Der hohe Kampfgeist der Armee und des Volkes erlaubte es dem sowjetischen Oberkommando, in schweren Verteidigungskämpfen zahlreiche Formen und Methoden der Kampfführung anzuwenden. Während feindliche Angriffe in einigen Richtungen abgewiesen wurden, ging die Sowjetarmee an anderen Abschnitten und in anderen Richtungen zu Gegenangriffen und Offensiven über. So bemühte sich das

sowjetische Oberkommando, die strategischen Absichten des Gegners zu vereiteln und dadurch die Voraussetzungen für eine Gegenoffensive zu schaffen.

Der Mut und die Standhaftigkeit der Sowjetarmee und des ganzen Volkes veranlassten die Führer des faschistischen Deutschlands nachzudenken. Der Hitlergeneral von Kleist sagte später, die Sowjetsoldaten «waren von Anfang an erstklassige Kämpfer... Sie fochten ausserordentlich zäh, hatten eine erstaunliche Ausdauer.»¹ Tippelskirch schreibt: «Überraschend war die Härte, mit der der Feind kämpfte... Man stand einem Feind mit einem stahlharten Willen gegenüber..., hier handelte es sich nicht darum, in schnellen Schlägen ein Kartenhaus zum Einsturz zu bringen.»² Der bürgerliche englische Militärtheoretiker Fuller bemerkt: «Jedoch die Ereignisse nahmen nicht den gleichen Verlauf wie in Polen und Frankreich. Obwohl der Blitzkrieg äusserlich über alle Massen erfolgreich war, herrschte seltsamerweise innerhalb oder hinter den russischen Linien nur wenig oder gar keine Panik.»³

Trotz der Tapferkeit und des Heldentums der Sowjetsoldaten drang der Feind ständig weiter vor, wenn auch nicht mehr so schnell wie zu Anfang. Die Hauptanstrengungen der sowjetischen Truppen waren in dieser Etappe darauf gerichtet, den Angriff des Gegners zu stoppen und eine geschlossene strategische Front zu bilden. Während der Sommer- und Herbstkämpfe konnten sie mehrmals dem Feind den weiteren Vormarsch verwehren. Nachdem die Hitlerwehrmacht ihre Truppen umgruppiert und neue Kräfte nachgezogen hatte, durchbrach sie jedoch stets die Verteidigung und setzte den Angriff fort. Wegen der zu Beginn des Krieges erlittenen Verluste und wegen des Mangels an Reserven gelang es den sowjetischen Streitkräften nicht, die Front zu stabilisieren.

Das tiefe Eindringen des Feindes in die Sowjetunion erschwerte die planmässige Mobilisierung der Menschen- und Materialreserven zur Kriegführung und nahm dem Sowjetstaat einen beträchtlichen Teil dieser Reserven.

Auf dem sowjetischen Gebiet, das der Feind bis zum November 1941 besetzt hatte, lebten vor dem Krieg 40 Prozent der Gesamtbevölkerung der UdSSR, hier befanden sich 41 Prozent der sowjetischen Bahnlagen, 38 Prozent des gesamten Rindviehs und 60 Prozent der Schweine. Auf diesem Gebiet wurden vor dem Kriege 58 Prozent des Stahls, 60 Prozent des Aluminiums und 84 Prozent des Zuckers der UdSSR er-

¹ Zitiert nach: B. H. Liddell Hart, Jetzt dürfen sie reden, Stuttgart-Hamburg 1950, S. 400.

² K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 187.

³ J. F. C. Fuller, a. a. O., S. 136.

zeugt, aus diesem Gebiet kamen 38 Prozent des gesamten Getreides, 63 Prozent der sowjetischen Kohle und 68 Prozent des Roheisens.¹

Die Evakuierung eines grossen Teils der Industrie aus den vom Feind bedrohten Gebieten in den Osten erschwerte die Umstellung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Krieges. In den ersten drei Kriegsmonaten wurden mehr als 1'360 grosse Betriebe evakuiert, darunter 455 in den Ural, 210 nach Westsibirien, 250 nach Mittelasien und Kasachstan.² Bei der Sowjetregierung wurde unter dem Genossen Schwernik ein Evakuierungskomitee gegründet. Die evakuierten Betriebe fielen in den alten Bezirken für die Produktion aus, in den neuen Bezirken hatten sie aber die Arbeit noch nicht aufgenommen. Die Bruttoindustrieproduktion ging von Juni bis November 1941 auf 47,6 Prozent, die Erzeugung von Eisenwalzgut auf 32,2 Prozent, von Buntmetallwalzgut auf 0,23 Prozent und von Kugellagern auf 4,76 Prozent zurück.³

Ungeheure Anstrengungen der Partei und des gesamten Sowjetvolkes V meisterten die Lage. Im Dezember 1941 gelang es, das Absinken der Industrieproduktion aufzuhalten, und im März 1942 erreichte die Rüstungsproduktion allein in den Ostgebieten den Stand der Vorkriegsproduktion der gesamten UdSSR.⁴ Das Sowjetvolk hatte damit einen grossen wirtschaftlichen Sieg errungen. Der heldenhafte Einsatz der Arbeiterklasse und die vorzügliche technische Ausrüstung der sowjetischen Industrie hatten das Unmögliche möglich gemacht. Feuchter schreibt dazu: «Dass es den Sow-jet-Russen gelungen ist, unter den geschilderten schwierigen Verhältnissen nicht nur die Verlagerung durchzuführen, sondern darüber hinaus in verhältnismässig kurzer Zeit Flugzeuge in grosser Anzahl herauszubringen..., muss als eine der grössten technischen Leistungen im zweiten Weltkrieg gewertet werden. Gerade heute... erscheint es angebracht, auf diese Meisterleistung mit allem Nachdruck hinzuweisen.»⁵

Der Widerstand, den die Sowjetarmee dem angreifenden Feind entgegensetzte, wuchs mit jedem Tag. Die faschistische Presse schrieb neben prahlerischen Frontberichten immer häufiger von den wachsenden Schwierigkeiten des Krieges. Vor ihren Verbündeten aber taten die Faschisten so, als sei alles zum Besten bestellt. Als sich die beunruhigte japanische Regierung in Berlin nach der Lage an der Front erkundigte, antwortete Keitel, «die Verlangsamung des Vormarschtempos der deutschen Armee sei durch

¹ Siehe N. A. Wosnessenski, a. a. O., S. 28.

² Siehe ebenda, S. 32 ff.

³ Siehe ebenda, S. 28.

⁴ Siehe ebenda, S. 29.

⁵ G. W. Feuchter, a. a. O., S. 192.

die übermässige Länge der Nachschubwege und das Hinken der rückwärtigen Verbände verursacht, und das sei der Grund, weshalb der Vormarsch der deutschen Armee um etwa drei Wochen hinter dem Plan zurückbleibe»¹. Doch (Jas, was Hitler noch zu verbergen trachtete, trat für einen auch nur einigermassen aufmerksamen Beobachter klar zutage. So schrieb die schwedische Zeitung «Arbetaren» im Juli 1941: «Die Deutschen sind auf einen weit zäheren und gefährlicheren Gegner gestossen, als sie geglaubt hatten. Die Verluste der Deutschen an Menschen, Panzern und Flugzeugen sind ausserordentlich gross.»²

3

Der Eintritt der Sowjetunion in den zweiten Weltkrieg eröffnete den breiten Volkskampf gegen die faschistischen Okkupanten. Der Vaterländische Krieg des Sowjetvolkes gegen die Aggressoren fand die Sympathie der gesamten fortschrittlichen Menschheit. Sein heldenhafter Widerstand gegen die faschistischen Okkupanten gab den Hitlerdeutschland versklavten Völkern neue Kraft.

Die Widerstandsbewegung in den besetzten Ländern hatte schon vor Ausbruch des Grossen Vaterländischen Krieges begonnen. Nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR wuchs sie erheblich an.

Genosse Maurice Thorez schrieb: «Der Angriff des Hitlerfaschismus auf die Sowjetunion spornte uns zum Widerstand und besonders zur Organisierung des bewaffneten Kampfes an. Die Patrioten verstanden, dass sich ein neues Kräfteverhältnis herausbildete und dass nun die Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker des Sieges sicher und gewiss sein konnten. Bis dahin waren viele Franzosen, wenn sie den Okkupanten auch feindlich gegenübergestanden hatten, skeptisch gewesen und hatten daran gezweifelt, dass sich Frankreich befreien könne. Aber seit dem 22. Juni 1941 sagten sich die Patrioten: ‚Wir stehen nicht allein da; mit einem solchen Verbündeten wie dem Sowjetvolk können wir uns befreien, können wir siegen‘»³

Die Unterstützung des heldenhaft kämpfenden Sowjetvolkes durch die ausländischen kommunistischen Parteien entsprach den nationalen Lebensinteressen ihrer Völker im Kampf für die eigene Unabhängigkeit und Freiheit, im Kampf gegen die faschistische Sklaverei.

Ausserdem erfüllte das Weltproletariat, wenn es die Sowjetunion durch die Volks-

¹ Zitiert nach: «Neue Zeit», Moskau, Heft 18/1947, S. 10.

² Zitiert nach: «Bolschewik», Heft 18/1941, S. 6.

³ M. Thorez, a. a. O., S. 155.

massen der kapitalistischen Länder und vor allem durch die Arbeiterklasse unterstützte, seine internationale Pflicht gegenüber dem sozialistischen Staat.

In allen Ländern stand die Kommunistische Partei an der Spitze des Kampfes der Völker gegen den Faschismus. Im Feuer des Kampfes wuchs der Einfluss der Kommunisten, der kühnen, tapferen Kämpfer gegen das faschistische Regime.

Zu dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR gaben die kommunistischen Parteien Erklärungen ab, die ein konkretes, den Bedingungen des jeweiligen Landes entsprechendes Kampfprogramm enthielten, den Beitrag der Volksmassen zur möglichst schnellen Vernichtung der faschistischen Eroberer.

Die kommunistischen Parteien der von Deutschland besetzten Länder Ost- und Südosteuropas riefen die Volksmassen auf, gegen die Faschisten zu kämpfen, eine Partisanenbewegung zu schaffen und bewaffnete Aufstände vorzubereiten. Die Kommunistische Partei Bulgariens richtete am 22. Juni einen Aufruf an das Volk, und in seiner Sitzung vom 24. Juni beschloss das Zentralkomitee, Kurs auf die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes zu nehmen.¹ So stellten die bulgarischen Kommunisten schon im Juni 1941 die ersten Partisaneneinheiten auf. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei fasste ähnliche Beschlüsse und schuf die Voraussetzungen dafür, dass im September 1941 in Prag das Zentrale Nationale Revolutionäre Widerstandskomitee gegründet werden konnte.

Vom Juli 1941 an nahmen die Sabotage- und Diversionsakte in der Tschechoslowakei einen Massencharakter an. Die Arbeitsproduktivität der für Deutschland arbeitenden tschechischen Werke sank um 40 Prozent. Diversionsgruppen sprengten Fabriken und Kraftwerke, zündeten Lager von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen an, zerstörten Maschinen, stellten unbrauchbare Maschinen und Waffen her. Im Skoda-Werk in Plzen wurden verschiedene Abteilungen lahmgelegt, die Arbeit stockte. In der Fabrik für Artilleriemunition in Hrebnička wurde das Kraftwerk unbrauchbar gemacht. In einigen Grossbetrieben streikten die Belegschaften unter Leitung der Kommunisten. Gestreikt wurde unter anderem im Skoda-Werk in Hradec Králové, im Flugzeugwerk «Walter», im Rüstungswerk Kolben-Danek, in der Waggonfabrik Ringhoffer in Prag und in der Kladnoer Poldi-Hütte. Im Sommer 1941 nahmen in der Ostslowakei und in einigen Bezirken Böhmens die ersten Partisanengruppen den Kampf auf.

¹ Siehe Die bulgarische kommunistische Partei in Resolutionen und Beschlüssen, auf Konferenzen und Plenartagungen des ZK, Bd. III, Sofia 1954, S. 448 ff. ¹¹

Am 22. Juni trat in Belgrad das Politbüro des ZK der Kommunistischen Partei Jugoslawiens zusammen. Es nahm einen Appell «An die Völker Jugoslawiens» an, der zum bewaffneten Kampf gegen die Okkupanten aufrief. Am 27. Juni wurde in Belgrad der Hauptstab der Partisanengruppen gegründet. Bereits im Juli 1941 kam es zu zahlreichen Kämpfen der von den Kommunisten gebildeten Partisanengruppen gegen die Okkupanten und ihre Helfershelfer.

Die ersten Schüsse jugoslawischer Partisanen fielen in Serbien am 7. Juli 1941, in Montenegro am 13. Juli, in Kroatien, Bosnien und der Herzogewina am 27. Juli. Bald war ganz Jugoslawien von der Flamme des Partisanenkampfes erfasst.

Am 8. November 1941 fand in der vom Feind besetzten Hauptstadt Albaniens, Tirana, eine illegale Konferenz von Vertretern kommunistischer Gruppen statt. Die Konferenzteilnehmer bekundeten den festen Glauben an die Zerschlagung des Faschismus und beschlossen, die Albanische Kommunistische Partei als einheitliche Organisation der Arbeiterklasse zu schaffen. Die Partei begann sofort den grossangelegten Partisanenkampf gegen die Eroberer vorzubereiten.

In Deutschland gaben die illegal kämpfenden Kommunisten Flugblätter heraus, in denen sie die Hintergründe des Überfalls auf die Sowjetunion erläuterten. Nach Angaben der Gestapo erschienen von Januar bis Mai 1941 in Deutschland monatlich 62 bis 519 illegale Flugblätter und Broschüren. Im Juli, im ersten Monat nach dem Überfall, stieg die Zahl der illegalen Veröffentlichungen rasch auf 3'797 an. Im August und September veränderte sich diese Zahl nur wenig, im Oktober aber schnellte sie auf 10'227 empor.¹

Am 6. Oktober 1941 richtete die Kommunistische Partei Deutschlands einen Aufruf an das deutsche Volk und die deutschen Truppen, an die Arbeiter und Bauern, an alle Werktätigen. Der Aufruf untersuchte gründlich die Lage und warnte dann das deutsche Volk: «Am 22. Juni hat Hitler durch seinen heimtückischen und treubruchigen Überfall auf die Sowjetunion das schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk begangen und das grösste Unheil über Deutschland gebracht.»²

Die kommunistischen Parteien der USA und Englands riefen die Völker und Regierungen ihrer Länder auf, sich mit der Sowjetunion zu vereinigen, mit ihr eine Front zum gemeinsamen Kampf gegen Hitlerdeutschland zu bilden. In den Etklärungen dieser Parteien wurde hervorgehoben, dass die Sache der Sowjetunion die Sache der

¹ Siehe O. Winzer, a. a. O., S. 192.

² Zitiert nach: ebenda, S. 186.

Werktätigen der ganzen Welt, die Sache des Friedens und des Sozialismus ist. Die Kommunistische Partei Englands appellierte: «Schaffen wir eine starke Einheitsfront des britischen Volkes und der Völker des ersten sozialistischen Staates der Welt!» Die Kommunistische Partei der USA setzte sich für «völlige und unbegrenzte Zusammenarbeit der USA und Englands mit der UdSSR» ein.¹ Der englische Journalist Parker hebt die einmütige begeisterte Zustimmung der Werktätigen hervor und unterstreicht, wie unerwartet die Schlussfolgerung war, «dass England noch nie einen Verbündeten gehabt hatte, der unter den Arbeitern so populär gewesen wäre, wie die Sowjetunion»².

Die kommunistischen Parteien der von Hitlers Truppen besetzten westeuropäischen Länder erläuterten den Massen die Ziele und den Charakter des deutschen Überfalls auf die UdSSR. Die Kommunistische Partei Frankreichs erklärte in einem Sonderaufruf vom 22. Juni 1941, das französische Volk werde niemals gegen das Sowjetvolk kämpfen. In einem Kommentar zu diesem Aufruf schrieb die «Humanité»: «Heute fühlt sich jeder Franzose solidarisch mit den Millionen sowjetischer Werktätiger, die morgen den Hitlerfaschismus zertreten und durch die Tat Frankreich bei der Wiedererringung seiner Freiheit helfen werden... Franzosen und Französinnen, fasst Mut, die Stunde der Befreiung naht. Wir werden die Hitlertruppen aus unserem Lande vertreiben und Frankreich frei, stark und unabhängig machen.»³

Die erste französische Partisaneneinheit wurde schon vor dem faschistischen Überfall auf die UdSSR im April 1941 im Departement Haute Vienne gebildet. Nach dem 22. Juni 1941 gründete die Kommunistische Partei Frankreichs auch in anderen Departements des Landes Partisanengruppen. Der bewaffnete Kampf des französischen Volkes gegen die deutschen Okkupanten wurde von dem im September 1941 vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs geschaffenen Nationalen Kriegskomitee geleitet.

Schon in der ersten Woche nach dem Überfall auf die UdSSR jagten französische Patrioten bei Paris einige deutsche Güterzüge die Böschung hinab. In Toulouse wurde ein grosses deutsches Treibstofflager angezündet, in Wingles eine Rüstungsfabrik gesprengt. Am 14. Juli 1941, am französischen Nationalfeiertag, fanden in dem von den Deutschen besetzten Paris gewaltige antideutsche Demonstrationen

¹ «Daily Worker» vom 23. Juni 1941.

² R. Parker, Verschwörung gegen den Frieden, Moskau 1949, S. 77.

³ «L'Humanité» vom 22. Juni 1941.

statt. Die Demonstranten sangen die Marseillaise und riefen durch Plakate mit der Aufschrift «Es lebe die Sowjetunion!» zum Kampf auf. Im Pariser Zentrum töteten Patrioten einige Hitleroffiziere. Im Juli 1941 entstanden im Departement Pas de Calais Partisanengruppen von Bergarbeitern. Eine Partisanengruppe eröffnete im Elsass den Kampf.

In Belgien verübten Partisanen 1941 und 1942 1'657 Sabotageakte und Unternehmungen gegen die deutschen Okkupanten, darunter 246 Gleissprengungen und durch Sabotage herbeigeführte Zugentgleisungen und Zusammenstöße.¹ In den Strassen Amsterdams wurden von 1941 bis 1945 über 500 deutsche Soldaten und Offiziere getötet.

Der heldenhafte Kampf des Sowjetvolkes gegen die faschistischen Aggressoren unterstützte auch das chinesische Volk im Kampf gegen das imperialistische Japan. Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Deutschland veränderte im Fernen Osten die Lage grundlegend zugunsten der freiheitliebenden Völker, zugunsten des chinesischen Volkes. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas veröffentlichte am 7. Juli 1941 eine Erklärung, in der die Aufgaben des Volksbefreiungskrieges gegen Japan in der neuen Situation erläutert wurden. In der Erklärung wurde eine starke antifaschistische Koalition der UdSSR, Chinas, Englands und der USA gefordert. Die Kommunistische Partei verlangte den Abbruch aller Beziehungen Chinas zu Deutschland und Italien. In dem Aufruf wurde ein Programm zur Verstärkung des Widerstandes gegen die japanischen Aggressoren aufgestellt. Die Kommunistische Partei Chinas erklärte: «Indem die UdSSR der faschistischen Aggression Widerstand leistet, verteidigt das Sowjetvolk in diesem von der Sowjetunion geführten heiligen Krieg nicht nur sein eigenes Land, sondern auch alle Völker, die den Befreiungskrieg gegen die faschistische Unterjochung führen.»²

Die Deklaration der Kommunistischen Partei Chinas, die zum Banner > breiter Volksmassen geworden war, wurde von der Kuomintang und ihrer Tschiang-Kaischek-Regierung abgelehnt. Anlässlich der Abberufung der faschistischen Diplomaten aus China gab die Kuomintangregierung ihnen zu Ehren ein Bankett, auf dem der Kriegsminister Ho In-tsing im Namen seiner Regierung erklärte, Deutschland und Japan würden im zweiten Weltkrieg den Sieg erringen.

Der Kampf der kommunistischen Parteien, den die breiten Volksmassen unterstützten, hatte entscheidenden Einfluss auf das Entstehen der antifaschistischen Koalition. Schon in den ersten Tagen des Grossen Vaterländischen Krieges begann sich um die

¹ Siehe W. Görnitz, Der zweite Weltkrieg 1939-1945, Bd. 2, Stuttgart 1952, S. 68 f.

² Mao Tse-tung, a. a. O., Bd. 4, S. 29.

Sowjetunion eine Einheitsfront der gegen die faschistischen Unterdrücker kämpfenden Völker zu bilden.

In der ersten Zeit nach dem Überfall auf die UdSSR, vor der Zerschlagung der faschistischen Truppen bei Moskau, beschränkte sich die Befreiungsbewegung der Völker in den von den Faschisten besetzten Ländern Europas noch auf einzelne Handlungen, auf Operationen kleinerer Gruppen. Das war das Anfangsstadium des Befreiungskampfes, dessen Flamme immer höher aufloderte.

4

Die Ziele der Sowjetunion im Grossen Vaterländischen Krieg stellten auch der sowjetischen Aussenpolitik die Aufgaben für die Dauer des Krieges. Sie hatte die günstigsten internationalen Bedingungen für den Sieg über den Feind zu sichern. Die imperialistischen Pläne für einen «Kreuzzug» gegen die Sowjetunion und die Pläne zur Isolierung des Sowjetstaates mussten vereitelt werden; es galt, eine starke antifaschistische Koalition der Völker zu schaffen, das feindliche Lager zu schwächen und seine Kräfte zu spalten sowie die heimtückischen antisowjetischen Pläne der herrschenden Kreise der USA und Englands zu vereiteln, die mit Hitlerdeutschland und dem imperialistischen Japan als Werkzeug die Sowjetunion ohnmächtig machen und die revolutionäre und demokratische Bewegung in Europa sowie die nationale Befreiungsbewegung im Osten zerschlagen wollten. Schliesslich begann die sowjetische Aussenpolitik noch während des Krieges den Kampf für den demokratischen Aufbau der Welt nach dem Kriege.

Die Führer des faschistischen Deutschlands waren, ebenso wie viele Politiker in den USA und in England, davon überzeugt, dass eine antifaschistische Koalition von Staaten mit einander widersprechenden Gesellschaftsordnungen unmöglich sei.

Am Vorabend des faschistischen Angriffs auf die UdSSR, am 21. Juni 1941, arbeitete das USA-Aussenministerium ein Memorandum aus, in dem es hiess, dass die USA «nicht vorzeitig besondere Versprechungen abgeben oder irgendwelche Verpflichtungen hinsichtlich unserer künftigen Politik gegenüber der Sowjetunion eingehen dürfen»¹. Mit dieser nebelhaften Formulierung wurde die Möglichkeit abgelehnt, eine antifaschistische Koalition zu schaffen. Das State Department hob hervor, dass sich die USA in ihrer künftigen Politik gegenüber der Sowjetunion, wenn diese von Deutschland angegriffen werden sollte, darauf beschränken wür-

¹ Zitiert nach: W. Langer und S. Gleason, Der nichterklärte Krieg, a.a. O., S. 531.

den, Exportbegrenzungen im Handel mit der UdSSR zu lockern, allerdings nicht auf Kosten anderer Lieferungen und des Eigenbedarfs der USA.

«Selbst dann, als es klar wurde, dass die Hitlerhorden eine tödliche Gefahr für die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker bildeten, da Hitlerdeutschland noch vor dem Überfall auf die Sowjetunion elf europäische Länder unterjocht hatte, darunter auch Frankreich, dessen Heer seiner Zeit als das stärkste in Europa galt, als Grossbritannien die Gefahr einer völligen Zerschmetterung drohte, selbst dann gaben die Imperialisten die Hoffnungen nicht auf, ihre Lage auf Kosten der überfallenen Sowjetunion zu verbessern.»¹ Doch wer eine Koalition für unmöglich hielt, wer die objektiven Gesetzmässigkeiten des historischen Prozesses nicht verstand und übersah, irrte sich sehr. Es zeigte sich, dass die Wirkung der objektiven Gesetzmässigkeiten stärker war als der Wille einzelner Politiker.

Die imperialistischen Gegensätze begünstigten als objektive Gesetzmässigkeiten, dass die antifaschistische Koalition entstehen konnte. Die herrschenden Kreise der USA und Englands waren gezwungen, sich mit der UdSSR zu verbünden, denn ohne ein solches Bündnis hätten sie im Kampf mit Deutschland, ihrem Konkurrenten und Gegner, keinen Erfolg erringen können. In dem Buch «Vereinigtes Königreich. Aussenpolitik, Strategie, Wirtschaft», das 1950 vom «Königlichen Institut für internationale Beziehungen» herausgegeben worden ist, wird zugegeben, dass während des zweiten Weltkrieges Deutschland nahe daran gewesen sei, das Vereinigte Königreich zu zerschlagen, obgleich es nur einen Teil seiner Kräfte gegen England ein setzen konnte. Ohne die Sowjetunion wäre es zweifelhaft gewesen, ob das Vereinigte Königreich, sogar mit Unterstützung des gesamten Commonwealth und der Vereinigten Staaten, den Krieg überlebt hätte.² In einem offiziellen Bericht General Marshalls hiess es, dass «ohne die erfolgreichen Operationen der Sowjetarmee die amerikanischen Truppen nicht imstande gewesen wären, dem Aggressor standzuhalten, und der Krieg hätte auf den amerikanischen Kontinent übergegriffen»³. Kalte Berechnung zwang die herrschenden Kreise der USA und Englands, sich mit der Sowjetunion zu verbünden.

Die britischen und amerikanischen Imperialisten hatten lange Zeit nachzuweisen

¹ Thesen der KPdSU und der SED zum 40. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution, a. a. O., S. 31.

² Siehe United Kingdom – Policy Foreign, Strategie, Economic (Vereinigtes Königreich – Aussenpolitik, Strategie, Wirtschaft), Royal Institut of International Affairs 1950, S. 41.

³ The War Reports of George C. Marshall, H. H. Arnold, E. S. King (Die Kriegsberichte Marshalls, Arnolds, Kings), New York 1947, S. 149.

versucht, dass eine internationale Zusammenarbeit zwischen den kapitalistischen Ländern und der UdSSR unmöglich sei. Die Wirklichkeit hat diese Behauptungen widerlegt. Die Möglichkeit einer internationalen Zusammenarbeit von Staaten mit verschiedenen Gesellschafts- und Staatsordnungen wurde im zweiten Weltkrieg sehr anschaulich bestätigt. Gerade die Gegner der Zusammenarbeit mussten sie anstreben.

Der Kampf der breiten Volksmassen bedingte als andere objektive Gesetzmässigkeit das Zustandekommen der antifaschistischen Koalition. Die überwiegende Mehrheit des englischen und des amerikanischen Volkes stand auf der Seite der UdSSR, verlangte den gemeinsamen Kampf ihrer Länder an der Seite der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die Sowjetregierung berücksichtigten in ihrer Aussenpolitik die objektiven Entwicklungsgesetze und arbeiteten, gestützt darauf, für die Schaffung und Stärkung der antifaschistischen Koalition.

Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung liessen sich in ihrem Kampf für die antifaschistische Koalition von den Weisungen Lenins leiten: «Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter grösster Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man *unbedingt* aufs Sorgfältigste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten ‚Riss‘ zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Massenverbündeten zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus *überhaupt* begriffen.»¹

Die entstandene Situation, die Aussenpolitik der Sowjetunion und ihre am ersten Tag verkündeten Kriegsziele beeinflussten die Entscheidung der Regierungen der USA und Grossbritanniens, ein Bündnis mit der UdSSR zu schliessen. Entsprechende Erklärungen wurden im Namen der britischen Regierung am 22. Juni 1941 durch Churchill und im Namen der USA-Regierung am 24. Juni durch Roosevelt abgegeben.

Die führenden Kreise der USA und Englands dachten bei Abgabe dieser Erklärungen daran, die Sowjetunion auszunutzen, um Deutschland zu schwächen, und gleichzeitig durch Deutschland die Sowjetunion erschöpfen und verbluten zu las-

¹ W. I. Lenin, Der «linke Radikalismus», die Kinderkrankheit im Kommunismus.
In: W. I. Lenin, Über den Parteiaufbau, Berlin 1958, S. 648.

sen. Churchill begann seine Rundfunkansprache mit den Worten: «Niemand ist ein unversöhnlicherer Gegner des Kommunismus gewesen als ich selbst seit fünfundzwanzig Jahren.»¹ Doch Churchill musste immerhin zugeben, dass der sowjetische Kampf gegen die faschistischen Armeen für das Schicksal Englands entscheidend sei. Er fuhr fort: «Die Gefährdung Russlands ist daher unsere eigene Gefährdung und die Gefährdung der Vereinigten Staaten, und der Kampf jedes Russen für Heim und Herd ist der Kampf aller freien Menschen und aller freien Völker in allen Teilen der Welt.»² In den USA wurde Roosevelts Erklärung zusammen mit einem Interview des Senators Harry Truman veröffentlicht, des späteren Vizepräsidenten und Präsidenten der USA. In diesem Interview sagte Truman mit unübertrefflichem Zynismus: «Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnen wird, sollten wir Deutschland helfen und sie auf diese Weise so viele wie möglich einander totschiessen lassen.»³

Der persönliche Vertreter des Präsidenten der USA beim Papst, Taylor, erklärte dem Vatikan, dass die amerikanische Regierung die UdSSR unterstütze, «um Nazideutschland zu verhindern, das russische Volk zu bezwingen und sich damit Weizen, Öl und andere für weitere Angriffe notwendige Dinge zu sichern»⁴. Am 3. September 1941 richtete Roosevelt einen Brief an den Papst, in dem er schrieb, die USA unterstützten die UdSSR im Krieg gegen Hitlerdeutschland, weil das sowjetische Regime im Augenblick für die USA weniger «gefährlich» sei als der deutsche Faschismus. In dem Schreiben hiess es: «Die einzige Waffe, welche die russische Diktatur ausserhalb ihrer Grenzen anwendet, ist die kommunistische Propaganda. Deutschland... hat ausserhalb seiner Grenzen jede Art militärischer Aggression unternommen, um die Welt durch die Gewalt der Waffen und durch die Macht der Propaganda zu erobern.»⁵

Die antifaschistische Koalition entstand, weil der Krieg gegen Deutschland den Charakter eines gerechten Krieges, eines Befreiungskrieges trug, einen Charakter, der sich mit dem Kriegseintritt der Sowjetunion herausbildete und festigte. Die Sowjetregierung tat alles, um die geplante antifaschistische Koalition zu verwirklichen.

Während des ganzen Grossen Vaterländischen Krieges war die Sowjetunion stets

¹ W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 3/1, S. 442.

² Ebenda, S. 444.

³ Zitiert nach: Kai Moltke, Krämer des Krieges, Berlin 1953, S. 267.

⁴ Kriegskorrespondenz zwischen Präsident Roosevelt und Papst Pius XII., Zürich 1947, S. 73.
⁵ Ebenda, S. 77 f.

und ständig Initiator der antifaschistischen Koalition. Schon Anfang Juli 1941 schlug die Sowjetregierung England durch den britischen Gesandten in Moskau vor, ein Abkommen zu schliessen, um ein Bündnis beider Länder im Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu schaffen. Der Vorschlag wurde angenommen, und am 12. Juli 1941 wurde das sowjetisch-britische Abkommen über gemeinsame Kriegshandlungen gegen Deutschland unterzeichnet. Die Partner verpflichteten sich, einander im Krieg gegen Hitlerdeutschland mit allen Mitteln zu helfen und zu unterstützen und ohne Einverständnis des anderen keine Verhandlungen zu führen oder Waffenstillstands- und Friedensverträge abzuschliessen.¹

Das Abkommen war der erste bedeutende Schritt zur Anti-Hitler-Koalition. Es bereite den Weg für freundschaftliche Bündnisbeziehungen zwischen der UdSSR und England, zwischen der UdSSR und den anderen Staaten des britischen Empire. Das Abkommen zeugte von dem festen Wunsch beider Staaten, gute Bündnisbeziehungen herzustellen und zu entwickeln.

Die Verhandlungen wurden fortgesetzt, um die Formen und Methoden der gegenseitigen Unterstützung festzulegen. Der wichtigste Punkt der Verhandlungen war die zweite Front. Die Schwierigkeiten, mit der die Sowjetunion zu ringen hatte, hätten bedeutend verringert werden können, wenn sofort eine zweite Front geschaffen worden wäre, die einen Teil der deutschen Kräfte gebunden hätte. Deshalb legte Stalin am 18. Juli 1941 Churchill nahe, eine zweite Front zu schaffen.

In der Botschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR an den britischen Premierminister hiess es: «Eine Front in Nordfrankreich würde nicht nur Kräfte Hitlers vom Osten abziehen, sondern auch eine Invasion Hitlers nach England unmöglich machen. Die Schaffung einer solchen Front wäre sowohl in der Armee Grossbritanniens als auch bei der Bevölkerung Südenglands populär. Ich kann mir durchaus vorstellen, wie schwierig es ist, eine solche Front zu schaffen, doch ich meine, dass man sie trotz der Schwierigkeiten schaffen müsste, nicht nur um unserer gemeinsamen Sache willen, sondern auch im Interesse Englands selbst.»²

Die zweite Front hätte geschaffen werden können. Hitlerdeutschland hatte den

¹ Siche Die Außenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 131 f.

² Переписка Председателя Совета Министров СССР с Президентами США и премьер-министрами Великобритании во время Великой Отечественной Войны 1941—1945 гг. (Briefwechsel des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR mit den Präsidenten der USA und den Premierministern Grossbritanniens während des Grossen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945), Bd. 1, Moskau 1957, S. 11. Im folgenden zitiert als „Briefwechsel“.

Hauptteil seiner Streitkräfte gegen die Sowjetunion geworfen und Westeuropa stark entblösst. Die britische Armee hatte sich nach Dünkirchen erholt, sie war neu ausgerüstet worden und war zahlenmässig stark. Die Sowjetregierung war, wie Churchill bezeugt¹, bereit, England bei der Bildung der zweiten Front mit drei oder vier Armeekorps zu unterstützen.

Churchill aber lehnte – bemüht, die Sowjetunion zu schwächen – entschieden alle Vorschläge über die Schaffung einer zweiten Front ab. Er fügte zwar hinzu, dass man «andere Methoden» finden werde, «um unserem gemeinsamen Feind einen Schlag zu versetzen» und dass England alles zur Unterstützung der Sowjetunion tun würde. Doch diese unbestimmten Versprechungen waren sehr zweifelhaft.

Daneben drechselte der Premierminister Grossbritanniens Lobreden auf die Sowjetarmee und das Sowjetvolk. Er schrieb: «Die Bewunderung für Ihre mutig und zäh kämpfenden Soldaten und Ihr Volk sind bei uns allgemein.»² Das englische Volk achtete und schätzte ehrlich die Leistungen der Sowjetunion, aber aus Churchills Feder klangen solche Reden nicht aufrichtig. In seinen Erinnerungen schreibt er, er habe sich bemüht, «die Lücke durch Liebenswürdigkeit zu schliessen»³.

Die Sowjetregierung versuchte, auf die britische Regierung einzuwirken. Am 3. September 1941 warf Stalin in einer Botschaft an den britischen Premierminister erneut die Frage einer zweiten Front auf. Diese Front musste geschaffen werden, um zu verhindern, dass Deutschland seine Gegner nacheinander schlagen konnte. Die Sowjetunion brauchte ausserdem kriegswichtige Rohstoffe, Flugzeuge und Panzer.

Die britische Regierung war lediglich bereit, der Sowjetunion einige kriegswichtige Güter zu liefern. Diese Hilfe konnte selbstverständlich nicht mit einer zweiten Front verglichen werden; sie hätte der Sowjetunion aber immerhin einen Teil der augenblicklichen Schwierigkeiten abgenommen. Die britische Regierung zögerte die Lieferungen jedoch hinaus: Sie wollte die Frage gemeinsam mit den USA zum Schaden der UdSSR lösen.

Die Regierung der USA neigte dazu, der Sowjetunion mit Material, Waffen und Munition zu helfen, wollte ihr aber geradezu erpresserische Bedingungen aufzwingen und verschleppte damit ebenfalls die Lieferungen.

Die Regierungen der USA und Englands entsandten Roosevelts engsten Berater, Harry Hopkins, als verantwortlichen Vertreter zu Vorbesprechungen über die Liefe-

1 Siehe W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 3/2, S. 10 f.

2 Ebenda, S. 11.

3 Ebenda, S. 18.

rungen nach Moskau. Der Präsident der USA gab ihm einen Brief an Stalin mit, in dem es hiess: «Ich bitte Sie, Mr. Hopkins das gleiche Vertrauen entgegenzubringen, das Sie empfinden, wenn Sie mit mir sprächen.»¹ Hopkins besuchte London, wo er ein Gespräch mit Churchill führte, und Ende Juli 1941 traf er in Moskau ein.

In Moskau erklärte Harry Hopkins, die USA und England seien bereit, die Sowjetunion zu unterstützen, machte dabei allerdings einige Vorbehalte. Er forderte als Bedingung für die Lieferungen im Namen der Regierung der USA, dass die Regierung «voll und ganz nicht nur über die militärische Lage Russlands, sondern auch über Art, Menge und Qualität der Rüstungsproduktion ebenso wie über die Rohstoffmengen und die Produktionsmöglichkeiten unterrichtet»² werde. Die USA-Regierung bemühte sich also, von der Sowjetunion alle für die Beurteilung der militärischen Lage und der Verteidigungsmöglichkeiten der UdSSR wesentlichen Angaben zu erhalten. Durch diese Bedingungen blieben die Lieferungen weiter ungeklärt. Dennoch besserten sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA. Am 2. August 1941 wurden zwischen der UdSSR und den USA Noten über die wirtschaftliche Unterstützung der Sowjetunion durch die Vereinigten Staaten gewechselt. Die Sowjetunion erklärte den USA eindeutig, dass die Lieferungen in einem solchen Umfang und so schnell organisiert werden müssten, wie es dem «Ausmass der militärischen Operationen der Sowjetunion in ihrem bewaffneten Widerstand gegen den Aggressor»³ entsprach.

Doch trotz ihrer Versprechungen taten die Regierungen der USA und Englands nichts, um die Sowjetunion in den ersten, schwersten Kriegsmonaten zu unterstützen. Und auch in den folgenden Kriegsjahren blieb die Hilfe der USA und Englands im Vergleich zu den Leistungen der UdSSR äusserst gering. Die Sowjetunion band die Hauptkräfte der faschistischen Truppen und unterstützte damit ihre Verbündeten weitaus stärker. Während des ganzen Krieges blieb die sowjetisch-deutsche Front die Hauptfront des zweiten Weltkrieges.

Schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn nahm die Sowjetunion diplomatische Beziehungen zu den Exilregierungen verschiedener Länder auf, die das faschistische Deutschland besetzt hatte, so zu den Regierungen der Tschechoslowakei, Polens, Belgiens und Norwegens. Dieser Schritt ihrer Aussenpolitik war ein neuer Beweis

¹ R. E. Sherwood, a. a. O., S. 322.

² Ebenda. S. 341.

³ Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 143.

für das unablässige Streben der UdSSR, die nationale Souveränität der von Deutschland eroberten Länder wiederherzustellen; darin widerspiegelte sich auch der heisse Wunsch der sowjetischen Völker, den Befreiungskampf in den besetzten Ländern voll- auf zu unterstützen. Hier unterschied sich die sowjetische Politik grundsätzlich von der Politik der herrschenden Kreise der USA und Englands, die sogar noch im Kriege die kleinen europäischen Länder als Wechselgeld im imperialistischen Spiel betrachteten.

Die Regierungen der USA und Englands sahen lange nicht die Notwendigkeit einer nationalen Wiedergeburt der Tschechoslowakei ein, ja sie bestanden sogar noch auf ihrer Meinung, dass sich Hitlerdeutschland dieses Land durchaus berechtigt angeeignet habe. England, ein am Münchener Abkommen beteiligter Staat, zögerte lange, dieses Abkommen zu annullieren. Deshalb gestattete die britische Regierung Benes trotz seiner durchaus englandfreundlichen Haltung anfänglich nicht, eine Exilregierung zu bilden. Selbst als diese Regierung am 9. Juli 1940 gebildet worden war, erkannte England sie nicht an. Als die britische Regierung diese Haltung einfach nicht mehr länger vertreten konnte, entschloss sie sich, die tschechoslowakische Exilregierung bedingt als provisorische Regierung anzuerkennen, erklärte aber einschränkend, dass England «durch den Akt der Anerkennung nicht die Absicht ausdrückt, sich im Voraus durch Verpflichtungen zu binden, in Zukunft die Festsetzung irgendwelcher Grenzen in Mitteleuropa anzuerkennen oder zu unterstützen»¹. Hinter dieser Formulierung verbarg sich der Wunsch der britischen Regierung, die Frage der Abkehr von München nicht im Voraus zu entscheiden und keine Verpflichtungen abzugeben, die vor dem Münchener Abkommen geltenden tschechoslowakischen Grenzen wiederherzustellen.

Die Sowjetregierung prüfte in Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung die Möglichkeiten einer offiziellen Anerkennung. Als die britische Regierung davon erfuhr, beschloss sie, der Sowjetunion zuvorzukommen und eine Note über die bedingungslose Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung zu veröffentlichen. Damit wollte sie den grossen Eindruck verwischen, den die sowjetische Haltung auf die tschechoslowakischen Völker machen musste. Doch während sich die britische Regierung noch den Kopf darüber zerbrach, welche Klauseln sie in die Anerkennung einbauen sollte, unterzeichnete die Sowjetunion am 18. Juli das Abkommen mit der Tschechoslowakei.

¹ Bojuici Ceskoslovensko 1938-1945 (Kämpfende Tschechoslowakei 1938-1945), Prag 1945, S. 55.

Wenige Stunden später überreichte Eden dem Aussenminister der tschechoslowakischen Exilregierung, Jan Masaryk, ein Schreiben, in dem die britische Regierung die De-jure-Anerkennung der tschechoslowakischen Exilregierung in London erklärte. Die durch den sowjetischen Schritt zu diesem Schreiben gezwungenen englischen Politiker sprachen erneut davon, dass sie «hinsichtlich der territorialen Fragen auf ihrem Standpunkt»¹ beharren, das heisst dem Münchener Abkommen treu bleiben würden. Sogar noch am 5. August 1942, als England endlich zugab, dass Deutschland durch sein Vorgehen das Münchener Abkommen zerrissen habe, meinte Eden in einer Note, die tschechoslowakischen Grenzen sollten erst nach dem Krieg endgültig festgelegt werden.² Die britische Regierung wich damit auch jetzt noch einer Anerkennung der tschechoslowakischen Grenzen, wie sie vor dem Münchener Abkommen verlaufen waren, aus. Der britische Standpunkt unterschied sich also grundsätzlich von der sowjetischen Haltung.

Das sowjetisch-tschechoslowakische Abkommen vom 18. Juli 1941 sah vor, dass sich beide Staaten im Kampf gegen Hitlerdeutschland unterstützten und in der UdSSR nationale tschechoslowakische Truppenteile gebildet würden.

Am 5. Juli 1941 begannen in London Verhandlungen zwischen Vertretern der UdSSR und der polnischen Exilregierung, die, aktiv durch England unterstützt, unberechtigte Ansprüche auf westukrainische und westbelorussische Gebiete erhob. Entgegen den nationalen Interessen ihres unter Hitlers Joch schmach tenden Volkes widersetzten sich die polnischen Emigranten lange dem Abschluss eines sowjetisch-polnischen Abkommens, das schliesslich am 30. Juli 1941 doch unterzeichnet wurde, obgleich sich die Partner noch nicht über die Grenzen geeinigt hatten. Der erste Punkt des Abkommens lautete: «Die Regierung der UdSSR betrachtet die sowjetisch-deutschen Verträge von 1939 über die territorialen Veränderungen in Polen als ungültig. Die polnische Regierung erklärt, dass Polen an kein gegen die Sowjetunion gerichtetes Abkommen mit einer dritten Seite gebunden ist.»³ Die übrigen Punkte des Abkommens legten fest, dass sich beide Staaten im Krieg gegen Deutschland unterstützen würden und eine polnische Armee in der UdSSR geschaffen werden sollte.

Durch den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus entwickelten sich die Beziehungen zwischen den beiden Völkern erfolgreich. Die Politik der polnischen Exil-

¹ R. H. Lockhart, *Comes the Reckoning (Kommt die Abrechnung?)*, London 1947.

² Siehe *Bojuici Ceskoslovensko 1938-1945*, a.a. O., S. 110.

³ *Die Aussenpolitik der UdSSR*, a.a.O., S. 138.

regierung richtete sich gegen den Willen des Volkes und gegen das Abkommen mit der UdSSR. Sie vertrat damit eigennützige Interessen und die Pläne der Imperialisten. Die Politik der polnischen Exilregierung wurde von den reaktionären polnischen Kreisen bestimmt, die bis 1939 die antisowjetischen Pläne des Hitleragenten und polnischen Aussenministers Beck unterstützt hatten. Die polnischen Emigrantenkreise erhoben, statt die tatsächlichen Interessen des polnischen Volkes zu vertreten, Ansprüche auf altes ukrainisches und belorussisches Land. Während das Sowjetvolk unter Anspannung aller Kräfte heldenhaft gegen einen zahlenmässig und technisch überlegenen Gegner kämpfte, um unter anderen eben diese Gebiete von den Faschisten zu befreien, fielen verantwortungslose Politiker dem Kampf gegen den Faschismus in den Rücken.

Die sowjetfeindliche Politik der polnischen Exilregierung Sikorski äusserte sich darin, dass ausgerechnet der durch seine nicht gerade freundschaftliche Haltung zur Sowjetunion bekannte General Anders zum Oberkommandierenden der polnischen Armee in der UdSSR ernannt wurde. Während Anders auf dem Staatsgebiet der UdSSR, materiell unterstützt durch das Sowjetvolk, eine polnische Armee aufstellte, dachte er gar nicht daran, gegen den deutschen Faschismus zu kämpfen, sondern er wollte seine Truppen für höchst abenteuerliche Ziele einsetzen. Als Gebiet, in dem die polnische Armee aufgestellt werden sollte, wurde ein Bezirk an der mittleren Wolga festgelegt. Dazu erklärte Anders seinen Vertrauten: «Ich freue mich sehr über diese Wahl, denn das uns zugewiesene Gebiet ist weit genug von der Front entfernt, und die militärischen Operationen werden uns während der Ausbildung nicht stören. Wenn dann die Rote Armee unter den Schlägen der Deutschen zusammenbricht, was sich spätestens in ein paar Monaten ereignen wird, können wir uns am Kaspischen Meer entlang in den Iran durchschlagen. Wir werden auf diesem Gebiet dann die einzige bewaffnete Macht sein und tun können, was wir wollen.» In diesem Geiste erzog Anders auch die ihm unterstellten Truppen.

Die Sowjetunion unterstützte nicht nur die Völker Osteuropas, sondern auch die Völker Westeuropas in ihrem nationalen Kampf. Am 27. September 1941 tauschten die Sowjetunion und das Französische Nationalkomitee Noten aus. Die Sowjetregierung erklärte sich früher als die USA und England bereit, «den ‚Freien Franzosen‘ allseitige Hilfe und Unterstützung in dem gemeinsamen Kampf gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten zu erweisen»¹. Ausserdem verpflichtete sich die

¹ Ebenda, S. 168.

UdSSR, «nach der Erringung unseres gemeinsamen Sieges über den gemeinsamen Feind für die volle Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Grösse Frankreichs zu sorgen»¹. Das war die erste echte Anerkennung der «Freien Franzosen», sie besass die Kraft eines Bündnisvertrages gegen den gemeinsamen Feind.

Die Sowjetunion dehnte also ihre aussenpolitischen Beziehungen erheblich aus und stärkte damit ihre internationale Position. Diese Entwicklung ergab sich gesetzmässig aus dem Kampf der Sowjetunion gegen den Faschismus, in dem sie alle fortschrittlichen Kräfte zu vereinen suchte.

5

Grosse Bedeutung für die antifaschistische Koalition, für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, den USA und Grossbritanniens gewann der Iran. Durch den Iran liefen wichtige Verbindungslinien, das Land besass strategisch bedeutende Rohstoffe – Erdöl – und grenzte an wichtige Bezirke des sowjetischen Hinterlandes.

Hitlerdeutschland hatte ziemlich enge Beziehungen zu den herrschenden Kreisen des Irans hergestellt, im Land ein ausgedehntes Agentennetz geschaffen und begann Rohstoffe und Lebensmittel auszuführen. Hitler sah im Iran einen neuen Brückenkopf gegen die Sowjetunion. So entstand eine ernste Gefahr für die Interessen der UdSSR, aber auch für die Interessen Englands und der ganzen Anti-Hitler-Koalition. Die Sowjetregierung warnte die Regierung des Irans am 26. Juni, 19. Juli und 16. August vor den Folgen einer solchen Politik. Doch die mit Hitlerdeutschland verbundene iranische Regierung schlug diese Ratschläge in den Wind.

Am 25. August 1941 richtete die Sowjetregierung eine neue Note an den Iran, in der sie Tatsachen aus der Geschichte der sowjetisch-iranischen Beziehungen anführte, die von der freundschaftlichen Politik der UdSSR gegenüber dem Iran zeugten. Sie erinnerte ausserdem an die drei letzten Noten, die bisher nicht beachtet worden waren. Die Sowjetregierung musste annehmen, dass die deutschen Agenten im Iran in gröbster und unverschämtester Weise die «elementaren Forderungen der Achtung vor der Souveränität des Irans» verletzten und «das Gebiet des Irans zum Schauplatz der Vorbereitung eines militärischen Überfalls auf die Sowjetunion»² machten. Im

¹ Ebenda.

² Ebenda, S. 155.

Hinblick auf die im Iran entstandene Lage erinnerte die Sowjetunion daran, dass sie nach dem Vertrag von 1921 nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sei, die in Artikel 6 des Vertrages genannten Massnahmen der Selbstverteidigung zu treffen. Dazu gehörte unter anderem auch, sowjetische Truppen in den Iran einmarschieren zu lassen, um die der UdSSR und dem Iran drohenden Gefahren zu beseitigen. Am 26. August 1941 rückten sowjetische Truppen in den Iran ein.

Gleichzeitig trafen britische Truppen im Süden des Irans ein. Obwohl die Massnahmen gegenüber dem Iran von der sowjetischen und der britischen Regierung gemeinsam ergriffen wurden, verfolgten die herrschenden Kreise Englands dabei eigene Ziele. Die britischen Imperialisten wollten ihre Position im Mittleren Osten festigen und stärken sowie die gespannte Lage an der sowjetisch-deutschen Front ausnutzen, um einen Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Iran zu erreichen. Sie dachten, später den ganzen Iran besetzen und weiter nach Norden vorrücken zu können, um schliesslich Sowjetisch-Transkaukasien zu erreichen.

Die Beziehungen der UdSSR und Grossbritanniens zum Iran wurden am 29. Januar 1942 durch einen Vertrag der drei Staaten geregelt, in dem zwischen der UdSSR, England und dem Iran ein Bündnis geschlossen wurde. Die Sowjetunion und England verpflichteten sich, die territoriale Integrität, die Souveränität und die politische Unabhängigkeit des Irans zu achten, den Iran gegen jede Aggression zu schützen und ihre Truppen spätestens sechs Monate nach dem Abschluss aller Kampfhandlungen gegen Deutschland und seine Verbündeten vom iranischen Staatsgebiet abzuziehen. Der Iran verpflichtete sich dagegen, mit den verbündeten Staaten zusammenzuarbeiten, ihnen die Benutzung der Verbindungslinien zu gestatten und ihnen mit Material und Arbeitskräften zu helfen.

Der Einmarsch sowjetischer und britischer Truppen in den Iran und der zwischen den drei Staaten geschlossene Vertrag besaßen grosse internationale Bedeutung. Hitlers iranische Agentur war unschädlich gemacht und ein neuer Kriegsherd im Mittleren Osten beseitigt worden. Der Iran wurde Mitglied der antifaschistischen Koalition und stellte sein Gebiet und seine Hilfsquellen in den Dienst des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind. Das Vorgehen der UdSSR und Grossbritanniens, das erste aktive Auftreten dieser Länder als Bündnispartner im gemeinsamen Kampf, bewies klar die Realität der antifaschistischen Koalition.

Die Sowjetunion blieb ihren internationalen Verpflichtungen unverändert treu und erfüllte gewissenhaft alle Bedingungen des Vertrages mit dem Iran. Die Sowjetregierung leistete dem Land wertvolle Wirtschaftshilfe, vor allem durch Lebensmittelliefer-

rungen. England verletzte dagegen seine Verpflichtungen und bemühte sich, das Land zu versklaven. Mit England und zugleich gegen England betrieben die USA-Imperialisten im Südiran die gleiche Politik.

Die USA drängten dem Iran ein knechtendes Abkommen auf, durch das einer amerikanischen wirtschaftlichen Sondermission unter der Leitung des Vertreters der amerikanischen Monopole Arthur Chester Millspaugh unbegrenzte Rechte gewährt wurden. Millspaugh hatte schon 1921 an der Unterwerfung des Irans im Interesse der amerikanischen Geschäftsleute gearbeitet. 1942 wurde er zum Generaladministrator der iranischen Finanzen ernannt. Die USA kontrollierten jetzt die Wirtschaft, die Finanzen und den Staatsapparat des Landes, um den Iran allmählich zur Kolonie des amerikanischen Imperialismus zu machen. Erst 1945 gelang es dem iranischen Volk, die Mission Millspaugh aus dem Land zu vertreiben. Doch nach dem Krieg setzten die USA den Kampf um die Bodenschätze des Irans fort und konnten sich, nachdem sie England verdrängt hatten, einen beträchtlichen Teil des iranischen Erdöls aneignen.

6

Die von der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung verkündeten Befreiungsziele des Grossen Vaterländischen Krieges hatten zur Folge, dass sich die freiheitliebenden Völker der Welt um die UdSSR scharten. Die Sowjetunion trat als die Hauptkraft der Anti-Hitler-Koalition auf, die durch die Erfolge ihrer Politik geschaffen worden war. Die Volksmassen forderten von den Regierungen der USA und Englands ein wirksames Bündnis mit der UdSSR.

Beide Regierungen beschlossen, die militärische Lage zu diskutieren und eine Linie des Handelns festzulegen. Natürlich wäre es vernünftiger gewesen, mit der Sowjetunion gemeinsam zu verhandeln. Die Regierungen der Westmächte zogen es jedoch vor, separate Besprechungen zu führen.

Die Konferenz der Regierungsvertreter der USA und Englands fand, streng geheimgehalten, auf Kriegsschiffen im Marinestützpunkt Argentia (Neufundland) statt. Die Konferenz befasste sich mit der Lage im Stillen Ozean, mit den Formen der Unterstützung der Sowjetunion und mit den britischen und amerikanischen Zielen im zweiten Weltkrieg.

Die Verhandlungspartner untersuchten die Situation im Stillen Ozean und die durch sie bedingte Politik der USA und Englands und beschlossen, dass die Ver-

einigten Staaten weiterhin mit, der japanischen Regierung verhandeln sollten handeln sollten.¹ Durch diese Verhandlungen wollten die USA ihre Differenzen mit Japan auf Kosten der Sowjetunion und Chinas lösen.

Zur zweiten Frage berichtete Hopkins über seine Moskareise. Die Regierungsvertreter beschlossen, der UdSSR Kriegsmaterial zu liefern. Die amerikanischen und britischen Imperialisten glaubten, durch diese Lieferungen vor allem die UdSSR und Deutschland schwächen zu können. Sie wollten durch die Hilfe den Widerstand der sowjetischen Truppen gegen den deutschen Vormarsch stärken und gleichzeitig die UdSSR von den USA und England abhängig machen.

Am 15. August 1941 richteten der Präsident der USA und der Premierminister Grossbritanniens an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR eine gemeinsame Botschaft, in der sie vorschlugen, in Moskau eine Konferenz zur Erörterung der Frage der wechselseitigen Lieferungen von Rohstoffen und Kriegsmaterial einzuberufen. Die Sowjetregierung war mit diesem Vorschlag einverstanden.

Fast zwei Jahre hatten während des zweiten Weltkrieges die Regierung der USA und die britische Regierung über ihre Kriegsziele geschwiegen. Die herrschenden monopolistischen Kreise dieser Länder konnten den Völkern ihre wahren imperialistischen Absichten nicht offenbaren. Sie beeilten sich auch nicht, heuchlerische Erklärungen abzugeben, weil sie fürchteten, sich damit die Hände zu binden. Nachdem jedoch die Sowjetunion ihre edlen, auf die Befreiung gerichteten Kriegsziele bekanntgegeben hatte, mussten auch die Regierungen der USA und Grossbritanniens endlich Stellung nehmen.

Bei der Diskussion über die Ziele der USA und Englands traten die britisch-amerikanischen imperialistischen Gegensätze offen hervor. Die USA wollten in die Erklärung über die Kriegsziele solche Punkte aufnehmen, die dem amerikanischen Kapital ungehinderten Zugang zu britischen Besitzungen verschaffen und diese Besitzungen neu aufteilen sollten. Churchill wandte sich entschieden gegen die amerikanischen Vorschläge und wies darauf hin, dass «England keinen Augenblick beabsichtigt, auf seine Vorrangstellung in den britischen Dominien zu verzichten»². Der Konflikt wurde durch einen Kompromiss gelöst. In die anglo-amerikanische Deklaration über die Kriegsziele wurden die alten Expansionsforderungen der USA («Freiheit der Meere», «gleiche Möglichkeiten» u.a.) aufge-

¹ Siehe Frieden und Krieg. Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten 1931-1941, Washington 1943, S. 129.

² Zitiert nach E. Roosevelt, Ero rJiasaMM (Mit seinen Augen), Moskau 1947, S. 51.

nommen, jedoch als ein zu nichts verpflichtender Wunsch. Der Vorbehalt, dass bei der Verwirklichung der Deklaration «die bestehenden Verpflichtungen» beachtet werden würden, das heisst die englischen Rechte auf die Herrschaft über die Kolonialvölker des Empires, schränkte die Interessen der britischen Imperialisten allerdings ein.

Die auf der genannten Konferenz ausgearbeitete britisch-amerikanische Erklärung über die Kriegsziele, die den Namen «Atlantikcharta» erhielt, wurde am 14. August 1941 unterzeichnet. Der grosse Aufschwung der Befreiungsbewegung der Völker, die gerechten Ziele der Sowjetunion zwangen die Regierungen der USA und Grossbritanniens, in die Atlantikcharta demokratische Versprechungen aufzunehmen, obwohl sie nie daran dachten, sie zu erfüllen. Das demokratische Aushängeschild diente lediglich dazu, die wahren imperialistischen Ziele der herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens zu verbergen.

In der Atlantikcharta hiess es, die USA und Grossbritannien strebten nicht nach territorialen Erwerbungen, würden keine gewaltsamen territorialen Veränderungen dulden, die Rechte aller Völker auf die Wahl der eigenen Regierungsform achten, gleiche Bedingungen für den Handel schaffen usw. Doch jeder einzelne Punkt war so gefasst, dass auch die feierlichsten Verpflichtungen umgangen werden konnten.

Im Punkt 3 der Atlantikcharta hatten sich die USA und Grossbritannien verpflichtet, die Völker im Kampf um die nationalen Rechte und die Souveränität zu unterstützen. Allerdings hatten sie sich auch hier eine Hintertür offengelassen. Sie wollten nur den Völkern helfen, die durch direkte Gewalt ihre Rechte verloren hatten. Später wurde dieser Vorbehalt sogar noch erweitert. Die USA und Grossbritannien betrachteten als direkte Gewalt oder Raub nur Aggressionshandlungen der faschistischen Mächte und wollten diesen Punkt nicht auf die Kolonialvölker anwenden. In seiner Parlamentsrede vom 9. September 1941 sagte Churchill: «Bei der Zusammenkunft auf dem Atlantischen Ozean hatten wir in erster Linie die Wiederherstellung der Souveränität, der Selbstregierung und des nationalen Lebens derjenigen Staaten und Nationen Europas, die jetzt von den Nazis unterjocht sind, im Sinn.»¹

Später wurde Churchill noch deutlicher, als er zu demselben Problem erklärte: «Ich bin nicht Premierminister des Königs geworden, um bei der Liquidierung des britischen Empire den Vorsitz zu führen.»²

Schliesslich verloren die Vertreter beider Regierungen in der Atlantik-Charta

¹ Zitiert nach: P. Dutt, Indien heute, Berlin 1951, S. 577.

² «The Times» vom 11. November 1942.

kein Wort über die Notwendigkeit, alle Kräfte für die Erringung des Sieges zu mobilisieren – gerade darauf hatten aber die Völker gewartet.

Die Sowjetregierung erklärte am 24. September 1941 zu den demokratischen Versprechungen der Atlantikcharta, sie sei mit den Grundprinzipien dieser Charta einverstanden, glaube jedoch, dass ihre praktische Anwendung «unbedingt auf die Umstände, Bedürfnisse und historischen Besonderheiten des jeweiligen Landes abgestimmt»¹ sein müsse. Die UdSSR betonte, dass es notwendig sei, «die Hitleraggression zu zerschlagen und das Joch des Nazismus zu vernichten», die Souveränitätsrechte und die nationale Unabhängigkeit aller Völker wiederherzustellen.

Die Erklärung der Sowjetunion hatte grosse internationale Bedeutung, sicherte sie doch die führende Rolle in der Anti-Hitler-Koalition. Der Anschluss der UdSSR an die Atlantikcharta stärkte den demokratischen Charakter dieses Dokuments.

Die Sowjetunion, deren Bemühungen die antifaschistische Koalition geschaffen hatten, stellte ein Koalitionsprogramm auf, das dem antifaschistischen Befreiungscharakter des Krieges völlig entsprach. Das Aktionsprogramm der britisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition rief die Völker auf, die Rassendiskriminierung zu beseitigen, für Gleichberechtigung der Nationen und Unantastbarkeit ihres Territoriums zu kämpfen; die versklavten Nationen zu befreien und ihre Souveränitätsrechte wiederherzustellen; jeder Nation das Recht zu sichern, sich eine Ordnung nach ihrem eigenen Wunsch zu geben; die geschädigten Nationen wirtschaftlich zu unterstützen und ihnen zu helfen, einen materiellen Wohlstand zu erreichen; die demokratische Freiheit wiederherzustellen und das Hitlerregime zu vernichten.

Das Programm war stark, weil es moralisch dem Faschismus gewaltig überlegen war, sich auf die Kraft der Sowjetunion als der entscheidenden Macht der Anti-Hitler-Koalition stützte und die Grundinteressen sowie die Grundbestrebungen der fortschrittlichen Menschheit vertrat. Deshalb unterstützten alle freiheitliebenden Völker dies Programm mit allen Mitteln.

Eine wichtige Etappe im Kampf der Sowjetunion für die antifaschistische Koalition war die Moskauer Konferenz von Vertretern der UdSSR, der USA und Grossbritanniens vom 29. September bis zum 1. Oktober 1941. Die imperialistischen Mächte entsandten als ihre Vertreter die grössten Monopolherren, die sich bemühten, der UdSSR knechtende Bedingungen für die Beziehungen zu den USA und zu Grossbritannien aufzuzwingen.

¹ Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 166.

Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden auf der Konferenz von dem Bankier Harriman vertreten, einem Magnaten des Schiffbaus, der Flugzeug- und Eisenbahnindustrie und ehemaligen Besitzer von Konzessionen für Manganerzvorkommen in Grusinien; für Grossbritannien kam Beaverbrook, der «König» der reaktionären Presse.

Auf der Moskauer Konferenz verlangten die Vertreter der USA und Grossbritanniens, die Sowjetunion solle der Stationierung amerikanischer und britischer Truppen in Sowjetisch-Transkaukasien und Sibirien zustimmen.¹ Die amerikanischen und britischen Vertreter zeigten starkes Interesse für das Schicksal der sowjetischen Ostseeflotte.² Schliesslich versuchten die Vertreter der USA und Grossbritanniens, «Sonderbedingungen» für ihre «Hilfe» zu erörtern.

Alle diese Bemühungen hatten nichts mehr mit den Grundlagen gemein, auf denen die antifaschistische Koalition geschaffen worden war. Die sowjetische Seite trat entschlossen dagegen auf. Die Sowjetunion betrachtete die Lieferungen als eine der Formen der wechselseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten der antifaschistischen Koalition, und sie setzte sich mit ihrer Ansicht durch.

Doch auch konkrete Fragen konnten nur mühsam gelöst werden. Churchill hatte der britischen Delegation eine Instruktion gegeben, in der sehr kleine Lieferungen für die Sowjetunion vorgesehen waren, die überdies erst Ende 1942 einsetzen sollten. «Ihre Funktion», hiess es in der Instruktion, «besteht nicht nur darin, bei der Ausarbeitung dieser Pläne für die Hilfe an Russland mitzuwirken, sondern auch dafür zu sorgen, dass wir selbst dabei nicht weissbluten; und sollte es Ihnen passieren, dass die russische Atmosphäre Sie kleinkriegt, dann werde ich hier umso fester bleiben.»³

Die an die USA und Grossbritannien gerichteten, im Verhältnis zu deren Mitteln äusserst bescheidenen Anforderungen der UdSSR wurden noch beträchtlich gekürzt. Als zum Beispiel die Sowjetunion Anfang Oktober 1941 um 30'000 Tonnen Aluminium bat, wurden ihr nur 5'000 Tonnen monatlich versprochen.⁴ Dabei

¹ Siehe R. E. Sherwood, a. a. O., S. 388.

² Am 12. September 1941 wurde der Sowjetunion vom britischen Botschafter in Moskau ein Memorandum überreicht, in dem es hiess: «Wäre die Sowjetregierung gezwungen, ihre Kriegsschiffe in Leningrad zu versenken, damit sie nicht in Feindeshand fallen, würde die Regierung Seiner Majestät nach dem Krieg Ansprüche der Sowjetregierung auf Ersatz dieser Schiffe durch Grossbritannien in gewissem Rahmen anerkennen.» (Siehe W. S. Churchill, a. a. O., S. 104.)

³ Ebenda, S. 93.

⁴ Siehe ebenda, S. 103.

versuchten die Vertreter der westlichen Verbündeten wiederum, durch die Lieferungen von der Sowjetunion umfassende Geheiminformationen zu erpressen. Die britischen und amerikanischen Vertreter verzichteten schliesslich auf ihre unbegründeten Forderungen und sagten der UdSSR für das nächste Jahr Lieferungen zu, weil sie doch daran interessiert waren, dass die Sowjetunion den faschistischen Truppen Widerstand leistete. Auch die Transportfrage wurde gelöst. Am Schluss der Konferenz, am 1. Oktober 1941, unterzeichneten die Vertreter die entsprechenden Dokumente.

Einen Monat später, am 2. November 1941, informierte die USA-Regierung die UdSSR von ihrem Beschluss, das Lend-Lease-Gesetz auf die Lieferungen an die Sowjetunion auszudehnen und ihr einen ersten Kredit von einer Milliarde Dollar zu bewilligen.

Trotz der angespannten militärischen und wirtschaftlichen Lage lieferte die Sowjetunion nach England und in die USA Rohstoffe, mit denen die Rüstungsproduktion dieser Länder erweitert werden konnte. Die beiden Partner erfüllten dagegen ihre Lieferverpflichtungen nicht fristgemäss. In einem amtlichen amerikanischen Bericht über das Lieferprogramm heisst es, das erste Protokoll über Lieferungen für die UdSSR sei nur zu 80 Prozent erfüllt worden.¹ Viele offizielle Persönlichkeiten der USA und Grossbritanniens geben zu, dass die Lieferungen ihrer Länder in die Sowjetunion in den Jahren 1941/42 «enttäuschend klein»² gewesen seien.

Die beiden reaktionären amerikanischen Historiker Langer und Gleason schreiben, dass «die Lieferungen nach Russland unverändert gering blieben. Im Juli 1941 machte der Export nach Russland nicht mehr als 6521919 Dollar aus, vom 1. Oktober an wuchs er immerhin auf 29 Millionen Dollar.» Bei diesen Ausmassen der Lieferungen, meinen die Verfasser, hätten die USA nur einen «höchst unbedeutenden Beitrag zur Verteidigung der Sowjets oder zum endgültigen Sieg an der Ostfront geleistet»³. Doch selbst diese britisch-amerikanischen Lieferungen waren für die Sowjetunion, die im Krieg gegen Deutschland ihre Kräfte aufs Äusserste anspannen musste, eine gewisse Hilfe.

Auf der Moskauer Konferenz wurden im Wesentlichen alle auf die Tagesordnung gesetzten Fragen geklärt und damit bewiesen, dass die Staaten der antifaschistischen Koalition wohl zusammenarbeiten konnten. Hitlers Plan, die Gegner einzeln zu erledigen, musste scheitern.

Bald nach der Moskauer Konferenz, am 8. November 1941, schlug die Sowjet-

¹ Siehe E. R. Stettinius, *Welt in Abwehr*, Leipzig – München 1946, S. 258.

² R. Deane, *The strange Alliance (Die seltsame Allianz)*, New York

³ W. L. Langer und S. E. Gleason, a. a. O., S. 215.

regierung der britischen Regierung vor, die gegenseitigen Beziehungen zu klären, sich über die Kriegsziele und die Pläne für die Organisation des Friedens nach dem Kriege zu einigen und schliesslich einen Vertrag über gegenseitige militärische Hilfe in Europa abzuschliessen. Gleichzeitig wies die Sowjetregierung auf die unhaltbaren britischen Argumente hin, mit denen die britische Regierung die Kriegserklärungen an Deutschlands Satelliten Finnland, Ungarn und Rumänien zu umgehen suchte.

Während die Sowjetunion ehrlich und aufrichtig bestrebt war, die Bündnisbeziehungen zu entwickeln und zu festigen, gaben die herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens ihre doppelzünglerische Politik nicht auf, die sie schon vor dem Krieg betrieben hatten. Sie setzten die geheimen, Manöver fort, um einen neuen antisowjetischen und antidemokratischen Pakt mit Hitler zu schliessen.

Während Lord Beaverbrook nach Moskau reiste, führte sein Sohn Max Aitkin, damals Offizier der britischen Armee und später Mitglied des britischen Parlaments, im Namen der britischen Regierung in Lissabon am 13. September 1941 ein Geheimgespräch mit dem ungarischen Faschisten Gustav von Köver, der im Auftrag der deutschen Regierung handelte. Beide berieten über einen sowjetfeindlichen Separatfrieden zwischen England und Hitlerdeutschland.¹ Die englische Seite verletzte damit ihre Bündnisverpflichtung gegenüber der UdSSR.

Doch die imperialistischen Gegensätze zwischen England und Deutschland blieben bestehen. Die unerbittliche Logik des Geschehens verstärkte die Bündnisbeziehungen zwischen der UdSSR, England und den USA. Die Anti-Hitler-Koalition der Völker und Regierungen wurde zu einem immer realeren Faktor.

7

Der antifaschistischen Koalition stand der Block der Aggressoren unter Hitlerdeutschland gegenüber. Er war auf rein imperialistischer Basis als Bündnis von Aggressoren entstanden, die sich in dem Streben nach Raub und Gewinn zusammengeschlossen hatten. Deutschland bevormundete seine europäischen Verbündeten und übte auf sie einen direkten Druck aus.

Als Deutschland wortbrüchig, die UdSSR überfiel, hatte es bereits eine Reihe von europäischen Ländern erobert und unterworfen. In diesen Ländern standen

¹ Siehe Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges, Berlin 1952, S. 63f.

deutsche Truppen, arbeiteten Gestapo und SS. Hitlers Verbündete hatten sich nur den Schein einer Selbständigkeit bewahrt, das entscheidende Wort aber führten die deutschen Machthaber.

Von Beginn des sowjetisch-deutschen Krieges an wirkte sich die militärische Unterstützung, die Deutschlands Verbündete leisteten, auf das Kräfteverhältnis an den Fronten aus.

Deutschland geizte nicht mit Versprechungen, wenn es darum ging, von seinen Verbündeten Kanonenfutter zu erhalten. Am 16. Juli 1941 wurde im Führerhauptquartier die Teilung der Sowjetunion besprochen. Die Konferenz beschloss, die Krim und die angrenzenden Gebiete, die Ukraine, die baltischen Staaten, die Wälder von Bialystok und die Halbinsel Kola Deutschland zuzusprechen. Das Land an der Wolga sollte deutsche Kolonie werden, Transkaukasien einschliesslich Baku deutsche Militärkolonie. Bessarabien und Odessa versprach man Rumänien, desgleichen auch das sowjetische Gebiet westlich des Dnestr; Leningrad, das Gebiet Leningrad und Ostkarelien sollte Finnland erhalten; Galizien und das Karpathenvorland wurden Ungarn zugesichert.

Die Gemeinsamkeit der Raubziele einte die Staaten des Hitlerblocks. Doch sie konnte die äusserst scharfen Gegensätze im faschistischen Lager nicht beseitigen. Die Satellitenländer waren unzufrieden mit ihrer untergeordneten Stellung. In Italien wuchs die Missstimmung von Tag zu Tag an. Jahrzehntlang hatte der italienische Imperialismus vom Weltreich geträumt. Statt der von Mussolini verkündeten «historischen Rolle des grossen italienischen Imperiums» musste man sich jetzt mit der niederen Stellung eines Handlangers Hitlers begnügen. Die italienischen Industriebetriebe schlossen ihre Tore aus Mangel an Roh- und Brennstoffen, die nach Deutschland gebracht wurden. Deutsche Industrielle nutzten die günstige Gelegenheit aus und kauften für einen Spottpreis die Betriebe auf, um sie nach Deutschland zu verlagern.

Ein stummer Kampf entbrannte zwischen den Satellitenländern Deutschlands wegen der Lieferungen von Kanonenfutter. Jedes Land wollte einen möglichst kleinen Beitrag leisten und seine Streitkräfte für den Kampf um die Teilung der Beute schonen. Vor allem spitzte sich der rumänisch-ungarische Konflikt, ausgelöst durch territoriale Forderungen, immer mehr zu.

Als Deutschland jedoch noch militärische Erfolge errang, jubelten seine treuesten «Verbündeten» im Vorgeschmack der Beute.

Die Regierungen der USA und Englands, die im sowjetisch-finnischen Krieg Finnland aktiv unterstützt hatten, bemühten sich, ihre Beziehungen zu diesem Verbün-

deten des faschistischen Deutschlands zu erhalten. Der USA-Aussenminister Hull ging sogar so weit, am 3. Oktober 1941 den finnischen Botschafter in den USA zur Eroberung eines Teils des sowjetischen Gebiets zu beglückwünschen.¹

Nachdem die UdSSR und Grossbritannien das Abkommen über gemeinsame Operationen im Krieg gegen Deutschland unterzeichnet hatten, forderte die Sowjetregierung, von der fortschrittlichen Öffentlichkeit Grossbritanniens unterstützt, dass Grossbritannien den Verbündeten Hitlerdeutschlands, die an dem Überfall auf die UdSSR beteiligt waren, den Krieg erklären sollte. Churchill unterstützte unbeirrbar die finnischen Reaktionäre und versuchte, die berechtigte sowjetische Forderung zu umgehen, sah jedoch bald, wie haltlos sein Standpunkt war. Die britische Regierung musste am 6. Dezember 1941 Finnland, Ungarn und Rumänien den Krieg erklären.

Ehe Churchill diesen seinen Schritt verwirklichte, richtete er am 29. November 1941 durch den USA-Botschafter in Finnland, Schoenfeld, eine persönliche Botschaft an den Oberbefehlshaber der finnischen Armee, Mannerheim, in der er schrieb: «Ich bin tief bekümmert über das, was ich kommen sehe, dass wir nämlich aus Loyalität zu dem mit uns verbündeten Russland genötigt sein werden, Finnland in einigen Tagen den Krieg zu erklären... Für die vielen englischen Freunde Ihres Landes wäre es höchst schmerzlich, Finnland zusammen mit den verbrecherischen und geschlagenen Nazis auf der Anklagebank zu sehen. In Erinnerung an unsere angenehmen Unterhaltungen und an unsere Korrespondenz über den letzten Krieg sehe ich mich veranlasst, Ihnen diese rein private Nachricht zur Erwägung zugehen zu lassen, bevor es zu spät ist.»² Mannerheim erwiderte auf den Brief Churchills, dass er den freundschaftlichen Schritt des britischen Premierministers «durchaus würdige»³.

Nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR erklärte die japanische Regierung der Sowjetunion offiziell, dass sie sich entsprechend dem japanischsowjetischen Vertrag neutral verhalten werde. Doch gleichzeitig teilte die japanische Regierung Deutschland mit, es im Krieg gegen die Sowjetunion am fernöstlichen Ende der faschistischen «Achse» unterstützen zu wollen. Die Neutralitätserklärung sollte also nur die Sowjetunion täuschen.

Die japanische Zeitung «Kokumin» schrieb damals: «Der Krieg zwischen Deutschland und der UdSSR ist nicht nur ein Krieg dieser beiden Staaten. Er ent-

¹ Siehe J. Wuorinen, a. a.O., S. 136.

² W. S. Churchill, a.a.O., S. 183f.

³ Ebenda, S. 184.

scheidet auch das Schicksal Ostasiens. Dieser Krieg ist ein Krieg der Achsenmächte.»¹

Die Haltung der japanischen Regierung befriedigte Deutschland noch nicht, das die Kraft des sowjetischen Widerstandes gespürt hatte und Japans Hilfe gegen die UdSSR ausnutzen wollte, um gleichzeitig auch Japan zu schwächen. Am 1. Juli 1941 forderte Ribbentrop in einem Telegramm von Tokio den unverzüglichen Angriff auf die UdSSR als Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen aus dem Berliner Pakt. Der Angriffsplan, der den verschlüsselten Namen «Kantokuen» («Besondere Manöver der Kwantungarmee») trug, war vorher vom japanischen Oberkommando gemeinsam mit dem deutschen Generalstab ausgearbeitet worden.

Am 2. Juli 1941 erörterte eine Konferenz der führenden Politiker und Militärs unter dem Vorsitz des japanischen Kaisers Hirohito Ribbentrops Telegramm. Sie beschloss, dass Japan die UdSSR angreifen solle, wenn Deutschland an der sowjetisch-deutschen Front entscheidende Erfolge erzielt und die UdSSR gezwungen habe, ihre Truppen aus dem Fernen Osten abzuziehen. In dem Beschluss heisst es wörtlich: «Obgleich unser Verhältnis zum deutsch-sowjetischen Krieg durch den Geist der Achse Rom-Berlin-Tokio bestimmt wird, werden wir uns zunächst nicht in ihn einmischen, wir werden aber aus eigener Initiative Massnahmen treffen und im geheimen zum Krieg gegen die Sowjetunion rüsten... Falls sich der deutsch- sowjetische Krieg zugunsten Japans entwickelt, werden wir unter Anwendung von Waffengewalt das nördliche Problem lösen und die Stabilität in den nördlichen Gebieten sichern.»² So offenbarten sich wiederum die japanisch-deutschen imperialistischen Gegensätze. Japan bemühte sich, Deutschland die Hauptlast des Krieges aufzubürden, um sich selbst zu schonen. Sogar die offizielle britische Geschichtsschreibung hebt diese Tatsache hervor: «Deutschland fürchtete den japanischen Sieg in Asien, Japan wiederum dachte voll Sorge daran, was Deutschland im Fernen Osten unternehmen könnte, wenn es seine Herrschaft in Europa errichtet hätte.»³

Die Konferenz beschloss ausserdem, die japanischen Streitkräfte in der Mandschurei und in Korea, an den Grenzen der Sowjetunion, wesentlich zu verstärken. Zur Auswahl der entsprechenden Kontingente und ihrer Ausbildung traf Japan im Sommer 1941 einige Mobilmachungsmassnahmen. Daneben bereiteten sich in der Mandschurei Geheimabteilungen, die auf Befehl des Kaisers Hirohito geschaffen

¹ «Kokumin» vom 2. Juli 1941.

² Aus der Rede des sowjetischen Anklägers auf dem Tokioter Prozess gegen die japanischen Hauptkriegsverbrecher. Zitiert nach: Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten, Berlin 1955, S. 409.

³ F. Jones, H. Borton und B. R. Pearn, a.a. O., S. 103.

worden waren, verstärkt auf den Einsatz von bakteriologischen Massenvernichtungsmitteln vor.

Die Eroberungsbestrebungen des japanischen Imperialismus kannten keine Grenzen. Ein Auszug aus der Zeitung «Nippon» vermittelt eine ungefähre Vorstellung von ihnen: «Die Hauptkampflinie der japanischen Verteidigung soll von der Kara-See im Norden über den Ural zum Kaspischen Meer, weiter zum Kaukasus und zum Persischen Golf verlaufen, durch Saudi-Arabien hindurch nach Aden im Süden. Diese Verteidigungslinie ist für die Existenz eines Blocks der Länder des gemeinsamen Aufblühens des grossen Ostasiens unbedingnt nötig.»¹

Obwohl Japan selbst nicht in den Krieg gegen die UdSSR eingriff, unterstützte es Hitlerdeutschland schon gleich in den ersten Tagen nach dem Überfall auf die Sowjetunion. Die Bedeutung dieser Unterstützung hob Ribbentrop in einem Telegramm nach Tokio am 15. Mai 1942 hervor. In dem Telegramm heisst es, die Konzentration japanischer Truppen an der sowjetisch-mandschurischen Grenze erleichterte die Lage Deutschlands, «da Russland in jedem Falle gezwungen ist, in Ostsibirien Streitkräfte zu stationieren, um einem japanisch-russischen Konflikt vorzubeugen»². Ausserdem versorgte die japanische Regierung Deutschland schon in den ersten Tagen nach dem faschistischen Überfall auf die UdSSR mit Spionagematerial über die wirtschaftliche, militärische und politische Lage der UdSSR. In einem Telegramm vom 15. Juli 1941 gab Ribbentrop dem deutschen Botschafter in Tokio den Auftrag: «Danken Sie dem japanischen Aussenministerium für den uns telegraphisch übermittelten Bericht des japanischen Botschafters in Moskau... Es wäre gut, wenn wir auch in Zukunft ständig auf diese Weise Nachrichten aus Russland bekommen könnten.»³

Daneben versuchte Japan hartnäckig, die sowjetischen Häfen im Fernen Osten durch räuberische Überfälle auf sowjetische Handelsschiffe zu blockieren. Es verlangte von der Sowjetregierung, den Transport von Gütern für die Sowjetunion über Wladiwostok einzustellen. Die Regierung der UdSSR erwiderte darauf, dass diese Versuche, den normalen Handel zwischen der Sowjetunion und den USA über die sowjetischen Fernosthäfen zu stören, ein unfreundlicher Akt gegenüber der Sowjetunion seien.⁴

Das faschistische Deutschland sah, wie brüchig der von ihm geschaffene Block wurde,

¹ «Nippon» vom 9. Juli 1941.

² Aus der Rede des sowjetischen Anklägers auf dem Tokioter Prozess gegen die japanischen Hauptkriegsverbrecher. Zitiert nach: Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten, a. a. O., S. 483.

³ Ebenda.

⁴ Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a.a.O., S. 158.

und suchte ihn zu festigen. Deshalb wurde Ende November 1941 in Berlin der «Antikomintern-Pakt», der am 25. November 1936 für fünf Jahre abgeschlossen worden war, feierlich verlängert. Die Führer Deutschlands wollten im Augenblick ihrer größten Erfolge das Bündnis der faschistischen Länder festigen, um den japanischen Angriff auf die UdSSR zu beschleunigen. Die deutschen Politiker wollten noch einmal die «Antikomintern»-Richtung ihres Militärbündnisses ausspielen, um die entstehende antifaschistische Koalition zu untergraben.

Am 25. November 1941 wurde der «Antikomintern-Pakt» wiederum für fünf Jahre abgeschlossen. Den Pakt unterzeichneten Deutschland und seine Satelliten: Italien, Ungarn, Spanien, Finnland, Kroatien, Dänemark, Rumänien, die Slowakei, Bulgarien, ferner Japan und die von ihm eingesetzten Marionettenregierungen: Mandschukuo und die Regierung des besetzten Chinas («Regierung» Wang Djing-wee). Die Erneuerung des «Antikomintern-Paktes» bewies wiederum, dass es sich um ein Kriegsbündnis von Aggressoren handelte, die nach der Weltherrschaft strebten.

Neue Pakte konnten den italienisch-japanisch-deutschen Block nicht mehr zusammenschweißen. Schärfste imperialistische Gegensätze zerrissen ihn, vor allem Gegensätze zwischen Deutschland und Japan sowie zwischen Deutschland und Italien. Zwischen diesen Staaten entbrannte ein immer heftigerer Streit wegen der Beteiligung jedes der Staaten an den Kriegshandlungen und des Anteils an der erhofften Beute.

Wie morsch und brüchig der Aggressorenblock war, zeigten schon seine Ziele. Sie trugen einen ungerechten, räuberischen Charakter, der die Völker der Welt herausfordern musste. Ihr Hass gegen die faschistischen Eindringlinge untergrub die Kraft des Hitlerblocks. Die Aggressoren wurden immer stärker isoliert, ihre moralisch-politischen Reserven versiegt.

Der Sieg der Sowjetarmee in der Schlacht bei Moskau zerstörte alle Hoffnungen der Faschisten, ihren Block stärken zu können.

DIE SCHLACHT VOR MOSKAU

1

Im August 1941 zeigte sich, wie stark sich das deutsche Oberkommando geirrt hatte, als es die Stärke der Sowjetunion beurteilt hatte. Die Operationen der deutschen Armeen verliefen anscheinend erfolgreich, blieben jedoch ohne ein entscheidendes Ergebnis. Wie die Hitlergenerale selbst bekennen, hatten diese Operationen «jedoch weder die schnelle Vernichtung aller gegenüberstehenden Streitkräfte gebracht, noch war das eingetreten, womit Hitler in erster Linie gerechnet hatte, das Absinken des Kampfwillens der Roten Armee nach den ersten Durchbrüchen»¹. Die Hoffnung, zügig und unaufhaltsam mit den Stossgruppierungen des deutschen Heeres tief in die UdSSR vordringen zu können, erfüllte sich nicht. Wiederholt wurden die deutschen Truppen von der Sowjetarmee aufgehalten, die dem Feind eine Reihe von schweren Gegenschlägen versetzte. Die deutschen Verluste erhöhten sich gewaltig. Immer deutlicher bahnte sich eine Winterschlacht an, mit der das deutsche Oberkommando nicht gerechnet hatte.

In der ersten Septemberhälfte mussten die faschistischen Truppen nach (dem Rückschlag bei Smolensk im ganzen Mittelabschnitt den Angriff einstellen und zur Verteidigung übergehen. Ende September wurde die feindliche Offensive auch bei Leningrad aufgehalten. Es gelang dem Gegner nicht, Leningrad einzunehmen, doch er schloss es vom Land her ein. Damit begann die heldenhafte Verteidigung Leningrads, die über 900 Tage dauerte. Trotz Hunger und Entbehrungen, trotz der unaufhörlichen Luftangriffe und des Artilleriebeschusses verteidigten die Sowjetsoldaten und die tapfere Bevölkerung, vom ganzen Sowjetvolk unterstützt, die Stadt.

Im Süden drangen die deutschen Truppen indessen weiter vor. Mit der heroischen Verteidigung Odessas band die zahlenmässig kleine Küstenarmee, aktiv unterstützt von der Schwarzmeerflotte und der Bevölkerung, in erbitterten Kämpfen vom 10. August bis zum 16. Oktober 18 feindliche Divisionen und schwächte sie

¹ Bilanz des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 53.

erheblich. Ende September nahmen die Deutschen Kiew, überschritten den Dnepr, trieben einen Keil tief in die jenseits des Dnepr gelegene Ukraine und erreichten die Krim, auf der jetzt die Verteidigungskämpfe begannen.

Trotz des Heldentums und der Kühnheit der sowjetischen Verteidiger wirkte sich die zeitweilige Überlegenheit, die Deutschland seinem überraschenden Angriff sowie der Besetzung beträchtlicher Gebiete verdankte, immer noch auf den Gang der Kriegshandlungen aus. Das deutsche Oberkommando beschloss, diesen Vorteil für den Angriff auf Moskau zu nutzen. Es rechnete damit, bei Moskau den Widerstand der Sowjetarmee brechen und den Sieg noch vor Einbruch des Winters erringen zu können.

Der Plan für den Angriff auf Moskau wurde vom Oberkommando des deutschen Heeres in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Kriegsplan ausgearbeitet.¹ Aktiv unterstützt wurde dieser Plan von Jodl, der am 10. August 1941 geschrieben hatte: «Zu hiermit zusätzlich vorgelegter Karte über Kräftevergleich an der Ostfront (mit OKH abgestimmt) ergibt sich, dass der stärkste Gegner vor der *H. Gr. Mitte*, und hier vor deren Ostfront, steht. Seine Vernichtung und die Besitznahme Moskaus werden für das wichtigste Ziel gehalten.»²

Die Politiker und Militärs Hitlerdeutschlands hatten die Bedeutung Moskaus erkannt. Moskau ist die Hauptstadt der Sowjetunion, das Banner des Befreiungskampfes der Völker, ihr Stolz, ihre Hoffnung. Seine Industrie spielt in der Wirtschaft der UdSSR eine grosse Rolle, Moskau ist der wichtigste Verkehrsknotenpunkt. Die Stadt ist ein Kulturzentrum von Weltgeltung. Die deutsche Heeresführung glaubte, mit der Einnahme der sowjetischen Hauptstadt den Ausgang des Krieges entscheidend beeinflussen zu können.

Das deutsche Oberkommando gruppierte seine Truppen für den Angriff auf Moskau um. In der Moskauer Richtung wurden die Hauptkräfte der Heeresgruppe Mitte zusammengefasst, über 80 Divisionen, darunter 23 Panzerdivisionen und motorisierte Divisionen. Die Luftflotte 2 unterstützte diese Verbände mit über 1'000 Flugzeugen. Die sowjetischen Truppen waren zahlenmässig und technisch um ein Drittel oder sogar um die Hälfte schwächer, weil die Sowjetarmee im Sommer 1941 erhebliche Verluste erlitten hatte.

Die Idee des faschistischen Oberkommandos sah vor, Moskau durch Schläge starker Gruppierungen – Panzerverbände und motorisierte Verbände –, die über Kalinin und

¹ Siehe ebenda, S. 52 ff.

² Zitiert nach: P. de Mendelssohn, Die Nürnberger Dokumente, Hamburg 1947, S. 400.

Tula angriffen, vom Norden und Süden zu umfassen und gleichzeitig mit Infanterieeinheiten einen frontalen Angriff vom Westen her zu führen. Die faschistischen Offiziere waren vom Erfolg des Angriffs überzeugt. Am 2. Oktober 1941, als die Offensive begann, erklärte Hitler in einem Tagesbefehl: «In diesen dreieinhalb Monaten, meine Soldaten, ist nun aber endlich die Voraussetzung geschaffen worden zu dem letzten gewaltigen Hieb, der noch vor dem Einbruch des Winters diesen Gegner zerschmettern soll. Alle Vorbereitungen sind – soweit sie Menschen meistern können – nunmehr fertig. Planmässig ist dieses Mal Schritt um Schritt vorbereitet worden, um den Gegner in jene Lage zu bringen, in der wir ihm jetzt den tödlichsten Stoss versetzen können. Heute ist nun der Beginn der letzten grossen Entscheidungsschlacht dieses Jahres.»¹ Am 10. Oktober wurde bereits befohlen, in welchen Kasernen und Gebäuden die Truppen in Moskau und Umgebung unterzubringen wären. Propagandaminister Goebbels wies alle Berliner Zeitungen an, am 12. Oktober Raum für eine Sondermeldung über den Fall Moskaus frei zu lassen.

Die hitlerfaschistischen militärischen Führer hatten auch den Plan vorbereitet, nach dem Moskau zerstört werden sollte. In einer Besprechung im Stab der Heeresgruppe Mitte trug Hitler seine Vernichtungsabsichten vor, über die ein Anwesender berichtet: «Sie (die sowjetische Hauptstadt – d. dtsh. Red.) sei in weitem Bogen einzuschliessen. Kein russischer Soldat, kein Zivilist, ob Mann, Frau oder Kind, dürfe die Stadt verlassen. Jeder Versuch sei mit Waffengewalt zurückzuweisen. Er habe Vorkehrungen getroffen, um Moskau und seine Umgebung mittels riesiger Anlagen zu überfluten und im Wasser zu ertränken. Wo heute Moskau stehe, werde ein gewaltiger See entstehen, der die Metropole des russischen Volkes den Blicken der zivilisierten Welt für immer entziehen werde.»²

In der ersten Oktoberhälfte erzielten die deutschen Truppen bedeutende Erfolge. Im Norden drangen sie mit Panzereinheiten und motorisierten Verbänden in Kalinin ein, im Süden nahmen sie Orjol und rückten auf Tula vor. Eine ausserordentlich schwere und kritische Lage war entstanden.

Am 19. Oktober 1941 verhängte das Staatliche Verteidigungskomitee über Moskau und die angrenzenden Rayons den Belagerungszustand. Ein Teil der Industriebetriebe und die meisten Regierungsbehörden wurden evakuiert, doch das Staatliche Verteidigungskomitee und das Hauptquartier des sowjetischen Oberkommandos blieben in Moskau.

¹ «Berliner Börsenzeitung» vom 9. Oktober 1941.

² Offiziere gegen Hitler. Nach einem Erlebnisbericht von Fabian von Schlabrendorff, 3. und erg. Aufl., Zürich o. J.» S. 52.

Im letzten Oktoberdrittel blieb der feindliche Angriff auf Moskau nach erbitterten Kämpfen etwa 100 Kilometer westlich von Moskau und bei Tula liegen. Dabei vereitelten die Sowjettruppen die Versuche des Gegners, die Front zu begraben, und umfassten die Flanken der Heeresgruppe Mitte weit bis ins Hinterland. Die deutschen Truppen mussten jetzt erhebliche Kräfte für die Verteidigung und die Flankendeckung einsetzen. Die Sowjetarmee gewann etwas Zeit, die Verteidigung Moskaus zu verstärken und die nötigen strategischen Reserven in diesem Gebiet zu konzentrieren.

Die zur Verteidigung der Hauptstadt eingesetzten Truppen kämpften ausserordentlich tapfer, meisterten alle Situationen und bewiesen hohe soldatisch-kämpferische Eigenschaften.

Die Moskauer Werktätigen verteidigten ihre Heimatstadt tapfer und voll Aufopferungsgeist. Mehr als 500'000 Einwohner bauten um Moskau und die umliegenden Städte Befestigungen. In Moskau wurden 11 Volkswehrdivisionen und 87 Vernichtungsbataillone geschaffen.¹ Im Rücken der Moskau angreifenden feindlichen Truppen entbrannte der Partisanenkampf. In der vom Feind besetzten Umgebung Moskaus operierten über 40 Partisanengruppen, arbeiteten illegale Parteiorganisationen.

Das Moskauer Gebietskomitee der Kommunistischen Partei leitete die Mobilisierung der Werktätigen. In seinem Aufruf an die Moskauer sagte das Gebietskomitee: «Moskau droht Gefahr, doch wir werden zäh, erbittert, bis zum letzten Blutstropfen für Moskau kämpfen. Jeder von euch, auf welchem Posten er auch immer steht, welche Arbeit er auch immer geleistet hat, soll ein Soldat der Armee werden, die Moskau gegen die faschistischen Eroberer verteidigt. Wer beim Bau der Verteidigungslinie arbeitet, möge wissen, dass seine Arbeit die Verteidigung Moskaus stärkt. Wer in einem Betrieb arbeitet, möge wissen, dass seine Arbeit der Verteidigung der Heimat, der Verteidigung Moskaus dient. Wer ein Soldat der Roten Armee ist, Soldat eines Vernichtungsbataillons, soll daran denken, dass das Volk ihm die Waffe in die Hand gegeben hat, damit er sein Vaterland und sein Volk bis zum letzten Atemzug verteidigt.»²

Der erste deutsche Angriff auf Moskau brach zusammen. Das faschistische Oberkommando wurde unruhig. Am 6. November 1941 meldete Generaloberst Guderian, der Oberbefehlshaber der 2. Panzerarmee: «Für die Truppe ist es eine Qual und für die Sache ein grosser Jammer, denn der Gegner gewinnt Zeit, und wir kommen mit unseren Plänen immer tiefer in den Winter... Die einzigartige

¹ Siehe Samsonow, Die grosse Schlacht bei Moskau, Berlin 1959, S. 67ff.

² «Kommunist», Heft 17/1956, S. 34.

Gelegenheit, einen ganz grossen Schlag zu führen, entschwindet immer mehr, und ich weiss nicht, ob sie je wiederkehrt.»¹

Dennoch beschlossen die Faschisten, einen zweiten Angriff auf Moskau zu führen. Die deutschen Generale versuchten später, nur Hitler für diesen zweiten Angriff verantwortlich zu machen, obwohl sie diesen Plan voll und ganz unterstützt hatten. Nach Tippelskirch «setzte sich nur der Oberbefehlshaber der HG. Mitte voll für die Fortsetzung des Angriffs ein. Er hoffte, die letzte Kraft der Russen brechen zu können. Das OKH glaubte von dem letzten Versuch, die Operation zu einem guten Ende zu bringen, auch nicht abraten zu sollen.»²

Über der Stadt spielten sich erbitterte Luftkämpfe ab. Das deutsche Oberkommando setzte für die Luftangriffe auf Moskau seine besten Piloten ein, die in Westeuropa schon Erfahrungen gesammelt hatten.

Der erste Luftangriff auf Moskau fand am 21. Juli 1941 statt. Von diesem Tage an wurden regelmässig Einsätze gegen Moskau geflogen. Die Luftangriffe verstärkten sich vor allem während der deutschen Offensive auf Moskau. Die Moskauer Luftverteidigung wehrte die angreifenden Flugzeuge erfolgreich ab. Von Juli bis Dezember 1941 wies sie 132 Angriffe zurück und schoss dabei 1'035 Flugzeuge ab.

Gehetzt vom herannahenden Winter, begann das deutsche Oberkommando am 16. November die zweite «Generaloffensive» auf Moskau. Das deutsche Oberkommando stellte für den direkt auf Moskau zielenden Vorstoss an der Front vom Moskauer Meer bis Jefremow 51 Divisionen bereit, darunter 21 Panzerdivisionen und motorisierte Verbände. Die übrigen Kräfte der Heeresgruppe Mitte mussten zur Deckung der Flanken der auf Moskau vorrückenden Stossgruppierungen eingesetzt werden. In zwanzig Angriffstagen kamen die deutschen Truppen 80 bis 90 Kilometer voran; sie drängten die Sowjetarmee nördlich von Moskau bis an den Moskwa-Wolga-Kanal, nach Krasnaja Poljana und Krjukowo und südlich von Moskau auf Kaschira zurück. In einigen Richtungen standen die faschistischen Truppen 25 bis 30 Kilometer vor Moskau. Den Hauptstoss der deutschen Divisionen mussten die unter Führung der Generale Rokossowski und Goworow stehenden Sowjettruppen auffangen.

Bei diesem Angriff erschöpfte der Gegner alle seine Möglichkeiten, er erlitt ungeheure Verluste an Menschen und Material und verbrauchte seine Reserven. Die

¹ H. Guderian, a. a. O., S. 223.

- K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 208.

stark geschwächte faschistische Gruppierung kämpfte auf einer etwa 1'200 Kilometer langen Front, und ihre Flanken waren nur notdürftig gesichert.

2

Ende November begann das sowjetische Oberkommando die Gegenoffensive bei Moskau vorzubereiten.

Das Oberkommando wollte zuerst die Flankengruppen des Gegners nördlich und südlich von Moskau vernichten und dann auch in westlicher Richtung zum Angriff übergehen. Der unter dem Befehl des Generals Konew stehende linke Flügel der Kalininer Front sollte im Zusammenwirken mit dem rechten Flügel der Westfront den Nordflügel der deutschen Heeresgruppe Mitte zerschlagen. Die Südwestfront, unter dem Oberbefehl von Marschall der Sowjetunion Timoschenko, sollte mit ihrem rechten Flügel zum Angriff übergehen und damit die Truppen der Westfront unterstützen, den Südflügel der deutschen Heeresgruppe Mitte zu zerschlagen.

Der Kampf, den die Sowjetarmee führte, um die strategische Initiative an sich zu reißen, wurde noch schwerer, weil Ausrüstung, Munition, Treibstoff und andere materielle Mittel fehlten. Da die Verlagerung der Industriebetriebe und die Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsbedürfnisse noch nicht abgeschlossen waren, konnte der Sowjetstaat die Materialverluste des Rückzuges nicht schnell ausgleichen. Die Truppen kämpften deshalb unter schweren Bedingungen.

Das Oberkommando der Sowjetarmee beschloss, die Erschöpfung des Gegners und seinen Mangel an taktischen und operativen Reserven auszunutzen. Als die sowjetischen Truppen bei Moskau zur Gegenoffensive übergingen, wirkten sich ihre zähe Verteidigung und die grossen Reserven aus, die in den Hauptrichtungen in die Schlacht eingeführt wurden.

Nach Aussagen deutscher Generale wurden sie von der Gegenoffensive der Sowjetarmee völlig überrascht. Wie Tippelskirch schreibt, «brach über das weit über seine Kraft beanspruchte, auf einen Bewegungskrieg im Winter weder eingestellte noch vorbereitete deutsche Heer eine russische Gegenoffensive herein, die, ständig an Wucht und Ausmassen zunehmend, weite Teile der Front ins Wanken brachte und nur um Haaresbreite an einer unabsehbaren Katastrophe vorbeiführte»^k

Den ersten Schlag führten die Armeen des linken Flügel[^] der Kalininer Front, und am nächsten Tag gingen die Hauptkräfte der Westfront und die Armeen des rechten Flügels der Südwestfront zum Gegenangriff über. Schon in den ersten Angriffstagen wurde die ausgedehnte Verteidigungslinie an den Flügeln der nördli-

¹ Ebenda, S. 209.

chen und der südlichen deutschen Gruppierung durchbrochen, beide drohten eingeschlossen zu werden. Der Gegner begann sich eilig zurückzuziehen.

Die Gegenoffensive bei Moskau und bei Tichwin und Rostow entwickelte sich zur allgemeinen Gegenoffensive der im Mittelabschnitt der sowjetisch-deutschen Front operierenden Truppen der Sowjetarmee. Am weitesten entfaltete sich die allgemeine Offensive in der westlichen Richtung. Die sowjetischen Truppen überwand den erbitterten Widerstand des Feindes und drangen in einzelnen Richtungen 400 Kilometer vor, sie bereiteten der Heeresgruppe Mitte eine schwere Niederlage. Der Gegner musste riesige Mengen technischer Kampfmittel auf den Schlachtfeldern zurücklassen und erlitt grosse Verluste an Menschen. Die Sowjettruppen zerschlugen den Feind, warfen ihn nach Westen zurück und drangen bis Welikije Luki, Welish, Bely, Rshew, Gshatsk und Wjasma vor.

Die Zerschlagung der Deutschen bei Moskau hatte gewaltige geschichtliche Bedeutung. Die Sowjetarmee veränderte die Lage in ausserordentlich schwerem Kampf zu ihren Gunsten, ging zur Gegenoffensive über und bewies die vorzüglichen Eigenschaften der Truppen und ihrer Führung. Obwohl noch Erfahrungen fehlten, wurde die Gegenoffensive ausserordentlich sorgfältig vorbereitet. Das Oberkommando verband den Hauptstoss der sowjetischen Truppen nach Westen mit Schlägen an anderen Frontabschnitten und koordinierte die Operationen aller Sowjettruppen an der gesamten Front. Die Angehörigen der Sowjetarmee bewiesen unerschütterlichen Kampfgeist und beispiellose Tapferkeit. In der Schlacht bei Moskau entstand die sowjetische Garde.

In den Kämpfen bei Moskau wurde der Plan eines «Blitzkrieges» endgültig zu Grabe getragen. Die Sowjetarmee zerriss den Mythos von der «Unbesiegbarkeit» der deutschen Truppen. Die amerikanischen und britischen Generale hatten sich stets vor der deutschen militärischen Schule ehrfürchtig verneigt und an diesen Mythos geglaubt. Deshalb war sein Zusammenbruch nicht nur ein Schlag gegen Hitlerdeutschland, sondern auch gegen die antisowjetischen Pläne der amerikanisch-britischen Reaktion. Die Legende von der Unbesiegbarkeit der faschistischen Truppen hatten die englischen und amerikanischen Imperialisten ausgenutzt, um die nationale Befreiungsbewegung der Völker zu untergraben, die jetzt einen neuen Aufschwung erhielt.

Die Niederlage der deutschen Truppen bei Moskau wirkte sich auf den ganzen weiteren Verlauf des Krieges aus. «Für die deutsche Kampfführung», muss Tipelskirch zugeben, «hatte das Ergebnis dieses Winters jedoch, auf längere Sicht

gesehen, die verderblichsten Folgen.»¹ Churchill gesteht ein, «dass der russische Widerstand die Kraft der deutschen Armeen brach»².

Das deutsche Oberkommando versuchte, die wahren Ursachen und das Ausmass der deutschen Niederlage zu verbergen. Um den Misserfolg seiner Truppen zu erklären, wies es auf den strengen Winter hin, der ihre Operationen behindert, die der Roten Armee aber begünstigt habe. Diesem Gedanken schenkten sogar die deutschen Verbündeten wenig Glauben. Der italienische Aussenminister Ciano schrieb nicht ohne Ironie in sein Tagebuch: «Die Kriegseignisse, vor allem die jüngsten, haben ihn (Mussolini – d. dtsh. Red.) davon überzeugt, dass Russland, dieser kontinentale Ozean, zahllose Überraschungen bergen kann.»³

Dennoch wird die Behauptung, der Winter sei für die deutsche Niederlage bei Moskau verantwortlich, auch heute noch von denen vertreten, die den Sieg der Sowjetarmee zu leugnen suchen. Charakteristisch sind dafür die Erinnerungen des amerikanischen Generals Bradley, der im Krieg die amerikanischen Truppen in Europa befehligte und von 1949 an Generalstabschef der USA war. Er schreibt: «Vor den Toren Moskaus, wo die deutschen Armeen auf der Höhe ihres Sieges aufgehalten worden waren, lähmte plötzlich ein strengêr russischer Winter die Wehrmacht.»⁴

Der Hinweis auf den Winter überzeugt nicht. Die Tatsache, dass die deutschen Truppen nicht auf den Winterkrieg eingestellt waren, beweist nur, wie schlecht das deutsche Oberkommando den Feldzug vorbereitet hatte; sie zeigt, dass es die Faktoren nicht ausreichend berücksichtigt hatte, mit denen im Laufe eines solchen Kampfes, wie es der Krieg in der UdSSR war, gerechnet werden musste.

Es gelang den Hitlertruppen nicht, die unausbleiblichen Folgen ihrer Niederlage abzuwenden. Der bürgerliche Geschichtsschreiber Fredeborg berichtet, dass die «Stimmen der Besorgnis wuchsen», als Berlin die Nachricht vom Ausgang der Schlacht bei Moskau erhalten hatte. «Die Pessimisten erinnerten an Napoleons Russlandfeldzug, und alle Bücher über die Grosse Armee waren plötzlich sehr gefragt. Die Wahrsager beschäftigen sich mit dem Schicksal Napoleons, die Astrologie wurde populär.»⁵

¹ Ebenda, S. 215.

² W. S. Churchill, a. a. O., S. 27.

³ G. Ciano, a. a. O., S. 388.

⁴O. N. Bradley, *A Soldier's Story of the Allied Campaigns from Tunis to the Elbe* (Bericht eines Soldaten über die alliierten Feldzüge von Tunis zur Elbe), London 1951, S. 186.

⁵A. Fredeborg, *Behind the Steel Wall* (Hinter dem stählernen Wall), o. O. 1944, S. 60f.

Von der Gärung wurden auch Kreise deutscher Generale ergriffen, die bisher mit Hitler in allen seinen Plänen völlig einverstanden gewesen waren. Nach dem zweiten Weltkrieg versuchte ein Teil der deutschen Generalität, die imperialistische Strategie des faschistischen Deutschlands zu rechtfertigen und nachzuweisen, dass die Schuld an der Niederlage der deutsch-faschistischen Armee allein Hitler treffe, der die Meinung seines Generalstabs missachtet habe. Der zweite Weltkrieg wurde jedoch von den deutschen Generalen gemeinsam mit Hitler geplant und geführt.

Nach der Niederlage bei Moskau löste Hitler viele Generale ab. Der britische Militärhistoriker Fuller schreibt dazu: «Von all den Auswirkungen waren aber jene auf die deutsche Armee und ihre Führung die katastrophalsten. Die Truppe holte die Kraft, die sie verlor, niemals wieder ein, und in den Augen der Welt war sie nicht mehr die unbesiegbare Armee. Die Führung war buchstäblich vernichtet... Seit der Schlacht an der Marne gab es kein solches Generalspogrom.»¹

Am 27. April 1942 beschloss der Reichstag ein Gesetz, das Hitler das uneingeschränkte Recht gab, nach eigenem Gutdünken als oberster Gerichtsherr zu entscheiden.

Die deutsche Niederlage bei Moskau verschärfte die Gegensätze im italienisch-japanisch-deutschen Block. Sie verhütete einen türkischen Angriff auf die UdSSR. Auch Japan verschob seine Kriegspläne gegen die UdSSR auf das kommende Jahr. Die führenden japanischen Politiker hatten schon zu Beginn des deutschen Angriffs auf Moskau zu diesem Entschluss geneigt. Am 4. Oktober 1941 meldete Ott, der deutsche Botschafter in Tokio, nach Berlin: «Feindseligkeiten Japans gegen die immer noch kampfkraftige Fernostarmee sind vor dem nächsten Frühjahr nicht zu erwarten... Die Zähigkeit, die die UdSSR im Kampf mit Deutschland bewiesen hat, lässt vermuten, dass der japanische Angriff, wenn er im August oder September begönne, in diesem Jahre nicht den Weg durch Sibirien öffnen würde.»² Am 17. November 1941 unterrichtete Japan Berlin offiziell davon, dass mit seinem Angriff auf die UdSSR erst 1942 gerechnet werden könne. Die Erfolge der Sowjetarmee vereitelten die Pläne der internationalen Reaktion, die UdSSR durch gleichzeitig geführte Schläge von Westen und von Osten zu vernichten oder zu schwächen.

Der Sieg der Sowjetarmee bei Moskau hob das Ansehen der UdSSR und stärkte

¹ J. F. C. Fuller, a.a.O., S. 143.

² Aus der Rede des sowjetischen Anklägers auf dem Tokioter Prozess gegen die japanischen Hauptkriegsverbrecher, «Prawda» vom 20. Februar 1948.

ihren internationalen Einfluss. Die freiheitliebenden Völker sahen die Möglichkeit, Hitlerdeutschland zu vernichten. Der heldenhafte Kampf des sowjetischen Volkes riss die Widerstandskämpfer anderer Länder zum aktiven Kampf gegen die faschistische «Neuordnung» mit, die das alte System der imperialistischen Kolonialsklaverei wieder einführte. Die Faschisten tarnten ihre «Neuordnung» wieder mit dem Antikommunismus, weil gerade die Kommunisten stets die Freiheit und nationale Unabhängigkeit ihrer Länder gegen die imperialistische Unterdrückung verteidigt hatten. Der bulgarische Premierminister Filoff, der die faschistischen Okkupanten wesentlich unterstützte, sagte, dass die «Vernichtung des Kommunismus» die wichtigste Voraussetzung für die Schaffung der neuen Ordnung in Europa sei.¹

Imperialistische Vertreter in den USA und in England standen der Idee der «neuen Ordnung» sowohl im Kriege als auch nach dem Kriege sehr wohlwollend gegenüber. Einer der getreuen Lakaien der Monopolgesellschaften, der reaktionäre britische Historiker Toynbee, schlägt in seinen Werken vor, Hitlers «Erfahrung» zu berücksichtigen und unter der Flagge eines «Weltstaates» mit Waffengewalt ein angelsächsisches System der «Neuordnung» in Europa und auf der ganzen Welt zu schaffen.²

Die «Pfeiler» der «Neuordnung» in den von Deutschland besetzten Ländern waren die deutschen Besatzungstruppen, der Terrorapparat Hitlers und die Quislinge. Gegen diese feindlichen Kräfte führten die Völker den nationalen Befreiungskampf.

Im Kampf gegen den Faschismus trennten sich die Volksmassen von den Elementen, die mit den Faschisten zusammenarbeiteten. Zu den Kreisen, die die nationalen Interessen verrieten, gehörten die Grossbourgeoisie, die Gutsbesitzer, die reaktionäre Beamtenschaft, das monarchistische Offizierskorps und auch ein gewisser Teil der rechtssozialistischen Führer. An der Spitze der Volksmassen stand die Arbeiterklasse, die, mit der Bauernschaft verbündet, die Intelligenz und das patriotisch gesinnte Klein- und Mittelbürgertum auf ihre Seite zog. So bildete sich allmählich jene Gruppierung der Klassenkräfte heraus, die für die volksdemokratische, antif feudale und antiimperialistische Revolution kennzeichnend ist.

Der Befreiungskampf der Völker in den besetzten Ländern wurde von den kommunistischen und Arbeiterparteien geführt, die im Gegensatz zu den anderen Parteien den Prüfungen des Krieges standhielten und als Parteien echter Patrioten,

¹ Siehe B. D. Filoff, *Bulgariens Weg*, Sofia 1942, S. 27.

² Siehe A. and V. Toynbee, *Hitler's Europe (Hitlers Europa)*, London-New York-Toronto 1954.

heroischer Kämpfer für Freiheit, Demokratie und nationale Unabhängigkeit kämpften.

Der Sieg der Sowjetarmee bei Moskau leitete eine neue Etappe der europäischen Befreiungsbewegung ein, in der vor allem organisierte und fest zusammengeschweisste Partisanengruppen entstanden, die bereits nach einem durchdachten Plan operierten.

In Bulgarien wurde Anfang 1942 die von den Kommunisten geführte Vaterländische Front gegründet, und es entstanden Partisanengruppen. Am 17. Juli 1942 wurde das Programm der Vaterländischen Front angenommen und verkündet, das vorsah, das Land vom deutschen Joch und von der monarchistisch-faschistischen Diktatur zu befreien, in das Lager der Anti-Hitler-Koalition überzugehen und die volksdemokratische Macht zu schaffen.

In Griechenland wurde auf Initiative der Kommunisten die nationale Befreiungsfront – EAM – und ihre militärische Organisation – ELAS – gegründet, die den Partisanenkampf gegen die deutschen Okkupanten aufnahm.

In Polen bildete sich im Januar 1942 in tiefer Illegalität die Polnische Arbeiterpartei, deren Zentralkomitee einen Aufruf an das Volk richtete und es aufforderte, alle Kräfte zu vereinen und sich in der Nationalen Front zum Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit Polens zusammen zu schliessen. In dem Aufruf heisst es: «Niemand kann ein Volk vernichten, das der Welt einen Kopernikus, einen Mickiewicz, einen Chopin, eine Maria Skodowska gegeben hat. Niemand wird ein Volk besiegen, das auf allen Schlachtfeldern für die Freiheit der Völker kämpfte, das mit Herzblut auf seine Fahnen die Losung geschrieben hat: ‚Für unsere und eure Freiheit.›»¹ Auf Initiative der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) und unter ihrer Führung wurde die «Gwardia Ludowa» (Volksgarde) geschaffen, die den Partisanenkampf gegen die faschistischen Okkupanten führte. Nach den Worten Boleslaw Bieruts «wurde die PPR zur führenden organisierten Kampfabteilung der Arbeiterklasse, zur führenden Kraft des Volkes in der schwersten Zeit seiner Geschichte. Die PPR war die erste Partei, die einen entschlossenen bewaffneten Kampf gegen die Okkupanten aufnahm.»² Die Operationen der polnischen Partisanen begannen bei Radom, in den Wojewodschaften Kielce und Lublin. In der Lubliner Gegend, wo polnische Partisanen gemeinsam mit sowjetischen Par-

1 W 10 rocznice powstania PPR (Zum zehnten Jahrestag der Gründung der Polnischen Arbeiterpartei), Warschau 1952, S. 24.

2 Ebenda, S. 21.

tisanen operierten, nahm der Kampf besonders grosse Ausmasse an. Die Volksgarde stand in den Jahren 1942 und 1943 237mal im Kampf mit Hitlertruppen, sprengte 127 deutsche Militärzüge und zerstörte 26 Bahnhöfe.

In der Tschechoslowakei weitete sich die Partisanenbewegung aus. In der Gegend von Mährisch-Ostrau begann eine grosse Partisanenabteilung zu operieren, aus der bald die Partisanenbrigade «Jan Zizka» entstand. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei organisierte Aktionen gegen den Krieg in den Einheiten der slowakischen Armee, die Hitler gegen die UdSSR einsetzen wollte. Slowakische Truppenteile erhoben sich, die Soldaten weigerten sich, gegen die Sowjetarmee zu kämpfen, und schlossen sich den Partisanengruppen an.

Der bewaffnete Kampf gegen die deutschen Okkupanten flammte auch in der Karpatoukraine auf. Die ersten Partisanengruppen waren Ende 1941 von Arbeitern der Salzbergwerke bei Ushgorod gegründet worden. Im Sommer 1942 gab es in der Karpatoukraine schon über 10'000 Partisanen.

Seit 1942 wurde auch die Partisanenbewegung in Albanien stärker und aktiver. Schon bald kämpften in diesem kleinen Land 40 Partisanenabteilungen mit über 10'000 Soldaten.

Die Partisanenbewegung in Jugoslawien wuchs zum bewaffneten Aufstand gegen die Besatzungsmacht an. Der Volksbefreiungskrieg in Jugoslawien wurde, ebenso wie in Albanien, zur Volksrevolution. Im Kampf gegen die Okkupanten entstand die Einheits-Volksbefreiungsfront. Am 26. und 27. November versammelten sich in der befreiten jugoslawischen Stadt Bihac die Vertreter des jugoslawischen Volkes. Sie gründeten die Antifaschistische Volksbefreiungs-Vece Jugoslawiens als politisches Organ des gesamten Volkes, als das erste Parlament des neuen Jugoslawiens.

Der Kampf der Völker gegen die Okkupanten unterstützte auch die Sowjetunion. Nach Unterlagen des deutschen Generalstabs mussten bedeutende Kräfte in einer Gesamtzahl von über 600'000 Mann zur Bekämpfung der Partisanen auf dem Balkan eingesetzt werden.¹

Während die UdSSR die Befreiungsbewegung der Völker selbstlos unterstützte, begannen die herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens mit den volksfeindlichen Exilregierungen einen erbitterten Kampf gegen diese Bewegungen, weil sie die Volksmassen fürchteten. Sie wollten, gestützt auf die london- und washingtonhörigen reaktionären Machthabercliquen, die Positionen der faschistischen Reaktion in Europa einnehmen.

¹ Siehe W. Görlitz, a. a. O., S. 63.

Die Vereinigten Staaten von Amerika dehnten die Tätigkeit des von ihnen bereits im Juli 1941 geschaffenen Zentrums der Spionage und Diversion gegen die freiheitliebenden Völker, des sogenannten «Amtes für Strategische Dienste», erheblich aus. Das europäische Zentrum dieses Amtes befand sich in Bern. Es wurde von Allan Dulles, dem Bruder John Foster Dulles', geleitet. Das «Amt für Strategische Dienste» gab während des Krieges bedeutende Summen aus, um die Widerstandsbewegung zu untergraben, und lieferte dafür beträchtliche Warenmengen.

Die britischen Imperialisten besaßen ähnliche Organisationen. Während die Abwehrorgane der USA und Grossbritanniens gemeinsam gegen die nationale Befreiungsbewegung der Völker vorgingen, kämpften sie gleichzeitig untereinander erbittert um den Einfluss im Nachkriegseuropa.

Zur Wühl­tätigkeit gegen die Arbeiterbewegung gab es im «Amt für Strategische Dienste» eine besondere «Arbeiterabteilung». Eine ähnliche Abteilung wurde unter Mitwirkung einiger Labour-Führer auch in England geschaffen.

Die amerikanischen und britischen Zentren für Spionage und Diversion gegen die Befreiungsbewegung der Völker hatten folgende Aufgaben:

1. den Krieg auszunutzen, um Agenten in die antifaschistischen Organisationen der europäischen Länder einzuschleusen, besonders in die kommunistischen Parteien, die Gewerkschaften und die Organe der nationalen Front, und deren Arbeit zu lähmen;
2. die Volksbewegung mit allen Methoden einschliesslich des bewaffneten Kampfes zusammen mit den Faschisten zu unterdrücken und dazu bewaffnete Abteilungen aus den Resten der alten Streitkräfte der jeweiligen Länder zu schaffen;
3. nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus mit Agenten und durch bewaffnete Einmischung in den europäischen Staaten, auch in Deutschland selbst, reaktionäre, auf die USA und Grossbritannien ausgerichtete Regierungen zu schaffen;
4. die Sammlung von Spionagematerial über die Sowjetunion und ihre Armee, über die demokratische Bewegung und die Arbeiterbewegung in den Ländern Europas einzuleiten.

Für diese Ziele nutzten die USA und Grossbritannien auch die Exilregierungen aus. Zwischen beiden Staaten entbrannte ein harter Kampf um den Einfluss auf diese Regierungen. Die USA konnten allmählich Grossbritannien verdrängen, obwohl sich viele Exilregierungen mehrere Jahre lang auf die britischen Imperialisten ausgerichtet hatten.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens sowie die Emigrantenkreise arbeiteten mit den verschiedensten Formen und Methoden gegen die Befreiungsbewegung, setzten Verräter ein und wirkten eng mit der Gestapo zusammen.

Die USA, Grossbritannien und die Exilregierungen schufen Sonderorganisationen, die Patrioten zu bespitzeln und an die Okkupanten zu verraten hatten. Diese Organisationen – «Erkundungsbrigade» in Polen, «Balli Kombtari» in Albanien, die Tschetniks Mihajlovičs in Jugoslawien und andere – wurden von den Regierungen der USA und Grossbritanniens grosszügig mit Agenten, Geld und Waffen versorgt. Die Spionage- und Militärorgane in den USA und Grossbritannien schufen zusammen mit den Exilregierungen Sonderabteilungen, die Patrioten ermorden und aus dem Hinterhalt Schläge gegen die Partisanenabteilungen führen sollten. Diese Abteilungen vernichteten die besten Menschen in den besetzten Ländern, die mit der Waffe in der Hand für die Freiheit und Unabhängigkeit kämpften. Die Exilregierungen und ihre Agenturen hassten schliesslich die eigenen Völker stärker als die faschistischen Unterdrücker, mit denen sie die Klassensolidarität verband.

In Jugoslawien verwandelten sich die Tschetniks Mihajlovičs in einen Bestandteil der Besatzungstruppen. Doch die Exilregierung nannte sie weiterhin die «Jugoslawische Armee in der Heimat», als ihr Oberkommandierender galt formell der in London lebende jugoslawische König.

So entstand in dem verräterischen Kampf gegen die Volksbefreiungsbewegung, der in allen von den faschistischen Truppen besetzten Ländern organisiert wurde, eine einheitliche Front, die Okkupanten, im Lande gebliebene reaktionäre Cliques und ihre emigrierten Gesinnungsgenossen, Verräter aller Kreise und Agenten der imperialistischen Spionagedienste vereinte.

Die Sowjetunion war das einzige Land, das die Volksbefreiungsbewegung unterstützte. Ihre Politik deckte sich mit den Wünschen der Völker, mit der Politik der fortschrittlichen Menschen. Mit der Unterstützung der Befreiungsbewegung in den besetzten Ländern schwächte die Sowjetunion das Hinterland der faschistischen Truppen. Hitlers Reserven wurden gebunden, und immer mehr Unterdrückte griffen in den Kampf gegen die Eroberer ein.

Die faschistischen Armeen waren also nicht nur den Angriffen der sowjetischen Truppen ausgesetzt, sondern trafen auch auf die bewaffneten patriotischen Kräfte der Völker. Schliesslich wuchs mit der Unterstützung der Befreiungsbewegung

auch die führende Rolle des Proletariats und seiner kommunistischen Avantgarde im Kampf gegen die Okkupanten und Vaterlandsverräter.

Das Verhältnis der Sowjetunion zur Befreiungsbewegung in den besetzten Ländern widerspiegelte sich nicht nur in Äusserungen führender Persönlichkeiten der Partei und Regierung, sondern auch in verschiedenen Dokumenten der sowjetischen Aussenpolitik, zu denen die am 18. Dezember 1942 veröffentlichte Erklärung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten «Über die Unabhängigkeit Albaniens» gehört. Sie half nicht nur den albanischen Patrioten, sondern auch der Widerstandsbewegung in anderen Ländern. In der Erklärung hiess es: die Sowjetunion, die sich mit den tapfer für ihre Befreiung von den italienischen Okkupanten kämpfenden albanischen Patrioten solidarisch fühlt, anerkennt keinerlei Ansprüche des italienischen Imperialismus auf albanisches Staatsgebiet; sie wünscht, Albanien vom Joch der faschistischen Eindringlinge befreit und seine Unabhängigkeit wiederhergestellt zu sehen... Das Problem der künftigen Staatsordnung Albaniens ist Albaniens innere Angelegenheit und muss vom albanischen Volke selbst gelöst werden.»¹

Die Erklärung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten zwang die Regierungen der USA und Grossbritanniens, denen sie vorher mitgeteilt worden war, ihre Meinung dazu zu äussern. Der britische Aussenminister Eden ging in seiner Erklärung mit keinem Wort auf den Befreiungskampf des albanischen Volkes und auf die britische Haltung zu ihm ein. Eden sprach lediglich von einem «Mitgefühl» der britischen Regierung für das Schicksal des albanischen Volkes.² Die Erklärung des USA-Aussenministers Hull war in einem anderen Ton gehalten. In ihr hiess es: «...die Anstrengungen der verschiedenen Partisanenabteilungen, die in Albanien gegen den gemeinsamen Feind kämpfen, sind bewundernswert und verdienen höchstes Lob»³. Die «verschiedenen Partisanenabteilungen» in Albanien wurden bewusst erwähnt. Die USA-Regierung rechnete zu ihnen auch die von den 'Imperialisten geschaffenen Banden «Balli Kombtari», die gegen das albanische Volk vorgingen. So sollte die USA-Erklärung auch die volksfeindlichen Kräfte in Albanien ermuntern, die den deutsch-faschistischen Eroberern halfen.

Die Sowjetregierung unterstützte die nationalen Bestrebungen der Völker auch durch Verhandlungen, Verträge und Abkommen mit den Exilregierungen. Im Dezember 1941 unterzeichneten die Sowjetunion und die polnische Regierung eine

¹ Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 329 (russ.).

² Siehe «Prawda» vom 18. Dezember 1942.

³ Ebenda.

Freundschafts- und Beistandserklärung. Die UdSSR versicherte, dem polnischen Brudervolk auch während der schwersten Prüfungen freundschaftlich verbunden zu sein. Im Juni 1942 bestätigte die Sowjetregierung ihren Wunsch, «Frankreich frei zu sehen und fähig, in Europa und der ganzen Welt wieder seinen Platz als demokratische, hitlerfeindliche Grossmacht einzunehmen»¹.

Die sowjetische Aussenpolitik trug, ebenso wie die militärischen Erfolge der UdSSR, dazu bei, die herzliche Freundschaft und heisse Liebe der Werktätigen aller Länder zur Sowjetunion zu stärken.

3

Die sowjetische Aussenpolitik bemühte sich vor allem, die antifaschistische Koalition auszubauen und zu festigen. Das verlangte der Befreiungskampf gegen die faschistischen Staaten, die so schnell wie möglich niedergeschlagen werden mussten, um die Völker vor grossen Opfern zu bewahren.

Im Dezember 1941 reiste der britische Aussenminister Eden nach Moskau. Er diskutierte hier über die Errichtung einer zweiten Front, über die Sicherung des Friedens nach dem Kriege und über den Abschluss eines britisch-sowjetischen Vertrages.

Der erfolgreiche Kampf der Völker der UdSSR gegen die faschistischen deutschen Okkupanten und deren Niederlage vor Moskau stärkten die antifaschistische Koalition. Am 1. Januar 1942 wurde eine Deklaration von 26 Staaten unterzeichnet. Die Unterzeichnermächte, darunter die UdSSR, die USA, Grossbritannien und China, verpflichteten sich, alle ihre Hilfsquellen für den Kampf gegen die faschistischen Staaten einzusetzen und mit diesen Staaten keinen gesonderten Waffenstillstands- oder Friedensvertrag abzuschliessen. Doch auch nach dieser Erklärung trug die Sowjetunion weiterhin die Hauptlast des Krieges.

Der Sieg über die deutschen Truppen bei Moskau schuf die realen Voraussetzungen für eine grundlegende Wende im Verlauf des Krieges. Hätte man Deutschland die Möglichkeit genommen, mit seinen strategischen Reserven frei zu manövrieren, so wäre der Umschwung, der sich abzeichnete, sofort erzielt worden. Doch dazu war die zweite Front in Europa notwendig, dazu hätten englische und amerikanische Streitkräfte in Westeuropa landen und ihren Angriff auf Deutschland im strategischen Zusammenwirken mit der Sowjetarmee vortragen müssen.

Die Volksmassen der USA und Grossbritanniens begriffen, wie sehr die zweite

¹ Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a.a.O., S. 303.

Front gebraucht wurde, und forderten sie immer stärker. Nach den Worten des Führers der Kommunistischen Partei Englands, des Genossen Harry Pollit, lösten «die erfolgreichen Angriffshandlungen der Sowjettruppen in ganz England eine Massenbewegung der Solidarität aus, die in ihrem Charakter wirklich einzigartig ist»¹.

Die Erfolge der Sowjetarmee in der Winterschlacht 1941/42 schufen günstige Voraussetzungen, 1942 in Europa die zweite Front zu schaffen. Die breite Widerstandsbewegung in Frankreich hätte diese Aufgabe noch erleichtert. Die französischen Widerstandskämpfer waren bereit, die englischen und amerikanischen Truppen bei der Landung an der französischen Küste und in den folgenden Kämpfen wesentlich zu unterstützen.

Doch die herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens widersetzten sich weiterhin, eine zweite Front zu bilden. Rauschning bemerkt zu dieser Haltung Grossbritanniens und der USA im zweiten Weltkrieg: «Moskau sollte sich verbluten, es sollte für Jahrzehnte ohnmächtig bleiben.»² Die führenden Persönlichkeiten in den USA und in Grossbritannien lehnten alle Pläne ab, mit den europäischen Partisanen zusammenzuarbeiten. Die Unterstützung durch Partisanenabteilungen erschien ihnen unannehmbar, denn nach ihrer Meinung «erzeugte die Widerstandsbewegung den Geist des Ungehorsams und die Saat künftiger Bürgerkriege»³.

Im April 1942 verhandelte die Sowjetregierung mit der britischen Regierung, um die britisch-sowjetisch-amerikanische Koalition zu stärken, koordinierte Schläge gegen den Féind vorzubereiten und schliesslich auch die durch England verzögerte Unterzeichnung eines britisch-sowjetischen Abkommens durchzusetzen. Die Sowjetregierung schlug einen Besuch des sowjetischen Aussenministers in London vor. Der) Vorschlag der Sowjetregierung wurde angenommen, und der sowjetische Aussenminister reiste nach London und nach Washington. Die Sowjetregierung verhandelte im Mai 1942 mit den Regierungen der USA und Grossbritanniens. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Schaffung einer zweiten Front in Europa noch im selben Jahr. Die Lösung dieser Frage bereitete gewaltige Schwierigkeiten, weil beide verbündete Regierungen auch diesmal wieder versuchten, den Zeitpunkt für die zweite Front hinauszuschieben. Die Vertreter der Westmächte gingen dabei davon aus, dass «ein starker Verbündeter gefährlich ist, dass ein Erstarren des Verbündeten nicht in ihrem Interesse liegt, dass man besser

¹ H. Pollit, The Communist Party and Fight for Unity (Die Kommunistische Partei und der Kampf für die Einheit). In: «Labour Monthly», Jhrg. 24, S. 15 (engl.).

² H. Rauschning, Ist Friede noch möglich? Heidelberg 1953, S. 94f.

³ B. H. Liddell Hart, Défense de l'Europe, S. 65 (franz.).

mit einem schwachen Verbündeten als mit einem starken zu tun hat und dass man, wenn er dennoch erstarbt, Massnahmen ergreifen muss, um ihn zu schwächen»¹. Im April 1942 wurde in Verhandlungen, die Harry Hopkins und General Marshall mit Vertretern der britischen Regierung und des britischen Oberkommandos in London führten, beschlossen, nur dann zur Invasion in Nordfrankreich zu schreiten, wenn an der sowjetisch-deutschen Front eine verzweifelte Situation entstehen oder die Situation in Westeuropa für Deutschland kritisch werden sollte.² Dieser Beschluss wurde bald darauf durch einen Telegrammwechsel zwischen Churchill und Roosevelt bestätigt, die übereinkamen, die Streitkräfte ihrer Länder «in Reserve» zu halten. In der Erläuterung dieses Beschlusses verglich Roosevelt in Gesprächen mit seinen Beratern die Truppen der USA und Grossbritanniens mit den Ersatzspielern beim Fussball, die warten, bis ein Spieler auf dem Kampffeld völlig kampfunfähig wird, um dann ins Spiel einzugreifen und «das entscheidende Tor zu schiessen»³.

In Gesprächen mit sowjetischen Vertretern versuchten die Staatsmänner der USA und Grossbritanniens immer wieder den Eindruck zu erwecken, dass sie nicht über ausreichende Kräfte verfügten, um eine zweite Front eröffnen zu können. Dennoch versprachen die Regierungen der USA und Grossbritanniens der Sowjetunion feierlich, 1942 eine zweite Front in Europa zu eröffnen. Die Verpflichtung selbst war konkret und klar. Ausserdem überreichte die Regierung Grossbritanniens am 10. Juni 1942 der Sowjetunion ein Memorandum, in dem es hiess, für die zweite Front sollten über eine Million britische und amerikanische Soldaten und Offiziere eingesetzt werden. Dabei wurde wohl hervorgehoben, dass viel von der Situation abhängen werde, zugleich jedoch auch versichert: «... wir werden aber nicht zögern, unsere Pläne in die Tat umzusetzen, sofern vernünftige Erfolgs aus sichten bestehen.»⁴ Am 26. Mai 1942 wurde in London ein britisch-sowjetischer Vertrag über ein Bündnis im Krieg gegen Hitlerdeutschland und seine Helfershelfer in Europa sowie über Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand nach dem Kriege unterzeichnet.⁵ Dieser Vertrag spiegelte das aufrichtige Streben der UdSSR wider, die Anti-Hitler-

¹ Geschichtsfälscher, Berlin 1952, S. 66.

² Siehe H. Stimson and Mc. G. Bundy, *On active service in Peace and War (Im aktiven Dienst in Frieden und Krieg)*, New York 1948, S. 418 f. u. 423.

³ E. Roosevelt, *Mit seinen Augen*, Moskau 1947, S. 69.

⁴ W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 4,1, S. 398.

⁵ Siehe *Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente*, herausg. v. Prof. Dr. K. Bittel, 6. Aufl., Berlin 1957, S. 23 ff.

Koalition zu stärken und feste Freundschaftsbeziehungen zwischen den Völkern Grossbritanniens und der UdSSR herzustellen. Er entsprach den nationalen Interessen Grossbritanniens und den Interessen der europäischen Sicherheit. Die sowjetische Politik der internationalen Zusammenarbeit hatte einen beachtlichen Erfolg errungen.

Der britisch-sowjetische Vertrag bestand aus zwei Teilen. Der erste Teil enthielt die Verpflichtungen für die Dauer des Krieges, einander militärische und andere Hilfe und Unterstützung jeglicher Art zu erweisen, keine Separatverhandlungen mit den Feinden zu führen, weder einen Waffenstillstand noch einen Friedensvertrag mit ihnen abzuschliessen. Im zweiten Teil des Vertrages verpflichteten sich beide Seiten zur Verhinderung einer neuen Aggression und zum wechselseitigen Beistand gegen eine eventuelle Aggression in der Nachkriegszeit für die Dauer von 20 Jahren. Die Artikel des Vertrages sahen vor, dass beide Seiten gemeinsame Massnahmen gegen eine neue deutsche Aggression treffen und sich wechselseitig – auch militärisch – unterstützen würden, falls diese Aggression Wiederaufleben sollte. Die Vertragspartner verpflichteten sich, nicht nach territorialen Erwerbungen zu streben und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, keine Koalitionen oder Bündnisse gegen die andere Seite abzuschliessen und einander wirtschaftlich zu helfen.

Durch den Abschluss des britisch-sowjetischen und später des französisch-sowjetischen Vertrages wurde der Grund für ein sicheres Nachkriegseuropa gelegt. Der Vertrag wurde den Grundinteressen beider Seiten gerecht. Er festigte die internationale Stellung Grossbritanniens, garantierte seine Sicherheit und seine nationalen Interessen in der Nachkriegszeit.

Doch die britische Regierung bestand darauf, in den Vertrag einen Vorbehalt aufzunehmen, der ihm viel von seiner Wirkung nahm. Danach sollten die Verpflichtungen mit beiderseitigem Einverständnis aufgehoben werden können, wenn eine Organisation der Vereinten Nationen geschaffen worden war. Sofort nach der Gründung dieser Organisation verletzte der britische Aussenminister Bevin, gestützt auf diesen Vertragspunkt, die im Vertrag vorgesehenen Bedingungen über das unbedingte beiderseitige Einverständnis; er erklärte, Grossbritannien sei von jeglichen Verpflichtungen frei, ausser von denen, die ihm die Satzungen der Vereinten Nationen auferlegten.

Am 11. Juni 1942 wurde in Washington ein sowjetisch-amerikanisches Abkommen über die für die gegenseitige Hilfe in der Kriegführung gegen die Aggression anzuwendenden Grundsätze unterzeichnet. Dieses Abkommen regelte die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen den Partnern und dehnte die

amerikanischen Lieferungen im Rahmen des Pacht- und Leihvertrages auf die UdSSR aus. Der Text des Abkommens deckte sich völlig mit dem gleichartigen Abkommen, das die USA und Grossbritannien am 23. Februar 1942 unterzeichnet hatten.¹ Obwohl sich jedoch die Texte glichen, bestand zwischen den beiden Abkommen ein wesentlicher Unterschied. Das Lend-Lease-System war in den Händen der herrschenden Kreise der USA ein Mittel der Expansion, der wirtschaftlichen und politischen Versklavung, ein Mittel, sich militärische Stützpunkte in fremden Gebieten anzueignen. In den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA konnte diese Seite des Lend-Lease nicht zutage treten, denn die Sowjetregierung vereitelte alle Expansionsbestrebungen der amerikanischen Monopolgesellschaften und wachte über die nationale Unabhängigkeit des Landes.

Das sowjetisch-amerikanische Abkommen war ein unbestreitbarer Erfolg der sowjetischen Aussenpolitik. Sie schlug damit den Teil der amerikanischen Reaktion, der die Lieferungen für die UdSSR abgelehnt hatte; sie zwang die USA einzugestehen, dass die sowjetisch-deutsche Front tatsächlich die entscheidende Front des zweiten Weltkrieges war.

Die Anti-Hitler-Koalition war damit endgültig geschmiedet und gefestigt worden. Die deutsche Diplomatie hatte eine neue Niederlage erlitten, und die Intrigen der amerikanischen und britischen Reaktion waren wieder einmal gescheitert.

Die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika und Grossbritanniens befürworteten und unterstützten die Anti-Hitler-Koalition. Sie verstanden, dass nur im Rahmen einer solchen Koalition für sie die Aussicht auf den Sieg über Deutschland und Japan, das heisst über ihre Hauptkonkurrenten und über die Anwärter auf die Weltherrschaft bestand. Die amerikanischen und britischen Monopolherren glaubten, mit Hilfe der antifaschistischen Koalition ihre Positionen nicht nur in Europa, sondern auch ausserhalb Europas zu verteidigen. Sie wollten den heroischen Kampf des Sowjetvolkes ausnutzen, um ihren eigenen Einfluss zu verstärken und ihre Ausbeuterpolitik auf neue Länder auszudehnen.

Für die Sowjetunion und alle fortschrittlichen demokratischen Kräfte gewann die Schäftung der antifaschistischen Koalition grosse Bedeutung. Ihr Zustandekommen war die wichtigste internationale Voraussetzung, um die faschistischen Staaten in absehbarer Zeit zerschlagen zu können.

Die antifaschistische Koalition liess die imperialistischen Pläne, die UdSSR zu isolieren, völlig zusammenbrechen. Die Sowjetunion wurde nicht isoliert, sondern sie

¹ Siehe ebenda, S. 27 ff.

stellte sich vielmehr an die Spitze der mächtigen antifaschistischen Koalition, sie erweiterte und festigte ihre internationalen Beziehungen und erwarb Verbündete, während sich der Ring um die faschistischen Aggressoren immer enger schloss. Der Zusammenschluss der Völker zur antifaschistischen Koalition versetzte den reaktionären Kräften der USA und Englands eine schwere Schlappe. Die imperialistische Reaktion verlor immer mehr Bewegungsfreiheit. Die Feinde der Sowjetunion konnten jetzt in amerikanischen und britischen Regierungskreisen nicht mehr offen auftreten. Sogar Churchill musste zugeben, dass sich in England keine Regierung hätte behaupten können, die zum offenen Paktieren mit Hitlerdeutschland bereit gewesen wäre.

Zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens erhielten die Volksmassen und vor allem die Arbeiterklasse die Möglichkeit, offen für die Sowjetunion ein treten, ihre Sympathie für sie beweisen, die Erfahrungen und Errungenschaften des Sowjetstaates studieren zu können. Die amerikanische und englische Arbeiterklasse konnte jetzt direkt auf die Aussen- und Innenpolitik ihrer Regierungen einwirken. Die diplomatischen Beziehungen der Sowjetregierung zu den verbündeten kapitalistischen Regierungen verbesserten und erweiterten sich. Zwischen den sowjetischen gesellschaftlichen Organisationen und den Arbeiter-, Gewerkschafts- und anderen Organisationen in der ganzen Welt entwickelten sich feste, freundschaftliche Verbindungen.

Die Massenbewegung für die Einheit der Arbeiterklasse liess die britisch en Trade-Unions und die sowjetischen Gewerkschaften einander näherkommen. Auf Vorschlag des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften wurde im Oktober 1941 ein britisch-sowjetisches Gewerkschaftskomitee gegründet, um die Bemühungen der sowjetischen und der britischen Gewerkschaften, den Sieg über Hitlerdeutschland zu erringen, zusammenzufassen und den Befreiungskampf der Völker in den besetzten Ländern zu unterstützen.

Noch energischer kämpften jetzt die Werktätigen der USA und Grossbritanniens für die Verwirklichung der demokratischen Rechte in ihren Ländern. Dieser Kampf zwang die Regierungen beider Staaten, die Tätigkeit der faschistischen Organisationen etwas einzuschränken.

Mit der antifaschistischen Koalition war eindeutig bewiesen, dass eine internationale Zusammenarbeit von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung möglich ist. Die sowjetische Aussenpolitik, die ständig den Weisungen W. I. Lenins über die Möglichkeit einer internationalen Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlichen sozialökonomischen Systemen folgte, verwirklichte sie un-

ter den schwierigen Bedingungen des Weltkrieges. Die Koalition war ein freiwillig abgeschlossenes Bündnis der an ihr beteiligten Staaten, das auf den Prinzipien der Gleichheit, Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung beruhte.

Der Sieg des Sowjetvolkes und seiner tapferen Streitkräfte vor Moskau beendete die Anfangsetappe des Grossen Vaterländischen Krieges. Obwohl die Sowjetarmee am Anfang dieser Etappe grosse Misserfolge erlitten hatte, konnte Deutschland kein entscheidendes Ergebnis erzielen. Während die kapitalistischen Länder Europas in der Anfangsperiode des Krieges nacheinander zerschlagen worden waren, endete in dem sowjetisch-deutschen Krieg die Anfangsetappe mit dem Sieg der Sowjetarmee vor Moskau, der für den gesamten folgenden Verlauf des Krieges grosse Bedeutung besass.

**DER BEGINN DER FEINDSELIGKEITEN
AUF DEM PAZIFISCHEN KRIEGSSCHAUPLATZ**

1

Zu Beginn der kapitalistischen Epoche war im pazifischen Raum ein Netz von imperialistischen Gegensätzen entstanden. Seit dieser Zeit haben sich diese Gegensätze, vor allem zwischen Japan und den USA, den beiden Anwärtern auf die Herrschaft im Pazifik, unaufhörlich weiterentwickelt und verschärft.

Immer stärker prallte die Expansionspolitik der USA mit der Japans zusammen. Lenin sagte 1920, dass «sich vor unseren Augen zwischen Amerika und Japan der Konflikt verschärft, der Zusammenstoss heranreift – denn um den Stillen Ozean und die Beherrschung seiner Küsten geht bereits seit vielen Jahrzehnten ein überaus hartnäckiger Kampf zwischen Japan und Amerika vor sich, und die gesamte diplomatische, Wirtschafts- und Handelsgeschichte des Stillen Ozeans und seiner Küsten enthält eine Fülle von ganz bestimmten Fingerzeigen darauf, wie dieser Zusammenstoss heranreift und einen Krieg zwischen Amerika und Japan unvermeidlich macht»¹.

Durch den Zusammenprall der aggressiven Interessen der japanischen, britischen und amerikanischen Imperialisten im Fernen Osten entstand hier ein Herd für den zweiten Weltkrieg. Ungeachtet der überaus scharfen imperialistischen Gegensätze zu Japan unterstützten die herrschenden Kreise der USA und Englands die japanische Aggression im Fernen Osten, weil sie damit rechneten, ihr eine andere Richtung, gegen die UdSSR und die demokratischen Kräfte Chinas, geben zu können.

Japan nutzte dies aus und drang in die Mandschurei ein, stiess 1937 auch in andere Teile Chinas vor und griff damit direkt die Positionen seiner imperialistischen Nebenbuhler an. Dennoch rechneten die Regierungen der USA und Englands immer noch damit, die japanische Aggression in die von ihnen gewünschte Richtung lenken zu können. Churchill erklärte im Januar 1942 ganz offen: «Vernünftigerweise war es aber nicht anzunehmen, dass die Japaner – die im Herbst 1940 die Gelegenheit verpasst hatten, uns anzugreifen, als wir umso viel schwächer, umso

¹ W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 461 f.

viel schlechter bewaffnet und allein waren – in den letzten sechs Monaten ... sich in einen verzweifelten Kampf gegen die vereinten Streitkräfte des britischen Empires und der Vereinigten Staaten stürzen würden.»¹ Professor Treat bemerkte zu der japanischen Aggression in China, Japan könne «den Mächten nur ein Gefühl der Dankbarkeit entgegenbringen»². Ein amerikanischer Monopolkapitalist, der bekannte Zeitungsverleger Hearst, erklärte, es gebe «keinerlei Anlass, einen japanisch-amerikanischen Krieg zu befürchten,... es wäre völlig in Ordnung, wenn Japan, als die stabilisierende Kraft im Fernen Osten, China führen würde»³.

Durch ihr Bestreben, die japanische Aggression auf die Sowjetunion abzulenken, hätten die herrschenden Kreise Englands und besonders die USA bereits 1940 fast ihre Interessen gefährdet, als sich die imperialistischen Gegensätze im pazifischen Raum auf das Äusserste verschärften. Die Militärs und Politiker der USA und Englands liessen eine solche Möglichkeit nicht nur zu, sondern hielten dies auch für Japan für besonders günstig. Der amerikanische Oberbefehlshaber auf den Philippinen, General MacArthur, sagte: «Japan hatte nach dem Einfall Hitlers in Holland und nach dem Zusammenbruch Frankreichs seine Chance. Wäre es damals in südlicher Richtung vorgestossen, hätte ihm der Sieg leicht zufallen können.»⁴

Japan ging 1940 nicht gegen eine imperialistischen Gegner vor, weil die Friedenspolitik der Sowjetunion, ihre wirtschaftliche Macht und ihre Verteidigungskraft den japanischen Aggressoren die Hände banden und sie zwangen, ihre Eroberungspläne bis zum deutschen Überfall auf die UdSSR zurückzustellen.

Ausserdem störte der heldenhafte Widerstand des chinesischen Volkes, der einen bedeutenden Teil seiner Kräfte abzog, Japans Pläne. Tschiang Kai-schek hatte die Rolle des Krieges in China richtig erkannt; um die japanische Aggression auf die UdSSR abzulenken, war er bereit zu kapitulieren. Ein Ausdruck dieser Verräterpolitik Tschiang Kai-scheks und seiner Umgebung war der treubruchige Überfall auf die 4. Volksbefreiungsarmee⁵, der die 80'000 Mann starke Kuomintangarmee im Januar 1941 in den Rücken fiel. Dieser Verrat der Kuomintangtruppen löste

¹ W. S. Churchill, Unterhausrede vom 27. Januar 1942. In: W. S. Churchill, Reden

² «Peking and Tientsin Times» vom 5. November 1935.

³ «North China Star» vom 6. August 1935.

⁴ Zitiert nach: H. Abend, Ramparts of Pacific, New York 1942, S. 183.

⁵ Die Chinesische Volksbefreiungsarmee bestand damals nur aus der 4. und der 8. Armee.

einen derartigen Sturm der Empörung im Land aus, dass der Versuch Tschiang Kaischeks, damit den Boden für eine Kapitulation vorzubereiten, scheitern musste.

Inoffizielle japanisch-amerikanische Verhandlungen über die Beilegung der grundlegenden Gegensätze im pazifischen Raum wurden im Januar 1941 aufgenommen. Von japanischer Seite nahmen an ihnen der Führer der faschistischen Organisation «Schwarzer Drache», Oberst Hashimoto, teil, der mehrere eingehende Aussprachen mit verantwortlichen Mitarbeitern des USA-Aussenministeriums hatte. Diese bereiteten den Boden für weitere Verhandlungen auf höherer Ebene vor, die im März 1941 begannen.

Japan beauftragte seinen Botschafter in den USA, Admiral Nomura, die Verhandlungen zu führen, während die USA durch Aussenminister Hull vertreten wurden. Die Besprechungen waren geheim.

Zu Beginn der Gespräche wusste die USA-Regierung bereits, dass der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR bevorstand. Deshalb wollte sie mit Japan ein Abkommen schliessen, das die zwischen den beiden Verhandlungspartnern bestehenden Streitfragen lösen und einen Überfall Japans auf die UdSSR unterstützen sollte. Diesen Plan deckte die Kommunistische Partei der USA auf, die im «Worker» die Hintergründe der japanisch-amerikanischen Verhandlungen enthüllte.¹

Im April 1941 legte die USA-Regierung Japan den Entwurf für ein japanisch-amerikanisches Abkommen vor, der von Japan verlangte, seine Truppen aus China abzuziehen, auf eine Annexion Chinas zu verzichten und eine Politik der «offenen Tür» gegenüber China zu betreiben. Dafür war die USA-Regierung mit einer Vereinigung der Regierung Tschiang Kai-schek und Wang Djing-wee und mit einer Anerkennung Mandschukuos einverstanden. Im Grunde genommen war dies das Programm für eine gütliche Aufteilung Chinas.

Die japanische Regierung beschloss, auf die antisowjetischen und antidemokratischen Bestrebungen der herrschenden USA-Kreise einzugehen, um möglichst günstige Bedingungen zu erreichen. Deshalb bezeichnete sie ihre Gegenvorschläge als Angebot für «eine gemeinsame Politik im Kampf gegen den Kommunismus». Japan schlug vor, einen japanisch-amerikanischen Vertrag zu folgenden Bedingungen abzuschliessen: Japan erhält unbeschränkte Rechte, strategisch wichtige Rohstoffe in den Ländern des südwestlichen Teils des pazifischen Raums zu beziehen, wird durch die USA weitgehend wirtschaftlich unterstützt, die ausserdem bereit sind, die Philippinen zu neutralisieren, Mandschukuo anzu-

¹ Siehe «The Worker» vom 1. März 1941.

erkennen und die Tschiang-Kai-schek-Regierung nicht mehr zu unterstützen.¹ Japan wollte also die antisowjetische Tendenz der Politik der herrschenden Kreise der USA ausnutzen, um China völlig zu erobern und von den USA ausserdem noch eine wirtschaftliche Hilfe zu erhalten, die sein kriegswirtschaftliches Potential wesentlich erhöht hätte. Japan war bereit, keinen bewaffneten Überfall in Südostasien oder im Süden des pazifischen Raums zu unternehmen und seine Truppen aus Südindochina in den Norden des Landes zu verlegen.

Die japanischen Vorschläge wurden der USA-Regierung am 12. Mai übergeben. Bereits am 16. Mai traf eine vorläufige Antwort ein. USA-Aussenminister Hull teilte dem japanischen Vertreter mit, die Vorschläge Japans könnten «mit gewissen Korrekturen» angenommen werden, wenn Japan auf sein Monopol auf China und auf die Einschränkung der Interessen anderer Länder verzichte. Die amerikanische Antwort erwähnte den Abzug der japanischen Truppen aus China mit keinem Wort. Die USA-Regierung plante, die japanischen Truppen gegen die nationale Befreiungsbewegung des chinesischen Volkes auszunutzen. Hull gab den japanischen Vertretern zu verstehen, die USA seien bereit, entsprechende Geheimverhandlungen mit Tschiang Kai-schek zu führen.

Die Verhandlungen liefen also auf ein «fernöstliches Münchener Abkommen» hinaus, dessen Bedingungen im imperialistischen Kampf zwischen den USA und Japan vorbereitet wurden. Die herrschenden Kreise beider Länder erpressten sich gegenseitig.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas erkannte den Sinn dieses Handels und warnte die Volksmassen Chinas rechtzeitig davor. In einer vom Genossen Mao Tse-tung am 25. Mai 1941 für die Parteiorganisationen verfassten Richtlinie des ZK hiess es: «Japan, die USA und Tschiang Kai-schek tragen sich mit einem neuen heimtückischen Plan, mit dem Plan eines ‚östlichen Münchens‘, der darin besteht, durch einen Kompromiss zwischen Japan und den USA auf Kosten Chinas die Voraussetzungen für den Kampf gegen die Kommunisten und gegen die Sowjetunion zu schaffen. Wir müssen diesen Plan entlarven und gegen ihn kämpfen.»²

Die Richtlinie sagte klar, dass das chinesische Volk keine Abmachungen zwischen den USA und Japan, die auf seine Kosten getroffen wurden, anerkennen und den imperialistischen Eroberern weiterhin furchtlos Widerstand leisten würde.

¹ Siehe Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten, a. a. O., S. 405 ff.

² Mao Tse-tung, a. a. O» Bd. 4, S. 27.

Am 21. Juni 1941, am Vorabend des faschistischen Überfalls auf die UdSSR, teilte die USA-Regierung den japanischen Vertretern ihre offizielle Antwort auf die Vorschläge mit. In dieser Antwort erhob sie einige Einwände gegen die japanischen Ansprüche auf wirtschaftliche Vorrechte in China und in den Südsee-Ländern und berührte auch den von den USA als notwendig bezeichneten allmählichen Abzug der japanischen Truppen aus China. Die USA-Regierung erklärte, an der Ausarbeitung der Bedingungen eines Friedens zwischen Japan und China mitarbeiten zu wollen. Gleichzeitig beteuerte die USA-Regierung, sie halte diese Bedingungen nicht für endgültig und sei bereit, über die «gemeinsame Politik im Kampf gegen den Kommunismus», vor allem über den Aufenthalt japanischer Truppen in China und über die Anerkennung Mandschukuos, weiter zu beraten.¹ So war die amerikanische Regierung im Interesse eines «östlichen Münchener Abkommens» bereit, Japan einige Zugeständnisse zu machen.

Trotz der gegenseitigen Zugeständnisse bestanden immer noch scharfe amerikanisch-japanische imperialistische (Gegensätze, die den Abschluss eines Abkommens zwischen beiden imperialistischen Konkurrenten verhinderten. Sie beeinflussten auch Roosevelts Memorandum, das dem japanischen Botschafter am 17. August übergeben wurde und in dem es hiess: «Falls die japanische Regierung in Durchführung einer Politik oder eines Programms der militärischen Herrschaft weitere Schritte mit Waffengewalt oder unter der Drohung der Anwendung von Waffengewalt gegenüber benachbarten Staaten unternimmt, wird die Regierung der Vereinigten Staaten genötigt sein, alle Massnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtet.»² Das geplante Abkommen zwischen den USA und Japan stiess auch auf den wachsenden Widerstand des amerikanischen Volkes, das von seiner Regierung entschiedene Aktionen gegen die faschistischen Aggressoren forderte. Schliesslich störte auch der Verlauf des Kampfes an der sowjetisch-deutschen Front das Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen den Imperialisten wesentlich. Die japanischen Imperialisten erkannten, dass die Sowjetunion einem Aggressor im Fernen Osten Widerstand leisten konnte; sie wollten daher Deutschland nicht militärisch unterstützen, um dabei nicht selbst geschwächt zu werden. Deshalb beschlossen sie, ihre Stossrichtung zu ändern und die Kolonien und Stellungen der USA und Englands anzugreifen.

Die japanischen herrschenden Kreise wollten also die Positionen ihrer Nebenbuh-

1 Siehe Dokumente zu den aussenpolitischen Beziehungen der Vereinigten Staaten und Japans 1931-1941, Bd. 1, Washington 1943, S. 676ff.

2 Ebenda, S. 556 f.

ler durch einen Krieg untergraben und im pazifischen Raum sowie in Südostasien die beherrschende Stellung erobern. Die japanische Regierung bemühte sich, die überaus reichen Hilfsquellen dieses Gebiets an sich zu reißen, um ihr militärisches und wirtschaftliches Potential zu erhöhen, weil sie einen Krieg gegen die UdSSR voraussah. Die Führer Japans rechneten damit, dass die USA und England durch den Krieg gegen Deutschland völlig in Anspruch genommen seien und deshalb einer japanischen Aggression keinen Widerstand leisten könnten. Ebenso rechneten sie damit, dass die herrschenden Kreise der USA und Englands bei ihrer antisowjetischen Einstellung auch in Zukunft ein Abkommen mit Japan nicht ablehnen würden.

Im Herbst 1941 entschloss sich die japanische Regierung allmählich, diesen Plan anzunehmen. Am 6. September wurden auf einer Konferenz von Vertretern der herrschenden Kreise, die unter dem Vorsitz des Kaisers stattfand, die «Grundprinzipien für die Durchführung der nationalen Politik des Kaiserreichs» beschlossen. Punkt 3 dieses Programms lautete: «Wenn sich bis Mitte Oktober keine Aussichten ergeben, dass unsere Forderungen erfüllt werden, ist unverzüglich mit dem Krieg gegen Amerika, England und Holland zu beginnen.»¹ Der endgültige Beschluss, die USA und England zu überfallen, wurde auf der folgenden Konferenz am 5. November 1941 gefasst, in ihm hiess es: «1. Die Feindseligkeiten sind Anfang Dezember zu eröffnen. Die Armee und die Kriegsmarine haben die Vorbereitungen für die Operationen abzuschliessen. 2. Die Verhandlungen mit den USA sind fortzusetzen. 3. Die Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien ist zu verstärken. 4. Unmittelbar vor Beginn der Feindseligkeiten ist eine geheime militärische Fühlungnahme mit Thailand herzustellen.»²

Punkt 2 des Beschlusses sah vor, die Verhandlungen mit den USA entsprechend dem neuen Plan fortzusetzen. Sie sollten jetzt die Aufmerksamkeit der amerikanischen Regierung ablenken, ihre Wachsamkeit einschläfern und damit gewährleisten, dass der von Japan vorbereitete Schlag völlig überraschte. Um den Verhandlungen noch mehr den Anschein zu verleihen, Japan strebe ein Abkommen an, wurde der japanische Diplomat Saburo Kurusu zur Unterstützung des Admirals Nomura in die USA entsandt. Kurusu verliess Tokio am 5. November, das heisst an dem Tag, an dem die führenden Kreise Japans beschlossen, die USA und Eng-

¹ Zitiert nach: Die Geschichte des Krieges im Stillen Ozean, Bd. 3, Tokio 1953. S. 162.

² Zitiert nach: ebenda.

land zu überfallen. Gleichzeitig wurden die entsprechenden Flottenverbände angewiesen, nach bestimmten Punkten auszulaufen und sich zum Angriff bereit zu halten. Der Oberbefehlshaber der Vereinigten Flotte Japans erhielt einen Befehl, in dem es hiess, dass für Japan «der Krieg mit den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Holland unvermeidlich geworden ist»¹. Für die Kommandeure lagen schon versiegelte Schreiben bereit, Pearl Harbour, die Philippinen und Hongkong anzugreifen. Das Datum war festgelegt.

In einem redaktionellen Artikel der Zeitung der Kwantungarmee hiess es am 6. November, «die in den japanisch-amerikanischen Beziehungen ein getretene Phase erinnert an die letzte Woche der russisch-japanischen Verhandlungen, die dem Beginn des grossen Konflikts im Jahre 1904 vorausgingen»².

Am 20. November 1941 übermittelte die japanische Regierung der USA-Regierung durch Kurusu und Nomura eine neue Note, die den USA vorschlug, sich nicht in die Beziehungen zwischen Japan und China einzumischen, gemeinsam mit Japan Güter und Material aus Indonesien zu beziehen, japanisch-amerikanische Handelsbeziehungen wiederaufzunehmen und die erforderliche Menge Erdöl an Japan zu liefern. Beide Seiten sollten sich verpflichten, nicht nach Südostasien und in die südlichen Gebiete des pazifischen Raums einzufallen; die japanische Regierung erklärte sich bereit, nach Schaffung eines gerechten Friedens im pazifischen Raum ihre Truppen aus Indochina abzuziehen und sie vorläufig aus dem südlichen Teil in den nördlichen Teil Indochinas zu verlegen.³

Die USA-Regierung dachte jedoch nicht mehr daran, den japanischen Aggressor für seinen antisowjetischen Eifer so freigebig zu belohnen, weil inzwischen Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfallen hatte. Am 26. November 1941 legte die USA-Regierung Japan ihren Plan für «eine umfassende Lösung der strittigen Fragen» vor. Dieser Plan umfasste zwei Teile, den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung über die Grundprinzipien der Politik der USA und Japans im pazifischen Raum und ausserdem konkrete Vorschläge, den Abschluss eines mehrseitigen Nichtangriffspakts, den Abzug der japanischen Truppen aus China und Indochina, die Anerkennung der Regierung Tschiang Kai-schek als der einzigen chinesischen Regierung, den Abschluss eines Handelsabkommens auf der Grundlage der Meist-

¹ Кампании войны на Тихом Океане (Die Feldzüge des Krieges im Stillen Ozean), Moskau 1956, S. 61.

² „Manchurian Daily News“ vom 6. November 1941.

³ Siehe Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten, a. a. O., S. 414.

begünstigung und die Einigung über die Stabilisierung des Dollar- und Jenkurses.¹ Die japanischen Regierungskreise betrachteten die neuen amerikanischen Vorschläge als Beweis dafür, dass die USA-Regierung nichts von den wahren Absichten ihres Verhandlungspartners ahne. In Japan wurde die öffentliche Meinung bereits auf den Krieg vorbereitet. Am 29. November veröffentlichten die Zeitungen einen Artikel des Ministerpräsidenten Tojo, in dem dieser forderte, Asien müsse «mit eisernem Besen» von der Einmischung der USA und Englands «gesäubert werden»². Dieser Artikel rief anfänglich in den USA eine gewisse Beunruhigung hervor. Doch Nomura beeilte sich, am 2. Dezember Pressevertretern in Washington ein Interview zu geben, in dem er erklärte: «Ich kann nicht glauben, dass irgendjemand den Krieg wünscht.»³

Am 25. November erhielt der für den Angriff auf Pearl Harbor vorgesehene japanische Flottenverband den Befehl, auszulaufen, unter äusserster Geheimhaltung «in die Gewässer von Hawaii vorzustossen und im Augenblick der Kriegserklärung die Hauptkräfte der amerikanischen Flotte auf Hawaii anzugreifen, um ihnen einen tödlichen Schlag zu versetzen... Nach Abschluss des Luftangriffs hat der Verband die Gewässer rasch zu verlassen und nach Japan zurückzukehren.»⁴ Am 1. Dezember 1941 beschloss das japanische Kabinett, den Krieg in den ersten Dezembertagen zu eröffnen. Am nächsten Tag erhielt der Flottenverband den Befehl, Pearl Harbor am Morgen des 7. Dezember anzugreifen.

Die japanischen Pläne, den Angriff zu tarnen und ihm die Überraschungswirkung zu sichern, hätten völlig scheitern können. Bereits im Oktober 1941 hatte sich der amerikanische Geheimdienst die Schlüssel zu den japanischen Chiffren beschafft und damit die Möglichkeit erhalten, Funksprüche zu entschlüsseln. Viele der von ihm aufgefangenen Funksprüche enthielten ganz klare Anspielungen auf den vorbereiteten Überfall. So meldete ein Funkspruch aus Tokio an den japanischen Botschafter in Berlin: «Teilen Sie Hitler und Ribbentrop unter völliger Geheimhaltung mit, es bestehe die äusserste Gefahr, dass ein Krieg zwischen Japan und den angelsächsischen Mächten überraschend ausbrechen kann.»⁵ Die Regierungen Deutsch-

¹ Siehe ebenda. S. 415.

² J. C. Grew, *Ten years in Japan* (Zehn Jahre in Japan), New York 1944, S.

³ Zitiert nach: *Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten*, a. a. O.,

⁴ *Die Feldzüge des Krieges im Stillen Ozean*, a. a. O., S. 63.

⁵ *Verhöre vor dem Ausschuss zur Untersuchung des Überfalls auf Pearl Harbor*, Bd. 16, Washington 1946, S. 2390.

lands und Italiens zogen aus den Informationen die notwendigen Schlüsse. Der italienische Aussenminister Ciano schrieb in sein Tagebuch: «Ein Theatercoup der Japaner.»¹

Aus den aufgefangenen Funkprüchen hätte sich das Datum des geplanten Überfalls annähernd feststellen lassen. Am 22. November wurde aus Tokio ein verschlüsselter, für Kurusu und Nomura bestimmter Funkpruch nach Washington gesandt, der den Termin auf Ende November festlegte und die Anweisung enthielt: «Dieses Datum ist die äusserste Grenze und darf auf keinen Fall abgeändert werden. Danach werden sich die Ereignisse automatisch entwickeln.»² Am 3. Dezember fing der amerikanische Geheimdienst einen Befehl aus Tokio an die japanische Botschaft in Washington über die Vernichtung von Geheimdokumenten, vor allem von Chiffren, auf. Der Geheimdienst liess das Botschaftsgebäude beobachten und stellte fest, dass die Mitarbeiter der Botschaft auf dem Hinterhof Papiere verbrannten. Am 6. Dezember wurde ein weiterer Funkpruch aufgefangen, der betonte, die Erklärung der japanischen Regierung an die Vereinigten Staaten sei am 7. Dezember unbedingt um 13.00 Uhr Washingtoner Zeit auszuhändigen. Eine so genaue Festlegung der Stunde musste stutzig machen.

Der USA-Aussenminister Hull gab später zu, dass er «über den Inhalt sämtlicher aufgefangener Depeschen unterrichtet war»³. «Alle uns in dieser Zeit zugegangenen Informationen», erklärte er, «wiesen klar darauf hin, dass Japan einen Überfall beabsichtigte.»⁴ USA-Kriegsminister Stimson bestätigte Hulls Worte und fügte hinzu: «Wir wussten nur nicht, wo der Vorstoss erfolgen würde.»⁵ Doch auch darüber war die amerikanische Regierung unterrichtet. Am 27. Januar 1941 hatte ihr Botschafter in Tokio, Joseph Grew, geheim nach Washington berichtet, er habe von einem vorbereiteten Überraschungsangriff japanischer Streitkräfte auf Pearl Harbor erfahren.⁶ Die amerikanische Regierung wusste auch, dass die deutschen und japanischen Geheimdienste Informationen über Pearl Harbor einholten. Die Hawaii-Inseln wurden in dieser Zeit von japanischen «Fischern» aufgesucht, die fotografierten, Tiefenmessungen vornahmen und die Koordinaten studierten.

¹ G. Ciano, a. a. O., S. 376.

² Verhöre vor dem Ausschuss zur Untersuchung des Überfalls auf Pearl Harbor, a. a. O., S. 5398.

³ Ebenda, S. 5373.

⁴ Ebenda, S. 5397.

⁵ Ebenda, S. 5497.

⁶ Siehe J. C. Grew, a. a. O., S. 368.

Am 9. und 14. April 1941 legten zwei höhere amerikanische Offiziere General Marshall Berichte von den Hawaii-Inseln vor, in denen sie die möglichen Pläne für einen japanischen Überfall und seine Folgen recht eingehend untersuchten. Die führenden Männer der USA beachteten jedoch diese Warnungen nicht. Geblendet von ihren antisowjetischen Plänen, rechneten sie weiterhin damit, Japan werde die Sowjetunion überfallen. Die amerikanischen Monopolkapitalisten unterstützten nach wie vor die japanischen Aggressoren. Am 30. November 1941 bot der amerikanische Bankier Baruch Japan eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde Dollar an. Das war ein weiterer Versuch der amerikanischen Imperialisten, sich dem japanischen Aggressor zu nähern, als die japanische Flotte bereits nach Pearl Harbor ausgelaufen war.

Die Streitkräfte der USA handelten nach einem am 21. Juli 1941 bestätigten Operationsplan, der auf der Berechnung beruhte, Japan werde die UdSSR überfallen. Am 29. November 1941 berichtete der amerikanische Rundfunk, Japan könne in den kommenden drei Monaten nur die Sowjetunion überfallen und sei aufrichtig bestrebt, ein Abkommen mit den USA abzuschliessen.¹ Das Kriegs- und das Marineministerium der USA warnten zwar am 16. Oktober die Befehlshaber im pazifischen Raum, teilten jedoch mit, in nächster Zeit sei «ein Krieg zwischen Japan und der UdSSR wahrscheinlich, obgleich auch ein Überfall Japans auf die USA und Grossbritannien möglich»² sei. Nach dieser «Warnung» wurden sämtliche bis dahin in den amerikanischen Garnisonen im Pazifik durchgeführten Sicherheitsmassnahmen aufgehoben.

So fielen die herrschenden Kreise der USA selbst in die Grube, die sie so eifrig für die Sowjetunion gegraben hatten. Amerikanische Kriegsgeschichtler gestehen ein: «Die Nachricht kam ebenso plötzlich wie der Angriff selbst. Sie überraschte nicht nur die breiten Volksmassen, ...sondern auch deren Führer.»³

Wie der amerikanische Publizist Warnecke richtig hervorhob, ist «die Erklärung dafür, dass die Westmächte auf einen Überfall Japans moralisch, und militärisch nicht vorbereitet waren, darin zu suchen, dass England und Amerika lange Zeit ge-

¹ Siehe Verhöre vor dem Ausschuss zur Untersuchung des Überfalls auf Pearl Harbor, Bd. 14, Washington 1946, S. 1368 ff.

² Text des Berichts über die Pearl-Harbor-Untersuchung in: «Army and Navy Journal» vom 31. Januar 1942 und bei D. Morgenstern, Pearl Harbor, New York 1947, S. 75.

³ M. Matloff und E. Snell, a.a.O., S. 80.

genüber Japan eine Politik des *apeasement* betrieben hatten»¹. Der Begriff «*apeasement*» galt zu jener Zeit als Begriff für die Politik von München.

Am 7. Dezember 1941 verlangten Kurusu und Nomura, Hull solle sie um 13.00 empfangen. Die Zusammenkunft fand um 14.20 Uhr statt, eine halbe Stunde nachdem Hull von dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor erfahren hatte. Die japanischen Vertreter überreichten ein Memorandum, in dem die amerikanischen Vorschläge vom 26. November abgelehnt wurden. Das Memorandum schloss mit den Worten: «Die japanische Regierung bedauert, hiermit der amerikanischen Regierung mitteilen zu müssen, dass sie, infolge der von der amerikanischen Regierung eingenommenen Haltung nicht anders handeln kann, als es für unmöglich zu erachten, durch weitere Verhandlungen zu einer Einigung zu gelangen.»² Damit waren die Verhandlungen abgebrochen, doch enthielt das japanische Memorandum noch keine Kriegserklärung, obwohl die Feindseligkeiten bereits begonnen hatten.

Japan hatte gleichzeitig in mehreren Richtungen die Aggression eröffnet. Am 7. Dezember, 10.45 Uhr Washingtoner Zeit, wurde die internationale Niederlassung in Schanghai besetzt; um 11.40 Uhr nahmen japanische Truppen die englischen Stellungen in Nord-Malaya unter Feuer; um 12.50 Uhr landeten die ersten japanischen Truppen an der malaiischen Küste; eine Stunde später begann die Offensive durch das südliche Thailand auf die Grenze Malayas; um 13.20 Uhr erfolgte der Angriff auf Pearl Harbor.

Am 8. Dezember wurde in Japan der kaiserliche Erlass über die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten von Amerika und an Grossbritannien veröffentlicht. Die amerikanische Flotte war in Pearl Harbor zusammengezogen worden, um während der japanisch-amerikanischen Verhandlungen einen Druck auf Japan ausüben zu können. Aber diese Konzentration schreckte die Machthaber Japans nicht, sondern wurde von ihnen im Gegenteil als ein günstiger Umstand gewertet, um das Gros der amerikanischen Seestreitkräfte im Pazifik mit einem Schlag ausser Gefecht setzen zu können.

Das japanische Oberkommando sah in der Vernichtung der Hauptkräfte der englischen und amerikanischen Flotte eine notwendige Voraussetzung, die Herrschaft im südwestlichen Teil des Pazifiks zu erringen und weitere Gebiete zu besetzen.

Das amerikanische Oberkommando hatte nicht mit einem plötzlichen japanischen Überfall gerechnet und den Militärstützpunkt in Pearl Harbor vernachlässigt.

¹ Warnecke in «Pacific Affairs» vom Dezember 1942, S. 433.

² J. C. Grew, a. a. O., S. 493.

sigt. Die Reede ist eng und flach – 500 Meter breit und 12 Meter tief – und deshalb als Stützpunkt für grössere Flotteneinheiten gefährlich. Die einzige Fahrrinne führt durch ein Korallenriff, und wenn sie blockiert wird, kann der Hafen zur Falle werden. Aus Platzmangel ankerten die Schlachtschiffe paarweise Bord an Bord. So lagen 60 Kriegsschiffe und 24 Hilfsschiffe der USA-Flotte, darunter 8 Schlachtschiffe, dicht zusammengedrängt auf der Reede.

Der aus 6 Flugzeugträgern, 2 Schlachtschiffen, 2 schweren Kreuzern, einem leichten Kreuzer und 9 Zerstörern bestehende japanische Flottenverband hatte am 26. November, 06.00 Uhr, die Bucht von Hitokappu auf den Kurilen verlassen und den für den Start der Flugzeuge vorgesehenen Punkt 200 Meilen nördlich der Insel Oahu am 7. Dezember, 06.00 Uhr, erreicht.¹ Für den Überfall war ein Sonntag gewählt worden.

An Bord der japanischen Flugzeugträger befanden sich 360 Flugzeuge. Diese Kräfte flogen um 07.55 Uhr den Luftangriff auf die Schiffe und Flugplätze. Bereits beim ersten Anflug erhielten alle Schlachtschiffe Torpedo- und Bombentreffer. Ausser den Flugzeugen griffen 12 Unterseeboote an; 5 dieser Boote hatten Zwei-Mann-U-Boote an Bord. Die Aktionen der U-Boote waren fast erfolglos, während die Zwei-Mann-U-Boote die in sie gesetzten grossen Hoffnungen überhaupt nicht erfüllten. Nur eins von ihnen drang in die Bucht ein und beteiligte sich an dem Angriff.

Der japanische Überfall auf Pearl Harbor überraschte die amerikanischen Streitkräfte völlig und zerschlug die Hauptkräfte der USA-Pazifikflotte, wie das in der Geschichte der Seekriege noch nie vorgekommen war. In 110 Minuten wurden 5 Schlachtschiffe versenkt und die übrigen 3 Schlachtschiffe schwer beschädigt. Die USA verloren insgesamt 19 Kriegsschiffe sowie einen erheblichen Teil der auf der Insel stationierten Flugzeuge und erlitten grosse Menschenverluste. Der japanische Flottenverb and verlor dagegen nur 29 Flugzeuge, ein Unterseeboot und fünf Zwei-Mann-U-Boote.

Die Ergebnisse des Überfalls auf Pearl Harbor überraschten sogar das japanische Oberkommando und wurden daher nur unvollständig ausgenutzt. Der Operationsplan hatte lediglich «einen Vorstoss mit anschliessendem raschem Rückzug» vorgesehen. Der japanische Oberbefehlshaber, Vizeadmiral Nagumo, hielt sich genau an diesen Plan und führte seinen Verband sofort nach Nordwesten. Hätte er die Überreste der amerikanischen Flotte verfolgt, die sich eilig ostwärts zurückzog, wären die Folgen weitaus grösser gewesen. Militärische Kreise in den USA, unter ihnen auch

¹ Die internationale Datumsgrenze verläuft im Westteil des Stillen Ozeans.

General Marshall, meinten, Japan habe, als es Pearl Harbor nicht besetzte, einen Fehler gemacht.

Schwere Misserfolge erlitt auch England bereits in den ersten Tagen des Krieges im Pazifik. Das aus 2 Schlachtschiffen und 4 Zerstörern bestehende britische Pazifikgeschwader lief am 8. Dezember aus Singapur aus, um japanische Transporte anzugreifen, die nach einer eingegangenen Meldung in Nordmalaya begonnen hatten, Truppen zu landen. Japanische Unterseeboote entdeckten das Geschwader. Am Morgen des 10. Dezember griffen japanische Torpedoflugzeuge und Bombenflugzeuge das Geschwader an und versenkten beide Schlachtschiffe.

Japan besass jetzt, nachdem bedeutende Kräfte der amerikanischen und englischen Flotte zerschlagen waren, günstige Voraussetzungen, um Gebiete in der Südsee zu besetzen.

Bereits die Erfahrungen der ersten Kriegstage auf dem pazifischen Schauplatz zeigten, dass Schlachtschiffe und schwere Kreuzer gegenüber den modernen Mitteln der Kriegführung ihre frühere Bedeutung eingebüsst hatten, weil sie gegen Luftangriffe besonders verwundbar sind. Auch die Befehlshaber der britischen und amerikanischen Seestreitkräfte mussten das zugeben. Der amerikanische Admiral Frederic Sherman, während des Krieges Oberbefehlshaber der 5. USA-Flotte, schreibt, dass sich die vor dem japanischen Überfall aufgestellten Pläne der amerikanischen Flotte, «die auf dem Grundsatz beruhten, dass Schlachtschiffe das dominierende Kampfmittel im Seekrieg sind, als ebenso real erweisen wie die Grimmschen Märchen. Ein grosser Teil des ‚Fundaments‘ der Flotte lag als eine Masse nutzlosen Schrotts auf dem Meeresgrund von Pearl Harbor. Die Hierarchie der Kriegsflotte war bis in ihre Grundfesten erschüttert.¹

Mit dem japanischen Überfall auf die USA dehnte sich der zweite Weltkrieg aus und vergrösserte sich die Zahl der am Krieg beteiligten Staaten. Am 8. Dezember 1941 erklärten die USA gemeinsam mit England an Japan und am 11. Dezember Deutschland und Italien den Krieg. Beide Staaten erwiderten die Kriegserklärung der USA am selben Tag. Auch Bulgarien, die Slowakei und Kroatien erklärten England und den USA den Krieg. Ungarn und Rumänien, die sich bereits im Kriegszustand mit England befanden, folgten den andern Satelliten. Ausserdem schloss sich auch die Schattenregierung von Mandschukuo diesem Schritt an.

Als Deutschland und Italien in den Krieg gegen die USA eintraten, wurde am 11.

¹ F. S. Sherman, *Американские авианосцы в войне на Тихом Океане* (Amerikanische Flugzeugträger im Krieg im Stillen Ozean), Moskau 1956, S. 49.

Dezember 1941 ein neues Abkommen der «Achsenmächte» über die weitere gemeinsame Kriegführung unterzeichnet. Das neue Abkommen legte fest, dass Deutschland, Italien und Japan künftig gemeinsam gegen England und die USA mit allen verfügbaren Mitteln bis zum Abschluss der Feindseligkeiten kämpfen würden. Sie verpflichteten sich, nicht ohne volles und gegenseitiges Einverständnis einen Waffenstillstand oder Frieden zu schliessen. Artikel 3 lautete: «Deutschland, Italien und Japan werden auch nach siegreicher Beendigung des Krieges zum Zwecke der Herbeiführung einer gerechten Neuordnung im Sinne des von ihnen am 27. September 1940 abgeschlossenen Dreimächtepaktes auf das Engste zusammenarbeiten.»¹ Die drei aggressiven faschistischen Staaten verbargen nicht mehr, dass ihr Endziel darin bestand, die ganze Welt zu erobern und sie zu unterjochen. Australien, Neuseeland, Kanada, die Südafrikanische Union, Kostarika, Nikaragua, Salvador, Honduras, Haiti, die Dominikanische Republik, Kuba, Panama, Guatemala und Indonesien erklärten den faschistischen Staaten den Krieg. Die Regierungen des Freien Frankreichs, Hollands, Polens, Abessinien und Belgiens schlossen sich diesem Schritt an. Nach viereinhalb Jahren blutigem Krieg, den weder die eine noch die andere Seite erklärt hatte, erklärte China, das bereits 1937 von Japan überfallen worden war, diesem am 9. Dezember 1941 den Krieg.

3

Die erste Etappe des Pazifikkrieges währte bis zum Mai 1942 und brachte den japanischen Streitkräften grosse Erfolge. Nachdem sich Japan zeitweilig das militärische Übergewicht gesichert hatte, eroberte es mit verhältnismässig geringen Kräften grosse und überaus reiche koloniale Besitzungen im Stillen Ozean. Die Streitkräfte der USA, Englands, seiner Dominions und Hollands überliessen den japanischen Aggressoren eine strategische Position nach der anderen. Typisch dafür war die Kapitulation von Singapur, dessen Garnison von 100'000 Mann, die über alle notwendigen Mittel verfügte, um viele Monate lang Widerstand leisten zu können, sich den Japanern kampfflos ergab. Nach den Worten der amerikanischen Journalisten White und Jacoby «handelt der Bericht über den Feldzug in der Südsee nur von Dummheit, Schande und Schmach»².

¹ Zitiert nach: «Berliner Börsenzeitung» vom 12. Dezember 1941.

²Th. H. White und A. Jacoby, Donner aus China, Stuttgart-Hamburg-Baden-Baden 1949, S. 106.

In den ersten fünf bis sechs Kriegsmonaten setzten sich japanische Truppen in Indochina und in Thailand fest, besetzten Malaya mit Singapur, die Hauptinseln Indonesiens, einen Teil von Neuguinea, Birma, die Philippinen und Hongkong, eroberten die Inseln Guam, Wake, Neu-Britannien, die Salomo-Inseln und andere, drangen von Birma aus in die südchinesische Provinz Jünnan ein. In dieser Zeit besetzte Japan ein gewaltiges Gebiet von 3'800'000 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von etwa 150 Millionen Menschen, nicht gerechnet die schon vorher eroberten chinesischen Gebiete.

Die japanischen Erfolge im Stillen Ozean verschärften Japans imperialistischen Gegensätze zu Deutschland. Ein vorläufiger Ausweg wurde in einem Kompromiss gefunden. Am 18. Januar 1942 unterzeichneten Deutschland, Italien und Japan in Berlin ein Militärbündnis, in dem sie die gesamte Welt in zwei Zonen aufteilten, von denen die westliche Hitlerdeutschland und die östliche Japan zugesprochen wurde.

Der Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg war Ausdruck einer weiteren Verschärfung der internationalen Widersprüche des Imperialismus. Der amerikanische Imperialismus war nicht nur bestrebt, die Versuche der deutschen und japanischen Monopolkapitalisten, die Weltherrschaft zu errichten, zu vereiteln, sondern wollte auch seine eigenen Weltherrschaftspläne verwirklichen.

Der amerikanische Imperialismus nutzte die Teilnahme der lateinamerikanischen Länder am Krieg aus, diese Länder weiter politisch und wirtschaftlich zu unterjochen. Die reaktionären Kreise der USA waren «mehr damit beschäftigt, ihre wirtschaftlichen, politischen und strategischen Positionen in Lateinamerika zu festigen, als damit, der Politik einer profaschistischen Neutralität einiger reaktionärer Regierungen Widerstand zu leisten»¹. Die USA-Regierung unterstützte die reaktionärsten profaschistischen Cliquen in den lateinamerikanischen Ländern und schloss sich mit ihnen zu einem Block zusammen. Das Bündnis richtete sich also nicht gegen den Faschismus, sondern gegen die fortschrittliche und nationale Befreiungsbewegung in Lateinamerika.

Auf der Konferenz in Rio de Janeiro – 15. bis 28. Januar 1942 – zwangen die USA den Ländern Lateinamerikas ein Abkommen auf, das vorsah, dass der amerikanische Imperialismus ihnen beim Bau von Marine- und Luftwaffenstützpunkten «Hilfe» leisten sollte. Ebenso wurde beschlossen, die Produktion anzuregen und

¹ V. Codoviila, *Sera America Latina Colonia Yanqui* (Südamerika eine Yankee-Kolonie?), Buenos Aires 1947, S. 12 (span.).

strategisch wichtige Rohstoffe, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Industriewaren auszutauschen. Aber die USA begnügten sich nicht damit, sondern nötigten den 16 lateinamerikanischen Republiken auch noch ein Abkommen über die gegenseitige Aufhebung der Zoll- und Handelsschranken auf.¹

Die Konferenz in Rio de Janeiro eröffnete eine neue Etappe in der Entwicklung der kolonialen Unterwerfung der lateinamerikanischen Länder durch den amerikanischen Imperialismus, eine Etappe, in der die englischen Konkurrenten durch die Vereinigten Staaten aus diesen Ländern verdrängt wurden.

Der Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg diente lediglich den Interessen der Monopole. Wie stark sich die Industrieproduktion der USA erhöhte, zeigt folgende Tabelle:

Index der Industrieproduktion der USA, 1939 = 100 Prozent²

1939	1940	1941	1942	1943	1944	1955
100	115	149	183	219	216	186

Gleichzeitig erhöhte sich die Kapitalkonzentration in der Industrie. In der bearbeitenden Industrie der USA waren 1939 in Betrieben mit mehr als 10'000 Arbeitern 13 Prozent aller Arbeiter dieses Industriezweiges beschäftigt, 1944 dagegen bereits 30,4 Prozent. Zusammen mit den Betrieben mit 1'000 bis 10'000 Arbeitern beschäftigten diese Grossbetriebe gegen Ende des Krieges 52,8 Prozent aller Arbeiter der bearbeitenden Industrie. So waren 1944 über die Hälfte der in der bearbeitenden Industrie tätigen Arbeiter in Riesenbetrieben konzentriert, die grossen Industriemonopolen gehörten.

Konzentration der verarbeitenden Industrie der USA³

Betriebsgruppen nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter		Gesamtzahl der Betriebe		Gesamtzahl der Beschäftigten			
		1939	1944	tausend Arbeiter		in Prozent	
		1939	1944	1939	1944	1939	1944
Von	1 bis 99	187477	197638	2787	3138	25,8	18,9
Von	100 bis 499	14000	15938	2782	3225	25,8	19,3
Von	500 bis 9999	2374	4461	3811	5248	35,3	31,4
Von	10000 und mehr	49	344	1420	5083	13,1	30,4

¹ Siehe Welles and Halifax, War and Peace Aims of the United Nations (Kriegs- und Friedensziele der Vereinten Nationen), Boston 1943, S. 583 f.

² Siehe Economic Concentration and World War II (Wirtschaftliche Konzentration und der zweite Weltkrieg), Washington 1946.

³ Siehe Ebenda, S. 313 ff.

In den Kriegsjahren erhöhten die Industriemonopole ihre Einnahmen wesentlich, weil sie die Arbeiter stärker ausbeuten konnten. Die Rüstungsaufträge wurden so verteilt, wie das den Interessen der grössten Monopole entsprach. Nach Aussagen des ehemaligen USA-Innenministers und Mitglieds der Rüstungskommission, Ickes, tat diese Kommission «alles, um ihren Freunden im ‚big business‘ Vorzugsrechte einzuräumen».¹ Die Hauptmasse der Rüstungsaufträge erhielten nur 100 bis 150 der grössten Betriebe der verarbeitenden Industrie.²

Der Krieg gegen die UdSSR zwang das faschistische Deutschland, seine Hauptkräfte an der sowjetisch-deutschen Front einzusetzen. Damit konnten die USA und England von anderen Kriegsschauplätzen bedeutende Land-, See- und Luftstreitkräfte abziehen und auf den pazifischen Schauplatz verlegen. Japan bereitete weiterhin den Überfall auf die UdSSR vor, damit wurde ein bedeutender Teil seiner Streitkräfte gebunden und die Aufmerksamkeit seiner Führer abgelenkt. So sicherte der beharrliche Kampf der Sowjetarmee an der entscheidenden Front des zweiten Weltkrieges den USA und England die Möglichkeit, auf dem pazifischen Kriegsschauplatz ein Übergewicht der Kräfte herzustellen.

Im Mai 1942 entbrannte im Korallenmeer zwischen Australien und den Salomoninseln eine grosse Schlacht. Die starken Seestreitkräfte beider Seiten, die an ihr teilnahmen, setzten vorwiegend die Luftwaffe ein, während die Kriegsschiffe selbst keinen Schuss abgaben. Beide Seiten erlitten annähernd die gleichen Verluste, doch das japanische Geschwader musste sich zurückziehen.³

Anfang Juni 1942 erlitt Japan bei den Midway-Inseln eine neue Niederlage. Es verlor 4 Flugzeugträger, einen Kreuzer und zahlreiche Flugzeuge.⁴ Der Kampf bei den Midways bewies, dass sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Gegner Japans geändert hatte.

Auch nachdem die USA und England das Kräfteübergewicht im pazifischen Raum erreicht hatten, leiteten sie keinen ernsthaften Angriff gegen Japan ein. Mehr als zwei Jahre lang beschränkten sich die Feindseligkeiten trotz erheblicher Überlegenheit der USA und Englands auf geringfügige Kämpfe zur See und ebenso unbedeutende Kämpfe auf dem Lande – auf den Salomoninseln und auf Neuguinea.

¹ H. L. Ickes, Das Geheimtagebuch, Bd. III, Die drohenden Wolken, New York 1954, S. 434.

² Siehe D. M. Nelson, Arsenal of Democracy (Arsenal der Demokratie), New York 1946, S. 276.

³ Siehe F. S. Sherman, a. a. O., S. 69.

⁴ Siehe Die Feldzüge des Krieges im Stillen Ozean, a. a. O., S. 92 f.

Die militärischen Misserfolge und Fehler der USA, Englands und Hollands im pazifischen Raum waren stark durch die von Rassenhass bestimmte Kolonialpolitik ihrer herrschenden Kreise bedingt, die es ihnen nicht gestattete, die einheimische Bevölkerung zum Kampf gegen die japanische Expansion heranzuziehen. Da die herrschenden Kreise der USA und Englands fürchteten, die nationale Befreiungsbewegung könne sich in diesen Kämpfen entwickeln, wagten sie nicht, die Volksmassen zum Widerstand gegen die japanischen Eroberer aufzurufen. So lehnten die USA zum Beispiel den Vorschlag der Kommunistischen Partei der Philippinen ab, eine einheitliche nationale Widerstandsfront zu bilden.¹

Sogar während des Krieges änderten die englischen, amerikanischen und holländischen Verwaltungsbehörden ihre üblichen Kolonialmethoden nicht; damit verstärkten sie den Gegensatz zu den Volksmassen.

Unter dem Einfluss des heldenhaften Befreiungskampfes der Sowjetunion wuchs jedoch auch im pazifischen Raum die nationale Befreiungsbewegung der Völker an, in der die Kommunisten eine immer grössere Rolle spielten. Entgegen den Wünschen der Kolonialherren begannen die Völker den aktiven Kampf gegen die faschistische Aggression und gegen die von den japanischen Besatzern errichtete «neue Ordnung».

Ende März 1942 wurde auf den Philippinen die Massenorganisation des Volkes «Hukbalahap» geschaffen, die den Kampf gegen die japanischen Eroberer aufnahm. In demselben Jahr entstand die Volksarmee in Malaya, die Kampfhandlungen gegen die japanischen Militaristen organisierte. In Birma wurde die «Antijapanische Liga der nationalen Befreiung» gegründet. Die Partisanenbewegung griff auf Indonesien, Indochina und Korea über. Auch das indische Volk erhob sich zum Kampf für seine Befreiung.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands verhielten sich zur nationalen Befreiungsbewegung der Völker des pazifischen Raums ebenso feindlich wie zum Befreiungskampf der europäischen Völker. Die amerikanischen und englischen Imperialisten fürchteten das Erwachen des nationalen Selbstbewusstseins der Völker des Ostens und fürchteten ihren Befreiungskampf, weil sie begriffen, dass dieser Kampf, der sich vorläufig noch gegen die japanischen Eroberer richtete, unvermeidlich in den Kampf gegen jegliche imperialistische Unterdrückung hinüberwachsen werde.

Im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung stützten sich die herrschen-

¹ Siehe L. Tame, *Born of the People* (Vom Volke geboren), Bombay 1953.

den Kreise der USA und Englands weitgehend auf die Dienste der Kompradorenbourgeoisie, die eng mit den Kolonialherren verbunden war und zusammen mit ihnen gegen das eigene Volk auftrat. Weil die Befreiungsbewegung immer stärker die Massen ergriff, suchten die herrschenden Kreise der USA und Englands nach neuen Wegen, sich mit der Kompradorenbourgeoisie der Kolonialländer gegen die Volksmassen zu verbünden.

Besonders erbittert kämpften die herrschenden Kreise Englands darum, ihre Positionen in Indien zu behaupten. Die britischen Imperialisten fürchteten die nationale Befreiungsbewegung in Indien mehr als dessen Eroberung durch japanische Truppen. Sie meinten, Japan könne Indien nur für kurze Zeit besetzen und dazu beitragen, die indische nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen. Der Sieg des indischen Volkes in seinem Kampf um die nationale Befreiung hätte dagegen dieses Land den Imperialisten auf immer entrissen.

Die englische Wirtschaftspolitik in Indien widerspiegelte ebenfalls das Bestreben der Imperialisten, ihre Positionen zu behaupten. Die herrschenden britischen Kreise waren durch die Entwicklung der Schwerindustrie in Indien beunruhigt. Sie hemmten mit allen Mitteln eine Erweiterung der Produktion und besonders die Entwicklung der wichtigsten Industriezweige, um das indische Volk daran zu hindern, sich für seine nationale Unabhängigkeit die ökonomische Grundlage zu schaffen. Der Krieg verlangte aber, die Hilfsquellen und Produktionsmöglichkeiten des Landes auszunutzen. Deshalb wurde die Produktion dennoch erweitert, zugleich aber so spezialisiert, dass sich keine nationale Industrie entwickeln konnte. So stellte Indien zum Beispiel Karosserien für Kraftfahrzeuge her, jedoch keine Autos; die Fabriken des Landes bauten Panzerwannen, aber keine Panzer, produzierten Flugzeugrümpfe, jedoch keine Flugzeuge.

Die Empörung der indischen Volksmassen verstärkte sich, weil die englischen Pflanzler und Fabrikanten selbst im Krieg ihre Lebensweise nicht änderten.

Im März 1942 versuchte die englische Regierung, durch einige Almosen die wachsende Befreiungsbewegung abzuwürgen und ihre Herrschaft zu festigen. Eine Sondermission der englischen Regierung wandte sich mit folgenden Vorschlägen an die Führer der wichtigsten politischen Parteien und Organisationen des Landes: Indien erhält den Status eines Dominions, wobei die einzelnen Teile des Landes besondere Dominien bilden können; für die Dauer des Krieges bleibt die Macht in den Händen des englischen Vizekönigs.

Die Vorschläge der englischen Regierung sollten die Befreiungsbewegung in Indien untergraben, das Volk spalten und schwächen. Die Kommunistische Partei Indiens und andere Organisationen der Werktätigen verurteilten entschieden den Plan der Kolonialherren. Auch die nationale Bourgeoisie, durch den Nationalkongress vertreten, lehnte diesen Plan ab. Jawaharlal Nehru erklärte sehr richtig, dass der Gedanke einer Teilung Indiens im gegebenen Stadium dem gesamten Verlauf der heutigen historischen und wirtschaftlichen Entwicklung widerspreche.¹ Für die Teilung Indiens trat jedoch die von der Bourgeoisie und von den Gutsbesitzern beherrschte Moslemliga ein, die vorschlug, das Land nach dem Einfluss der Religionen zu teilen. In diesem Plan spiegelte sich der Zwist zwischen den Anhängern der verschiedenen Religionen wider, der von den englischen Kolonialherren bewusst geschürt wurde, um die britische Herrschaft zu festigen.

Der Indische Nationalkongress mit Gandhi und Nehru an der Spitze forderte als Gegengewicht gegen die Vorschläge der britischen Regierung, unverzüglich eine nationale indische Regierung zu bilden, um sämtliche Kräfte des Volkes zum Kampf gegen die Eroberer zu mobilisieren und eng mit den anderen Teilnehmern der antifaschistischen Koalition zusammenzuarbeiten. England wies die Vorschläge des Kongresses zurück. Darauf beschloss der Indische Nationalkongress am 18. Juli 1942, die englische Herrschaft in Indien zu beseitigen, und rief auf, dazu eine Massenaktion zu organisieren. Die englischen Behörden schritten dagegen ein; am 9. August 1942 verhafteten sie Gandhi, Nehru und andere Führer des Indischen Nationalkongresses.

Wie die kommunistischen Parteien der anderen Länder im pazifischen Raum stellte die Kommunistische Partei Indiens ein klar umrissenes und konsequentes Kampfprogramm für die nationale Befreiung auf, das mit der Notwendigkeit übereinstimmte, den Widerstand gegen die japanischen Eroberer vorzubereiten. Die Kommunistische Partei Indiens schlug vor, im Land eine nationale Einheitsfront auf der gemeinsamen Plattform des Kampfes gegen den Faschismus zu schäften, eine mit allen Rechten ausgestattete nationale Regierung unter Führung der massgebenden Persönlichkeiten der nationalen Befreiungsbewegung zu bilden und die militärischen Kräfte des Landes zu verstärken.

Statt gegen den Faschismus zu kämpfen, konzentrierte die englische Regierung die stärksten Truppenverbände, die während der britischen Kolonialherrschaft je auf indischem Boden gestanden hatten, um die nationale Befreiungsbewegung zu un-

¹ Siehe J. Nehru, Entdeckung Indiens, Berlin 1959, S. 607 ff.

terdrücken. Auch die amerikanischen Imperialisten zog es nach Indien. In Washington wurden Pläne für eine Indien-„Hilfe« ausgearbeitet, die aber auf den Widerstand Englands und der fortschrittlichen Kräfte des indischen Volkes sties- sen, das nicht gewillt war, die einen Kolonialherren gegen die anderen auszutau- schen, sondern sich völlig von jeglicher Kolonialherrschaft befreien wollte. Den- noch gelang es dem amerikanischen Kapital, seine wirtschaftlichen Positionen in Indien zu verstärken. Die Politik der Kolonialherren schwächte die Kräfte, die sich den japanischen Eroberern entgegenstellten. Ausserdem untergruben auch die imperialistischen Agentenorganisationen in den Ländern des pazifischen Raums den Widerstand gegen die Japaner. Sie liessen keine Möglichkeit unge- nutzt, der nationalen Befreiungsbewegung verräterisch in den Rücken zu fallen. Das war vor allem das Ziel der Politik der Tschiang-Kai-schek-Clique.

Während 1941 und 1942 die anglo-amerikanischen und die Kuomintangstreit- kräfte schwere Niederlagen erlitten, verteidigte die von der Kommunistischen Partei geführte Chinesische Volksbefreiungsarmee standhaft ihre Positionen und fügte den japanischen Eroberern grosse Verluste zu. Tschiang Kai-schek fürch- tete, die Volksmassen zu mobilisieren und den Widerstand gegen die japanischen Eroberer zu verstärken, und stellte die neue verräterische Losung auf, der Krieg im pazifischen Raum berühre China nicht. Damit half er den japanischen Erober- ern. 1941 und 1942 gingen etwa dreissig Kuomintanggenerale zu den Japanern über und lieferten ihnen ihre Truppen aus. Die japanischen Historiker des zweiten Weltkrieges hoben hervor, dass «sich die Kuomintangtruppen in einem fort ge- fangengaben und ihr Oberkommando sich bemühte, die japanische Armee zur Zerstörung der befreiten Gebiete und zur Vernichtung der Volksbefreiungsarmee zu veranlassen»¹.

Die Volksbefreiungsarmee zog weitaus mehr japanische Kräfte auf sich als die Armeen der USA und Englands oder die Armeen Tschiang Kaischeks. Gegen sie waren 60 Prozent der japanischen Truppen und 95 Prozen der Marionettentruppen eingesetzt.² Die japanischen Verluste in den Kampfhandlungen gegen die Volks- befreiungsarmee übertrafen die Verluste, die den Eindringlingen von den Kuomintangtruppen zugefügt wurden, um ein Vielfaches und überstiegen auch die Ausfälle, die Japan im Krieg gegen die USA und England erlitt. Im Vergleich zu 1937 stiegen die Verluste, die Japan allein durch die 8. Volksbefreiungsarmee er-

¹ Die Geschichte des Krieges im Stillen Ozean, Bd. 4, a. a. O., S. 53.

² Siehe ebenda.

litt, 1942 auf 214 Prozent, während sie gegenüber den Kuomintangarmeen auf 32 Prozent zurückgingen.

Das heldenhafte chinesische Volk leistete, geführt von der Kommunistischen Partei, einen bedeutenden Beitrag zum gemeinsamen Kampf gegen die japanischen Eroberer.

Die Regierungen der USA und Englands rechtfertigten und unterstützten die Veräterpolitik Tschiang Kai-scheks mit allen Mitteln. Sie halfen seinen Anhängern, Waffen und Reserven für den Kampf gegen die demokratischen chinesischen Kräfte bereitzustellen. Die Regierung der USA, die Tschiang Kai-schek in seinen antidemokratischen Aktionen unterstützen und ausserdem verhindern wollte, dass er sich mit Japan einigte, entsandte eine besondere Militärmission nach China, die von General Stilwell geführt wurde, den Tschiang Kai-schek am 10. März 1942 zum amerikanischen Generalstabschef der Kuomintangarmee ernannte.

Durch ihre richtige Aussenpolitik gelang es der Sowjetunion, einen gleichzeitigen deutschen und japanischen Überfall und damit den Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Doch machte das Sowjetvolk von Anbeginn des Krieges auf dem pazifischen Schauplatz kein Hehl aus seiner ablehnenden Einstellung zu den japanischen Aggressoren, die den Krieg entfesselt hatten. Die sowjetische Presse hob mit Recht das Abenteuerum der japanischen Machthaber hervor und sah deren unvermeidliche Niederlage voraus.

Amerikanische und englische Geschichtsfälscher stellen die Feindseligkeiten auf dem pazifischen Schauplatz als einen besonderen «Krieg im Pazifik» dar, der sich angeblich völlig isoliert von den Kampfhandlungen an der sowjetisch-deutschen Front abgespielt habe; damit suchen sie den entscheidenden Anteil der Sowjetunion am Sieg im zweiten Weltkrieg herabzusetzen. Sie bemühen sich auch, den bedeutenden Beitrag zu leugnen, den das grosse chinesische Volk in seinem langen Kampf gegen die japanischen Eroberer geleistet hat, um Japan völlig zerschlagen zu können.

Die Kampfhandlungen im pazifischen Raum spielten jedoch im zweiten Weltkrieg eine Nebenrolle. Die Hauptfront des zweiten Weltkrieges, an der sich das Schicksal des Krieges und der Völker entschied, war die sowjetisch-deutsche Front. Der Kampf der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte gegen Hitlerdeutschland war auch für den Verlauf der Kampfhandlungen auf dem pazifischen Schauplatz entscheidend. Die Niederlage Deutschlands, des Hauptpartners im faschistischen Block, bestimmte auch die Niederlage Japans.

Das imperialistische Japan verband seine Eroberungspläne mit der Hoffnung, die Sowjetunion würde in diesem Krieg zusammenbrechen.

Doch diese Berechnungen wurden völlig durchkreuzt, weil sie die realen Kräfte der Sowjetunion nicht berücksichtigt hatten. Die Sowjetunion zerschlug das faschistische Deutschland, vernichtete im Sommer 1945 die Hauptkräfte des japanischen Heeres und zwang Japan damit zur Kapitulation.

Die Kampfhandlungen an der sowjetisch-deutschen Front, der entscheidenden Front des zweiten Weltkrieges, bestimmten seit Juni 1941 alle internationalen und militärischen Ereignisse. In der ersten Periode des Grossen Vaterländischen Krieges mussten das Sowjetvolk und seine tapferen Soldaten vor allem die deutsche Kriegsmaschine aufhalten, die in ihrem ununterbrochenen Vordringen fast ganz Europa niedergewalzt hatte. An dieser Aufgabe wäre jeder kapitalistische Staat gescheitert.

Die erste Periode des Grossen Vaterländischen Krieges einschliesslich der Verteidigungsetappe der Stalingrader Schlacht währte bis zum 18. November 1942.¹ In dieser Periode ging es vor allem darum, die faschistischen Pläne eines «Blitzkrieges» gegen die Sowjetunion zu vereiteln, an der Front und im Hinterland die Voraussetzungen für den grundlegenden Umschwung im Verlauf des Grossen Vaterländischen Krieges und des gesamten zweiten Weltkrieges zu schaffen. Diese überaus schwierige Aufgabe wurde von dem heroischen sowjetischen Volk unter Führung der Kommunistischen Partei erfolgreich gelöst.

¹ Der Autor behandelt die Verteidigungsetappe der Stalingrader Schlacht im nächsten Kapitel, um diese überaus wichtige Schlacht zusammenhängend darstellen zu können.

VIERTER TEIL

DIE GEGENOFFENSIVE DER SOWJETARMEE 1942/43

DER GRUNDLEGENDE UMSCHWUNG IM ZWEITEN WELTKRIEG

STALINGRAD

1

Zu Beginn des Sommers 1942 verfügte das faschistische Deutschland noch über gewaltige Kräfte, mit denen es frei manövrieren konnte, weil noch immer die zweite Front in Europa fehlte. An der sowjetisch-deutschen Front hatte sich das Kräfteverhältnis noch nicht zugunsten der Sowjetarmee verändert. Die militärischen Misserfolge und Rückschläge der ersten Kriegsmonate, die zu beträchtlichen territorialen Verlusten und zur Verringerung des militärisch-wirtschaftlichen Potentials der UdSSR geführt hatten, dauerten weiterhin an.

In der zweiten Novemberhälfte 1941 begann das deutsche Oberkommando, als die Offensive gegen Moskau offensichtlich nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt hatte, den Plan für die militärischen Operationen im Sommer 1942 auszuarbeiten. Ihm lag eine völlig andere Absicht als dem ursprünglichen Plan zugrunde.

Nach dem Plan «Barbarossa» hätten die deutschen Truppen die Hauptkräfte der Sowjetarmee zerschlagen, die lebenswichtigen Zentren der UdSSR besetzen und damit den Sieg erringen sollen. Ein Teil dieses Planes war auch die deutsche Offensive gegen Moskau. Als sie zusammengebrochen und damit gescheitert war, musste das deutsche Oberkommando einen grundsätzlich neuen Plan entwickeln.

Der neue Plan beruhte darauf, dass die Eroberung der wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete im Süden des Landes die Sowjetunion schwäche, dass dadurch der Ausgang des Krieges bestimmt werde.

In Deutschland setzte bereits Ende 1941 ein Erdöl- und Lebensmittelmangel ein. Er zwang das deutsche Oberkommando, diesen neuen Plan zu verwirklichen.

Das deutsche Oberkommando nahm an, die ökonomischen und militärischen Kräfte der UdSSR seien erschöpft. Es rechnete damit, den Angriff auf Moskau wiederaufnehmen und die Hauptstadt erobern zu können. Deshalb stand in der Moskauer Richtung nach wie vor eine starke Gruppierung deutscher Truppen.

Die erste Idee des strategischen Plans für den Sommerfeldzug wurde vom Oberkommando der Wehrmacht auf der Beratung am 19. November 1941 formuliert. Am 5. April 1942 bestätigte das Führerhauptquartier die Weisung Nr. 41; sie legte die Hauptaufgabe für den Sommerfeldzug 1942 fest und stellte den deutschen Truppen die Aufgabe, die Verteidigungskräfte, die der Sowjetmacht noch zur Verfügung standen, endgültig zu vernichten und die wichtigsten Zentren ihrer Kriegswirtschaft zu erobern. Die Weisung sah vor, alle einsetzbaren Kräfte für die Hauptoperation im Südabschnitt der Front zu konzentrieren, um den Gegner vor dem Don zu vernichten und danach die Erdölgebiete im Kaukasus und die Übergänge über den Kaukasus zu erobern.¹

Die Pläne für den Sommerfeldzug 1942 offenbarten die räuberischen Ziele des faschistischen Krieges gegen die Sowjetunion besonders anschaulich. Goebbels formulierte mit zynischer Offenheit: «Das ist kein Krieg für Thron und Altar; es ist ein Krieg für Getreide und Brot, für einen vollgedeckten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch..., ein Krieg um die Rohstoffe, um Kohle und Eisen.»² Deutschland nutzte das Fehlen der zweiten Front in Europa aus und zog für den Sommerfeldzug 1942 gewaltige Kräfte an der sowjetisch-deutschen Front zusammen. Bis Ende Juni waren 237 Divisionen gegen die Sowjetunion eingesetzt, darunter 184 deutsche. Im Sommer und Herbst 1942 verlegte der Gegner weitere Truppen an seine Ostfront, und im November

1942 standen 266 Divisionen der Sowjetarmee gegenüber, davon 193 deutsche. Dennoch konnte Deutschland im Sommer 1942 schon nicht mehr an der gesamten sowjetisch-deutschen Front angreifen wie im Sommer 1941, es musste sich auf den Südabschnitt beschränken.

Für die Offensive wurden fünf deutsche, eine rumänische, eine italienische und eine ungarische Armee bereitgestellt, die zur Heeresgruppe Süd gehörten. Diese Heeresgruppe wurde in die Heeresgruppen A und B geteilt. Die Heeresgruppe B sollte nördlich der Heeresgruppe A angreifen, im Abschnitt Woronesh-Nowaja Kalitwa bis zum Don vorgehen und zwischen dem Don und der Wolga nach Süden vorstossen, um Stalingrad zu erreichen. Die Heeresgruppe A sollte weiter südlich angreifen und zum Unterlauf des Dons vorstossen, während ein Teil dieser Gruppe für den Einfall in den Kaukasus vorgesehen war.

Der Plan des deutschen Oberkommandos sah also vor, die wichtigsten Getreideanbau- und Industriegebiete im Süden der UdSSR zu erobern, die Wolga ab-

¹ Siehe H. Doerr, Der Feldzug nach Stalingrad, Darmstadt 1955, S. 120ff.

² J. Goebbels, Das eherne Herz, München 1943, S. 334.

zuschneiden und die Voraussetzungen für den Angriff auf den Kaukasus zu schaffen. Die in den Raum Stalingrad zur Wolga vordringenden Truppen sollten die Nordflanke und das Hinterland der Gruppierung decken, die zum Kaukasus vorsties.

Der Stoss nach Süden verfolgte auch bestimmte politische Ziele. Hitlerdeutschland bemühte sich, die Türkei in den Krieg gegen die UdSSR hineinzuziehen, und wollte deshalb ihren Machthabern die verlockende Perspektive einer «Begegnung» im Süden der Sowjetunion bieten. Die herrschenden türkischen Kreise entwickelten ein pantürkisches Programm gewaltiger territorialer Eroberungen. Die türkische Zeitschrift «Boskurt» veröffentlichte im Juli 1941 eine Karte, nach der die Anhänger des Pantürkismus die Absicht hatten, fast die Hälfte der Sowjetunion zu erobern.

Im Zusammenhang mit dem deutschen Angriff im Südabschnitt verhandelte der deutsche Botschafter in der Türkei, von Papen, verstärkt mit türkischen Politikern. Der Premierminister der Türkei, Saracoglu, erklärte während dieser Verhandlungen, dass er «leidenschaftlich die Vernichtung Russlands wünscht. Die Vernichtung Russlands ist eine Heldentat des Führers, wie man sie nur einmal in einem Jahrhundert vollbringen kann... Das russische Problem kann von Deutschland nur gelöst werden, wenn mindestens die Hälfte aller in Russland lebenden Russen getötet sein wird.»¹

Von Papen teilte dem türkischen Präsidenten Ismet İnönü den bevorstehenden Angriff Deutschlands auf den Kaukasus mit und hob hervor, dass für Deutschland «die Konzentrierung türkischer Kräfte an der russischen Grenze sehr wertvoll wäre»². Die türkische Regierung zog 26 Divisionen an den sowjetischen Grenzen zusammen. Aber der beginnende Angriff der Sowjetarmee vor Stalingrad zwang Hitlers Helfershelfer, ihre Abenteuerlust zu mässigen.

Japan hatte seine militärisch-wirtschaftlichen Hilfsquellen durch die Eroberungen in der Südsee vergrössert und bereitete sich im Sommer 1942 ebenfalls vor, den Krieg gegen die UdSSR zu eröffnen. Die japanische Presse veröffentlichte Artikel, deren Verfasser forderten, dass der sowjetische Ferne Osten dem japanischen Imperium angegliedert und von einem japanischen Generalgouverneur verwaltet werden sollte. Der japanische Generalstab arbeitete einen neuen Plan für den Krieg gegen die UdSSR aus, der mit einem plötzlichen Vertragsbrüchigen Überfall begonnen werden sollte. Die japanische Armee in der Mandschurei und in Korea wurde wieder, wie schon im Sommer 1941, in Kampfbereitschaft

¹ Документы министерства иностранных дел Германии (Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes), Folge II, Moskau 1946, S. 98.

² Ebenda, S. 58.

versetzt. Die japanische Regierung wartete nur den Fall Stalingrads ab, um gegen die UdSSR loszuschlagen. Die heldenhafte Verteidigung der Stadt zwang jedoch die japanischen Aggressoren, ihren vorbereiteten Überfall erneut aufzuschieben.

Die Stalingrader Schlacht war der Wendepunkt des zweiten Weltkrieges. Aber auch in diesen entscheidenden Tagen erfüllten die Regierungen der USA und Englands trotz der hartnäckigen Forderungen der Volksmassen dieser Länder nicht ihre Verpflichtung, 1942 die zweite Front in Westeuropa zu eröffnen.

Während die Sowjetunion massierte faschistische Offensiven abwehren musste, hielten ihre Verbündeten die Armeen nach wie vor zurück.

Einige Militärs und Politiker in den USA und England sprachen offen über die Motive des Treubruchs ihrer Regierungen. Der bekannte englische Militärhistoriker Liddell Hart gab 1941 ein kleines Buch heraus, in dem er behauptete, England müsse, gestützt auf seine jahrhundertealten Erfahrungen, den Krieg so führen, dass der Gegner geschont werde, weil er zum zukünftigen Verbündeten werden könne, während der Verbündete mit allen Mitteln zu erschöpfen sei, weil er wahrscheinlich der kommende Gegner sei.¹ Damit wurde die öffentliche Meinung in England bereits während des Krieges ideologisch auf den Block seiner Machthaber mit den noch nicht endgültig geschlagenen deutschen Militaristen gegen die Sowjetunion vorbereitet.

Der Gehilfe des Generalstaatsanwalts der USA, Arnold, sagte am 3. Juli 1942, dass die amerikanischen Monopolisten Pläne hegen, Militärblocks mit Deutschland zu schaffen. «Eine kleine Gruppe amerikanischer Geschäftemacher», sagte er, «die Partner dieser internationalen Ringe... (gemeint ist die Münchener Politik – der Verf.) halten.., den Krieg immer noch für eine zeitweilige Unterbrechung des Business as Usual (Geschäft wie gewöhnlich) mit einem starken Deutschland. Sobald der Krieg zu Ende sei, so erwarten sie, werde das alte Spiel wieder von vorn beginnen. Bemerkenswert ist, dass alle diese Kartelleiter immer noch so reden und denken, als ob der Krieg remis enden werde, und sie deshalb in der Lage sein müssten, ihre Arrangements mit einem starken Deutschland nach dem Kriege fortzusetzen.»²

Verschiedene Argumente wurden ins Feld geführt, um die Völker zu beruhigen und ihnen zu erklären, weshalb die zweite Front noch nicht geschaffen worden

¹ Siehe B. H. Liddell Hart, Strategie, Wiesbaden 1955.

² Zitiert nach «Neue Zeit», Moskau, Heft 9/1948, S. 10.

war. Dabei wurde sogar die von den Faschisten verbreitete Legende über den sogenannten Atlantikwall aufgegriffen, der angeblich den Weg auf das Festland versperrte. Die Militärs und Politiker der USA und Englands redeten, als glaubten sie selbst an die Existenz des «Atlantikwalls». Eisenhower, damals schon Oberkommandierender der Vereinigten Streitkräfte der USA und Englands, sagte dazu: «Es war dies die felsenfeste, von einigen unserer erfahrenen Soldaten, Seeleuten und Fliegern vertretene Überzeugung, dass die armierte westeuropäische Küste sich nicht mit Erfolg an greifen lasse... Viele vertraten den Standpunkt», fuhr er fort, «ein Angriff gegen derartige Verteidigungsanlagen sei Wahnsinn – nichts als militärischer Selbstmord.»¹ Eisenhower erwähnte, «dass die deutsche Kampfmoral erst deutliche Anzeichen einer Erschütterung zeigen müsse, ehe man an die Ausführung eines derartigen Unternehmens gehen könne»². Er war hierin mit Churchill einer Meinung, der erklärte, dass die zweite Front nur dann eröffnet werden könne, wenn die verbündeten Truppen «vom Kanal in einem Siegeszug bis Berlin vorstossen könnten und nur einige Schüsse abzugeben brauchten»³.

Die Regierungen der USA und Englands wollten also die Sowjetunion den Sieg über Deutschland erringen lassen, selbst aber erst eingreifen, wenn der Sieg sicher war. Sie gaben offen zu, grosse, aber untätige Armeen geschaffen zu haben. Churchill erklärte vor dem Unterhaus, dass grosse Truppenverbände an Abschnitten stünden, an denen keine Kampfhandlungen stattfänden.

Der Bevölkerung wurde eingeredet, den Britischen Inseln drohe immer noch ein deutscher Überfall. Von dieser «Gefahr» sprach Churchill auch noch im April und im Juli 1942.⁴

Dabei erwog er, ob «Deutschland Russland nicht doch zerschlagen und dessen Armeen bis hinter den Ural zurücktreiben werde»⁵. Die USA und England hätten sich also angesichts der ihrem Verbündeten drohenden Gefahr beeilen müssen, ihm Hilfe zu leisten. Aber aus ihren Worten klang nicht die Sorge um den Verbündeten, sondern Schadenfreude. Die kurzsichtigen Politiker beider Staaten begriffen nicht, dass eine Gefahr für die UdSSR auch zur Gefahr für die USA und England werden konnte. Nach dem Kriege schrieb der bekannte USA-Staatsmann Stettinius, das amerikanische Volk müsse sich erinnern, dass es sich

¹ D. Eisenhower, Kreuzzug in Europa, Amsterdam 1948, S. 67f.

² Ebenda, S. 68.

³ Zitiert nach: R. E. Sherwood, a. a. O., S. 767 (engl.).

⁴ Siehe W. S. Churchill, a.a.O., Bd. 4/2, S. 44.

⁵ Ebenda, Bd. 4/1, S. 280.

im Jahre 1942 am Rande des Untergangs befunden habe. Wenn die Sowjetunion nicht die Frontlinie gehalten hätte, hätten die Deutschen auch Grossbritannien besetzen können. Sie hätten auch Afrika erobert und danach einen Brückenkopf in Lateinamerika schaffen können.¹

Die Labour-Führer unterstützten voll und ganz Churchills Haltung zur zweiten Front. Als das englische Volk verlangte, die zweite Front so schnell wie möglich zu schaffen, erklärten Attlee und Bevin, die Forderungen verantwortungsloser Menschen könnten nicht die militärischen Entscheidungen beeinflussen, und die Regierung müsse selbst wissen, was sie zu tun habe.

Von allen politischen Parteien Englands kämpfte nur die Kommunistische Partei für die zweite Front. Mehrmals verurteilte sie in offiziellen Erklärungen die Politik, die zweite Front zu sabotieren, und forderte die Regierung auf, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Churchill zögerte die Lösung dieser Frage bewusst hinaus und hielt die Operationen auf dem pazifischen Kriegsschauplatz für entscheidender. Die führenden USA-Politiker waren damit einverstanden, verlangten aber ständig von der Sowjetunion, in den Krieg gegen Japan einzugreifen. Der amerikanische Generalstab bemühte sich, die Sowjetunion und Japan zu schwächen; er vertrat aber auch die Interessen der Monopole, die in Ostsibirien und im sowjetischen Fernen Osten Fuss fassen wollten. Im Memorandum des amerikanischen Generalstabs hiess es ganz offen: «Russland tut alles, um einen Krieg in Ostsibirien zu vermeiden, aber das ist gerade das Gebiet, das uns interessiert.»²

Regierungskreise und führende Militärs der USA erwogen den Plan, amerikanische Luftstützpunkte in Sibirien zu schaffen. Die Väter dieses Gedankens dachten die Luftstützpunkte für das Eindringen amerikanischen Kapitals auszunutzen und einen militärischen Konflikt zwischen Japan und der UdSSR herbeiführen zu können.

Am 17. Juni 1942 wandte sich Roosevelt mit einem Schreiben an Stalin, in dem er unter dem Vorwand, der Sowjetunion durch amerikanische Luftstreitkräfte bei einem japanischen Überfall helfen zu wollen, vorschlug, der USA-Luftwaffe in Sibirien Stützpunkte einzuräumen. Nach sechs Tagen bot der USA-Präsident in einem neuen Schreiben an, eine Luftlinie über Alaska und Sibirien einzurichten. Stalin teilte mit, dass er zu Gesprächen über diese Frage einverstanden sei.

¹ Siehe E. Stettinius, *Roosevelt and the Russians* (Roosevelt und die Russen), o. O. 1949, S. 7 (engl.).

² Zitiert nach: M. Matloff und E. Snell, a. a. O., S. 145 (engl.).

Der USA-Präsident unterbreitete jedoch bald neue Vorschläge. Er beharrte darauf, bedeutende amerikanische Luftstreitkräfte im sowjetischen Fernen Osten zu stationieren, wollte unbedingt eine besondere amerikanische Militärmission für den Fernen Osten unter General Bradley hinzuziehen, um die sowjetischen Truppen zu überprüfen. Ausserdem drängte er, General Marshall nach Moskau entsenden zu können, der die Sibirienfrage breit erörtern sollte. So schälten sich allmählich die wahren Pläne des amerikanischen Imperialismus heraus.

Die Sowjetunion lehnte das Ersuchen der USA ab. Am 13. Januar 1943 teilte der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR dem Präsidenten der USA mit, dass die Sowjetunion keine Fliegertruppen, sondern Flugzeuge benötige, da sie eigene Piloten habe. Diese Hilfe sei ausserdem «nicht im Fernen Osten notwendig, wo sich die UdSSR nicht im Kriegszustand befindet, sondern an der sowjetisch-deutschen Front, wo die Hilfe durch Flugzeuge besonders gebraucht wird». Weiter hiess es in dem Schreiben: «Ihr Vorschlag, dass General Bradley die russischen militärischen Objekte im Fernen Osten und in anderen Teilen der UdSSR inspiziert, erweckt Befremden. Verständlicherweise können russische militärische Objekte nur von einer russischen Inspektion kontrolliert werden, weil amerikanische militärische Objekte auch nur von einer amerikanischen Inspektion überprüft werden können. In dieser Frage können keine Unklarheiten geduldet werden.»¹ Die Sowjetregierung wies das als Hilfe für die Sowjetunion verbrämte Ansinnen der USA zurück.

Statt die zweite Front zu schaffen, führten die USA und England im Sommer 1942 eine Reihe von Unternehmen auf die französische Küste durch. Hinter diesen Aktionen verbarg sich der Gedanke, den Deutschen zu zeigen, dass sie die Landung grosser Kräfte in Westeuropa nicht zu fürchten brauchten. Das Scheitern dieser Unternehmen, die von geringen Kräften geführt wurden, sollte ausserdem die Unmöglichkeit beweisen, die zweite Front zu schaffen. Deshalb gab auch der Londoner Rundfunk vor der Landung der alliierten Truppen in Dieppe am 19. August 1942 die Mitteilung durch, dass eine solche Landung nur begrenzte Ziele verfolgen könne. Formal richtete sich dieser Hinweis an die französischen Widerstandskämpfer, um sie von einer verfrühten Aktion zurückzuhalten. Praktisch zogen aber die deutschen Truppen daraus Gewinn, weil sie jetzt die Abwehr der Landungstruppen vorbereiten konnten. Die aufopferungsvoll kämpfenden Soldaten und Offiziere der kanadischen Landungseinheiten waren schon von vornherein zum Untergang verurteilt.

¹ Briefwechsel, Bd. 2, a. a. O., S. 49 (russ.).

In der offiziellen Geschichtsschreibung der USA und Englands wird behauptet, die Sowjetunion hätte, obwohl die zweite Front auch im Sommer 1942 noch nicht geschaffen worden war, umfangreiche Lieferungen erhalten, die ihre Lage entscheidend verbesserten. Der englische Militärhistoriker Fuller schreibt zum Beispiel: «Nichtsdestoweniger war die wirtschaftliche Lage Russlands im Herbst 1942 verzweifelt, und wäre nicht der ununterbrochene Zustrom von englisch-amerikanischen Versorgungsgütern, welcher sich nach Archangelsk ergoss, gewesen, so ist es zweifelhaft, ob die Russen imstande gewesen wären, die phantastische Situation, in welche Hitler seine Armee gebracht hatte, zu ihren Gunsten umzubiegen.»¹ Diese Behauptung steht im klaren Widerspruch zur Wirklichkeit. Während der Stalingrader Schlacht erhielt die Sowjetunion keine «englisch-amerikanischen Versorgungsgüter», die Lieferungen waren nämlich eingestellt worden.

Die Verbündeten hatten auch in den ersten Monaten des Jahres 1942 nur zögernd geliefert. Später vereinbarten die Regierungen der USA und Englands untereinander, die Lieferungen gerade in der für die Sowjetunion schwersten Periode vorläufig einzustellen. Anfangs begründeten sie ihr Verhalten damit, dass wegen der geplanten Landung in Nordafrika Transportraum fehle. Dann lieferten sie einen planmässigen Geleitzug, der Archangelsk anlaufen sollte, den deutschen Schlägen aus, um die Lieferungen an die UdSSR scheitern zu lassen.

Der Geleitzug PQ-17 verliess am 27. Juni 1942 Island mit 34 Handelsschiffen. Er wurde von 6 Torpedobootzerstörern, 2 Flakkreuzern, 2 U-Booten und 11 kleineren Einheiten begleitet. Zur unmittelbaren Unterstützung waren ihm 2 englische, 2 amerikanische Kreuzer und 3 Torpedobootzerstörer beigegeben. 9 englische und 2 sowjetische U-Boote befanden sich vor der nordnorwegischen Küste. Die Hauptsicherungskräfte bestanden schliesslich noch aus 2 Schlachtschiffen, einem Flugzeugträger, 3 Kreuzern und einer Flottille Torpedobootzerstörer. Die USA und England hätten also den Marschweg des Geleitzuges bis in die Seegebiete sichern können, in denen die sowjetische Flotte operierte.

Der Geleitzug hatte sein Ziel noch längst nicht erreicht, als am 4. Juli durch einen Befehl aus London alle Schiffe des Geleitschutzes, der Unterstützung und der Sicherung nach Westen abberufen wurden. Den Handelsschiffen wurde vorgeschlagen, sich zu dezentralisieren und die sowjetischen Häfen anzulaufen. Dieser Befehl wurde erteilt, obwohl die englische Admiralität wusste, dass die Route des Geleitzuges dem deutschen Oberkommando bekannt geworden war.

¹ J. F. C. Fuller, a. a. O., S. 218.

Die Schiffe wurden also den Schlägen der deutschen Flugzeuge und U-Boote ausgeliefert. Churchill bemerkt dazu in seinen Memoiren nur: «In der Flut der Ereignisse... liess ich, was mich anbetrifft, die Angelegenheit fallen.»¹ Die englischen Seeleute allerdings ahnten nichts von den dunklen Vorgängen hinter ihrem Rücken. Sie bewiesen äusserste Tapferkeit und wahres Heldentum, um dem sowjetischen Volk zu helfen.

Die doppelzüngige Politik der herrschenden Kreise Englands und der USA zur materiellen Hilfe für die Sowjetunion und der schlechte Geleitschutz für die Frachter forderten vom englischen und amerikanischen Volk unnötige Opfer.

Von dem Geleitzug PQ-17 wurden 23 Frachter versenkt. Diese Verluste schoben die Westmächte jetzt ständig vor, um die Einstellung der Lieferungen an die Sowjetunion zu begründen. Schon am 17. Juli teilte die britische Regierung der UdSSR offiziell mit, dass die Lieferungen gestoppt werden. Churchill gibt in seinen Memoiren zu, dass dieser Schritt zu einer Zeit erfolgte, als die UdSSR besonders darauf angewiesen war.²

Die Sowjetregierung teilte am 23. Juli 1942 ihre Meinung zu den Lieferungen an die UdSSR über das Nordmeer mit. Die Argumente der englischen Regierung über die Notwendigkeit, die Transporte auf diesem Seeweg einzustellen, wurden völlig richtig als haltlos abgelehnt. «Bei gutem Willen und der Bereitschaft, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, könnte die Zufuhr regelmässig erfolgen.» Weiter hiess es in der sowjetischen Antwort: «Der Befehl der britischen Admiralität an die Geleitschiffe des 17. Konvois, die Transportschiffe zu verlassen und nach England zurückzukehren, und die Weisung an die Transportschiffe, sich zu zerstreuen und ohne Geleitschutz die sowjetischen Häfen anzulaufen, ist unseren Spezialisten unverständlich und unerklärlich.»³ In der Antwort wurde auch darauf hingewiesen, dass sich die Sowjetregierung nicht damit abfinden könne, die zweite Front in Europa um ein weiteres Jahr zu verschieben.

Die in der UdSSR gebildete Armee der polnischen Emigrantenregierung war nach den sowjetisch-polnischen Verträgen verpflichtet, gegen die deutschen Eroberer zu kämpfen. Ein beträchtlicher Teil ihrer Angehörigen drängte zum Kampf. Aber General Anders zog es vor, auf den Kampf gegen die Deutschen zu verzichten.

¹ W. S. Churchill, a. a. O., S. 311.

² Siehe ebenda, S. 318.

³ Briefwechsel, Bd. 1, a. a. O» S. 54.

Eine der Zeitungen, die von der polnischen Emigration in London herausgegeben wurde, schrieb im Mai 1942: «Bis zum August/September dieses Jahres müssen sowohl die deutsche Armee wie auch die sowjetische unschädlich gemacht sein, beide werden sich gegenseitig vernichten, dann bricht die Zeit für die Operation der Angelsachsen an.»¹ Auf dem Höhepunkt der Stalingrader Schlacht wurde die Andersarmee in den Nahen Osten evakuiert.

Die tschechoslowakische Emigrantenregierung versuchte vergeblich, die in der UdSSR gebildeten tschechoslowakischen Verbände ebenfalls in den Nahen Osten abzuführen. Die Angehörigen der tschechoslowakischen Verbände baten die Sowjetregierung, gegen die Faschisten kämpfen zu dürfen. Das sowjetische Oberkommando erfüllte den Wunsch. Im März 1943 gingen die tschechoslowakischen Truppen an der sowjetisch-deutschen Front in der Nähe des Dorfes Sokolowo südlich von Charkow in den Kampf gegen die faschistischen Eroberer.

2

Nicht nur Hitlerdeutschland trachtete nach dem sowjetischen Erdöl. Auch die englischen und amerikanischen Imperialisten versuchten, die schwere Lage der Sowjetunion auszunutzen. Die Regierungen beider Länder planten, vom Nahen Osten aus Truppen nach Transkaukasien einzuschleusen. Die herrschenden Kreise der USA und Englands bemühten sich, einander bei der Invasion in den Kaukasus zu überholen.

Im August 1942 flog Churchill nach Moskau, um der sowjetischen Regierung jetzt erst mitzuteilen, dass die USA und England ihre Verbündetenverpflichtung, noch 1942 die zweite Front zu schaffen, nicht einhalten würden. Churchill schrieb über seinen Flug: «Ich begann über meine Mission in diesem trotzigem, finstern Bolschewistenstaat nachzugrübeln. Einstens hatte ich mich so sehr bemüht, ihn schon bei der Geburt abzuwürgen... Zu welchen Worten war ich nun heute verpflichtet? General Wawell, der sich literarischen Neigungen hingab, hatte seine Gedanken in einem Gedicht zusammengefasst. Jede Strophe endete mit dem Refrain ‚Neunzehnhundertzweiundvierzig keine zweite Front‘.»² Churchill selbst betrachtete also das Bemühen, die zweite Front zu sabotieren, als Fortsetzung seiner antisowjetischen Politik.

An der Moskauer Konferenz nahmen führende Politiker der Sowjetunion, der briti-

¹ Zitiert nach «Trybuna Wolnosci» vom 1. September 1946.

² W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 4/1, S. 77.

sche Premierminister und der amerikanische Botschafter teil. Gleichzeitig verhandelten Vertreter der Oberkommandos der UdSSR, Englands und der USA. Während der Verhandlungen in Moskau teilte der britische Premierminister, vom USA-Vertreter unterstützt, der Sowjetregierung offiziell mit, dass die zweite Front 1942 nicht gebildet werde und mit ihr erst 1943 zu rechnen sei. Als Antwort darauf wurde Churchill ein sowjetisches Memorandum überreicht, in dem es hiess, die «Absage der Regierung Grossbritanniens, 1942 die zweite Front in Europa zu schaffen, versetzt der ganzen sowjetischen Öffentlichkeit, die damit gerechnet hatte, einen moralischen Schlag. Die ablehnende Antwort erschwert die Lage der Roten Armee an der Front und beeinträchtigt die Pläne des sowjetischen Oberkommandos. Die Schwierigkeiten, die für die Rote Armee entstehen werden, werden zweifellos auch die militärische Lage Englands und der übrigen Verbündeten verschlechtern.»¹

In dem sowjetischen Memorandum wurde bezweifelt, dass 1943 die zweite Front geschaffen würde. Am 30. Januar 1943 wandte sich die Sowjetregierung an die Regierungen der USA und Englands, um festzustellen, welche Massnahmen vorbereitet seien und welche Pläne bestünden, 1943 die zweite Front zu errichten. Diese Frage blieb unbeantwortet. Gleichzeitig versicherte die Sowjetregierung, dass «die Streitkräfte der UdSSR alles, was von ihnen abhängt, unternehmen werden, um die Offensive gegen Deutschland und seine Verbündeten an der sowjetisch-deutschen Front fortzusetzen»². Die Streitkräfte der UdSSR erfüllten ehrenvoll alle Bündnisverpflichtungen.

Churchill dachte die gewaltige Anspannung ausnutzen zu können, die der Sowjetstaat während der Stalingrader Schlacht überstehen musste. Er forderte von der UdSSR, mit der Besetzung Transkaukasiens durch englische Truppen einverstanden zu sein, musste sich jedoch davon überzeugen, dass er eine derartige Zustimmung niemals erhalten würde. Der heldenhafte Kampf der Verteidiger Stalingrads zeigte, wie haltlos die Absichten der herrschenden Kreisender USA und Englands waren, die UdSSR zu zermürben und zu schwächen. Im Zusammenhang damit sprach Churchill im Oktober 1942 nach seiner Rückkehr aus Moskau von einem geheimen Memorandum, in dem er zur Schaffung eines breiten militärischen Bündnisses aufforderte, das sich gegen die UdSSR richten sollte.³

¹ Briefwechsel, Bd. 1, a.a.O., S. 58f.

² Ebenda, S. 87 f.

³ Siehe W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 4/2, S.

Während der Stalingrader Schlacht wurden in Madrid geheime Verhandlungen zwischen England und Japan, vertreten durch den englischen Botschafter in Spanien Hoare und den japanischen Botschafter Suma, geführt. Churchill machte Japan ein Friedensangebot und war bereit, die Eroberung Nordchinas durch Japan anzuerkennen. Er beharrte aber auf der Rückgabe Singapurs und ganz Malayas an England. Die englischen Friedensvorschläge an Japan sowie die Japan von den Vereinigten Staaten unterbreiteten Angebote sollten diesen Aggressor zum Überfall auf die UdSSR drängen.

Die USA versuchten, die angespannte Lage an der sowjetisch-deutschen Front auszunutzen, um der Sowjetunion ihre räuberischen Forderungen aufzuzwingen. Als Washington von Churchills Vorschlag erfuhr, englische Streitkräfte in das sowjetische Kaukasusgebiet zu entsenden, schlossen sich die USA unverzüglich diesem Ansinnen an und wollten unbedingt auch amerikanische Streitkräfte einrücken lassen. Darüber hinaus bemühten sich die USA, in den wichtigsten wirtschaftlichen und strategischen Zentren der Sowjetunion von Transkaukasien bis zum Küstengebiet im Fernen Osten und Kamtschatka amerikanische Militärbasen zu schaffen. Sie verlangten jetzt wieder, Flugzeugbasen in Sibirien einrichten zu können. Der Oberbefehlshaber der USA-Luftstreitkräfte, Arnold, schrieb damals an Eisenhower, die USA könnten nicht länger warten und müssten den günstigen Augenblick sofort ausnutzen.¹ Die Sowjetunion wies auch jetzt das Ansinnen zurück. Die herrschenden Kreise der USA sabotierten nun die Lieferungen an die UdSSR noch mehr, während die Stalingrader Schlacht ihren Höhepunkt erreichte.

Trotz der entschlossenen Haltung der UdSSR-Regierung entwickelten die Regierungen der USA und Englands weiterhin Pläne, in Sowjetisch-Transkaukasien einzufallen. Am 28. September 1942 hatte sich Churchill mit einer Denkschrift an das Vereinigte Oberkommando gewandt und gefordert, den Augenblick für den Einfall «in den Kaukasus» nicht zu verpassen. Ihn beunruhigte nur, wie sich die Westmächte verhalten sollten, «falls sich die diesjährige deutsche Offensive als glatter Fehlschlag erweist»². In der Denkschrift sprach Churchill auch davon, das Auslaufen eines planmässigen Geleitzuges mit Ladungen für die UdSSR aufzuschieben, hob allerdings hervor, dass es unzumässig sei, die Sowjetunion davon zu unterrichten. Am 5. Oktober 1942 sandte Roosevelt Churchill ein Telegramm, in dem er die Pläne für den Einfall in den

¹ Siehe M. Matloff und E. Snell, a. a. O., S. 341.

² W. S. Churchill, a. a. O., S. 188.

Kaukasus guthies und sich damit einverstanden erklärte, der Sowjetunion zu verheimlichen, dass der planmässige Geleitzug zurückgehalten wurde.¹

An der sowjetisch-deutschen Front tobten inzwischen schwere Kämpfe. Am 28. Juni 1942 hatten die Deutschen die Offensive eröffnet. Die Versuche des deutschen Oberkommandos, von Orjol aus nach Süden vorstossend, die Truppen des linken Flügels der Sowjetarmee zu zerschlagen, blieben zwar erfolglos, die Sowjetarmee musste jedoch in schweren Verteidigungskämpfen gegen die überlegenen gegnerischen Kräfte hinter den Don zurückgehen. Am 6. Juli hielten sowjetische Truppen die vorstossenden deutschen Verbände durch einen Gegenstoss in die Flanke der angreifenden Gruppierung vor Woronesh auf. Der ursprüngliche Plan des deutschen Oberkommandos war vereitelt worden. Von diesem Zeitpunkt an verlagerte sich der Schwerpunkt der Kämpfe nach Süden in die Stalingrader Richtung. Am 12. Juli bildete das sowjetische Oberkommando die Stalingrader Front.

Am 17. Juli begann am Tschir die Stalingrader Schlacht. Die Verteidigungsperiode dieser Schlacht dauerte bis zum 18. November 1942.

Am 25. Juli 1942 liefen die Operationen des Planes «Edelweiss» an. Deutsche Truppen brachen in das Kubangebiet und in den Nordkaukasus ein, um den Kaukasus zu erobern. Das sowjetische Oberkommando musste die Truppen der Nordkaukasusfront bis an die Vorgebirge des Grossen Kaukasus zurücknehmen. Der hartnäckige Widerstand der sowjetischen Truppen vor Stalingrad zwang die deutsche Truppenführung, die 4. Panzerarmee vom Kaukasus nach Stalingrad abzuziehen. Das schwächte die im Nordkaukasus eingesetzten deutschen Truppen. Die erbitterten Kämpfe im Kaukasus dauerten bis zum Dezember 1942 an. Mit diesen Kämpfen hielten die sowjetischen Truppen im Kaukasus die feindliche Offensive auf.

Die Versicherungen der geschlagenen deutschen Generale, allein der Treibstoffmangel sei die Ursache der Misserfolge in der Kaukasusrichtung gewesen, sind haltlos. Tippelskirch schreibt zum Beispiel: «Nachschubschwierigkeiten hatten auch verhindert, dass die Kaukasuspässe handstreichartig genommen wurden.»² Tatsächlich scheiterte die deutsche Offensive jedoch am Widerstand der sowjetischen Truppen, die die abenteuerlichen Pläne des deutschen Oberkommandos vereitelten.

Am 21. August durchbrachen deutsche Truppen die äussere Verteidigung Stalingrads. Die Verteidiger zogen sich auf den mittleren Verteidigungsgürtel zurück. Am 13. September entbrannte der erbitterte Kampf in der Stadt selbst. Hit-

¹ Siehe ebenda, S. 190.

² K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 246.

ler beeilte sich zu erklären, dass Stalingrad gefallen sei.

Die Heldenstadt kämpfte jedoch weiter. Stalingrad wurde zum Mittelpunkt aller Kampfhandlungen an der sowjetisch-deutschen Front im Herbst 1942 und im folgenden Winter. Um Stalingrad wurde so erbittert gekämpft, weil die Stadt als Industriezentrum und Verkehrsknotenpunkt ausserordentliche Bedeutung hatte und das deutsche Oberkommando sie unbedingt erobern wollte.

Der angespannte Kampf auf dem Südflügel der sowjetisch-deutschen Front fesselte die deutschen Hauptkräfte.

Allein Stalingrad band einen grossen Teil der feindlichen Truppen. Das deutsche Oberkommando verlegte die 4. Panzerarmee, die 3. und die 4. rumänische und die 8. italienische Armee in die Stalingrader Richtung und schwächte damit seine Kaukasusgruppierung, deren Kräfte jetzt nicht mehr ausreichten, um den Angriff gegen die sowjetischen Truppen im Kaukasus fortzusetzen. Somit hat die Sowjetarmee durch die heldenhafte Verteidigung Stalingrads unter anderem den faschistischen Plan, die Erdölquellen des Kaukasus zu erobern, vereitelt. Andererseits hatte aber auch der Widerstand im Kaukasus die Verteidiger der Stadt unterstützt, weil er verhinderte, dass noch mehr deutsche Truppen nach Stalingrad abgezogen werden konnten. Neben der Verteidigung Stalingrads bemühte sich das sowjetische Oberkommando, die Stellungen an den Flanken der deutschen Truppen zu halten, die nach Stalingrad vorgedrungen waren. Vor allem wurde darauf geachtet, die Brückenköpfe am rechten Donufer und in den Seenengen südlich von Stalingrad zu erhalten. Ab Mitte September konzentrierte das Hauptquartier des sowjetischen Oberkommandos nordwestlich und südlich von Stalingrad bedeutende Kräfte.

Die Sowjetarmee verteidigte Stalingrad unter schwersten Bedingungen. Der Oberbefehlshaber der 62. Armee, Generalleutnant Tschuikow, schrieb: «Wenn man über die Verteidigung Stalingrads spricht, muss man an den Charakter des Schauplatzes der Kämpfe erinnern, der der Armee besonders schwere Bedingungen aufzwang. Die Stadt erstreckt sich von Norden nach Süden über ungefähr 40 Kilometer, ist aber nicht mehr als drei Kilometer tief. Die Wolgasteppe sind reich an Schluchten, die gewöhnlich von Westen nach Osten verlaufen und bis an die Wolga heranreichen. Sie teilen die Stadt in einzelne Bezirke. Das gewaltige Wasserhindernis im Rücken der Armee, die Wolga, erschwerte nicht nur die Versorgung der Truppen, sondern verhinderte auch das Manövrieren. Die Truppenverschiebungen konnten also nur nachts längs des Ufers durchge-

führt werden. Der Gegner hatte die beherrschenden Höhen besetzt, konnte das Gelände Dutzende Kilometer weit einsehen und beschoss und bombardierte es ununterbrochen. Wenn man berücksichtigt, dass er zu Beginn der Verteidigung Stalingrads bis an das Wolgaufer vorgedrungen war und unsere Flanken bedrohte, dann wird der ganze Ernst der Lage verständlich, in der sich die Verteidiger Stalingrads befanden/*¹

Zeitweilig war die Verteidigung in Stalingrad nicht tiefer als 700 Meter. Die Sowjetarmee blieb vor Stalingrad standhaft und versetzte den deutschen Truppen einen entscheidenden Schlag, sie gab dem sowjetischen Oberkommando damit die Möglichkeit, die allgemeine Gegenoffensive vorzubereiten, die die Sowjetarmee von Stalingrad und der Wolga nach Berlin und an die Elbe führte. In hartnäckigen Verteidigungskämpfen hielt die Sowjetarmee den deutschen Vorstoß bei Stalingrad und im Norkaukasus auf. Sie fügte dem Gegner gewaltige Verluste zu und gewann Zeit, in der das Oberkommando starke Reserven sammeln und vorbereiten konnte.

Während der Verteidigung Stalingrads erwarb eine ganze Reihe von Schützendivisionen den hohen Titel einer Gardedivision.

Die ganze Welt verfolgte gespannt die gewaltige Schlacht im Raum von Stalingrad. Die Volksmassen erkannten, dass sich hier der weitere Verlauf des zweiten Weltkrieges entschied. Die Beirut Zeitung «Saud asch Schaab» schrieb am 7. Oktober 1942: «Die Geschütze von Stalingrad reiben nicht nur die Deutschen auf, sondern erschüttern auch die Mauern Berlins. Hitler knirscht hysterisch mit den Zähnen, der rauschgiftsüchtige Göring zittert und dem Zwerg Goebbels ist das Herz in die Hosen gefallen. Er bemühte sich zu beweisen, dass die Russen die Kriegsregeln nicht beherrschen, denn sie ergeben sich nicht. Das Echo der Geschützsalven schallt bis in die Perle Frankreichs, bis nach Paris. Der Lärm der Stalingrader Geschütze weckt das französische Volk. Es hört in den Geschützen das Echo seiner eigenen Kanonen, die gestern noch in Valmy und Verdun dröhnten und morgen im Rücken der Eindringlinge, die die französische Erde besudeln, brüllen werden. Der Widerhall der Salven von Stalingrad wird weitergetragen, pflanzt sich um die Erde fort und erreicht Tschungking, New York, London und El-Alamein. Und da werden einige Geschütze vor Scham in die Erde versinken, weil ihr Stahl kalt ist... Die Stadt an der Wolga rückt die Frage des schnellen Endes Hitlers in den Vordergrund. Sie wurde zum Friedhof, auf dem die dunklen Kräfte des Faschismus ihr Grab finden.»

¹ «Krasnaja Swesda» vom 2. Februar 1946.

Die erfolgreiche Verteidigung Stalingrads vereitelte die Pläne der Weltreaktion. Die Gegenoffensive der Sowjetarmee, die bei Stalingrad begonnen hatte, vollendete den Zusammenbruch dieser Pläne. Die Voraussagen bürgerlicher Militärs, die Sowjetunion könne 1942 und 1943 keine grossen Angriffsoperationen unternehmen, erfüllten sich nicht.

Zu Beginn des Jahres 1943 veränderte die Sowjetunion, auf sich allein gestellt, im Zweikampf gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten den Verlauf des zweiten Weltkrieges grundlegend und öffnete den Weg für den Sieg über die faschistischen Eroberer.

Der Plan für die Zerschlagung der deutschen Verbände vor Stalingrad war das Ergebnis der schöpferischen Arbeit des Hauptquartiers des Oberkommandos, des Generalstabes und der Kriegsräte der Fronten.

Durch geschicktes Manövrieren hat es das sowjetische Oberkommando verstanden, kurzfristig und vom Gegner unbemerkt zahlenmässig starke Kräfte zu konzentrieren, die von anderen Abschnitten der sowjetisch-deutschen Front zusammengezogen wurden, ohne diese zu schwächen.

Am 19. November 1942 ging die Sowjetarmee bei Stalingrad zur Gegenoffensive über. Die sowjetische Offensive war selbst in den führenden Kreisen der USA und Englands nicht erwartet worden. Dort war nur ein Bericht des amerikanischen Botschafters in Moskau bekannt, in dem er im November 1942 Washington mitgeteilt hatte, dass seiner Meinung nach die sowjetisch-deutsche Frontlinie den ganzen Winter 1942/43 über stabil bleiben werde.¹

Die Truppen der Südwestfront weiteten den Erfolg der Offensive aus und vereinigten sich am 23. November im Raum Sowjetski mit den Truppen der Stalingrader Front. Sie vollendeten damit die Einschliessung der starken feindlichen Gruppierung im Raum Stalingrad. Zwanzig deutsche und zwei rumänische Divisionen in einer Gesamtstärke von 330'000 Mann waren eingeschlossen worden. Während der Offensive vom 19. bis 30. November bildeten die sowjetischen Truppen eine feste äussere Einschliessungsfront, nahmen dabei die Reste von fünf feindlichen Divisionen gefangen und vernichteten sieben weitere. In der zweiten Etappe der Gegenoffensive wurden die deutschen Versuche vereitelt, die bei Stalingrad eingeschlossene Gruppierung durch Angriffe der Heeresgruppe Don unter Generalfeldmarschall Manstein, die aus dem Raum Kotelnikowo-Tormossin auf Stalingrad geführt wurden, zu befreien. Die Truppen der Südwestfront, der Stalingrader und des linken Flügels der Woronesher Front führten die Gegenoffensive weiter und stiessen, nachdem sie den feindlichen

¹ Siehe W. D. Leahy, I was there (Ich war dort), New York 1950, S. 124.

Widerstand gebrochen hatten, weit nach Westen vor. Damit erweiterte sich die äussere Einschliessungsfront auf 170 bis 250 Kilometer. Ausserdem engten die Truppen der Donfront den Raum, auf dem die deutschen Verbände eingeschlossen waren, weiterhin beträchtlich ein.

Am 8. Januar 1943 stellte das sowjetische Kommando den deutschen Truppen ein Ultimatum, den Widerstand einzustellen. Das Ultimatum wurde abgelehnt. Das deutsche Oberkommando befahl den eingeschlossenen Truppen auszuhalten. Die Führung der eingeschlossenen Verbände musste zu den äussersten Massnahmen greifen, um die Disziplin aufrechterhalten und den Hitlerbefehl ausführen zu können; sie liess 364 deutsche Soldaten hinrichten.¹

Am 10. Januar begannen die Truppen der Donfront die eingeschlossene Gruppierung zu vernichten. Diese Operation wurde am 2. Februar abgeschlossen. «Die deutsche Stossgruppierung mit einer Gesamtstärke von 330'000 Mann wurde zerschlagen und gefangengenommen. Hitlerdeutschland hüllte sich in Trauer, aber die helle Sonne des Sieges erleuchtete mit nie verblässigendem Licht den Ruhm der sowjetischen Streitkräfte?»² Selbst Görlitz kann nicht umhin, die Bedeutung der Stalingrader Schlacht zuzugeben: «Seit Jena und Auerstedt und dem dunklen Jahre 1806 war es die schwerste Niederlage, die je ein preussisch-deutsches Heer erlitten.»³

Die Gegenoffensive bei Stalingrad wuchs in eine allgemeine Offensive der Sowjetarmee an der gewaltigen Front von Leningrad bis zum Asowschen Meer hinüber. In knapp fünf Monaten des Angriffs war die Sowjetarmee unter den schweren Bedingungen des Winters an einigen Abschnitten der Front 600 bis 700 Kilometer weit nach Westen vorgestossen und hatte wirtschaftlich und strategisch wichtige Gebiete befreit. Sie hatte die Gefahr für die Wolga und den Kaukasus beseitigt. Im Januar 1943 durchbrach die Sowjetarmee die Blockade Leningrads. Dadurch konnte die Bahnverbindung entlang dem Südufer des Ladogasees wiederhergestellt werden.

Der Ausgang der Schlacht bei Stalingrad bewies überzeugend die Macht und die Lebenskraft des sozialistischen Staates.

Die Stalingrader Schlacht zeigte, dass die Sowjetunion mächtige Streitkräfte besitzt, die, mit modernsten Waffen ausgerüstet und von erfahrenen Kom-

¹ Siehe W. Görlitz, a.a.O., Bd. 1, S. 411.

² Malinowski, *Crpaxc Mnpa* (Friedenswacht). In: «Prawda» vom 23. Februar 1957.

³ W. G. Görlitz, a. a. O., S. 414.

mandeuren geführt, über hohe moralische Kampfeigenschaften verfügen.

Die Stalingrader Schlacht zeigte besonders anschaulich, wie stark die sowjetische Militärwissenschaft und die sowjetische Kriegskunst der Militärwissenschaft und Kriegskunst Hitlerdeutschlands überlegen war.

Der Sieg bei Stalingrad stärkte die internationale und militärische Autorität des Sowjetstaates beträchtlich. Die fortschrittliche Menschheit begrüßte den sowjetischen Erfolg.

Die deutsche Niederlage bei Stalingrad war der Wendepunkt im Verlauf des zweiten Weltkrieges. Im Feuer der Stalingrader Schlacht erblickte die Menschheit den dämmernden Morgen des Sieges über den Faschismus. Die Sowjetarmee beseitigte mit ihrem welthistorischen Sieg die Gefahr der Versklavung der Völker durch die deutschen Imperialisten und leitete die Befreiung der von den faschistischen Eroberern unterjochten Länder ein.

Die Zerschlagung der faschistischen Truppen zeigte die innere Schwäche des Hitlerregimes. Nach den Worten des italienischen Historikers, des Kommunisten Battaglia, war der Sieg der Sowjetarmee bei Stalingrad «der Höhepunkt des zweiten Weltkrieges nicht nur in militärischer, sondern auch in psychologischer Hinsicht»¹.

Bürgerliche Politiker und bürgerliche Historiker versuchen, die welthistorische Bedeutung des grossen Sieges der Sowjetarmee zu schmälern; entweder verschweigen sie den Sieg ganz oder nennen ihn unter anderem. Sie halten die Stalingrader Schlacht für eine drittrangige Operation. Bei einem Essen in Ottawa erklärte Churchill am 14. Januar 1952, dass die Schlacht bei El-Alamain und die Landung der Truppen General Eisenhowers in Nordafrika den ganzen Verlauf des Krieges verändert hätten.² Churchill stört es nicht, dass die von ihm genannten «Schlachten» gegen kleinere Kräfte des Gegners in der Wüste geführt wurden, weitab von den wichtigsten militärischen Operationen.

Übrigens gibt es auch bürgerliche Historiker, die den Anschein der Objektivität zu wahren suchen: So erkennt Tippelskirch die Bedeutung der Stalingrader Schlacht als Wendepunkt des Krieges faktisch an, wenn er die Unrichtigkeit anderer Ansichten andeutet. Er schreibt: «Obgleich den Ereignissen in Nordafrika im Rahmen des Gesamtgeschehens die weitreichendere Bedeutung zukommt, wurde das deutsche Heer und mit ihm das deutsche Volk durch die Ka-

¹ R. Battaglia, *Storia della Resistenza italiana* (Geschichte des italienischen Widerstandes), 2. Aufl. 1953, S. 69.

² Siehe «The New York Times» vom 15. Januar 1952.

tastrophe von Stalingrad weit stärker, weil unmittelbarer und handgreiflicher betroffen.»¹ Er verliert kein Wort mehr über die «Katastrophe von Stalingrad». Der Hitlergeneral Guderian schreibt: «Stalingrad wurde der Wendepunkt des Russlandkrieges. Von nun an bewegte sich die deutsche Ostfront rückwärts, ruckartig zwar und mit grossen Intervallen, aber unaufhaltsam.»²

Die Niederlage bei Stalingrad führte zu einer tiefen Krise im faschistischen Lager. In Deutschland wurde Trauer angeordnet. Die faschistische Propaganda versuchte dem deutschen Volk Mut einzuflössen; sie beteuerte, dass Stalingrad weit von Berlin entfernt sei.

Ein Teil des deutschen Volkes begann zu erkennen, dass der Krieg gegen die UdSSR zum unvermeidlichen Zusammenbruch führte. Auch führende faschistische Kreise wurden von der Unruhe erfasst. Guderian berichtet, dass Jodl nach der Katastrophe von Stalingrad in lethargische Erstarrung verfiel.³

Nach der Niederlage bei Stalingrad wurde am 7. Februar 1943 beschlossen, den Krieg fortzusetzen und die «totale Mobilmachung» durchzuführen, das heisst die Reste der männlichen Bevölkerung Deutschlands, die nicht als Facharbeiter in der Rüstungsindustrie gebraucht wurden, an die Front zu schicken. Selbst qualifizierte Arbeiter wurden einberufen.

Die Faschisten füllten die Lücke an Arbeitskräften durch Millionen ausländischer Arbeiter auf, die mit Gewalt zur Zwangsarbeit gepresst wurden. Aus den besetzten sowjetischen Gebieten verschleppten die Faschisten die Jugendlichen nach Deutschland, Kriegsgefangene wurden zur Arbeit gezwungen. Tausende von sowjetischen Bürgern wurden von den deutschen Faschisten in Konzentrationslagern gequält, und noch mehr Menschen wurden in «Todesfabriken» vernichtet; weder Folter noch Todesstrafe, weder Zwangsarbeit noch Hunger konnten jedoch den Willen und die Standhaftigkeit der sowjetischen Patrioten brechen. Sie setzten den Kampf gegen den Faschismus auch im Hinterland des Feindes-, auf seinem eigenen Territorium fort.

«Der Kampf der sowjetischen Patrioten im Innern des faschistischen Reiches forderte ungeheure Opfer. Er wurde von Menschen geführt, die durch ständige Unterernährung und Zwangsarbeit geschwächt waren, ausserhalb des Gesetzes gestellt waren, von Patrioten, die sich hinter dem Stacheldraht der Kriegsgefan-

¹ K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 268.

² H. Guderian in: Die Rote Armee. Zusammengestellt und bearbeitet von B. H., Liddell Hart, Bonn o. J., S. 139.

³ Siehe H. Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, a. a. O., S. 388.

genenlager befanden, und von Häftlingen der «Ostarbeiter»-Lager, die sich gleichfalls nicht frei bewegen durften. Es bedurfte des Mutes und der Standhaftigkeit von Bolschewiki, unter den furchtbaren Verhältnissen der faschistischen Gefangenschaft nicht nur nicht zu kapitulieren, sondern sogar Tausende von Kämpfern um sich zu scharen und sich gegen den Faschismus zu erheben! Der heroische Kampf, den Sowjetmenschen im Hitlerreich führten, war vom Geiste des sozialistischen Internationalismus getragen und stand in direkter Verbindung mit den patriotischen Aktionen deutscher Antifaschisten und mit der Befreiungsbewegung aller ausländischen Gefangenen des ‚Dritten Reiches‘.»¹

Der Befreiungskampf sowjetischer Menschen in Hitlerdeutschland und in den von ihm besetzten Ländern fesselte starke feindliche Kräfte. Er beunruhigte die faschistische Führung und wirkte sich auf die innenpolitische Lage Deutschlands aus. Die sowjetischen Widerstandskämpfer trugen durch ihren aufopferungsvollen Kampf zur Niederlage des Faschismus und zum Sieg der freiheitliebenden Kräfte der ganzen Welt bei.

Die deutsche Regierung fürchtete das massenweise Auftreten der ausländischen Zwangsarbeiter. Hitlers Hauptquartier arbeitete zusammen mit der Gestapo einen Plan für militärische Operationen im Falle eines Aufstandes der Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter aus. Das deutsche Oberkommando musste ständig in Deutschland selbst beträchtliche Kräfte halten, die bereit waren, schonungslos gegen die illegalen Kämpfer vorzugehen.

Die Faschisten fürchteten nicht nur die zur Zwangsarbeit verschleppten ausländischen Arbeiter, sondern auch ihr eigenes Volk. Nach der Niederlage bei Stalingrad wuchs die Tätigkeit der illegalen kommunistischen Widerstandskämpfer in Deutschland erheblich an.

Während des ganzen Krieges kämpften illegale kommunistische Gruppen. Eine dieser Gruppen, geführt von Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästein, entstand 1942 in Berlin und fasste in über 30 Grossbetrieben Fuss. In Sachsen arbeitete die kommunistische Gruppe Georg Schumanns, in Thüringen die Gruppe Theodor Neubauers. Alle diese illegalen Organisationen bildeten ein verzweigtes Netz und vereinigten nicht nur Mitglieder der Kommunistischen Partei in ihren Reihen, sondern auch Sozialdemokraten, Parteilose und Soldaten der deutschen Einheiten im Hinterland. Sie bemühten sich, die Fühlung zu Soldaten und Offizieren von Fronteinheiten herzustellen. Sie unterhielten Verbin-

¹ I. A. Brodski, Der Befreiungskampf der sowjetischen Menschen im faschistischen Deutschland (1943-1945). In: «Presse der Sowjetunion», Heft 82/1957, S. 1813.

dungen zu sowje-tischen Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland verschleppt worden waren.

In Süddeutschland bildeten deutsche Kommunisten eine der größten illegalen Organisationen für den Kampf gegen Hitler, die „Antinazistische Deutsche Volksfront“. Sie arbeitete eng mit sowjetischen Kriegsgefangenen zusammen, die sich zur Kampforganisation «Братское сотрудничество военнопленных» (Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen) zusammengeschlossen hatten. Walter Ulbricht erwähnt die enge Verbindung dieser zwei Organisationen und schreibt, daß die Organisation der sowjetischen Kriegsgefangenen „in kurzer Zeit in fast sämtlichen süddeutschen Kriegsgefangenenlagern und in über zwanzig Ostarbeiterlagern ihre Organisationen aufgebaut hatte... Als die Tätigkeit der Organisationen ADV und BSW Ende 1943 ihren Höhepunkt erreichte, unterhielten die sowjetischen Offiziere eine über Süddeutschland, von Karlsruhe bis Wien, verbreitete Widerstandsorganisation von mehreren Tausend militärisch gegliederten und teilweise bewaffneten Anhängern. Ihre mutigen Vorbereitungen scheiterten jedoch, da es der Gestapo gelang, in die beiden Organisationen einzudringen.“¹

Die Kommunisten riefen zum Sturz der Hitlerherrschaft auf, kämpften aktiv gegen den Krieg, für einen sofortigen demokratischen Frieden. Sie organisierten Sabotageakte in den Rüstungsbetrieben und verbreiteten antifaschistische Flugblätter. Der heldenhafte Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus hob die Autorität der Partei in den Augen des Volkes.

Am 12. Juli 1943 wurde in der Sowjetunion von deutschen Kommunisten und deutschen Soldaten und Offizieren, die bei Stalingrad in Gefangenschaft geraten waren, das Nationalkomitee «Freies Deutschland» gegründet. Es wandte sich mit einem Manifest an die deutschen Soldaten und an das deutsche Volk, in dem die Lage untersucht und erklärt wurde, wie sich die Ereignisse an der sowjetisch-deutschen Front und in Deutschland selbst entwickeln würden. Das Manifest enthielt einen Aufruf an alle deutschen Patrioten, den Befreiungskampf gegen das faschistische Regime und für ein freies Deutschland aufzunehmen. Bald darauf, am 11. September 1943, wurde der «Bund Deutscher Offiziere» gegründet, der das Programm der Bewegung «Freies Deutschland» anerkannte und sich ihr anschloss.

Die Faschisten begannen an das Ende des Krieges zu denken; das zeigt, wie tief sich die Krise im faschistischen Lager auswirkte. Sie erwogen ein Abkommen mit den herrschenden Kreisen der USA und Englands. Ähnli-

¹ W. Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, Berlin 1955, S. 27.

che Tendenzen traten auch in diesen beiden Ländern verstärkt auf. Der Sieg der Sowjetarmee bei Stalingrad hatte die imperialistische Reaktion erschüttert, weil er alle ihre Hoffnungen zerstörte, die Sowjetunion im Verlauf des Krieges zu schwächen.

Je grössere Erfolge die Sowjetarmee errang, umso stärker versuchten die Regierungen der USA und Englands, mit Hitlerdeutschland ein Abkommen gegen die Sowjetunion zu schliessen. Die ganze Kriegszeit hindurch bemühten sich reaktionäre Kreise beider Staaten, die vereinbarten Aktionen der Partner der antifaschistischen Koalition zu vereiteln, den Krieg in die Länge zu ziehen, die Sowjetunion zu entkräften, um die faschistischen Aggressoren vor der völligen Vernichtung zu retten.

Die deutschen Imperialisten gingen auf die Taktik ein, verstärkten nach Stalingrad die Geheimverhandlungen mit der amerikanischen und britischen Regierung, schlugen den Westmächten den Frieden vor, um die Sowjetunion zerschlagen zu können. Die amerikanischen und englischen Imperialisten waren gern zu solchen geheimen Verhandlungen mit den Faschisten bereit und verzichteten damit ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion. Sie bemühten sich, den deutschen Faschismus vor der völligen Niederlage zu retten. Die deutschen Faschisten nutzten ihre Beziehungen zu Franco-Spanien, Schweden und der Schweiz aus, um die Anti-Hitler-Koalition zu spalten und mit den USA und England einen Block gegen die UdSSR zu schaffen. Mit spanischer Vermittlung verhandelten der englische Botschafter Hoare in Madrid und der britische Aussenminister Eden in London mit den Faschisten.

Von den zahlreichen Versuchen, 1943 mit dem Gegner ein Geheimabkommen zu schliessen, steht das Gespräch, das Allan Dulles, der unmittelbare Auftrage und Vollmachten von der Regierung und vom Präsidenten der USA besass, im Februar 1943 in der Schweiz mit Hitlers Bevollmächtigtem, Fürst Hohenlohe, führte, im Mittelpunkt. In diesem Gespräch legte Dulles offen die Meinung der amerikanischen Regierung zu den wichtigsten Fragen des Krieges und des Friedens dar. Er erklärte, dass die USA nicht die vollständige Zerschlagung Hitlerdeutschlands wollten, sondern vielmehr die faschistische Diktatur in Deutschland «als Ordnungs- und Aufbaufaktor» zu erhalten wünschten. Um Deutschland nicht zu schwächen, schlug Dulles vor, Österreich nicht loszulösen. Dulles sprach sich ausserdem dafür aus, der deutschen Industrie die führende Rolle in Europa einzuräumen.¹

¹ Siehe Geschichtsfälscher, a. a. O., S. 64f.

Dulles gab seinem Gesprächspartner zu verstehen, dass die USA Hitlers «Neuordnung» nicht antasten würden. Dulles wartete ausserdem mit einem Plan auf, einen antisowjetischen «sicheren Riegel» zu schaffen, in dessen System Polen, Rumänien und Ungarn einbezogen werden sollten. Gleichzeitig sprach er sich dafür aus, die polnischen Grenzen auf Kosten der Sowjetunion «nach dem Osten hin» auszudehnen. Nach seinem Bericht planten die USA, die Länder Südosteuropas zu einer einheitlichen Donaukonföderation zu vereinigen.¹ Die Unterredung zwischen Dulles und Hohenlohe war ein Versuch der Regierung der USA, im Einvernehmen mit der englischen Regierung den Boden für Verhandlungen mit Hitler über einen Separatfrieden zu prüfen. Mit dem Gespräch verletzten die USA und England die elementarsten Forderungen der Bündnispflicht und der Verträge. Die scharfen imperialistischen Widersprüche zwischen den beiden imperialistischen Gruppen verhinderten jedoch den Abschluss eines Abkommens.

Die internationale Autorität der Sowjetunion und die tiefe Sympathie der breiten Volksmassen der anderen Länder für das sowjetische Volk vereitelten die imperialistischen Machenschaften. Der englische Offizier Richard Squires schrieb dazu: «Die Russen mit ihrem bewundernswerten Mut und ihrer Ausdauer, mit ihrer unbeugsamen Moral und ihrem eisernen Siegeswillen hatten schon lange die Bewunderung und Begeisterung unserer Soldaten hervorgerufen. Aber als wir von ihrem Sieg an der Wolga vernahmen, empfanden wir ausserdem ein grosses Gefühl der Erleichterung ... Stalingrad war es, von wo die ersten Nachrichten eines entscheidenden Sieges über Nazideutschland herkamen. Wir erkannten, dass die Helden von Stalingrad nicht nur für Russland kämpften, sondern für Europa, das unter den Nazikommissstiefeln stöhnte, und auch für uns Briten.»²

Der amerikanische Spionagedienst stellte in diesen Monaten Kontakte zu einer Gruppe deutscher Industrieller und Bankiers her, die mit den Monopolen der USA eng verbunden waren. Diese Gruppe plante, in Deutschland einen Staatsstreich durchzuführen. Die Verschwörer wollten an Stelle Hitlers einen anderen faschistischen Diktator einsetzen, mit den USA und England einen für Deutschland vorteilhaften Frieden schliessen und alle Truppen an die sowjetisch-deutsche Front werfen. Kaltenbrunner hielt über den Gestapomitarbeiter Hettel, der oft in die Schweiz reiste, Verbindung zu Dulles. Auf dem Nürnberger Prozess

¹ Siehe ebenda, S. 65.

² R. Squires, Auf dem Kriegspfad, Berlin 1951, S. 20.

wurde festgestellt, dass über Hettel seit Mai 1943 ein besonders enger Kontakt zwischen beiden bestand.

Die polnische Emigrantenregierung erfuhr von der Absicht der herrschenden Kreise der USA und Englands, gegen die Sowjetunion einen «Cordon sanitaire» zu schaffen, und begann Anfang 1943 einen breit angelegten Feldzug für die räuberischen imperialistischen Forderungen der polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten gegenüber der Sowjetunion. Sie scheute nicht davor zurück, diese Forderungen offiziell an die Sowjetunion zu richten. Gleichzeitig organisierte die polnische Emigration gemeinsam mit den Faschisten antisowjetische Provokationen.

Die sowjetische Regierung konnte unter diesen Verhältnissen keine Beziehungen mehr zur polnischen Emigrantenregierung unterhalten. Am 25. April 1943 richtete sie eine Note an die polnische Exilregierung, in der darauf hingewiesen wurde, dass «zwischen dem Feind der Verbündeten, Hitler und der polnischen Regierung Kontakte und Abmachungen bestehen... Die polnische Regierung versetzt der Sowjetunion einen treubruchigen Schlag und erweist damit der Hitler Tyrannie einen Gefallen.»¹ Die Sowjetregierung erklärte, die Kampagne der polnischen Emigration gegen die UdSSR verfolge die Absicht, einen Druck auf die Sowjetregierung auszuüben, um sie zu territorialen Zugeständnissen zu zwingen. Die Sowjetregierung stellte dazu fest, dass die polnische Emigrantenregierung Abmachungen mit den Faschisten getroffen habe, eine feindliche Haltung zur Sowjetunion einnehme und die Beziehungen als Verbündeter löse. Deshalb entschloss sich die Sowjetregierung, ihre Beziehungen zur polnischen Emigrantenregierung abubrechen.

Sie unterrichtete den Präsidenten der USA und den Premierminister Grossbritanniens rechtzeitig davon, dass die Haltung der polnischen Emigrantenregierung zur UdSSR unnormal sei und alle Regeln und Vorschriften in den gegenseitigen Beziehungen zweier verbündeter Regierungen verletze. Die von der Sowjetregierung angeführten Tatsachen waren so überzeugend, dass die Regierungen der USA und Grossbritanniens sie nicht zu bestreiten suchten. In einem persönlichen Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR gab Churchill zu, dass die polnische Emigrantenregierung «mit Beschuldigungen beleidigenden Charakters gegen die Sowjetregierung auf tritt und damit den Anschein erweckt, dass sie die gehässige nazistische Propaganda unterstützt»². Trotzdem bemühten sich die Regierungen der USA und Englands, die Sowjet-

¹ Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 347.

² Briefwechsel, a. a. O., S. 123.

regierung davon zu überzeugen, die Beziehungen zur polnischen Emigrantenregierung, zu der sie sich besonders wohlwollend verhielten, aufrechtzuerhalten.

Der Abbruch der Beziehungen zur polnischen Emigrantenregierung festigte die antifaschistische Koalition und schuf die Grundlage für die unzerstörbare Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem polnischen Volk. In der UdSSR entstand der Bund polnischer Patrioten, der bald darauf patriotische Streitkräfte, die Division Kosciuszko, bildete. Am 12. Oktober 1943 nahmen Teile dieser Division an den Kämpfen gegen die deutschen Eindringlinge bei Lenino (Smolenschina) teil; der 12. Oktober wird deshalb in Volkspolen als Tag der polnischen Streitkräfte begangen.

Die Politik der Sowjetunion gegenüber Polen wurde von Stalin in der Antwort auf die Begrüßungsrede des Kongresses der polnischen Patrioten im Juni 1943 festgelegt: «Die Sowjetunion wird alles tun, um die Vernichtung unseres gemeinsamen Feindes, Hitlerdeutschlands, zu beschleunigen, die polnisch-sowjetische Freundschaft zu festigen und nach Kräften an der Schaffung eines starken und unabhängigen Polens mitzuarbeiten.»¹

Die polnischen Patrioten kämpften jetzt noch entschlossener gegen die deutschen faschistischen Eindringlinge und ihre Helfershelfer. Als am 31. Dezember 1943 in Warschau das führende Organ der polnischen patriotischen Bewegung, der Landesnationalrat, geschaffen wurde, begann eine neue Etappe des polnischen Befreiungskampfes.

4

Der historische Sieg der Sowjetarmee bei Stalingrad stürzte nicht nur Deutschland, sondern den ganzen faschistischen Block in eine schwere Krise. Die Sowjetarmee vereitelte den Plan des Zusammenwirkens der deutschen und japanischen Armeen, nach dem Japan die Offensive gegen den sowjetischen Fernen Osten und Sibirien eröffnen sollte, sobald Stalingrad gefallen war. Die japanischen und die deutschen Armeen sollten sich in Sibirien und im Nahen Osten begegnen. Jetzt mussten die japanischen Imperialisten ihre Pläne fallen lassen, und das japanische Oberkommando konnte nicht mehr mit deutschen Erfolgen rechnen.

Japan hatte seine besten Truppen, die Hälfte der Artillerie und zwei Drittel seiner Panzer an der sowjetischen Grenze konzentriert. Es musste nach der Stalingrader Schlacht auf dem pazifischen Kriegsschauplatz zur Verteidigung übergehen, nachdem es seinen Gegnern die strategische Initiative überlassen hatte.

¹ Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 399.

Der sowjetische Sieg bei Stalingrad veränderte die strategische Lage im Stillen Ozean, weil er neue Schichten der Volksmassen zum Kampf gegen die japanischen Eindringlinge aufrüttelte. Die Regierungen der USA, Englands und die Tschiang-Kai-schek-Regierung griffen die günstige Lage nicht auf, die durch die Siege der Sowjetarmee entstanden war. Sie unternahmen auch 1943 im Stillen Ozean keine ernsthaften Angriffsoperationen gegen Japan.

Ganz anders dagegen nutzte die Volksbefreiungsarmee Chinas die entstandene Situation aus. Begeistert durch die Siege der sowjetischen Truppen, ging sie 1943 zur Offensive gegen die japanischen Eindringlinge über. Japanische Historiker erwähnen den ausserordentlichen Heldenmut der kommunistischen Kämpfer, der Hauptkräfte des Widerstands gegen Japan. Diese Hauptkräfte bildeten die von Kommunisten geführte 8. und die neue 4. Armee sowie Partisanenabteilungen.¹ Die zahlenmässige Stärke der Volksbefreiungsarmee wuchs« schnell. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 kämpften in den Reihen der regulären Truppen der 8. und der 4. Volksarmee etwa eine halbe Million Soldaten und in den Partisanenabteilungen etwa zwei Millionen Patrioten.

Die Regierungen der USA und Englands konnten das Anwachsen der Befreiungsbewegung in China nicht länger übersehen. Um diese Bewegung zu schwächen, schlossen sie 1943 mit der Regierung Tschiang Kai-schek Verträge ab, in denen sie auf die China erniedrigenden Rechte der ausländischen Unterdrücker verzichteten, so zum Beispiel auf die Rechte der Exterritorialität.

Die schweren Verluste, die die sowjetischen Truppen in ihren Angriffsoperationen Hitlers Satellitenarmeen zufügten, liessen den antifaschistischen Kampf der werktätigen Massen dieser Länder anwachsen. Die innere Lage Italiens bereitete den Faschisten das grösste Kopfzerbrechen. Wie Roberto Battaglia schreibt, rüttelte der heroische Kampf des Sowjetvolkes die italienische Arbeiterklasse auf, die jetzt ihre Aufgaben erkannte.² Die angespannte innere Lage zwang sogar Mussolini, einen Separatfrieden mit der Sowjetunion zu erwägen.³ Hitler kam Mussolinis Gedanken nicht entgegen. Selbst wenn es jedoch Italien zu diesem Zeitpunkt gelungen wäre, aus dem Krieg auszutreten, hätte keine Kraft die Entwicklung der Volksbewegung im Lande mehr aufhalten können, die für den Sturz der faschistischen Diktatur kämpfte.

¹ Siehe Die Geschichte des Krieges im Stillen Ozean, Bd. 4, a. a. O., S. 53.

² Siehe R. Battaglia, a. a. O., S. 62.

³ Siehe G. Ciano, a. a. O., S. 501 ff.

Nach der Stalingrader Schlacht waren die Tage der faschistischen Herrschaft in Italien gezählt.

Auch die faschistischen Machthaber Rumäniens wurden unruhig. Antonescu versuchte, keine Soldaten mehr für den faschistischen Krieg zu stellen. Er wandte sich mit einem Brief an Hitler: «1942 stellte Rumänien für den gemeinsamen Kampf mit der deutschen Armee den grössten Anteil aller europäischen Länder, nämlich 28 Divisionen, die aus den besten Truppen bestanden und mit den besten Waffen ausgerüstet waren: Infolge der sowjetischen Einkreisung, die wir nicht verhindern konnten, haben wir am Don und vor Stalingrad 18 Divisionen verloren. Die anderen 8 Divisionen büssten in den Kämpfen um den Kuban im Laufe des Jahres die Ausrüstung zweier Divisionen ein. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben wir eine viertel Million Soldaten verloren, die genesenen Verwundeten nicht gerechnet.»¹ Aber Hitler achtete nicht auf die Klagen seines rumänischen Schützlings.

Auch in Ungarn spitzte sich die politische Lage zu. Die Reste der 2. ungarischen Armee, die von den sowjetischen Truppen bei Woronesh zerschlagen worden war, wurden nach Ungarn zurückgeschafft und demobilisiert. Im Lande wuchs die Unzufriedenheit darüber, dass Ungarn am Krieg gegen die Sowjetunion teilnahm.

Im finnischen Volk gärte es ebenfalls, jedoch waren die finnischen Faschisten – im Gegensatz zu denen Italiens und Rumäniens – immer noch von der Kraft Deutschlands überzeugt. Sie hatten die Bedeutung der Stalingrader Schlacht nicht verstanden und hofften, dass Deutschland den Krieg gewinnen werde.

5

Die Kampftätigkeit der sowjetischen Partisanen riss die Völker der von den deutschen Faschisten unterjochten Staaten in ihrem Kampf gegen die Eroberer mit. Die vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und von den illegalen Gebietspartei Komitees gelenkte und organisierte sowjetische Partisanenbewegung war eine gewaltige Kraft.

Die erste Etappe in der Partisanenbewegung umfasst die Periode vom Kriegsbeginn bis zum Spätherbst 1942. In dieser Zeit entstanden die Partisanenabteilungen, wurden die wirkungsvollsten Kampfmethoden und Kampfformen entwickelt und der organisatorische Aufbau der Partisanenbewegung geschaffen.

¹ Zitiert nach: J. Korolkow, Wie der Barbarossaplan vorbereitet wurde. In: «Wojennaja Mysl», Heft 8/1946, S. 46.

Anfang Juli 1941 führte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine eine Tagung mit Partisanen und Mitarbeitern der Sowjets über die Organisation der Partisanenbewegung durch. Auf der Tagung wurden Hinweise gegeben, wie in allen vom feindlichen Einfall bedrohten Bezirken der Ukraine Partisanengruppen gebildet werden könnten. Die Genossen berieten auch darüber, zukünftige Partisanen zu Lehrgängen für Minenleger zu entsenden, Lebensmittel-, Waffen- und Sprengstoffbasen in den Wäldern anzulegen.¹

Vom 11. bis 13. Juli berieten in Leningrad ebenfalls Funktionäre der Partisanenbewegung. An dieser Tagung nahmen auch die Genossen Woroschilow und Shdanow teil. In dem Tagesbefehl des Oberbefehlshabers des Nordwestabschnittes, Marschall der Sowjetunion Woroschilow, und des Sekretärs des Leningrader Gebiets- und Stadtkomitees der Kommunistischen Partei, Shdanow, hiess es: «Steht auf für den heiligen vaterländischen Krieg gegen die deutschen Eindringlinge und Unterdrücker, für eure Freiheit, eure Ehre und eure Heimat. Organisiert Partisanengruppen und Partisanenabteilungen, holt Waffen und Munition vom Feind, vernichtet ihn schonungslos aus dem Hinterhalt und im offenen Kampf.»

Die Partisanenabteilungen wurden verschieden aufgestellt. Zum Teil bildeten die örtlichen Parteioorganisationen sie aus Parteimitgliedern, Mitarbeitern der Sowjets und der Komsomolaktivs, aus Arbeitern, Kollektivbauern und Vertretern der Intelligenz; so entstanden zum Beispiel die Partisanenabteilungen Kowpaks, Fjodorows, Ignatows, Liwenzows, Saslonows. Andere Partisanenabteilungen wurden von Kadern aufgestellt, die im sowjetischen Hinterland ausgebildet und mit Flugzeugen im Rücken des Gegners abgesetzt worden waren. Sie sammelten Patrioten aus den besetzten Bezirken um sich, wie die Partisanenabteilungen der Genossen Linkow, Medwedjew und anderer. Schliesslich entstanden auch viele Partisanenabteilungen aus der örtlichen Bevölkerung und Sowjetsoldaten, deren Truppenteile vom Gegner eingeschlossen worden waren oder denen die Flucht aus der feindlichen Gefangenschaft geglückt war; zum Beispiel die Abteilungen Saburows, Naumows, Grischins und andere.

Allmählich vergrösserten sich die Partisanenabteilungen und nahmen die Verbindung untereinander sowie mit dem Oberkommando der Sowjetarmee auf. Das Staatliche Verteidigungskomitee beschloss am 30. Mai 1942, beim Hauptquartier des sowjetischen Oberkommandos den Zentralen Stab der Partisanen-

¹ Siehe S. A. Ковпак, *От Путивля до Карпат (Von Putiwł bis zu den Karpaten)*, Moskau 1949, S. 9.

bewegung zu bilden, und ernannte K.J. Woroschilow zum Oberbefehlshaber. Im Juli 1942 wurde der Ukrainische Stab der Partisanenbewegung geschaffen. In dem von den deutschen Faschisten besetzten Gebiet wurden ebenfalls Partisanenstäbe gebildet; im Sommer 1942 wurde der Stab der Partisanenabteilungen der Brjansker Wälder geschaffen, im Herbst 1942 der Stab der Partisanenabteilungen des Minsker Gebiets. «Die Stäbe der Partisanenbewegung spielten eine gewaltige Rolle in der Entwicklung der Partisanenbewegung und bei der Verwirklichung des Zusammenwirkens mit der Sowjetarmee. Über die Stäbe der Partisanenbewegung wurde die ständig zunehmende Hilfe des sowjetischen Volkes für die Partisanenbewegung organisiert.»¹

Die Partisanenabteilungen operierten in der ersten Etappe ihres Kampfes in einigen Hauptrichtungen. Sie schufen unerträgliche Bedingungen für die Okkupanten, durchkreuzten deren Massnahmen und vernichteten lebende Kraft und Technik des Gegners. Allein in Minsk töteten die Partisanen, solange der Feind die Stadt besetzt hielt, über 1'600 Wehrmachtsangehörige und Zivilbeamte, darunter auch den Hauptkenner, Hitlers Statthalter in Belorussland, Wilhelm Kube.² Nach den Angaben des deutschen Generalstabes führten die Partisanen in Shitomir an einem Tage 960 Sprengungen durch.³ Die Partisanenabteilungen befreiten ganze Bezirke vom Feind und schufen dann «Partisanenländer». Im Sommer 1942 wurde ein solches Land mit 400 Ortschaften in den Nordwestgebieten gebildet. In den Brjansker Wäldern kämpften im Sommer 1942 72 Partisanenabteilungen und 90 Partisaneneinheiten.⁴ Im Herbst 1942 wurden im Leningrader und im Smolensker Gebiet, in Polesseje, im Gebiet Brest, im Waldgebiet von Naliboki, bei Schepetowka und in anderen Bezirken «Partisanenländer» gebildet.

Die Partisanen führten einen erfolgreichen «Schienenkrieg» und zerstörten die Verkehrs Verbindungen, auf denen der deutsche Nachschub an die Front geschafft wurde.

Die Partisanenabteilungen wirkten erfolgreich mit der Sowjetarmee zusammen.

¹ N. Gussarow, Отчетный доклад Центрального Комитета на XIX. съезде КП(б)Б (Rechenschaftsbericht des ZK auf dem XIX. Parteitag der KP[b]B), Minsk 1949, S. 9.

² Siehe R. Sidelski, Борьба советских партизан против фашистских захватчиков (Der Kampf der sowjetischen Partisanen gegen die faschistischen Eindringlinge), Moskau 1944, S. 22.

³ Siehe W. Görlitz, a. a. O., Bd. 2, S. 121.

⁴ Siehe P. Werschigora, Im Gespensterwald, Berlin 1958, S. 39.

Als im Januar 1942 das Kavalleriekorps des Generals Below im Rücken des Gegners auf Wjasma vorging, schlossen sich die Partisanen des Moskauer Gebiets dem Angriff an und nahmen Dorogobush. Während der Gegenoffensive vor Moskau unterstützten die Partisanen die Sowjetarmee wirksam; sie versetzten dem Gegner im Hinterland Schläge und lieferten ihren Truppen wichtige Angaben über den Gegner. Ebenso aktiv kämpften die Partisanen auch während der Stalingrader Schlacht.

Die Partisanenbewegung zeichnete sich im Grossen Vaterländischen Krieg vor allem durch die grosse Beweglichkeit der Partisanenabteilungen aus. Schon in der ersten Etappe des Krieges führten die belorussischen Partisanen einige tiefe Streifzüge durch. Im Mai und im Juni 1942 unternahm die Abteilung des Genossen Linkow einen Streifzug aus dem Bezirk Lepel nach Polessje, der die Entwicklung der Partisanenbewegung in ganz Belorussland unterstützte.

Über den Umfang der Partisanenbewegung in der ersten Periode des Krieges geben folgende Zahlen ein eindrucksvolles Bild. Gegen die Partisanen musste das deutsche Oberkommando im Herbst 1942 144 Polizeibataillone, 27 Polizeiregimenter, 10 Schutzpolizei- und SS-Strafdivisionen, 2 Schutzkorps, über 20 deutsche und andere Infanteriedivisionen und 72 Spezialabteilungen einsetzen.¹ Die Partisanenbewegung zwang die Deutschen, etwa 60 Divisionen von der Front abzuziehen.

Die zweite Etappe der Partisanenbewegung umfasst die Periode vom Beginn der Offensive der Sowjetarmee bei Stalingrad bis zum Frühjahr 1944. In dieser Zeit gingen die Partisanen im Rücken des Feindes zum Grossangriff über, der eng mit der allgemeinen Offensive der Sowjetarmee verbunden war.

Der Partisanenkampf bereitete dem deutschen Oberkommando schon in den ersten Kriegstagen ernste Sorgen. Am 25. Juli 1941 erliess es bereits einen Sonderbefehl über die Tätigkeit der sowjetischen Partisanen. Am 25. Oktober 1941 gab das Oberkommando die Sonderanweisung «Über den Kampf gegen die Partisanen» heraus. Mit den verstärkten Schlägen der Partisanen wuchs die Unruhe in den deutschen Stäben. Am 6. September 1942 gab das Führerhauptquartier in einem Befehl² zu, dass sich «die Banden im Osten» während der letzten Monate zur unerträglichen Bedrohung «ausgewachsen» hätten und die Nachschub-

¹ Siehe P. Ponomarenko, Die Partisanenbewegung im Grossen Vaterländischen Krieg. In: «Bolschewik», Heft 13/1943, S. 23.

² Siehe C. A. Dixon u. O. Heilbrunn, Partisanen, Frankfurt a. M. und Berlin 1956, S. 54.

linien zur Front ernstlich gefährdeten. Sofort nach diesem Befehl wurde eine Instruktion für den Kampf gegen die Partisanen herausgegeben.

Selbst die Memoiren der ehemaligen Hitlergenerale zeigen, welche Bedeutung die Partisanenbewegung gewann. Nach Guderian «wurde der Partisanenkrieg zu einer wahren Plage, die auch seelisch auf die Männer an der Front wirkte»¹. Der Ideologe des deutschen Militarismus, Werner Picht, erklärt: «Der Raum, der den Soldaten umgab, wurde je länger je mehr zur Hölle.»²

6

Im Befreiungskampf der Völker der besetzten Länder begann eine neue Etappe. Jetzt erhoben sich nicht mehr einzelne Partisanenabteilungen gegen die faschistischen Unterdrücker, sondern ganze Armeen von Aufständischen eröffneten den Kampf. Geführt von den Kommunisten, entstand in den besetzten Ländern die nationale Einheitsfront der Volksmassen. Die kommunistischen Parteien rissen die Völker für den Kampf gegen die Okkupanten mit.

In Frankreich wurden die Wälder und die südfranzösischen Gebirge, vor allem im Departement Haute-Savoie, seit Anfang 1943 die Hauptbasis und der Schauplatz des Partisanenkampfes. Die französischen Widerstandskämpfer verstärkten die Aktionen, um die Industrie lahmzulegen, die für Deutschland Rüstungsaufträge ausführte. Die »Partisanen zerstörten Hochspannungsleitungen und Kraftwerke. In einem Pariser Bezirk waren zwei wichtige elektrische Leitungen, die das Pariser Netz mit den Wasserkraftwerken der Alpen verbanden, 320 Tage ausser Betrieb gesetzt. Die französischen Patrioten führten einen Schlag gegen das Industriezentrum Creusot, legten für eine Woche 31 Werke des Beckens von Briey still, die für Deutschland arbeiteten.³ Im November und Dezember 1943 sprengten Partisanen in Grenoble Artillerielager und Kasernen in die Luft.

Ende 1943 kämpften in Frankreich insgesamt 20'000 Widerstandskämpfer und Partisanen. Der auf Initiative der Kommunisten geschaffene Nationalrat der französischen Widerstandsbewegung war das politische Organ der patriotischen Bewegung in Frankreich. Zu ihm gehörten 33 Vertreter aller Parteien und Organisationen, die gegen die Okkupanten kämpften.

Im Jahre 1943 entstanden die ersten italienischen Partisanenabteilungen in Piemont, in der Lombardei und in Emilia. In Friaul wurde von dem kommuni-

¹ Bilanz des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 93.

² Ebenda, S. 45.

³ Siehe «Liberte» vom 30. November 1943.

stischen Arbeiter Mario Fantini das erste Bataillon, das Garibaldibataillon, gebildet, in dessen Reihen im Herbst 1943 bereits 500 Partisanen kämpften. Im Herbst 1943 hatte sich die Partisanenbewegung schon über das ganze italienische Gebiet ausgedehnt, das die Faschisten noch besetzt hielten.

Auch in der Tschechoslowakei wuchs der Partisanenkampf an. Anfang des Jahres 1943 nahm in der Ostslowakei eine grosse slowakische Partisanenabteilung, die Tschapajew-Abteilung, den Kampf auf.

In Bulgarien wurde 1943 die Volksbefreiungsarmee geschaffen, die ihre Schläge gegen die Stützpunkte, das Hinterland und die Nachschub- und Verbindungslinien der Hitlertruppen richtete.

Auf der Konferenz in Durazzo (Dürres) berieten albanische Patrioten am 16. September 1942 die Vereinigung der Partisanenabteilungen. Ein Generalrat und ein Generalstab wurden geschaffen, die den bewaffneten Kampf führen sollten. Am 27. Juli 1943 erteilte der Generalstab den Befehl, die Partisanenkräfte des Landes zur Volksbefreiungsarmee zu vereinigen. Gegen diese Armee mussten bald 170'000 faschistische Soldaten eingesetzt werden. Viele italienische Soldaten gingen auf die Seite der albanischen Volksbefreiungsarmee über, sie bildeten später das Partisanenbataillon «Antonio Gramsci».

Im Herbst 1943 hatte die Partisanenbewegung fast ganz Jugoslawien erfasst. An der Seite der Okkupanten kämpften die Tschetniks des jugoslawischen Emigranten-Kriegsministers Mihajlovic, die von den USA und England unterstützt wurden. Am 14. Dezember 1943 wurde eine Mitteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht, in der es hiess, dass «die Tätigkeit der Tschetniks des Generals Mihajlovic bis heute nicht die Sache des Kampfes des jugoslawischen Volkes gegen die deutschen Okkupanten gefördert hat, sondern ihr noch eher schadet»¹.

Der Hass, mit dem die deutschen Generale die Partisanenbewegung verfolgten, unterschied sich durch nichts von dem führender Faschisten. Bis heute versuchen sie noch nachzuweisen, dass der «Kampf der Partisanen völkerrechtswidrig»² gewesen sei. Aber auch der Verfasser jener Zeilen, der ehemalige Hitlergeneral Lothar Rendulic, erkennt die unermessliche Bedeutung an, die der Partisanenkampf für den zweiten Weltkrieg hatte: «In keinem Krieg der bisherigen Geschichte hatte der Partisanenkampf eine solche Bedeutung wie im letzten Weltkrieg. Er stellte damit in seinem Ausmass ein Novum der Kriegsgeschichte

¹ Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 436.

² Bilanz des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 102.

dar. Seine Wirkung auf die kämpfende Truppe selbst, für die gesamten Nachschubprobleme, für die Gefährdung der Etappe und für die Verwaltung in den besetzten Gebieten wurde so ein Teil des totalen Krieges. Sein Aufflackern und seine mit den Jahren sich ständig steigende Intensität in Russland, in Polen, auf dem Balkan, aber auch in Frankreich und Italien hat das Gesicht des zweiten Weltkrieges mitbestimmt.»¹

Das Ausmass der Partisanenbewegung zeugt davon, dass der zweite Weltkrieg den Charakter eines Volkskrieges gegen die faschistischen Eindringlinge angenommen hatte.

Die kommunistischen Parteien leiteten ständig den Kampf der Völker gegen den Faschismus; das war nicht zufällig. Die schweren Prüfungen des Krieges zeigten den Völkern, dass sie nur unter der Führung der Kommunisten ihre nationalen Hoffnungen verwirklichen und Freiheit und Unabhängigkeit sichern konnten.

Die auf Lenins Initiative geschaffene Kommunistische Internationale stellte die Verbindungen zwischen den Werktätigen der verschiedenen Länder her und arbeitete die theoretischen Fragen der Arbeiterbewegung unter den neuen historischen Bedingungen aus. Sie legte die allgemeinen Normen fest, mit denen die Ideen des Kommunismus verbreitet wurden. Mit ihrer Hilfe entwickelten sich die kommunistischen Bruderparteien zu Parteien neuen Typus, die auf den Grundlagen der marxistisch-leninistischen Ideologie und nach den Organisationsprinzipien der Bolschewik! aufgebaut sind. Damit wurden die Bedingungen für die Umwandlung der jungen kommunistischen Parteien in Massenparteien der Arbeiterklasse geschaffen.

Die Kommunistische Internationale hatte ihre historische Mission erfüllt. Mit der Umwandlung der kommunistischen Parteien wurde ihre Leitung durch ein Zentrum unmöglich und unzweckmässig. Deshalb erkannte die Kommunistische Internationale im Frühjahr 1943 die Notwendigkeit an, sich aufzulösen und neue Organisationsformen für die Verbindung der Parteien zu finden.

Die Stalingrader Schlacht war eine der grössten Schlachten des Grossen Vaterländischen Krieges. Sie endete mit dem vollen Sieg der Sowjetarmee über die grosse Gruppierung der deutschen faschistischen Truppen, mit einem welthistorischen Sieg. Das war nicht irgendein Sieg, sondern die grosse Wende im Verlauf des ganzen zweiten Weltkrieges.

¹ Ebenda, S. 101.

Die Sowjetarmee hatte Deutschland die strategische Initiative entrissen. Die Hitlerarmee musste vom Angriff zur Verteidigung übergehen, das bedeutete für das faschistische Deutschland nichts anderes als die Niederlage; oder nach Mao Tse-tung «Das gesamte politische und militärische Leben eines faschistischen Staates, wie es der Hitlerstaat ist, beruht von dem Tage an, da er auf die Welt kommt, auf dem Angriff, und mit der Beendigung des Angriffs endet auch sein Leben... Das politische Leben Napoleons endete bei Waterloo, aber das war durch seine Niederlage in Moskau vorausbestimmt. Jetzt geht Hitler den Weg Napoleons, nur dass die Schlacht bei Stalingrad vorausbestimmend für seinen Untergang ist.»¹

¹ Mao Tse-tung, a. a. O., Bd. 4, S. 134f.

DER KAMPF UM NORDAFRIKA

1

Die Kämpfe in Nordafrika zwischen den englischen Truppen und dem deutschen Afrikakorps unter Rommel zogen sich mit wechselndem Erfolg bis zum September 1941 hin. Für das deutsche Oberkommando wurden sie immer bedeutungsloser. Zu Beginn war die libysche Front für Deutschland wichtig, weil es den Suezkanal vom Festland aus beherrschen und damit die englische Hauptverbindungsline zu den Kolonien abschneiden wollte.

Die englische Regierung versuchte mit allen Mitteln, ihre Verbindungsline zu sichern, und gerade deshalb war die Front in Libyen für sie äusserst entscheidend.

Nach der Zerschlagung der deutschen Truppen vor Moskau hatte sich die Lage geändert. Jetzt wurden alle deutschen Kräfte an der sowjetischdeutschen Front gefesselt und Deutschland konnte die anderen Fronten immer weniger beachten. Sogar Fuller gibt zu, dass «Hitler und sein Stab den libyschen Feldzug, verglichen mit der Invasion in Russland, als einen Nebenkriegsschauplatz betrachteten, dem so geringe Bedeutung zukomme, dass eine Abziehung von Kräften, welche möglicherweise in Russland von Nutzen sein konnten, sich nicht lohne»¹. Das hat auch Tippelskirch hervorgehoben, wenn er sagte: «Die deutsche Wehrmacht war in Russland mehr als gebunden.»²

Im Dezember 1941 und im Juni 1942 fanden in Washington Konferenzen zwischen Roosevelt und Churchill statt, auf denen sie die Perspektiven der militärischen Operationen an den Fronten des zweiten Weltkrieges berieten. Dabei traten ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und England zutage. Die englische Regierung wollte die Invasion in Südosteuropa vorbereiten und die Türkei ebenfalls dafür gewinnen. Churchill vertrat leidenschaftlich die sogenannte «Balkanstrategie».

¹ J. F. C. Fuller, a.a.O., S 180.

² K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 138.

Er wiederholte Argumente, die Lloyd George schon im ersten Weltkrieg angeführt hatte, der den Balkan die «Hintertür Europas» nannte, durch die der Krieg beendet werden könnte.

Tatsächlich dachten die englischen Imperialisten gar nicht daran, den Krieg schneller zu beenden. Das Hauptziel ihrer «Balkanstrategie» bestand darin, den englischen Einfluss auf Südosteuropa auszudehnen, den südosteuropäischen Völkern das britische Kolonialregime aufzuzwingen und einen antisowjetischen «Cordon sanitaire» zu errichten, der zur Waffe der britischen Aussenpolitik werden sollte. Nach den Erfolgen der Sowjetarmee versuchte Churchill mit der «Balkanstrategie» ausserdem, den vorstossenden sowjetischen Truppen durch anglo-amerikanische Truppen, die Südosteuropa besetzen und darauf nach Norden vordringen sollten, den Weg zu verlegen.

Die amerikanischen Imperialisten hegten eigene Südosteuropapläne. Im Augenblick sahen sie jedoch ihre Hauptaufgabe in einer Invasion in Nordafrika, um sich hier festzusetzen und sich eine Brücke zum Nahen Osten zu schaffen.

Die amerikanische Presse spielte auf diese Pläne der Monopolisten ziemlich deutlich an. «Niemand war das Prestige Englands und Frankreichs im Nahen Osten so tief gesunken wie jetzt... Die Vereinigten Staaten können nicht länger zulassen, dass England die nächstlichen Geschäfte kontrolliert... Der Nahe Osten ist die Brücke nach Europa. Wenn er verlorengehen sollte, muss man ihn erneut erobern, selbst um den Preis Hunderttausender amerikanischer Opfer. Zum Glück ist der Nahe Osten noch nicht verloren. Aber wir müssen uns beeilen. Die Vereinigten Staaten müssen den Nahen Osten nach Konzentrierung gewaltiger militärischer Kräfte in eine Festung verwandeln. Dafür müssen sie alle ihnen zur Verfügung stehenden politischen und wirtschaftlichen Mittel in Gang setzen. Die jetzt vorhandene Möglichkeit darf nicht ungenutzt bleiben.»¹

Die herrschenden Kreise der USA legten die militärischen Operationen so an, dass sie mit ihnen die wichtigen ökonomischen und strategischen Positionen ihrer Konkurrenten an sich rissen. Sie scheuten dabei nicht einmal vor ihren Verbündeten zurück. Deshalb schlugen die amerikanischen Politiker auch vor, die Invasion in Nordafrika durchzuführen. Erst nachdem die Amerikaner Nordafrika besetzt hatten, wollten sie Europa von Süden aufrollen. Die USA-Regierung bemühte sich, die führende Rolle in der Planung der militärischen Operationen der anglo-amerikanischen Streitkräfte zu gewinnen, um die Interessen

¹ «Amerasia» vom April 1940.

der amerikanischen Monopole noch besser vertreten zu können. Selbst während des Krieges traten die angloamerikanischen und die amerikanisch-französischen imperialistischen Widersprüche nicht zurück.

Der USA-Präsident Roosevelt hielt die Operationen in Nordafrika für äusserst entscheidend. Deshalb machte die amerikanische Luftwaffe schon 1940 und 1941 Luftaufnahmen dieses Raumes.

Das USA-Kriegsministerium erhob ursprünglich noch Einwände gegen eine Invasion in Nordafrika, weil sie militärisch völlig ziellos war und nicht dazu beitrug, Hitlerdeutschland zu zerschlagen.¹ Die amerikanischen Monopole brachen jedoch diesen Widerstand und zwangen das Kriegsministerium, ihre Pläne anzunehmen.

Ohne ihre Karten England gegenüber völlig aufzudecken, bestand die USA-Regierung auf der Invasion in Nordafrika. Die britische Regierung war schliesslich einverstanden, die Expansionsbestrebungen des amerikanischen Imperialismus auf Kosten Frankreichs zufriedenzustellen.

In Gesprächen mit Churchill forderte Roosevelt, de Gaulle nicht an den geplanten Aktionen zu beteiligen, weil dieser wiederholt erklärt hatte, das französische Imperium erneut vereinigen zu wollen. Aber gerade das lehnten die amerikanischen Imperialisten ab. De Gaulle berichtet in seinen Memoiren: «Sie würden es also auf Nordafrika absehen und dabei unsere Beteiligung ausschliessen. Viele genaue Fakten hatten uns in der Tat gezeigt, dass es die Amerikaner nicht zulassen wollten, dass sich die Freien Franzosen mit Marokko, Algerien und Tunesien befassten.»²

Die USA-Regierung war lediglich an einem Abkommen mit solchen französischen Politikern interessiert, die den amerikanischen Monopolen die führenden Positionen in Nordafrika überlassen wollten. Nach den Worten de Gaulles waren sie bereit, mit jedem zu verhandeln, der den amerikanischen Truppen das Tor nach Nordafrika nur geöffnet hätte»³. Solche Menschen fanden sich. General Weygand und Admiral Darlan willigten ein, den Vereinigten Staaten entgegenzukommen. Sie verlangten nur, dass die USA entschlossen und mit grossen Kräften operieren sollten, um den Erfolg nicht zu gefährden. In den Verhandlungen mit dem amerikanischen Botschafter Leahy sagte Darlan: «Wenn die Vereinigten Staaten irgendwann in der Lage sein werden, eine halbe Million

¹ Siehe M. Matloff und E. Snell, a. a. O., S. 102 ff.

² Ch. de Gaulle, Mémoires de guerre. L'Unité. 1942-1944 (Kriegserinnerungen. Die Einheit. 1942-1944), Paris 1956, S. 9.

³ Ebenda, S. 24.

gut ausgerüsteter Soldaten mit einigen tausend Panzern und Flugzeugen zu schicken, dann wird man mit Admiral Darlan verhandeln können.»¹

Mit den faschistischen Niederlagen in der Sowjetunion wuchs in Kreisen der Vichyregierung die Bereitschaft, mit den USA ein Abkommen zu schliessen. Leahy berichtete nach Washington über Gespräche mit Darlan: «Die unerwarteten Schwierigkeiten, auf die die Deutschen in Russland stiessen, führen dazu, dass die französischen Behörden, einschliesslich Darlans und anderer Kollaborateure, sich unserem Standpunkt zu nähern beginnen.»²

In der Vichyregierung war Darlan eine wichtige Person. Seit dem Frühjahr 1941 war er gleichzeitig Vizepräsident des Ministerrates, Aussen-, Innen- und Marineminister. Er tat alles, um das faschistische Regime in Frankreich zu stärken. Die Beziehungen zwischen der USA-Regierung und Admiral Darlan hatten sich gefestigt, während die USA-Regierung noch immer keine Beziehungen zum Nationalkomitee der Freien Franzosen aufgenommen hatte.

Die englische Regierung beschloss, in Nordafrika die Offensive zu eröffnen und ihre Positionen wiederherzustellen, ehe die Amerikaner landeten und hier eingriffen. Der angespannte Kampf um Stalingrad band alle deutschen Kräfte und verhinderte, dass deutsche Reserven in Nordafrika eingesetzt werden konnten. Die strategische Lage war also überaus günstig für eine Offensive. Im Herbst 1942 verfügte die in Nordafrika eingesetzte 8. englische Armee über 7 Infanteriedivisionen, 3 Panzerdivisionen und 7 Panzerbrigaden, die alle einsatzfähig waren, während Rommel ihnen nur 4 deutsche und 11 italienische Divisionen entgegenstellen konnte, die durch die vorausgegangenen Kämpfe ziemlich erschöpft waren.

Am 23. Oktober eröffneten die Engländer ihre Offensive und schlugen im Raum El-Alamein überraschend los. Die deutschen und italienischen Truppen gingen zurück. In vierzehn Tagen drangen die englischen Truppen 850 Kilometer vor und rückten am 20. November in Bengasi ein. Die Lage des deutschen Afrikakorps wurde völlig hoffnungslos, als in seinem tiefen Hinterland, in Marokko und Algerien, anglo-amerikanische Truppen landeten.

¹ Zitiert nach: W. D. Leahy, a. a. O., S. 133.

² Zitiert nach: W. Langer, *Le/jeu américain à Vichy* (Das amerikanische Spiel in Vichy), Paris 1948, S. 200.

Die Landungsoperation der USA und Englands in Nordafrika begann am 8. November 1942. Unter Eisenhowers Oberbefehl waren drei Landungsgruppen vereinigt worden. Eine aus amerikanischen Truppen gebildete Gruppe war in den USA eingeschifft worden und landete an der Küste von Französisch-Marokko. Die beiden anderen Gruppen bestanden aus englischen und amerikanischen Truppen, wurden aus England herübergeschafft und landeten im Raum Oran sowie in der Nähe von Algier. 500 Transporter, von 350 Kriegsschiffen aller Klassen geschützt, führten die Truppen heran.

Franco-Spanien hatte von der bevorstehenden Landung anglo-amerikanischer Truppen in Nordafrika Angaben erhalten und teilte sie Deutschland mit. Deutschland konnte die anglo-amerikanische Landung jedoch nicht verhindern, weil sie erfolgte, als die Schlacht bei Stalingrad ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die französischen Truppen in Nordafrika unternahmen fast nichts gegen die anglo-amerikanische Landung. Pétain entsandte Darlan nach Nordafrika, um den Widerstand gegen die USA und England zu organisieren. Als Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Nordafrika schloss Darlan jedoch mit Eisenhower ein Abkommen und liess den Widerstand einstellen. Dadurch konnten die amerikanischen und britischen Truppen schnell Algier, Marokko und einen Teil Tunesiens an sich reißen, während deutsche Truppen das übrige Gebiet besetzten.

Obwohl die Landung der englisch-amerikanischen Truppen in Nordafrika eigene Ziele verfolgte und keinen nennenswerten Einfluss auf den Gesamtverlauf des zweiten Weltkrieges hatte, traf der Verlust Nordafrikas Deutschland dennoch schwer, weil es bisher Rohstoffe und Lebensmittel über Frankreich erhalten hatte. Die Einheiten der französischen Kriegsflotte, die sich in den afrikanischen Häfen befanden, sagten sich von Pétain los. Bedeutende Kräfte der französischen Flotte lagen jedoch noch in Toulon. Jetzt liessen die Faschisten jeden Gedanken fallen, einen nicht besetzten Teil Frankreichs zu erhalten.

Am 21. November 1942 überschritten deutsche Truppen die Demarkationslinie und rückten in Südfrankreich ein. Unter anderem hatten sie den Befehl, sich der französischen Flotte in Toulon zu bemächtigen. Gleichzeitig besetzten italienische Truppen Nizza, Savoyen und die Insel Korsika.

Die deutschen Truppen erreichten Toulon und schlossen die Stadt ein. Petains

Versuche, die Kriegsschiffe auszuliefern, scheiterten. Die französischen Matrosen weigerten sich, dem faschistischen Deutschland zu dienen. Sie vernichteten ihre Schiffe selbst, weil sie nicht mehr das offene Meer gewinnen konnten. Unter deutschem Beschuss versenkten sie 3 Schlachtschiffe, einen Flugzeugträger, 4 schwere Kreuzer, 3 leichte Kreuzer, 25 Torpedobootzerstörer, 26 Unterseeboote und andere Einheiten.

Nach der Landung der anglo-amerikanischen Truppen in Nordafrika ging nicht nur Darlan auf die Seite der USA und Englands über, sondern auch Flandin, Pétains ehemaliger Aussenminister, und die Innenminister der Vichyregierung Pucheu und Peyrouton sowie andere französische Vertreter der äussersten Reaktion. Sie wurden von Darlan für verschiedene Funktionen vorgesehen. Aus ihnen setzte sich das oberste Organ der Zivilverwaltung Französisch-Nordafrikas zusammen, das Darlan als Hoher Kommissar leitete. Peyrouton wurde zum Gouverneur von Algier ernannt.

Die USA-Regierung war mit diesen Ernennungen einverstanden und unterstützte sie. Präsident Roosevelt erklärte auf der Pressekonferenz am 18. November 1942, dass er alle Vereinbarungen Eisenhowers voll und ganz billige und unterstütze. Die amerikanischen Monopolisten strebten danach, Frankreich zu unterjochen und seine Kolonien zu beherrschen. Sie verbündeten sich deshalb gern mit Franzosen, die mit ihnen zusammenarbeiten wollten. Von der USA-Regierung unterstützt, rief sich Darlan in Nordafrika zum Staatschef aus und erhob Anspruch, Frankreich zu vertreten.

Die Regierungen der USA und Englands liessen in den von ihnen besetzten Gebieten die faschistischen Gesetze der Vichyregierung in Kraft, verfolgten und unterdrückten weiterhin die patriotischen Kräfte. Im Zuchthaus von Algier schmachteten 27 kommunistische Abgeordnete, die auf Befehl Pétains eingekerkert worden waren. Sie wurden auch nach dem Einrücken der anglo-amerikanischen Truppen in Nordafrika dort festgehalten. Einer der Eingekerkerten, Florimont Bonte, schrieb in seinem Tagebuch:

«Die anglo-amerikanische Landung lag bereits zwei Monate zurück, und es war noch keine Freilassung der politischen Gefangenen erfolgt. Man hielt uns weiter gefangen und wollte uns gefangen halten, weil man wusste, dass wir, sobald wir wieder in Freiheit waren, die Bestrafung der Verräter fordern und für die nationale und soziale Befreiung Frankreichs und Algeriens und für die Schaffung wahrhaft demokratischer Einrichtungen kämpfen würden.»¹

¹ F. Bonte, a. a. O., S. 455 f.

Die Kommunisten wandten sich aus dem Gefängnis mit einem Brief an Eisenhower, in dem sie ihre Verwunderung darüber ausdrückten, dass man sie nicht befreie. Aber Eisenhower beantwortete diesen Brief nicht, er teilte nicht einmal mit, ob er ihn überhaupt erhalten habe. «Die ganze Vorliebe der amerikanischen Machthaber», schreibt Florimont Bonte, «galt den schlimmsten Vertretern von Vichy, jenen, die aktive Helfershelfer Hitlers und Mussolinis gewesen waren, weil diese die Reaktion vertraten, weil sie im Dienste der Trustmagnaten standen.»¹ Erst am 5. Februar 1943 wurden die kommunistischen Abgeordneten freigelassen.

Die offene Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit den Vertretern der französischen Reaktion, den Lakaien des faschistischen Deutschlands, entlarvte besser als jede Erklärung die wahren Ziele des amerikanischen Imperialismus. Alle fortschrittlichen Kräfte waren über das Verhalten der amerikanischen Imperialisten empört. Die demokratische Presse der kapitalistischen Staaten wies darauf hin, dass die USA-Politik in Nordafrika dem Befreiungscharakter des Krieges gegen die faschistischen Staaten widerspreche.

Die ganze Haltung der USA-Regierung liess darauf schliessen, dass sie ihre Politik, faschistische Kräfte zu unterstützen, nicht zufällig betrieb, sondern bewusst verfolgte und damit die Interessen der Monopole vertrat. Dieser offene Kurs kompromittierte die Politik der USA und wurde vom französischen Volk ab gelehnt. Deshalb entschloss sich die USA-Regierung schnell, auf Darlans Dienste zu verzichten; er wurde schliesslich im Dezember 1942 ermordet. General Giraud, ein anderer Vertreter der französischen Reaktion, wurde sein Nachfolger.

Vom 14. bis 26. Januar 1943 fand in der Nähe von Casablanca eine neue Konferenz der Vertreter der USA und Englands mit Roosevelt und Churchill an der Spitze statt. In dem offiziellen Kommuniqué über diese Konferenz hiess es: «Zwischen den Führern beider Länder und ihren Stäben wurde völlige Übereinstimmung über die Kriegspläne und die Schritte erreicht, die während des Feldzuges von 1943 gegen Deutschland, Italien und Japan unternommen werden sollen in der Absicht, den grössten Nutzen aus der ausgesprochen günstigen Wende der Ereignisse gegen Ende des Jahres 1942 zu ziehen.»² Tatsächlich beschloss jedoch die Konferenz, die Invasion in Europa von 1943 auf 1944 zu verschieben. Die zweite Front wurde also wieder um mindestens eineinhalb

¹ Ebenda, S. 455.

² Zitiert nach: Kriegsdokumente, Veröffentlichungen des Instituts für Internationales Recht a. d. Univ. Kiel, Hamburg 1946, Heft 1, S. 13.

Jahre hinausgezögert. Für den Sommer 1943 planten die Vertreter der Westmächte eine unbedeutende Operation, die Landung auf Sizilien.

Dagegen beschlossen sie, die unmittelbaren militärischen Operationen gegen Deutschland auf Luftangriffe zu beschränken.

Die Verbündeten unterrichteten die Sowjetregierung nicht über den vollen Inhalt der Beschlüsse, obwohl es in der Mitteilung Roosevelts und Churchills hiess: «Es bleibt unser alles beherrschender Grundsatz, das Maximum an Land-, See- und Luftstreitkräften, das technisch eingesetzt werden kann, gegen Deutschland und Italien aufzubieten.»¹ Die Sowjetunion schätzte jedoch diese Beschlüsse völlig richtig ein, wenn sie feststellte, dass die zweite Front erneut aufgeschoben worden war und die anglo-amerikanischen Operationen in Tunis aus unverständlichen Gründen nachliessen. Deutschlands Lage verbesserte sich, es konnte 27 Divisionen an die sowjetisch-deutsche Front verlegen.

Auf der Konferenz in Casablanca wurden auch Fragen des Krieges im Stillen Ozean besprochen. Die Vertreter beider Regierungen einigten sich, den Krieg auch auf diesem Kriegsschauplatz hinauszuziehen. Tschiang Kaischek war damit einverstanden. Die Konferenzteilnehmer hielten es für notwendig, dass die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan eingriff, sobald die europäischen Gegner niedergeworfen waren.²

In Casablanca traten die anglo-amerikanischen Widersprüche erneut zutage; die Partner vertraten verschiedene Meinungen, wie die weiteren Operationen auf den Kriegsschauplätzen des zweiten Weltkrieges und vor allem in Europa geführt werden sollten. Der Streit wurde mit einem Kompromiss beigelegt. Die Vertreter einigten sich, Einflussphären zu schaffen. England erhielt jetzt die volle militärische und politische «Verantwortung» für den Balkan und den Nahen Osten, während den USA Nordafrika und der Ferne Osten zugesprochen wurde. Die USA waren bereit, in Südosteuropa nach Churchills Plänen vorzugehen.

Gleich nach der Konferenz in Casablanca begab sich Churchill nach Aden, wo er am 30. und 31. Januar 1943 mit dem türkischen Präsidenten Ismet İnönü und mit anderen führenden türkischen Persönlichkeiten beriet. In dem Kommuniké über dieses Treffen hiess es: «Die türkischen Staatsmänner gaben einen Überblick der türkischen Politik, die im Laufe der letzten kritischen Jahre durchgeführt wurde, und der Premierminister konnte ihnen versichern, dass die Regie-

¹ W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 4/2, S. 377.

² Siehe ebenda, S. 320.

rung Seiner Majestät die von der Türkei betriebene Politik voller Sympathie und Verständnis verfolgten.»¹ So solidarisierte sich Churchill mit der profaschistischen Politik der türkischen Machthaber.

In den Gesprächen mit den türkischen Politikern bemühte sich Churchill, dem englischen Kapital günstige Bedingungen für den Kampf gegen die amerikanische wirtschaftliche Expansion zu sichern, um den türkischen Markt für England zu erhalten. Die Regierung wollte die Positionen der englischen Handelsgesellschaften im Nahen und Mittleren Osten festigen, wo amerikanische Erdölgesellschaften verstärkt einzudringen suchten. Churchill verhandelte auch über den türkischen Anteil an den britischen Balkanplänen und versprach grosse Waffenlieferungen. Die türkische Reaktion begann nach den deutschen Niederlagen, ihre Politik immer mehr den Interessen der herrschenden Kreise Englands und der USA unterzuordnen, gab allerdings ihre Beziehungen zu Deutschland nicht auf.

Während der Konferenz in Casablanca brach auch der Konflikt zwischen den USA und England um Frankreich aus. Die englische Regierung unterhielt enge Beziehungen zu de Gaulle und war nicht damit einverstanden, dass die USA ihren Statthalter Giraud in den Vordergrund schoben. Schliesslich einigten sich die USA und England, die französische Emigrantenregierung zu gleichen Rechten von Giraud und de Gaulle führen zu lassen.

Der Streit zwischen de Gaulle und Giraud verhinderte jedoch lange Zeit, diesen Beschluss zu verwirklichen. Am 8. Juni 1943 wurde das «Komitee für die nationale Befreiung» geschaffen, dem je sieben Anhänger der beiden Generale angehörten. Giraud und de Gaulle führten gemeinsam den Vorsitz. Die USA-Regierung unterstützte jedoch weiterhin Giraud. Im Juli 1943 lud sie demonstrativ Giraud allein ein, in die USA zu reisen, und übergab de Gaulle einfach. Die USA und England zögerten, das französische Komitee anzuerkennen. Die Sowjetunion entschloss sich dagegen zu diesem Schritt, weil sie für die Souveränität Frankreichs eintrat. Als Churchill davon erfuhr, wandte er sich am 23. Juli 1943 mit einem besonderen Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR. Der britische Premierminister konnte seine Haltung nicht ernsthaft begründen.

Am 26. August 1943 erklärte die Sowjetregierung, dass sie beschlossen habe, das französische Komitee als Vertreter der staatlichen Interessen der französischen Republik anzuerkennen und mit ihm bevollmächtigte Vertreter auszutauschen.²

¹ «Prawda» vom 2. Februar 1943.

² Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 402.

Aber auch nach der Anerkennung des französischen «Komitees für die nationale Befreiung» durch die Regierungen der USA und Englands versuchten diese, das Komitee zu ignorieren. Der Vorschlag des Komitees vom September 1943 über die Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen ihm und den Oberkommandos der USA und Englands nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Frankreich blieb unbeantwortet. Die USA übersahen das Organ einfach und gründeten eine besondere Militärverwaltung für Frankreich und auch für andere Staaten, in die die anglo-amerikanischen Truppen einrücken müssten (Allied Military Government of Occupied Territories – AMGOT). Die AMGOT sollte die amerikanische Führung mit Beteiligung Englands in den europäischen Gebieten gewährleisten, die von den faschistischen Okkupanten befreit worden waren. De Gaulle schreibt: «Man konnte sehen, wie dieser Organisation Theoretiker, Techniker, Geschäftsleute, Propagandisten oder auch frisch eingebürgerte Yankees, die gestern noch Franzosen waren, zuströmten.»¹ Der USA-Präsident befahl Eisenhower, die Macht in Frankreich auszuüben. General Giraud verlor jedoch für die USA-Regierung an Bedeutung, als die USA darangingen, ihre eigene Herrschaft in Frankreich zu organisieren und auf die Mitarbeit französischer Politiker verzichteten. Überdies besass Giraud auch keine Sympathien im französischen Volk. Am 9. November 1943 schied Giraud aus dem Komitee aus, damit hatte sich de Gaulles Position gefestigt. Auf der Konferenz in Casablanca berieten die britischen und amerikanischen Vertreter auch, welches Ergebnis im Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten erreicht werden sollte. Sie beschlossen, den Krieg gegen die faschistischen Staaten bis zu ihrer *bedingungslosen Kapitulation* zu führen. Dieser Beschluss spiegelte den Einfluss der Sowjetunion wider, obwohl sie die Aufgabe noch präziser formulierte, wenn sie die völlige Zerschlagung Hitlerdeutschlands und seine bedingungslose Kapitulation forderte. Diese Entscheidung der Konferenz traf die Bestrebungen eines Teils der herrschenden Kreise der USA und Englands schwer, die für einen Kompromissfrieden mit den faschistischen Staaten eintraten. Deshalb griff die äusserste Reaktion diesen Beschluss erbittert an. Die Formulierung der Hauptaufgabe hat Liddell Hart bereits 1944 scharf verurteilt, als er feststellte: «...die Aussicht auf Hitlers Sturz birgt die unheilvolle Möglichkeit, dass an Stelle des Mannes sich eine Legende erheben wird, die für die Zivilisation gefahrvoller sein könnte, als

¹ Ch.de Gaulle, a.a.O., S. 212.

schon die napoleonische Legende sich erwies.»¹ Diesen Standpunkt teilt auch der ebenso bekannte englische Militärhistoriker Fuller, wenn er schreibt: «Seither hingen diese zwei Worte (bedingungslose Kapitulation – d. dtsh. Red.) wie ein unheilverkündender Sturmvogel um die Nacken Amerikas und Britanniens.»² Wütend fiel der amerikanische Historiker Tansill über Roosevelt her, weil dieser mit der Formulierung einverstanden gewesen war. Nach Tansill hätten sich die Vereinigten Staaten vom Krieg fernhalten und es Deutschland und der UdSSR gestatten sollen, sich gegenseitig zu vernichten.³ Liddell Hart, der auf die historischen Erfahrungen der englischen herrschenden Oberschicht verwies, sagte, dass Englands «lange Zeitspanne von Sicherheit und Wohlstand auf die Tatsache zurückgeführt werden kann, dass es seine Kriege im Allgemeinen auf dem Verhandlungswege beendete, anstatt sich in der Verfolgung des Sieges zu erschöpfen, wie seine kontinentalen Rivalen es der Reihe nach taten»⁴.

Am 20. März 1943 nahm die 8. englische Armee in der Nähe der libyschtunesischen Grenze die Offensive wieder auf. Gleichzeitig gingen Eisenhowers Truppen in Westtunesien vor. Die von beiden Seiten bedrängten italienisch-deutschen Truppen wichen nach Norden aus. Anfang Mai hatten sie sich auf die kleine Halbinsel Bon, die nordöstliche Spitze Tunesiens, zurückgezogen. Am 12. Mai mussten schliesslich die italienischen und die deutschen Soldaten und Offiziere die Waffen strecken, damit waren die Kampfhandlungen in Nordafrika beendet.

3

Der Sieg in Nordafrika verstärkte das Streben der amerikanischen Monopolisten, die Welt zu beherrschen. Führende Journalisten, die schnell gelernt hatten, die Wünsche der Finanzkönige zu erfassen, eröffneten einen Pressefeldzug für Amerikas Weltherrschaft. Der bekannte amerikanische Journalist Walter Lippmann trat 1943 mit dem Plan an die Öffentlichkeit, eine «atlantische Gemeinschaft» als Waffe der Hegemonie der USA in der kapitalistischen Welt zu schaffen. Nach einigen Monaten kam er wieder darauf zurück, als er die USA das Zentrum «der westlichen Zivilisation» nannte.⁵

¹ B. H. Liddell Hart, *Warum lernen wir denn nicht aus der Geschichte*, Zürich-New York 1946, S. 80.

² J. F. C. Fuller, a. a. O., S. 303.

³ Siehe Ch. C. Tansill, *Die Hintertür zum Kriege*, Düsseldorf 1956.

⁴ B. H. Liddell Hart, a. a. O., S. 76.

⁵ Siehe W. Lippmann, *US War Aims* (Die Kriegsziele der Vereinigten Staaten), Boston 1944, S. 192.

Die amerikanischen Monopole planten, sich durch ihre Politik vor allem die kapitalistischen Länder unterzuordnen, die im Krieg gelitten hatten. De Gaulle schrieb: da meinte Roosevelt, der Frieden sei der amerikanische Frieden, ihm selbst komme es zu, Vorschriften für die Friedensregelung zu machen, die durch die Prüfung hinweggefegten Staaten unterlägen seinem Urteilspruch, und insbesondere für Frankreich sei er der Retter und Schiedsrichter.»¹

Die USA-Monopolisten interessierten sich jetzt auch für Kolonien, vor allem für den Nahen Osten. Die amerikanische Zeitschrift «Fortune» schrieb im September 1944: «Wir haben im Mittleren Osten Strassen, Häfen und Flugplätze gebaut. Nach der Amortisation kann man sie nicht abschreiben wie veraltete Panzer oder Geschütze, weil sie jetzt ein ebensolcher Teil der Weltgeographie geworden sind wie der Panamakanal. Sie sind ein lebenswichtiges Glied in der Kette der von uns geschaffenen Verbindungslinien der Welt, und die Ausgaben für ihren Bau sind ein grosser Teil unserer Schulden. Im Mittleren Osten geht es uns vor allem um das Erdöl.» Wichtig ist, dass die Zeitung den Nahen Osten mit der Panamakanalzone verglich, die völlig von den USA-Monopolen beherrscht wurde.

Um Nordafrika und um den Nahen und Mittleren Osten kämpften bereits nicht mehr nur die kapitalistischen Staaten, die sich als Gegner gegenüberstanden. Der Streit um dieses Gebiet war inzwischen auch unter den imperialistischen Gruppen der USA, Englands und Frankreichs entbrannt, ein Kampf, der sich gegen die nationalen Interessen der Völker richtete. Die herrschenden Kreise der USA und Englands bemühten sich, die Volksmassen Afrikas und Asiens aus dem zweiten Weltkrieg herauszuhalten, und lehnten die Teilnahme der arabischen Staaten am Kampf gegen den Faschismus ab. Der syrische Vertreter Faris El-Huri sagte dazu auf der IV. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen: «Wenn wir den Ländern der faschistischen Achse den Krieg erklärt hätten, dann hätten wir heute eine ausgebildete bewaffnete Armee, die die arabischen Länder schützen könnte.»² Gerade das wollten die imperialistischen Mächte verhindern.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands gaben vor, für die Freiheit der Völker zu kämpfen, wollten sie aber noch stärker kolonial unterdrücken. Darauf war auch ihre Politik in den Ländern des Ostens während des zweiten Weltkriegs ausgerichtet.

Die Pläne für den Nahen und Mittleren Osten entlarvten die Kriegsziele der

¹ Ch. de Gaulle, a. a. O., S. 80.

² «Prawda» vom 23. September 1949.

britischen und amerikanischen Imperialisten. Sie zeigten, dass die Westmächte den Krieg gegen Hitler nur führten, um dessen Weltherrschaftspläne zu vereiteln und dafür das eigene Programm durchzusetzen. Antifaschistische freiheitliche Losungen mussten erhalten, um die öffentliche Meinung irrezuführen. Zugleich bemühten sie sich jedoch, die Volksmassen zu hindern, den Krieg gegen die faschistischen Staaten zu einem wirklichen Befreiungskampf auszudehnen. Während sich Millionen einfacher Menschen mit ganzer Kraft für den Sieg über den Faschismus einsetzten, ihr Letztes hergaben, verfolgten die englischen und amerikanischen Imperialisten ihre eigenen gewinnsüchtigen Ziele, die sie in ihren Geheimdokumenten niederlegten. So schrieb zum Beispiel der bekannte britische Politiker Hoare am 25. Februar 1943: «Ein neues Kapitel beginnt, ein Kapitel, in dem das Britische Weltreich und die Vereinigten Staaten von Amerika gewiss einen hervorragenden Platz einnehmen... Zu diesem Zeitpunkt werden sich zweifellos starke britische und amerikanische Truppenverbände auf dem Kontinent befinden. Diese Armeen werden mit den besten und modernsten Waffen ausgerüstet sein. Sie werden aus ausgeruhten Fronttruppen bestehen, die nicht durch Strapazen an der russischen Front erschöpft sind.»¹

Als der Oberbefehlshaber der 3. amerikanischen Armee, General Patton, jedoch unverhüllt erklärte: «...wir sind dazu ausersehen, die Welt zu regieren»², waren die amerikanische Regierung und das Oberkommando über seine allzu grosse Offenheit bestürzt. Die Welt horchte auf und zog ihre Schlüsse, allerdings nicht zugunsten der USA.

Das Streben des amerikanischen Imperialismus nach der Weltherrschaft offenbarten auch seine Zukunftspläne. Über sie schrieb 1943 Lippmann, der sehr offenherzig eines der Kapitel seines Buches «Dauernder Krieg oder dritter Weltkrieg» nannte. In diesem Kapitel heisst es wörtlich, dass die Entwicklung der Ereignisse «zum dritten Weltkrieg führen kann»³.

Als die USA im zweiten Weltkrieg viele neue Rüstungswerke errichteten, bauten sie bereits auf lange Sicht und schufen sich eine Rüstungsgrundlage für einen neuen Krieg. Ein grosser Teil des Staatshaushaltes wurde im zweiten Weltkrieg dazu benutzt, amerikanische Militärbasen in den verschiedensten Ländern zu schaffen und die Kriegsflotte entsprechend den aggressiven Plänen für die Nachkriegszeit zu vergrössern.

¹ S. Hoare, Gesandter in besonderer Mission, Hamburg 1949, S. 318 f.

² Zitiert nach: O. N. Bradley, a. a. O., S. 230.

³ W. Lippmann, US Foreign Policy and US War Aims (Die Aussenpolitik und die Kriegsziele der USA), New York 1943, S. 199.

Die Nachkriegspläne der herrschenden amerikanischen und britischen Kreise bestimmten auch die Deutschlandpolitik beider Staaten. Über diese Politik schrieb der Berater Trumans, Albert Carr, im Jahre 1943 in seinem Tagebuch: «In privaten Gesprächen haben hochstehende Personen in Washington und London nicht verheimlicht, dass sie nach dem Kriege Missverständnisse mit Russland erwarten. Die Tatsache, dass Roosevelt auf der ‚bedingungslosen Kapitulation‘ Deutschlands beharrte, wird von diesen Personen als ein Fehler angesehen. Es war offensichtlich, dass sie es vorzogen, die militärische Kraft Deutschlands nicht zu vernichten, da sie annahmen, dass sie schliesslich erneut gen Osten gerichtet werden wird.»¹

Aus Nordafrika trafen die ersten Transporte mit deutschen Kriegsgefangenen in den USA ein, die in besonderen Lagern untergebracht wurden. Auf einer Konferenz des Lagerpersonals sagte der Vertreter des Kriegsministeriums der USA, Oberst Winloock, am 27. Juli 1943: «Wir haben die Aufgabe, aus den Deutschen Kader herauszubilden, die für die Stärkung des Prestiges Amerikas und für die Durchführung unserer Politik in Deutschland selbst nach seiner Besetzung durch die Verbündeten ausgenutzt werden könnten. Wir müssen solche Kader aus der Zahl der guten Deutschen auswählen, ungeachtet dessen, ob sie Faschisten sind oder keine Faschisten... Überhaupt, die Begriffe ‚Faschist‘ und ‚Nazist‘ muss man aus unserem Lexikon streichen. Denken Sie daran, dass für uns, für die Amerikaner, für das zukünftige Europa, die unpopulären Nationalsozialisten nützlicher und geeigneter sein können und sein werden als die verschiedenen Antifaschisten und Demokraten... In Deutschland und in Europa werden wir, die Amerikaner, eine Ordnung festlegen, und dafür brauchen wir zahlreiche und uns in der Überzeugung und geistesmässig nahestehende Kader.»²

Für ihre Nachkriegspolitik sicherten sich die Regierungen der USA und Grossbritanniens die Unterstützung der reaktionärsten Kräfte Europas. Sie schufen ihre äusserst konspirative Agentur in Südosteuropa mit Ference Nagy in Ungarn und Nikola Petkoff in Bulgarien. Enge Beziehungen nahmen sie zu dem faschistischen Diktator Portugals, Salazar, auf. Nachdem sich dessen Regierung davon überzeugt hatte, dass mit einem Sieg Hitlerdeutschlands nicht mehr zu rechnen war, schwenkte sie um und überliess den USA und England im Oktober 1943 die Marine- und Luftwaffenstützpunkte auf den Azoren.

Der spanische Diktator Franco hoffte dagegen immer noch auf einen deutschen

¹ Zitiert nach: G. Marzani, *We can be Friends* (Wir könnten Freunde sein), New York 1952, S. 204.

² Zitiert nach: «Iswestija» vom 18. Juli 1956.

Sieg und unterstützte Deutschland weiterhin. Als militärischer Verbündeter war Franco-Spanien zwar wertlos, aber wirtschaftlich und politisch konnte es Hitlers Krieg wesentlich unterstützen. Spanien stellte nicht nur seine eigenen Hilfsquellen völlig in deutsche Dienste, es erhielt trotz des Krieges umfangreiche Warenlieferungen aus den USA und England, die Spanien aus der Blockade ausgeklammert hatten. Die Transporte trafen unbehelligt in Spanien ein und wurden nach Deutschland weitergeleitet. USA-Banken gewährten Franco eine 13,75-Millionen-Dollar-Anleihe, und britische Banken gaben zwei Millionen Pfund Sterling.

Franco sicherte dem deutschen Botschafter in Madrid zu, Deutschland zu unterstützen und auf die «Vertiefung der Widersprüche zwischen England und der Sowjetunion und zwischen England und Amerika»¹ hinzuarbeiten. Am 12. Mai 1943 ermahnte Franco in einer Rundfunkrede England und die USA, mit der Sowjetunion zu brechen, er bot sich an, zwischen den Westmächten und Hitlerdeutschland zu vermitteln. Einen ähnlichen Vorschlag machte auch der spanische Aussenminister Jordana. Franco und Jordana führten mehrere Gespräche mit dem englischen Botschafter in Madrid, Hoare, und versuchten ihn zu überzeugen, dass England aus der Koalition mit der UdSSR austreten und sich Deutschland anschliessen müsse. Der britische Botschafter ging darauf ein und erklärte sich bereit, die Gespräche weiterzuführen.

Jordana beschränkte sich nicht auf Unterredungen, er überreichte seine Vorschläge Hoare als geheimes Memorandum. Darin hiess es: «Deutschland ist die einzige Macht in Zentraleuropa, die fähig ist, das grosse universale Werk zu vollbringen, den Kommunismus niederzuhalten, ja, ihn zu vernichten. Angesichts dieser Gefahr müssen, um der Einheit Europas willen, alle kleinlichen Bedenken weichen, um dem ersten Problem, das uns bedroht, erfolgreich entgegenzutreten zu können.»²

Ähnliche Gespräche wurden auch in London geführt. Der spanische Botschafter in London, Herzog Alba, sagte zu Eden, dass es nicht notwendig sei, sich positiv über die Sowjetunion zu äussern. Darauf antwortete Eden, dass er genauso denke, aber die Bedingungen des Krieges zwingen ihn von Zeit zu Zeit, den östlichen Verbündeten zu loben.³

Wie stark britische Kreise den Reden der spanischen Diplomaten in London Gehör schenkten, zeigt die Mitteilung des deutschen Botschafters in Madrid, der in einem seiner Berichte schrieb, dass in England führende Persönlichkeiten

¹ Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes, Folge III, S. 146 (russ.).

² S. Hoare. a. a. O.. S. 313.

³ Siehe Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes, a. a. O., S. 155.

und sogar ein Kabinettsmitglied die Idee der Friedensvermittlung und einer gemeinsamen europäischen Front gegen den Bolschewismus verteidigten.¹

Im Spätsommer 1943 hatten die anglo-amerikanischen Truppen auf den britischen Inseln die Invasion in Europa, das heisst die zweite Front völlig vorbereitet. Die Pläne für die Landung der alliierten Truppen in Europa weckten die Energie der Massen und wurden von ihnen eifrig unterstützt, weil sie dazu beitrugen, Hitlerdeutschland schneller zu zerschlagen.

Doch die so gründlich vorbereitete Invasion wurde erneut aufgeschoben. Die Truppen führten stattdessen Übungen durch. Das alliierte Oberkommando machte kein Geheimnis aus dem Befehl über den Aufschub der Invasion in Europa. Die Faschisten konnten jetzt einige kampffähige Divisionen aus Westeuropa an die sowjetisch-deutsche Front verlegen.

Die bewusste Verzögerung der zweiten Front bereitete nicht nur der Sowjetarmee gewisse Schwierigkeiten. Auch das englische Volk trug eine schwere Last. Die britischen Gewerkschaftsführer trieben jedoch weiterhin im Fahrwasser der volksfeindlichen Politik der herrschenden englischen Kreise.

Auf der Mitte 1943 in Moskau durchgeführten 3. Tagung des sowjetisch-englischen Gewerkschaftskomitees lehnte es die von Citrine geführte englische Delegation entschieden ab, den von der sowjetischen Delegation vorgeschlagenen Entwurf einer Deklaration anzunehmen, der die zweite Front forderte.

Sogar den deutschen Militärs war der Verzicht der britischen und amerikanischen Regierung, die zweite Front in Europa im Jahre 1943 zu eröffnen, unverständlich. Feldmarschall von Rundstedt berichtete den Engländern nach dem Kriege: «Ich war überrascht, dass Sie nicht im Jahre 1941 einen Invasionsversuch machten, als unsere Armeen tief in Russland im Vormarsch waren... Ich erwartete eine Invasion im Jahre 1943, nachdem wir das gesamte französische Gebiet besetzt hatten, denn ich dachte mir, Sie werden bald aus dieser übermässigen Ausdehnung der deutschen Streitkräfte im Westen Vorteil ziehen wollen.»²

Nachdem die britische und amerikanische Regierung ihre neuen feierlichen Verpflichtungen, die zweite Front in Europa noch 1943 zu schaffen, gebrochen hatten, organisierten sie auch keine Lieferungen an die Sowjetunion. Der Geleitzug, der im März 1943 die Sowjetunion anlaufen sollte, wurde zurückgehalten, und bis zum Herbst wurden alle Lieferungen eingestellt. Das teilte Church-

¹ Siehe ebenda, S. 162.

² Zitiert nach: B. H. Liddell Hart, Jetzt dürfen sie reden, a. a. O., S. 465f.

ill am 30. März der sowjetischen Regierung offiziell mit.¹ Er begründete diesen Schritt mit anderen Aufgaben der britischen und amerikanischen Flotte. Tatsächlich lagen jedoch die Hauptkräfte dieser Flotte untätig in den Häfen, weil die zweite Front aufgeschoben worden war.

Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR antwortete mit einem Schreiben an die Regierungschefs der beiden Verbündeten, in dem es hiess: «Ich fasse diese unerwartete Massnahme als katastrophale Kürzung der Lieferungen von militärisch wichtigem Rohstoff und Kriegsmaterial an die Sowjetunion durch Grossbritannien und die USA auf, weil der Weg über den Stillen Ozean durch den Transportraum beschränkt und nicht sehr sicher ist und die südliche Route eine geringe Durchlassfähigkeit hat. Deshalb können diese beiden Wege die Einstellung der Zufuhr auf der nördlichen Route nicht ausgleichen. Verständlicherweise muss sich dieser Umstand auf die Lage der sowjetischen Truppen auswirken.»²

Am 10. Juli 1943 landeten die ersten englischen und amerikanischen Truppen auf Sizilien. Die Landung war gegenüber dem ursprünglichen Plan hinausgeschoben worden, weil angeblich ebenfalls Transporter fehlten.³ Auf Sizilien lagen zwei deutsche Divisionen und vier italienische, von denen drei Divisionen nicht voll kampfbereit waren, und ausserdem noch sechs schwach ausgerüstete italienische Küstenschutzdivisionen.

Die Kampfhandlungen auf Sizilien – man rechnete mit 90 Tagen – sollten den erneuten Aufschub der zweiten Front in Europa rechtfertigen. Die italienischen Soldaten legten jedoch sofort die Waffen nieder und stellten den Widerstand ein. Bald folgten auch deutsche Truppen ihrem Beispiel. Die Kämpfe auf Sizilien dauerten nur 38 Tage und waren schon am 18. August beendet. Sie zeigten besonders deutlich, dass die Führer der USA und Englands die Invasion in Europa unbegründet «hinausgezögert hatten, obwohl das faschistische Deutschland die Landung anglo-amerikanischer Truppen in Frankreich schon nicht mehr ernsthaft hindern konnte.

¹ Siehe W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 4,2, S. 388.

² Briefwechsel, Bd. 1, a. a. O., S. HOF.

³ Siehe H. C. Butcher, Three Years with Eisenhower (Drei Jahre mit Eisenhower), London-Toronto 1946, S. 257 u. 265.

DIE KURSKER SCHLACHT

1

Die sowjetische Winteroffensive 1942/43 endete am 31. März 1943. Die nach Westen zurückgeworfenen deutschen Truppen gingen auf der Linie Mzensk-Maloarchangelsk-Sewsk-Rylsk-Sumy-Belgorod und am Nördlichen Donez zur Verteidigung über. Im Raum Kursk sprang die Front weit nach Westen vor. Dieser Bogen war von sowjetischen Truppen besetzt, in deren Rücken grosse strategische Reserven bereitstanden. Der Kursker Bogen gab beiden Seiten die Möglichkeit, hier eine Offensive grossen Ausmasses zu entfalten. Doch das sowjetische wie auch das deutsche faschistische Oberkommando hofften insgeheim, dass der Gegner zuerst angreifen würde. Damit hätte sich das Kräfteverhältnis wesentlich verändert. Die angreifenden Truppen wären erheblich geschwächt worden, weil beide Seiten eine starke Verteidigung ausgebaut hatten. Während die Sowjetunion warten konnte, hatte es Deutschland sehr eilig. Seine Führer hatten erkannt, dass die Zeit gegen sie arbeitete.

Das deutsche Oberkommando musste auch damit rechnen, dass im Hinterland und in der Armee die Kampfmoral sank.

Während der Vorbereitung der neuen Offensive arbeitete die deutsche Regierung mit der propagandistischen Losung von der «Festung Europa» und dachte dabei vor allem daran, das bisher eroberte Gebiet, das die Sowjetarmee noch nicht befreit hatte, zu halten. Das deutsche Oberkommando arbeitete einen Plan für die Sommeroffensive aus, der die Bezeichnung «Operation Zitadelle» erhielt. Der Plan sah vor, mit starken Panzergruppierungen aus den Räumen Orjol und Belgorod entlang der Sehne des Kursker Bogens auf Kursk durchzustossen und die sowjetischen Truppen im Bogen einzuschliessen und zu vernichten.

Für die «Operation Zitadelle» konzentrierte das deutsche Oberkommando starke Kräfte und Mittel der beiden Heeresgruppen Mitte und Süd. Im Norden hatten die Faschisten 11 Infanterie-, 7 Panzerdivisionen und 2 motorisierte Divisionen bereitgestellt, von Süden sollten 7 Infanterie-, 10 Panzerdivisionen und eine motorisierte Division auf Kursk vorstossen.

Die operative Dichte in der Aufstellung der deutschen Truppen betrug in der Orjol-Kursker Richtung 2,7 Kilometer je Division, 40 bis 50 Panzer und 70 bis 80 Geschütze je Frontkilometer, während in der Belgorod-Kursker Richtung 4,5 Kilometer auf eine Division entfielen und 42 Panzer und 50 Geschütze je Frontkilometer bereitstanden. Für die Offensive wurden die neusten Panzer vom Typ «Tiger» und «Panther» und Sturmgeschütze vom Typ «Ferdinand» eingesetzt. Die Vorbereitungen für die deutsche Offensive waren abgeschlossen, sie konnte jeden Tag eröffnet werden. Dennoch versuchten die britische und amerikanische Regierung die Sowjetregierung zu überzeugen, dass mit der deutschen Offensive noch nicht zu rechnen sei.

Am 19. Juni 1943 schrieb der Premierminister Grossbritanniens an die Sowjetregierung: «Wir haben gewisse Gründe, anzunehmen, dass die unerwartet schnelle Niederlage der Streitkräfte der Achsenmächte in Nordafrika die deutsche Strategie durchkreuzt habe und dass die von hier aus entstandene Bedrohung Südeuropas ein wichtiger Faktor sei, welcher Hitler ins Schwanken gebracht und ihn gezwungen hat, seine Pläne für einen Grossangriff gegen Russland in diesem Sommer aufzuschieben.»¹ Am 27. Juni schrieb Churchill erneut: «Ihr Land hat keinen starken Angriff in diesem Sommer zu erwarten.»²

Wenn sich das sowjetische Oberkommando von diesen Ratschlägen hätte leiten lassen, wäre die deutsche Offensive erfolgreich gewesen.

Das sowjetische Oberkommando ermittelte jedoch die Hauptstossrichtungen der deutschen Truppen. In diesen Richtungen wurde eine starke tiefe Verteidigung errichtet. Strategische Reserven wurden vorbereitet und herangezogen. In den wichtigsten Richtungen erreichte die sowjetische Verteidigung 100 Kilometer Tiefe. Das Hauptquartier des sowjetischen Oberkommandos hatte einen Plan für die Operation im Kursker Bogen ausgearbeitet. Nach diesem Plan sollten die Truppen der Zentral- und der Woronesher Front die Offensive der faschistischen Truppen aufhalten und deren Kräfte zermürben. In der folgenden Etappe sollten die Truppen der West-, Brjansker, Zentral-, Woronesher und der Steppenfront zur Gegenoffensive übergehen.

Am 5. Juli 1943, 05.30 Uhr, begann die deutsche Offensive im Raum des Kursker Bogens. Sie richtete sich gegen die Hauptgruppierungen der sowjetischen Truppen. Erbitterte Kämpfe entbrannten. Die Faschisten konnten die Offensive nur langsam und unter grossen Verlusten entfalten.

¹ Briefwechsel, a. a. O., S. 133 f.

² Ebenda, S. 140.

Die sowjetischen Truppen verteidigten sich äusserst aktiv, manövierten mit den Reserven und führten mit Panzergruppierungen blitzschnelle Gegenschläge gegen die in die Verteidigung eingedrungenen Stosskeile des Gegners. Die Sowjetarmee setzte in diesen Kämpfen zum erstenmal Panzerarmeen und Verbände der Panzerabwehrtartillerie ein. Nach der ersten Angriffswoche waren die deutschen Truppen in der Orjol-Kursker Richtung 6 bis 8 Kilometer weit vorgedrungen und hatten in der Belgorod-Kursker Richtung 30 bis 35 Kilometer erreicht. Die deutsche Offensive war vereitelt worden. «Der Zweck, den der deutsche Angriff verfolgt hatte», schreibt Tippelskirch, «war nach wenigen Tagen gescheitert und hatte Verluste gekostet, die nicht wiedergutzumachen waren.»¹ An anderer Stelle erklärt er, «dass *die Initiative nunmehr endgültig und unter erschwerenden Umständen in Feindeshand überging*»².

Nachdem die sowjetischen Truppen die Offensive des Gegners abgewehrt hatten, gingen sie am 12. Juli 1943 zur Gegenoffensive über. Am 5. August befreiten sie Orjol und Belgorod von den deutschen Eroberern, und bis Mitte August hatte die Sowjetarmee die deutsche Gruppierung im Raum Orjol zerschlagen und den Frontvorsprung liquidiert; am 23. August befreite sie Char-kow. Liddell Hart bemerkte dazu: «Die Wirkung bestand darin, dass die Bewegungsfreiheit der Deutschen gelähmt wurde und ihre Reserven allmählich immer mehr abgenutzt wurden. Es war eine strategische Form einer «schleichenden Paralyse.»³

Die sowjetische Gegenoffensive, die bei Kursk begonnen hatte, entwickelte sich zur allgemeinen Gegenoffensive auf breiter Front. Im August und September führten die sowjetischen Truppen die Smolensker Operation erfolgreich durch. Sie drängten damit die Front ganz erheblich von Moskau zurück. Die Truppen der Südwest- und der Südfront errangen einen grossen Sieg im Süden des Landes. In sechs Tagen zerschlugen sie eine grosse deutsche Gruppierung und befreiten das Donezbecken.

Im August und September vernichtete die Sowjetarmee die deutschen Truppen in der Ukraine ostwärts des Dnepr und warf sie hinter den Fluss zurück. Der breite und wasserreiche Dnepr war ein ernstes Hindernis für die sowjetischen Truppen. Das deutsche Oberkommando hatte das linke Flussufer für eine längere Verteidigung eingerichtet und dort starke Befestigungen ausgebaut. Dennoch überwand die Sowjetarmee den Dnepr an einigen Abschnitten aus der Bewegung heraus. Das deutsche Oberkommando hatte damit nicht gerechnet. Am

¹ K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 330.

² Bilanz des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 59.

³ B. H. Liddell Hart, Strategie, Wiesbaden 1955, S. 352.

6. November 1943 wurde Kiew, die Hauptstadt der Ukraine, befreit. Die Hauptkräfte der Sowjetarmee, die an der Front südlich von Polesje bis zum Schwarzen Meer vorstießen, bildeten grosse Brückenköpfe am rechten Dneprufer und bezogen in ihnen die Ausgangsstellungen für neue Angriffsoperationen.

Die Kursker Schlacht, in der das deutsche Oberkommando versuchte, die strategische Initiative wiederzugewinnen, bewies den völligen Zusammenbruch der faschistischen Angriffsstrategie. Dieser Zusammenbruch war einer neuen Katastrophe der Hitlerwehrmacht gleichzusetzen. Guderian bezeichnet ihn selbst als die «entscheidende Niederlage» und muss schliesslich eingestehen: «Die Initiative war endgültig auf den Gegner übergegangen.»¹

Im Sommer 1943 brach nicht nur die Angriffsstrategie, sondern auch die Verteidigungsstrategie des faschistischen Oberkommandos völlig zusammen. Hitlers «Zitadelle», seine europäische «Festung», hielt nicht stand, tief drangen die sowjetischen Truppen in sie ein. Die Versuche des deutschen Oberkommandos, an der ganzen sowjetisch-deutschen Front zur strategischen Verteidigung überzugehen, um Zeit zu gewinnen und die geheimen Verhandlungen mit den USA und England für Deutschland günstig abzuschliessen, wurden vereitelt. Der Angriff der Sowjetarmee war nicht aufzuhalten.

Die Sommeroffensive 1943 schloss den Umschwung im Verlauf des Grossen Vaterländischen Krieges, der durch den Sieg der sowjetischen Truppen bei Stalingrad eingeleitet worden war, endgültig ab. Die deutsche Verteidigung am Dnepr, am Mius und an der Molotschnaja wurde überwunden. In diesem Sommer drang die Sowjetarmee im mittleren Frontabschnitt und im Süden 500 bis 1'300 Kilometer kämpfend nach Westen vor. Die endgültige Niederlage des faschistischen Deutschlands rückte immer näher.

Im Sommer 1943 besass die Sowjetunion schon eine gut organisierte und schnell wachsende Kriegswirtschaft. Sie bewies klar die Überlegenheit des Sozialismus. Das sowjetische Hinterland versorgte die Sowjetarmee mit allem, was für die gewaltige Offensive notwendig war.

Die Offensive der sowjetischen Truppen an der Front vereinigte sich mit der durch die Partei und das Oberkommando organisierten Offensive der Partisanen im Rücken des Feindes.

Die Partisanen führten konzentrierte Schläge gegen die Verbindungsknien des

¹ H. Guderian, a. a. O., S. 284.

Gegners, fügten ihm schwere Verluste zu und operierten mit zahlreichen tiefen Streifzügen im Hinterland des Gegners.

Während der Kursker Schlacht trafen die Partisanen die Bahnverbindungen des Feindes besonders schwer. In der Nacht zum 4. August 1943 sprengten sie in der Ukraine, in Belorussland und im Leningrader Gebiet 36'000 Eisenbahnschienen. Auf den Eisenbahnstrecken Kowel-Rowno und Kowel-Cholm verringerte sich der Verkehr um 70 bis 80 Prozent.¹ Im August 1943 sprengten die belorussischen Partisanen 120'800 Schienen. Ein Korpskommandeur der deutschen Sicherungstruppen schrieb am 31. August 1943 seinem Vorgesetzten: «Die Partisanen haben zum ersten Male eine ungewöhnlich gross angelegte Operation durchgeführt, um den Transport durch eine planmässige und plötzliche Zerstörung der Eisenbahnverbindung zu sabotieren. In den ersten zwei Augustnächten wurden im Bereich des Korps 6'784 Sprengungen gezählt! Die Zahl der sich wiederholenden Schienensprengungen stieg Mitte August schon auf 15'000 an.»² Im August und September 1943 legten die Partisanen den Zugverkehr auf allen Strecken des besetzten belorussischen Gebiets bis auf 40 Prozent lahm und unterstützten damit die vorstossenden Verbände, der Sowjetarmee wesentlich.

In den ersten zwei Kriegsjahren töteten Partisanen über 300'000 faschistische Okkupanten.³ Die belorussischen Partisanen vernichteten vom Kriegsbeginn bis zum 1. Dezember 1943 282'000 feindliche Soldaten und Offiziere und liessen 5'758 Transportzüge entgleisen. Sie sprengten über 3'500 Eisenbahn- und Strassenbrücken, vernichteten 255 Flugzeuge und 812 Panzer.⁴ Die Leningrader Partisanen vernichteten bis zum 1. April 1943 insgesamt 44'876 Angehörige des Gegners. Die ukrainischen Partisanen vernichteten nach unvollständigen Angaben bis zum 15. Februar 1944 über 175'000 feindliche Soldaten und Offiziere, zerstörten und beschädigten 2'331 Transportzüge, 64 Flugzeuge, 527 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge.⁵

Seit dem Herbst 1942 führten Partisanenabteilungen und -verbände einige grosse Streifzüge in das feindliche Hinterland durch. Die Partisanenabteilungen Kowpaks und Saburows verliessen die Brjansker Wälder, durchstreiften einige

¹ Siehe J. G. Starinow, Партизанское движение в Великой Отечественной Войне (Die Partisanenbewegung im Grossen Vaterländischen Krieg), Moskau 1949, S. 76.

² Siehe R. Sidelski, a. a. O., S. 21.

³ Siehe Большая Советская Энциклопедия (Grosse Sowjetenzyklopädie), Bd. 32, 2. Aufl., S. 163.

⁴ Siehe R. Sidelski, a. a. O., S. 21.

⁵ Siehe ebenda, S. 24.

Gebiete der Ukraine und bildeten in Polessje hinter dem Pripjat ein neues Partisanenland. In der Nacht zum 5. Dezember 1942 führte die Einheit Kowpaks die Operation «Sarnensker Kreuz» durch, in der sie alle fünf Brücken des Eisenbahnknotenpunktes Sarnensk sprengte. Dieser Partisanenverband vernichtete im April 1943 in der Nähe von Arewitschi die deutsche Pinsker Flussflottille auf dem Pripjat.

In diesem Zeitraum unternahmen auch die Partisanenverbände Naumows, Fjodorows, Melnikows und anderer tiefe Streifzüge. Seit diesen Streifzügen verlegten die Partisanenverbände ihren Operationsraum aus den Brjansker Wäldern und aus der Ukraine ostwärts des Dnepr in das Gebiet westlich des Flusses. Im Sommer 1943 drang die Einheit Kowpaks bis in die Karpaten vor. Allein vom 19. bis 24. Juli 1943 sprengte die Einheit 41 Erdöltürme, 13 Erdöltanks, 3 Erdöldestillier- und ein Ozokeritwerk.¹ Die moldauischen Partisanen, geführt von den Genossen Andrejew und Schkrjabatsch, stiessen nach Bessarabien vor, die Abteilungen der Genossen Melnik und Buiny in Richtung Winniza und die Abteilung des Genossen Kapusto in Richtung Grodno.

Im Herbst 1943 kämpften in den von den Faschisten besetzten Gebieten etwa 360'000 Partisanen; sie besaßen eine fast 500'000 Mann starke Reserve.² Durch die Schläge gegen die feindlichen Verbindungslinien störten die Partisanen im Sommer und im Herbst 1943 die operativen Umgruppierungen der faschistischen Truppen und unterstützten damit den Angriff der West-, der Brjansker, der Zentral- und der Woronesher Front wesentlich. Im Herbst 1943 eroberten die Partisanen während der Schlacht am Dnepr einen grossen Brückenkopf am Westufer des Flusses und schufen den sowjetischen Truppen ausserdem 25 Übersetzstellen über die Desna, den Dnepr und den Pripjat.

Kowpaks Einheit legte in 26 Monaten im feindlichen Hinterland etwa 10'000 Kilometer kämpfend zurück. In dieser Zeit töteten die Partisanen 18'000 feindliche Soldaten, vernichteten 62 Eisenbahnzüge, sprengten 256 Brücken, zerstörten 96 Lager, zwei Erdölbetriebe mit über 50'000 Tonnen Erdöl, über 200 Kilometer Telefonleitungen, fast 500 Kraftfahrzeuge und 20 Panzer.³

Das deutsche Oberkommando musste immer neue Kräfte von Westeuropa

¹ Siehe S. A. Kowpak, a. a. O., S. 123. (Ozokerit, ein Erdwachs, das zu Paraffin verarbeitet wird – d. dtsh. Red.)

² Siehe Grosse Sowjetenzyklopädie, a. a. O., S. 164.

³ Siehe S. A. Kowpak, a. a. O., S. 133.

nach dem Osten verlegen und seine Besatzungstruppen in Frankreich schwächen. Damit entstanden äusserst günstige Bedingungen, die zweite Front in Europa zu eröffnen, die jedoch weiter verzögert wurde.

Die Sowjetregierung entlarvte in einem Schreiben an die britische und amerikanische Regierung die Fortsetzung der Politik, die übernommenen Verpflichtungen nicht einzuhalten. Am 11. Juni 1943 wandte sich der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR mit einem Schreiben an den Präsidenten der USA, weil die zweite Front erneut aufgeschoben worden war. In dem Schreiben hiess es: «Ihre Entscheidung bereitet der Sowjetunion, die schon zwei Jahre lang mit äusserster Anspannung aller Kräfte den Krieg gegen die Hauptkräfte Deutschlands und seiner Satelliten führt, ausserordentliche Schwierigkeiten. Sie überlässt der Sowjetarmee, die nicht nur für ihr Land, sondern auch für ihre Verbündeten kämpft, fast allein den Kampf gegen den noch sehr starken und gefährlichen Feind.»¹

Ein gleichlautendes Schreiben erhielt auch der britische Premierminister. Churchill antwortete im Namen beider Regierungen. Er versuchte zu beweisen, dass die Schaffung der zweiten Front verheerende Folgen für die USA und England habe, weil ihre Streitkräfte höchstwahrscheinlich die Schlacht verlieren würden. «Ich kann mir nicht vorstellen», schrieb er pathetisch, «in welcher Weise eine grosse britische Niederlage und Blutvergiessen den sowjetischen Armeen helfen könnten.»²

Am 24. Juni 1943 hob der Vorsitzende des Ministerrates in seiner Antwort hervor, dass die Schwierigkeiten, die zweite Front zu schaffen, bekannt waren, als sich die verbündeten Regierungen feierlich dazu verpflichteten. Inzwischen hatten sich aber die Bedingungen durch die Erfolge der Sowjetarmee bedeutend verbessert. Churchills Behauptungen, unnötig Blut vergiessen zu müssen, waren also unbegründet. Das Schreiben endete mit folgenden Worten: «Ich muss Ihnen erklären, dass es hier nicht einfach um die Enttäuschung der Sowjetregierung geht, sondern um die Erhaltung ihres Vertrauens zu den Verbündeten, das eine schwere Prüfung zu bestehen hat. Man kann nicht vergessen, dass es um das Leben von Millionen Menschen in den besetzten Gebieten Westeuropas und Russlands und um die Verringerung der hohen Opfer der Sowjetarmee geht, im Vergleich zu denen die Opfer der anglo-amerikanischen Truppen verschwindend gering sind.»³

Die USA und England nutzten auch die günstigen Bedingungen für eine Of-

¹ Briefwechsel, Bd. 2, S. 69 f.

² Ebenda, Bd. 1, S. 132.

³ Ebenda, S. 138.

fensive im Stillen Ozean nicht aus. Die Kuomintangarmeen blieben ebenfalls weiterhin passiv. Als die deutsche Sommeroffensive vor Kursk begann, eröffnete die Kuomintangregierung die Offensive gegen die befreiten chinesischen Gebiete. Gleichzeitig verstärkte sie die geheimen Kapitulationsverhandlungen mit Japan. Immer häufiger liefen Kuomintangtruppen und -generale zu den Japanern über. Die Gefahr, dass die Kuomintangregierung kapitulieren würde, war bedrohlich nahe gerückt. Die Chinesische Volksbefreiungsarmee setzte, nachdem sie die Offensive Tschiang Kai-scheks auf die befreiten Gebiete abgewehrt hatte, ihre Angriffsoperationen gegen die japanischen Truppen fort. Die unter dem Druck der sowjetischen Truppen zurückweichende faschistische Wehrmacht beging ungeheure Verbrechen. Sie weckten die Empörung und den Hass aller friedliebenden Völker. Die herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens beachteten diese Verbrechen jedoch nicht. 1943 kehrten einige britische Soldaten, die während des faschistischen Angriffs auf Frankreich schwerverwundet in Gefangenschaft geraten waren, durch die Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes nach England zurück. Einer der Rückkehrer stiess auf Ablehnung, als er Offizieren des Geheimdienstes berichtete, dass ausser ihm nur noch ein Kamerad den Mord an 99 britischen Kriegsgefangenen überlebt habe, die auf Befehl eines SS-Offiziers niedergemetzelt worden waren.¹

Die amerikanischen Monopolisten, die die Verbrechen der Faschisten leugneten, bereicherten sich sogar noch an diesen Verbrechen. Sie waren an den Gewinnen beteiligt, die deutsche Monopole, wie zum Beispiel die IG Farben, aus den Konzentrationslagern und den Massenmorden zogen.

Die amerikanischen und englischen Monopole erzielten nicht nur aus deutschen Betrieben, die für den Krieg arbeiteten, grosse Gewinne, sondern auch aus Betrieben der Satellitenstaaten. So warf 1943 die Aktiengesellschaft «Romano-Americana» (Rumänien) für die USA-Kapitalisten einen Reingewinn von 726 Millionen Lei ab, während der britische Konzern «Astra-Romana» (Rumänien) 840 Millionen Lei erhielt.

2

Die Erfolge der Sowjetarmee zwangen die britische und amerikanische Regierung, bedeutend früher als vorgesehen eine neue Zusammenkunft ihrer Regierungschefs einzuberufen. Die Besprechung fand vom 11. Bis 24. August 1943

¹ Siehe C. Jolly, Die Vergeltung des Soldaten Pooley, Berlin 1957, S. 109 ff.

in Quebec (Kanada) statt. Die Sowjetunion war nicht eingeladen worden. Deshalb vertrat die sowjetische Öffentlichkeit ihre Meinung über die weitere Entwicklung der militärischen Operationen in der Presse. In einer Meldung zum zweiten Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion wies das sowjetische Informationsbüro nach, dass die Regierungen der USA und Grossbritanniens die zweite Front hinauszögerten, es betonte, dass «die Organisation der zweiten Front in Europa in diesem Jahr zur schnelleren Beendigung des Krieges führen würde und damit auch zu einer erheblichen Verringerung der Opfer der Anti-Hitler-Koalition»¹.

Unmittelbar vor der Konferenz in Quebec veröffentlichte die «Prawda» am 6. August 1943 einen Leitartikel unter dem Titel «Über die zweite Front». Er legte dar, wie die westlichen Verbündeten die feierlichen Verpflichtungen, die zweite Front zu schaffen, systematisch verletzt hatten. Dabei wurde in dem Artikel hervorgehoben, dass kleine, jedoch einflussreiche Kreise dafür verantwortlich seien, während das Volk entschlossen sei, aktiv am Kampf gegen den Faschismus teilzunehmen. «Zweifellos», hiess es in dem Artikel, «gibt es auch solche Kreise – natürlich nur sehr wenige –, die an der schnellen Beendigung des Krieges überhaupt nicht interessiert sind. Es versteht sich aber, dass man in solchen wichtigen Fragen den Kanonenfabrikanten, den Rüstungslieferanten und anderen nicht allzuviel Willen lassen darf, weil für sie nur ihre gewinnstüchtigen Privatinteressen und nicht die Interessen der breiten Volksmassen oder die Interessen der unter dem faschistischen Joch stöhnenden besetzten Länder entscheidend sind.»²

In Quebec wurde die Frage der zweiten Front erneut erörtert. Angesichts der Erfolge der Sowjetarmee bangten die herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens, zu spät zu kommen. Die Monopolisten fürchteten das Wachsen der Volksbewegung in Westeuropa und waren um ihren Einfluss nach dem Krieg besorgt.

Deshalb war jetzt die amerikanische Delegation in Quebec geneigt, die zweite Front an der nordfranzösischen Küste zu schaffen. Die amerikanischen Imperialisten bemühten sich dabei, ihre Positionen in Westeuropa zu behaupten und England wesentlich zu schwächen. Churchill verteidigte weiterhin seinen Plan, in den Balkan einzudringen, um der Sowjetunion zuvorzukommen.³ Churchills Plan verriet die britischen Bemühungen, zur führenden Macht in Europa aufzu-

¹ «Prawda» vom 22. Juni 1943.

² «Prawda» vom 6. August 1943.

³ Siehe The Memoirs of Cordell Hull (Die Memoiren Cordell Hulls), Bd.2, S. 1231.

schliessen und dem amerikanischen Konkurrenten den Weg nach Westeuropa zu verlegen. Die USA-Vertreter widersprachen Churchill und meinten, die Sowjetarmee werde sich schnell erholen und könne weiter vorstossen, anglo-amerikanische Streitkräfte müssten deshalb möglichst schnell West- und Südosteuropa besetzen.

Doch die Kräfte, die auch auf der Besprechung in Quebec die Eröffnung der zweiten Front hinauszögern wollten, blieben wieder erfolgreich. Die Tagungsteilnehmer beschlossen, die zweite Front erst 1944 zu schaffen. Statt der zweiten Front sollte der Feldzug in Italien eröffnet werden.

In Quebec berieten die Vertreter der USA und Grossbritanniens auch Fragen des zukünftigen Deutschlands. Eden sprach sich dafür aus, Deutschland auf «freiwilligem Wege» aufzuteilen, wie das auch Roosevelt vorgeschlagen hatte. In einem Gespräch mit Hull sagte Eden, «das Kabinett heisse eine gewaltsame Aufteilung vor allem deshalb nicht gut, weil sie praktisch nicht durchführbar sei, und würde eher verschiedene Gebiete von Deutschland abtrennen, wenn das freiwillig erfolgen können»¹. «Die Diskussion ergab», schreibt Hull, «dass sich auch die Briten sehr ausführlich mit der Möglichkeit einer Trennung der deutschen Staaten durch natürliche Kräfte befasst hatten.»²

Die amerikanische Regierung sprach sich ebenfalls für die Teilung Deutschlands aus. Hull erklärte, Deutschland müsse ökonomisch so reorganisiert werden, dass sich in seinem eigenen Interesse eine Dezentralisierung entwickle.³

Die britischen und amerikanischen Verhandlungsteilnehmer berieten ausserdem über die militärischen Operationen im Stillen Ozean. Zu dieser Frage wurde ein Beauftragter Tschiang Kai-scheks hinzugezogen. Die Vertreter empfahlen der Tschiang-Kai-schek-Clique, die grössere Waffenlieferungen forderte, Kräfte und Waffen für den Bürgerkrieg zu schonen. Die Konferenz beauftragte General Stilwell, neue Kuomintangdivisionen auszubilden und auszurüsten und in Nordbirma den Angriff gegen Japan zu organisieren.

Der Angriff in Birma wurde mit Tschiang-Kai-schek-Soldaten durchgeführt, die vor allem mit Flugzeugen über den Gebirgskamm in den Raum der militärischen Operationen verlegt wurden. Das englische Oberkommando verfügte in Indien über bedeutende Streitkräfte, dachte aber nicht daran, sie in Birma gegen

¹ Zitiert nach: ebenda. S. 1233.

² Ebenda. S. 1234.

³ Siehe ebenda, S. 1233. Vgl. auch: J. Peck, Zur Geschichte der Spaltung Deutschlands.

japanische Truppen einzusetzen, weil es bei Kriegsende eine kampffähige Armee besitzen wollte, um sie gegen die unterdrückten Kolonialvölker werfen zu können. «Das Bestreben des englischen Imperialismus, seine Reserven bis zum Kriegsende aufzusparen, war von den Zielen diktiert, die er sich im Verlauf des Krieges gestellt hatte: das englische Kolonialreich mit einem Territorium von über 36 Millionen Quadratkilometern und einer Bevölkerung von über 550 Millionen unverletzt zu erhalten.»¹

Die englische Regierung erhob Einwände gegen den Angriff in Birma. Sie befürchtete, das amerikanische Kapital könne hier eindringen. Churchill schlug vor, den Angriff in Birma abubrechen und ihn in anderen Räumen des Kriegsschauplatzes im Stillen Ozean zu eröffnen. Die Vereinigten Staaten mussten England einige Zugeständnisse machen. Zum Oberbefehlshaber aller alliierten Truppen in Südostasien wurde der englische Admiral Mountbatten ernannt, dem der chinesisch-indische Kriegsschauplatz unterstellt wurde. Stilwell blieb Bevollmächtigter für die Versorgung Chinas im Rahmen der Pacht- und Leihverträge, Stabschef Tschiang Kai-scheks und Oberbefehlshaber der Truppen in Birma. Ihm unterstand weiterhin die Kontrolle des Luftweges von Indien nach China.

Die internationale Lage wurde vor allem durch die siegreiche Offensive der Sowjetarmee bestimmt. Die von der Sowjetunion an den Rand des Abgrunds gedrängten faschistischen Politiker und Militärs suchten den rettenden Ausweg bald hier, bald dort. Sie klammerten sich an die «totale Mobilmachung» und versuchten immer wieder, einen Keil in die antifaschistische Koalition zu treiben, ihre Verbindungen mit den profaschistischen Elementen in den USA und England zu festigen und mit deren Hilfe mit diesen Ländern einen Separatfrieden zu schliessen.

3

Im Laufe des Jahres 1943 wuchs die Befreiungsbewegung der Völker in den von den Faschisten unterjochten Ländern Europas und Asiens weiterhin schnell an. Die kommunistischen Parteien begeisterten die breiten Volksmassen immer mehr für den Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Freiheit ihrer Länder. Die Sowjetunion unterstützte ständig die erstarkende Befreiungsbewegung der von den Hitlerfaschisten versklavten Völker.

¹ Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten, a. a. O., S. 455.

Die faschistischen Armeen waren jetzt nicht mehr allein den unmittelbaren Schlägen der sowjetischen Truppen ausgesetzt, auch die patriotischen Kräfte der besetzten Länder fügten ihnen schwere Verluste zu.

Die Siege der Sowjetarmee lösten im Hitlerblock eine scharfe Krise aus, von der Italien besonders stark betroffen wurde. An der sowjetisch-deutschen Front waren zehn italienische Elitedivisionen völlig zerschlagen worden. Fast 200'000 italienische Soldaten und Offiziere waren gefallen oder in Gefangenschaft geraten. Italien hatte alle Kolonien eingebüsst, und seine Flotte hatte schwere Verluste erlitten.

Die sowjetische Sommeroffensive 1943 wirkte sich unmittelbar auf die Lage in Italien aus. Die Kommunistische Partei Italiens organisierte eine mächtige antifaschistische Bewegung und führte sie. Im Kampf gegen die Faschisten bildete sich eine von den Kommunisten geführte breite Volksfront heraus. Die Christlich-Demokratische Partei, die nach dem Krieg zur Regierungspartei wurde, lehnte es damals ab, sich der antifaschistischen Volksfront anzuschließen, und nahm ihr gegenüber eine feindliche Haltung ein. Der Papst rief das italienische Volk zur Ergebenheit gegenüber den faschistischen Gewalttätern auf und verleumdete die Kommunisten. Er wandte sich auch an die Völker anderer besetzter Länder und forderte von ihnen, auf die Teilnahme an der Widerstandsbewegung zu verzichten.

Am 19. Juli 1943 trafen sich Hitler und Mussolini in der Nähe von Verona. Mussolini bat Hitler, ihn mit Truppen und Waffen zu unterstützen, um die Macht im Land aufrechterhalten zu können. Hitler konnte jedoch keine Hilfe zusagen, weil die Offensive der Sowjetarmee sich verstärkte. Er schlug vor, die italienischen Interessen zurückzustellen und die Armee noch mehr für Hitlerdeutschland einzusetzen. Hitler wollte Süd- und Mittelitalien aufgeben und die ganze italienische Armee um Pavia konzentrieren, um in diesem Raum eine durchgehende Verteidigungslinie für den Fall einer anglo-amerikanischen Invasion zu schaffen.

Inzwischen arbeiteten die Kräfte der internationalen Reaktion einen Plan aus, um die faschistische Diktatur in Italien zu retten. Dieser Plan war das gemeinsame Werk der herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens, der italienischen Monopole und des Vatikans. Die Arbeiten an diesem Plan begannen im Februar 1943, als der Erzbischof von New York, Spellman, als Vermittler nach Italien reiste, um den Vatikan zu besuchen. Der Plan sah vor, Mussolini zu beseitigen, um die faschistische Diktatur zu erhalten. «Der Vatikan fürchtete ebenso wie die westlichen Alliierten, dass die revolutionären Kräfte in Italien

die Oberhand gewinnen könnten. Er vereinbarte daher mit den Alliierten, nach dem Sturz Mussolinis die Struktur des faschistischen Regimes im grossen und ganzen beizubehalten.»¹ Nach der Vereinbarung sollte der italienische König Mussolini verabschieden und verhaften lassen.

Am 24. Juli 1943 berichtete Mussolini vor dem «Grossen Faschistischen Rat» über die Ergebnisse seiner Unterredung mit Hitler. Der «Duce» beharrte darauf, Hitlers Forderungen anzunehmen. Als Antwort darauf wurde eine Resolution über die Abdankung Mussolinis vorgeschlagen und mit Stimmenmehrheit (19 zu 7) angenommen. Am nächsten Tag wurde der faschistische Diktator verhaftet. Churchill beeilte sich, Mussolini, mit dem er in längerem und freundschaftlichem Briefwechsel gestanden hatte, in seinen Memoiren zu würdigen.²

Mussolinis Sturz war ein überaus wichtiges Ereignis im Leben Italiens. Er war nach den Worten eines der Führer der Kommunistischen Partei Italiens, Luigi Longo, eine Folge «der ersten grossen Streiks, die unter der Führung der Kommunisten in den wichtigsten Industriezentren Italiens im Frühjahr 1943 organisiert und durchgeführt wurden»³. Die italienische Arbeiterklasse trat als mächtige politische Kraft auf den Plan.

Die neue Regierung bildete Marschall Badoglio, ein anderer Vertreter des italienischen Faschismus. Gleich nach der Regierungsbildung gab er folgendes Rundschreiben heraus:

«Jede Bewegung ist unerbittlich in ihren Anfängen zu zerschlagen. Die alten vorsintflutlichen Methoden der Sperrketten, der Schallsignale, der Aufforderung, sich zu ergeben, und der Überzeugung sind unbedingt aufzugeben. Die Truppen müssen in Gefechtsordnung vorgehen und das Feuer, auch mit Granatwerfern und Artillerie, ohne Warnung auf Distanz eröffnen, als gingen sie gegen den Feind vor. Es ist nicht in die Luft, sondern wie im Kampf gezielt zu schiessen. Und wenn irgendwo auch nur vereinzelte Gewaltakte gegen die Streitkräfte verübt werden, ist unverzüglich mit der Waffe vorzugehen.»⁴

Um die Volksbewegung einzuschränken, erweckten die italienischen Monopolisten den Anschein, als brächen sie mit dem Faschismus. Doch der Schein der Reformen, der die Amtsausübung Badoglios begleitete, war zu durchsichtig.

Die Verhandlungen, die Hitler noch mit Mussolini begonnen hatte, wurden am

¹ A. Manhattan, a. a. O., S. 122.

² Siehe W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 5/1, Stuttgart-Hamburg 1953, S. 65.

³ Dreissig Jahre Leben und Kampf der Kommunistischen Partei Italiens, a. a. O., S. 427.

⁴Zitiert nach: R. Battaglia, a. a. O., S. 85.

6. August in Treviso bei Venedig fortgesetzt. Von italienischer Seite nahmen der Aussenminister der Badoglio-Regierung, Guariglia, und der Generalstabschef der italienischen Armee, Ambrosio, und von deutscher Seite Ribbentrop und Keitel an den Verhandlungen teil. Doch wie zuvor konnte Deutschland nicht die Hilfe gewähren, auf die bereits Mussolini gehofft hatte und mit der Badoglio noch rechnete.

Badoglio versuchte die Volksbewegung niederzuhalten und den Krieg fortzusetzen. Aber die Krise des italienischen Faschismus und der Befreiungskampf des italienischen Volkes, der sich auf Grund der Siege der Sowjetarmee verstärkt hatte, zwangen die Badoglio-Regierung, mit Deutschland zu brechen.

Am 15. August 1943 begannen in Madrid geheime Verhandlungen zwischen dem italienischen Vertreter, General Castellano, und den Vertretern der USA und Grossbritanniens. Sie wurden in Lissabon fortgesetzt und am 3. September abgeschlossen, als die Vertreter der italienischen Regierung und die Vertreter Eisenhowers, der im Namen der Vereinten Nationen auftrat, den Waffenstillstandsvertrag unterzeichneten.

Dieser Vertrag trug nur formalen Charakter. Er enthielt keine Artikel, die Italien verpflichteten, den Faschismus endgültig zu beseitigen. Auch die Wiedergutmachung der Schäden, die durch die italienische faschistische Aggression in andern Ländern angerichtet worden waren, wurde noch nicht erwähnt. Das Abkommen beendete nur die Kampfhandlungen, regelte die Rückführung der Kriegsgefangenen und verlangte von Italien, seine Kriegsflotte und seine Luftwaffe zu vernichten. Die USA und Grossbritannien erhielten das Recht, die italienischen Luftstützpunkte und Kriegshäfen ungehindert zu benutzen.¹ Das Waffenstillstandsabkommen wurde erst am 8. September veröffentlicht.

Am 3. September landeten anglo-amerikanische Truppen an der süditalienischen Küste, ohne auf Widerstand zu stossen. Liddell Hart schreibt dazu: «Die Landungen erfolgten am 3. September über die Strasse von Messina nach einem fürchterlichen, aber völlig überflüssigen Luftbombardement, da die einzige in der ganzen Gegend stationierte deutsche Division schon einige Tage zuvor nach Norden ausgewichen war.»²

In Norditalien, dem wichtigsten Industriegebiet des Landes, entfaltete sich die italienische Partisanenbewegung, die von den Kommunisten geführt wurde. Die Partisanenbewegung selbst zu unterdrücken, fürchteten die Regierungen der USA und Grossbritanniens, weil sie mit unangenehmen internationalen Folgen

¹ Siehe W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 5/2, S. 78ff.

² B. H. Liddell Hart, Strategie, a. a. O., S. 361.

und mit der Empörung der Volksmassen der eigenen Länder rechneten. Deshalb überliessen sie Hitlerdeutschland den grausamen Terror gegen die norditalienischen Patrioten.

Das zögernde Vorgehen der anglo-amerikanischen Truppen in Italien gab Hitlerdeutschland die Möglichkeit, in Nord- und Mittelitalien eine neue Front zu schaffen. Die anglo-amerikanische Truppenführung forderte die italienischen Partisanen auf, den Widerstand einzustellen und «in Erwartung eines angenehmeren Wetters» nach Hause zu gehen. Die Partisanen setzten jedoch den Kampf um die Befreiung ihrer Heimat fort. «Ohne zu zögern», schreibt Battaglia, «schlossen sich die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen der Partisanenbewegung an, von den unbekanntem Soldaten, die in Santa Maria Capua Vetere das Signal zum Aufstand gaben und dann im Kampf fielen, bis zu den bekannteren Gestalten, die eine deutliche Spur hinterlassen haben. Der sowjetische Major Konow übernahm in Cuneo das Kommando über eine in die Brigade ‚Paolo Braccini‘ übernommene russische Abteilung... Unauslöschlich bleibt die Erinnerung an Fjodor Alexandrow, einen der tapfersten Kämpfer Liguriens.»¹ Selbst nachdem deutsche Fallschirmjäger Mussolini befreit hatten, beschleunigten die alliierten Truppen in Italien ihre Operationen nicht. Mussolini bildete in dem von den deutschen Truppen besetzten Teil Italiens seine «Republik Salo», die nach der Stadt benannt wurde, in der sie ausgerufen worden war. «Die Republik von Salo», schreibt Battaglia, «kann man nicht einmal als das Ergebnis der inneren Situation in Italien unter Anlegung des Massstabes des ersten faschistischen Regimes betrachten. Sie wurde in Deutschland geboren und war in keiner Hinsicht mehr als viele andere von den Hitlerfaschisten in Europa gebildete Marionettenregierungen und unterschied sich durch nichts von ihnen.»²

Am 13. Oktober 1943 erklärte die Regierung Badoglio Deutschland den Krieg. An demselben Tage wurde die Deklaration der UdSSR, der USA und Grossbritanniens veröffentlicht, in der die verbündeten Mächte Italien als Land anerkannten, das an ihrer Seite kämpfte. Die Front verlief südlich von Neapel über die Halbinsel. Die englischen und amerikanischen Truppen gingen an der italienischen Front nur sehr zögernd vor, obwohl ihnen insgesamt nur zehn deutsche Divisionen gegenüberstanden. Der ehemalige Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Italien, Kesselring, schreibt über die militärischen Operatio-

¹ R. Battaglia, a. a. O., S. 325.

² Ebenda, S. 150.

nen der Alliierten: «So günstig die Voraussetzungen für die Alliierten standen, so überraschend gering waren die tatsächlichen Erfolge.»¹

In Süditalien liessen die herrschenden Kreise der USA und Englands alle faschistischen Gesetze vollständig in Kraft. Die «AMGOT», die angloamerikanische Kolonialverwaltung, übernahm die Macht. Sie stützte sich stark auf die Mitarbeit italienischer Faschisten. Die Politik der USA und Grossbritanniens bewies erneut die imperialistischen Ziele beider Staaten, sie zeigte anschaulich, wie gross die Sympathien der herrschenden Kreise der USA und Englands für die faschistische Diktatur waren. Battaglia schreibt, dass «er (Churchill – d. dtsh. Redaktion) ein ‚befriedetes‘ Italien, ein untätiges Italien braucht, weil dies eine Karte ist, die er unbedingt in seinem internationalen Spiel benötigt (einem Spiel, das darauf abzielt, aus unserem Lande das Sprungbrett für eine Aktion auf dem Balkan zu machen)»².

Dennoch darf nicht übersehen werden, welche ausserordentliche internationale Bedeutung die Kapitulation Italiens besass. Die Siege der Sowjetarmee über Hitlerdeutschland lösten Italien aus dem faschistischen Block und zerbrachen die faschistische «Achse». Italien war ein Beispiel für die übrigen mit Deutschland verbündeten Staaten und kündete den nicht abzuwendenden Zerfall des ganzen faschistischen Blocks an.

Die internationale Bedeutung der sowjetischen Siege, die zur Kapitulation Italiens geführt hatten, offenbarten sich auch in dem erfolgreichen Aufstand auf Korsika. Der bewaffnete Aufstand begann am 8. September 1943 auf Befehl des Korsischen Komitees der Nationalen Front, das von Kommunisten geführt wurde. Der Kommunist François Vittorio, ein ehemaliger Kommissar der 14. Internationalen Brigade in Spanien, führte die Aufständischen. Nach erbitterten Kämpfen, die etwa einen Monat lang anhielten, mussten die starken feindlichen Kräfte die Insel räumen. Zahlenmässig und auch in der Bewaffnung waren die faschistischen Truppen auf Korsika den italienisch-deutschen Divisionen gleichzusetzen, gegen die anglo-amerikanische Truppen in Nordafrika sieben Monate gekämpft hatten.³

Die Verwaltung Korsikas übernahm der wiedergewählte Rat der Präfektur; überall wurden Gemeindeverwaltungen gebildet, in denen die Kommunisten ebenfalls führend waren, Korsika war das erste von den faschistischen Eroberern befreite französische Departement.

¹ Bilanz des zweiten Weltkrieges. a. a. O., S. 77.

² R. Battaglia, a. a. O., S. 239.

³ Siehe M. Choury, Tous bandits d'Honneur (Alles Banditen der Ehre), Paris 1956.

DIE TEHERANER KONFERENZ

1

Die sowjetischen Siege des Jahres 1943 hatten die Beendigung des zweiten Weltkrieges greifbar nahe gerückt. Die sowjetische Aussenpolitik erhielt damit die unmittelbare Aufgabe, für eine demokratische Ordnung der Welt nach dem Krieg zu kämpfen. Die wichtigsten Grundsätze waren vom Zentralkomitee der Partei und der Sowjetregierung bereits festgelegt worden. In der Rede zum 26. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution begründete Stalin das sowjetische Friedensprogramm: «Gemeinsam mit unseren Verbündeten müssen wir:

1. die Völker Europas von den faschistischen Okkupanten befreien und ihnen helfen, ihre von den faschistischen Unterdrückern zerstückelten nationalen Staaten wiederherzustellen: die Völker Frankreichs, Belgiens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Polens, Griechenlands und der anderen Staaten, die sich unter dem deutschen Joch befinden, müssen wieder frei und selbständig werden;
2. den befreiten Völkern Europas das volle Recht und die Freiheit einräumen, selbst die Frage ihrer staatlichen Ordnung zu entscheiden;
3. Massnahmen ergreifen, damit alle faschistischen Verbrecher, die an diesem Krieg und an den Leiden der Völker schuld sind, in welchem Lande sie sich auch verbergen mögen, alle von ihnen begangenen Verbrechen mit harter Strafe sühnen;
4. eine Ordnung in Europa aufrichten, die die Möglichkeit einer neuen Aggression von Seiten Deutschlands völlig ausschliesst;
5. eine dauerhafte wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit der Völker Europas herstellen, begründet auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Hilfe, um die von den Deutschen zerstörte Wirtschaft und Kultur wiederaufzubauen.»¹

Die Sowjetunion begann schon 1943 den konsequenten Kampf für diese gerechten Prinzipien der demokratischen Friedensregelung in der Nachkriegszeit.

¹ J. W. Stalin, Über den Grossen Vaterländischen Krieg, Berlin 1956, S. 142 f.

Die herrschenden britischen und amerikanischen Kreise enthüllten ihre imperialistischen Pläne immer mehr. Durch den wachsenden Befreiungskampf der Völker beunruhigt, verstärkten sie den Angriff auf die patriotische Bewegung in den von Deutschland besetzten Ländern. Während sie die zweite Front weiterhin hinauszögerten, verstärkten sie ihre Intrigen auf dem Balkan.

Die amerikanischen Monopole unterhielten während des ganzen Krieges enge Beziehungen zu den deutschen Monopolen. Die Liste der amerikanischen Firmen, die Hitlerdeutschland während des zweiten Weltkrieges unterstützten, enthält 239 der grössten Trusts der Vereinigten Staaten von Amerika.¹

Im September 1943 unterzeichneten die Regierungen der USA und Grossbritanniens einen Geheimvertrag über die Kapitulationsbedingungen der faschistischen ungarischen Regierung. Sie bemühten sich, das reaktionäre Regime in diesem Lande aufrechtzuerhalten und es den Interessen der Westmächte unterzuordnen. Der Vertrag sollte nach der Landung der anglo-amerikanischen Truppen auf dem Balkan in Kraft treten.²

Churchill beriet im Herbst 1943 mit dem Labourführer Bevin und dem damaligen Premier der Südafrikanischen Union, Smuts, um mit ihnen die Bildung eines antisowjetischen Westblocks zu erörtern. Am 25. November 1943 hielt Smuts auf einer Geheimsitzung des englischen Parlaments eine Rede, in der er forderte, einen derartigen Block zu schaffen. Die Verhandlungen wurden danach auf die Emigrantenregierungen Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs und Frankreichs ausgedehnt.

Auf den Konferenzen der Vertreter der USA und Grossbritanniens wurden die antisowjetischen und antidemokratischen Pläne ausgearbeitet. Die Öffentlichkeit erfuhr nie die wirkliche Tagesordnung, ihr wurde mitgeteilt, die Schaffung der zweiten Front sei beraten worden. Nach der Beratung in Quebec schrieb zum Beispiel die «Times», die in Quebec gefassten Beschlüsse würden die Möglichkeit bieten, vor allem die Strategie der Vernichtung Hitlers verstärkt fortzusetzen und daneben ausreichende Kräfte für grosse militärische Operationen im Fernen Osten bereitzustellen.³

Zwischen den führenden Vertretern der USA und Grossbritanniens kam es auch zu scharfen Auseinandersetzungen. Darüber schrieb Eisenhower in seinem Tagebuch: «Das Ringen darum, bei allen, die es angeht, zu einer gemeinsamen

¹ Siehe H. W. Ambuster, *Treasons Peace* (Der Frieden des Verrats), New York 1947.

² Siehe Montgomery, *Hungary the Unwilling Satellite* (Ungarn, der widerspenstige Satellit), New York 1947.

³ Siehe «The Times» vom 28. August 1943.

Auffassung über die strategischen Ziele des Krieges zu gelangen, ermüdet mich. Jeder ist zu sehr mit Kleinigkeiten beschäftigt, die nur ihn allein berühren.»¹ De Gaulle äusserte sich über die Engländer: «Wenn man nicht selbst die Erfahrung gemacht hat, kann man sich nicht vorstellen, welche Kraftanstrengung, welche Vielfalt der Methoden, welche abwechselnd freundliche, heftige oder drohende Beharrlichkeit die Engländer zu entwickeln vermochten, um ihr Ziel zu erreichen...

Wenn auch bei hochgestellten Engländern die Schauspielkunst ihre unterschiedlichen Grade aufweist, spielte doch jeder von ihnen seine Rolle als erstklassiger Künstler.

Dann wurden die Beziehungen wie vordem wieder angeknüpft, wobei jedoch die Dinge im Grunde unbestimmt blieben, denn für Grossbritannien hat es niemals eine Sache gegeben, die endgültig beschlossen wäre.»²

Die britische und amerikanische Öffentlichkeit nahm die Quebecer Beschlüsse zurückhaltend auf. Weit war die Meinung verbreitet, dass die Konferenzen nutzlos bleiben würden, solange «der sowjetische Sessel» leer bliebe.

Die Tatsache, dass die Teilnehmer der englisch-sowjetisch-amerikanischen antifaschistischen Koalition jahrelang die Fragen der Kriegführung nicht gemeinsam erörterten, war auch völlig anormal. Für diesen Zustand waren die Regierungen der USA und Grossbritanniens verantwortlich. Die Sowjetregierung hatte stets erklärt, alle mit dem Krieg verbundenen Fragen gemeinsam erörtern zu wollen, und darüber hinaus auch praktische Schritte dazu unternommen.

Die britische und amerikanische Regierung beteuerten zwar immer wieder, dass ihrerseits keine Hindernisse für eine gemeinsame Beratung bestünden, und schlugen auch gemeinsame Konferenzen vor, dachten jedoch nie daran, ihre Vorschläge zu verwirklichen.

Am 16. Dezember 1941 schlug zum Beispiel der USA-Präsident vor, zum 17. Dezember eine Konferenz der Vertreter Chinas, der UdSSR, Grossbritanniens, der Niederlande und der USA nach Tschungking einzuberufen und die Ergebnisse der Konferenz den Regierungen schon bis zum 20. Dezember vorzulegen. Die Sowjetregierung antwortete darauf, dass es unmöglich sei, die Konferenz von einem Tag auf den anderen einzuberufen. Sie bat auch, ihr die USA-Vorschläge über die Ziele einer derartigen Konferenz mitzuteilen.³ Das sowjetische Schreiben blieb unbeantwortet.

¹ Zitiert nach: M. Matloff und E. Snell, a. a. O., S. 156.

² Ch. de Gaulle, *Mémoires de guerre. L'Appel* (Kriegserinnerungen. Der Appell), a. a. O., S. 139ff.

³ Siehe Briefwechsel, Bd. 2, a. a. O., S. 15 f.

Später planten die Regierungen der USA und Grossbritanniens eine Konferenz der Staatsoberhäupter der drei Länder – der UdSSR, der USA und Grossbritanniens –, obwohl vor einer solchen Konferenz erst eine Reihe praktischer Fragen zwischen den Ministern und Militärs hätte erörtert werden müssen. Als Konferenzort wurden mehrere Orte genannt, die ihrer grossen Entfernung wegen für die UdSSR von vornherein unannehmbar waren: Fairbanks (Alaska), Kairo, Chartum, Asmara (Eritrea), Bagdad und Ankara. Sogar Churchill erklärte in dem Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR vom 18. Juni 1943, dass die Sowjetregierung richtig gehandelt habe, als sie ähnliche Einladungen ablehnte. Erschlug aber als Konferenzort den britischen Flottenstützpunkt Scapa Flow vor.¹

Die Erfolge der Sowjetarmee zwangen die Regierungen der USA und Grossbritanniens, die wichtigsten internationalen Probleme gemeinsam mit der Sowjetregierung zu behandeln. Im zweiten Halbjahr 1943 fanden Konferenzen der Vertreter der UdSSR, der USA und Englands statt. Sie bestätigten, dass Staaten zweier verschiedener sozialer Systeme gut zusammenarbeiten konnten, um Fragen der Kriegführung und der Friedensregelung zu lösen.

In Moskau tagten vom 19. bis zum 30. Oktober 1943 die Aussenminister der UdSSR, der USA und Grossbritanniens. Sie berieten vor allem über die militärische Zusammenarbeit der drei Grossmächte. Die Sowjetunion bestand darauf, den Krieg gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten möglichst schnell zu beenden. Die Vertreter der beiden Verbündeten konnten keine Argumente gegen die sowjetischen Vorschläge anführen. In dem Bericht über die Konferenz hiess es: «In erster Linie wurden Massnahmen *zur Verkürzung des Krieges* gegen Deutschland und Deutschlands Vasallen in Europa offen und gründlich erörtert.»²

Der Beschluss der Konferenz über die Notwendigkeit einer sehr engen militärischen Zusammenarbeit der drei Grossmächte zum möglichst schnellen Abschluss des Krieges eröffnete neue Möglichkeiten für die internationale Zusammenarbeit und erleichterte den Kampf der sowjetischen Diplomatie für die zweite Front in Europa.

Die Konferenzteilnehmer betonten, wie notwendig es sei, auch nach dem Krieg zusammenzuarbeiten. In dem gemeinsamen Bericht erklärten sie dazu, dass es «für die Interessen ihrer eigenen Länder und aller friedliebenden Personen wesentlich ist, die gegenwärtige *enge Zusammenarbeit in der Kriegführung auch in der Zeit nach Beendigung der Feindseligkeiten fortzusetzen*, und dass nur auf

¹ Siehe ebenda, Bd. 1, S. 134.

² Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, a.a.O., S. 31.

diese Weise der Friede aufrechterhalten und das politische, wirtschaftliche und soziale Wohlergehen ihrer Völker voll gefördert werden können»¹.

Eine der wichtigsten Fragen der Zusammenarbeit in den Kriegsjahren wurde noch am Eröffnungstag der Konferenz gelöst. Am 19. Oktober 1943 wurde in London der dritte Vertrag über die Lieferungen an die Sowjetunion unterzeichnet. In den Verhandlungen, die dem Abschluss des Vertrages vorausgegangen waren, hatte die Sowjetregierung ihre Verbündeten darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Lieferungen an die UdSSR 1943 im Vergleich zu 1942 erheblich verringert hätten, was den gesteigerten Angriffsoperationen der Sowjetarmee durchaus nicht entspreche. Der neue Vertrag sah vor, die Lieferungen beträchtlich zu erhöhen.

Während der Moskauer Aussenministerkonferenz wurden vor allem osteuropäische Fragen beraten. Auf Churchills Anweisung versuchte der britische Aussenminister Eden, die UdSSR und die USA für eine englische Invasion in Südosteuropa, an der die Türkei teilnehmen sollte, zu gewinnen. Von sowjetischer Seite wurde dazu erklärt, dass die britischen Bemühungen, in Südosteuropa zu landen, keineswegs von militärischen Gründen bestimmt würden, sondern Ziele verfolgten, die nichts mit den wirklichen Wünschen und Interessen der Völker gemein hätten. Die Sowjetunion verlangte energisch die zweite Front in Europa. Die britischen und amerikanischen Vertreter versuchten, die Sowjetregierung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der ihr feindlich gesinnten polnischen Emigrantenregierung zu bewegen. Dabei liessen sie sich nicht davon leiten, die sowjetisch-polnischen Beziehungen zu verbessern, sondern bemühten sich, in dem befreiten Polen die Macht der Londoner Emigrantenkreise zu errichten. Diese Vorschläge konnte die Sowjetregierung nicht unterstützen, sie blieben ergebnislos.

Ausserdem schlugen die Vertreter der USA und Grossbritanniens trotz der ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen den herrschenden Kreisen beider Länder vor, eine Donauföderation zu schaffen, in der die Länder Osteuropas um Österreich unter dessen Führung zusammengeschlossen werden sollten. Die Westmächte planten also, das alte Österreich-Ungarn, die «Flickemonarchie», neu erstehen zu lassen. Die eigentlichen Väter dieses Planes waren die amerikanischen Monopolisten und der mit ihnen eng verbundene Vatikan.

Sie hatten schon im Sommer 1942 begonnen, Pläne für die Restaurierung der Habsburger Monarchie und für die Schaffung eines katholischen Staates im

¹ Ebenda, S. 32.

Herzen Europas auszuarbeiten. Der Plan sah vor, Österreich, Ungarn, Bayern, die Tschechoslowakei und Jugoslawien in diesen Staat einzugliedern. Er sollte die Hauptwaffe der Europapolitik der amerikanischen Imperialisten werden, die engen Kontakt mit dem Vatikan hatten. Der britische Historiker Montgomery schreibt, dass Roosevelt die Zerschlagung der österreich-ungarischen Monarchie für einen der größten Fehler hielt, der nach dem ersten Weltkrieg begangen wurde. Er habe geplant, eine Donauföderation zu schaffen, um das ganze Donaubecken zusammenzuschliessen, sei dabei nicht an der Wiederherstellung der Macht der Habsburger interessiert gewesen, doch hätte er sich dieser Lösung zweifellos nicht widersetzt, wenn das die Rekonstruktion erleichterte.¹

Die USA-Regierung förderte die Habsburger mit allen Mitteln. 1940 hatte Roosevelt demonstrativ den Thronanwärter Österreich-Ungarns, Otto von Habsburg, im Weissen Haus empfangen. Seit dieser Zeit stand das USA-Kriegsministerium mit ihm in Verbindung. In seinem Auftrag begann Otto von Habsburg im November 1942 eine «österreichische Legion» zu formieren, die in Südosteuropa eingesetzt werden sollte. Doch dieser Gedanke wurde fallengelassen. Die USA-Regierung arbeitete dennoch weiterhin offiziell mit den Habsburgern und anderen österreichisch-ungarischen Monarchisten zusammen. Der Vatikan unterstützte die Pläne, die Habsburger Monarchie wiederherzustellen. Im Auftrag der USA-Regierung verhandelte Spellman, der New Yorker Erzbischof, mit Papst Pius XII., als er im Februar 1943 in Rom zu Besuch weilte.

Die USA-Regierung besass noch einen anderen Plan für die Zukunft Österreichs. Er sah vor, Österreich nicht von Deutschland zu trennen, wie Allan Dulles im Gespräch mit Hohenlohe erklärte. Beide Pläne sollten in Europa eine Kraft schaffen, die für eine Aggression der amerikanischen Monopolisten ausgenutzt werden konnte. Der neue österreich-ungarische Staat war als Waffe der schwarzen Reaktion gegen die UdSSR geplant, als imperialistisches Bollwerk gegen die Demokratie in Europa, als Zentrum für die Ausbreitung des Katholizismus in Mittel- und Südosteuropa.

Die Sowjetregierung, die auf der Moskauer Konferenz ihre Meinung den westlichen Plänen entgegengestellt hatte, vertrat die Interessen der Völker, den Frieden in Europa zu sichern. Die sowjetischen Vertreter wiesen darauf hin, dass die Wahl dieser oder jener Staatsordnung Sache der Völker selbst sei und dass keine Beschlüsse ohne sie gefasst werden können. Es wäre äusserst gefährlich und ungerecht, «Föderationen» durch fremde Einmischung und durch äusseren Druck künstlich zu schaffen. Die Sowjetunion schlug einen Beschluss über Ös-

¹ Siehe Montgomery, a. a. O., S. 115.

terreich vor und erreichte, dass die Konferenzteilnehmer ihn annähmen.

In dem Beschluss erklärten die drei Regierungen, ein freies und unabhängiges Österreich unterstützen zu wollen, um so dem österreichischen Volk und auch seinen Nachbarstaaten die Möglichkeit zu geben, die politische und ökonomische Sicherheit, die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden, zu finden.¹

Der Beschluss gab die Grundlage, nach dem Krieg ein neues Österreich zu schaffen und seine gewaltsame Angliederung an Deutschland, die von den imperialistischen Mächten anerkannt worden war, aufzuheben. Die Sowjetunion vertrat nach dem Krieg die Grundsätze des Beschlusses und setzte den Kampf für die nationalen Rechte des österreichischen Volkes gegen die anglo-amerikanischen und westdeutschen Pläne eines neuen Anschlusses fort.

Die amerikanische Delegation berührte auf der Moskauer Konferenz auch die Kolonialfrage. Die herrschenden Kreise der USA wollten als Be^ Schützer der Kolonialvölker auftreten, um die Macht und den Einfluss der englischen und französischen Imperialisten zu brechen und ihre eigene Kolonialherrschaft zu erweitern. Die USA schlugen vor, auf der Konferenz zu beschliessen, die Unabhängigkeit aller Völker, die danach streben, zu garantieren. Die sowjetische Delegation unterstützte den Vorschlag, weil die Kolonialvölker solch einen Beschluss im Kampf gegen die ausländische Unterdrückung ausnutzen konnten. Die britischen Vertreter wandten sich gegen die Behandlung der Kolonialfrage, und deshalb wurde sie auf der Konferenz auch nicht erörtert.

Die drei Aussenminister berieten ausserdem über die allgemeine Sicherheit in der Nachkriegszeit und über die internationale Organisation, die diese Aufgabe lösen sollte. Einen Monat nach der Moskauer Konferenz nahm der USA-Kongress eine Resolution an, in der er sich für eine internationale Organisation aussprach, die einen gerechten und dauerhaften Frieden unter allen Nationen herstellen und aufrechterhalten sollte. Doch während die USA schon planten, die führende Rolle in dieser internationalen Organisation an sich zu reissen, war die britische Regierung nicht bereit, die Positionen abzugeben, die sie im Völkerbund einnahm. Churchill schrieb an Eden in der Instruktion für die Moskauer Verhandlungen: «Wir sind entschiedene Befürworter eines Völkerbundsystems.»²

Die Teilnehmer der Moskauer Konferenz waren mit Churchill nicht einver-

¹ Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 417.

² W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 5/1, S. 326.

standen und arbeiteten eine «Erklärung über die allgemeine Sicherheit» aus, die ausser den Vertretern der UdSSR, der USA und Englands auch der chinesische Vertreter unterzeichnete. In der Erklärung wurde festgestellt: «Dass sie (die Regierungen der Teilnehmerstaaten – d. dt. Redaktion) die Notwendigkeit anerkennen, sobald es irgendwie möglich ist, eine *allgemeine internationale Organisation* zu errichten – begründet auf der gleichen Souveränität aller friedliebenden Staaten –. .zwecks Aufrechterhaltung internationalen Friedens und internationaler Sicherheit.»¹ Die historisch ausserordentlich wichtige Erklärung legte bereits die wichtigsten Grundsätze für die internationale Zusammenarbeit der souveränen Staaten fest, die den Frieden und die Sicherheit erhalten wollten. Die Regierungen der vier Mächte verkündeten feierlich, dass sie «miteinander und mit anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen beraten und zusammenarbeiten werden, um ein praktisch durchführbares allgemeines Abkommen betreffend die *Regelung von Rüstungen* in der Nachkriegszeit zu erzielen»².

Im Punkt 6 der Erklärung der vier Staaten heisst es zur allgemeinen Sicherheit, dass die betreffenden Regierungen «nach Einstellung der Feindseligkeiten ihre militärischen Streitkräfte nicht innerhalb der Gebiete anderer Staaten verwenden werden, ausser – nach Rücksprache miteinander – für die in dieser Erklärung ins Auge gefassten Ziele»³.

Die USA und Grossbritannien haben die Erklärung bekanntlich grob verletzt. Sie errichteten auf dem Territorium anderer Staaten Militärstützpunkte und stationierten in vielen Ländern ihre Streitkräfte. Die stärkste Verletzung dieser Verpflichtung war jedoch die amerikanische Aggression gegen das friedliebende koreanische Volk, an der auch Grossbritannien teilnahm.

Die italienische Kapitulation bewies, dass der deutsche Faschismus verspielt hatte und dass die von ihm geschaffene «Neuordnung» dem Untergang geweiht war. Die antidemokratische Politik der herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens in dem von ihren Truppen besetzten Teil Italiens beeinträchtigte jedoch die ganze Arbeit der antifaschistischen Koalition. Sie zeugte von dem Streben dieser Kreise, eigene Ziele zu verfolgen. Um dieser Politik entgegenwirken zu können, schlug die Sowjetregierung vor, ein Organ der drei Mächte zu bilden, das die Anstrengungen der drei Länder vereinen sollte. Auf der Moskauer Konferenz wurde festgelegt, in

¹ Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, a. a. O., S. 34.

² Ebenda.

³ Ebenda.

London einen «Beirat für europäische Fragen» für das Studium europäischer Fragen und für die Ausarbeitung gemeinsamer Empfehlungen zu schaffen. Ein ähnlicher Beirat trat auch für Italienfragen zusammen; zu ihm gehörten Vertreter der UdSSR, der USA, Grossbritanniens, des Französischen Komitees für nationale Befreiung, Griechenlands und Jugoslawiens. Er hatte Empfehlungen zur Italienfrage auszuarbeiten.

Nach eingehender Diskussion wurde der Beschluss über Italien auf der Konferenz angenommen. Obwohl er einige Kompromisse enthielt, war er doch ein wichtiger Sieg der demokratischen Kräfte. Der Beschluss enthielt ein System von Massnahmen, die Italien demokratisieren und alle Reste und das ganze Erbe des italienischen Faschismus beseitigen sollten.

Über die Bedeutung der Deklaration schreibt Battaglia Folgendes: «Es ist ein Dokument, das das Verdienst hat, Klarheit in die delikatesten und kompliziertesten Fragen unserer Situation zu bringen. Es ist vor allem die feierliche Anerkennung des Kampfes, den der aktivste Teil des italienischen Volkes für den Frieden und gegen den Faschismus geführt hat... Hinfällig geworden ist die These von einem Volk, das, solange es ihm gut ging, unter dem faschistischen Knüttel untätig und begeistert dem Abenteuer des Regimes zusah. Hinfällig geworden ist auch die andere ebenso erlogene, aber spitzfindigere These, der Widerstandskampf gegen den Faschismus sei nur von wenigen bewussten und aufgeklärten Menschen geführt worden. Stattdessen spricht man – und völlig zu Recht – von dem Widerstand ganzer Bevölkerungsschichten, und wenn auch die diplomatische Vorsicht nicht mehr gestattete, ist es doch leicht, diese vor allem der Arbeiterklasse gleichzusetzen. Aus dieser Anerkennung ergibt sich auch unzweideutig das Recht dieses fortschrittlichsten Teiles des Volkes, an der Regierung und an der Führung des Kampfes heute und in der Zukunft teilzunehmen.»¹

Nach dem Beschluss hatte auch die AMGOT in Italien ihre Arbeit einzustellen. Er bewahrte das französische Volk vor diesem Kolonialsystem nach der Invasion. Am 11. Februar 1944 wurde in Süditalien die Macht der italienischen Regierung wiederhergestellt.

Unter dem Einfluss der Sowjetunion wurde eine «Erklärung über deutsche Greuelthaten» angenommen. Darin wurde festgelegt, dass die Kriegsverbrecher von einem strengen Gericht der Völker zu bestrafen sind, an denen sie ihre Gewalttaten verübten. Die Verbündeten beschlossen, die Hauptkriegsverbrecher auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der alliierten Mächte zu bestrafen. Die Erklärung schuf die Voraussetzungen, dass kein Kriegsverbrecher dem ge-

¹ R. Battaglia, a. a. O., S. 162.

rechten Urteil entgehen konnte, «denn die drei alliierten Mächte werden sie mit aller Gewissheit bis in die entferntesten Schluflwinkcl der Erde verfolgen und ihren Anklägern ausliefern, damit Gerechtigkeit ihren Lauf nehme»¹.

Dieser Beschluss war ein schwerer Schlag gegen die deutschen Kriegsverbrecher und die Kreise, die ihre Verbrechen verniedlichten oder gar leugneten.

Die Moskauer Aussenministerkonferenz war ein Meilenstein in der Geschichte der antifaschistischen Koalition. Sie bestätigte anschaulich, dass die internationale Zusammenarbeit nicht nur möglich, sondern auch entscheidend ist. Die Beschlüsse der Konferenz trugen zum Kampf der fortschrittlichen Kräfte für die demokratische Ordnung der Nachkriegswelt bei. Sie festigten die englisch-sowjetisch-amerikanische Koalition und trafen ihre Feinde vernichtend. «Die Konferenz», schrieb die «Prawda», «erfüllte ihre Aufgabe für den weiteren Zusammenschluss der Kräfte der Verbündeten im Interesse aller friedliebenden Völker.»²

2

Die Moskauer Konferenz bereitete das erste Treffen der Führer der drei Mächte vor, das in Teheran stattfand und die antifaschistische Koalition entscheidend stärkte. Die glänzenden Siege der Sowjetarmee, die Erfolge der sowjetischen Aussenpolitik in ihrem Kampf für die Stärkung der Koalition und für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit und der Wunsch der Volksmassen der USA und Grossbritanniens hatten die Regierungschefs nach Teheran geführt.

Auf dem Weg zur Konferenz berieten Churchill, Roosevelt und ihre Begleiter vom 22. bis zum 26. November 1943 in Kairo. Mit dieser Separatkonferenz versuchten die Westmächte, die zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, um auf der Konferenz in Teheran eine einheitliche Meinung zur zweiten Front vertreten zu können. Dieser Versuch blieb erfolglos. Die USA-Regierung lehnte Churchills «Balkanstrategie» immer entschiedener ab. Sie fürchtete, mit der Invasion in Westeuropa zu spät zu kommen. Präsident Roosevelt sagte in diesen Tagen zu seinem Sohn, dass es notwendig sei, die Invasion «vom Westen her in Europa vorzunehmen. Doch wenn Russland auch weiterhin so vorankommt wie jetzt, dann ist es möglich, dass sich im nächsten Frühjahr die zweite Front erübrigt»³.

¹ Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, a. a. O., S. 36.

² «Prawda» vom 2. November 1943.

³ E. Roosevelt, a. a. O., S. 161 (russ.).

Tschiang Kai-schek wurde nach Kairo gerufen, um mit ihm fernöstliche Probleme beraten zu können. Die USA verpflichteten sich, ihm auch weiterhin Waffen zu liefern und Anleihen zu gewähren.

Dabei trat ganz krass hervor, dass die USA und Grossbritannien weitaus stärker an Tschiang Kai-scheks Operationen gegen die von der Volksarmee befreiten chinesischen Gebiete interessiert waren als an den Kämpfen gegen Japan. Die britische und amerikanische Regierung bemühten sich, die Absichten und Pläne des chinesischen Diktators festzustellen und sich seiner Entschlossenheit zu vergewissern, alle Kräfte für den Bürgerkrieg einzusetzen.

Wegen der militärischen Operationen auf dem Kriegsschauplatz im Stillen Ozean traten die Widersprüche zwischen den USA und Grossbritannien erneut zutage. Die britische Regierung war durch das immer stärkere Auftreten des amerikanischen Imperialismus in Südostasien beunruhigt und versuchte, das Vordringen amerikanischer Truppen durch Nordbirma zu verhindern. Churchill forderte, Landungstruppen zu bilden, und hoffte, mit der amerikanischen Flotte die britischen Kolonialbesitzungen in Südostasien zurückerobern zu können. Der englische Oberbefehlshaber Mountbatten verlangte in einem Gespräch mit Roosevelt, die amerikanischen Lieferungen an die englischen Streitkräfte wesentlich zu erhöhen.

Der Streit endete damit, dass England den von den USA vorgeschlagenen Plan der militärischen Operationen in Nordbirma annahm. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, den amerikanischen Einfluss auf die englischen Besitzungen in Südostasien auszudehnen.

In Kairo wurde eine gemeinsame Erklärung der USA, Grossbritanniens und Chinas unterzeichnet und am 1. Dezember 1943 veröffentlicht. Sie hob hervor, dass das Ziel der drei Mächte darin bestehe, «Japan alle Inseln im Pazifik zu entreissen, die es seit Beginn des ersten Weltkrieges 1914 in Besitz genommen oder besetzt hat, und der chinesischen Republik alle Gebiete, die Japan den Chinesen gestohlen hat, wie die Mandschurei, Formosa und die Pescadore (Penghu-Inseln – d. dtsh. Red.) zurückzugeben. Japan wird auch aus allen anderen Gebieten vertrieben werden, die es gewaltsam und habgierig in Besitz genommen hat.»¹ Die Kairoer Konferenz beschloss also vor allem, Japan die Inseln abzunehmen, die es im ersten Weltkrieg erobert hatte – die Marianen, die Marshall-Inseln und die Karolinen-, die jetzt die USA an sich reißen wollten. Wichtig war ausserdem, dass die Mandschurei, Formosa (Taiwan) und die Penghu-Inseln als untrennbare Bestandteile Chinas anerkannt wurden. Die Er-

¹ Kriegsdokumente, a. a. O., S. 29.

klärung sah, gleichfalls vor, Korea nach absehbarer Zeit die Freiheit und Unabhängigkeit zu geben. Die drei Mächte verpflichteten sich, weiterhin wirkungsvolle Operationen durchzuführen, um die bedingungslose Kapitulation Japans zu erreichen. In diesem Punkt entsprach die Erklärung nicht der wirklichen Lage auf dem Kriegsschauplatz im Stillen Ozean, weil die militärischen Operationen der USA, Grossbritanniens und Chinas bisher nur begrenzten Charakter getragen hatten.

Die Kairoer Erklärung formulierte die Kriegsziele als Ziele eines gerechten Krieges, wobei die eigentlichen Pläne der herrschenden Kreise der USA und Grossbritanniens, vor allem die Absichten der amerikanischen Imperialisten, die volksfeindliche Diktatur Tschiang Kai-scheks zu festigen, im Hintergrund blieben. Die amerikanischen Monopole wollten die von den japanischen Okkupanten befreiten Gebiete als Bereiche für ihre Kapitalanlagen und als Militärstützpunkte ausnutzen. Angesichts des gerechten antifaschistischen Krieges, dessen Charakter vor allem durch die Teilnahme der Sowjetunion bestimmt wurde, konnte der amerikanische Imperialismus seine Expansionspläne natürlich nicht offen darlegen.

Vom 28. November bis zum 1. Dezember 1943 fand die Teheraner Konferenz statt, an der Stalin, Churchill und Roosevelt teilnahmen. Im Mittelpunkt der Konferenz standen militärische Fragen. Die englische Delegation schlug wieder vor, unterstützt von der Türkei, in Südosteuropa zu landen. Die sowjetische Delegation wies nach, dass dieser Plan nichts mit der Aufgabe gemein habe, Hitlerdeutschland schnell zu zerschlagen, sondern völlig andere Ziele verfolge. Eine Invasion im Balkanraum wäre 1941 möglich und angebracht gewesen. England hätte von seinen Mittelmeerstützpunkten – Malta, Zypern und andere – in Südosteuropa Truppen landen können, über die es im Nahen Osten zweifellos verfügte. Der Charakter des Kriegsschauplatzes selbst hätte es den gelandeten Truppen erleichtert, ihre Positionen gegen die deutschen Armeen zu behaupten. Gerade deshalb hatte Stalin 1941 Churchill auf diese Möglichkeit hingewiesen.¹

1943 war allerdings eine Landung amerikanischer und englischer Truppen auf dem Balkan, nachdem Deutschland an der sowjetisch-deutschen Front schwere Niederlagen erlitten hatte, vom militärischen Standpunkt aus sinnlos. Sie hätte nicht dazu beigetragen, Deutschland schnell zu zerschlagen, weil hier nicht seine Hauptkräfte standen und die Front zu weit von Deutschland entfernt gewesen wäre, es also selbst nicht bedroht hätte. Darüber hinaus hätten die Be-

¹ Siehe Briefwechsel, Bd. 1, a. a. O., S. 19.

sonderheiten des Kriegsschauplatzes den gelandeten Truppen erhebliche Schwierigkeiten bereitet, den deutschen Widerstand zu brechen.

Die Argumente gegen die Schaffung der zweiten Front in Südosteuropa waren sehr stichhaltig. Die Pläne, in den Balkan einzufallen, wurden verworfen. Die Konferenzteilnehmer beschlossen dagegen, die zweite Front in Westeuropa bis zum 1. Mai 1944 zu schaffen. Die Sowjetunion erklärte sich bereit, die Errichtung der zweiten Front durch eine grosse Offensive zu unterstützen, um Truppenverschiebungen vom Osten nach dem Westen zu verhindern. Weiterhin wurde festgelegt, dass die Oberkommandos der drei Mächte wegen der bevorstehenden Operationen in Europa miteinander engen Kontakt halten sollten.¹

Zu Beginn der Teheraner Konferenz schlug der USA-Präsident der Sowjetregierung vor, die Teilnahme der UdSSR am Krieg gegen Japan nach dem Sieg über Deutschland zu prüfen. In seinen Vorschlägen sprach er jedoch auch davon, amerikanische Angriffsoperationen gegen die Kurilen zu organisieren. Die Sowjetregierung wies die USA-Ansprüche auf die Kurilen entschieden zurück, hielt es aber für möglich, sechs Monate nach Abschluss des Krieges in Europa in den Krieg gegen Japan einzutreten. Churchill bemerkte in seinen Memoiren, dass dieses Versprechen der UdSSR eine «epochemachende Erklärung»² gewesen sei.

Die Ablehnung der «Balkanstrategie» durch die Teilnehmer der Teheraner Konferenz traf die aggressiven Kräfte des englischen Imperialismus. Das Abkommen der USA und Grossbritanniens mit der faschistischen ungarischen Regierung wurde damit bedeutungslos.

Die britische und amerikanische Regierung legten, jede in ihrem eigenen Interesse, auf der Teheraner Konferenz ihre Pläne für die Aufteilung Deutschlands vor. Sie rechneten damit, dass die isolierten Teile Deutschlands völlig von ihnen abhängig sein würden.

Präsident Roosevelt schlug vor, fünf selbständige Staaten zu schaffen: Preussen (ein verkleinertes Preussen); Hannover und den Nordwesten zu einem Staat vereinigt; Sachsen mit dem Raum Leipzig; Hessen mit Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel und den Raum südlich des Rheins und schliesslich Bayern, Baden und Württemberg. Der Nord-Ostseekanal, Kiel und Hamburg sowie das Ruhr- und das Saargebiet sollten der Kontrolle der Vereinten Nationen unterstellt werden.³

¹ Siehe W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 5/2, S. 73.

² Ebenda. S. 69.

³ R. E. Sherwood, a. a. O., S. 797. Zu den imperialistischen Teilungsplänen siehe auch: K. Bittel, Die Feinde der deutschen Nation, Berlin 1953 u. J. Peck, a. a. O.

Roosevelts Plan lief darauf hinaus, den amerikanischen Monopolen die Möglichkeit einzuräumen, sich endlich die schon seit Langem mit ihnen verbundenen deutschen Monopole unterzuordnen.

Die britische Delegation schlug vor, Deutschland in drei Teile zu spalten: Preussen, Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Pfalz, Sachsen und Baden) und das Ruhrgebiet. Churchill hielt es für möglich, Preussen als Nationalstaat zu erhalten. Er schlug vor, Süddeutschland der Donauföderation anzugliedern. Das Ruhrgebiet hofften die herrschenden Kreise Grossbritanniens allein kontrollieren zu können.¹ Gestützt auf dessen industrielle Macht, wollten sie die führende Stellung auf dem europäischen Kontinent einnehmen.

Die Sowjetunion wies die Teilungsvorschläge entschieden zurück, trat also für die nationalen Rechte des deutschen Volkes ein. Der amerikanische Historiker Sherwood schreibt in seinem Buch über Hopkins: „... er (Stalin- d. dtsh. Red.) sah wenig Unterschiede zwischen der Bevölkerung der verschiedenen Teile Deutschlands... Er sagte, dass es immer einen starken Drang zur Vereinigung geben würde.“²

In Teheran wurden Vorbesprechungen über die zukünftigen polnischen Grenzen geführt. Die Sowjetregierung beharrte auf einer gerechten Grenzziehung, die auf historischen Erfahrungen beruhte und das Siedlungsgebiet der polnischen Nation berücksichtigte. Sie unterstrich, dass die polnischen Grenzen, die bisher oft Anlass zu Konflikten und Kriegen waren, in Zukunft dazu beitragen müssten, Frieden und Sicherheit zu erhalten. Die sowjetische Delegation verteidigte die Interessen des polnischen Volkes und bestand darauf, ihm seine rechtmässigen Gebiete im Westen zurückzugeben, die Westgrenze also entlang der Oder und Neisse zu ziehen.

Die drei Mächte erklärten zum Abschluss der Konferenz: «Wir sind uns der hohen Verantwortung voll bewusst, die auf uns und allen Vereinten Nationen beruht, einen Frieden zu schliessen, der den überwältigenden Massen der Völker Bereitwilligkeit abnötigen und die Geissel und den Schrecken des Krieges für viele Generationen bannen wird.»³

Die Konferenzteilnehmer nahmen ausserdem einen Beschluss über den Iran an. Sie erkannten die Hilfe an, die der Iran der Anti-Hitler-Koalition vor allem für den Transport der Güter in die Sowjetunion leistete. Die Führer der drei Mächte vereinbarten, der iranischen Regierung noch während des Krieges und auch in der Nachkriegszeit eine Wirtschaftshilfe zu gewähren, und erklärten, die volle

¹ Siehe W. S. Churchill, a. a. O., S. 95 f.

² R. E. Sherwood, a. a. O., S. 798.

³ Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, a. a. O., S. 41.

Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit des Irans wahren zu wollen.

Die Teheraner Konferenz war ein ausserordentliches internationales Ereignis. Zum erstenmal waren die Führer der drei Grossmächte zusammengetroffen, hatten damit die Haltlosigkeit der Politik der separaten Konferenzen, die von den Regierungen der USA und Grossbritanniens betrieben worden war, eindeutig bewiesen und darüber hinaus gezeigt, wieviel einfacher und erfolgreicher die gemeinsame Lösung internationaler Probleme ist.

Auf dem Rückweg berieten Churchill und Roosevelt noch einmal in Kairo. Sie erörterten die Ergebnisse der Teheraner Konferenz und beschlossen, die zweite Front wie zuvor zu behandeln, nämlich sich nicht von ihren Verpflichtungen leiten zu lassen, sondern nach den Umständen zu handeln. Auf Churchills Initiative, der seine «Balkanstrategie» immer noch nicht aufgegeben hatte, fand vom 4. bis 6. Dezember 1943 in Kairo eine Konferenz Churchills, Roosevelts und des türkischen Präsidenten Ismet İnönü statt. Sie berieten über die Teilnahme der Türkei bei einer Invasion in Südosteuropa. Die USA waren bereit, der türkischen Regierung erhebliche Mengen Waffen zu liefern, weil sie den Einfluss der amerikanischen Monopole auf die Türkei stärken wollten.

Die Moskauer Konferenz und die Konferenz in Teheran bewiesen den gestiegenen internationalen Einfluss und die Autorität der UdSSR.

Der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit, der am 12. Dezember 1943 in Moskau unterzeichnet wurde, war ein klarer Ausdruck der Hoffnungen der Völker, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpften.

Die englische Regierung versuchte, den Abschluss des Vertrages durch die Benes-Regierung zu verhindern, und bereitete Benes bei seiner Reise nach Moskau Schwierigkeiten, gegen die er scharf protestierte.

Der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag verpflichtete die Vertragspartner, einander militärische und andere Hilfe zu leisten und sich im Krieg gegen Deutschland und seine Satelliten in Europa zu unterstützen, keine Verhandlungen mit der Hitlerregierung oder einer ihr gleichgearteten Regierung aufzunehmen, mit ihnen keinen Friedensvertrag abzuschliessen sowie keine Verhandlungen zu führen und keinen Waffenstillstand oder Friedensvertrag mit Deutschland und seinen Verbündeten in Europa ohne gegenseitiges Einverständnis abzuschliessen.

Im Artikel 3 des Vertrages verpflichteten sich beide Seiten, sich auch nach

Kriegsende militärisch zu unterstützen, wenn einer der beiden Vertragspartner erneut von Deutschland oder einem mit ihm verbündeten Staat angegriffen werden sollte.¹

Der Vertrag sah vor, nach dem Krieg umfangreiche gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen aufzunehmen und sich zu unterstützen. Er wurde für zwanzig Jahre abgeschlossen.

Der sowjetisch-tschechoslowakische Vertrag besass während des Krieges und besitzt auch noch heute eine ausserordentliche historische Bedeutung für das tschechoslowakische Volk, für seinen Kampf um seine Unabhängigkeit, für den Sozialismus. Mit ihm erhielt die Tschechoslowakei einen sicheren Schutz ihrer nationalen Rechte, einen Schutz der schöpferischen Arbeit der Volksmassen. Der Vertrag besiegelte die unzerstörbare Freundschaft des sowjetischen und des tschechoslowakischen Volkes, die im gemeinsamen Kampf gegen die deutschen faschistischen Unterdrücker geschmiedet worden war. Er errichtete einen festen Wall gegen die imperialistische Aggression. Das sowjetische Volk begrüsst ihn, und in der Tschechoslowakei nahm die patriotische Bewegung einen stürmischen Aufschwung.

Mit dem Sieg der Sowjetarmee bei Stalingrad begann der grundlegende Umschwung im Grossen Vaterländischen Krieg und im ganzen zweiten Weltkrieg. In den Angriffskämpfen im Sommer 1943 vollendete die Sowjetarmee diesen grundlegenden Umschwung endgültig. Die Anstrengungen des Sowjetvolkes entrissen Deutschland die strategische Initiative, die auf die antifaschistische Koalition überging.

Die Sowjetarmee befreite jetzt die Heimat von den faschistischen Eindringlingen und ebnete den Weg für den siegreichen Abschluss des Krieges im Interesse des Sowjetvolkes und aller friedliebenden Völker der Welt.

¹ Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 431.

FÜNFTER TEIL

DIE ENTSCHIEDENDEN SIEGE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

**DIE ANGRIFFSOPERATIONEN DER SOWJETARMEE
IM JAHRE 1944**

1

Das Jahr 1944 ist als Jahr der entscheidenden Siege der Sowjetarmee in die Geschichte eingegangen. Die sowjetischen Streitkräfte führten hervorragende Angriffsoperationen durch, die entscheidend dazu beitrugen, das faschistische Deutschland zu zerschlagen. Deutschlands Satelliten mussten aus dem Krieg ausscheiden, und die Sowjettruppen befreiten das Sowjetland völlig von den Okkupanten. Die Kampfhandlungen wurden auf das Territorium der Gegner hinübergetragen. Die Sowjetarmee überschritt die Staatsgrenzen der UdSSR.

In Südost-, West- und schliesslich auch in Mitteleuropa brach ein neues Leben an, der Frühling für die europäischen Völker.

In dieser neuen Etappe des zweiten Weltkrieges hatte die sowjetische Aussenpolitik vor allem günstige internationale Bedingungen zu sichern, um Hitlerdeutschland völlig zerschlagen und die Völker vom Faschismus befreien zu können. Die Lösung dieser Aufgabe musste die antifaschistische Koalition festigen. Die richtige Aussenpolitik der Kommunistischen Partei und der heroische Kampf der Sowjetarmee liessen die Autorität der Sowjetunion vor der Weltöffentlichkeit wachsen.

Zum Jahresbeginn verlief die sowjetisch-deutsche Front entlang dem Swir-Ilmensee-westlich Welikije Luki-ostwärts Witebsk – westlich Gomet – durch Shitomir-Tscherkassy-Saporoschje und erreichte bei Cherson das Schwarze Meer. Nach wie vor standen fast alle faschistischen Kräfte, nämlich 257 Divisionen, davon 207 deutsche sowie 50 ungarische, rumänische und finnische, an der sowjetisch-deutschen Front.

Das strategische Hauptziel der sowjetischen Operationen bestand darin, das Sowjetland völlig von den faschistischen Eindringlingen zu befreien und die Völker Osteuropas in ihrem Befreiungskampf gegen die Okkupanten zu unterstützen.

Das sowjetische Oberkommando bestätigte den Plan für 1944, dem Feind nacheinander an verschiedenen Frontabschnitten Schläge zu versetzen. Es berücksich-

sichtigte dabei die geringen deutschen Reserven und ging auch davon aus, dass es dem deutschen Oberkommando schwerfallen würde, seine Truppen umzugruppieren.

Im Januar und Februar 1944 führte die Sowjetarmee eine grosse Angriffsoperation vor Leningrad und Nowgorod durch, um die Leningrader Bevölkerung von der Blockade und den Artilleriebeschüssen zu befreien und die starke strategische Gruppierung des Gegners an der Nordflanke der sowjetisch-deutschen Front zu zerschlagen. Damit sollten auch Angriffsoperationen an anderen Abschnitten erleichtert werden. Den Truppen der Leningrader, der Wolchow- und der 2. Baltischen Front standen die Truppen der deutschen Heeresgruppe Nord und der Operativen Gruppe Karelsche Landenge gegenüber. Die gegnerischen Stellungen befanden sich in einem sumpfigen Waldgelände, waren gut ausgebaut und tief gestaffelt.

Die Offensive begann am 14. Januar 1944. Die sowjetischen Truppen durchbrachen die starken Befestigungen des Gegners und stiessen weit vor. Die Truppen der Leningrader Front schlossen die feindliche Gruppierung ein und vernichteten sie. Die Truppen der Wolchowfront fügten der gegnerischen Gruppierung im Raum Nowgorod eine empfindliche Niederlage zu. Am 21. Januar setzten die sowjetischen Truppen ihre Operation auf der ganzen Front von der Korpjebucht bis Nowosokolniki fort.

Die erfolgreiche Operation befreite Leningrad völlig von der Blockade und säuberte das Leningrader Gebiet von feindlichen Truppen. Das war der Auftakt für die Befreiung der Estnischen Sowjetrepublik.

Die Offensive wurde in engem Zusammenwirken mit den Partisanen durchgeführt. Die Partisanenabteilungen sprengten 300 Brücken und liessen 133 feindliche Transportzüge entgleisen, damit legten sie den Bahnverkehr der deutschen Truppen lahm.

Von Ende Januar bis März 1944 führten die Truppen der vier ukrainischen Fronten mehrere zusammenhängende Operationen in der Ukraine westlich des Dnepr durch, wo eine starke feindliche Gruppierung konzentriert war. Zu ihr gehörten 70 Prozent aller Panzer- und etwa 50 Prozent aller motorisierten Divisionen, die der Gegner an der sowjetisch-deutschen Front besass.

Zunächst wurden die Operationen von Korsun-Schewtschenkowski, von Rowno-Luzk und Nikopol-Kriwoi Rog durchgeführt. Im Raum Korsun – Schewtschenkowski schlossen die Truppen der 1. und 2. Ukrainischen Front neun feindliche Infanteriedivisionen, eine Panzerdivision, eine motorisierte Bri-

gade und eine grössere Anzahl Artillerie- und Pioniereinheiten ein und vernichteten sie. Der Gegner wurde vom Mittellauf des Dnepr verdrängt und zurückgeworfen. Damit waren die Pläne des deutschen Oberkommandos, die Verteidigung am Dneprlauf wiederherzustellen, endgültig gescheitert.

Die Truppen der 1. Ukrainischen Front zerschlugen die Gruppierung der gegnerischen Truppen im Raum Rowno-Luzk und konnten eine Gruppierung der deutschen Heeresgruppe Süd tief umfassen.

In der Operation von Nikopol-Kriwoi Rog der 3. und 4. Ukrainischen Front, die Ende Januar 1944 begann, wurde eine grosse gegnerische Gruppierung in diesem Raum zerschlagen und der gegnerische Brückenkopf am linken Dneprufer südlich Nikopol beseitigt.

Die zweite Etappe der Offensive umfasste die Operationen von Proskurow-Tschernowzy, von Uman und von Beresnegowotoje-Snigirewka.

In der Operation von Proskurow-Tschernowzy führten die Hauptkräfte der 1. Ukrainischen Front einen Schlag aus dem Raum Schepetowka in Richtung Tschernowzy. Gleichzeitig führte die 2. Ukrainische Front einen Schlag aus dem Raum Swenigorodka in Richtung Mogiljow-Podolski und weiter gegen Tschernowzy. Nachdem die Sowjetarmee mit dieser Operation die deutsche Front in zwei Teile gespalten hatte, erreichte sie das Vorland der Karpaten. Im Raum Kamenez-Podolski wurde eine über 15 Divisionen starke deutsche Gruppierung eingeschlossen. Diese Gruppierung konnte allerdings nicht völlig vernichtet werden. Die sowjetischen Truppen bereiteten dem Gegner im Karpatenvorland eine Niederlage und erreichten an einer Frontbreite von über 200 Kilometern die sowjetisch-tschechoslowakische und sowjetisch-rumänische Staatsgrenze.

Die 2. Ukrainische Front zerschlug in der Operation von Uman eine deutsche Gruppierung in der Richtung Uman-JaSi und warf ihre Reste weit hinter den Dnestr in das Karpatenvorland zurück. Die Truppen der 2. Ukrainischen Front drangen bis zum Prut, zur sowjetisch-rumänischen Grenze, vor und trugen die Kampfhandlungen auf rumänisches Gebiet. Die Truppen der 3. Ukrainischen Front vernichteten in der Operation von Beresnegowotoje-Snigirewka die deutschen Truppen am Unterlauf des Ingulez, warfen den Gegner über den südlichen Bug zurück und drangen zum Fluss vor.

Noch vor Beginn dieser Operation wurden die Partisanenabteilungen in den Raum westlich des Dnepr verlegt. Sie kämpften hier erfolgreich und unterstützten wesentlich die Sowjetarmee, die ihre Offensive begonnen hatte. Im engen Zusammenwirken mit den sowjetischen Truppen führten die Partisanen mehrere

empfindliche Schläge gegen das feindliche Hinterland.

Die sowjetische Offensive in der Ukraine westlich des Dnepr wurde auf fast 1'400 Frontkilometern bis zu 500 Kilometer tief vorgetragen. Im Kampf um diesen Teil der Ukraine zerschlug die Sowjetarmee sechshundsechzig feindliche Divisionen.

Da die sowjetischen Truppen zur Staatsgrenze der UdSSR vorgedrungen waren und rumänisches Territorium erreicht hatten, erklärte die Sowjetregierung am 2. April 1944, dass sie entschlossen sei, den Gegner bis zu seiner Zerschlagung und Kapitulation zu verfolgen. Sie hob hervor, dass sie nicht die Absicht habe, rumänisches Gebiet an sich zu reißen oder die bestehende Gesellschaftsordnung Rumäniens zu ändern, sondern dass sowjetische Truppen nur aus militärischen Gründen in Rumänien vorgingen, weil der Gegner weiterhin Widerstand leiste.¹ In der Erklärung der Sowjetunion hiess es, die Sowjetarmee werde ihre historische Mission bis zum Ende erfüllen und ihren Vormarsch nach Westen bis zur völligen Zerschlagung Hitlerdeutschlands und seiner Satelliten fortsetzen.

Jeder Schritt der Sowjetarmee nach Westen befreite die Völker vom faschistischen Joch und ebnete ihnen den Weg einer freien und unabhängigen demokratischen Entwicklung. Der sowjetische Vormarsch war deshalb ein wichtiges internationales Ereignis.

Die Völker der befreiten Staaten trafen zum erstenmal mit sowjetischen Menschen, sowjetischen Soldaten zusammen, vertrauten ihnen und empfanden Liebe für sie. Die Werktätigen überprüften an ihren eigenen Erfahrungen die Gerechtigkeit und den fortschrittlichen Charakter der nationalen Politik der Kommunistischen Partei. Die Volksmassen mit der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde, den kommunistischen und Arbeiterparteien, an der Spitze verstärkten den Kampf für den Sturz des faschistischen Regimes, für die Unabhängigkeit ihrer Staaten, für grundlegende demokratische Reformen, für ein enges Bündnis und für Freundschaft mit der Sowjetunion. In den von den Deutschen okkupierten Ländern Ost- und Südosteuropas reifte die volksdemokratische Revolution heran.

Von März bis Anfang Mai 1944 befreite die Sowjetarmee im Zusammenwirken mit der Schwarzmeerflotte und der Asowschen Flottille Odessa und die Krim. Damit endete die Winter- und Frühjahrsoffensive 1944.

Mit dieser Offensive hatte die Sowjetarmee mehr als drei Viertel des von den faschistischen Eroberern besetzten sowjetischen Territoriums befreit und auf über 400 Kilometer Breite die sowjetische Staatsgrenze erreicht. Die Kommu-

¹ Siehe ebenda, Bd. 2, S. 105 (russ.).

nistische Partei und die Sowjetregierung stellten den Streitkräften der UdSSR jetzt die Aufgabe, den Gegner völlig zu zerschlagen und die Völker Europas vom faschistischen Joch zu befreien.

Die Sommeroffensive der Sowjetarmee begann in Karelien. Im Juni und Juli 1944 führten die Truppen der Leningrader und der Karelisten Front die Wiborger und die Swir-Petrosawodsker Operation durch, in der Hitlers finnische Verbündete zerschlagen wurde. Die sowjetischen Truppen drangen bis zur sowjetisch-finnischen Staatsgrenze vor und warfen den Gegner weit nach Finnland zurück.

Eine der grössten Angriffsoperationen des Grossen Vaterländischen Krieges war die Belorussische Operation, die von den Truppen der 1. Baltischen Front und der drei belorussischen Fronten durchgeführt wurde.

Am 23. und 24. Juni eröffneten die Truppen der vier Fronten den Angriff, durchbrachen die gegnerische Verteidigung an sechs Abschnitten und schlossen schon in den ersten Tagen die feindlichen Gruppierungen in den Räumen Witebsk und Bobruisk ein und vernichteten sie. Am 3. Juli war eine feindliche Gruppierung ostwärts Minsk in Stärke von dreissig Divisionen eingeschlossen. Während ein Teil der sowjetischen Truppen die eingeschlossene Gruppierung endgültig zerschlug, verfolgte ein anderer Teil zügig den Gegner und warf ihn an die sowjetische Staatsgrenze zurück.

In der Belorussischen Operation wurde die deutsche Heeresgruppe Mitte zerschlagen. Sie verlor allein durch die Einschliessungen in den Räumen Witebsk, Bobruisk und Minsk dreissig Divisionen. Ganz Belorussland und der grösste Teil Litauens wurden befreit. Die sowjetischen Truppen überwand den Neman und drangen an die deutschen Grenzen vor. Der Angriff erfolgte auf 1'300 Kilometer Frontbreite und wurde 550 bis 600 Kilometer tief vorgetragen. Die Lublin-Brester Operation war ein Bestandteil der Belorussischen strategischen Operation. Sie wurde von den Truppen der 1. Belorussischen Front vom 18. Juli bis zum 29. August 1944 durchgeführt. Der Hauptschlag in dieser Operation wurde aus dem Raum westlich Kowel mit der allgemeinen Richtung Lublin-Praga, einer Warschauer Vorstadt auf dem Ostufer der Weichsel, vorgetragen. Die sowjetischen Truppen umgingen Brest von Süden und Norden und erreichten am 21. Juli die sowjetisch-polnische Grenze, zu der gleichzeitig auch die Truppen der 1. Ukrainischen und der 2. Belorussischen Front vorsties. Am 22. Juli betraten die Truppen der 1. Belorussischen Front das Territorium des verbündeten Polens und befreiten die Stadt Chelm. Am 24. Juli wurde Lublin befreit.

In der Belorussischen Operation wirkte die Sowjetarmee besonders eng mit den

Partisanen zusammen. Die grosse Armee der belorussischen Partisanen griff aktiv in die Kämpfe zur Befreiung Belorusslands ein. In der Nacht zum 20. Juni, drei Tage vor Beginn der Operation, sprengten die belorussischen Partisanen über 40'000 Eisenbahnschienen und legten dadurch den Bahnverkehr im feindlichen Hinterland zeitweilig lahm. Auch die übrigen Verbindungslinien des Gegners wurden gestört. Das hinderte ihn, seine Kräfte umzugruppieren und Reserven heranzuführen. Die Partisanen beherrschten ganze Gebiete, und auf den Strassen, die sie kontrollierten, führten sie die sowjetischen Truppen in den Rücken der zurückweichenden deutschen Verbände.

Die Operation von Lwow-Sandomierz, die im Juli und August 1944 durchgeführt wurde, war die nächste Operation der sowjetischen Truppen in der Westukraine. In dieser Operation zerschlugen die Truppen der 1. Ukrainischen Front die deutsche Heeresgruppe Nordukraine. Nach der Befreiung Lwows, Stanislaws und Przemysls setzten die sowjetischen Truppen den Angriff fort, überwandern aus der Bewegung heraus die Weichsel und bildeten im Raum Sandomierz einen Brückenkopf auf dem Westufer des Flusses.

Die sowjetische Sommeroffensive des Jahres 1944 beschwor für Deutschland die Gefahr des Zusammenbruchs herauf. Fuller gibt zu: «Mitte August war die Lage der Deutschen verzweifelt bis zum äussersten.»¹

Die polnische Bevölkerung begrüsst die sowjetischen Truppen begeistert, half ihnen und unterstützte sie in jeder Weise. In Polen wurde die volksdemokratische antiimperialistische und antif feudale Revolution durchgeführt. Nach dem Willen des Volkes wurde die neue volksdemokratische Macht errichtet. In der von der Sowjetarmee befreiten Stadt Chelm bildete die Krajowa Rada Narodowa, der Nationale Volksrat, am 23. Juli 1944 das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung, das Organ der neuen volksdemokratischen Macht. In dem Dekret des Rates hiess es: «Am Vorabend der entscheidenden Kämpfe um die Vertreibung der deutschen Eindringlinge aus Polen gründet der Nationale Volksrat das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung als provisorische exekutive Gewalt für die Leitung des Befreiungskampfes des Volkes, für die Gewährleistung seiner Unabhängigkeit und für die Wiederherstellung des polnischen Staates.»² Am selben Tag veröffentlichte das Komitee ein Manifest, das Kampfprogramm des polnischen Volkes für die endgültige Befreiung von der deutschen Unterdrückung und für den Aufbau der volksdemokratischen Ordnung.

¹ J. F. C. Fuller, a.a.O., S. 365.

² «Prawda» vom 26. Juli 1944.

Am 26. Juli 1944 erklärte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR im Auftrag der Sowjetregierung, dass die Sowjetarmee gemeinsam mit der polnischen Armee die polnischen Grenzen überschritten und damit begonnen habe, das vielgeprüfte Brudervolk von den deutschen Okkupanten zu befreien. Das Volkskommissariat hob hervor, die sowjetischen Truppen seien entschlossen, «die feindlichen deutschen Armeen zu vernichten und dem polnischen Volk bei der Befreiung von den faschistischen Eindringlingen und bei der Wiederherstellung eines unabhängigen starken und demokratischen Polens zu helfen»¹.

Die Sowjetregierung erklärte, sie erkenne bei den Kampfhandlungen der Sowjetarmee auf dem polnischen Territorium Polen als souveränen befreundeten und verbündeten Staat an und beabsichtige nicht, auf seinem Gebiet eigene Verwaltungsorgane zu errichten, weil das eine Angelegenheit des polnischen Volkes selbst sei. Die Sowjetregierung schloss mit dem Komitee der Nationalen Befreiung am 26. Juli 1944 einen Vertrag über die Beziehungen zwischen dem sowjetischen Oberkommando und der polnischen Verwaltung.

Die Erklärung der Sowjetregierung bewies die freundschaftlichen Gefühle für das polnische Volk. Die Sowjetregierung bemühte sich aufrichtig, dem polnischen Volk beim Aufbau eines unabhängigen, starken und demokratischen Staates zu helfen. Ihre Erklärung bedeutete die Anerkennung der gesetzlichen Rechte des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung durch die Sowjetunion.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens unterstützten in dieser Zeit verstärkt die Emigrantenregierung Mikolajczyk. Die USA gaben ihr eine Anleihe von zehn Millionen Dollar für den Kampf gegen die demokratischen polnischen Kräfte. Als sich jedoch die polnische Volksarmee an die USA und Grossbritannien wandte, um Waffen zu erhalten, blieb ihre Bitte unbeantwortet.²

Die nationalen Bestrebungen des polnischen Volkes berührten die Mikolajczykregierung so wenig, dass sie das Programm des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung zurückwies und sich weigerte, die Forderung über die Rückgabe der polnischen Westgebiete anzuerkennen.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens erörterten damals sehr ausgiebig die territorialen Fragen Polens. Sie traten dafür ein, die polnischen Grenzen auszudehnen, weil sie hofften, dass die Emigrantenregierung die Macht übernehmen würde. Sie vereinbarten, Ostpreussen an Polen zu übergeben. Die Sow-

¹ Die Aussenpolitik der Sowjetunion, Bd. 2, a. a. O., S. 155 (russ.).

² Siehe R. Parker, Verschwörung gegen den Frieden, Moskau 1949, S. 116.

jetunion wies aber darauf hin, dass der nördlichste Teil Preussens einschliesslich Königsberg an die Sowjetunion abgetreten werden müsse. Churchill musste schliesslich zugeben, dass «die Russen einen historischen und gut begründeten Anspruch auf dieses deutsche Territorium haben»¹. Die britische und amerikanische Regierung unterstützten ausserdem die Forderungen der polnischen Emigrantenclique nach den belorussischen und ukrainischen Gebieten. Dabei scheuten sie sich nicht, der UdSSR zu drohen. Sie unterstellten der Sowjetunion polenfeindliche Absichten und leugneten den Befreiungscharakter des Krieges der Sowjetunion gegen die deutsche Aggression. Die Sowjetunion antwortete darauf, dass es falsch und schädlich sei, Verbündeten zu drohen, weil diese Methoden die Zusammenarbeit nicht fördern.²

Die Offensive der Sowjetarmee unterstützte auch den Befreiungskampf des albanischen Volkes. Am 25. Mai 1944 wurde in der kleinen südalbanischen Stadt Permet der erste Albanische Antifaschistische Kongress für Nationale Befreiung eröffnet. Der Kongress wählte einen Generalrat für die Leitung des Befreiungskampfes und beschloss mehrere Resolutionen zu den wichtigsten Fragen der zukünftigen Entwicklung des Landes. Nach dem Kongress wuchs der Kampf des albanischen Volkes für die Befreiung des Landes von den faschistischen Okkupanten erheblich an. Die britische Regierung sandte Agenten nach Albanien, die alle reaktionären Kräfte im Lande für den bewaffneten Kampf gegen die albanischen Patrioten vereinigen sollten, um die Befreiungsbewegung des Landes aufzuhalten.

Der wachsende Befreiungskampf der Balkanvölker schwächte das Hinterland des faschistischen Deutschlands erheblich. Das deutsche Oberkommando beschloss deshalb, einen Schlag gegen den Obersten Stab der Volksbefreiungsarmee und der Partisanenabteilungen Jugoslawiens zu führen. Deutsche Luftlandetruppen wurden am 25. Mai 1944 gegen die Stadt Drvar eingesetzt, in deren Vorstadt der Oberste Stab in einer Höhle untergebracht war. Die Wache und die Mitarbeiter des Stabes entdeckten die Landungstruppen jedoch rechtzeitig, der Oberste Stab verliess die Höhle und konnte nach einigen Tagen entkommen. Mit einem sowjetischen Flugzeug begab er sich auf die Insel Vis.

Inzwischen verstärkten die Tschetniks Mihajlovics ihre Aktionen. Die britische Regierung verlangte von Mihajlovic, die Volksbefreiungsbewegung im Lande zu zerschlagen, um britischen Landungstruppen das Vordringen zu erleichtern.

¹ Briefwechsel, Bd. 1, S. 204.

² Sichre ebenda, S. 213 ff.

Ähnliche Anweisungen gab auch das amerikanische Oberkommando. Die tschechoslowakische Emigrantenregierung trieb unter Benes dieselbe anti-nationale Politik. Im Februar verhandelte sie mit der britischen Regierung, um englische Truppen in die Tschechoslowakei einrücken zu lassen. Das tschechoslowakische Volk sollte also daran gehindert werden, seinen unabhängigen Nationalstaat neu zu schaffen, für den es gegen die deutschen Eroberer kämpfte.

2

Unter den Schlägen der Sowjetarmee ergriff die Krise das faschistische Lager mit jedem Tag stärker. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung erkannte, dass der Krieg verloren war. Die Faschisten bemühten sich, ihr Hinterland durch Terror und Gewalt zu festigen, eine Welle von Massenmorden traf das Land. Eine geheime faschistische Zeitschrift, die zur Information der faschistischen Machthaber über die innerpolitische Lage herausgegeben wurde, veröffentlichte folgende Angaben, die von dem Anwachsen der antifaschistischen Widerstandsbewegung zeugen.

Es wurden an aktiven Teilnehmern illegaler antifaschistischer Betätigung im Jahre 1944 festgestellt und verhaftet:

im Januar	42'580
im Februar	45'044
im März	46'302
im April	52'939
im Mai	56'830
im Juni	66'991 ¹

Über elf Jahre hielten die Faschisten den Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, in ihren Kerkern gefangen. Die deutschen Kommunisten wussten, wie furchtlos und standhaft ihr Genosse Thälmann an den Sieg der gerechten Sache der Arbeiterklasse, an den Sieg der Sowjetunion glaubte. Selbst als Gefangenen fürchteten die Faschisten Thälmann noch. Auf ihren Befehl wurde er am 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar meuchlings ermordet.

Deutschlands Menschenreserven schmolzen zusammen. Die «totale Mobilisierung» hatte das Hinterland zwar geschwächt, konnte die Lage an den Fronten jedoch nicht verbessern. Viele Soldaten, die jetzt an die Front geschickt wurden,

¹ Siehe «Die Lage», Juli, August, September 1944.

weigerten sich zu kämpfen. Von 200'000 in die deutsche Armee gepressten Elsässern desertierten 62'000 Mann, 35'000 wurden in die Konzentrationslager verschleppt oder hingerichtet.¹

Die Satelliten des faschistischen Deutschlands spielten immer mehr mit dem Gedanken, aus dem Krieg auszusteigen. Einige von ihnen versuchten, einen Weg zu finden, um die Kampfhandlungen einstellen zu können. Finnland tat die ersten Schritte dazu.

Mitte Februar 1944 traf der bekannte finnische Politiker Paasikivi, ein Anhänger freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, in Stockholm ein. Er traf inoffiziell mit dem sowjetischen Botschafter in Schweden, A. M. Kollontai, zusammen. Im Namen der Sowjetregierung erklärte ihm Kollontai, dass die Sowjetunion keinen Anlass habe, der augenblicklichen finnischen Regierung zu vertrauen. Sie sei aber im Interesse des Friedens bereit, selbst mit dieser finnischen Regierung über die Einstellung der Kampfhandlungen zu verhandeln.² Die Sowjetregierung verlangte als Voraussetzung dafür von Finnland, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen und die deutschen Truppen und Schiffe in Finnland zu internieren. Sie war bereit, Finnland dabei zu unterstützen. Der sowjetisch-finnische Vertrag von 1940 sollte wieder in Kraft treten, die finnischen Truppen waren auf die in diesem Vertrag festgelegte Grenze zurückzuziehen.

Finnland erhielt also die Möglichkeit, aus dem Krieg auszutreten und mit Hitlerdeutschland zu brechen. Die finnischen Machthaber betrieben jedoch ein doppeltes Spiel. Am 17. März 1944 antworteten sie, die sowjetischen Bedingungen nicht annehmen zu können, weil sie ihnen nicht verständlich seien. Die Sowjetregierung antwortete darauf, dass eine finnische Delegation zu Verhandlungen nach Moskau reisen könne.

Am 26. März 1944 traf eine finnische Delegation mit Paasikivi an der Spitze in Moskau ein. Ihr wurden die sowjetischen Waffenstillstandsbedingungen übergeben. Ausser den Vorschlägen, die bereits A. M. Kollontai gemacht hatte, verlangte die Sowjetunion Reparationen von Finnland als teilweise Entschädigung für die Verluste, die Finnland der UdSSR durch die Kampfhandlungen und die Okkupation zugefügt hatte, sie forderte ausserdem die Rückgabe von Petsamo (Petschenga), das die Sowjetunion Finnland 1920 freiwillig überlassen hatte. Die UdSSR war einverstanden, zugunsten Finnlands auf ihre Pachtrechte auf Hanko zu verzichten.

Nachdem die finnische Delegation zurückgekehrt war, entbrannte in Finnland

¹ Siehe «Revue historique de la deuxième guerre mondiale», Oktober 1955, S. 40 ff.

² Siehe Die Aussenpolitik der UdSSR, a. a. O., S. 89.

ein scharfer Kampf. Das Volk verlangte, unverzüglich Frieden zu schliessen. Die hitlertreue Regierung widersetzte sich diesen Bestrebungen.

Am 19. April 1944 teilte die finnische Regierung mit, dass sie die sowjetischen Friedensvorschläge ablehne. Darauf antwortete die Sowjetregierung, Finnland habe seine staatliche Selbständigkeit verloren, als deutsche Truppen in sein Territorium einrückten. Die deutschen Truppen müssten aus Finnland vertrieben und die Kampfhandlungen eingestellt werden, damit das Land seine Souveränität wiedererlange.¹

Hitlers Aussenminister Ribbentrop traf am 22. Juni 1944 in Helsinki ein, um Finnlands Austritt aus dem Krieg zu verhindern. Es gelang ihm, vom finnischen Präsidenten Ryti am 26. Juni die schriftliche Zusicherung zu erhalten, dass Finnland auch weiterhin gemeinsam mit Deutschland gegen die Sowjetunion kämpfen und keinen Separatfrieden schliessen werde. Ryti wies in seinem Brief darauf hin, dass Finnlands Treue davon abhängen würde, ob Deutschland es unterstützen könne, um die sowjetische Offensive in Finnland zurückzuschlagen.²

Ungarn war einer der treuesten deutschen Satelliten. Anfang März 1944 forderte Deutschland von Ungarn, die totale Mobilisierung durchzuführen, Truppenkontingente an die deutsch-sowjetische Front und nach Jugoslawien zu entsenden und die Rohstoff- und Lebensmittellieferungen nach Deutschland zu steigern. Die ungarische Regierung konnte jedoch die innere Lage nicht noch mehr verschärfen und zögerte deshalb, die deutschen Forderungen zu erfüllen. Daraufhin rückten stärkere deutsche Verbände in Ungarn ein. Unter ihrem Druck wurde eine ergebenere Regierung gebildet.

Im April 1944 bat Rumänien die Sowjetregierung um die Waffenstillstandsbedingungen. In der Antwort vom 18. April verlangte die Sowjetregierung, dass Rumänien mit Hitlerdeutschland brechen und den Kampf an der Seite der Sowjetunion für die Unabhängigkeit und die Souveränität Rumäniens fortsetzen sollte. Ausserdem sollte die sowjetisch-rumänische Grenze nach dem Vertrag von 1940 wiederhergestellt werden; Rumänien hatte die Schäden, die es der Sowjetunion durch den Überfall und die Okkupation zugefügt hatte, zu ersetzen, die Kriegsgefangenen zurückzuführen und den sowjetischen Truppen die Möglichkeit zu geben, sich auf seinem Territorium nach den Erfordernissen der militärischen Lage frei zu bewegen. Die Sowjetregierung war damit einverstanden, die Beschlüsse des Wiener Schiedsgerichts aufzuheben und Transsilvanien

¹ Siehe ebenda, S. 115.

² Siehe «Helsingin Sanomat» vom 14. Dezember 1945.

an Rumänien zurückzugeben.¹ Die Regierung Antonescu lehnte diese Bedingungen ab. Der faschistische Block war jedoch bis in seine Grundfesten erschüttert. Auch der Versuch der deutschen Satelliten, die Verhandlungen über den Austritt aus dem Kriege hinauszuzögern, konnte daran nichts mehr ändern.

3

Die militärischen und aussenpolitischen Erfolge der Sowjetunion besaßen eine gewaltige internationale Bedeutung und bestimmten den ganzen Verlauf des zweiten Weltkrieges. Sie stützten sich auf die heroischen Leistungen der sowjetischen Werktätigen. 1944 war die Sowjetarmee dem Gegner an Panzern, Geschützen und Flugzeugen bereits zahlenmässig überlegen. Die sowjetische Kriegstechnik war qualitativ viel besser als die Bewaffnung der imperialistischen Armeen. Die sowjetischen Soldaten wurden ausreichend versorgt.

Im August 1943 hatten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die Sowjetregierung den Beschluss «Über die unaufschiebbaren Massnahmen zur Wiederherstellung der Wirtschaft in den von der deutschen Okkupation befreiten Gebieten» angenommen. Dieser Beschluss war die Grundlage für die gewaltigen Wiederherstellungsarbeiten in den Gebieten, die von den deutschen Eroberern befreit worden waren.

Die sowjetischen Truppen waren bis zu den deutschen Grenzen vorgestossen. Unter den gemeinsamen Schlägen der Sowjetarmee und der Widerstandsbewegung brachen die Balkanstaaten als faschistisches Hinterland zusammen. Hier entstand eine besonders schwierige Front für die deutschen Truppen. Mit fieberhafter Eile warf das deutsche Oberkommando die letzten kampffähigen Truppen von Westeuropa nach dem Osten. Die Volksbefreiungsbewegung in den okkupierten Ländern wuchs ständig an. Die militärische und internationale Lage bewies, dass die Sowjetunion mit ihren eigenen Kräften das faschistische Deutschland endgültig zerschlagen und die Völker Europas von der faschistischen Herrschaft befreien konnte.

Die entscheidenden Siege der Sowjetarmee über das faschistische Deutschland untergruben schliesslich auch die politischen und strategischen Positionen des japanischen Imperialismus. Im April und Mai 1941 hatte sich die japanische Regierung verpflichtet, bis November 1941 zu klären, wie die japanischen Konzessionen auf Nordsachalin beseitigt werden könnten. Japan nutzte jedoch den faschistischen Überfall auf die UdSSR aus und dachte nicht daran, seine Ver-

¹ Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 174f.

pflichtung zu erfüllen. 1944 forderte die Sowjetregierung erneut, die japanischen Konzessionen auf Nordsachalin aufzulösen und ihr Vermögen der Sowjetunion zu übergeben. Sie erwog ausserdem, den Fischfang für Ausländer in sowjetischen Gewässern zu verbieten. Jetzt war die japanische Regierung nachgiebiger. Sie mussten den sowjetischen Forderungen nachkommen, weil die Sowjetunion wesentlich stärker geworden war.

Am 30. März 1944 wurde in Moskau das sowjetisch-japanische «Protokoll über die Übergabe der japanischen Erdöl- und Kohlenkonzessionen auf Nordsachalin an die Sowjetunion» unterzeichnet.

FÜNFZEHNTE KAPITEL

DIE LANDUNG DER ANGLO-AMERIKANISCHEN TRUPPEN IN NORDFRANKREICH

1

Als das faschistische Deutschland in den ersten Kriegsjahren noch militärisch überlegen war, schufen die Westmächte die zweite Front nicht, obwohl sie gerade damals wichtig gewesen wäre. Die Regierungen der USA und Grossbritanniens errichteten sie weder 1941 noch 1942. Auch nach dem grundlegenden Umschwung im Verlauf des zweiten Weltkrieges, als Deutschland 1943 seine militärische Überlegenheit schon verloren hatte, wurde die zweite Front noch hinausgezögert. Erst als der Krieg bereits in seine Endphase eingetreten war, landeten englische und amerikanische Truppen am 6. Juni 1944 an der nordfranzösischen Küste.

Die bewusste Verzögerung der zweiten Front war das grösste Verbrechen der reaktionären Kreise Englands und der USA an allen Völkern, die sich zum Kampf gegen die faschistischen Unterdrücker erhoben hatten. Die Völker mussten gewaltige Opfer bringen, weil der Krieg verlängert wurde.

Die herrschenden Kreise der USA betrachteten die Landung in Europa als eine der Etappen ihres Kampfes um die Weltherrschaft. Gerade deshalb versuchte Churchill die Invasion in Europa auch 1944 noch hinauszuschieben und versteifte sich auf eine Offensive in Italien. Er wollte die Interessen der britischen Monopole nicht gefährden. Die alliierte Offensive begann im Januar und kam sehr langsam voran. Erst am 5. Juni rückten englische und amerikanische Truppen in Rom ein.

Die internationale Lage erforderte jetzt dringend, die Frage der zweiten Front zu lösen. Ein weiterer Aufschub hätte den imperialistischen Absichten der USA und Englands bereits empfindlich schaden können. Die französische Widerstandsbewegung kämpfte, geführt von der Kommunistischen Partei, immer entschlossener für die Befreiung des Landes vom faschistischen Joch. Die französischen Patrioten sahen, wie deutsche Divisionen nach dem Osten abgezogen wurden, um nie wieder zurückzukehren.

Am 18. Mai 1944 rief Maurice Thorez in einer Rundfunkrede das französische

Volk zum allgemeinen bewaffneten Auf stand für die Befreiung Frankreichs auf.¹

Der Befreiungskampf des französischen Volkes, der in den allgemeinen bewaffneten Aufstand gegen die deutschen Okkupanten übergegangen war, beunruhigte die Weltreaktion. Gegen das freiheitliebende französische Volk kämpften die Hitlerfaschisten Seite an Seite mit den Vichyanhängern und den amerikanischen und englischen Imperialisten.

Durch die Landung der anglo-amerikanischen Truppen in Nordfrankreich wollten die herrschenden Kreise der USA und Englands vor allem ihre imperialistischen Deutschlandpläne verwirklichen. Sie wollten die Zerschlagung des Faschismus verhindern, die reaktionären Kräfte in Europa vor der völligen Vernichtung retten, die Demokratisierung der westeuropäischen Länder vereiteln und der Sowjetarmee den Weg nach Westen versperren. Die amerikanischen und englischen Imperialisten bemühten sich, für den weiteren Kampf um die Weltherrschaft möglichst günstige Positionen in Europa zu schaffen.

Zu Beginn der Invasion wandte sich Eisenhower an die französische Bevölkerung mit der Forderung, den bewaffneten Kampf gegen die deutschen Okkupanten unverzüglich einzustellen. Im Namen des französischen Nationalkomitees wandte sich General Koenig mit einem ähnlichen Ansinnen an die französische Widerstandsbewegung, als er in einem Funkspruch verlangte, die Aktionen einzustellen, weil vorläufig keine Waffen geliefert werden könnten.² Von den französischen Patrioten forderte man, den Aufstand zu beenden und die Befehle der deutschen Besatzungsbehörden ergeben auszuführen. Das war ein direkter Verrat am französischen Volk, ein versteckter Krieg gegen das Volk.

In Westeuropa verfügte Deutschland insgesamt nur über 60 Divisionen. Davon befanden sich in der Normandie, das heisst in dem Raum der Invasion, neun Infanteriedivisionen und eine Panzerdivision. Die deutschen Divisionen in Westeuropa waren kaum zu 70 Prozent ergänzt worden, meist mit Soldaten älterer Jahrgänge. Die deutschen Truppen in Westeuropa besaßen nur eine äusserst begrenzte Menge an Kriegstechnik. Zu Beginn konnte das deutsche Oberkommando im Raum der anglo-amerikanischen Invasion nur 300 Flugzeuge einsetzen, später 600 Maschinen.³

Die USA und England hatten ihre Armeen bisher noch nie voll eingesetzt und

¹ Siehe «Liberté» vom 25. Mai 1944.

² Siehe R. Massief, *La préparation de l'insurrection et la bataille de Paris* (Die Vorbereitung des Aufstandes und der Kampf um Paris), Paris 1946, S. 20.

³ Siehe G. W. Feuchter, a. a. O., S. 263.

konnten deshalb grosse Kräfte für die Invasion bereitstellen. An den Landungsoperationen sollten 36 Divisionen teilnehmen; 10 Divisionen waren für die Landung in Südfrankreich bestimmt, und 40 lagen in Reserve. Eisenhower standen 5'049 Jäger, 1'467 schwere Bomber, 1'645 mittlere und leichte Bomber, 2'316 Transportflugzeuge sowie 2'591 Lastensegler zur Verfügung. Für die Invasion waren die Kriegs- und Transportflotten Englands, der USA, Kanadas, Hollands, Norwegens, Polens, Frankreichs und Griechenlands mit 6'483 Schiffen, darunter 6 Schlachtschiffen und 25 Kreuzern, bereitgestellt worden. Der Plan sah vor, die Truppen in der Seinebucht zwischen Cherbourg und Le Havre im Raum Quineville-Ornemündung zu landen. Den amerikanischen Truppen war der westliche und den englischen Truppen der östliche Teil dieses Abschnittes zugewiesen worden.¹ Um das taktische Überraschungsmoment zu gewährleisten, wurde als Raum für die Invasion ein Küstenstreifen ohne grössere Häfen ausgewählt. Lange Zeit vorher hatte kein alliierter Flugzeug diesen Küstenstreifen angefliegen, die völlige Funkstille war gewährleistet; die Flotte lief für die Operation aus entlegenen Häfen aus; Luftangriffe hatten die deutschen Funkortungsstationen zerstört; der alliierte Operationsstab arbeitete zwei Monate völlig von der Aussenwelt ab geschnitten, und aus dem Raum, in dem die Truppen in England konzentriert wurden, war die Zivilbevölkerung evakuiert worden.

Die Invasion begann am 6. Juni, 01.30 Uhr, im Schutze der Nacht. Im unmittelbaren Landungsraum befanden sich in einem Abschnitt von 80 Kilometern nur zwei Divisionen der 7. deutschen Armee. Zuerst landeten drei alliierte Luftlandedivisionen. Um 06.30 Uhr gingen dann die ersten fünf Divisionen an Land. Die Überfahrt der Landungsflotte über den Kanal wurde nicht gestört. Am ersten Tag der Invasion flogen die Faschisten insgesamt nur 50 Flugeinsätze. Die deutschen Truppen leisteten nur schwachen Widerstand, weil das deutsche Oberkommando annahm, dass sich die überlegenen alliierten Kräfte nicht auf den verhältnismässig kleinen Landungsraum beschränken, sondern unverzüglich auf Paris vorstossen würden. «Hier (im deutschen Oberkommando – d. dtsh. Red.) kreisten alle Sorgen um einen Durchbruch auf Paris... und im Zusammenhang damit um eine grössere Landung nördlich der Seine. Was bisher erfolgt war, wurde als Vorspiel und Ablenkung angesehen.»²

¹ Siehe Biennial Report of the Chief of Staff of the United States Army, 6th June 1944-18th May 1945 (Zweijahresbericht des Stabschefs der US-Armee, 6. Juni 1944 bis 18. Mai 1945).

² K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 420.

Und dennoch konnte das im Plan vorgesehene Tempo der Landung und des Angriffs der anglo-amerikanischen Truppen nicht eingehalten werden. Der Brückenkopf, für den zweiten Operationstag vorgesehen, konnte erst gegen Ausgang des siebenten Tages gebildet werden, als es gelungen war, alle fünf Invasionsabschnitte zu einem einzigen 80 Kilometer breiten und 10 bis 18 Kilometer tiefen Abschnitt zu vereinigen.

Die wirksamen Aktionen der französischen Patrioten, die trotz der Befehle Eisenhowers und Koenigs kämpften, unterstützten die erfolgreiche Landung der anglo-amerikanischen Truppen in Nordfrankreich. Selbst im Landungsbereich der anglo-amerikanischen Truppen in der Normandie befreiten die von den Kommunisten geführten Partisanen 42 Städte und Hunderte von Dörfern. Das erleichterte den Landungskräften, ihren Brückenkopf auszubauen und zu erweitern. Der fortschrittliche französische Historiker Pierre Montauban schreibt: «Wenn die Partisanen nicht bedeutende Feindkräfte gebunden und die deutschen Verstärkungen auf gehalten hätten..., dann wären die Alliierten vielleicht ins Meer zurückgeworfen worden.»¹

Äusserst ungern musste auch Eisenhower das Verdienst der französischen Patrioten zugeben: «In ganz Frankreich hatten die Freien Franzosen uns während des Feldzuges unschätzbar wertvolle Dienste geleistet. Besonders aktiv waren sie in der Bretagne, doch versicherten wir uns an allen Frontabschnitten ihrer Hilfe, die uns auf mannigfache Weise gewährt wurde. Wenn sie uns nicht so grossen Beistand geleistet hätten, wäre die Vernichtung des Feindes in Westeuropa viel langsamer vor sich gegangen und mit viel grösseren Verlusten für uns verbunden gewesen.»²

Trotz der günstigen Bedingungen drangen die anglo-amerikanischen Truppen im Durchschnitt nur 4 Kilometer am Tag vor. Die herrschenden Kreise der USA und Englands bemühten sich nicht, Angriffsoperationen auf der ganzen Front zu entfalten. Sie überliessen auch jetzt noch ihrem sowjetischen Verbündeten die Hauptlast des Kampfes gegen Hitlerdeutschland.

Das langsame Vordringen der anglo-amerikanischen Truppen gab dem deutschen Oberkommando die Möglichkeit, weiterhin Truppen ungehindert vom Westen an die sowjetisch-deutsche Front zu verlegen.

Um die Operationen der Sowjetarmee zu erschweren und die angloamerikanischen Kapitalinvestitionen nicht zu gefährden, verschonte die amerikanische und englische Luftwaffe militärische Objekte und Rüstungszentren, flog dafür aber grausame Angriffe

¹

«Cahiers du Communisme», Heft 8/1950, S. 61.

²

D. Eisenhower, a. a. O., S. 348.

gegen die Wohnviertel deutscher Städte. Die Produktion der deutschen Rüstungsindustrie erreichte 1944 280 Prozent des Jahres 1942.

Die Produktion der wichtigsten Waffenarten erreichte während des Krieges in Deutschland folgenden Stand:¹

Waffenarten	Masseinheit	1940	1941	1942	1943	1944
Gewehre und Karabiner Automatische Infanterie waffen	Tausend Stück	1352	1359	1370	2244	2586
	Tausend Stück	171	325	317	435	787
	Tausend Stück	4	4	10	23	31
Granatwerfer Geschütze, Kaliber über 75 mm Panzer und Panzerwagen (Gefechtsgewicht)	Tausend Stück	5	7	12	27	41
	Tausend Tonnen	37	83	140	369	622
Flugzeuge	Tausend Stück	10	11	15	25	38
Munition	Tausend Tonnen	865	540	1270	2558	3350

Die anglo-amerikanische Propaganda bemühte sich eifrig, die Bedeutung der strategischen Bombenangriffe ihrer Flugzeugverbände auf Deutschland aufzubauschen. Für den Verlauf und den Ausgang des Krieges waren diese Bombenangriffe allerdings so gut wie bedeutungslos. Sie trafen lediglich die deutsche Zivilbevölkerung, wie Fuller das auch zugeben muss. Diese musste die ganze Last der Angriffe tragen. «Diese schauerhaften Blutbäder, welche einen Attila würden entehrt haben, wurden mit dem Titel der militärischen Notwendigkeit gerechtfertigt.»² Die deutschen Rüstungsbetriebe erlitten nur geringe Schäden und steigerten ihre Produktion noch bis 1944, obwohl die USA und England im ersten Halbjahr 1944 mehr Bomben über Deutschland und den von ihm besetzten Ländern abwarfen als in den vorangegangenen Kriegsjahren bis Januar 1943.³

Auf dem Prozess gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg wies der ehemalige Minister für Bewaffnung und Munition, Speer, darauf hin, dass sogar Hitler über diese Taktik der Luftwaffe der USA und Englands erstaunt war.

Dennoch besaßen die Luftangriffe auf Deutschland auch eine gewisse militärische Bedeutung.

¹ Siehe Die deutsche Industrie im Kriege, a. a. O., S. 182.

² J.F.C.Fuller, a.a.O., S. 268f.

³ Siehe The Effects of Strategie Bombing on the German War Economy (Die Auswirkungen der strategischen Luftangriffe auf die deutsche Kriegswirtschaft), o. O. 1945, S. 4.

Sie fesselten im Luftverteidigungssystem einen beträchtlichen Teil seiner Menschenreserven. Allein bei der deutschen Flakartillerie waren 1942 439'000, 1943 600'000 und 1944 bereits 900'000 Mann gebunden.¹

Als Antwort auf die alliierten Luftangriffe setzte Deutschland seit dem 13. Juni 1944 sogenannte V-Waffen für Luftangriffe auf England ein. In den folgenden 80 Tagen wurden 8'000 dieser Geschosse gestartet, von denen 29 Prozent das Ziel erreichten, 46 Prozent von der englischen Luftverteidigung abgeschossen wurden und 25 Prozent vom Kurs abwichen.²

2

Ohne an den Fronten besonders aktiv zu werden, webten die Regierungen der USA und Englands in fiebrhafter Eile ein Netz neuer antisowjetischer Intrigen. Sie organisierten heimtückische Verschwörungen und politische Diversionen gegen die UdSSR und gegen die demokratische Bewegung in den kapitalistischen europäischen Ländern. Der amerikanische Geheimdienst in Europa, den Allan Dulles von der Schweiz aus leitete, bereitete im Lauf mehrerer Jahre eine breit angelegte Verschwörung der internationalen Reaktion vor, um das faschistische Deutschland vor der völligen Zerschlagung zu retten und durch faschistische Truppen der Sowjetunion den Weg nach Westen zu versperren. Die Zeitschrift «Einheit», das theoretische Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, schätzt den Sinn des Komplotts folgendermassen ein: «Das Motiv der Tat war dementsprechend nicht der Wille zur Ablösung der faschistischen Diktatur durch eine demokratische Ordnung, der räuberischen Kriegspolitik durch eine Politik des Friedens, sondern der Wille zur Rettung des militaristisch-imperialistischen Systems.»³

Um diese Ziele zu erreichen, waren die Verschwörer bereit, Hitler zu opfern. Hitler sollte aus dem Weg geräumt werden, um seine Politik und das faschistische System erhalten zu können. Die Verschwörer planten, nur den Krieg gegen die USA und England zu beenden und mit ihnen Frieden zu schliessen. Die USA und England sollten Truppen bereithalten, um sie auf dem Luftwege nach Deutschland verlegen und der neuen reaktionären Regierung helfen zu können, ihre Macht gegen Erhebungen des

¹ Siehe G. W. Feuchter. a. a. O., S. 242.

² Siehe ebenda, S. 270 f.

³ A. Ackermann, Legende und Wahrheit über den 20. Juli 1944. In: «Einheit», Heft 12/1947, S. 1173.

deutschen Volkes stützen und im Osten den Krieg gegen die UdSSR fortsetzen zu können.¹

Allan Dulles teilte in einem vertraulichen Schreiben nach Washington mit, «dass die Bedrohung deutscher Gebiete im Osten und ihr Wunsch, soviel von Deutschland wie nur möglich vor der russischen Besetzung zu retten, ihrer Bewegung neuen Auftrieb gegeben hätte»².

Die Verschwörer widmeten den Plänen, der Sowjetarmee weiterhin noch hartnäckigen Widerstand zu leisten, besondere Beachtung. «Der Hauptinhalt des Plans war», schreibt Dulles, «dass die antinazistischen Generäle den amerikanischen und britischen Truppen den Weg für die Besetzung Deutschlands frei machen und gleichzeitig die Russen an der Ostfront festhalten würden.»³ Am 13. Juli 1944 teilte Dulles Washington mit: «Im Falle eines gelungenen Komplotts würde es wohl einen geordneten Rückzug im Westen geben, während gleichzeitig die besten Divisionen Deutschlands nach dem Osten geworfen würden.»⁴

Im Unterschied zu den vorangegangenen Verschwörungen war der Plan sorgfältig ausgearbeitet worden. In Deutschland selbst war Schacht, einer der grössten Bankiers, neben einer ganzen Gruppe anderer Bankiers und Industrieller ein bedeutender Organisator der Verschwörung. Schacht fuhr persönlich in die Schweiz, wo er mit Allan Dulles und amerikanischen Bankiers beriet, wie die faschistische Diktatur in Deutschland erhalten werden könne. Schacht versprach den amerikanischen Milliardären, sie für ihre Hilfe an der deutschen Wirtschaft, einschliesslich der Ruhrindustrie, zu beteiligen. Diese Gespräche knüpften fast an jene Unterredungen an, die schon 1924 während des Dawesplanes zwischen Schacht und John Foster Dulles geführt worden waren.

Zum engeren Kreis der Verschwörer gehörte auch der bekannte Mitarbeiter der deutschen Abwehr, Gisevius, der, ähnlich wie sein Chef, der Leiter der Abwehr, Admiral Canaris, gleichzeitig auch für den amerikanischen Geheimdienst arbeitete. Ein aktiver Teilnehmer der Verschwörung war weiterhin Goerdeler, der vor allem zu englischen Kreisen enge Beziehungen besass.

An der Verschwörung waren zahlreiche Generale, unter ihnen die Generalfeldmarschälle von Witzleben, von Kluge und Rommel, einige Führer der rechten Sozialdemokraten – Leuschner – und schliesslich auch deutsche Diplomaten der «alten

¹ Siehe J. W. Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht*, Düsseldorf 1954, S. 629.

² A. W. Dulles, *Verschwörung in Deutschland*, Kassel 1948, S. 176.

³ Ebenda, S. 174.

⁴ Ebenda, S. 176.

Schule» beteiligt – der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, der ehemalige Botschafter in Rom und Schwiegersohn von Admiral Tirpitz, Hassel, der Enkel Bismarcks, Gottfried von Bismarck, der ehemalige Botschafter in Warschau und Madrid, von Moltke und andere.¹

Die Verschwörer bereiteten ihren Stab in Berlin vor und besaßen bereits einen Plan für die zukünftige Regierung. Als Präsident war von Witzleben vorgeschlagen worden; die britische Regierung beharrte auf der Kanzlerkandidatur Goerdelers. Es war vorgesehen, Leuschner zum Vizekanzler, Hassel zum Aussenminister, Beck zum Kriegsminister und Hoepfner zum Chef des Generalstabs zu ernennen.

Im Sommer 1944 stand bereits fest, dass die Sowjetarmee in absehbarer Zeit Hitlerdeutschland zerschlagen wird. Deshalb war auch der amerikanische Geheimdienst jetzt daran interessiert, in Deutschland Kräfte ans Ruder zu bringen, die der Sowjetunion erfolgreicher als Hitler Widerstand leisten könnten.

Das Attentat auf Hitler wurde am 20. Juli 1944 vom Obersten Graf von Stauffenberg im Hauptquartier in der «Wolfsschanze» bei Rastenburg durchgeführt, der in einer Aktentasche eine Bombe in den Sitzungsraum des Führerhauptquartiers, zwei Meter von Hitlers Platz entfernt, legte. Die Bombe explodierte, es gab Tote und Verwundete, doch Hitler selbst erlitt nur Verletzungen und Verbrennungen. Er liess die Verschwörung sofort niederschlagen.

Die Pläne der Verschwörer mussten scheitern, weil ihre Urheber den deutschen Volksmassen fremd und feindlich gegenüberstanden, keine Massenbasis hatten und sich auf niemand stützen konnten. Der Widerstand der breiten Volksmassen, darunter auch der Völker der USA und Englands, gegen die antisowjetischen und antidemokratischen Pläne verhinderte ähnliche Absichten. Ausserdem wurden solche Vorhaben immer schwieriger, weil die erfolgreiche Offensive der Sowjetarmee die Lage ständig veränderte. Das Attentat vom 20. Juli 1944 wurde verübt, als sich Hitlers Hauptquartier noch in Ostpreussen befand. Doch bald musste es geräumt werden, weil die Sowjetarmee immer weiter vordrang. Nachdem einige Versuche, sich an anderen Orten einzurichten, fehlgeschlagen waren, zog sich Hitler in die Reichskanzlei zurück, die sichere Luftschutzbunker besass.

Auch nachdem die Offiziersverschwörung gescheitert war, gaben die herrschenden Kreise der USA und Englands ihre geheimen Intrigen nicht auf. Nach den Worten des amerikanischen Botschafters in London, Winant, wollten sie «Deutschland zu einem

¹ Siehe J. W. Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 621 ff.

Bollwerk und Puffer gegen Russland ausbauen..., da sie den Kommunismus für ein grösseres Übel halten als ein wiedergeborenes Deutschland»¹.

Die englische Regierung bemühte sich nach wie vor, ihre «Balkanstrategie» zu verwirklichen. Churchill reiste im August 1944 nach Italien, um die Invasion in Südosteuropa vorzubereiten. Mit dem Papst beriet er die Pläne, mit denen die Monarchie in Italien gerettet, die Demokratisierung des Landes verhindert und die imperialistischen Absichten in Südosteuropa von der katholischen Kirche unterstützt werden sollten.

In seinen Memoiren schreibt Churchill über seine Gespräche mit dem Papst: «An Themen für unsere Unterhaltung fehlte es nicht. Das in dieser Audienz im Vordergrund Stehende war das gleiche wie achtzehn Jahre früher mit seinem Vorgänger: die kommunistische Gefahr. Gegen den Kommunismus hatte ich von jeher entschiedenste Abneigung empfunden, und sollte ich je die Ehre haben, noch einmal vom Oberhaupt der römischen Kirche empfangen zu werden, werde ich nicht zögern, auf dieses Thema zurückzukommen.»²

Nach dem Treffen mit dem Papst versammelte Churchill die Vertreter aller reaktionären Kreise der ost- und südosteuropäischen Länder in Rom: Hortyanhänger und Habsburger, Andersanhänger und bulgarische Monarchisten, rumänische Nationalazaristen und Mihajlovics jugoslawische Tschetniks, griechische Monarchofaschisten und albanische Ballisten.³ Er verlangte von ihnen, in ihren Ländern die Voraussetzungen für die Invasion englischer Truppen zu schaffen.

Die polnische Emigrantenregierung kam diesen antinationalen reaktionären Plänen entgegen und verhandelte mit den Regierungen Grossbritanniens und der USA. Sie schlug vor, «politische Aktionen»⁴ in Polen zu organisieren, die bis zum Aufstand in Warschau führen sollten. Der Plan für den Warschauer Aufstand wurde während der persönlichen Unterredung Mikolajczyks mit Churchill endgültig festgelegt.

Der Aufstand sollte keineswegs die deutschen Faschisten treffen, die Polen unterdrückten; er war ein politisches Spiel und sollte beweisen, dass die polnische Emigrantenregierung den notwendigen Einfluss in Polen besitzt, um dadurch ihre An-

¹ «Neue Zeit», Moskau, Heft 19/1947, S. 26.

² W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 6/1, Stuttgart 1954, S. 146.

³ Siehe L. Adamic, Dinner at the White House (Dinner im Weissen Haus), New York 1946, S. 162.

⁴ The Memoirs of Cordell Hull (Die Memoiren Cordell Hulls), Bd. 2, New York 1948, S. 1316.

sprüche zu rechtfertigen. Das war ein verbrecherisches Abenteuer, das sich gegen die erstarkenden Kräfte Volkspolens und gegen die Sowjetarmee richtete, die begonnen hatte, das polnische Volk vom faschistischen Joch zu befreien. Unerhört treulos und äusserst gewissenlos bereiteten die polnischen Reaktionäre mit London und Washington die Vernichtung der polnischen Patrioten und die Zerstörung Warschaws vor.

Die polnische Emigrantenregierung ernannte Bor-Komorowski zum Leiter des Aufstandes in Warschau. Als die polnische Reaktion den Warschauer Aufstand provozierte, dachte sie, die Rolle des Vorkämpfers für die nationale Befreiung vom deutschen Joch übernehmen zu können.

Der Aufstand begann am 1. August 1944, als die Sowjetarmee von Warschau noch weit entfernt war. Vor der Sowjetarmee lag die Weichsel, auf deren gegenüberliegenden Ufer die Faschisten starke Kräfte konzentriert hatten, die sich auf vorbereitete Verteidigungsanlagen stützen konnten. Die Sowjetarmee hatte südlich von Sandomierz auf dem Westufer der Weichsel einen Brückenkopf gebildet. Erst am 14. September drangen sowjetische Truppen nach der Befreiung Pragas, der Warschauer Vorstadt am Ostufer der Weichsel, zum Fluss selbst vor. Bei ihrem Rückzug sprengten die Faschisten alle Weichselbrücken zwischen Praga und Warschau.

Einheiten der «Armia Krajowa», die sich in Warschau befanden, begannen mit dem Aufstand. Die Führung der «Armia Krajowa» folgte den Befehlen der antinationalen Emigrantenregierung. In den Reihen der «Armia Krajowa» kämpften viele Patrioten, die nur wenig oder gar nichts von den politischen Zielen ihrer Führer wussten. Dem Aufstand schlossen sich auch die Kräfte der von den Kommunisten geführten «Armia Ludowa» an.

Die Vertreter des Komitees für Nationale Befreiung, die zur Leitung des illegalen Kampfes in Warschau geblieben waren, und die Führung der Partisanenabteilungen der «Armia Ludowa» hielten den Aufstand für verfrüht, von seinen Organisatoren wussten sie, dass ihnen die wirklichen Interessen des polnischen Volkes völlig fremd waren. Dennoch taten sie alles, um auch unter diesen Bedingungen den Sieg zu erringen. Die «Armia Ludowa» und die «Armia Krajowa» kämpften jetzt gemeinsam, für die Verteidigung Warschaws wurde ein Stab gebildet.

Als der Aufstand schon begonnen hatte, forderte Mikolajczyk für die Vertreter der antinationalen Emigration die meisten leitenden Posten und verlangte ausserdem, dass die faschistische Verfassung Pilsudskis wiedereingeführt werden sollte. Die Vertreter des neuen volksdemokratischen Polens, die den Willen der Volksmassen des Landes vertraten, lehnten diese Forderungen Mikolajczyks ab.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens gaben zu, den verfrühten Aufstand in Warschau mit vorbereitet zu haben. Auf ein Schreiben Churchills antwortete der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR zu dieser Frage: «Früher oder später wird die Wahrheit über das Häuflein Verbrecher, die um der Macht willen das Warschauer Abenteuer einfädelten, allen bekannt werden. Diese Leute haben das Vertrauen der Warschauer missbraucht und viele fast unbewaffnete Menschen vor die deutschen Geschütze, Panzer und Flugzeuge geworfen. Es ist eine Situation entstanden, in der jeder neue Tag nicht den Polen und der Befreiung Warschaus, sondern den Hitlerfaschisten dient, die die Einwohner Warschaus unmenschlich vernichten.»¹

Die Warschauer Aufständischen errangen in den ersten Tagen grosse Erfolge. Tippelskirch bemerkt: «Sie hatten zunächst überraschend grosse Erfolge. Die meisten deutschen Dienststellen in der grossen Stadt wurden von der Aussenwelt abgeschnitten, die Bahnhöfe von den Aufständischen, die über Granatwerfer, 2-cm-Flak und Panzerbekämpfungsmittel verfügten, besetzt und alle Durchgangsstrassen gesperrt. Nur die Brücken über die Weichsel konnten von deutschen Sicherungen gehalten werden.»²

Die Bevölkerung der Stadt kämpfte selbstlos für die Befreiung der Hauptstadt, nahm allerdings an, der Aufstand habe im Einverständnis mit dem Oberkommando der Sowjetarmee begonnen. Die Kräfte waren jedoch ungleich. Die Regierungen der USA und Grossbritanniens gaben den Aufständischen nicht die versprochene Hilfe. Churchill schreibt: «Zwei Maschinen überflogen Warschau in der Nacht des 4. August, und drei weitere erschienen dort vier Nächte später.»³ Diese Flugzeuge warfen Waffen ab, die fast alle in den deutschen Stellungen niedergingen. Das sowjetische Oberkommando half den Aufständischen mit Waffen und Munition, die von Flugzeugen an Fallschirmen über den Stadtteilen abgeworfen wurden* die von den Aufständischen besetzt waren.

Die Deutschen warfen starke Kräfte gegen die polnische Hauptstadt, die brutal die Stadt und ihre Einwohner vernichteten. Die deutschen Pioniere sprengten Haus für Haus, Wohnviertel für Wohnviertel.

Die polnische Emigrantenregierung unterstützte den Warschauer Aufstand nicht. Sie wandte sich in den Tagen des Aufstands mit einem Memorandum an die USA-Regierung, in dem lediglich von der Rettung der bürgerlichen Gutsbesitzerord-

¹ Briefwechsel, Bd. 1, a. a. O., S. 258.

² K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 472.

³ W. S. Churchill, a.a.O., S. 163.

nung in Polen die Rede war. Der USA-Staatssekretär Hull, der Roosevelt dieses Memorandum überreichte, erklärte sich mit ihm völlig solidarisch.¹

Der sowjetische Vorstoss bis zur Weichsel erleichterte die Lage der Aufständischen etwas. In der Nacht zum 16. September setzten, von sowjetischer Artillerie und Fliegern unterstützt, polnische Einheiten auf das Westufer der Weichsel über. Sie erreichten zwar Warschau, aber es gelang ihnen nicht, den schmalen Brückenkopf zu erweitern und sich mit den Aufständischen zu vereinigen. Die Führung der «Armia Krajowa» hinderte die Aufständischen, sich mit den gelandeten Truppen zu vereinigen. Am 23. September musste der Brückenkopf wieder aufgegeben werden. Gerade in diesen Tagen hatte die polnische Emigrantenregierung den Aufständischen befohlen, die Waffen niederzulegen und sich zu ergeben. Ein Teil der Aufständischen folgte diesem Befehl und wurde von den Faschisten vernichtet.

Das polnische Volk hat den Warschauer Aufstand teuer bezahlen müssen. Über 250'000 Patrioten fielen. Die Verluste wären noch grösser gewesen, wenn die sowjetische Truppenführung den Aufständischen und den Warschauer Einwohnern nicht geholfen hätte. Die sowjetischen und die polnischen Truppen halfen einem beträchtlichen Teil der Aufständischen und der Zivilbevölkerung, die von den Deutschen belagerte und brennende Stadt zu verlassen und sich auf das Ostufer der Weichsel zu retten.

Trotz der Umtriebe der reaktionären Kräfte griffen die Armeen der USA und Englands dennoch in den unmittelbaren Kampf gegen das faschistische Deutschland ein.

Die zweite Front trug zum schnelleren siegreichen Abschluss des Krieges gegen Deutschland bei, dessen Hauptkräfte schon an der sowjetisch-deutschen Front zer schlagen worden waren. Die englischen und amerikanischen Soldaten und Offiziere zog es in den Kampf gegen die faschistischen Eroberer, und sie schlugen sich tapfer. Die Arbeiter Englands und der USA bemühten sich, durch ihre Leistungen die in Westeuropa vordringenden anglo-amerikanischen Truppen zu unterstützen und das Programm der Lieferungen in die UdSSR zu erfüllen. Das Bündnis der Völker der UdSSR, der USA und Englands, die sich im Kampf gegen den Faschismus zusammengeschlossen hatten, wurde zum wirklichen Kampfbündnis.

¹ Siehe Die Memoiren Cordell Hulls, a. a. O., S. 1317.

**DIE SOWJETUNION – DIE BEFREIERIN EUROPAS
VON DEN
FASCHISTISCHEN DEUTSCHEN UNTERDRÜCKERN**

1

Im Grossen Vaterländischen Krieg führten die Völker der Sowjetunion einen heroischen Kampf, um die Menschheit vor der faschistischen Barbarei zu retten. Das Schicksal der Völker wurde auf den Schlachtfeldern entschieden, auf denen die Sowjetsoldaten die Vernichtungsschläge gegen die Hitlerwehrmacht führten. Das Jahr 1944 zeigte die Befreiungsmision der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte besonders deutlich. Im August und September 1944 führte die Sowjetarmee grosse Angriffsoperationen gegen den Südflügel der deutschen Truppen durch. Durch diese Operationen wurde die Moldauische Sowjetrepublik befreit und Rumänien und Bulgarien aus dem faschistischen Block herausgebrochen. Die neuen grossen Erfolge der Sowjetarmee veränderten die militärpolitische Lage in Südosteuropa wesentlich.

Unter diesen Bedingungen war die von den Regierungen der USA und Grossbritanniens geplante Invasion auf der Balkanhalbinsel strategisch durch nichts mehr gerechtfertigt und politisch sogar schädlich.

Das wichtigste militärische Ereignis dieser Periode war die Operation von Iasi-Kischinow, mit der die Sowjetarmee den gesamten Verlauf der folgenden Kämpfe auf dem Südflügel der sowjetisch-deutschen Front bestimmte. Die deutschen Truppen wurden auf diesem Flügel im Lauf einer strategischen Angriffsoperation zerschlagen, die die Truppen der 2., 3. und 4. Ukrainischen Front, die Schwarzmeerflotte und die Donauflotte durchführten. In den Kampfhandlungen sollte die grosse feindliche Gruppierung im Raum Kischinow zerschlagen und der Balkan als faschistisches Hinterland beseitigt werden. Den Völkern Südosteuropas brachte die Sowjetarmee die Freiheit.

Den-sowjetischen Truppen stand die deutsche Heeresgruppe Südukraine mit zwei deutschen und zwei rumänischen Armeen gegenüber, insgesamt 50 Divisionen. Die Kampfmoral der Divisionen war in den vorangegangenen Kämpfen untergraben.

Der Plan des sowjetischen Oberkommandos sah vor, die deutschen Hauptstreit-

kräfte durch zwei mächtige Schläge einzuschliessen und zu vernichten. Nach diesem Plan wurde der Angriff am 20. August 1944 begonnen und in zwei Richtungen vorgetragen: Die 2. Ukrainische Front führte den Schlag auf die Focsani-Tore und die 3. Ukrainische Front in Richtung Galap-Ismaïl. Während der Offensive vereinigten sich die Truppen beider Fronten südwestlich von Kischinjaw und schlossen damit die grosse gegnerische Gruppierung im Raum Kischinjaw ein. Bis zum 29. August war diese Gruppierung vernichtet. Damit war die erste Etappe der strategischen Operation beendet.

Das Ziel der zweiten Etappe war die Befreiung Rumäniens und Bulgariens.

Über die Angriffskraft der sowjetischen Truppen in Rumänien schreibt Tippelskirch: «Die Front verwandelte sich in ein Chaos... Wie Meereswogen schlugen über den deutschen Truppen die sie von allen Seiten umbrandenden Massen zusammen.»¹ Die sowjetische Offensive vereitelte die Pläne der herrschenden Kreise der USA und Englands, zu denen der rumänische König Michael schon Kontakt aufgenommen hatte.

Am 23. August 1944 verhafteten bewaffnete Abteilungen rumänischer Patrioten, die von der Kommunistischen Partei Rumäniens gebildet worden waren, den faschistischen Diktator Rumäniens, Antonescu, seine Regierung und das Oberkommando und Vertreter des deutschen Oberkommandos in Rumänien.

König Michael wollte die reaktionäre Ordnung retten und erklärte den Austritt Rumäniens aus dem Krieg. Er beauftragte den reaktionären General Sanatescu, eine neue Regierung zu bilden. Sanatescu nahm bekannte Bourgeois, darunter Maniu und Bratianu, in seine Regierung auf. Die bürgerlichen Parteien der Nationalzaranisten (Maniu) und der Nationalliberalen (Bratianu) orientierten sich auf die USA und England und widersetzten sich der demokratischen Umgestaltung Rumäniens. Die reaktionäre rumänische Bourgeoisie war bemüht, an der Macht zu bleiben.

Am 25. August 1944 veröffentlichte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR eine Erklärung, die erneut bestätigte, dass die Sowjetunion nicht die Absicht habe, irgendeinen Teil des rumänischen Territoriums an sich zu reißen, die bestehende Gesellschaftsordnung in Rumänien zu ändern oder seine Unabhängigkeit zu verletzen. In der Erklärung wurde betont, dass die Sowjetregierung es für notwendig halte, gemeinsam mit den Rumänen die Unabhängigkeit des Landes wiederherzustellen und es von dem faschistischen Joch zu befreien. Rumänien

¹ K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 485.

wurde deshalb aufgefordert, seine Truppen an der Seite der Roten Armee gegen die deutschen Truppen einzusetzen.¹

Rumänien erklärte am 26. August 1944, dass es die Waffenstillstandsbedingungen annehme, die von der Sowjetunion schon im Frühjahr vorgeschlagen worden waren. Hitlers Luftwaffe flog einen Angriff auf Bukarest, und seine Truppen versuchten gleichzeitig, die rumänische Hauptstadt zu besetzen. Die Truppen der 2. Ukrainischen Front befreiten jedoch Rumänien schnell. Am 30. August nahmen sie Ploesti, das Zentrum der rumänischen Erdölindustrie, und rückten einen Tag später in Bukarest ein. Ihre weitere Offensive trugen sie durch Transsilvanien in das Hinterland der deutschen und ungarischen Truppen vor, die die Karpatenpässe verteidigten. Die Truppen der 3. Ukrainischen Front griffen längs der Donau auf rumänischem Gebiet nach Süden an und stiessen zur bulgarischen Grenze vor.

Rumänien erklärte erst Deutschland und danach auch Ungarn den Krieg und stellte 12 Divisionen auf, die unter der Führung des sowjetischen Oberkommandos an den Kampfhandlungen gegen Deutschland und Ungarn teilnahmen.

Am 12. September wurde in Moskau der Waffenstillstandsvertrag mit Rumänien unterzeichnet. Im Namen der Vereinten Nationen und im Auftrag der Regierungen der UdSSR, Grossbritanniens und der USA unterzeichnete Marschall der Sowjetunion Malinowski den Waffenstillstandsvertrag.

Der Waffenstillstandsvertrag bewies die Hochherzigkeit und die Grossmut der Sowjetregierung. In ihm beschränkte sich die Sowjetunion auf Forderungen, die für die erfolgreiche Beendigung ihrer Befreiungsmision und für die endgültige Zerschlagung des faschistischen Blocks notwendig waren. Die Waffenstillstandsbedingungen sahen vor, dass Rumänien, nachdem es am 24. August, 04.00 Uhr, die Kampfhandlungen gegen die UdSSR eingestellt hatte und aus dem Krieg gegen die Vereinten Nationen ausgetreten war, unter der Gesamtleitung des sowjetischen Oberkommandos am Krieg gegen Deutschland und Ungarn teilnimmt, um seine Unabhängigkeit und Souveränität wiederherzustellen. Die Staatsgrenze zwischen der UdSSR und Rumänien wurde nach dem Vertrag vom 29. Juni 1940 wiederhergestellt. Der Waffenstillstandsvertrag sah auch vor, Nordtranssilvanien, das Horthyungarn von Hitler erhalten hatte, an Rumänien zurückzugeben.

Rumänien verpflichtete sich, dem sowjetischen Oberkommando das vorhandene deutsche Kriegsmaterial zu übergeben. Rumänien hatte einen Teil der Verluste,

¹ Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 172.

die der Sowjetunion durch den rumänischen Überfall und durch die Okkupation eines Teils des sowjetischen Territoriums zugefügt worden waren, zu ersetzen. Dafür wurden Warenlieferungen für 300 Millionen Dollar vorgesehen, die in sechs Jahren geleistet werden sollten. Rumänien verpflichtete sich, der Sowjetunion die während des Krieges verschleppten Werte und Materialien von Organisationen, Betrieben, Institutionen und einzelnen Bürgern zurückzugeben. Weiterhin sollte die rumänische Regierung bei der Verhaftung von Kriegsverbrechern mit dem sowjetischen Oberkommando zusammenarbeiten, die faschistischen Organisationen beseitigen und ihr Wiedererstehen künftig verhindern. Der Vertrag sah vor, eine Alliierte Kontrollkommission zu bilden, um die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durch Rumänien zu kontrollieren.¹

Am 25. August 1944 erkundigte sich die finnische Regierung über ihre Diplomaten in Schweden, ob die Sowjetregierung mit Waffenstillstandsverhandlungen einverstanden sei. Am 29. August erklärte die Sowjetregierung, von den Bedingungen, die sie zu Beginn des Jahres gestellt hatte, nicht abweichen zu wollen.

Finnlands Lage war im August 1944 durch die sowjetische Offensive im Baltikum endgültig entschieden worden. Ende August und Anfang September waren die Truppen der Heeresgruppe Nord in die Tiefe des Baltikums zurückgeworfen worden und hatten sich auf die neuen Verteidigungslinien zurückgezogen, die von der Südküste des Finnischen Meerbusens an den Westufern des Peipussees und des Wirtssees entlang, längs der Gauja, Memele und Lijelupe und weiter südlich längs der Venta und Dubissa zum Neman verlief.

Ohne die weitere Entwicklung der Ereignisse abzuwarten, erklärte die finnische Regierung in der Nacht zum 4. September, sie nehme die schon zuvor von der Sowjetregierung gestellten Waffenstillstandsbedingungen an und beende die Kampfhandlungen.

Am 19. September wurde in Moskau das Waffenstillstandsabkommen mit Finnland unterzeichnet. Im Namen der Vereinten Nationen und im Auftrag der Regierungen der UdSSR und Grossbritanniens unterzeichnete Generaloberst A. A. Shdanow das Abkommen. Finnland verpflichtete sich, seine Truppen auf die sowjetisch-finnische Grenze von 1940 zurückzunehmen, alle auf seinem Territorium befindlichen deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und sie dem sowjetischen Oberkommando als Kriegsgefangene zu übergeben. Die Sowjetunion war bereit, Finnland dabei zu hel-

¹ Siehe ebenda, S. 205 ff.

fen. Der sowjetisch-finnische Friedensvertrag vom 12. März 1940 erhielt wieder Rechtskraft. Finnland verpflichtete sich, der UdSSR das Gebiet Petsamo (Petschenga), das die Sowjetunion in den Verträgen vom 14. Oktober 1920 und vom 12. März 1940 freiwillig Finnland überlassen hatte, wieder zurückzugeben. Die Sowjetunion verzichtete auf ihre Pachtrechte an der Halbinsel Hanko, und Finnland verpflichtete sich, der Sowjetunion das Gebiet und die Gewässer im Raum von Porkala-Udd als Flottenstützpunkt zu verpachten. In sechs Jahren hatte Finnland Waren im Wert von 300 Millionen Dollar als Reparationen zu liefern.¹ Die übrigen Bedingungen des Waffenstillstandes entsprachen den Bedingungen des rumänischen Waffenstillstandsvertrages.

Die finnische Regierung versuchte, mehrere Waffenstillstandsbedingungen nicht zu erfüllen. Sie bemühte sich, die faschistischen Organisationen zu erhalten, sie hemmte die demokratische Tätigkeit der Volksmassen und unternahm nichts gegen die Antisowjetpropaganda. Das Verhalten der Reaktion empörte die finnische Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Bevölkerungsschichten, die die nationalen Interessen des Landes und des Volkes vertraten. Paasikivi vertrat die Meinung des überwiegenden Teiles der finnischen Bevölkerung, als er am 6. Dezember 1944 erklärte, das Misstrauen müsse beseitigt und Freundschaft geschlossen werden. Er befürwortete eine Aussenpolitik, die sich nicht gegen die Sowjetunion richtete. Seiner Meinung nach sollten Frieden, Eintracht und auf Vertrauen beruhende gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion Grundsätze der finnischen Politik werden.²

Im September 1944 eröffnete die Sowjetarmee eine neue Offensive im Baltikum. Bereits in den ersten zwei Wochen durchbrachen die sowjetischen Truppen die feindliche Verteidigung auf einer 400 Kilometer breiten Front, befreiten die Estnische Sowjetrepublik und warfen den Gegner auf eine Linie zurück, die 25 bis 60 Kilometer von Riga entfernt verlief. In der zweiten Etappe befreiten die sowjetischen Verbände einen grossen Teil der Lettischen Sowjetrepublik mit Riga und drückten die Reste von 35 Divisionen der Heeresgruppe Nord zwischen Lijepaja und Tukum ans Meer.

Das bulgarische Volk, das noch nicht von den deutschen Unterdrückern befreit war, drohte erneut versklavt zu werden.

In dem Beirat für europäische Fragen, der die Bedingungen für die bulgarische Kapitulation ausarbeitete, legten die USA einen Entwurf vor, nach dem Bulgaren von anglo-amerikanischen

¹ Siehe ebenda, S. 215 ff.

² Siehe «Prawda» vom 15. Dezember 1956.

Truppen besetzt werden sollte. Die britischen und amerikanischen Vertreter bemühten sich, die Sowjetunion von der Mitarbeit an den Kapitulationsbedingungen für Bulgarien auszuschalten.

Am 2. September 1944 wurde in Bulgarien eine neue Regierung unter Murawijeff gebildet. Zwei Minister dieser Regierung, Gitscheff und Muschanoff, fuhren nach Kairo. Dort wurden die Pläne der anglo-amerikanischen und griechisch-türkischen Okkupation Bulgariens endgültig ausgearbeitet.¹ Die Invasion in Bulgarien sollte Mitte September erfolgen und die antifaschistische Volksbewegung unterdrücken. Während Dimitri Gitscheff und Muschanoff in Kairo verhandelten, beriet Gemeto in Istanbul. (Dr. G. M. Dimitroff, zeitweiliger Führer der Bauernpartei, floh später nach Amerika – d. dtsh. Red.)

Anfang September traf eine englische geheime Militärmission in Bulgarien ein. In Plovdiv kam der Chef der englischen Mission mit einem Vertreter der bulgarischen Regierung zusammen. Der englische Vertreter teilte mit, dass seine Regierung mit der türkischen Regierung über den unverzüglichen Einmarsch türkischer Truppen in Bulgarien verhandelt habe, weil die sowjetischen Truppen schnell zur bulgarischen Grenze vorstießen. Die bulgarische Regierung fürchtete jedoch, ohne Hilfe von aussen den Volksmassen nicht standhalten zu können, und hatte deshalb ihre engen Beziehungen zu Hitlerdeutschland noch nicht abgebrochen. Die Sowjetregierung hatte die antinationale Politik der bulgarischen Regierung und ihren Anteil an der faschistischen Aggression bereits in mehreren Noten entlarvt. Diese Noten hatten gezeigt, wie verlogen die bulgarischen Machthaber beteuert hatten, eine Politik der Neutralität zu betreiben. Die Haltung der bulgarischen Regierung wurde von der Sowjetunion als direkte Hilfe für Deutschland im Krieg gegen die Sowjetunion gebrandmarkt. Die Sowjetregierung erklärte in ihrer Note vom 5. September, dass sich Bulgarien bereits im Kriegszustand mit der UdSSR befände, weil es Hitlers Überfall auf die Sowjetunion unterstützt habe. Die Sowjetunion erklärte deshalb Bulgarien den Krieg.²

Am 8. September 1944 überschritt die Sowjetarmee auf breiter Front die rumänisch-bulgarische Grenze und rückte in Bulgarien ein. Das bulgarische Volk, dessen Unabhängigkeit die russische Armee 1877/78 im Krieg gegen die Türkei erkämpft hatte, empfing begeistert die Sowjetarmee und half ihr. Georgi Dimitroff sagte dazu auf dem V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei: «In diesem ‚Krieg‘ wurde natür-

¹

Siehe Gesdichte Bulgariens, Bd. 2, Sofia 1955, S. 808.

²

Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 183.

lich kein einziger Sowjetsoldat, kein bulgarischer Soldat getötet, dafür aber hat der Einmarsch der sowjetischen Truppen geholfen, die faschistische Diktatur zu stürzen, und dem bulgarischen Volke die Freiheit und die Unabhängigkeit unseres Staates gesichert.»¹ Die «Vaterländische Front» vom 12. September 1944 schrieb, dass der Weg der Sowjetarmee zur Hauptstadt mit Blumen übersät gewesen sei. Der Einmarsch der Sowjetarmee rettete Bulgarien vor der englisch-amerikanisch-türkischen Intervention, vor der Unterdrückung durch die Monopole der Wallstreet und der Londoner City, vor dem traurigen Los, das später das griechische Volk ereilte.

Das Zentralkomitee der Bulgarischen Arbeiterpartei hatte den bewaffneten Volksaufstand gegen die faschistischen deutschen Okkupanten und ihre bulgarischen Helfershelfer seit Juni 1941 vorbereitet. Die von den Kommunisten geschaffene Vaterländische Front war eine gewichtige gesamt-nationale antifaschistische Kraft. Die bulgarischen Partisanen fügten dem Feind schwere Verluste zu. Das Sowjetvolk half den bulgarischen Patrioten. Sowjetische Flugzeuge warfen Waffen und Munition für die bulgarischen Partisanen ab. Anfang 1944 kämpften in Bulgarien 63 grosse Partisanenverbände. Nach offiziellen Angaben des deutschen Oberkommandos griffen bulgarische Partisanen allein im Juli 1944 in 687 Fällen die deutschen Eindringlinge an. Genosse Dimitroff sagte über die Kampfjahre des bulgarischen Volkes gegen die Eindringlinge: «Diese Periode wird für immer mit goldenen Lettern in der Geschichte unserer Partei und unseres Volkes eingeschrieben bleiben. Beide können sich Tausender und aber Tausender heldenhafter Partisanen und Partisaninnen und ihrer Helfer rühmen, die die Partei organisiert und zum bewaffneten Kampf gegen die deutschen Okkupanten und die bulgarischen Faschisten erhoben hat.»²

In der Nacht zum 9. September 1944 ging das Nationalkomitee der Vaterländischen Front zum entscheidenden Sturm über. Die vereinten Kräfte des Volkes, der Partisanenverbände und des bewussten Teils der Armee stürzten die faschistische Diktatur, beseitigten die Macht der deutschen Agentur und übergaben die Verwaltung des Landes der Regierung der Vaterländischen Front. Die Seele und der Organisator des bewaffneten Aufstandes am 9. September 1944, der der Beginn einer neuen Ära im Leben des bulgarischen Volkes war, war die ruhmreiche bulgarische Kommunistische Partei und ihr Zentralkomitee.

¹ G. Dimitroff, Fünfter Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei. In: Ausgewählte Schriften in drei Bänden, Bd. 3, Berlin 1958, S. 610.

² Ebenda, S. 571 f.

In Bulgarien vereinigten sich der siegreiche Angriff der Sowjetarmee und der antifaschistische Volksaufstand. Die bulgarischen Volksmassen nutzten die günstige Lage aus und errangen den Sieg der volksdemokratischen Revolution.

Am 9. September 1944 stellten die sowjetischen Truppen die Kampfhandlungen in Bulgarien ein. Bald darauf erklärte die neue volksdemokratische Regierung Deutschland und Ungarn den Krieg. Das bulgarische Volk stellte eine 500'000 Mann starke Armee für den Kampf gegen Hitlerdeutschland, die unter der Führung des sowjetischen Oberkommandos bis zum Kriegsende an den Kampfhandlungen auf jugoslawischem, ungarischem und österreichischem Boden teilnahm und bis zu den Ausläufern der österreichischen Alpen vordrang. Die bulgarischen Soldaten und Offiziere kämpften aufopferungsvoll gegen den Faschismus. Das bulgarische Volk trug durch seinen Kampf dazu bei, Südosteuropa schneller von den Okkupanten zu säubern und Hitlerdeutschland endgültig zu zerschlagen.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens weigerten sich lange, Bulgarien als Land anzuerkennen, das an ihrer Seite gegen den Faschismus kämpfte. In seiner Rede vor dem Unterhaus am 28. September 1944 sagte Churchill: «Sie (die Bulgaren – d. dtsh. Red.) können sich darauf gefasst machen, als Kriegführende behandelt zu werden. Was Grossbritannien anbelangt, so werden sie in Hinblick auf das Unrecht, das unseren Verbündeten Griechenland und Jugoslawien von ihrer Hand zugefügt wurde, ihren Frontwechsel lange und eindeutig abverdienen müssen, bevor wir ihnen einen besonderen Status zuerkennen können.»¹

Bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit Bulgarien wandte sich die Sowjetregierung entschieden gegen die Absicht der Regierungen der USA und Grossbritanniens, die dem Land schwere Waffenstillstandsbedingungen aufzwingen wollten und auf hohen Reparationen bestanden, weil ihre Eroberungspläne gescheitert waren. Die amerikanische Luftwaffe flog vom 8. bis 10. September schwere Bombenangriffe gegen die Wohnviertel Sofias.

Die Sowjetunion verteidigte hartnäckig die Rechte und Interessen des bulgarischen Volkes, so mussten die anglo-amerikanischen Pläne scheitern. Wegen des Widerstandes der beiden Westmächte konnte allerdings die Höhe der Reparationen nicht festgesetzt werden. In den Waffenstillstandsbedingungen hiess es nur, Bulgarien habe Reparationen zu entrichten, deren Höhe später festgelegt werde.² Als sich das bulgarische Volk dazu verpflichtete, war es überzeugt, dass die Sowjetunion die

¹ W. S. Churchill, Reden, Bd. 5, 1944. Das Morgengrauen der Befreiung, Zürich 1949, S. 314.

² Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 289.

britischen und amerikanischen Pläne verhindert werde, Bulgarien untragbare Reparationslasten aufzuzwingen. In den übrigen Punkten glich der Waffenstillstandsvertrag mit Bulgarien dem Abkommen mit Rumänien.

Am 28. Oktober 1944 unterzeichnete Marschall der Sowjetunion Tolbuchin im Namen der Vereinten Nationen und im Auftrag der Regierungen der UdSSR, der USA und Grossbritanniens in Moskau den Waffenstillstandsvertrag mit Bulgarien.

Die volksdemokratische Regierung Bulgariens erfüllte ehrlich alle Bedingungen des Vertrages. Die amerikanischen und englischen Imperialisten verhielten sich jedoch äusserst feindselig zum neuen Bulgarien und auch zu den anderen Ländern der Volksdemokratie. Sie versuchten, sich in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einzumischen und ihre Bedingungen für die allgemeinen Wahlen zu diktieren. Die bulgarische Volksregierung hat die Unabhängigkeit des Landes entschlossen verteidigt und konnte sich dabei auf die Hilfe der Sowjetunion stützen.

2

Nach der Befreiung Rumäniens und Bulgariens durch die Sowjetarmee war im Südabschnitt der sowjetisch-deutschen Front eine neue strategische Angriffsoperation vorbereitet worden, um den Südflügel der faschistischen Wehrmacht zu zerschlagen. Die sowjetischen Truppen sollten mit dieser Operation die Karpatoukraine befreien, die Völker der Tschechoslowakei und Jugoslawiens in ihrem Kampf unterstützen, bis zu den deutschen Verbindungslinien nach Albanien und Griechenland vorstossen und Ungarn als letzten Verbündeten Deutschlands ausschalten. Um diese Ziele zu erreichen, setzte die Sowjetarmee die gross angelegte Offensive in südwestlicher Richtung fort.

Die Offensive wurde von den Truppen der 4., 2. und 3. Ukrainischen Front vorgebracht, denen die Armeegruppe Heinrici mit 20 Divisionen, die Heeresgruppe Süd mit über 36 Divisionen und die Kräfte des Oberbefehlshabers Südost mit über 26 Divisionen gegenüberstanden.

In der ersten Etappe der Offensive – vom 28. September bis 28. Oktober 1944 – befreiten die Truppen der 2. und der 4. Ukrainischen Front die Waldkarpaten sowie ganz Transsilvanien und verkürzten damit die Frontlinie erheblich. Die Truppen der 2. Ukrainischen Front nahmen Debrecen und stiessen weiter in Richtung Budapest vor.

Die Truppen der 3. Ukrainischen Front gingen bis zur Grenze Jugoslawiens vor,

dessen Bevölkerung ihre Befreier erwartete. Obwohl die jugoslawische Partisanenbewegung sehr stark war, reichten ihre Kräfte nicht aus, um selbst das Land von den deutschen Okkupanten zu befreien. Etwa drei Viertel des Landes und fast alle grossen Städte waren von den Eroberern noch besetzt.

Das sowjetische Oberkommando bat Jugoslawien zuzustimmen, dass sowjetische Truppen vorübergehend jugoslawischen Boden betreten, um die deutschen und ungarischen Verbände zu zerschlagen. Das Nationalkomitee für die Befreiung Jugoslawiens und das Oberkommando der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee waren damit einverstanden.

Bei Turnu-Severin überschritten die Truppen der 3. Ukrainischen Front die Donau und trugen die Offensive über das Ostserbische Gebirge. Am 8. Oktober erreichten sie das Tal der Morava. Am 14. Oktober 1944 begannen die sowjetischen Truppen den Kampf um Belgrad. Eine grössere deutsche Gruppierung, die sich aus Südjugoslawien zurückzog und sich nach Belgrad durchgeschlagen hatte, wurde von den sowjetischen Truppen südostwärts der Stadt eingeschlossen und war am 19. Oktober endgültig zerschlagen. Am folgenden Tag brachen die in enger Verbindung mit den jugoslawischen Partisanen vorgehenden sowjetischen Truppen den feindlichen Widerstand in Belgrad und befreiten die jugoslawische Hauptstadt. Die bulgarischen Truppen nahmen inzwischen Nis. Auch die Albanische Volksbefreiungsarmee leistete dem jugoslawischen Volk brüderliche Hilfe. Schulter an Schulter mit den jugoslawischen Partisanen säuberten die albanischen Patrioten in mehreren Operationen jugoslawische Städte und Dörfer von den Okkupanten.

Die Waffenbrüderschaft zwischen der Sowjetarmee, der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee, der bulgarischen Armee und der Volksbefreiungsarmee Albanien half den jugoslawischen Völkern, das faschistische Joch abzuschütteln.

Auch in der Tschechoslowakei griff die Befreiungsbewegung schnell um sich und gewann Boden.

An dem Überfall auf die Sowjetunion nahmen auch Slowaken teil, die gezwungen worden waren, für Hitlerdeutschland zu kämpfen. Das deutsche Oberkommando musste diese Verbände jedoch schon im August 1941 wieder von der sowjetisch-deutschen Front zurücknehmen, weil sich die slowakischen Soldaten weigerten, Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. Nach der Stalingrader Schlacht wurden aber erneut Slowaken an die Front geschickt, um die Verluste auszugleichen.

Als Antwort darauf liefen slowakische Soldaten und Offiziere zur Sowjetarmee

und zu den sowjetischen Partisanen über. Am 30. Oktober 1943 ging die 1. slowakische Infanteriedivision vollzählig mit ihrer Ausrüstung bei Melitopol zur Sowjetarmee über. In der Ukraine und in Belorussland bildeten die slowakischen Soldaten Partisanenabteilungen, die Schulter an Schulter mit den sowjetischen Partisanen gegen die faschistischen Okkupanten vorgingen. In den Partisanenverbänden Belorusslands kämpften über 500 ehemalige Soldaten der slowakischen Armee, in der Ukraine 800 und auf der Krim 150 Mann. Eine von Hauptmann Jan Nalepka geführte slowakische Partisanenabteilung erwarb sich durch ihren aufopferungsvollen Kampf die besondere Anerkennung des sowjetischen Volkes.

Diese Abteilung kämpfte seit dem 18. Mai 1943 in den Reihen des Partisanenverbandes von A. N. Saburow. Am 16. November 1943 stürmte dieser Verband die Stadt Owrutsch, um der Sowjetarmee das Vordringen zu erleichtern. In den ersten Reihen der angreifenden Partisanen kämpfte die Abteilung Nalepkas, der in diesem Kampf fiel. Er wurde nach seinem Tode zum Helden der Sowjetunion ernannt und mit dem höchsten Orden der Tschechoslowakischen Republik, dem Orden des Weissen Löwen, ausgezeichnet. Auch die Heldentaten seiner Partisanen wurden durch hohe Orden geehrt.

Im Lauf der Zeit verlegten die slowakischen Partisanen die Kampfhandlungen in ihr Heimatland, in dem ebenfalls Partisanenabteilungen kämpften. Ende August 1944 gab es in der Slowakei schon über vierzig Partisanenformationen. Die Sowjetunion unterstützte den Kampf der slowakischen Partisanen. Am 8. August 1944 sprang die 23 Mann starke Abteilung des Hauptmanns Jegorow über slowakischem Boden ab. Nach einer Woche kämpften in dieser Abteilung bereits 850 Mann.¹ Sie wuchs später auf fast 5'000 Kämpfer an, unter ihnen befanden sich Menschen aus zweiundzwanzig Nationen: Slowaken, Tschechen, Russen, Ukrainer, Weissrussen, Ungarn und andere. Die Partisanenabteilung des Helden der Sowjetunion, Oberstleutnant Karassew-Stepanow, drang aus dem Raum Minsk bis in die Slowakei vor. Aus dieser Abteilung ging die Partisanenbrigade Nitra hervor. Die Emigrantenkreise versuchten von London aus den Kampf des slowakischen Volkes gegen die deutschen Faschisten zu schwächen. In den Kriegsrat der slowakischen Partisanenbewegung drangen Agenten der Emigrantenregierung unter Oberstleutnant Golian ein.² Golian berichtete nach London, dass die Kämpfe der

¹ Siehe M. Gosirovski, Der slowakische Nationalaufstand. In: Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges, Berlin 1958, S. 417.

² Siehe «Rude Pravo» vom 19. Januar 1950.

Partisanen gegen die Deutschen nur Scherereien einbrächten, und bat deshalb darum, sie zu verbieten.¹

Am 29. August 1944 drangen faschistische Truppen in die Slowakei ein, um die Partisanenbewegung niederzuschlagen. Um diesen Einfall zurückzuweisen und die vorstossenden Sowjetarmeen zu unterstützen – ihnen durch einen Schlag gegen die deutschen Truppen im Hinterland die Karpatenpässe frei zu machen – erhoben sich die slowakischen Patrioten. Am nächsten Tag hatte der Aufstand bereits die Mittel- und Teile der Ostslowakei ergriffen: von den Staatsgrenzen im Süden bis zur Mala Fatra, der Hohen Tatra und bis zur Stadt Levoca im Norden, von den Flüssen Nitra und Rajcanka im Westen bis Spisská Nova Ves im Osten. Das Zentrum des Aufstandes war Banska Bystrica.

Der slowakische Volksaufstand hatte sich aus dem nationalen Befreiungskampf des slowakischen Volkes entwickelt, der bereits nach der Münchener Konferenz begonnen hatte. Der Aufstand war der Höhepunkt des revolutionären antifaschistischen Kampfes des slowakischen Volkes.

Die Kommunisten waren das Herz und die Seele des Aufstandes. Das militärische Rückgrat des Befreiungskampfes bildeten die Partisanenabteilungen, die vor allem aus Arbeitern und Angehörigen der Dorfarmut bestanden.

Die Sowjetunion leistete den slowakischen Aufständischen grosse Hilfe. Sowjetische Flieger versorgten sie mit Waffen, Munition und Medikamenten, sie evakuierten Verwundete und Kranke, Frauen und Kinder. Sie setzten eine tschechoslowakische Luftlandebrigade im Raum des Aufstandes ab, die in der Sowjetunion gebildet worden war. Um die slowakischen Aufständischen noch besser unterstützen zu können, entschloss sich die Sowjetregierung, die Duklapass-Operation durchzuführen. Die sowjetischen Truppen erhielten die Aufgabe, die deutsche Verteidigung nördlich der Karpaten zu durchbrechen, zum Duklapass durchzustossen, ihn zu überwinden und in die Slowakei einzudringen. Die Truppen der 1. Ukrainischen Front begannen am 8. September 1944 die Operation, an der auch das tschechoslowakische Korps teilnahm. Nördlich der polnischen Stadt Krosno wurde die deutsche Verteidigung durchbrochen. Am 6. Oktober erreichten die sowjetischen und die tschechoslowakischen Truppen am Duklapass die tschechoslowakische Staatsgrenze und hissten hier die tschechoslowakische Nationalflagge. Der 6. Oktober wird deshalb in der Tschechoslowakischen Republik als Tag der Armee gefeiert.

Die sowjetischen und tschechoslowakischen Truppen überwandten die Karpaten und

¹ Siehe «Nase vojsko», Nr. 34, 1950, S. 5.

befreiten die ersten slowakischen Dörfer. Der sowjetische Vorstoss vereitelte die Absicht der Faschisten, die Partisanenabteilungen in den Bergen zu zerschlagen und sich an der Bevölkerung grausam zu rächen.

Der Volksaufstand in der Slowakei wird in der Geschichte des slowakischen Volkes unvergessen bleiben. Er nimmt einen historischen Platz im Kampf der tschechoslowakischen Werktätigen für die neue volksdemokratische Ordnung ein. Die zur Unterstützung der Aufständischen durchgeführte Duklapass-Operation der Sowjetarmee bewies die Befreiungsmision der Sowjetunion und die unzerstörbare Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und der Tschechoslowakischen Republik. Klement Gottwald sagte, dass im Kampf am Duklapass die Losung entstand, die sich fest im Empfinden und im Bewusstsein des Volkes verwurzelt hat: «Für alle Zeit an der Seite der Sowjetunion! Wir werden stets zur Sowjetunion halten!»¹

Der Aufstand traf die faschistischen Truppen schwer, weil er ein wichtiges frontnahes Gebiet ihres Hinterlandes ausschaltete. Die Aufständischen fesselten in der Slowakei acht faschistische Divisionen, die über 55'800 Soldaten und Offiziere und eine grosse Menge Waffen und Material verloren.²

Während des Aufstandes konnte sich das tschechoslowakische Volk wirklich davon überzeugen, dass es in der Sowjetunion einen treuen Freund hat, auf den es sich verlassen kann. Die Emigrantenregierung hatte jedoch gezeigt, wie fremd ihr die Interessen der Volksmassen waren und wie weit sie sich von ihnen entfernt hatte. Sie protestierte sogar gegen die Duklapass-Operation der Sowjetarmee.³

Die zweite Etappe der sowjetischen Offensive auf dem Südflügel der sowjetisch-deutschen Front begann am 29. Oktober 1944 und dauerte bis zum 23. Februar 1945.

Am 29. Oktober 1944 eröffneten die Truppen der 2. Ukrainischen Front den Angriff auf Budapest. Schon am 8. November hatten sie den äusseren Verteidigungsring der Stadt erreicht. Ein Teil der feindlichen Truppen wurde in den Kämpfen von Budapest abgeschnitten, im Donaubogen eingeschlossen und am 30. Dezember völlig zerschlagen. Am 26. Dezember war die etwa 180'000 Mann starke Budapestener Gruppierung des Gegners völlig eingeschlossen. Die Versuche der deutschen Truppen, nach Budapest durchzubrechen, um diese Gruppierung zu entsetzen, wurden zurückgeschlagen. Am 12. Februar 1945, als die in der Stadt einge-

¹ «Rude Pravo» vom 11. Oktober 1949.

² Siehe M. Gosirovski, a. a. O., S. 418.

³ Siehe S. Fierlinger, Vesluzbach CSR (Im Dienste der CSR), Prag 1949,

schlossenen Truppen schon fast vernichtet waren, versuchten sie noch aus Budapest auszubrechen. Einzelne feindliche Gruppen konnten in die Wälder nordwestlich der Stadt entkommen. Sie wurden dort eingeschlossen und vernichtet.

Am 21. Dezember 1944 wurde in der von der Sowjetarmee befreiten ungarischen Stadt Debrecen die Provisorische Nationalversammlung Ungarns eröffnet, auf der die Provisorische Nationalregierung gebildet wurde. Diese Regierung erfüllte den Willen des ungarischen Volkes, Ungarn schied aus dem Krieg an der Seite Deutschlands aus, das damit seinen letzten Satelliten verlor. Am 28. Dezember 1944 erklärte Ungarn Deutschland den Krieg und schloss sich der antifaschistischen Koalition an. Die Sowjetarmee hatte das ungarische Volk vor schweren Opfern bewahrt und ihm seine Unabhängigkeit zurückgegeben.

Die Sowjetunion half trotz der grossen Anspannung, die die gewaltigen Angriffsoperationen von ihr erforderten, den befreiten Völkern, ihre Wirtschaft wieder herzustellen und normale Lebensbedingungen für die Bevölkerung zu schaffen. Im August und September 1944 schickte sie unentgeltlich Medikamente, Lebensmittel und andere äusserst notwendige Waren, darunter 10'000 Tonnen Mehl, in die befreiten polnischen Gebiete. Im Oktober 1944 wurde der erste sowjetisch-polnische Handelsvertrag unterzeichnet. Die Sowjetunion verpflichtete sich, Rohstoffe und Brennmaterial für die polnische Industrie zu liefern. Ähnlich half sie auch Bulgarien und Rumänien.

Die Sowjetregierung lieferte auch an Jugoslawien Lebensmittel. Durch die Hilfe der Sowjetunion erhöhte sich der Lebensstandard der jugoslawischen Werktätigen in einem Jahr um 400 bis 500 Prozent. Die Sowjetarmee errichtete in der Nähe von Belgrad eine grosse, etwa zwei Kilometer lange Stahlbrücke über die Donau, bei Jagodina eine Brücke über die Morava und mehrere andere Brücken. Seit Beginn des Jahres 1945 half die Sowjetunion auch dem befreiten Ungarn.

Am 20. Januar 1945 unterzeichnete Marschall der Sowjetunion Woroschilow im Namen der Vereinten Nationen und im Auftrag der Regierungen der UdSSR, der USA und Grossbritanniens in Moskau den Waffenstillstandsvertrag mit Ungarn. Ergänzt den schon früher abgeschlossenen Verträgen. Der Artikel 12 des Vertrages sah einen Schadenersatz für die Schäden vor, die Ungarn der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawien zugefügt hatte. Das Land sollte Waren im Wert von 300 Millionen Dollar im Lauf von 6 Jahren liefern, davon zwei Drittel an die Sowjetunion.

Die historischen Siege der Sowjetarmee hatten 1944 den faschistischen Block endgültig auseinandergeschlagen. Hitlerdeutschland hatte nun in Europa keinen Verbündeten mehr. Der Krieg in Europa konnte jetzt schneller siegreich beendet werden.

Der Block hatte für Deutschland nicht nur politischen Wert. Die Armeen der Vasallenstaaten beeinflussten das Kräfteverhältnis erheblich zugunsten der faschistischen Aggressoren. Die Wirtschaft dieser Länder war zum engen Bestandteil der Kriegswirtschaft Hitlerdeutschlands geworden.

Seit dem zweiten Halbjahr 1944 sank die deutsche Kriegsproduktion. Vom Mai 1944 bis Januar 1945 verlor die deutsche Industrie 15 Prozent ihrer Produktionskapazitäten. Auf das in dieser Zeit von den sowjetischen Truppen besetzte Gebiet Ostpreussens, Danzigs, Westpreussens und Posens entfiel fast ein Siebtel aller deutschen Industriearbeiter.¹

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich der Umfang der deutschen Kriegsproduktion verringerte.²

Kriegsproduktion Deutschlands

Monate	Produktion	
	in Milliarden Mark	in Prozent zu Januar/Februar 1942
1944		
Juli	2,99	322
August	2,76	297
September	2,80	301
Oktober	2,54	273
November	2,49	268
Dezember	2,45	263
1945		
Januar	2,11	227
Februar	1,62	175
März	1,34	145

Selbst im März 1945 lag die deutsche Kriegsproduktion noch fast um 150 Prozent über der Produktion zu Beginn des Jahres 1942. Deutschland verfügte trotz der gewaltigen Verluste noch über bedeutende Streitkräfte. Um den Hitlerfaschismus endgültig zu zerschlagen und die Völker Europas ganz zu befreien, waren noch gewaltige Anstrengungen notwendig.

¹ Siehe Die deutsche Industrie im Kriege, a. a. O., S. 91.

² Ebenda, S. 114.

Das Sowjetvolk und seine Armee bereiteten sich auf den letzten Schlag gegen den Feind vor.

3

Auch die Befreiung der westeuropäischen Staaten vom faschistischen Joch war nur durch die welthistorischen Siege der Sowjetarmee möglich. Wie Jean Cathala schreibt, «weiss jeder anständige Franzose, dass er seine Befreiung der Roten Armee verdankt»¹. Der Grosse Vaterländische Krieg der Sowjetunion und der Kampf der europäischen Völker für Freiheit und nationale Unabhängigkeit sind nicht zu trennen.

Die Sowjetarmee zerschlug die Hauptkräfte der Hitlerfaschisten, während die französischen Patrioten wesentlichen Anteil am erfolgreichen Vormarsch der anglo-amerikanischen Truppen haben.

Die französischen Patrioten zerschlugen die deutschen Garnisonen auf dem Angriffsweg der anglo-amerikanischen Truppen und kämpften für sie die Strasse frei. Die alliierten Truppen, sowohl die in der Normandie wie auch die am 15. August in Südfrankreich gelandeten Verbände, gingen nur längs der Hauptverkehrsstrassen vor. Den grösseren Teil Frankreichs liessen sie unbeachtet. Die herrschenden Kreise der USA und Englands sind deshalb mit dafür verantwortlich, dass die faschistischen Truppen dem französischen Volk noch schwere Verluste zufügten, sie sind mitverantwortlich für den faschistischen Terror, der sich noch in Frankreich austobte. Um die Befreiungsbewegung zu untergraben, berichteten die britischen und amerikanischen Sender nicht mehr über die Siege der Sowjetarmee und über die Kampfhandlungen der eigenen Truppen. Im entscheidenden Augenblick des Kampfes wurde die Führung der illegalen Bewegung und die ganze französische Bevölkerung über die Kriegslage völlig in Unkenntnis gelassen.

Amerikanische und englische Bomberverbände flogen weiterhin Angriffe gegen die Arbeiterviertel der französischen Städte. Diese Luftangriffe konnten vom militärischen Standpunkt aus nie gerechtfertigt werden. Sie waren bewusste Repressalien gegen das französische Proletariat. Die amerikanische Luftwaffe zerstörte Häfen, Flugzeugwerke und andere Betriebe, um die französische Industrie zu schwächen und sie als Konkurrenten für die Nachkriegszeit auszuschalten. Im Herbst 1944 griff die amerikanische Luftwaffe die Arbeiterviertel von Marseille an, in die sich französische Partisanen zurückgezogen hatten.

Die französischen Patrioten nahmen, begeistert vom heroischen Beispiel des sowje-

¹ J. Cathala, Sie verraten den Frieden, Moskau 1951, S. 92.

tischen Volkes, ihre Befreiung in die eigenen Hände. Schwach bewaffnet, schlecht gekleidet und hungrig, schlugen sie die Okkupanten und befreiten grosse Teile des Landes, ganze Departements. «Nach dem 6. Juni erfolgte ein Massenaufgebot von der Bretagne bis zu den Alpen, von den Pyrenäen bis zum Jura. Ganze Departements befreiten sich aus eigener Kraft. Das war wirklich die nationale Erhebung... Auch hier standen die Kommunisten in der vordersten Kampflinie.»¹

Allein in den organisierten Verbänden der «Inneren französischen Kräfte» kämpften 500'000 Franzosen für die Freiheit ihrer Heimat. Ausserdem waren Millionen Patrioten am Volksaufstand und an der Befreiung Frankreichs beteiligt. Die Kommunistische Partei hatte eine mächtige, patriotische Massenbewegung geschaffen, wie sie Frankreich in seiner Geschichte noch nicht erlebt hatte.

Der steigende Einfluss der Kommunistischen Partei Frankreichs und das Streben des französischen Volkes nach Freiheit und nationaler Unabhängigkeit beunruhigte die britischen und amerikanischen Imperialisten und die französischen Emigranten sehr. Alle Kräfte der internationalen Reaktion schlossen sich gegen die kämpfenden französischen Patrioten zusammen. Dieser Block trat besonders anschaulich im Kampf gegen den Aufstand der Pariser Werktätigen zutage.

Am 14. August begannen die Pariser Arbeiter mit Massenstreiks gegen die deutschen Okkupanten. Am 18. August wurde in ganz Paris ein von Maurice Thorez, Jaques Duclos, Marcel Cachin und anderen Führern der Kommunistischen Partei Frankreichs unterzeichneter Aufruf verteilt. Er forderte zum bewaffneten Volksaufstand in der Hauptstadt auf. Am nächsten Tag eröffneten die Aufständischen auf der ganzen Front den Angriff gegen die Faschisten. Das Pariser Komitee für Befreiung beauftragte den Kommunisten Rol-Tanguy mit der Leitung des Aufstandes. Er war Metallarbeiter und hatte in Spanien im Kampf gegen den Faschismus seine militärische Ausbildung erhalten. Eine Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener, die aus deutschen Konzentrationslagern ausgebrochen waren, nahm aktiv am Aufstand des Pariser Proletariats teil. Sie befreite das Gebäude der sowjetischen Botschaft und hisste die sowjetische Flagge. Die bewaffneten Abteilungen der Patrioten befreiten die politischen Gefangenen aus dem Pariser Gefängnis Fresnes.

Ohne die weitere Entwicklung der Ereignisse abzuwarten, flohen Pétain, Laval und andere Minister der Vichyregierung nach Deutschland.

Die Pariser Aufständischen hielten den Widerstand der starken deutschen Garni-

¹ M. Thorez, a. a. O., S. 162f.

son erfolgreich nieder. Der Rechtssozialist Meyer und der Vertreter der katholischen Reaktion, Bidault, unterstützten die Faschisten. Sie schlugen den Aufständischen vor, einen Waffenstillstand mit der deutschen Garnison zu schliessen, um die Vernichtung der deutschen Truppen zu verhindern. Als die Aufständischen diesen Vorschlag ablehnten, liessen Meyer und Bidault dennoch die Meldung verbreiten, mit der Garnison sei ein Waffenstillstand geschlossen worden. Der Gegner konnte aus der französischen Hauptstadt abziehen.¹

Die Faschisten nutzten den Verrat Meyers und Bidaults aus und räumten am 21. August Paris. Sie versuchten dabei die Stadt zu zerstören, besonders die Werke, Brücken und Denkmäler. Der deutsche General von Choltitz hatte schon am 10. August aus Berlin den Befehl erhalten, alle Werke in Paris zu zerstören.² Doch das französische Volk vereitelte diese Absichten.

Nachdem die deutschen Truppen durch neue Kräfte verstärkt worden waren, griffen sie Paris an. Die amerikanischen Truppen standen noch 80 Kilometer vor der Stadt, und wenn es das amerikanische Oberkommando gewollt hätte, hätten sie nach Paris vorstossen können.³ General Patton erhielt jedoch den Befehl, nicht auf Paris vorzugehen. In seinen Erinnerungen gibt er zu, dass er in Paris hätte einrücken können, «wenn es nur nicht verwehrt worden wäre»⁴. Die herrschenden Kreise der USA und Englands gaben den faschistischen Truppen die Möglichkeit, in die französische Hauptstadt einzubrechen, um den Aufstand niederzuwerfen. Die Pariser schlugen jedoch alle Angriffe des Feindes zurück.

Als es sich zeigte, dass die deutschen Angriffe erfolglos bleiben würden, verhandelten die anglo-amerikanischen Truppen mit dem deutschen Oberkommando über den Zugang ihrer Truppen nach Paris. Die deutsche Seite vertrat der Kommandant von Paris, General von Choltitz. Der schwedische Generalkonsul in Paris, Nordling, vermittelte zwischen beiden Seiten. Sein Bruder hatte als Verbindungsmann den amerikanischen Stab aufgesucht. Während anglo-amerikanische Truppen in die Stadt einrückten, blockierten deutsche Truppen weiterhin Paris.

Die Kommunistische Partei Frankreichs erwarb sich durch ihren unermüdlichen und aufopferungsvollen Kampf um die Befreiung des Landes die Liebe und Unterstützung der werktätigen Massen. Sie bewies mit ihm den hohen Patriotismus der Kommunisten, ihre Liebe zum Volk und ihre Treue zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

¹ Siehe «France d'Abord» vom 19. August 1948.

² Siehe «Figaro» vom 21. Juli 1951.

³ Siehe J. Duclos, Paris se bat (Paris kämpft) In «l'Humanité» vom 25. August 1944.

⁴ G. S. Patton, Krieg, wie ich ihn erlebte, Bern 1950, S. 85.

In Paris wurde die Provisorische Regierung der Französischen Republik mit de Gaulle an der Spitze gebildet. Am 23. Oktober erkannten die UdSSR, die USA und Grossbritannien die Regierung offiziell an. Doch die Haltung der Westmächte zum wieder auflebenden Frankreich unterschied sich grundlegend von der Haltung der Sowjetunion zum neuen Frankreich. Die Regierungen der USA und Grossbritanniens erklärten ganz offen, dass sich Frankreich nicht wieder zur Grossmacht entwickeln dürfe. Dazu schrieb de Gaulle: «Kaum aber war Amerika in den Krieg eingetreten, da meinte Roosevelt, der Frieden sei der amerikanische Frieden, ihm selbst komme es zu, Vorschriften für die Friedensregelung zu machen, die durch die Prüfung hinweggefegten Staaten unterlägen seinem Urteilsspruch, und insbesondere für Frankreich sei er der Retter und Schiedsrichter. Zudem durchkreuzte die Tatsache, dass Frankreich mitten im Kampf wieder als souveräne und unabhängige Nation erstand, seine Absichten.»¹

Anders verhielt sich die Sowjetunion zu Frankreich. Sie achtete in ihrer Politik die nationalen Rechte Frankreichs und bemühte sich ehrlich, dem französischen Volk bei der Wiedergeburt Frankreichs als unabhängige und souveräne Macht zu helfen. Das Sowjetvolk bot dem französischen Volk die Hand zur freundschaftlichen Hilfe und Unterstützung, weil beide Länder gemeinsame Interessen besaßen und durch die deutsche Aggression schwere Verluste erlitten hatten.

Diese Politik hatte die UdSSR schon 1943 veranlasst, das Französische Nationalkomitee anzuerkennen. Damals erklärte der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR in seinem Schreiben an den britischen Premierminister: «Ich bin dafür, dass das Französische Nationalkomitee für Befreiung in der Kommission für die Verhandlungen mit Italien vertreten ist.»²

Die Sowjetunion schlug auch vor, französische Vertreter zur Konferenz in Dumbarton Oaks heranzuziehen, die das Statut der Organisation der Vereinten Nationen vorbereitete. Frankreich wurde ebenfalls in den Kreis der fünf Grossmächte aufgenommen und gehörte damit zu den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. Auf Drängen der Sowjetunion erhielt die Provisorische Regierung am 11. November 1944 die Einladung, als viertes ständiges Mitglied im Beirat für europäische Fragen mitzuarbeiten. Frankreich erhielt damit jetzt bereits das Recht, Deutschland ebenfalls zu besetzen und im Kontrollrat für Deutschland mitzuarbeiten.

Das französische Volk war der Sowjetunion für die uneigennützigte Hilfe und für

¹ Ch. de Gaulle, *Mémoires de guerre. L'Unité 1942-1944* (Kriegserinnerungen 1942-1944. Die Einheit), a. a. O., S. 80.

² Briefwechsel, Bd. 1, S. 152.

die Verteidigung der nationalen Rechte Frankreichs, für seine Befreiung vom faschistischen Joch zutiefst dankbar und forderte noch während des Krieges beharrlich engere sowjetisch-französische Beziehungen. De Gaulle musste darauf eingehen. Bereits am 25. Juli 1944 sagte er: «Ich füge hinzu, dass die so günstige Haltung, die von der ... Regierung der Sowjetunion, deren Rolle im Kriege entscheidend ist, ebenso wie sie es morgen im Frieden sein wird, seit Langem uns gegenüber eingenommen wird, uns Anlass zu der Hoffnung gibt, dass Frankreich und Russland, sobald dies möglich sein wird, untereinander die Bedingungen einer engen Zusammenarbeit festlegen werden, von denen, wie ich glaube, in Zukunft die Sicherheit und das Gleichgewicht in Europa abhängen.»¹

Die Sowjetunion lud Vertreter der französischen Regierung nach Moskau ein, um über den Abschluss eines Freundschafts- und Beistands Vertrages zu verhandeln. Beide Staaten unterzeichneten am 10. Dezember 1944 einen Bündnisvertrag für 20 Jahre, in dem sie sich verpflichteten, sich gegenseitig im Kampf gegen Hitlerdeutschland zu unterstützen. Beide Partner waren bereit, ohne gegenseitiges Einverständnis nicht mit den deutschen Eroberern zu verhandeln. Der Vertrag ging auch auf die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen in der Nachkriegszeit ein. Beide Seiten verpflichteten sich, keine gegen die andere Seite gerichteten Koalitionen oder Bündnisse abzuschliessen, gemeinsame Massnahmen zur Abrüstung Deutschlands zu treffen und einander auch militärisch zu helfen, wenn Deutschland erneut einen der beiden Staaten überfallen sollte.²

Der sowjetisch-französische Vertrag diente dem Frieden und der Sicherheit der Völker Europas. Er entsprach völlig den nationalen Interessen beider Völker. Deshalb begrüßte ihn das französische Volk auch begeistert. Die herrschenden Kreise des Landes hielten sich allerdings nicht an die vertraglichen Verpflichtungen. Sie verletzen sie, als sie den Militärblock mit Westdeutschland schufen, die westdeutsche Remilitarisierung unterstützten und die Wiedergeburt des deutschen Militarismus und Revanchismus förderten. Diese Politik bedroht den Frieden in Europa, vor allem aber auch Frankreich selbst.

Im September 1944 erhoben sich die belgischen Patrioten zum allgemeinen bewaffneten Aufstand, den die Kommunistische Partei Belgiens leitete. An diesem Aufstand nahm die Partisanenbrigade «Für die Heimat» teil, die aus faschistischen Lagern geflohene sowjetische Kriegsgefangene gebildet hat. Der Aufstand trug ent-

¹

Ch. de Gaulle, a.a.O., S. 586.

²

Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, Bd. 2, a.a.O., S. 327ff.

scheidend zur Befreiung Belgiens bei. Auch während der deutschen Ardennenoffensive zu Jahresbeginn 1945 verteidigten die Partisanen standhaft die Heimat-erde.

Die italienische Partisanenbewegung ging als mächtige Kraft in das Jahr 1944 und wurde immer stärker. Die italienischen Partisanen koordinierten ihre Aktionen mit denen der Partisanen der Nachbarländer. Im Mai 1944 schlossen sie einen Vertrag mit den französischen und den slowenischen Partisanen.

Am 31. Dezember 1944 tagte der Nationale Volksrat in Lublin. Der Vorsitzende des Rates, Boleslaw Bierut, hob in seiner Rede die Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung Polens hervor. «Ohne die Hilfe der Sowjetunion», sagte er, «wäre Polen nicht imstande gewesen, sich mit eignen Kräften von der hitlerfaschistischen Sklaverei zu befreien. Für die Wiederherstellung der Streitkräfte und unserer Unabhängigkeit unter den Bedingungen der unerhörten Zerstörung des Landes hat Polen Hilfe erhalten.»¹ Der Rat beschloss, gestützt auf zahlreiche Entschliessungen der polnischen Arbeiter, Bauern und der Intelligenz, das Polnische Komitee für Nationale Befreiung zur Provisorischen Regierung umzubilden. Die herrschenden Kreise der USA und Englands mischten sich jetzt in die inneren Angelegenheiten Polens ein. Churchill hielt vor dem Parlament eine antipolnische Rede. Roosevelt drohte dem polnischen Volk mit «grossen politischen Komplikationen». Doch das polnische Volk war um sein Schicksal nicht beunruhigt, da seine Unabhängigkeit, sein Recht, die inneren Lebensfragen nach eigenem Ermessen zu lösen, von der Sowjetunion geschützt wurden.

Die Freundschaft zwischen beiden Völkern festigte sich. Die Sowjetunion erkannte am 4. Januar 1945 als erster Staat die Provisorische Regierung an und nahm diplomatische Beziehungen zu ihr auf.

Im Oktober 1944 führte die Sowjetarmee im Zusammenwirken mit der Nordmeerflotte eine Angriffsoperation im Polargebiet durch, um die sich hier verteidigende gegnerische Gruppierung zu zerschlagen und das Gebiet Petsamo (Petschenga) zu befreien. Während der Offensive durchbrachen die sowjetischen Truppen die tiefgestaffelte feindliche Verteidigung, sie zerschlugen die deutschen Truppen und befreiten Petschenga. Am 22. Oktober erreichten die sowjetischen Truppen die norwegische Grenze und rückten in Norwegen ein. Die Sowjetarmee befreite einen beträchtlichen Teil Nordnorwegens von den deutschen Eindringlingen und half dem norwegischen Volk brüderlich. Deutschland verlor seine günstig gelegenen

¹ «Prawda» vom 1. Januar 1945.

Häfen und Stützpunkte. Die deutsche Flotte musste die Barentssee und ihre norwegischen Stützpunkte räumen. Die norwegischen Patrioten konnten damit Ende 1944 bis Anfang 1945 ihre Heimat endgültig von den deutschen Okkupanten befreien.

Die Ereignisse des Jahres 1944 zeigten die edle Mission des sowjetischen Volkes. Während die herrschenden Kreise der USA und Englands die Völker weiterhin zu unterdrücken suchten, reaktionäre und faschistische Kräfte gewaltsam wieder einsetzen wollten, befreite die Sowjetarmee durch ihre Schläge gegen die deutschen Armeen die Völker vom faschistischen Joch.

Jeder Schritt der Sowjetunion zum Sieg über das faschistische Deutschland bewies den gerechten Befreiungscharakter des Grossen Vaterländischen Krieges und die tiefe Achtung der Sowjetunion gegenüber den Rechten anderer Völker. Die Sowjetsoldaten waren von der Solidarität mit allen fortschrittlichen demokratischen Kräften durchdrungen. Die Erfolge der Sowjetunion zeugten von der unbestreitbaren Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Deshalb stieg auch die Autorität der UdSSR, und der Einfluss der Ideen des Kommunismus in allen Ländern wuchs.

Es ist der Sowjetunion zu verdanken, dass in mehreren Ländern Ost- und Südosteuropas günstige Bedingungen für den Sieg der Volksmassen geschaffen werden konnten. Der heroische Kampf der sowjetischen Werktätigen um ihre Freiheit und Unabhängigkeit, um die grossen Errungenschaften des Sozialismus wurde zum leuchtenden Beispiel für die Völker des Erdballs.

4

Die erfolgreichen Operationen der Sowjetarmee schufen 1944 günstige Bedingungen für die Befreiung Griechenlands. Im Oktober 1944 begann die Sowjetarmee eine Operation, um den Südflügel des faschistischen Heeres zu zerschlagen und Jugoslawien und Ungarn zu befreien. Das deutsche Oberkommando warf alle Kräfte, die es in Südosteuropa besass, nach Ungarn und versuchte, dadurch den ungestümen Druck der sowjetischen Truppen aufzuhalten. Die entstandene Lage zwang die deutschen Truppen, die Griechenland besetzt hielten, eiligst das Land zu räumen. Die griechische Volksbefreiungsarmee (ELAS) folgte den abziehenden deutschen Verbänden auf den Fersen. Sie verfügte über beträchtliche Kräfte, die sich in den ununterbrochenen Kämpfen gegen die Okkupanten gestählt hatten.

Dem griechischen Volk stand also der Weg für eine unabhängige und freie demokratische Entwicklung offen. Der grösste Teil Griechenlands, darunter auch die Hauptstadt Athen, war von den Okkupanten befreit. Die britischen und amerikanischen Imperialisten fürchteten jedoch den Sieg des griechischen Volkes, weil er ihre Pläne bedrohte. Schon im August 1944 stellte die britische Regierung Truppen für die Intervention gegen das griechische Volk bereit.¹ In einem Brief an die Regierungsmitglieder wies Churchill darauf hin, dass England nach der Befreiung Rumäniens und Bulgariens durch die Sowjetunion nun Griechenland erobern müsse, um sich in diesem Teil Europas festsetzen zu können.²

Während der vergangenen Jahre hatte die britische Regierung enge Beziehungen zu den griechischen Monarchofaschisten, die sich zum Teil ausserhalb des Landes, in Nordafrika, befanden, zum Teil aber auch in Griechenland selbst aufhielten, unterhalten. Die griechischen Monarchisten machten die englische Regierung darauf aufmerksam, dass die Truppen der EL AS im Norden des Landes in heftige Kämpfe gegen die Deutschen verwickelt seien und der Süden dadurch ungedeckt sei. Einer der Reaktionäre, Papandreu, sandte Churchill rechtzeitig ein Telegramm, in dem England aufgefordert wurde, in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einzugreifen.³

In der Nacht zum 4. Oktober 1944 landeten englische Truppen an der südgriechischen Küste, ohne auf Widerstand zu stossen. In zwei Monaten hatte die englische Regierung ihre Streitkräfte über ganz Griechenland verteilt. Am 3. Dezember 1944 provozierten englische Interventen in Athen einen Zwischenfall und begannen daraufhin die militärischen Aktionen gegen das griechische Volk. Churchill verlangte von dem englischen Oberbefehlshaber, General Scobie, schärfste Massnahmen: *«Zögern sie aber nicht, so zu handeln, als befänden Sie sich in einer eroberten Stadt, in der ein örtlicher Aufstand ausgebrochen ist... Wir müssen unsere Position und Autorität in Athen behaupten. Sie würden sich das grösste Verdienst erwerben, wenn es Ihnen ohne Blutvergiessen gelänge, nötigenfalls aber auch mit Blutvergiessen.»*⁴ Churchill erinnerte an das Telegramm Arthur Balfours an die englischen Behörden in Irland in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts: *«Zögern Sie nicht zu schiessen.»*⁵ In seiner Unterhausrede vom 8. Dezember 1944 erklärte Churchill zynisch, dass die englischen Truppen eine Intervention in Griechenland

¹ Siehe W. S. Churchill, a. a. O., S. 331.

² Siehe ebenda, S. 276 f.

³ Siehe D. Chevrier und A. Marin, a. a. O., S. 69.

⁴ W. S. Churchill, a. a. O., S. 338.

⁵ Ebenda.

durchführten, die militärisch gar nicht notwendig gewesen wäre, da die Lage der deutschen Truppen in Griechenland längst hoffnungslos geworden sei.¹

Die Besetzung Griechenlands durch englische Truppen empörte die Weltöffentlichkeit. Das englische Volk wandte sich gegen dieses Unternehmen. Die Konservativen und Liberalen unterstützten dagegen in der Parlamentsdebatte über die griechische Frage die britische Politik in Griechenland. Labourführer stimmten in diesen Chor ein. Bevin verteidigte auf dem Kongress seiner Partei Churchills Politik, weil Grossbritannien seiner Meinung nach nicht auf den Mittelmeerraum verzichten könne.

Bei der Intervention in Griechenland bemühten sich die herrschenden englischen Kreise, ihrem amerikanischen Konkurrenten zuvorzukommen. Doch trotz der imperialistischen Widersprüche unterstützte die USA-Regierung diese Intervention. Sie rechnete damit, dass es den Vereinigten Staaten späterhin doch gelänge, die Engländer aus Griechenland zu verdrängen und das Land allein zu beherrschen.

Die englischen Interventen führten einen blutigen Krieg gegen das griechische Volk. Ihre Methoden unterschieden sich nicht von denen der deutschen Faschisten. Massenverhaftungen und Morde an Wehrlosen, Luftangriffe auf Städte und Dörfer standen auf der Tagesordnung.

Am 12. Februar 1945 zwang England der EAM (der Griechischen Befreiungsfront – d. dtsh. Red.) einen Vertrag auf, nach dem die Volksbefreiungsarmee (ELAS) entwaffnet wurde. Die Positionen der Okkupanten und ihrer griechischen monarcho-faschistischen Helfershelfer festigten sich.

Während in Griechenland Invasionsstruppen landeten, versuchten die englischen und amerikanischen Imperialisten, auch Albanien zu erobern. Die sowjetische Offensive in Südosteuropa zwang die deutschen Eroberer, Albanien zu räumen. Die Volksbefreiungsarmee verfolgte die deutschen Truppen und befreite das Land endgültig. Die amerikanischen und englischen Imperialisten fielen den albanischen Patrioten in den Rücken. Abteilungen ihres Agenten Abas Kupa griffen unter englischem Oberbefehl die albanischen Patrioten an.

Abas Kupa hatte seine ersten Aktionen begonnen, als der englische Oberkommandierende im Mittelmeerraum, Feldmarschall Alexander, von der albanischen Volksregierung anmassend forderte, keine Kampfhandlungen gegen Abas Kupa zu führen. Britische Fallschirmjäger sprangen über Albanien ab, und eine Landungsgruppe der

¹ Siehe W. S. Churchill, Reden, a. a. O., S. 449.

Marine besetzte den albanischen Hafen Sarandë, um dem Ultimatum noch besonderen Nachdruck zu verleihen.

Die Volksregierung Albaniens liess sich nicht einschüchtern. Sie wies Alexanders Ultimatum entschieden zurück und eröffnete, gestützt auf den Willen der Volksmassen, die Kampfhandlungen gegen die Abteilungen Abas Kupis. Die albanische Regierung forderte den Abzug der englischen Truppen aus Saranda. Die britische Regierung musste nachgeben. Geführt von den Kommunisten, konnte das tapfere albanische Volk sein Land am 29. November 1944 endgültig von den italienischen und deutschen Okkupanten befreien. Die Siege der Sowjetarmee hatten ihm dafür die Voraussetzungen geschaffen.

Genosse Enver Hodscha charakterisierte die Rolle der Sowjetunion und ihrer Armee bei der Befreiung Albaniens mit folgenden Worten: «Der heroische Kampf der Völker der Sowjetunion hat das albanische Volk begeistert und ihm die Perspektive für den Sieg in seinem Kampf gegen die Okkupanten gezeigt. Zum erstenmal in der Geschichte hat das schwergeprüfte albanische Volk seine Freiheit errungen und am 29. November 1944 die Volksmacht errichtet. Das war möglich, weil die Sowjetunion die faschistischen Eroberer zerschlug und die Welt, darunter auch unser Land, von ihnen befreite... Unsere Armee und unser Land sind mit der sowjetischen Befreiungsarmee tief verbunden, und es gibt keine Kraft in der Welt, die die Freundschaft zerstören könnte, die durch in gemeinsamem Kampf gegen den gemeinsamen Feind vergossenes Blut gefestigt wurde. Der sowjetische Soldat war und wird für unser Volk immer ein Bruder bleiben.»¹

Die herrschenden Kreise der USA und Englands wollten sich auch Rumänien unterwerfen. Sie planten, in Rumänien einen faschistischen Putsch durchzuführen, den König Michael mit vorbereitete. Die Regierung des Generals Sanatescu wurde am 6. Dezember 1944 von der Regierung des Generals Radescu abgelöst. Der äusserst reaktionäre General Radescu hatte fast seine ganze Dienstzeit als rumänischer Militärrattaché in London verbracht und stand der englischen Regierung sehr nahe. Sie drängte ihn jetzt beharrlich auf den Posten des Diktators.

Seine Regierung ging dazu über, die demokratischen Kräfte Rumäniens zu zerschlagen. Die Redaktionen der kommunistischen Zeitungen wurden zertrümmert und zahlreiche Terrorakte gegen Kommunisten und fortschrittliche Vertreter der Arbeiterklasse verübt. Die von Radescu geschaffenen faschistischen Abteilungen überfielen auch sowjetische Soldaten und Offiziere. Im Raum Bukarest konzen-

¹ «Prawda» vom 17. April 1957.

trierte Radescu zahlreiche Truppenteile unter dem Kommando faschistischer Offiziere, um den Putsch vorzubereiten.

Die rumänische Bourgeoisie, die die nationalen Interessen des Landes erst an Hitler und dann an die englischen und amerikanischen Imperialisten verraten hatte, war bereit, den Widerstand der Volksmassen mit Waffengewalt zu brechen. Im Februar 1945 leitete Radescu die blutige Abrechnung mit den Werktätigen ein.

Seit dem 11. Februar 1945 patrouillierten Militärlastwagen und Panzer in den Bukarester Strassen. Am 20. Februar versuchte eine Gruppe von faschistischen «Legionären» in das Bukarester Werk «Malacs» einzudringen. Die Werktätigen forderten darauf den Rücktritt der Regierung Radescu und die Durchführung demokratischer Reformen. Die National-demokratische Front des rumänischen Volkes, die im Oktober 1944 auf Initiative des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rumäniens geschaffen worden war, rief für den 24. Februar 1945 in Bukarest und in mehreren anderen Städten zu Kundgebungen auf, um noch einmal die Forderungen der Volksmassen vorzubringen.

Die faschistischen Ausschreitungen der Regierung Radescu liessen den Volkswiderstand anschwellen. Am 24. Februar 1945 strömten Hunderttausende von Demonstranten auf den Zentralen Platz von Bukarest, um eine demokratische Regierung zu fordern. Die Regierung Radescu liess aus den Fenstern des Schlosses und des Innenministeriums auf die Demonstranten schiessen. Der Anschlag auf die friedlichen Demonstranten war lange vorbereitet worden. Noch vor Beginn der Demonstration waren auf dem Dach eines Hotels Sessel aufgestellt worden, in denen Radescu und seine amerikanischen und englischen Berater Platz nahmen, um die Wirkung des Feuers zu beobachten.

Die Sowjetarmee schützte die Rechte des rumänischen Volkes, wie das in den Waffenstillstandsbedingungen festgelegt war. Das Oberkommando der sowjetischen Truppen in Rumänien hatte rechtzeitig mitgeteilt, es werde nicht zulassen, dass sich der Faschismus in Rumänien wieder entfalten und die Volksmassen terrorisieren könne. Radescu floh vor dem Zorn des rumänischen Volkes in die englische Botschaft. Von hier brachten ihn amerikanische Diplomaten in die USA. Die Regierungen der USA und Grossbritanniens konnten sich nicht entschliessen, mit Waffengewalt in die inneren Angelegenheiten Rumäniens einzugreifen.

Nach dem Überfall auf die friedlichen Demonstranten fanden in ganz Rumänien Volkskundgebungen statt. Die Werktätigen forderten eine Regierung der National-

demokratischen Front. Sie errangen mit dem Sturz der Regierung Radescu einen entscheidenden Sieg, Am 6. März 1945 wurde in Rumänien gemäss dem Willen des Volkes eine volksdemokratische Regierung unter Petru Groza gebildet. Die antiimperialistische und antifeudale Revolution hatte in Rumänien gesiegt. Die neue rumänische Regierung teilte der Sowjetregierung unverzüglich mit, dass sie fest entschlossen sei, mit der finsternen Vergangenheit des Landes zu brechen, alle Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu erfüllen und enge und freundschaftliche Beziehungen zu dem grossen östlichen Nachbarn zu unterhalten.

Die englischen und amerikanischen Imperialisten bemühten sich also, die militärische Lage auszunutzen, um ganz Südosteuropa zu erobern und ihre Ziele durchzusetzen. Nachdem jedoch die Sowjetarmee die Balkanländer von dem faschistischen Joch befreit hatte, mussten diese Pläne scheitern. Die Völker hatten die Macht übernommen, und nach ihrem Willen schufen sie in mehreren Ländern Mittel- und Südosteuropas wahrhaft demokratische Regierungen.

DIE KRIMKONFERENZ

1

Das Monopolkapital betrachtete den zweiten Weltkrieg als einträgliches Geschäft. Am Krieg verdienten vor allem die amerikanischen Monopolisten. Sie lieferten nicht nur Kriegsmaterial an den Staat, sondern bereicherten sich auch an den umfangreichen Bauvorhaben. Die USA-Regierung gab während des Krieges 22 Milliarden Dollar für den Bau neuer Betriebe aus. Die Monopole lieferten dem Staat das Baumaterial zu erhöhten Preisen. Nach Abschluss der Arbeiten pachteten sie die auf Staatskosten errichteten und ausgerüsteten Betriebe für die Dauer des Krieges. Die Monopole zahlten nur eine geringe Pachtsumme, verkauften dem Staat dafür aber die in diesen staatlichen Betrieben hergestellten Waren zu hohen Preisen. Nach Kriegsende verschleuderte die USA-Regierung diese Betriebe zu Spottpreisen an dieselben Monopole.

Die amerikanischen und englischen Monopolisten senkten den Reallohn der Arbeiter und Angestellten, beschnitten die Einkünfte der Farmer und beriefen sich dabei immer wieder auf den Krieg. Die Ausplünderung der Werktätigen ihrer eigenen und fremder Länder und die verstärkte Ausbeutung waren die entscheidende Quelle der Maximalprofite der Monopole.

Ende 1944 verhandelten die Regierungen der USA und Grossbritanniens erneut hinter dem Rücken ihres Verbündeten mit den faschistischen Machthabern Deutschlands. Ein Verwandter des schwedischen Königshauses, Graf Folke Bernadotte, vermittelte zwischen beiden Seiten. Er war das verbindende Glied in den Verhandlungen zwischen Eisenhowers Stab und Himmler. In den Verhandlungen ging es erneut um die Bedingungen, unter denen die Kampfhandlungen Englands und der USA gegen Deutschland eingestellt werden konnten, um den deutschen Widerstand gegen die angreifende Sowjetarmee zu verstärken.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens warteten das Ergebnis der Verhandlungen mit Himmler ab und liessen vorläufig an der Front Ruhe eintreten. Mitte Dezember 1944 hatte sich die Front an den deutschen Westgrenzen im

Wesentlichen stabilisiert. Die englischen und amerikanischen Truppen legten eine Kampfpause ein, Offiziere und Soldaten der Fronttruppen erhielten sogar etwas Urlaub.

Das faschistische Oberkommando entschloss sich, die Lage auszunutzen und einen Gegenschlag gegen die anglo-amerikanischen Truppen zu führen. Nach den Worten Guderians hoffte Hitler, «auf diese Weise Zeit zu gewinnen, die Hoffnungen seiner Feinde auf einen totalen Sieg zu erschüttern und sie dadurch von ihrer Forderung auf bedingungslose Kapitulation abzubringen und einem Verständigungsfrieden geneigt zu machen»¹.

Am 11. und 12. Dezember wurde in Hitlers Hauptquartier die Offensive in den Ardennen beschlossen.

Heute wollen viele ehemalige Hitlergenerale ihre Verantwortung an diesem Gegenschlag leugnen, um sich bei den herrschenden Kreisen der USA und Englands anzubiedern. Sie bemühen sich, sorgfältig nachzuweisen, dass Hitler die Offensive beschloss, die Generale sie jedoch einmütig ablehnten. Doch diese Behauptung wird von Jodl, einem der bekanntesten Vertreter des deutschen Oberkommandos, widerlegt: «Ich war mit Hitler vollkommen darin einig, dass die Antwerpen-Unternehmung eine Operation von äusserster Kühnheit war. Allein wir waren in einer verzweifelten Lage, und nur mit einem verzweifelten Entschluss konnten wir sie zu erleichtern hoffen. Wenn wir in der Defensive verharrten, konnten wir nicht erwarten, dem über uns hängenden bösen Geschick entgegen zu können. Wir konnten eher durch Kämpfen als durch blosses Zuwarten etwas gewinnen.»²

Der vom deutschen Oberkommando ausgearbeitete Operationsplan sah vor, den Durchbruch zu wiederholen, den die faschistischen deutschen Truppen im Mai 1940 vollzogen hatten. Sie sollten wieder, nachdem sie die Front durchbrochen hatten, in zügigem Vormarsch bis zur Küste vordringen, um die hier stehenden englischen und amerikanischen Kräfte abzuschneiden und zu vernichten. Im Unterschied zu 1940 war vorgesehen, die deutschen Truppen in einem kleineren Bogen einzudrehen. Für den Durchbruch war ein Frontabschnitt in den Ardennen zwischen Monschau und Echternach, an der Naht der englischen und amerikanischen Truppen, ausgewählt worden. Die Offensive sollte über Dinant, Namur und Lüttich auf Antwerpen, damals Hauptversorgungszentrum der amerikanischen und englischen Truppen, vorgetragen werden. In Antwerpen lagerten grosse Vorräte an Kriegsmaterial. Sie hätten die materielle Versorgung der

¹ H. Guderian, a. a. O., S. 243.

² Zitiert nach: M. Shulmann, Die Niederlage im Westen, a. a. O., S. 416.

deutschen Armee wesentlich erleichtert. Die Offensive leitete von Rundstedt, unter Generalfeldmarschall Model war die Heeresgruppe B mit 4 Armeen gebildet worden, in denen 9 Panzerdivisionen, 27 Infanteriedivisionen und 2 motorisierte Divisionen vereinigt waren.

Die deutsche Gegenoffensive begann am 16. Dezember 1944. Sie überraschte das anglo-amerikanische Oberkommando völlig. Dafür war nicht nur die schlechte amerikanische Aufklärung verantwortlich, politische Erwägungen hatten Eisenhowers Stab nicht mit einem deutschen Gegenschlag rechnen lassen. Fuller verurteilt die faschistischen deutschen Machthaber, weil sie plötzlich im Westen losschlagen: «Politisch wäre es wahrscheinlich das Beste gewesen, die Westfront gänzlich aufzugeben und alle Kräfte gegen Russland zu konzentrieren. Dies hätte ganz Deutschland und Österreich in die Hände der Amerikaner und Briten gebracht und wäre für das russische Prestige ein harter Schlag gewesen.»¹ Die treubruchige Politik der Westmächte unterstützte die deutsche Offensive in den Ardennen wesentlich und trug zu ihrem Erfolg bei.

Die anglo-amerikanischen Truppen waren an der gesamten Westfront beträchtlich überlegen. Sie verfügten über 85 Divisionen, darunter 24 Panzerdivisionen, 17 selbständige Brigaden, 17 Kampfgruppen und 23 selbständige Panzerbataillone, und waren den deutschen Kräften an Infanterie dreifach, an Panzern vierfach, an Flugzeugen neunfach überlegen. Trotzdem entfaltete sich die deutsche Offensive in den Ardennen, weil sie an der schwächsten Stelle des Gegners, an der nur 4 Divisionen eingesetzt waren, ansetzte. Der grobe politische Rechenfehler der herrschenden Kreise der Westmächte rächte sich bitter.

Der erste Teil des deutschen Planes wurde erfüllt. Die deutschen Truppen durchbrachen die feindliche Front verhältnismässig schnell. Die englischen und amerikanischen Truppen zogen sich überstürzt zurück, die Führung verlor die Gewalt über sie.

Nach achtundvierzig Stunden hatten die deutschen Truppen schon Malmedy erobert und drangen in Spa ein. Nach der ersten Woche der Offensive war die Front auf 100 Kilometer Breite durchbrochen. Der Durchbruch hatte eine Tiefe von 110 Kilometern erreicht. Am 23. Dezember setzten die deutschen Vorausabteilungen im Raum Dinant über die Maas und stiessen westlich von Lüttich an das Maasufer vor. Bei ihrem ungeordneten Rückzug liessen die anglo-amerikanischen Armeen grosse Mengen Waffen, Munition und Treibstoff zurück. Mit der deutschen Offensive in den Ardennen verstärkten sich die Meinungs-

¹ J. F. C. Fuller, a.a.O., S. 400.

verschiedenheiten zwischen den Regierungen der USA und Grossbritanniens sowie zwischen ihren Oberkommandos. Diese Meinungsverschiedenheiten konnte die deutsche Führung ausnutzen. Die deutschen Truppen errangen einen beträchtlichen Erfolg: Die nördliche, vor allem aus englischen Truppen gebildete Gruppierung wurde von der südlichen amerikanischen Gruppierung abgeschnitten. Die deutschen Truppen sollten den anglo-amerikanischen Armeen ein zweites Dünkirchen bereiten. Der neue deutsche Schlag drohte für diese Truppen mit einer Katastrophe zu enden.

Die USA und England konnten die deutsche Offensive im Westen mit ihren eigenen Kräften nicht aufhalten. Churchill wandte sich deshalb mit einem alarmierenden Schreiben an Stalin und bat, die schwere Lage der anglo-amerikanischen Truppen durch eine neue Offensive an der sowjetisch-deutschen Front zu erleichtern. Obwohl der Beginn der Operation auf den 20. Januar festgelegt war und an der Front äusserst ungünstiges Wetter herrschte, teilte Stalin am nächsten Tag, am 7. Januar 1945, mit, dass das Hauptquartier des Oberkommandos die Lage der Verbündeten berücksichtigt habe und deshalb beschlossen worden sei, die Vorbereitungen beschleunigt abzuschliessen und ohne Rücksicht auf das Wetter spätestens in der zweiten Januarhälfte 1945, das heisst bedeutend früher als zum vorgesehenen Zeitpunkt, breit angelegte Angriffsoperationen gegen die deutschen Truppen zu eröffnen.¹ Das sowjetische Oberkommando musste die Angriffsoperationen noch stärker vorantreiben, weil sich die Lage im Westen weiterhin verschlechterte. Am 12. Januar 1945 eröffnete die Sowjetarmee an der ganzen Front vom Baltikum bis zu den Karpaten ihre Offensive. Durch den rechtzeitigen Schlag an der deutschen Ostfront durchkreuzte die Sowjetunion den deutschen Angriff im Westen und rettete die angloamerikanischen Truppen vor der Katastrophe. Unter den Schlägen der Sowjetarmee beschloss das deutsche Oberkommando, «die Westfront auf Verteidigung umzustellen und die hierdurch frei werdenden Kräfte nach dem Osten zu befördern»². Ende Januar 1945 zog das deutsche Oberkommando seine Truppen aus den Ardennen auf die Ausgangsstellung zurück. Im Februar nahmen jedoch die anglo-amerikanischen Truppen ihren langsamen Vormarsch zum Rhein erst wieder auf.

Die sowjetische Offensive hatte die britischen und amerikanischen Truppen gerettet und wieder einmal bewiesen, wie grundlegend sich die Politik der Sow-

¹ Siehe Briefwechsel, a.a. O., S. 299.

² H. Guderian, a. a. O., S. 356.

jetunion in ihrer Haltung zu den Verbündeten von der Politik der herrschenden Kreise der USA und Englands unterschied. Die Sowjetunion erfüllte die übernommenen Verpflichtungen uneigennützig, konsequent und ehrlich.

Die englische und amerikanische Geschichtsschreibung schweigt sich über die sowjetische Offensive aus, obwohl sie die deutsche Offensive in den Ardennen bis in die Einzelheiten schildert.

Die Verdienste der Sowjetarmee und des Sowjetvolkes bei der Zerschlagung Hitlerdeutschlands haben die führenden Staatsmänner der USA und Englands noch während des zweiten Weltkrieges anerkannt. Roosevelt schrieb am 23. Februar 1943: «Im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten will ich der Roten Armee anlässlich ihres 25. Jahrestages unsere tiefe Bewunderung über ihre grossartigen, in der Geschichte unübertroffenen Siege ausdrücken... Derartige Erfolge kann nur eine Armee erringen, die über eine gewandte Führung, eine feste Organisation und entsprechende Ausbildung verfügt und vor allem entschlossen ist, den Gegner zu besiegen, ohne eigene Opfer zu scheuen... Die Rote Armee und das russische Volk haben die Streitkräfte Hitlers gezwungen, den Weg der endgültigen Niederlage zu gehen und haben sich für lange Zeit die Bewunderung des Volkes der Vereinigten Staaten gesichert.»¹

Die Führer der USA und Englands gaben zu, dass die sowjetisch-deutsche Front auch nach der Landung ihrer Truppen in Westeuropa die entscheidende Front blieb. Im Februar 1945 schrieb Churchill: «Die Rote Armee feiert ihren siebenundzwanzigsten Jahrestag inmitten von Siegeszügen, die ihr den uneingeschränkten Beifall ihrer Alliierten errungen und das Geschick des deutschen Militarismus besiegelt haben. Kommende Generationen werden ebenso vorbehaltlos anerkennen, was sie der Roten Armee verdanken, wie wir es tun, die wir Zeugen dieser stolzen Taten waren.»²

2

Die entscheidenden Siege der Sowjetunion über das faschistische Deutschland, ihre rechtzeitige Hilfe für die verbündeten Westmächte und der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in den Ländern Europas, die von Hitlerdeutschland ausgeplündert worden waren, bestimmten die Lage, als die neue Konferenz der Führer der drei Grossmächte vom 4. bis 12. Februar 1945 auf der Krim stattfand. Allein die Tatsache, dass sich Stalin, Roosevelt und Churchill

¹ Briefwechsel, Bd. 2, a. a. O., S. 56f.

² Churchill, Reden, Bd. 6, S. 157 f.

in der UdSSR trafen, zeugte von der gewachsenen Autorität und dem internationalen Einfluss der Sowjetunion.

Zuerst wurde auf der Konferenz über das faschistische Deutschland als kriegsführendes Land verhandelt. Die Verhandlungspartner arbeiteten gemeinsame Pläne aus, um den Gegner endgültig zu zerschlagen. Diese Pläne gingen vor allem davon aus, dass die Sowjetarmee Berlin einnehmen werde, denn die Sowjetunion hatte den entscheidenden Anteil am Krieg gegen Deutschland getragen. Der Beirat für europäische Fragen hatte den Vertrag der UdSSR, der USA und Grossbritanniens über die Besatzungszonen Deutschlands und über die Verwaltung Berlins vorbereitet, der am 12. September 1944 unterzeichnet worden war und auf der Krimkonferenz bestätigt wurde. Der Vertrag legte die Grenzen der drei Besatzungszonen fest. Die Sowjetunion setzte sich dafür ein, Frankreich an der Besetzung Deutschlands zu beteiligen. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag zu, entschied jedoch noch nicht, welches Gebiet Frankreich besetzen sollte. Der Streit um diese Frage zog sich einige Monate hin und wurde erst am 26. Juli entschieden.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens schlugen auf der Konferenz wieder vor, Deutschland in verschiedene Staaten zu zerstückeln. Diese Pläne spiegelten ihre imperialistischen Absichten wider. Die britischen und amerikanischen Monopole wollten ihren gefährlichsten Nebenbuhler ausschalten und deshalb Deutschlands wirtschaftliche Macht zerschlagen, es vom Weltmarkt verdrängen und ihre eigene Herrschaft ausdehnen. Auf der Konferenz der Regierungschefs der USA und Grossbritanniens in Quebec am 15. September 1944 hatten Roosevelt und Churchill den sogenannten Morgenthauplan unterzeichnet, der vorsah, Deutschland aufzuteilen und aus einem Industrieland in ein Agrarland umzuwandeln. In Quebec stimmten die Konferenzteilnehmer völlig darin überein, die Industrie an der Ruhr und an der Saar stillzulegen.¹ In Jalta traten die Westmächte wieder mit Spaltungsplänen auf. Wenn sich das deutsche Volk der Aufteilung seines Staates widersetzen sollte, wollten die herrschenden Kreise der USA und Englands jeden Widerstand mit Waffengewalt brechen. Der stellvertretende USA-Staatssekretär Welles rechnete damit, dass «viele Deutsche alles tun werden, um die Teilung zu umgehen und einer neuen Einigung den Weg zu bereiten»². Die englische Zeitschrift «Economist» forderte, dem deutschen Volk Zwangsarbeiten unter möglichst harten Bedingungen aufzuerlegen.³

¹ Siehe K. Bittel, a. a. O., S. 30ff.

² S. Welles, a.a.O., S. 327 f.

³ Siehe «The Economist» vom 31. März 1945.

Im Kampf um den demokratischen Aufbau der Welt nach dem Kriege verteidigte die Sowjetunion die Interessen des deutschen Volkes. Die internationale Autorität der UdSSR war inzwischen schon so weit gestiegen, dass ihr Eintreten für die Einheit Deutschlands und für einen deutschen Staat auf der Konferenz siegte. Die Beschlüsse der Krimkonferenz gingen davon aus, dass Deutschland nur zeitweilig zu besetzen sei und die Einheit Deutschlands davon nicht berührt werden sollte. In Jalta wurden im Wesentlichen die Vorschläge der Sowjetunion angenommen, Deutschland zu demokratisieren und zu entmilitarisieren, um damit die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Die Konferenz stimmte einem richtungweisenden Beschluss über die politischen Aufgaben der Besetzung und der Kontrolle Deutschlands zu. Dieser Beschluss war verständlicherweise nur ein Kompromiss. Er enthielt jedoch die Vorschläge der Sowjetunion und sah vor, Bedingungen zu schaffen, die eine neue deutsche Aggression verhindern und dazu beitragen sollten, dass sich Deutschland zu einem friedliebenden demokratischen Staat entwickelt. Um die Einheit Deutschlands während der Besetzung zu sichern und die vereinbarte Deutschlandpolitik durchführen zu können, beschloss die Krimkonferenz, in Berlin eine Zentralkommission zu bilden. Sie sollte die Kontrolle ausüben und als oberste Behörde in Deutschland tätig sein.

Die Gerechtigkeit verlangte, den Schaden, den Hitlerdeutschland der Sowjetunion und anderen Ländern zugefügt hatte, ersetzen zu lassen. Die Sowjetunion wies dabei die Versuche der Imperialisten zurück, das besiegte Deutschland wirtschaftlich zu unterjochen. Als die Reparationssumme festgelegt wurde, berücksichtigte sie nicht nur die Interessen ihres Landes, sondern auch die Lage Deutschlands und die Interessen des deutschen Volkes. Deshalb war die Sowjetunion in ihren Reparationsansprüchen mit einer teilweisen Entschädigung des ihr zugefügten Schadens einverstanden.

Die Konferenz bereitete das Protokoll über die von Deutschland zu zahlenden Reparationen vor. Nach ihm sollten sie durch komplette Ausrüstungen, durch Lieferungen aus der laufenden Produktion und durch Aufbauarbeit geleistet werden. Die Vertreter der drei Grossmächte bildeten eine Reparationskommission, der Vertreter der UdSSR, der USA und Grossbritanniens angehörten. Sie sollte genauere Vorschläge ausarbeiten. In dem Protokoll hiess es: «Die Moskauer Reparationskommission soll in der ersten Phase ihrer Tätigkeit den sowjetischen Vorschlag, den Gesamtwert der Reparationsleistungen, wie sie in Punkt a und b des Artikels 2 vorgesehen sind, auf 20 Milliarden Dollar festzu-

setzen, wovon 50 Prozent der Sowjetunion zustehen würden, als Diskussionsgrundlage verwenden.»¹ Das Protokoll über die Reparationen unterzeichneten Stalin, Churchill und Roosevelt. In ihm wurde aber hervorgehoben, dass die Summe der deutschen Reparationen nur zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Delegation vereinbart worden sei. Die englische Delegation äusserte sich nicht zu dieser Frage.

Im Interesse der Völker Europas schlug die Sowjetunion vor, eine Erklärung über das befreite Europa anzunehmen. Sie bekräftigte das Recht aller von dem faschistischen Joch befreiten Völker, «*die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach Wahl zu schaffen.*»² Damit unterstützte die Sowjetunion die Völker Europas wesentlich in ihrem gerechten Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit.

Die britischen und amerikanischen Vertreter stimmten dieser Erklärung nicht ehrlichen Herzens zu. Ihre Politik stand in schreiendem Widerspruch zu dieser und anderen zahlreichen Verpflichtungen, in denen sie die Rechte der Völker garantiert hatten. In den von ihnen besetzten Ländern – in Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg und Griechenland – traten die USA und England als Interventen auf und hemmten das Streben der werktätigen Massen zur Volksdemokratie. Nur die direkte militärische Intervention der Westmächte verhinderte den Sieg der demokratischen Kräfte in diesen westeuropäischen Ländern.

In Jalta konnte die Lage in Griechenland, wo die imperialistische Intervention besonders brutal vorging, nicht erörtert werden, weil sich die Westmächte weigerten.

Die Konferenz beriet dagegen über die jugoslawische Regierung und empfahl, eine provisorische Regierung aus den Führern der nationalen Befreiungsbewegung und einigen Vertretern der Emigration zu bilden.

Weitaus mehr Zeit wandte die Konferenz für die polnische Frage auf. Sie beschäftigte sich mit der Zukunft Polens und mit der Zusammensetzung der polnischen Regierung.

Die Sowjetregierung setzte sich für einen starken und unabhängigen polnischen Staat ein und verlangte, die ehemals polnischen Westgebiete, die Polen von Deutschland geraubt worden waren, nach dem Krieg zurückzugeben.

Die britischen und amerikanischen Vertreter versuchten dagegen, die unge-rechtfertigten Ansprüche der polnischen Gutsbesitzer auf die ukrainischen und

¹ Zitiert nach: K. Moltke, a. a. O., S. 298.

² Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, a. a. O., S. 47.

belorussischen Gebiete zu unterstützen. Roosevelt verlangte, Lwow und das angrenzende Gebiet wieder Polen zu übergeben. Schliesslich einigten sich jedoch die Teilnehmer, die polnisch-sowjetische Grenze entsprechend den nationalen Merkmalen entlang der sogenannten «Curzon-Linie» zu ziehen, wobei sie in einigen Gegenden fünf bis acht Kilometer zugunsten Polens abweichen sollte. Es gelang dagegen nicht, die polnischen Westgrenzen festzulegen. Die Vertreter der Westmächte weigerten sich, die ehemals polnischen Westgebiete an Polen zurückzugeben, weil das polnische Volk diese Gebiete angeblich nicht erschliessen könne; und Deutschland ohne diese Gebiete wirtschaftlich zusammenbrechen müsse.

Die Erklärung enthielt deshalb auch nur die weite Formulierung: «Sie (die drei Regierungschefs – d. dtsh. Red.) erkennen an, dass Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muss.»¹

Auch um die neue polnische Regierung entbrannte ein scharfer politischer Streit. Zu Beginn der Debatte gingen die Vertreter der USA und Grossbritanniens einfach über die polnische Nationalregierung hinweg und bezeichneten die Londoner Emigrantenregierung als einzige polnische Vertretung. Sie mussten schliesslich nachgeben, weil die Sowjetregierung die Interessen des polnischen Volkes, das den Weg der demokratischen Entwicklung gewählt hatte, entschieden verteidigte. Jetzt schlugen die Westmächte vor, eine Koalitionsregierung zu bilden. Mit diesem Prinzip als annehmbarem Kompromiss war die Sowjetunion einverstanden. Sie wies jedoch die Versuche entschieden zurück, die Londoner Emigrantenclique als Grundlage dieser Regierung anzusehen.

Die beharrlichen Bemühungen der Regierung der USA und Grossbritanniens, in Polen eine reaktionäre Regierung unter Mikolajczyk zu bilden, waren gescheitert. In den Beschlüssen der Krimkonferenz wurde die Emigrantenregierung nicht mehr erwähnt, dagegen wurde beschlossen, die bestehende provisorische Regierung als Grundlage für die zu bildende Regierung Polens zu betrachten und sie «unter Hinzuziehung von demokratischen Führern aus Polen selbst und von Polen im Ausland umzubilden. Diese neue Regierung soll dann Polnische Provisorische Regierung der nationalen Einheit genannt werden.»² Die USA und England verpflichteten sich, zu dieser Regierung diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Die Westmächte rechneten die Vertreter der polnischen faschistischen Reaktion zu den «demokratischen Führern». Ohne die Lage und die Klassenkräfte in Po-

¹ Ebenda, S. 50.

² Ebenda, S. 49.

len zu berücksichtigen, hofften sie, dass es den polnischen Reaktionären gelingen werde, die Staatsgewalt an sich zu reißen. Die Sowjetunion war von der Kraft der polnischen Demokratie überzeugt, im Kampf gegen die Reaktion selbst dann zu siegen, wenn diese einen Teil der Regierungssitze einnahm. Die weitere Entwicklung der Ereignisse bestätigte nur die sowjetische Meinung.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens wichen jedoch später von den Beschlüssen der Krimkonferenz ab. Sie versuchten, die bestehende provisorische Regierung zu beseitigen, statt sie umzubilden, und wollten eine neue Regierung aus antinationalen reaktionären Kräften schaffen.

Die Sowjetregierung drängte darauf, dass die gemeinsamen Beschlüsse der drei Mächte durchgeführt wurden, und verteidigte die nationalen Interessen des polnischen Volkes. Die Beschlüsse der Krimkonferenz zu dieser Frage wurden erfüllt, weil die UdSSR konsequent auftrat.

In Jalta setzten die Vertreter der Grossmächte die Beratungen über eine internationale Organisation fort, die den Frieden erhalten und die Sicherheit der Völker garantieren sollte. Die im Herbst 1943 auf der Aussenministerkonferenz begonnenen Arbeiten für diese Organisation waren in den Verhandlungen in Dumbarton Oaks vom 21. August bis zum 29. September 1944 fortgesetzt worden.

Die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika bemühten sich, eine solche Nachkriegsorganisation zu schaffen, die ihre Herrschaft gesichert hätte. Zu Beginn des Krieges hatten sie vorgeschlagen, eine «internationale Polizei» zu bilden, die natürlich die Interessen der USA-Monopole wahrnehmen sollte. Im August 1941 hatte Roosevelt erklärt, er wende sich so lange gegen einen neuen Völkerbund, bis eine von den Vereinigten Staaten und England geschaffene internationale Polizei wirksam geworden sei.¹ Dieser Vorschlag wurde, wie Churchill berichtet, von Roosevelt auf der Teheraner Konferenz wiederholt.²

Die englische Regierung sprach sich nach wie vor dafür aus, einen neuen Völkerbund zu gründen. Die britische Presse behandelte diesen Vorschlag ausführlich.

Die Sowjetunion verteidigte weiterhin die Idee, eine neue internationale Organisation zu schaffen, die im Gegensatz zum Völkerbund kein Werkzeug der imperialistischen Politik sein sollte, sondern ein Organ, das den Frieden wirk-

¹ Siehe Ch. A. Beard, *President Roosevelt and the Coming of War* (Präsident Roosevelt und das Herannahen des Krieges), S. 473.

² Siehe W. S. Churchill, a.a.O., Bd.5/2, S.50f.

sam schützte. Dieser Gedanke siegte schliesslich auch in Dumbarton Oaks. Die Konferenz bereitete nun den Entwurf der Charta dieser Organisation vor.

Die Sowjetunion setzte durch, dass in dem Entwurf der Charta der Organisation der Grundsatz der Souveränität und der Gleichberechtigung aller Mitglieder festgelegt wurde. Sie erreichte ausserdem, dass sich die Organisation nicht in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder einmischen durfte. Der Entwurf der Charta lenkte die Aufmerksamkeit der Organisation auf ihre wichtigste Aufgabe, den Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten. Die Verantwortung dafür wurde dem Sicherheitsrat übertragen, der aus fünf ständigen Mitgliedern – der UdSSR, China, den USA, Grossbritannien und Frankreich – sowie aus sechs nicht ständigen Mitgliedern besteht, die von den übrigen Mitgliedern der Organisation für zwei Jahre gewählt werden.¹

Die Sowjetunion warf das Prinzip der Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates auf. Es schränkt die Herrschaftsbestrebungen der imperialistischen Mächte ein, die anderen Ländern jetzt nicht ihren Willen mit Gewalt aufzwingen können. Dieses Prinzip ist die Grundlage der demokratischen internationalen Zusammenarbeit, denn es verpflichtet, Lösungen zu suchen, die für alle fünf Mitglieder des Sicherheitsrates annehmbar sind.

Die Delegationen der USA und Grossbritanniens konnten keine stichhaltigen Argumente dagegen anführen, als das Prinzip der Einstimmigkeit der Grossmächte zur Grundlage für die Arbeit des Sicherheitsrates wurde. Dennoch versuchten sie auch schon damals, diesen Grundsatz durch verschiedene Klauseln einzuschränken. So sollte er nicht auf ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates angewandt werden, das in dem zu klärenden Streit einer Seite angehört. Wenn sich dieser Vorschlag durchgesetzt hätte, wäre es den Imperialisten möglich gewesen, sogar die Sowjetunion für befangen zu erklären und dann im Sicherheitsrat gegen sie zu beschliessen. Der Korrespondent der «New York Times», Reston, schrieb damals, dass allen noch in Erinnerung sei, wie der Völkerbund nie die notwendige Einmütigkeit erreichte, um Massnahmen gegen Deutschland und Japan beschliessen zu können, aber sofort eine Mehrheit zusammentrommelte, als die Sowjetunion während des Krieges gegen Finnland aus dem Völkerbund ausgeschlossen wurde.²

Die Konferenz in Dumbarton Oaks beriet auch die Stimmenzahl in der Voll-

¹ Siehe H. Wünsche, Die UN. Friedensinstrument oder Werkzeug der Aggressoren, Leipzig 1954, S. 59 f.

² Siehe «The New York Times» vom 28. September 1944.

versammlung der Organisationen. Die USA-Vertreter erklärten, ihr Land habe in den internationalen Angelegenheiten ein derartiges Gewicht, dass es drei Stimmen erhalten müsse. Die sowjetischen Vertreter stellten dazu fest, die Sowjetunion könne weitaus berechtigter für jede Sowjetrepublik das Stimmrecht in den Vereinten Nationen fordern.

Trotz der aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten bewies die Konferenz in Dumbarton Oaks wieder einmal die Möglichkeit der internationalen Zusammenarbeit. Sie trug dazu bei, die antifaschistische Koalition zu festigen. Schliesslich wurde gerade in Dumbarton Oaks die neue internationale Organisation praktisch vorbereitet, wobei einige wichtige Fragen einmütig und für alle Seiten günstig gelöst wurden.

Die englische Presse bedauerte auch noch nach der Konferenz von Dumbarton Oaks das Schicksal des Völkerbundes und schlug vor, doch die Erfahrungen aus seiner Arbeit auszunutzen. Die «Times» forderte zu Verhandlungen mit den Vertretern des Völkerbundes auf.¹ Aber alle Bemühungen, den Völkerbund zu erhalten, schlugen fehl. Er hatte völlig versagt, so dass es zwecklos gewesen wäre, ihn zu reorganisieren, wie es die «Times» später vorschlug.²

Das Schicksal des Völkerbundes wurde in Jalta schon nicht mehr beraten. Es wurde eine Kompromisslösung in der sehr wichtigen Frage des Abstimmungsverfahrens im Sicherheitsrat angenommen, die in Dumbarton Oaks noch offen geblieben war. Dort hatten sich die Vertreter der USA und Englands mit dem Prinzip der Einstimmigkeit zwar einverstanden erklärt, aber Möglichkeiten gesucht, um den Grundsatz durchbrechen zu können. Auf der Krimkonferenz unterbreitete Roosevelt einen neuen Vorschlag, in dem diese Ausnahmen auf ein annehmbares Minimum reduziert waren. Sein Vorschlag wurde angenommen. Für die Arbeit des Sicherheitsrates wurde das Prinzip der Einstimmigkeit der Grossmächte beschlossen, lediglich Entscheidungen über das Arbeitsverfahren des Rates können mit Stimmenmehrheit – mindestens sieben von elf Stimmen – angenommen werden. Das Prinzip der Einstimmigkeit braucht dabei nicht berücksichtigt zu werden. Stehen Fragen der friedlichen Regelung von Streitigkeiten auf der Tagesordnung, enthält sich die Seite, die am Konflikt beteiligt ist – auch wenn es sich um ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates handelt – der Stimme.

Die Grossmächte beschlossen ausserdem, zum 25. April 1945 eine Konferenz der Vereinten Nationen nach San Francisco einzuberufen, um die Charta der

¹ Siehe «The Times» vom 20. November 1944.

² Siehe ebenda vom 22. Dezember 1944.

Organisation endgültig vorzubereiten. Die Ukrainische und die Belorussische SSR sollten in der zu gründenden internationalen Organisation als gleichberechtigte Mitglieder mitarbeiten. Bei diesem Beschluss berücksichtigten die Grossmächte die Bevölkerungszahl und politische Bedeutung beider Republiken. Sie würdigten ausserdem ihren Beitrag an der Zerschlagung Hitlerdeutschlands. Die USA und England waren bereit, den Vorschlag zu unterstützen, die Ukrainische und die Belorussische SSR zur Mitarbeit in der Konferenz von San Francisco und bei der Gründung der Organisation einzuladen.¹

Neben den Beschlüssen, die sofort veröffentlicht wurden, vereinbarten die Grossmächte, dass die Sowjetunion zwei bis drei Monate nach der Kapitulation Deutschlands und nach dem Abschluss des Krieges in Europa in den Krieg gegen Japan eintritt. Die Westmächte sicherten dafür zu, sich nicht in die Angelegenheiten der Mongolischen Volksrepublik einzumischen und die Rechte der Sowjetunion auf Südsachalin und die Kurilen anzuerkennen. Sie stimmten weiterhin der Pacht Port Arthurs durch die Sowjetunion, der Sicherung der Vorzugsinteressen der Sowjetunion in Dairen sowie der gemeinsamen Nutzung der nordostchinesischen Eisenbahn und der südmandschurischen Eisenbahn mit China zu.²

Die USA und England hatten eingesehen, das imperialistische Japan nicht mit eigenen Kräften zerschlagen zu können. Die Sowjetunion war einverstanden, sich dem gemeinsamen Kampf gegen den Aggressor im Fernen Osten anzuschliessen. Dabei konnte sie ihre Interessen sichern. Die Beschlüsse der Konferenz festigten die Positionen der Sowjetunion im Fernen Osten wesentlich. Die Vereinbarung war für die Londoner und Washingtoner Regierungskreise durchaus annehmbar, solange sie an dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan interessiert waren. Als Japan jedoch zerschlagen war, eröffneten die reaktionären Kreise der USA und Englands einen regelrechten Feldzug gegen die Vereinbarung von Jalta.

Die Krimkonferenz wurde mit der Erklärung über die Einigkeit im Frieden und im Kriege abgeschlossen. In dieser Erklärung wurde die internationale Zusammenarbeit gewürdigt, die sich in den Kriegsjahren zwischen der Sowjetunion, den USA und Grossbritannien angebahnt hatte und deren Erfolg in der Arbeit der Krimkonferenz zeigte, wie notwendig die Zusammenarbeit auch für den Frieden wurde. «Wir glauben», hiess es in der von Stalin, Roosevelt und Churchill unterzeichneten Erklärung, «dass dies eine heilige Pflicht ist, deren

¹ Siehe Die Aussenpolitik der UdSSR, Bd. 3, Moskau 1947, S. 156 f.

² Siehe ebenda, S. 111.

Erfüllung unsere Regierungen ihren eigenen Völkern sowie den Völkern der Welt schulden.»¹ Diese Erklärung war ein grosser Sieg der Völker im Kampf für internationale Zusammenarbeit und friedliche Koexistenz.

Die Beschlüsse der Krimkonferenz sind ausserordentlich bedeutsam, weil die Konferenz eine wichtige Etappe in der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf der friedliebenden Völker für die schnelle Beendigung des Krieges und für eine demokratische internationale Organisation war. Sie legte ein Programm für die demokratische Weltorganisation der Nachkriegszeit vor, in das die sowjetischen Vorschläge eingegangen waren, weil sie international anerkannt worden waren. Sie bildeten die Grundlage des Programms.

Mit den Beschlüssen der Krimkonferenz mussten die Hoffnungen des faschistischen Deutschlands auf einen Konflikt zwischen den Staaten der Anti-Hitler-Koalition endgültig zusammenbrechen. Sie unterstrichen nur die Meinung der Sowjetregierung, dass die Koalition der UdSSR, der USA und Grossbritanniens die Prüfungen der Endphase des Krieges aushalten werde. Die Krimkonferenz wurde von den Werktätigen der Sowjetunion und des Auslands zu Recht ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zum Sieg über den deutschen Faschismus, auf dem Weg zu einem dauerhaften demokratischen Frieden genannt.

Ganz anders verhielten sich die herrschenden Kreise der USA und Englands zu den Beschlüssen der Krimkonferenz. Churchill gab später zu, dass er nur deshalb ein Übereinkommen mit der Sowjetunion erzielte, weil England am Kampf des Sowjetvolkes gegen das faschistische Deutschland interessiert war. «Was wäre geschehen», schrieb Churchill, «wenn wir uns mit Russland überworfen hätten, als die Deutschen noch zwei- bis dreihundert Divisionen an den Fronten stehen hatten?»² Die Regierungen der USA und Grossbritanniens bereiteten neue wortbrüchige Aktionen vor, um die Jaltaer Beschlüsse einzuschränken.

Sie hatten angenommen, dass sich der Krieg gegen Deutschland und gegen Japan noch eine beträchtliche Zeit hinziehen und schliesslich doch noch die Sowjetunion schwächen werde. Dann hätten die USA und England die Beschlüsse der Krimkonferenz immer noch brechen können, um sich Europa und Asien zu unterwerfen.

Nur die Sowjetunion erfüllte die Beschlüsse ehrlich und gewissenhaft. Nach der Krimkonferenz setzte sich die sowjetische Aussenpolitik vor allem auch dafür

¹ Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, a. a. O., S. 51.

² W. S. Churchill, a. a. O., Bd. 6/2, S. 71.

ein, auch die andern Teilnehmerstaaten zu veranlassen, ihre Verpflichtungen einzuhalten.

Bald nach Abschluss der Krimkonferenz verletzte das englische Oberkommando bereits ihren Beschluss und bildete auf Churchills Anweisung eine Spezialgruppe, die mit motorisierten Truppen nach Ostdeutschland vorstossen und von Nordwesten her vor der Sowjetarmee Berlin erreichen sollte. Churchill erklärte ihm nahestehenden Kreisen, dass man «noch vor dem Bären bis zur Elbe oder gar nach Berlin gelangen»¹ müsse. Die englische Regierung verbarg ihre Pläne, Berlin zu erobern, nicht nur vor der Sowjetunion, sondern auch vor den USA. Die amerikanische Regierung befahl wiederum Eisenhower und Bradley, bewegliche Kräfte von Südwesten her nach Berlin und Dresden zu werfen. Als der Sieg über Hitlerdeutschland vor der Tür stand, verstärkten sich auch die imperialistischen Widersprüche zwischen den USA und England wieder.

3

Im Zuge ihrer imperialistischen Politik berief die USA-Regierung zu Beginn des Jahres 1945 eine neue Panamerikanische Konferenz nach Mexiko-City ein. Die Konferenz tagte vom 21. Februar bis zum 8. März.

Die Konferenzteilnehmer stimmten den Beschlüssen der Moskauer Aussenministerkonferenz über die Bestrafung der Kriegsverbrecher und den Beschlüssen der Krimkonferenz zu, eine neue internationale Organisation zu bilden. Gleichzeitig beschloss jedoch die Konferenz unter dem Druck der USA, im April in San Francisco geschlossen aufzutreten. Die herrschenden Kreise der USA begannen jetzt bereits eine «Mehrheit» in den Vereinten Nationen zu schäften und untergruben die Organisation, ehe sie noch geschaffen worden war.

Auf der Konferenz in Mexiko wurde unter dem Druck der USA ein Pakt ausgearbeitet und unterzeichnet, der vorsah, auch für die Nachkriegszeit einen vereinigten amerikanischen Generalstab zu bilden. Weiterhin sollten alle Teilnehmerländer des Paktes ihre Hilfsquellen, ihr Material und die strategischen Rohstoffe den Vereinigten Staaten zur Verfügung stellen und alle Staaten des amerikanischen Kontinents in Zukunft jeden Krieg gemeinsam führen. Die USA verstärkten also mit dem aggressiven Pakt die Unterdrückung der lateinamerikanischen Staaten.

Um ihren Einfluss auf die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zu erwei-

¹ Ebenda, S. 122.

tern, dehnte die USA-Regierung das Lend-Lease-Gesetz (Pacht- und Leihgesetz) auf viele dieser Staaten aus. Der Irak wurde am 1. Mai 1941 einbezogen, der Iran am 11. Mai 1941, die Türkei am 7. November 1941, Ägypten am 11. November 1941, Saudiarabien am 7. Dezember 1942 und Äthiopien am 18. Februar 1943.¹ Die Türkei erhielt durch das Gesetz höhere Lieferungen als die anderen Staaten. Sie erklärte auch bald nach der Krimkonferenz Deutschland, das sie während des ganzen Krieges fleissig unterstützt hatte, den Krieg, um später zu den Siegermächten zu gehören und an der Konferenz von San Francisco teilnehmen zu können. Die türkischen Politiker hofften, es werde mit Hilfe der USA und England gelingen, als «Siegermacht» ein umfangreiches Gebiet in Südosteuropa an sich zu reissen. Diese Pläne waren jedoch auf Sand gebaut.

4

Fast gleichzeitig mit der Krimkonferenz tagte in London vom 6. bis zum 17. Februar 1945 die Weltgewerkschaftskonferenz.² An dieser Konferenz nahm ein ausserordentlich grosser Kreis von Gewerkschaftsvertretern teil, darunter Vertreter der Gewerkschaften der UdSSR sowie der abhängigen und kolonialen Länder. 204 Delegierte vertraten etwa 60 Millionen Arbeiter und Angestellte, die in den Gewerkschaftsorganisationen von über 50 Ländern vereinigt waren. Die amerikanische Gewerkschaft AFL lehnte es ab, an der Konferenz teilzunehmen. Sie schlug sogar vor, die gescheiterte Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wiederherzustellen, in der immer nur eine Minderheit der organisierten Arbeiter vertreten war, weil den Gewerkschaften der UdSSR, Lateinamerikas, der abhängigen und kolonialen Länder der Beitritt verweigert wurde. Die Vertreter der amerikanischen CIO und der britischen TUC nahmen zwar an der Konferenz teil, bereiteten ihrer Arbeit jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Der Vertreter der englischen Gewerkschaften wandte sich scharf gegen die Vorschläge des von der Konferenz gebildeten Organisationskomitees. Er war weder mit dem Arbeitsablauf der Konferenz noch mit der Einladung der rumänischen, bulgarischen, ungarischen und polnischen Gewerkschaftsvertreter einverstanden und schlug vor, der Konferenz nur beratenden Charakter zu geben, um ihre Vereinigung mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vorzubereiten.

¹ Siehe American Handbook (Amerika-Handbuch), Washington 1945.

² Siehe Report of the World Trade Union Conference (Bericht der Weltgewerkschaftskonferenz), London 1945.

In den folgenden Beratungen gab die englische Delegation jedoch ihren ursprünglichen Standpunkt auf, und die Konferenz konnte damit ihre Arbeit erfolgreich abschliessen und ein festes Fundament für die Einheit der Arbeiter der verschiedenen Länder im Kampf für Frieden und Demokratie legen. Die Delegierten begrüßten die Beschlüsse der Krimkonferenz. Sie schlugen den Regierungen der Sowjetunion, der USA und Grossbritanniens vor, an der Konferenz in San Francisco auch Vertreter der Weltgewerkschaftsbewegung teilnehmen zu lassen. Die Gewerkschaftskonferenz bereitete die Bildung des Weltgewerkschaftsbundes vor, der mächtigen Organisation der Werktätigen.¹

5

Im Frühjahr 1945 bahnte sich auch die historische Wende im Leben der Tschechoslowakei an. Wie in den anderen Ländern Mittel- und Südosteuropas wurde sie durch die Siege der Sowjetarmee und durch die revolutionäre Initiative der Massen eingeleitet. Im Kampf gegen die faschistische deutsche Okkupation hatte sich das politische Bewusstsein der tschechoslowakischen Werktätigen stark verändert. Sie hatten erkannt, dass die Kapitalisten und Gutsbesitzer nicht nur grausame Ausbeuter sind, sondern auch die Interessen der Nation verraten und das Land den Okkupanten ausgeliefert hatten. Die von den Kommunisten geführten Volksmassen hatten sich im Verlauf des Befreiungskampfes nicht nur gegen die deutschen Unterdrücker, sondern auch gegen deren Helfershelfer aus den Reihen der tschechoslowakischen Bourgeoisie erhoben. Sie hatten in den von der Sowjetarmee und von den Partisanen befreiten Städten und Dörfern die neue revolutionäre Macht errichtet, die von den Nationalkomitees ausgeübt wurde.

Nach dem Willen des tschechoslowakischen Volkes arbeitete die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ein Programm der Volksdemokratie aus. Sie schlug Benes vor, sich diesem Programm anzuschliessen, um eine breite antifaschistische demokratische Volksfront zu schaffen. Getreu seiner westlichen Orientierung und als Wortführer der Klasseninteressen der tschechoslowakischen Bourgeoisie wandte sich Benes zwar gegen die kommunistischen Vorschläge, stimmte dann aber doch dem Programm zu, um die Volksmassen zu täuschen und seinen Einfluss nicht zu verlieren. Er brach mit den übrigen Vertretern der Emigration und begab sich in das befreite tschechoslowakische Gebiet. Er wollte sich an die Spitze des Staates stellen, um wieder die Macht der

¹ Siehe ebenda.

Gutsbesitzer und Kapitalisten zu errichten und das Land den Imperialisten zu unterwerfen,

Das Programm der Volksdemokratie wurde am 5. April 1945 in der tschechoslowakischen Stadt Kosice unterzeichnet und verkündet. Es rief die Volksmassen auf, alle Kraft für den Sieg im nationalen Befreiungskampf einzusetzen, und formulierte die wichtigsten Grundsätze, nach denen der volksdemokratische Staat aufgebaut werden sollte.

In seinem aussenpolitischen Teil ging das Programm davon aus, dass sich die sowjetisch-tschechoslowakische Freundschaft als Grundlage der nationalen Existenz und der Unabhängigkeit des Landes weiterhin entwickeln und festigen müsse. Da der erste Kongress der Volkskomitees der Karpatoukraine am 26. November 1944 beschlossen hatte, den jahrhundertealten Traum des Volkes von der Wiedervereinigung mit der Ukraine zu verwirklichen, hiess es in dem Kosicer Programm, dass diese Frage nach dem Willen der ukrainischen Bevölkerung gelöst werde.

Das freundschaftliche Verhältnis der Sowjetunion zu dem mit ihrer Hilfe befreiten jugoslawischen Volk widerspiegelte sich in dem Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit, der am 11. April 1945 unterzeichnet wurde. Der Vertrag verpflichtete beide Seiten, den gemeinsamen Kampf gegen Deutschland bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen und sich zu unterstützen, wenn einer der beiden Staaten erneut von Deutschland oder einem mit ihm verbündeten Staat überfallen werden sollte. Der Vertrag sah weiterhin vor, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen den beiden Ländern und ihren Völkern noch enger zu knüpfen. Er wurde in der Sowjetunion und in Jugoslawien sehr begrüsst.

Am 21. April 1945 wurde in Moskau ein ähnlicher Vertrag zwischen der Sowjetunion und Polen unterzeichnet. Auch in ihm verpflichteten sich beide Seiten, gemeinsam bis zum endgültigen Sieg über Hitlerdeutschland zu kämpfen und in der Nachkriegsperiode eng zusammenzuarbeiten. Die Sowjetunion und Polen erklärten ebenfalls, nach dem Krieg alles zu tun, um eine Aggression durch Deutschland oder einen mit ihm verbündeten Staat zu verhindern. Der Vertrag wurde für zwanzig Jahre geschlossen.

Der sowjetisch-polnische Vertrag widerspiegelte den grundlegenden Umschwung in den Beziehungen zwischen beiden Ländern und erhielt deshalb historische Bedeutung. Die Geschichte der russisch-polnischen Beziehungen hatte gezeigt, dass Misstrauen, Entfremdung und Feindschaft, die zwischen Polen und Russland bestanden, nur ihren Feinden genützt hatten. Diese Feindschaft und die gespannten Verhältnisse hat der deutsche Imperialismus ausge-

nutzt. Die feindliche Haltung der herrschenden Kreise zur Sowjetunion war eine der Hauptursachen für die Katastrophe, die im September 1939 über Polen hereinbrach. Deutschland hatte Polen leicht überfallen und niederschlagen können, weil die reaktionäre polnische Regierung ein Bündnis mit der Sowjetunion abgelehnt hatte. Der sowjetisch-polnische Vertrag schuf einen Wall gegen eine neue imperialistische deutsche Aggression nach Osten und festigte die europäische Sicherheit.

Die Sowjetunion hatte nicht nur geholfen, Polen vom faschistischen Joch zu befreien und eine anglo-amerikanische Intervention gegen Polen zu verhindern, sie unterstützte Polen auch moralisch, politisch und wirtschaftlich. Der sowjetisch-polnische Vertrag war das Unterpfand für die Unabhängigkeit des neuen volksdemokratischen Polens, er sicherte dessen Macht und die Entfaltung seiner Kräfte.

**DIE BERLINER OPERATION
UND DIE KAPITULATION HITLERDEUTSCHLANDS**

1

Als die Sowjetarmee am 12. Januar 1945 die Weichsel-Oder-Operation begann, hielt man nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA und in England die Lage Hitlerdeutschlands noch nicht für aussichtslos. Noch hatten die Kampfhandlungen fast kaum deutschen Boden berührt, Hitlers Wehrmacht war zahlenmässig nach wie vor sehr stark. Die deutsche Rüstungsproduktion war zwar gesunken, durfte deshalb aber nicht unterschätzt werden. Dennoch wurde das faschistische Deutschland in vier Monaten zerschmettert.

Die Sowjetunion trug auch in der Endphase des Krieges, als es galt, Hitlerdeutschland endgültig zu zerschlagen, die Hauptlast des Kampfes. Sie hatte die schweren Prüfungen der vergangenen Kriegsjahre ehrenvoll bestanden, ihre Armeen traten jetzt zum Kampf auf deutschem Boden an.

In der letzten Etappe des Krieges nahmen auch polnische, tschechoslowakische, bulgarische und rumänische Armeen aktiv an den Angriffsoperationen der Sowjetarmee teil. Sie leisteten einen wertvollen Beitrag zur Erringung des Sieges über Hitlerdeutschland und kämpften tapfer und kühn Schulter an Schulter mit den Sowjetsoldaten gegen den gemeinsamen Feind. Das sowjetische Oberkommando hob in seinen Befehlen mehrmals ihre Heldentaten hervor.

Die bisher an der sowjetisch-deutschen Front erlittenen Niederlagen und die neuen vernichtenden Schläge brachen die Moral der deutschen Front und des Hinterlandes. Die neue sowjetische Offensive schuf eine verzweifelte Lage für Hitlerdeutschland.

Hitlers Oberkommando beschloss, den Osten des Landes in eine tote Zone zu verwandeln. Über diesen barbarischen Entschluss schreibt der westdeutsche Militärhistoriker Görlitz: «Jegliches Gebiet, das die deutschen Truppen räumten, sollte nun zur Wüste werden, Industriewerke, Versorgungsbetriebe, Brücken, Bahnanlagen, Telegrafenanlagen, Talsperren, Rundfunksender, Bergwerke

sollten zerstört werden... Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht und der Chef der Parteikanzlei, Feldmarschall Keitel und Reichsleiter Bormann, erliessen gemeinsam einen geharnischten Befehl, wonach jede Stadt bis zum letzten Mann zu verteidigen sei. Standgerichte gegen Kampfkommandanten, die dieser Pflicht nicht nachkamen, Exekutionskommandos, die Leute liquidierten, die vorzeitig beim Nahen feindlicher Truppen weisse Fahnen hissten, hielten ihre Ernte. Soldaten, die sich von der Truppe entfernten, wurden auf offener Strasse erhängt. Der Tod ging in vielerlei Gestalt um.»¹

Als die sowjetische Offensive begann, liess der deutsche Widerstand an der Westfront merklich nach, während er an der Ostfront noch erbitterter wurde. In dieser äusserst komplizierten Lage waren die deutschen Imperialisten bereit, vor den Westmächten zu kapitulieren, um den Kampf im Osten fortsetzen zu können. Ende Februar 1945 durchbrachen die anglo-amerikanischen Truppen leicht die deutsche Festungslinie, den sogenannten Westwall. Ebenso schnell überwandern sie auch den Rhein, obwohl die zurückweichenden deutschen Truppen alle Brücken gesprengt hatten.

Anfang März 1945 verhandelte das deutsche Oberkommando mit britischen und amerikanischen Vertretern in der Schweiz. Die Sowjetregierung verlangte, auch Vertreter des sowjetischen Oberkommandos an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Diese berechnete Forderung wurde jedoch abgelehnt. Die Westmächte verletzten damit erneut ihre Verpflichtungen.

Zwei Wochen lang wurde in Bern verhandelt. Obwohl die Ergebnisse streng geheimgehalten wurden, bewiesen die Tatsachen, dass die Verhandlungen «mit einer Vereinbarung mit den Deutschen beendet wurden, auf Grund der der deutsche Oberbefehlshaber an der Westfront, Feldmarschall Kesselring, einverstanden war, die Front zu öffnen und den anglo-amerikanischen Truppen den Weg nach Osten freizugeben. Die Anglo-Amerikaner versprachen dafür, die Waffenstillstandsbedingungen für die Deutschen zu erleichtern.»² Als der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR in einem Schreiben an Roosevelt das doppelte Spiel der Westmächte entlarvte, leugnete Roosevelt solche Abmachungen. Die deutschen Truppen gingen aber seit Ende März 1945 im Westen zum «symbolischen» Krieg über. Ihre an der Westfront verbliebenen geringen Kräfte gaben die Stellungen ohne ernsthaften Widerstand auf und gingen in Gefangenschaft. An der sowjetisch-deutschen Front leistete der Feind aber weiterhin erbitterten Widerstand.

¹ W. Görnitz, a. a. O., Bd. 2, S. 543f.

² Briefwechsel, Bd. 2, S. 204.

Deshalb stellte der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR in seinem Schreiben an Roosevelt völlig zu Recht fest: «Und das Ergebnis ist, dass die Deutschen an der Westfront in der betreffenden Minute den Krieg gegen England und Amerika tatsächlich beendeten. Zugleich führen die Deutschen aber den Krieg gegen Russland, den Verbündeten Englands und der USA, weiter.»¹

Je weiter die Sowjettruppen nach Deutschland vordrangen, desto stärker offenbarte sich auch der Zerfall der deutschen Kriegswirtschaft. Die amerikanischen und englischen Geschichtsfälscher versuchen zwar zu beweisen, die Luftangriffe der Westmächte hätten die deutsche Industrie ausgeschaltet und damit zu den Niederlagen an den Fronten geführt, tatsächlich brach die deutsche Rüstungsindustrie jedoch erst unter den Schlägen der Sowjetarmee zusammen.

Der Produktionsrückgang in Deutschland hatte mehrere Ursachen; Deutschland hatte die von ihm besetzten Gebiete, seine Vasallenländer und auch bereits einen beträchtlichen Teil seines eignen Bodens verloren; die Industrie in den Ostgebieten war evakuiert oder vernichtet worden; seine Menschenreserven waren versiegt; die Sabotage durch die ausländischen und zum Teil auch durch deutsche Arbeiter verstärkte sich; Rohstoffe fehlten, denn die wichtigsten Rohstoffquellen hatte Hitler verloren; die Wirtschaft war völlig zerrüttet, und schliesslich war Deutschland jetzt selbst zum Kriegsschauplatz geworden.

Bevor jedoch die deutsche Wirtschaft zu zerfallen begann, hatten die sowjetischen Werktätigen bereits den ökonomischen Sieg über das faschistische Deutschland errungen.

Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung hatten neue Industriebetriebe errichtet. Von 1942 bis 1944 wurden 79 Milliarden Rubel in der Volkswirtschaft der UdSSR investiert. In den Ostgebieten entstanden 2250 Industriebetriebe völlig neu, 100'000 spanabhebende Maschinen, 24 Hochöfen und 128 Siemens-Martin-Öfen wurden in Betrieb genommen.² Zu Beginn des Jahres 1944 begannen die im Osten geschaffenen Grossbetriebe zu produzieren. In diesen Gebieten erhöhte die Industrie die Bruttoproduktion 1944 im Vergleich zu 1940 um 280 Prozent.³ Allein im Ural wurde mehr Aluminium produziert, als die ganze Aluminiumindustrie der Sowjetunion vor dem Kriege erzeugt hatte. Im Dezember 1943 nahm das Magnitogorsker Kombinat den grössten Hochofen in Be-

¹ Ebenda. S. 204.

² Siehe N. A. Wosnessenski, a. a. O., S. 31.

³ Siehe ebenda. S. 107.

trieb, ihm folgte 1944 ein weiterer. Beide Hochöfen waren die grössten in Europa.

Daneben wurden 1944 die vorhandenen Betriebe durch den Bau neuer Produktionsanlagen erweitert und auf Beschluss des Zentralkomitees und des Rates der Volkskommissare vom 21. August 1943 die Arbeiten aufgenommen, um die Volkswirtschaft in den Gebieten wiederherzustellen, die von den deutschen Eroberern befreit worden waren. Von 1942 bis 1944 nahmen in den befreiten Gebieten etwa 6'000 Betriebe die Produktion wieder auf.¹ Neben der Industrie wurden auch der Verkehr und die Landwirtschaft in den Gebieten wiederhergestellt, die der Feind zeitweilig besetzt hatte. Das Tempo des Wiederaufbaus und die neuen Industriebetriebe im Osten der Sowjetunion bewiesen die gewaltige Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems. Die Erfolge gewannen im Vergleich zur Lage in den kapitalistischen Ländern Westeuropas nur noch an Gewicht.

Die herrschenden Kreise der LISA und Englands sowie ihre Oberkommandos waren mit dafür verantwortlich, dass die westeuropäische Wirtschaft schwere Schäden erlitten hatte. Die britischen und amerikanischen Monopole hielten die Wiederherstellungsarbeiten in Westeuropa sogar noch auf, wenn ihnen diese Arbeiten nicht grosse Gewinne versprachen. Bis Kriegsende und auch in den ersten Nachkriegsjahren ging der Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft nur langsam voran.

2

Die Angriffsoperationen des Jahres 1944 hatten die deutsche Front von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer zerschmettert. Die Niederlagen hatten das faschistische Deutschland an den Rand der Katastrophe gebracht. Anfang 1945 bereitete die Sowjetarmee neue Angriffsoperationen vor, um den Feind völlig zu besiegen.

Am 12. Januar 1945 begann die gemeinsame Offensive der sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen, bulgarischen und rumänischen Truppen mit mehreren eng verbundenen gross angelegten strategischen Operationen. Die erste Etappe der Weichsel-Oder-Operation der 1. Belorussischen, der 1. Ukrainischen und des rechten Flügels der 4. Ukrainischen Front sollte die 36 Divisionen starke deutsche Heeresgruppe A zerschlagen sowie Polen und einen Teil der Tschechoslowakei befreien. Die Offensive sollte bis zur Oder und den entfernteren Zugängen nach Berlin vorgetragen werden.

¹ Siehe ebenda, S. 36 ff.

Die Truppen der 1. Ukrainischen Front eröffneten den Angriff am 12. Januar und durchbrachen schon am ersten Angriffstag den feindlichen Hauptverteidigungsstreifen. Am 14. Januar traten die Truppen der 1. Belorussischen Front zum Angriff an. Bis zum 17. Januar war die Front des Gegners auf etwa 500 Kilometer Breite durchbrochen. Die Hauptkräfte der Heeresgruppe A waren zerschlagen, und die Operation konnte in die Tiefe weitergeführt werden. Am selben Tag wurde auch die polnische Hauptstadt befreit. Im engen Zusammenwirken mit den Truppen der 1. Ukrainischen Front gingen die Truppen der 4. Ukrainischen Front in den Westkarpaten vor.

In der zweiten Etappe der Operation vom 18. Januar bis zum 3. Februar drangen die sowjetischen Truppen auf breiter Front zur Oder vor, verfolgten den zurückweichenden Gegner zügig und vernichteten die aus der Tiefe herangeführten feindlichen Reserven. Aus der Bewegung heraus bildeten sie auf dem westlichen Oderufer mehrere Brückenköpfe. Mit dieser Operation befreite die Sowjetarmee Polen und einen beträchtlichen Teil der Tschechoslowakei. Die Kampfhandlungen wurden jetzt auf deutschem Boden geführt.

Während der Weichsel-Oder-Operation führten die Kräfte der 2. und 3. Belorussischen Front die Operation in Ostpreussen gegen die deutsche Heeresgruppe Mitte durch, die mit etwa 38 Divisionen diesen Raum verteidigen sollte.

Am 13. Januar 1945 eröffneten die Truppen der 3. Belorussischen Front die Offensive und hatten Ende Januar Königsberg (Kaliningrad) eingeschlossen. Die Truppen der 2. Belorussischen Front hatten die Offensive am 14. Januar begonnen und stiessen inzwischen nach Nordwesten vor, erreichten Ende Januar Marienburg (Malbork) und hatten damit die Heeresgruppe Mitte in Ostpreussen abgeschnitten. Die blockierten deutschen faschistischen Armeen wurden in erbitterten Kämpfen völlig aufgegeben.

Am 9. April nahmen die sowjetischen Truppen Königsberg und am 25. April die Festung Pillau (Baltisk), nachdem sie das Samland völlig vom Gegner gesäubert hatten. Mit der Offensive in Ostpreussen vernichtete die Sowjetarmee die deutsche Heeresgruppe Mitte, besetzte Ostpreussen und öffnete den Weg nach Berlin von Nordwesten her.

Die Kräfte der 1. und 2. Belorussischen Front eröffneten am 10. Februar 1945 auf dem Nordflügel der sowjetisch-deutschen Front eine neue grosse Angriffsoperation, die sogenannte Ostpommern-Operation. An dieser Operation war die 1. Armee der polnischen Truppen aktiv beteiligt.

Mit dieser Operation sollte die vom Gegner in Ostpommern zum Gegenschlag bereitgestellte Heeresgruppe Weichsel vernichtet werden, um den rechten Flügel der auf Berlin vorstossenden sowjetischen Truppen zu sichern.

In den ersten Etappen der Operation drangen die Truppen der 1. und 2. Belorussischen Front in ihren Operationsrichtungen erfolgreich vor. Noch während der Operation verstärkte der Gegner seine Truppen auf etwa 42 Divisionen. Sie stützten sich auf eine gut vorbereitete Verteidigungslinie, die von der Weichsel zur Oder lief, und auf den befestigten Raum von Gdynia-Danzig (Gdansk).

Die sowjetischen Truppen erreichten in erbitterten Kämpfen die Ostseeküste, nahmen Köslin (Koszalin) und spalteten damit die Heeresgruppe Weichsel. Durch den sowjetischen Vorstoss in den Raum Kolberg (Kolobrzeg) waren beide Teile der gespaltenen Heeresgruppe Weichsel von den übrigen deutschen Truppen auf dem Festland isoliert. In harten Kämpfen wurden sie vernichtet. Am 13. März erreichten die sowjetischen Truppen das Stettiner Haff und begannen um Altdamm (Dabie) zu kämpfen. Die Stadt wurde am 20. März genommen. Die Kämpfe um Danzig und Gdynia dauerten noch etwa zwei Wochen.

Das faschistische Oberkommando beschloss eine Gegenoffensive, um die sowjetische Offensive aufzuhalten. Am 20. Februar teilte das amerikanische Oberkommando der Sowjetregierung mit, dass nach den Angaben der amerikanischen Aufklärung der Gegner in Pommern eine Gegenoffensive für einen Schlag in Richtung Thorn (Torun) und im Raum Mährisch-Ostrau (Moravská-Ostrava) für einen Schlag in Richtung Lodz vorbereitete. In der Mitteilung hiess es, dass die 6. SS-Panzerarmee in Richtung Lodz vorgehen solle.

Diese Information entsprach nicht dem wirklichen Verlauf der Ereignisse an der sowjetisch-deutschen Front im März 1945. Der Generalstabschef der Sowjetarmee, Armeegeneral Antonow, antwortete dem Leiter der amerikanischen Militärmission in der Sowjetunion am 30. März 1945: «Es ist möglich, dass einige Quellen dieser Information das Ziel hatten, sowohl das anglo-amerikanische wie auch das sowjetische Oberkommando zu desorientieren und die Aufmerksamkeit des sowjetischen Oberkommandos von jenem Raum abzulenken, in dem die Deutschen die wichtigste Operation an ihrer Ostfront vorbereiteten»¹

Tatsächlich sollte die deutsche Gegenoffensive im Raum des Plattensees gegen die Truppen der 3. Ukrainischen Front geführt werden. Mit dieser Offensive

¹ Briefwechsel, a. a. O., S. 208 f.

wollte Hitlers Oberkommando die sowjetischen Streitkräfte von der Berliner Richtung ablenken und die letzten ungarischen Erdölquellen retten. Die Gegenoffensive erfolgte mit starken Kräften. Von der Westfront war die 6. SS-Panzerarmee nach Ungarn verlegt worden. Das deutsche Oberkommando glaubte, durch seine Gegenoffensive die sowjetische Offensive im Süden aufhalten und die Sowjetarmee zwingen zu können, ihre Kräfte nach Süden umzugruppieren. Die deutsche Gegenoffensive begann am 6. März 1945. Trotz zehntägiger hartnäckiger Kämpfe konnten die deutschen Truppen die sowjetische und bulgarische Verteidigung nicht durchbrechen. Nachdem die sowjetischen Truppen die deutsche Offensive im Raum des Plattensees aufgehalten hatten, begannen sie am 16. März die Wiener Operation, um die deutsche Heeresgruppe Süd zu vernichten sowie Ungarn und einen beträchtlichen Teil Österreichs, darunter auch Wien, und weitere Gebiete der Tschechoslowakei zu befreien.

Die Offensive wurde von den Truppen der 2. Ukrainischen Front (Oberbefehlshaber Marschall der Sowjetunion Malinowski), den Truppen der 1. Ukrainischen Front (Oberbefehlshaber Marschall der Sowjetunion Tolbuchin) und von der Donauflottille vorgetragen und trotz des erbitterten feindlichen Widerstandes erfolgreich entfaltet. Am 5. April kämpften sowjetische Truppen um die Zugänge nach Wien. Am 7. April war die Stadt bereits völlig eingeschlossen, sie wurde am 13. April befreit. Die Sowjetarmee hatte damit die Pläne des deutschen Oberkommandos durchkreuzt, das vorgesehen hatte, Österreich länger zu verteidigen. Ungarn und Österreich wurden völlig befreit. Am 9. April 1945 veröffentlichte die Sowjetregierung eine Erklärung, in der sie darauf hinwies, dass sie nicht die Absicht habe, österreichisches Gebiet an sich zu reißen oder die Gesellschaftsordnung des Landes zu ändern. Sie werde vielmehr dabei mitwirken, das faschistische deutsche Besatzungsregime zu beseitigen und die demokratische Ordnung und die demokratischen Institutionen in Österreich wiederherzustellen.¹ Die österreichische Bevölkerung begrüßte diese Erklärung.

Vom 15. bis zum 31. März 1945 führte die 1. Ukrainische Front (Oberbefehlshaber Marschall der Sowjetunion I. S. Konew) die Oberschlesische Operation gegen die 43 Divisionen starke Heeresgruppe Mitte, um diese zu vernichten und bis in die Ausläufer der Sudeten vorzudringen.

Im Laufe der Operation durchbrachen die sowjetischen Truppen die feindliche Verteidigung, schlossen die gegnerische Gruppierung südwestlich von Oppeln

¹ Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 171.

ein und vernichteten sie. Sie zerschlugen die Heeresgruppe Mitte und erreichten das Sudetenvorland.

Jetzt waren alle Voraussetzungen geschaffen worden, um die Berliner Operation, die grösste strategische Operation des zweiten Weltkrieges, durchzuführen. Die sowjetischen Truppen standen 60 Kilometer von der deutschen Hauptstadt entfernt an der Oder. Gegen sie war eine überaus starke deutsche Gruppierung eingesetzt. Von der Oder bis nach Berlin erstreckte sich der befestigte Raum um Berlin, der aus mehreren Verteidigungsstreifen bestand.

Die Berliner Operation der Sowjetarmee wurde mit den Kräften der 2. und 1. Belorussischen Front und der 1. Ukrainischen Front vorbereitet, der Angriffsstreifen umfasste 400 Kilometer. In dieser Operation wurde die Kampfkraft der Sowjetarmee in ihrer ganzen Stärke bewiesen. Die Sowjetarmee setzte 41'600 Geschütze und Granatwerfer, über 6'300 Panzer, 8'400 Flugzeuge und viele andere technische Kampfmittel ein.

Die Berliner Operation begann am 16. April 1945. Am Abend desselben Tages hatten die sowjetischen Truppen den feindlichen Hauptverteidigungsstreifen durchbrochen. In den ersten vier Angriffstagen stiessen die Truppen der 1. Belorussischen Front auf einem 70 Kilometer breiten Abschnitt 30 Kilometer tief vor. Die Truppen der 1. Ukrainischen Front, die zur selben Zeit die Offensive eröffnet hatten, durchbrachen die gegnerische Verteidigung in den ersten drei Angriffstagen und stiessen zum südlichen und südwestlichen Stadtrand von Berlin vor. Der Plan des faschistischen Oberkommandos, die Stellung an der Oder und Neisse bis zum Vordringen der englischen und amerikanischen Truppen nach Berlin zu halten, war damit bereits vereitelt.

Die bisher äusserst langsamen und zögernden anglo-amerikanischen Operationen wurden jetzt durch äusserste Eile abgelöst. Das deutsche Oberkommando schwächte den Mittelabschnitt seiner Westfront, verlegte seine Truppen von hier an die sowjetisch-deutsche Front und unterstützte damit den Vorstoss der Westmächte auf Berlin. An der ganzen 800 Kilometer breiten Front von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze hatte Hitlerdeutschland nur 35 unvollständige und begrenzt einsatzfähige Divisionen gegen die anglo-amerikanischen Truppen eingesetzt. Die Regierungen der USA und Grossbritanniens drängten ihre Oberkommandos zur Eile und forderten von ihnen, ihre Truppen in die Zone einrücken zu lassen, die sowjetische Truppen besetzen sollten. Sie verlangten, Berlin schneller zu nehmen, um den sowjetischen Truppen zuvorzukommen. Am 1. April 1945 schrieb Churchill an Roosevelt: «Zweifellos werden die russischen Armeen in

Wien einmarschieren und ganz Österreich überrennen. Wenn sie auch noch Berlin nehmen, müssen dann die Russen nicht den Eindruck gewinnen, zu unserem gemeinsamen Sieg in überwältigender Weise beigetragen zu haben, und wird sich dieser Eindruck nicht so ungebührlich in ihrem Denken festsetzen, dass sie dadurch in eine Stimmung geraten, die für die Zukunft die grössten und ernstesten Schwierigkeiten erwarten lässt? Es ist daher meine Meinung, dass wir vom politischen Standpunkt aus soweit wie nur möglich nach dem Osten Deutschlands vormarschieren und Berlin unbedingt nehmen müssen, sollte es in unserem Zugriff liegen. Aber auch vom militärischen Standpunkt aus erscheint mir das vernünftig und richtig.»¹ Churchill gab hier unumwunden zu, welches Ziel sich die herrschenden Kreise der USA und Englands für die Endphase des Krieges gestellt hatten. Sie wollten den Anteil der Sowjetunion am Sieg über Hitlerdeutschland schmälern, um sich den Sieg zuschreiben und auf dieser Grundlage den Kampf gegen den internationalen Einfluss und die Autorität der Sowjetunion aufnehmen zu können. Die Regierungskreise der USA begrüßten Churchills Absicht, hegten sie doch ähnliche Pläne. Churchill bestand auch weiterhin darauf, schnell nach Berlin vorzudringen. Am 2. April forderte er von Eisenhower, «dass wir den Russen die Hand so weit im Osten wie möglich reichen»². Bereits am 5. April sandte er deshalb Roosevelt erneut ein Telegramm.³

Roosevelt starb am 12. April 1945, und Vizepräsident Truman übernahm die Geschäfte des Präsidenten. Er beriet am 22. April auf einer Sonderkonferenz mit den einflussreichsten Regierungsmitgliedern über die zukünftigen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Ein Teilnehmer der Konferenz, der Roosevelt und Truman nahestehende Berater Admiral Leahy, schrieb, die Gruppe, die Truman zusammengerufen hatte, sei einmütig der Meinung gewesen, eine entschlossene Haltung gegenüber der Sowjetunion einnehmen zu müssen.⁴

Die USA-Regierung und ihr Geheimdienst taten alles, um das faschistische deutsche Spionagenetz und seine Agenten in Zukunft für sich arbeiten zu lassen. Amerikanische Agentengruppen erhielten den Auftrag, die Geheimarchive des Deutschen Auswärtigen Amtes, der deutschen Spionageabwehr, der Gestapo, ihre Karteien, die Mitgliederkartei der NSDAP und die Geheimpatente der deutschen Monopole zu suchen und sicherzustellen.

¹ W. S. Churchill, a. a. O., S. 144.

² Ebenda, S. 146.

³ Siehe ebenda.

⁴ Siehe W. D. Leahy, a. a. O., S. 351.

Eine besondere Agentengruppe, die unter dem Decknamen «Alsos» arbeitete, sollte alle deutschen Arbeiten auf dem Gebiet der Atomwaffe sowie Laboratorien, die Wissenschaftler und das Bedienungspersonal finden, um sie in die USA schaffen zu können.¹

Den faschistischen Machthabern waren die Pläne der herrschenden Kreise der USA und Englands bekannt. Sie hatten sogar beschlossen, diese Pläne zu unterstützen. Die Faschisten hofften, der verdienten Strafe zu entgehen, wenn anglo-amerikanische Truppen Berlin eroberten. Sie rechneten immer noch, dass es zu einem Konflikt zwischen der Sowjetarmee und den Truppen der Westmächte kommen werde, falls sie gleichzeitig in Berlin einrücken sollten. Hitler «vermeinte nur noch so lange durchhalten zu müssen, bis es zu der sicher zu erwartenden Entzweiung der Feinde käme»². Das deutsche Oberkommando stellte den Widerstand im Westen ein und öffnete die Front für den Vormarsch der anglo-amerikanischen Truppen. Die 12. Armee des Generals Wenck, die gegen die Amerikaner gekämpft hatte, wurde aus der Front zurückgezogen und gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt. Der Befehl darüber wurde in den Zeitungen veröffentlicht. Goebbels erklärte im Rundfunk, dass «die deutschen Truppen an der Elbe den Amerikanern den Rücken gekehrt hätten»³.

Die englischen und amerikanischen Truppen fanden auf ihrem Weg keinen Widerstand mehr und drangen auf Berlin vor. Am 21. April, als die sowjetischen Truppen die Kämpfe in den Strassen Berlins aufnahmen, erreichten die 1. und die 9. amerikanische Armee die Elbe. Das amerikanische Oberkommando wollte die Offensive fortsetzen, obwohl die Stimmung der Soldaten und eines Teils der Offiziere dagegen war. Sie sahen, wie die «New York Herald Tribune» schon zu Beginn des Jahres geschrieben hatte, in den sowjetischen Soldaten Helden.⁴

Die Truppen der 1. Belorussischen Front brachen am 21. April 1945 von Norden und Nordosten her in Berlin ein und trieben gleichzeitig von Osten her einen Keil in den äusseren Verteidigungstreifen der Stadt. Ein Teil der Truppen der Front umging Berlin im Norden und stiess in Richtung Potsdam und zur Elbe vor. Die Truppen der 1. Ukrainischen Front drangen von Süden und Südwesten her nach Berlin vor. Am 20. April durchbrach die Hauptgruppierung der Front den äusseren Verteidigungstreifen

¹ Siehe Goudsmit. Alsos. New York 1947.

² K. von Tippelskirch, a. a. O., S. 572.

³ Zitiert nach: ebenda, S. 579.

⁴ Siehe «The New York Herald Tribune» vom 27. Januar 1945.

Berlins. Ein Teil der Truppen kämpfte angespannt, um die deutsche Gruppierung im Raum südostwärts von Berlin einzuschliessen, und stiess gleichzeitig zur Elbe vor. Die 1. Ukrainische Front sollte den Angriff der 12. deutschen Armee zurückschlagen.

Am 25. April hatten die sowjetischen Truppen die Berliner Gruppierung völlig eingeschlossen. Südostwärts der deutschen Hauptstadt war eine 13 Divisionen starke gegnerische Gruppierung eingeschlossen worden. Am selben Tag drangen die Vorausabteilungen der 1. Ukrainischen Front im Raum Torgau an die Elbe vor. Dort begegneten sich sowjetische und amerikanische Truppen. Einige Tage später vereinigten sich sowjetische und englische Truppen in der Nähe von Schwerin und Rostock. Deutschland und seine Streitkräfte waren in mehrere isolierte Teile gespalten. Das amerikanische und das englische Oberkommando brachen den weiteren Vormarsch ihrer Truppen in Richtung Berlin ab.

Der Plan des sowjetischen Oberkommandos zur Einschliessung der Berliner Gruppierung in Berlin war erfüllt worden. Die zügige sowjetische Offensive in der Berliner Richtung entsprach völlig den Beschlüssen der Konferenz von Jalta. Sie durchkreuzte die Pläne und Absichten der faschistischen deutschen Machthaber und vereitelte auch die Vorhaben der herrschenden Kreise der USA und Englands. Die Einschliessung Berlins erhielt also nicht nur militärische, sondern auch internationale Bedeutung. Sie traf die antinationalen Pläne der herrschenden Kreise der USA und Englands schwer und verhinderte jedes Zusammengehen der Westmächte mit Hitlerdeutschland.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens verhandelten inzwischen über mehrere Kanäle mit den faschistischen Rädelsführern. Der bereits erwähnte Graf Bernadotte hatte bereits am 2. November 1944 während seines Besuches in Eisenhowers Hauptquartier in Versailles die notwendigen Anweisungen erhalten. Er begab sich jetzt nach Berlin, wo er am 16. Februar 1945 unter anderem mit Ribbentrop und Kaltenbrunner zusammentraf. Am 19. Februar verhandelte Bernadotte mit Himmler. In dem zweieinhalbstündigen Gespräch betonte Himmler die Notwendigkeit, Europa, das dem Bolschewismus ausgeliefert sei, zu verteidigen, wenn die deutsche Ostfront zusammenbrechen sollte. Er rechnete mit der antisowjetischen Haltung der herrschenden Kreise der USA und Englands. In einem neuen Treffen mit Himmler am 2. April überzeugte ihn Bernadotte, schneller mit Hitler abzurechnen.

Die letzte Begegnung zwischen beiden fand in der Nacht zum 24. April 1945 in Lübeck statt. Himmler war bereit, an der Westfront zu kapitulieren, um die Truppen der Westmächte mög-

lichst weit nach Osten vorstossen zu lassen. Bernadotte leitete Himmlers Vorschläge über die schwedische Regierung den Regierungen der USA und Grossbritanniens zu. Am 25. April berieten Truman, Marshall, Leahy und andere Politiker und Militärs der USA über eine direkte Leitung mit Churchill, wie Himmlers Vorschläge verwirklicht werden sollten.¹ Himmler war jedoch vor der Weltöffentlichkeit bereits so kompromittiert, dass die Westmächte mit ihm kein offenes Übereinkommen mehr treffen konnten. Noch am selben Tag unterrichteten sie die Sowjetregierung über seine Vorschläge. Dabei gaben sie zu, dass «die Weigerung Himmlers, gegenwärtig den Befehl über die Kapitulation an der Ostfront zu geben, gleichbedeutend ist mit einem letzten Versuch, Zwietracht zwischen den westlichen Verbündeten und Russland zu säen»². Darauf antwortete der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR: «Ihren Vorschlag, von Himmler zu fordern, an allen Fronten, darunter auch an der sowjetischen Front, bedingungslos zu kapitulieren, halte ich für das einzig richtige.» Die britische Nachrichtenagentur Reuter veröffentlichte am 28. April eine amtliche Mitteilung über die Angebote Himmlers, die dann auch in der Presse erschien.³ Als Hitler vom Verhalten eines seiner nächsten Mitarbeiter erfuhr, befahl er, ihn aus der NSDAP auszuschliessen.

Am 23. April teilte Göring, der sich in Süddeutschland aufhielt, Hitler in einem Funkgespräch mit, dass er sich an die Spitze Deutschlands stellen wolle, weil die in Berlin eingeschlossene Regierung nicht mehr arbeitsfähig sei. Göring plante, sich auch an Eisenhower zu wenden und mit ihm über die Einstellung der Kampfhandlungen im Westen zu verhandeln. Der Chef des Generalstabs der Luftwaffe, General Koller, sollte einen Aufruf an die Truppen und an das Volk entwerfen, mit dem Göring der Sowjetunion vorzutäuschen gedachte, Deutschland führe den Krieg an beiden Fronten weiter, während die Westmächte aus ihm entnehmen sollten, dass Deutschland die Feindseligkeiten gegen sie einstelle. Göring verlangte noch mehr von diesem Wunderdokument. Es sollte nicht nur die Sowjetunion hinters Licht führen und die Westmächte über die wahren Absichten unterrichten, der deutsche Soldat sollte aus ihm entnehmen, dass der Krieg fortgesetzt werde, gleichzeitig aber auch sein Ende näher rücke, das Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch bewahre.⁴

¹ Siehe W. D. Leahy, a. a. O., S. 354 f.

² Briefwechsel, Bd. 1, S. 338.

³ Siehe «The Times» vom 2. und 3. Mai 1945.

⁴ Siehe K. Koller, Der letzte Monat, Mannheim 1949, S. 39f.

Hitler schloss jetzt auch Göring aus der NSDAP aus und befahl, Göring, Koller und andere zu verhaften.

Inzwischen wurde weiterhin angespannt um Berlin gekämpft. Die in der Stadt eingeschlossene etwa 200'000 Mann starke deutsche Gruppierung verfügte über 3'000 Geschütze und Granatwerfer sowie über 250 Panzer und Sturmgeschütze. Sie verwandelte die deutsche Hauptstadt in einen befestigten Raum. Im Grunde genommen führte Hitler selbst die Truppen, obwohl General der Artillerie Weidling zum Kommandanten ernannt worden war. Die Faschisten griffen zum grausamsten Terror, um die Soldaten und Offiziere sowie die Einwohner der Stadt zu zwingen, den sowjetischen Truppen Widerstand zu leisten. Am 24. April wurden in ganz Berlin Plakate mit einem Befehl Hitlers geklebt, in dem jeder, der den Kampf einstellen wollte, zum Verräter gestempelt wurde, der sofort hingerichtet sei.

Die ganze Welt verfolgte gespannt den Kampf der sowjetischen Truppen, die Berlin stürmten.

Am 27. April wurde bereits im Zentrum der deutschen Hauptstadt gekämpft. Die sowjetischen Truppen hatten den Gegner auf einem nur 2 bis 5 Kilometer breiten und 15 Kilometer langen Streifen, der sich von Ost nach West hinzog, zusammengedrängt. Am 28. April spalteten sie die Berliner Gruppierung in drei isolierte Teile, die ohne einheitliche Führung kämpften. In der Stadt wütete die SS, sie trieb Jugendliche in den sinnlosen Tod und setzte zum Beispiel in der Innenstadt einen S-Bahn-Tunnel unter Wasser, in dem Frauen, Kinder und Verwundete Schutz gesucht hatten. Am 28. April nahmen die sowjetischen Truppen Potsdam.

Am Nachmittag des 30. April stürmten die sowjetischen Truppen den Reichstag. Erst jetzt erkannte Hitler, dass ihm kein Ausweg mehr geblieben war. Er nahm sich das Leben. Seine Leiche wurde im Hof der Reichskanzlei verbrannt. «... die Flammen, die unter dem immer lauter werdenden Dröhnen der russischen Kanonen Hitlers Körper verzehrten, bildeten das schaurige Ende des Dritten Reiches.»¹ Nachdem Goebbels seine Frau und seine Kinder getötet hatte, beging er auch Selbstmord.

Die herrschenden Kreise Londons und Washingtons hiessen Hitlers Flucht vor der Verantwortung gut. Sie befürchteten überflüssige Enthüllungen auf einem unvermeidlichen Prozess. Churchill erklärte ganz offen: «Hitler hatte einen für uns weit bequemeren Weg eingeschlagen, als ich lange Zeit befürchtet hatte... Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass er das Schicksal der in Nürnberg abgeurteilten Kriegsverbrecher geteilt hätte.»²

¹ W. S. Churchill, a. a. O., S. 217.

² Ebenda, S. 325.

Hitlers Nachfolger wurde Grossadmiral Dönitz, der als Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Raeder abgelöst hatte. Dönitz, dessen Stab sich in Plön, Schleswig-Holstein, befand, erhielt am 30. April, 18.30 Uhr, einen Funkspruch aus der Reichskanzlei, den Bormann unterzeichnet hatte. In ihm hiess es: «An Stelle des bisherigen Reichsmarschalls ‚Göring‘ setzte der Führer Sie, Herr Grossadmiral, als seinen Nachfolger ein. Schriftliche Vollmacht unterwegs. Ab sofort sollen Sie sämtliche Massnahmen verfügen, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben.»¹ Dönitz erhielt also die Vollmachten im Namen Hitlers, obwohl dieser bereits tot war, um der neuen faschistischen Regierung den Anschein der Rechtmässigkeit zu geben. Dönitz wusste nichts von Hitlers Selbstmord und antwortete durch Funkspruch: «Mein Führer, meine Treue zu Ihnen wird unabdingbar sein. Ich werde daher weiter alle Versuche unternehmen, um Sie in Berlin zu entsetzen. Wenn das Schicksal mich dennoch zwingt, als der Nachfolger das Deutsche Reich zu führen, werde ich diesen Krieg so zu Ende führen, wie es der einmalige Heldenkampf des deutschen Volkes verlangt.»²

Am 1. Mai, 10.53 Uhr, wurde in Plön der zweite Funkspruch Bormanns empfangen, in dem er kurz mitteilte: «Das Vermächtnis tritt in Kraft.» Danach brachten die letzten Sender, die Dönitz noch zur Verfügung standen, die Meldung, dass Hitler am 1. Mai 1945 Selbstmord begangen habe, nachdem er vor seinem Tode Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt hatte. Am selben Tage erklärte sich Dönitz zum Führer des deutschen Staates und zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Er bildete eine neue faschistische Regierung.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands behandelten die «Regierung Dönitz» als die rechtmässige faschistische deutsche Regierung. Dönitz liess sich in Flensburg nieder. Dönitz und der englische Oberbefehlshaber Montgomery einigten sich, dass der Raum Flensburg unbesetzt blieb. Dönitz' ehemaliger persönlicher Adjutant schrieb darüber: «Hier blieben Regierung und OKW unangetastet und unbehelligt. Offiziere und Wachbataillon behielten ihre Waffen. An diesem Zustand änderte sich auch nach dem Inkrafttreten der bedingungslosen Kapitulation am 9. Mai zunächst nichts.»³

In Flensburg hatten sich etwa 500 der bekanntesten Führer des faschistischen Deutschlands zusammengefunden, darunter Dönitz, Jodl und Himmler. Die

¹ Zitiert nach W. Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz, 2. Aufl., Göttingen 1953. S. 126.

² Zitiert nach: J. Schultz, Die letzten 30 Tage, Stuttgart 1951, S. 59f.

³ W. Lüdde-Neurath, a. a. O., S. 108.

«neue» deutsche Regierung war aus folgenden Personen gebildet worden: Leiter der Regierung, Aussenminister und Finanzminister wurde Hitlers ehemaliger Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk, Jodl wurde Chef des OKW, Speer wurde Wirtschaftsminister, Backe Landwirtschaftsminister, Seldte Arbeitsminister, Stuckart Minister für Aufklärung, und Klemm wurde Justizminister. Alle diese Minister störten sich nicht daran, dass sich ihr Machtbereich nur auf den Raum Flensburg beschränkte. Die um Dönitz gruppierten faschistischen Führer waren überzeugt, dass der Schutz der englischen Truppen sie davor retten würde, sich für die unzähligen Verbrechen verantworten zu müssen.

Dönitz bemühte sich, mit den Regierungen der USA und Grossbritanniens ein Übereinkommen zu treffen, um den Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzen zu können. In seinen ersten Regierungstagen erklärte Dönitz einer Gruppe deutscher Offiziere, Deutschland müsse mit den Westmächten Zusammengehen und in den von ihnen besetzten Gebieten zusammenarbeiten, denn nur gemeinsam mit ihnen könne es den Russen künftig Boden entreissen.¹

Dieselben Gedanken liess Dönitz auch am 1. Mai 1945 in einer Rundfunkrede an die deutsche Bevölkerung durchblicken. Diese Politik entsprach den Absichten der englischen und amerikanischen Imperialisten.

Am Abend des 1. Mai begannen die faschistischen Truppen in Berlin bereits die Waffen zu strecken und gingen in die Gefangenschaft. Am nächsten Tag ergab sich auch der Kommandant des Berliner Verteidigungsraums. Am 2. Mai, 15.00 Uhr, stellten die deutschen Truppen den Widerstand völlig ein. Die Sowjetarmee hatte die faschistischen Truppen in Berlin endgültig zerschlagen und die deutsche Hauptstadt, das Zentrum des deutschen Imperialismus und den Herd der deutschen Aggression, erobert. Das Sowjetvolk und seine Armee hatten unter der weisen Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einen historischen Sieg errungen.

Der Fall Berlins kündigte das schnelle Ende des Krieges an, den die deutschen Imperialisten entfesselt hatten.

3

Im April und im Mai 1945, als die Sowjetarmee die Reste der deutschen faschistischen Truppen zerschlug, ging eine neue mächtige Welle bewaffneter Aufstände der Volksmassen gegen die deutschen Okkupanten durch ganz Europa.

¹ Siehe «The Times» vom 17. Juli 1948.

Am 12. März 1945 wandte sich die Kommunistische Partei Italiens an das italienische Volk mit dem Aufruf, den bewaffneten Aufstand zu beginnen.¹ Am 10. April 1945 beschloss das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens die historische «Direktive über den Aufstand», in der es hiess: «Jetzt ist es notwendig, nicht nur den Partisanenkrieg zu verstärken, sondern den wirklichen Aufstand vorzubereiten und zu beginnen.»² Schon am nächsten Tag, am 11. April, eröffneten die Partisanen auf der ganzen Front ihre Aktionen gegen die deutschen Eindringlinge. Am 13. April unterbrachen die Partisanen die Hauptverbindungslinien, über die sich die deutschen Truppen von der Front nach Norden zurückzogen.

Das Auftreten der Werktätigen der drei grossen Arbeiterzentren Genua, Mailand und Turin war der Auftakt für den allgemeinen bewaffneten Aufstand des italienischen Volkes. Im Raum Genua standen deutsche Truppen mit einer Gesamtstärke von über 20'000 Mann. Unter den Schlägen der Aufständischen mussten sie kapitulieren.

Die Mailänder Arbeiter zerschlugen die grosse faschistische Garnison. Im Raum Mailand hielt sich auch Mussolini auf. Als deutscher Soldat verkleidet, versuchte er, in die Schweiz zu entkommen. Seine ganze Gruppe wurde jedoch am 27. April von Partisanen gestellt. Auf Beschluss des Freiwilligenkorps für Freiheit und des Mailänder Komitees für Nationale Befreiung wurden Mussolini und einige andere faschistische Anführer hingerichtet. Die Weltreaktion nahm diese Nachricht sehr betrübt auf. Churchill konnte sich in seinen Memoiren eines Lobes nicht enthalten und fügte als Trost hinzu: «Doch blieb so der Welt wenigstens ein italienisches Nürnberg erspart.»³ Papst Pius XII. unterstützte Mussolinis Familie finanziell.⁴

In Turin leisteten die Faschisten den Werktätigen erbitterten Widerstand. Dennoch befreiten die Aufständischen am 30. April die Stadt.

So wurde Norditalien, dessen Bevölkerung sich geschlossen erhoben hatte, Stadt um Stadt befreit.

Die italienischen Partisanen bewahrten die Industriegebiete, die Wohnviertel und die Verkehrsverbindungen vor der Zerstörung, die die deutschen faschistischen Truppen schon vorbereitet hatten. Überall wurde nach dem Willen des Volkes die Macht des Komitees für Nationale Befreiung errichtet.

Am 2. Mai war ganz Italien befreit. Die Reste der zerschlagenen deutschen Truppen gaben sich eiligst unter den Schutz der englischen und amerikanischen Armeen.

¹ Siehe Dreissig Jahre Leben und Kampf der Kommunistischen Partei Italiens, a. a. O., S. 500.

² Zitiert nach: R. Battaglia, a. a. O., S. 542.

³ W. S. Churchill, a. a. O., S. 212.

⁴ Siehe «Prawda» vom 29. September 1946.

Generalfeldmarschall Kesselring sagte später, sein Oberkommando in Italien habe seit Ende 1944 mit dem anglo-amerikanischen Oberkommando darüber verhandelt, wobei die katholische Kirche und die Schweiz vermittelten.¹

Im Befreiungskrieg kämpften 256'000 italienische Partisanen, die in 1'090 Brigaden organisiert waren, gegen den Faschismus. 575 Brigaden trugen den Ehrentitel Garibaldibrigade. Sie waren von Kommunisten gebildet worden und wurden von ihnen geführt.² Unter den 350'000 Kämpfern, die während des gesamten Krieges an dem Befreiungskampf teilnahmen, waren 210'000 Mitglieder der Kommunistischen Partei. 70'930 italienische Partisanen gaben ihr Leben für die Freiheit ihrer Heimat, davon starben allein 42'558 Angehörige der Garibaldibrigaden.³ Luigi Longo bemerkt mit Recht, dass «der Volkswiderstand und der nationale Befreiungskrieg seine Ausdehnung, seine Tiefe und Erfolge in erster Linie den Handlungen und der Politik der Kommunistischen Partei, ihrer einfachen Mitglieder und den Volksmassen zu verdanken ist»⁴. Im Kampf gegen die deutschen Eindringlinge hat sich die Kommunistische Partei Italiens die Liebe und das Vertrauen der Volksmassen erobert.

In den meisten Ländern Westeuropas ist das Ansehen der kommunistischen Parteien, die die demokratische Volksbefreiungsbewegung geführt haben, stark gewachsen. Nur die direkte Intervention der USA und Englands hinderte die Völker Frankreichs, Italiens und Belgiens, den Kommunisten die führende Rolle in der Regierung dieser Länder einzuräumen, die sie durch ihren Kampf verdient hatten. Der Historiker der italienischen Arbeiterbewegung, Roberto Battaglia, schliesst sein Buch, das der Geschichte der italienischen Widerstandsbewegung gewidmet ist, mit folgenden Worten: «Welches auch immer die von der Zukunft für Italien vorbehaltenen Wechselfälle sein sollten, gewiss ist, dass der Weg in die Zukunft über die Resistenza geht, gewiss ist, dass die Kräfte des Volkes im Lande so tiefe Wurzeln haben, die sie beim ersten Risorgimento noch nicht besaßen, und, mehr noch, gewiss ist, dass jeder Versuch einer Herrschaft von aussen oder von innen dem italienischen Volk sein so schwer erkämpftes Vaterland nicht rauben könnte.»⁵

Am 28. April erhoben sich auch die Triester Arbeiter zum bewaffneten Aufstand gegen die deutsche Garnison. In zwei Tagen hatten sie die Stadt völlig von den

¹ Siehe Bilanz des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 78.

² Siehe «Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie», Nr. 18, 1955.

³ Siehe ebenda.

⁴ Dreissig Jahre Leben und Kampf der Kommunistischen Partei Italiens, a. a. O., S. 426.

⁵ R. Battaglia, a. a. O.» S. 575.

Okkupanten befreit. Die jugoslawische Volksbefreiungsarmee, die von Südosten auf Triest vorstieß, unterstützte sie dabei. Triest sollte jedoch zur wichtigen strategischen Position für die britischen und amerikanischen Imperialisten werden. Deshalb brachen am 2. Mai englische Panzer in die Stadt ein, und die amerikanische Luftwaffe flog einen barbarischen Bombenangriff gegen die Arbeiterviertel. Um sich in dem besetzten Raum sicher festzusetzen, forderte Churchill von Feldmarschall Alexander «grössere, mit modernen Waffen reichlich ausgestattete Verbände in diesen Raum zu legen und unsere Flieger häufige Demonstrationen durchführen zu lassen..., so dass dort bald ein starkes Geschwader (Seestreitkräfte – d. dtsh. Red.) zusammengezogen werden kann»¹. Alexander führte diese Anweisungen aus, setzte in Triest die faschistische Gesetzgebung Mussolinis wieder in Kraft und errichtete dort gemeinsam mit den Amerikanern eine Militärdiktatur.

Auch in Deutschland brachen mehrere Aufstände aus. Die Gefangenen des Konzentrationslagers Buchenwald befreiten sich am 11. April 1945. Sowjetische Kriegsgefangene hatten hervorragenden Anteil an diesem Kampf.²

4

Die herrschenden Kreise der USA und Englands versuchten in diesen Tagen immer wieder, die kampffähigsten deutschen Truppenteile vor der Zerschlagung durch die Sowjetarmee zu retten. Sie bemühten sich, diese Verbände in ihren Besatzungszonen zu verbergen, um sie später für den Aufbau einer neuen deutschen Armee ausnutzen zu können. Die nordwestlich von Berlin kämpfenden deutschen Truppen zogen sich eiligst auf die englischen und amerikanischen Linien zurück. Am Südflügel der sowjetisch-deutschen Front, im tschechoslowakischen Raum, waren beträchtliche Kräfte der Heeresgruppe Mitte unter Generalfeldmarschall Schörner konzentriert. Schörners Truppen bemühten sich, die Front gegen die Sowjetarmee zu halten und inzwischen mit Eisenhowers Stab über die Kapitulation zu verhandeln. Zu diesem Zweck wurde der Stabschef der Heeresgruppe Mitte, Generalleutnant von Natzmer, nach Flensburg geschickt. Dönitz unterstützte diese Bemühungen und sandte

¹ W. S. Churchill, a. a. O., S. 240f.

² Siehe W. Bartel, Die Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Widerstandskämpfer im faschistischen Konzentrationslager Buchenwald und ihre Darstellung in der Geschichtsliteratur. In: Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 67 ff.

mit amerikanischer Unterstützung den Generalstabsoffizier Oberst Meyer-Detering zur Heeresgruppe Mitte.¹ Am 1. Mai hatte Dönitz in seinem Befehl erklärt: «Ich übernehme den Oberbefehl über alle Teile der deutschen Wehrmacht mit dem Willen, den Kampf gegen die Bolschewisten... fortzusetzen... Gegen Engländer und Amerikaner muss ich den Kampf soweit und so lange fortsetzen, wie sie mich in der Durchführung des Kampfes gegen die Bolschewisten hindern.»²

Am 2. Mai beschloss die Regierung Dönitz, die Kapitulation der deutschen Truppen an der Westfront zu beschleunigen und die Kampfhandlungen gegen die Sowjetarmee fortzusetzen. Die Kapitulation sollte vor dem sowjetischen Oberkommando geheimgehalten werden;³ Am folgenden Tag trafen die Vertreter der Truppen des Feldmarschalls von Busch mit Admiral von Friedeburg an der Spitze im Stab von Feldmarschall Montgomery in der Nähe von Lüneburg ein. Montgomery äusserte sich anfangs gegen die Annahme der Kapitulation der Truppen Buschs und verwies darauf, dass er sich gegenüber der Sowjetarmee loyal verhalten müsse, gegen die diese Gruppierung gekämpft habe. Doch dann war er damit einverstanden, die Kapitulation dieser Truppen sowie aller anderen Verbände, Einheiten und einzelnen Soldaten anzunehmen, wenn sie die englische Gefangenschaft der Kapitulation vor den sowjetischen Truppen vorziehen sollten.⁴

Auf der Konferenz am 4. Mai in Flensburg, an der Dönitz, Schwerin von Krosigk, Keitel und Jodl teilnahmen, berichtete Friedeburg über die Verhandlungsergebnisse mit Montgomery. Friedeburg erhielt die Vollmacht, ein entsprechendes Dokument zu unterzeichnen, und kehrte zu Montgomery zurück. Am 5. Mai, 08.00 Uhr, trat die Vereinbarung über die Kapitulation der Gruppierung von Buschs in Kraft. Durch diesen Erfolg veranlasst, erliessen Dönitz und seine Anhänger am selben Tag einen neuen Befehl an die Streitkräfte, in dem es hiess: «Wenn wir in Nordwestdeutschland, Dänemark und Holland die Waffen niederlegen, so geschieht es, weil der Kampf gegen die Westmächte seinen Sinn verloren hat. Im Osten jedoch geht der Kampf weiter.»⁵

¹ Über die Zusammenarbeit des britischen und amerikanischen Oberkommandos mit der Dönitzregierung siehe auch: D. Zboralski, Zur Geschichte der Zusammenarbeit aggressiver anglo-amerikanischer Kreise mit der geschlagenen faschistischen Armee und die Versuche, deren Kader zu retten, ebenda, S. 220 ff.

² Zitiert nach: J. Schultz, a. a. O., S. 62f.

³ Siehe W. Lüdde-Neurath, a. a. O., S. 57.

⁴ Siehe ebenda, S. 63 f.

⁵ Ebenda, S. 137.

Friedeburg erhielt auf der Konferenz am 4. Mai in Flensburg die Anweisung, sich nach den Verhandlungen mit Montgomery nach Reims in Eisenhowers Hauptquartier zu begeben und dort über die Kapitulation der südlichen Gruppierung der deutschen Truppen zu verhandeln. Um diese neue Vereinbarung vorzubereiten, befahl Dönitz, den U-Boot-Krieg gegen die Westmächte einzustellen, und verbot die Aktionen des illegalen faschistischen «Werwolves» gegen anglo-amerikanische Truppen.¹

Die USA-Regierung äusserte sich gegen die Kapitulation einzelner Gruppen der deutschen Truppen und beharrte auf der Gesamtkapitulation, weil sie befürchtete, dass die Weltöffentlichkeit jeden anderen Schritt abgelehnt hätte. Bei der wiederholten Diskussion dieser Frage im Weissen Haus trug schliesslich der Gesichtspunkt den Sieg davon, der auch von Churchill unterstützt wurde, dass die Gesamtkapitulation vor den Truppen der USA und Grossbritanniens das Ansehen beider Länder heben, die Erfolge der Sowjetarmee dagegen schmälern würde.²

Dönitz weigerte sich, diese Forderung anzunehmen, die sogar England unterstützte. Jodl wurde nach Reims geschickt, um von Friedeburg zu unterstützen. In Eisenhowers Stab entbrannte ein scharfer Kampf, der aber entschieden wurde, als Dönitz erkannte, dass die Kraft der deutschen Armee erhalten und die Position seiner Regierung gefestigt werden könne, wenn er die Gesamtkapitulation in Reims unterzeichnete. Am 7. Mai, 01.30 Uhr, erhielt Jodl von Dönitz die Bestätigung zur Unterzeichnung der Gesamtkapitulation. Gleichzeitig übermittelte Dönitz allen Oberbefehlshabern deutscher Armeegruppen durch Funk den Befehl: «Es gilt, von allen Fronten gegen Ostgegner schnellstens, was möglich, nach Westen zurückzuführen und notfalls sich durch Sowjets durchzuschlagen.»³

Jodl unterzeichnete in Reims als deutscher Vertreter die Kapitulationsurkunde. Die Westmächte wollten diese Urkunde ausnutzen, um der Regierung Dönitz gesetzliche Kraft zu verleihen und die Macht der reaktionären faschistischen Clique in Deutschland zu erhalten. Die Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung Deutschlands sollte durch den Schritt in Reims geschmälert werden. Anfang Mai 1945 verschärfte sich der antisowjetische Kurs erheblich. Vor allem beweist das Churchills Auftreten. In seinen Memoiren schreibt er über diese Zeit: «...schon war

¹ Siehe ebenda, S. 66.

² Siehe W. D. Leahy, a. a. O., S. 357.

³ Zitiert nach: J. Schultz, a. a. O.» S. 87.

in meinen Augen die kommunistische Gefahr an die Stelle des bisherigen Feindes getreten.»¹ Montgomery gab er die Anweisung, die deutschen Waffen sorgfältig zu sammeln und «zu gemeinsamen Aktionen mit den besiegten deutschen Truppen im Falle eines weiteren Vorrückens der Russen bereit zu sein»².

In einem Schreiben an Eisenhower setzte sich Churchill am 9. Mai 1945 ebenfalls dafür ein, die deutschen Waffen nicht zu zerstören, «in Frankreich, besonders aber in Italien», begründete er seine Meinung, «mag schon heute Bedarf dafür bestehen»³. Die herrschenden Kreise der USA und Englands planten also, deutsche Waffen und deutsche Truppen gegen die Sowjetunion und gegen die Volksmassen Frankreichs und Italiens auszunutzen.

Die Sowjetregierung lehnte es ab, die in Reims abgeschlossene Kapitulation anzuerkennen. Sie forderte die Unterzeichnung einer offiziellen Urkunde über die bedingungslose Kapitulation im eroberten Berlin. Die Regierungen der USA und Grossbritanniens mussten die sowjetische Forderung anerkennen.

Am 8. Mai 1945 unterzeichneten Generalfeldmarschall Keitel, Generaladmiral von Friedeburg und Generaloberst Stumpf in Berlin als Vertreter des faschistischen deutschen Oberkommandos die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands. Als sowjetische Vertreter waren der stellvertretende Außenminister Wyschinski und Marschall der Sowjetunion Shukow anwesend. Als Vertreter der Westmächte nahmen der britische Luftmarschall Tedder, der amerikanische General Spaatz und der französische General de Lattre de Tassigny teil. Die Urkunde beginnt mit den Worten: «Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.»⁴

Der Akt der bedingungslosen Kapitulation schloss den Krieg in Europa ab. Die Sowjetunion hatte einen welthistorischen Sieg über Hitlerdeutschland und seine Satelliten errungen. Mit der Zerschlagung der faschistischen Armee befreite die Sowjetarmee auch das deutsche Volk vom Hitlerjoch.

Die Haltung der Sowjetunion zum deutschen Volk und vor allem zu den Einwohnern Berlins bewies die Befreiungsmision der Sowjetarmee. Im Auftrag der Sow-

¹ W. S. Churchill, a. a. O., S. 258.

² Zitiert nach: «Neues Deutschland» vom 17. Dezember 1954.

³ W. S. Churchill, a. a. O., S. 263.

⁴ Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, a. a. O., S. 52.

jetregierung fuhr Genosse Mikojan nach Deutschland, um die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern und andere materielle Hilfe zu leisten. Die Sowjetregierung stellte dafür aus den Frontvorräten fast 100'000 Tonnen Mehl und Getreide sowie grosse Mengen anderer Nahrungsmittel zur Verfügung. Ende Mai wurden bereits Lebensmittelkarten an die drei Millionen Einwohner Berlins verteilt, und der Verkauf von Lebensmitteln auf Karten begann. Anfang Juni verkehrten in Berlin schon wieder die U-Bahn und Strassenbahn. Viele Brücken waren wiederhergestellt worden. Die Stadt wurde mit Wasser, Gas und Strom versorgt.

In den Teilen Deutschlands, in denen illegale kommunistische Organisationen, die gegen den Faschismus gekämpft hatten, erhalten geblieben waren, wurden die sowjetischen Truppen von der Bevölkerung freudig begrüsst. In Eisleben hatten Arbeiter eine Fahne der Bergarbeiter von Kriwoi Rog verborgen und ein Lenindenkmal vor der Verschrottung bewahrt. Als die amerikanischen Truppen im Juni 1945 die Stadt räumten, begrüsst die Bergarbeiter die Rote Armee mit ihren Schätzen: dem geretteten Lenindenkmal und der Fahne von Kriwoi Rog. «Der Marktplatz war ein rotes Fahnenmeer. Im ehrwürdigen alten Rathaus eine demokratische Verwaltung, ein Vertretungsorgan der Arbeiterklasse unter der ruhmreichen Fahne der Bergarbeiter von Kriwoi Rog, die der Parteiveteran Otto Brosowski trotz Folterungen und Kerker den Faschisten nie preisgegeben hatte. Draussen aber war das unter Faschismus und amerikanischer Besatzung verborgen gehaltene Standbild Lenins aufgerichtet, der gegenständliche Beweis, dass in der Nacht des Faschismus auch in diesem Teil Deutschlands die Fackel des proletarischen Internationalismus nie verlöschte, das Banner der Partei Ernst Thälmanns immer und stets unbefleckt und hoch erhoben blieb.»¹

5

Das Heeresgruppenoberkommando Mitte nahm die Mitteilung über die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands misstrauisch auf. Schorner stellte die Meldung als Lüge hin und befahl, den Kampf gegen die Sowjetarmee fortzusetzen.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands beschlossen, ihre Truppen in die Tschechoslowakei einrücken zu lassen, um die Kapitulation der Armeen Schörners

¹ O. Winzer, a. a. O., S. 259.

entgegenzunehmen und Prag zu besetzen. Vor allem Churchill bestand darauf und forderte am 30. April in einem Telegramm an Truman «die Befreiung eines möglichst grossen Teils der westlichen Tschechoslowakei einschliesslich Prags durch die amerikanischen Streitkräfte»¹. In einem Telegramm an Eisenhower vom 7. Mai forderte er erneut zur Besetzung Prags auf.²

Anfang Mai 1945 rückte die 3. amerikanische Armee des Generals Patton in die Tschechoslowakei ein. In den von ihr besetzten Städten, vor allem in Plzeň (Pilsen), wurden die Nationalen Komitees aufgelöst. Das amerikanische Oberkommando errichtete gemeinsam mit Tschechoslowaken, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, ein Besatzungsregime. Bevor die amerikanischen Truppen in Plzeň einmarschiert waren, hatten sie die Stadt bombardiert, zwei Drittel aller Wohnhäuser wurden erheblich beschädigt.

Am 6. Mai 1945 trafen in Schörners Hauptquartier Vertreter des amerikanischen Oberkommandos ein. Sie verhandelten mit Schörner über die Unterdrückung der revolutionären Bewegung in der Tschechoslowakei, über die Fortsetzung der Kampfhandlungen gegen die Sowjetarmee und über Kapitulation seiner Truppen vor dem amerikanischen Oberkommando.³

Die tschechoslowakischen Patrioten erhoben sich am 5. Mai 1945 in Prag unter der Führung der Kommunisten, um ihre Hauptstadt zu befreien und den nach Westen zurückweichenden deutschen Truppen den Weg zu verlegen. Die Abteilungen der Revolutionären Garde und die Kampfgruppen der Prager Werktätigen zogen gegen den Feind in den Kampf. Überall kämpften die Kommunisten an der Spitze der Aufständischen. Die Prager Patrioten hatten jedoch nicht die Kraft, der gewaltigen Armee des Feindes standzuhalten und baten über Funk dringend um Hilfe.

Als die faschistischen deutschen Truppen den Sturm auf Prag begannen, brachen die amerikanischen Truppen ihren Vormarsch ab. Die herrschenden Kreise der USA wollten die Prager Patrioten von den Hitlertruppen vernichten lassen, um danach Prag von den Deutschen zu übernehmen.

Die Hilfe für die tschechoslowakischen Patrioten kam von der Sowjetarmee, auf die auch ihre Blicke gerichtet waren.

Anfang Mai 1945 war Schörners Heeresgruppe mit einer Stärke von 900'000 Mann noch die einzige grosse Gruppierung der deutschen Wehrmacht, die der

¹ W. S. Churchill, a. a. O., S. 186.

² Siehe ebenda. S. 187.

³ Siehe «Krasnaja Swesda» vom 16. Januar 1953.

Sowjetarmee ernsthaften Widerstand leisten konnte. Deshalb beschloss das sowjetische Oberkommando, noch vor Abschluss der Berliner Operation die Offensive gegen diese Gruppierung zu eröffnen. Nachdem die Truppen der 1., 4. und 2. Ukrainischen Front umgruppiert worden waren, begannen sie am 6. Mai 1945 die Offensive gegen die Heeresgruppe Mitte. Innerhalb der 4. Ukrainischen Front kämpfte das tschechoslowakische Korps. Die Ereignisse in Prag zwangen die Sowjetarmee, die Operation zu beschleunigen.

Am 7. Mai durchbrachen die sowjetischen Truppen die deutsche Verteidigung und nahmen am 8. Mai Dresden. Der rechte Flügel der 1. Ukrainischen Front überwand die Pässe des Erzgebirges und erreichte am 9. Mai, 04.00 Uhr, Prag.

Die zügige Offensive der sowjetischen Truppen hatte die Pläne des deutschen Oberkommandos und die Absichten der amerikanischen Führung durchkreuzt.

Am 10. und 11. Mai stiessen die sowjetischen Truppen weiter nach Westen vor, führten gleichzeitig Schläge gegen den zurückweichenden Gegner und vereinigten sich schliesslich mit den amerikanischen Truppen. In der Prager Operation nahm die Sowjetarmee über 800'000 Soldaten und Offiziere gefangen. Nur ein kleiner Teil der feindlichen Truppen konnte nach Westen entkommen. Am 12. Mai 1945 traf Feldmarschall Schörner mit dem Flugzeug bei den amerikanischen Truppen ein.

Die sowjetische Offensive rettete Prag vor der Zerstörung und bewahrte die Aufständischen vor dem Untergang. Die Sowjetarmee befreite die Tschechoslowakei und vereitelte die Pläne der amerikanischen Imperialisten, Prag zu erobern und die Tschechoslowakei zu besetzen. Diese Operation der Sowjetarmee beendete den Krieg in Europa. Die letzten Kampfhandlungen gegen die Hitlerwehrmacht zeigten der Welt noch einmal den grundlegenden Unterschied zwischen der Politik der Sowjetunion und der USA. Die Sowjetunion erfüllte ihre Rolle als Befreierin und ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber dem tschechoslowakischen Volk.

6

Militärisch war der deutsche Faschismus wohl zerschlagen. Um ihn jedoch politisch zu vernichten, musste die Regierung Dönitz beseitigt werden, die das Erbe des deutschen Faschismus angetreten hatte. Sie wurde von den Anglo-Amerikanern stark unterstützt. Das bewies die Haltung der Vertreter der Westmächte in der

Alliierten Kontrollkommission, die am 13. Mai ihre Arbeit in Flensburg aufnahm. Die, «Regierung» Dönitz «begrüsste... das Erscheinen einer alliierten Kontrollkommission in Flensburg»¹. Bis zur Ankunft der sowjetischen Vertreter trafen die englischen und amerikanischen Mitglieder neue Vereinbarungen mit Dönitz. Sie einigten sich über die weitere Zusammenarbeit.² Jodl löste Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht ab.³ Und schliesslich statteten der amerikanische und der englische Vertreter in der Alliierten Kontrollkommission Dönitz einen offiziellen Besuch ab. Während dieses Besuches überzeugte Dönitz seine Gesprächspartner von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetunion. «Die beiden Generale schienen sichtlich beeindruckt.»⁴

Am 16. Mai erklärte Churchill, dass die USA und England nicht die Verwaltung in Deutschland übernehmen wollten.⁵ Die Absicht, diese Aufgabe der Regierung Dönitz zu überlassen, stand aber in krassem Widerspruch zu den Beschlüssen von Jalta. Am selben Tag teilte die Reuteragentur mit, dass im Stab des Oberkommandos der Alliierten Expeditionskräfte erklärt worden sei, Dönitz und andere deutsche Offiziere würden zeitweilig ausgenutzt, jedoch kontrollierten die Alliierten ihre Tätigkeit.⁶ Diese Erklärung war ein neuer Versuch, die Regierung Dönitz anzuerkennen. Als am 17. Mai 1945 die sowjetischen Vertreter der Alliierten Kontrollkommission in Flensburg eintrafen, veränderte sich die Lage erheblich. Sie forderten kategorisch, die Regierung Dönitz aufzulösen. Die Sowjetregierung trat gegen jede Anerkennung dieser Regierung auf, die demokratische Öffentlichkeit der USA und Englands empörte sich über das Verhalten der Oberkommandos, und das deutsche Volk selbst lehnte diese Regierung ab. So musste sich ihr Schicksal entscheiden. Am 23. Mai 1945 wurde die Regierung Dönitz beseitigt, englische Soldaten führten ihre Mitglieder als Kriegsverbrecher in die Gefangenschaft. Auch Himmler wurde festgenommen. Vor seinem Selbstmord erreichte er noch eine persönliche Zusammenkunft mit dem englischen Oberbefehlshaber Montgomery und verwies darauf, dass zwischen ihnen die Vereinbarung über die Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion bestehe und dass dafür einige SS-Divisionen bereitstünden.⁷

¹ Bilanz des zweiten Weltkrieges. a. a. O., S. 437.

² Siehe J. Schultz, a. a. O., S. 108.

³ Siehe ebenda, S. 112.

⁴ W. Lüdde-Neurath, a. a. O., S. 105.

⁵ Siehe «The Times» vom 17. Mai 1945.

⁶ Siehe «The Daily Herald» vom 17. Mai 1945.

⁷ Siehe «Der Kurier» vom 22. Mai 1947.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens versuchten, Deutschland sofort nach der Kapitulation zu spalten, um unkontrolliert in Westdeutschland schalten und walten und hier ungestört ihren militärischen Brückenkopf für eine Aggression in Europa schaffen zu können. Die Sowjetunion beharrte auf den Beschlüssen von Jalta und begann den Kampf um die Einheit Deutschlands und um die gemeinsame Verwaltung des Landes durch alle vier Grossmächte.

Während der Kampfhandlungen hatten anglo-amerikanische Truppen deutsche Gebiete besetzt, die nach den Beschlüssen der Krimkonferenz zur sowjetischen Besatzungszone gehörten. Die sowjetische Regierung forderte, diese Gebiete zu räumen. Churchill wollte es zum Konflikt mit der Sowjetunion kommen lassen, um nur einen möglichst grossen Teil Deutschlands für die USA und England erhalten zu können. Am 4. Mai wandte er sich an Eden, der sich in San Francisco befand, und teilte ihm mit, die Zurückziehung der anglo-amerikanischen Truppen bedeute, «dass die Flut der russischen Vorherrschaft auf einer fünfhundert bis sechshundertfünfzig Kilometer breiten Front um zweihundert Kilometer vorgetragen würde. Kommt es wirklich dazu, wäre es eines der betäublichsten Ereignisse der Weltgeschichte.»¹ Churchill drängte seine Gesinnungsgenossen aus den herrschenden Kreisen der USA Zur Eile, als er erklärte: «Kein Zweifel, diese sämtlichen Probleme mussten in ihrer Gesamtheit behandelt werden, und zwar *jetzt*, da die britischen und amerikanischen Armeen und Luftstreitkräfte noch eine gewaltige Macht darstellten, jetzt, bevor sie durch die Demobilmachung und die schwere Beanspruchung durch den fernöstlichen Krieg dahinschmolzen – jetzt war der letzte Moment für eine Generalbereinigung gekommen.»²

Churchill versuchte also seine Pläne der Nachkriegsorganisation Europas zu verwirklichen und schreckte dabei nicht davor zurück, Gewalt anzuwenden. Die Anhänger der Aggression riefen zum Krieg gegen die Sowjetunion, mit deren Kräften gerade erst der gemeinsame Sieg über Hitlerdeutschland errungen worden war. Trotzdem waren die Anhänger der abenteuerlichen Politik isoliert und mussten den Rückzug antreten.

Die sowjetische Aussenpolitik erreichte, dass die Regierungen der USA und Grossbritanniens die gemeinsamen Beschlüsse über die Grenzen der Besatzungszonen erfüllten.

Am 5. Juni 1945 unterzeichneten die Vertreter der Sowjetunion, der Vereinigten

¹ W. S. Churchill, a. a. O., S. 182.

² Ebenda, S. 294.

Staaten von Amerika, Grossbritanniens und Frankreichs in Berlin die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die Regierungen der vier Mächte. Sie erklärten, die vier Grossmächte «übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschliesslich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden»¹. Die deutschen Streitkräfte sollten völlig entwaffnet, die ganze Ausrüstung und die Rüstungsbetriebe den Vertretern der vier Mächte übergeben werden. Die Deklaration forderte die unverzügliche Befreiung aller Kriegsgefangenen und aller Zivilpersonen der Vereinten Nationen, die sich in Deutschland befinden. Die nazistischen Parteiführer und andere Kriegsverbrecher sollten unverzüglich verhaftet werden. Artikel 12 bestimmte: «Die Alliierten Vertreter werden nach eigenem Ermessen Streitkräfte und zivile Dienststellen in jedem beliebigen Teil oder auch in allen Teilen Deutschlands stationieren.»²

Ausserdem trafen die Vertreter zwei weitere Vereinbarungen über das Kontrollverfahren und über die vier Besatzungszonen. In der Vereinbarung über das Kontrollverfahren hiess es: «Während der Zeit, in der Deutschland die sich aus der bedingungslosen Kapitulation ergebenden grundlegenden Forderungen erfüllt, wird in Deutschland die oberste Gewalt von den Oberbefehlshabern Grossbritanniens, der Vereinigten Staaten, Sowjetrusslands und Frankreichs auf Anweisung ihrer Regierungen ausgeübt, von jedem in seiner Besatzungszone und gemeinsam in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten. Die vier Oberbefehlshaber bilden zusammen den *Kontrollrat*.»³

Alle Entscheidungen des Kontrollrates sollten einstimmig getroffen werden. Er hatte für ein einheitliches Vorgehen der einzelnen Oberbefehlshaber in den vier Besatzungszonen zu sorgen und Beschlüsse zu den wichtigsten Fragen zu treffen, die Gesamtdeutschland angingen. Für die Verwaltung Gross-Berlins wurde eine Interalliierte Behörde eingesetzt, die unter der Leitung des Kontrollrates arbeitete und aus den vier Kommandanten bestand.

In einer weiteren Vereinbarung wurden die vier Besatzungszonen festgelegt. Zur sowjetischen Besatzungszone gehörten die Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Bis zur Potsdamer Konferenz umfasste

¹ Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente. a. a. O., S. 56 f.

² Ebenda, S. 60.

³ Ebenda, S. 62.

diese Zone auch noch andere Gebiete, die dann aber auf Beschluss dieser Konferenz den rechtmässigen Eigentümern, der Sowjetunion und Polen, übergeben wurden. Die in Berlin unterzeichneten Verträge sahen auch vor, die anglo-amerikanischen Truppen aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungszone sofort zurückzuziehen und in Berlin vier Sektoren zu bilden.

Anfang Juli wurden die englischen und amerikanischen Besatzungstruppen aus den Gebieten zurückgezogen, die zur sowjetischen Besatzungszone gehörten. Gleichzeitig rücken amerikanische, britische und französische Truppen in die für sie vorgesehenen Sektoren Berlins ein. Am 30. Juli 1945 fand in Berlin die erste offizielle Sitzung des Alliierten Kontrollrates statt. Am 11. Juli tagte die Interalliierte Kontrollbehörde Gross-Berlins zum erstenmal.

Um Österreich entbrannte ein ähnlicher Streit. Die amerikanischen Imperialisten bemühten sich, ihre alten Pläne zu verwirklichen, einen grossen katholischen Staat in Südosteuropa zu schaffen und sich diesen Staat unterzuordnen. Die herrschenden Kreise Englands schlugen dagegen vor, Österreich und einen Teil Süddeutschlands zu einer Donauföderation zu vereinigen.

Die Sowjetregierung wies die Pläne der Westmächte, die sich gegen die nationalen Interessen des österreichischen Volkes und anderer Völker richteten, entschieden zurück.

Am 9. August 1945 wurde das Abkommen der Sowjetunion, der USA, Grossbritanniens und Frankreichs über die Besatzungszonen und über das Kontrollverfahren in Österreich veröffentlicht. Dieses Abkommen erkannte das Recht des österreichischen Volkes auf eine unabhängige nationale Existenz im Rahmen eines ungeteilten Staates an. Österreich wurde in Besatzungszonen aufgeteilt. Zur sowjetischen Besatzungszone gehörten Niederösterreich, Oberösterreich links der Donau und das Burgenland. Wien wurde in vier Sektoren geteilt und durch die Besatzungsmächte gemeinsam verwaltet.¹ Die Grossmächte schufen einen Kontrollrat für Österreich, der am 20. Oktober 1945 die Provisorische Regierung anerkannte. Mit dem Abkommen über Österreich hatte die sowjetische Aussenpolitik einen Erfolg errungen, weil es ihr gelungen war, alle Spaltungspläne zu durchkreuzen.

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas, die den volksdemokratischen Weg eingeschlagen hatten, festigten sich. Noch 1945 fanden in der zweiten Junihälfte in Moskau sowjetisch-tschechoslowakische Verhandlungen

¹ Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a.ä. O., S. 370ff.

statt. Beide Seiten beschlossen, der historischen Gerechtigkeit und dem Willen der Bevölkerung der Karpatoukraine zu entsprechen und das Gebiet wieder der Ukraine anzugliedern. Am 29. Juni 1945 wurden die Verhandlungen mit der Unterzeichnung des sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrages über die Karpatoukraine beendet. Der Vertrag sah vor, dass die Karpatoukraine, «dem Wunsche entsprechend, der von der Bevölkerung geäußert wurde, und auf der Grundlage des freundschaftlichen Verhältnisses der beiden Hohen vertragschliessenden Seiten mit ihrer alten Heimat, mit der Ukraine wiedervereinigt und in den Bestand der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik aufgenommen wird»¹.

Die Sowjetunion verteidigte konsequent die Interessen eines dauerhaften und langanhaltenden demokratischen Friedens, die Interessen der Einheit und nationalen Unabhängigkeit Deutschlands und der mit ihm verbündet gewesenen Staaten.

Die sowjetische Besatzungsmacht verband ihre Politik in den besetzten Gebieten eng mit den Volksmassen und stützte sich auf sie. Diese Politik förderte die Erziehung der Bevölkerung im Geist der nationalen Unabhängigkeit und Demokratie. Die sowjetische Besatzungsmacht unterstützte die ersten demokratischen Schritte der Volksmassen, half ihnen, ihr Land sozialökonomisch umzugestalten und ein neues Leben aufzubauen.

In einem Teil Deutschlands und Österreichs half die Sowjetunion selbstlos, die nationalen und sozialen Ziele der Werktätigen zu erfüllen. Diese Hilfe entsprach völlig den Interessen der Volksmassen und festigte den Frieden und die Sicherheit der Völker, weil sie die Kräfte ausschaltete, die zwei Weltkriege angezettelt hatten.

¹ Ebenda, S. 309.

NEUNZEHNTE KAPITEL

DIE KONFERENZEN IN SAN FRANCISCO UND POTSDAM

1

Während in Europa die letzten Kämpfe geführt wurden, um die militärische Kraft des deutschen Faschismus zu vernichten, begann am 25. April 1945 in San Francisco die Konferenz der 46 Staaten, die Konferenz der Vereinten Nationen.

Die Organisatoren der Konferenz, die Sowjetunion, die USA, Grossbritannien und China, hatten beschlossen, nur die Staaten einzuladen, welche die Deklaration der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet oder sich ihr später angeschlossen hatten. Damit waren die wichtigsten faschistischen Staaten und ihre ehemaligen Bundesgenossen von der Konferenz ausgeschlossen worden.

Die Sowjetunion war damit einverstanden gewesen, möglichst viele Staaten einzuladen. Sie ging dabei davon aus, die internationale Zusammenarbeit auch nach dem Krieg zu unterstützen. Deshalb sollte die neue internationale Organisation eine möglichst breite Basis besitzen. Völlig entgegengesetzte Erwägungen bestimmten die Politik der herrschenden Kreise der Westmächte, vor allem der USA. Die USA-Regierung hatte sich bereits vor der Konferenz von San Francisco bemüht, die Organisation in eine Waffe ihrer aggressiven Aussenpolitik zu verwandeln.

Sie hatte bereits die Panamerikanische Konferenz zu Beginn des Jahres in Mexiko ausgenutzt, um diesen Plan durchzusetzen, und erreichte, dass die von ihr abhängigen lateinamerikanischen Länder an der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen teilnahmen. Auf der Konferenz in San Francisco traten die Delegierten dieser Staaten, die fast die Hälfte aller Teilnehmer stellten, bald als Marionetten der USA auf. Noch vor der Eröffnung der Konferenz führte die USA-Regierung, unterstützt von ihren britischen und französischen Gesinnungsgenossen, einen neuen Schachzug, um eine amerikahörige Mehrheit in den Vereinten Nationen zu sichern. Sie verlangte jetzt, nur Staaten an der Konferenz teilnehmen zu lassen, zu denen die USA und Grossbritannien diplomatische Beziehungen unterhielten.

Diese diskriminierende Politik schloss die Mongolische Volksrepublik, Albanien und Polen von der Konferenz aus. Die drei Staaten hatten an der Seite der Grossmächte gegen den Faschismus in Europa und im Fernen Osten gekämpft. Polen hatte zum Beispiel grosse Opfer im Kampf gegen Hitlerdeutschland gebracht. Das polnische Volk hatte auch nach der Niederlage im Herbst 1939 den Kampf gegen die Okkupanten geführt. Deshalb protestierte die Provisorische Regierung der Polnischen Republik mit vollem Recht gegen diesen Schritt. «Die Durchführung der Konferenz in San Francisco ohne Polen wäre eine ungerechte, nicht zu begründende Beleidigung des polnischen Volkes, das sich bemüht, seine Unabhängigkeit völlig zu sichern, und es als seine edle Mission ansieht, auf Wacht für den Frieden und die Zivilisation in Europa gegen die faschistische Barbarei und die deutschen Eroberungspläne zu stehen.»¹

Die sowjetische Delegation erreichte, dass die Vollversammlung der Konferenz über die Teilnahme Polens beriet. Die sowjetischen Vertreter verteidigten das Recht des demokratischen Polens. Die amerikanische Abstimmungsmaschine lehnte jedoch den Vorschlag, auch Polen zur Konferenz einzuladen, ab. Die sowjetische Delegation setzte schliesslich durch, dass Polen zu den Gründerstaaten der neuen internationalen Organisation gerechnet und in den Dokumenten der Konferenz ein Platz für die Unterschrift eines polnischen Vertreters freigehalten wurde.

Die USA und Grossbritannien erkannten die polnische Regierung erst Anfang Juli 1945 an, nachdem Vertreter der volksfeindlichen Kräfte mit Mikolajczyk als stellvertretendem Ministerpräsidenten in die Regierung aufgenommen worden waren.

Die Konferenz von San Francisco beriet auch über das Ersuchen des Weltgewerkschaftskongresses, Vertreter der Gewerkschaft in die Organisation der Vereinten Nationen entsenden zu können. Die Sowjetunion unterstützte diesen völlig berechtigten Vorschlag. Er wurde aber von den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und der ihnen hörigen «Mehrheit» abgelehnt. Als der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO zu seiner Sitzung Vertreter der Weltgewerkschaftsbewegung einladen wollte, verlangten die englischen und amerikanischen Vertreter, diesen Beschluss aufzuheben.

Die Ukrainische und die Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik nahmen an der Konferenz von San Francisco teil und gehören damit zu den Gründerstaaten der neuen internationalen Organisation.

Die sowjetische Delegation legte die Ansicht ihrer Regierung über die Bedingungen dar, die es der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) ermögli-

¹ «Prawda» vom 27. März 1945.

chen sollten, die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Die sowjetische Regierung mahnte die Delegierten, dass die Organisation der Vereinten Nationen nur dann erfolgreich arbeiten könne, wenn sie die demokratischen Grundsätze der Gleichberechtigung ihrer Mitglieder, der ehrlichen internationalen Zusammenarbeit und das Prinzip der Einmütigkeit der Grossmächte achte und auf ihnen aufgebaut sei. Die Sowjetunion rief die UNO auf, sich mit aller Kraft einzusetzen, um den Frieden und die Sicherheit der Völker im Interesse der werktätigen Menschheit zu erhalten, und sich nie der Selbstzufriedenheit im Kampf um den Frieden hinzugeben.

Die amerikanische Delegation vertrat den Kosmopolitismus und forderte, die Organisation der Vereinten Nationen solle ein «Weltparlament» werden. Im Hintergrund der kosmopolitischen Phrasen stand das Bestreben, die nationale Unabhängigkeit und die Souveränität der Mitgliedstaaten zu beseitigen. Der amerikanische Imperialismus versuchte, die UNO auszunutzen, um unter ihrer Flagge die revolutionär-demokratische und nationale Befreiungsbewegung unterdrücken, das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker niedertreten und seine Weltherrschaft errichten zu können.

Die Sowjetunion stellte diesem reaktionären Plan der amerikanischen Monopolherren ihr demokratisches Programm für den Aufbau der Organisation der Vereinten Nationen entgegen. Sie schlug vor, die Organisation zu einem Organ zu entwickeln, das durch internationale demokratische Zusammenarbeit den Frieden und die Sicherheit der Völker gewährleisten könne. Die UdSSR verlangte, in die Satzung der Organisation eine Reihe grundlegender Leitsätze aufzunehmen, um die internationale Autorität der UNO zu erhöhen und zu verhindern, dass imperialistische Aggressoren die Organisation für ihre Ziele ausnutzten. Sie stellte den Vereinten Nationen die Aufgabe, die Demokratie, die nationalen Rechte der Völker und die Grundrechte des Menschen zu schützen. Mit diesen Ergänzungen trat die Sowjetunion für die Verteidigung der Selbständigkeit der Völker, des Friedens, und der allgemeinen Sicherheit ein.

Zeitweilig nahmen die Auseinandersetzungen auf der Konferenz scharfe Formen an und erfassten alle Teilnehmer. An der Konferenz nahmen 282 Delegierte und mehr als 1'500 Berater, Sachverständige, Sekretariatsmitglieder der Delegationen und andere Mitarbeiter teil. Ausserdem waren etwa 3'500 Zeitungs- und Rundfunkkorrespondenten, Fotografen, Sekretariatsmitglieder der Konferenz und Vertreter verschiedener Organisationen sowie nationaler und politischer Gruppen anwesend. Die bürgerliche Presse versuchte den Verlauf der Konferenz

entstellen und sagte ihr einen Misserfolg voraus.

Der Konferenz lagen 1'200 Zusatzanträge, Ergänzungen und Veränderungen zu dem Vorschlag vor, der in Dumbarton Oaks und auf der Krimkonferenz angenommen worden war. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich auf drei Hauptfragen, auf die Ziele und Prinzipien der neuen internationalen Organisation, die Rolle des Sicherheitsrates und der Vollversammlung sowie das System der internationalen Mandate. Die zweite Frage war besonders schwierig und nahm auch die längste Zeit in Anspruch.

Zur ersten Frage schlug die sowjetische Delegation vor, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten müsse auf dem Prinzip der Achtung, der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker beruhen, und weiterhin sollte die internationale Zusammenarbeit die Achtung der Menschenrechte, vor allem des Rechts auf Arbeit und Bildung, und der Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied der Rasse, der Sprache, der Religion und des Geschlechts, fördern.¹

Um diese sowjetischen Vorschläge entbrannte der Streit. Einige Delegationen, die von den USA abhängig waren, wandten sich gegen das Prinzip der Gleichberechtigung. Die Mehrheit der bürgerlichen Delegierten, vor allem die Vertreter der USA und Grossbritanniens, traten dagegen auf, dass in die Charta der Vereinten Nationen das Recht auf Arbeit und Bildung aufgenommen werden sollte. Dennoch nahm die Konferenz den ersten sowjetischen Vorschlag ohne Änderungen als Punkt 2 in den ersten Artikel auf. Der zweite sowjetische Vorschlag wurde gekürzt, ohne den Hinweis auf das Recht des Menschen auf Arbeit und Bildung, in denselben Artikel als Paragraph 3 aufgenommen. Der Artikel spricht jetzt aber nur verschleiert von der Achtung «vor den Menschenrechten und vor den grundlegenden Freiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion»².

Als über die Tätigkeit des Sicherheitsrates beraten wurde, ging die sowjetische Delegation davon aus, dass seine Aufgaben und das Abstimmungsverfahren bereits zwischen den Grossmächten geklärt sei, und beschränkte sich auf nur zwei Ergänzungen. Sie schlug vor, internationale Konflikte, die den Frieden gefährden könnten, mit friedlichen Mitteln zu lösen und dabei die

¹ Siehe S. B. Krylow, *Материалы к истории Организации Объединенных Наций* (Materialien zur Geschichte der Vereinten Nationen), Teil I, Moskau 1949, S. 90.

² Zitiert nach: H. Wünsche, a. a. O., S. 54.

Grundsätze der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu wahren. Die zweite Ergänzung sah vor, keine Zwangsmassnahmen nach Sonderabmachungen einzuleiten, ohne die Vollmacht des Sicherheitsrates einzuholen. Davon sollten nur solche Massnahmen ausgeklammert werden, die bereits abgeschlossene Verträge gegen ein Wiederaufleben der aggressiven Politik der faschistischen Staaten vorsahen.¹

Die Zusatzanträge der Vereinigten Staaten sollten die Verantwortung des Sicherheitsrates herabsetzen und die Rolle der Vollversammlung stärken, weil die amerikanische Regierung in der Vollversammlung ihre Abstimmungsmaschine ausnutzen konnte. Die amerikanische Delegation war jedoch durch die Beschlüsse der Krimkonferenz gebunden und konnte nicht offen gegen die dort getroffenen Vereinbarungen auftreten. Sie hatten die Aufgaben des Sicherheitsrates eindeutig festgelegt. Deshalb wurden amerikahörige Delegationen vorgeschickt. Der peruanische Vertreter und nach ihm noch andere griffen das Prinzip der Einmütigkeit der Grossmächte im Sicherheitsrat an.

Die britischen und amerikanischen Delegationen waren bereit, von den Beschlüssen, die in Jalta von den Regierungschefs getroffen worden waren, abzuweichen. Die sowjetischen Vertreter verteidigten jedoch diese Beschlüsse. Schliesslich bestätigte die Konferenz von San Francisco die Rolle des Sicherheitsrates und das Abstimmungsverfahren so, wie es in Jalta vereinbart worden war. Die sowjetischen Vorschläge über die Aufgaben und die Tätigkeit des Sicherheitsrates wurden mit wenigen Abänderungen oder unverändert angenommen.

Die Konferenz diskutierte lange über die internationale Treuhänderschaft. Dazu hatten die Delegationen der UdSSR, der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, Chinas und einiger anderer Länder Vorschläge eingereicht. Der sowjetische Plan sah als Hauptaufgabe dieser Treuhänderschaft vor, die Völker, die noch keine Selbstverwaltung besaßen, auf die Selbstverwaltung und Selbstbestimmung vorzubereiten, damit sie möglichst bald ihre völlige staatliche Unabhängigkeit erhielten. Die Vereinten Nationen sollten die Völker dabei unterstützen und eng mit ihnen zusammenarbeiten.² Die amerikanischen, britischen und französischen Vorschläge betrachteten die Treuhänderschaft als eine zeitlich unbegrenzte Herrschaft über die Bevölkerung der jeweiligen Gebiete. Sie wollten also ihrer bisher ausgeübten Kolonialherrschaft nur ein neues Gewand geben. Der amerikanische Vorschlag sah ausserdem vor, die Treuhändergebiete zu

¹ Siehe S. B. Krylow, a. a. O., S. 90.

² Siehe ebenda, S. 153.

überprüfen, um die Vormachtstellung der alten Kolonialmächte – vor allem Englands und Frankreichs – einzuschränken.

Die Kolonialmächte traten zwar gegen die sowjetischen Vorschläge auf, konnten jedoch auch ihre eigenen Pläne nicht durchsetzen. So wurde ein Kompromissvorschlag angenommen, der in den Punkt B des Artikels einging. Die grundlegenden Ziele des Treuhändersystems bestehen darin, «den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Fortschritt der Einwohner der Treuhändergebiete und ihre allmähliche Entwicklung zur Selbstregierung oder Unabhängigkeit, wie es den besonderen Umständen jedes Gebietes, seiner Bevölkerung und den frei ausgesprochenen Wünschen dieser Völker entspricht und wie es in den Bedingungen jeder Abmachung über das Treuhändersystem vorgesehen ist, zu begünstigen»³.

Mit diesem Beschluss wurde, wenn auch verschleiert, die zukünftige Unabhängigkeit als Ziel der Treuhändergebiete angegeben.

Die Konferenz von San Francisco wurde trotz aller Gegensätze erfolgreich beendet. Die Sowjetunion hatte den Grundsatz der demokratischen internationalen Zusammenarbeit für die gesamte Arbeit der Vereinten Nationen durchgesetzt. Die Konferenz nahm in ihrer Schlusssitzung am 26. Juni 1945 einstimmig die Charta der Organisation der Vereinten Nationen an.

Ende 1945 hatten alle Teilnehmerländer die Charta ratifiziert.

2

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die sowjetische Regierung hatten auch in San Francisco das Prinzip der demokratischen internationalen Zusammenarbeit verteidigt und setzten sich jetzt immer stärker dafür ein, gemeinsam mit den anderen Staaten alle Nachkriegsprobleme zu lösen. Die Sowjetunion erreichte, dass auch die anderen beiden Grossmächte einem neuen Zusammentreffen der Regierungschefs zustimmten, obwohl die herrschenden Kreise der USA und Englands die internationale Zusammenarbeit unterbrechen wollten. Die neue Konferenz der Regierungschefs der drei Grossmächte sollte in Potsdam stattfinden.

Während der Potsdamer Konferenz verstärkte sich der aggressive aussenpolitische Kurs der herrschenden Kreise der USA, die internationalen Beziehungen verschlechterten sich. Die aggressiven Kräfte der USA traten jetzt vor allem wieder in den Vordergrund, weil sich die amerikanischen Monopolherren, nachdem Deutschland kapituliert hatte und das Ende des zweiten Weltkrieges

¹ Zitiert nach: H. Wünsche, a. a. O., S. 72.

abzusehen war, bemühten, ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Deshalb waren sie ja schliesslich in den Krieg eingetreten. Die Sowjetunion war trotz aller imperialistischen Bemühungen stärker und mächtiger aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen und damit zum Haupthindernis für die amerikanischen Weltherrschaftsabsichten geworden. Deshalb hassten die reaktionären Kreise nach wie vor den ersten sozialistischen Staat und die patriotischen Kräfte in den befreiten Ländern.

Als sich die USA-Regierung bereit erklärte, an der Konferenz in Potsdam teilzunehmen, plante sie, auf dieser Konferenz die Interessen der UdSSR und die Interessen der anderen freiheitliebenden Völker empfindlich zu treffen. Die amerikanischen Imperialisten setzten in ihren Plänen grosse Hoffnungen auf die Atombombe, mit der sie die Menschheit abschrecken und einschüchtern wollten. Am 15. Juli sollte der erste Atombombenversuch in einem Wüstengebiet des amerikanischen Staates New-Mexiko stattfinden. Deshalb bestand die USA-Regierung hartnäckig darauf, die Konferenz nach dem 15. Juli einzuberufen.

Churchill war nicht in die amerikanischen Pläne eingeweiht. Er hatte vorgeschlagen, die Konferenz im Juni durchzuführen, und war deshalb über den amerikanischen Termin erstaunt, bis er die Gründe dafür erfuhr. Jetzt war auch er einverstanden, die Konferenz um einen Monat zu verschieben.

Die amerikanische Delegation erhielt den Bericht über das Ergebnis des Atombombenversuchs am 16. Juli, am Vorabend der Konferenz. Für die amerikanische Vertretung, die von Präsident Truman geleitet wurde, trat jetzt die Konferenz in den Hintergrund. Sie bewegte nur noch die Frage, wie die Atomwaffe ihnen helfen könne, die Weltherrschaft zu erobern. Wie Truman in seinen Memoiren schreibt, berichtete ihm USA-Staatssekretär Byrnes über die ausserordentliche Wirkung der Atomwaffe, «dass die Atombombe unter Umständen ganze Städte auslöschen und Menschenleben in unvorstellbarem Ausmass vernichten werde; seiner Meinung nach würde uns dieses neue Kampfmittel in die Lage versetzen, bei Kriegsende unsere Bedingungen zu diktieren»¹. Diese Meinung teilte auch der USA-Kriegsminister Stimson, der Truman erklärte, «dass die Atombombe... unsere Beziehungen zum Ausland entscheidend beeinflussen... würde»².

In Trumans Auftrag stellte Stimson in Potsdam ein Memorandum über die wichtigsten Probleme zusammen, vor denen Amerika stand. In seinen Betrachtungen forderte er, die Atombombe unverzüglich gegen die UdSSR auszunut-

¹ H. S. Truman, Memoiren, Bd. 1, Stuttgart 1955, S. 122.

² Ebenda.

zen, einen neuen Weltkrieg vorzubereiten und in der Aussenpolitik noch erpresserischer als bisher aufzutreten. Stimson wandte sich ausserdem gegen die Idee der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen, weil es seines Erachtens unmöglich sei, zwischen solchen Staaten ständig normale Beziehungen zu unterhalten.¹ Stimson schlug schliesslich vor, die Atomwaffe auszunutzen, um die Sowjetunion in Osteuropa zu Zugeständnissen zu zwingen.²

Noch wussten die amerikanischen Staatsmänner und Militärs nicht, wie sich die sowjetische Delegation zu ihren Erpressungsmanövern verhalten würde. Deshalb sollte Truman bei Stalin, dem Leiter der sowjetischen Vertretung, vorfühlen und ihn darüber informieren, dass die USA die Atomwaffe erprobt hätten, um seine Reaktion auf diese Mitteilung feststellen zu können. Präsident Truman teilte während der Potsdamer Konferenz Stalin in einem Gespräch die Tatsachen mit, der sowjetische Delegationsleiter nahm diese Nachricht jedoch aussergewöhnlich ruhig entgegen.³ Die USA-Politiker waren verwirrt und verloren sich in Mutmassungen.

Truman hatte erkennen müssen, dass die Sowjetunion mit der Atombombe nicht erpresst werden konnte. Die amerikanische Delegation erwog jetzt eine direkte Aggression gegen die UdSSR. Mit ihren britischen Kollegen diskutierten die amerikanischen Vertreter eifrig die verschiedenen Varianten eines dritten Weltkrieges. Dabei spielten sie vor allem mit dem Gedanken, die Sowjetunion aus der Luft zu zerschlagen.

In den Plänen für einen neuen Weltkrieg räumten die Westmächte Deutschland, dem aggressivsten Staat, der eben erst durch gemeinsame Anstrengungen zerschlagen worden war, einen besonderen Platz ein. Diese Absicht war nicht etwa eine unausgereifte Idee, sondern hatte bereits feste Formen angenommen. «Unter den führenden Mitgliedern der britischen und amerikanischen Delegation kreiste ein Memorandum, das von gewissen verantwortlichen Vertretern der USA-Regierung vorbereitet worden war. In ihm wurde faktisch gesagt, dass die gesamte Konzeption (der Konferenz – d. dtsh. Red.) falsch sei und unsere wahren Interessen verlangten, Deutschland so schnell wie möglich als ‚Bollwerk gegen den Kommunismus‘ wiederherzustellen.»⁴ Wie nach dem ersten

¹ Siehe H. L. Stimson und Mc. G. Bundy, a. a. O., S. 639.

² Siehe ebenda, S. 641.

³ Siehe R. Lapp, Honan CWJia (Die neue Kraft), Moskau 1954, S. 67.

⁴ J. E. Dubois, Generals in grey Suits (Generale im grauen Anzug), London 1953, S. 361.

Weltkrieg bestand also der Plan, den deutschen Militarismus und Revanchismus für die antisowjetischen Pläne der USA auszunutzen.

Die USA-Monopole und ihre Regierung glaubten, mit der Atomwaffe die Welt einschüchtern und zwingen zu können, die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus anzuerkennen. Deshalb beschlossen sie, die Atomwaffe gegen die japanische Zivilbevölkerung einzusetzen.

Der USA-Präsident beauftragte einen Kreis von Sachverständigen, besonders dicht bevölkerte japanische Städte als Ziele vorzuschlagen. Die Wahl fiel auf Hiroshima und Nagasaki. In dem amtlichen Bericht des Informationsdienstes der strategischen Bomberverbände der USA hiess es: «Hiroshima und Nagasaki wurden um der dichten Konzentration der Fabriken und der Bevölkerung willen als Ziel gewählt.»¹

Die Potsdamer Konferenz wurde am 17. Juli 1945 eröffnet. Vom 17. bis 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Danach wurde die Konferenz unterbrochen, weil in Grossbritannien Wahlen stattfanden, in denen die Labour Party siegte. An die Spitze der englischen Delegation trat Attley als neuer britischer Premierminister, der Churchill ablöste. Dieser Wechsel änderte jedoch nichts in der Politik der britischen Delegation.

Nach Attleys Ankunft in Potsdam fanden vom 28. Juli bis zum 2. August 1945 noch vier Sitzungen der Konferenz statt.

In den Unterredungen bewiesen die englischen und amerikanischen Vertreter ihren Widerwillen gegenüber den Interessen der Sowjetunion und der demokratischen Länder. Deshalb konnten viele wichtige Fragen auf der Konferenz nicht entschieden werden. Zu anderen Problemen nahmen die Delegationen der drei Grossmächte jedoch gemeinsame Beschlüsse an. Die Vertreter der Westmächte rechneten allerdings damit, diese Beschlüsse später, nach dem Abwurf der ersten Atombomben, ungestraft verletzen zu können. Weiterhin meinten die britische und die amerikanische Regierung, der Krieg der UdSSR gegen Japan werde sich in die Länge ziehen und die Sowjetunion empfindlich schwächen, so dass sie nicht mehr darauf drängen könnte, alle Beschlüsse einzuhalten. Die Potsdamer Konferenz schuf den Rat der Aussenminister und übertrug ihm die Aufgabe, Entwürfe für die Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Hitlerdeutschlands auszuarbeiten. Die Konferenz beschloss, nur die Aussenminister der Staaten, die das Waffenstillstandsabkommen mit den einzelnen Satellitenstaaten unterzeichnet hatten, mit den Entwürfen zu beauftragen. Lediglich bei der Arbeit am italienischen Friedensvertrag sollte eine Ausnahme ge-

¹ Zitiert nach: P. M. S. Bladgett, Militärische und politische Folgen der Atomenergie, Berlin 1949, S. 173.

macht und Frankreich als Staat betrachtet werden, der die italienische Kapitulationsurkunde mitunterzeichnet hatte.

Die Deutschlandfrage stand im Mittelpunkt der Arbeit der Potsdamer Konferenz. Die USA-Delegation trat in Potsdam mit einem neuen Teilungsplan auf, den Monopol- und Bankvertreter ausgearbeitet hatten. In ihm wurde vorgeschlagen, einen süddeutschen Staat mit der Hauptstadt Wien zu bilden, zu dem drei deutsche Länder – Bayern, Württemberg und Baden – sowie Österreich und Ungarn gehören sollten. Weiterhin war vorgesehen, einen norddeutschen Staat mit der Hauptstadt Berlin sowie einen westdeutschen Staat mit dem Ruhr- und Saargebiet zu bilden. Nach Leahy «war es die Meinung des Präsidenten, dass das Rheinland einschliesslich der Ruhr und der Saar, wo die meisten Rohstoffquellen für Kriegsproduktion und die meisten Betriebe liegen, unter die internationale Kontrolle... gestellt werden sollte, mit der Absicht, in einiger Zukunft die Unabhängigkeit und Souveränität als separater Staat zu garantieren»¹. Die neuen amerikanischen Vorschläge verrieten noch stärker als die bisher gebrachten Entwürfe die Absicht, den zersplitterten deutschen Staat von den USA abhängig zu machen und ihn zur Brutstätte revanchistischer deutscher Kräfte werden zu lassen. Die internationale Kontrolle über das Ruhrgebiet betrachteten die Väter dieses Planes natürlich als amerikanische Kontrolle.

Die sowjetische Delegation vereitelte diesen Plan. Die Potsdamer Konferenz beschloss vielmehr, Deutschland weiterhin als einheitliches Ganzes zu behandeln und ihm die Möglichkeit zu geben, sich zu einem demokratischen und friedliebenden Staat zu entwickeln. Die Grossmächte verkündeten das unabänderliche Recht des deutschen Volkes auf eine unabhängige nationale Existenz und eine Wiederherstellung seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage.

In Potsdam wurde eine Übereinkunft «Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muss» unterzeichnet. Sie enthielt ein breites Programm der Entnazifizierung, Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands und der Kontrolle über diese Massnahmen. Aufgabe der Besetzung war es, Deutschland völlig zu entwaffnen, den deutschen Militarismus endgültig zu beseitigen und die deutsche Rüstungsindustrie zu vernichten. Das deutsche Volk sollte davon überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hatte. Die Grossmächte beschlossen, die NSDAP und die faschistischen Be-

¹ W. D. Leahy, a.a.O., S. 390.

hörden zu vernichten und jede faschistische und militaristische Tätigkeit oder Propaganda zu verhindern. Das Abkommen bot dem deutschen Volk die Aussicht, sich wieder das Vertrauen der Völker zu erwerben.

Die Übereinkunft gab Deutschland umfangreiche Möglichkeiten, seine Landwirtschaft und seine Friedensindustrie zu entwickeln. Die deutschen Monopole sollten vernichtet werden. Die Grossmächte sahen eine Reihe von Massnahmen vor, um trotz der verschiedenen Besatzungszonen Deutschland als einheitliches wirtschaftliches Ganzes zu erhalten.¹

Die Potsdamer Konferenz beschloss, alle Kriegsverbrecher zu verhaften und den Gerichten zu übergeben. Für den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher sollten in London die Methoden des Verfahrens festgelegt werden.²

Die Konferenz arbeitete auch eine Übereinkunft aus, nach der Deutschland Reparationen leisten sollte. Die Sowjetunion konnte ihre Reparationen aus der sowjetischen Besatzungszone durch Demontagen von Industrieeinrichtungen und Lieferungen aus der laufenden Produktion entnehmen. Ihr wurden ausserdem die deutschen Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und der sowjetischen Besatzungs-Zone Österreichs zugesprochen. Aus den Westzonen sollte die Sowjetunion 15 Prozent der zur Demontage vorgesehenen Industrieausrüstungen, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig waren, im Austausch gegen einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Materialien erhalten. 10 Prozent dieser Industrieausrüstungen waren ohne Gegenleistung als Reparationsleistungen an die Sowjetunion vorgesehen.³ Die UdSSR war einverstanden, die polnischen Reparationsansprüche aus dem Anteil ihrer Reparationen zu befriedigen.

Die Deutschlandbeschlüsse trafen die reaktionären Kräfte schwer.

Auf der Potsdamer Konferenz entbrannte erneut eine ernsthafte Auseinandersetzung um die polnischen Westgrenzen. Eine Delegation der polnischen Regierung wurde zu den Beratungen hinzugezogen. Die Genossen Bierut und Gomułka begründeten eingehend die berechtigten Ansprüche des polnischen Volkes auf seine Westgebiete. Der ebenfalls anwesende Mikolajczyk musste erkennen, wie ernst das polnische Volk die Fragen der Westgebiete behandelte, weil es sie für lebenswichtig hielt. Deshalb trat er auch nicht gegen die Übergabe dieser Gebiete an Polen auf. Er schwieg sogar, als Churchill ihn daran erinnerte, dass die polnische Emigrantenregierung nie solche Forderungen erhoben hätte.

¹ Siehe Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, a. a. O., S. 71 ff.

² Siehe ebenda, S. 81.

³ Siehe ebenda, S. 78 ff.

Die Sowjetunion erreichte auf der Potsdamer Konferenz einen gerechten Beschluss über die polnische Westgrenze, die entlang der Oder und Neisse festgelegt wurde. Ein Teil von Ostpreussen mit der Stadt Königsberg – jetzt Kaliningrad – wurde der Sowjetunion zugesprochen. Der übrige Teil dieses Gebietes und die ehemalige Freie Stadt Danzig (Gdansk) wurden PolŃn übergeben.¹ Die Vertreter der Grossmächte stimmten weiterhin zu, die deutsche Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland umzusiedeln.²

Altes slawisches Land, das einst von deutschen Eindringlingen erobert worden war, wurde den rechtmässigen Besitzern zurückgegeben. Polen wurde ein Staat am Meer und erhielt seine rechtmässigen Westgrenzen. Die Sowjetunion erwarb eisfreie Häfen an der Ostsee und das Kaliningrader Gebiet als wichtigen Vorposten für ihre Verteidigung. Der an die Sowjetunion übergebene nördliche Teil Ostpreussens wurde aus einer vorgeschobenen Bastion der deutschen Aggression und einem Aufmarschraum für den Kampf gegen die slawischen Völker zu einem Vorposten für die Verteidigung der UdSSR; zu einem Vorposten des Friedens und der Sicherheit.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz waren ein neuer Sieg der demokratischen Grundsätze für die Organisation des Friedens nach dem Krieg. Die UdSSR erfüllte gewissenhaft und loyal die Potsdamer Beschlüsse.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens betrieben eine völlig entgegengesetzte Politik. Sie hatten sich nur zum Potsdamer Abkommen bekannt, weil sie dem Druck ihrer Volksmassen nach geben mussten und doch damit rechnen, die Beschlüsse bald umgehen zu können. Dieser Haltung entsprach auch ihre Deutschlandpolitik nach dem Krieg.

Am 16. August 1945 wurde der sowjetisch-polnische Vertrag über die neue Grenze zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Der Vertrag legte fest, dass die sowjetisch-polnische Grenze entlang der sogenannten Curzonlinie verlaufen sollte, wobei sie zugunsten Polens in einigen Räumen fünf bis acht Kilometer von ihr abwich. Die Sowjetunion trat ausserdem ein 30 Kilometer tiefes Gebiet südlich der Stadt Krylow und einen Teil der Beloweshker Steppe an Polen ab. Der Vertrag legte auch die sowjetisch-polnische Grenze im früheren Ostpreussen fest.

Gleichzeitig wurde eine sowjetisch-polnische Vereinbarung unterzeichnet, die

¹ Siehe ebenda, S. 84.

² Siehe ebenda, S. 87 f.

festlegte, wie der Schaden, den die Hitlertruppen angerichtet hatten, ersetzt werden sollte. Die Sowjetregierung verzichtete zugunsten Polens auf deutsches Eigentum und andere Guthaben auf polnischem Boden und in den Polen zugesprochenen Westgebieten. Ausserdem war die Sowjetunion bereit, Polen 15 Prozent ihrer Reparationsforderungen zu übergeben. Die polnische Regierung verpflichtete sich ihrerseits, ab 1946 der Sowjetunion jährlich, solange sowjetische Besatzungstruppen in Deutschland stehen, Kohle zu einem besonders festgelegten Preis zu liefern.

Der sowjetisch-polnische Vertrag war ein neuer bedeutender Beweis für die Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und Polens.

DER SIEG ÜBER JAPAN
UND DAS ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

1

Die britischen und amerikanischen Angriffsoperationen im Stillen Ozean begannen schon 1943. Für diese Operationen hatten die sowjetischen Siege über Hitlerdeutschland günstige Voraussetzungen geschaffen. Die Westmächte richteten ihre Operationen jedoch nicht gegen die japanischen Hauptkräfte. Sie wandten sich in Richtungen, die vom strategischen Standpunkt nur zweitrangige Bedeutung besaßen: gegen die japanischen Garnisonen in den zu Beginn des Krieges besetzten britischen und amerikanischen Kolonien. Diese Operationen wurden durchgeführt, um die japanischen Konkurrenten zu verjagen und auch die nationale Befreiungsbewegung zu unterdrücken. Bei ihrer Organisation liess sich das angloamerikanische Oberkommando davon leiten, vor allem die imperialistische Kolonialherrschaft der USA und Grossbritanniens im Raum des Stillen Ozeans zu festigen.

Der amerikanische Plan für die Kriegführung im Stillen Ozean sah vor, im Verlauf der Offensive gegen Japan wichtige strategische Positionen zu erobern und sich in ihnen festzusetzen, um sichere Basen für den Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung der Völker Ost- und Südasiens zu schaffen.

Im November 1943 landeten amerikanische Truppen auf Tarawa und Makin, zwei Inseln der Gilbertgruppe, um sich den Weg in den mittleren Teil des Stillen Ozeans zu bahnen. Im Verlauf des Jahres 1944 besetzten sie einzelne Stützpunkte auf den Marianen, den Marshall- und Palauinseln. Die japanischen Truppen leisteten nur schwachen Widerstand. Darauf verlegten die USA die Kampfhandlungen auf die Philippinen. Hier liess das amerikanische Oberkommando zuerst die Führer der Widerstandsbewegung verhaften. Sie hatten einen umfangreichen Kampf gegen die japanischen Okkupanten organisiert, die Japaner ernsthaft geschwächt und damit die amerikanische Landung unterstützt. Die amerikanische Presse schrieb ausführlich, welchen Wert die Philippinen

für die umfassenden Pläne der amerikanischen Monopole besäßen. Der bekannte amerikanische Kommentator Walter Lippmann erklärte: «So hatten sich die Vereinigten Staaten durch die Erwerbung der Philippinen in das geographische Zentrum der ostasiatischen Reiche gestellt und damit an den strategischen Kreuzweg ihrer Verbindungslinien.»¹

Die USA wollten also mit ihrem strategischen Plan im Stillen Ozean nicht die wichtigsten Gruppierungen der japanischen Streitkräfte zerschlagen, sondern die Basis ihrer Kolonialherrschaft in diesem Raum festigen und ausdehnen. Der Kampf gegen Japan interessierte sie erst in zweiter Linie.

1944 verschlechterte sich die Lage in China ausserordentlich. Die volksfeindliche Politik Tschiang Kai-scheks missachtete völlig die nationalen Interessen des Landes und des Volkes. Der amerikanische General Stilwell, der Generalstabschef der Kuomintang, schrieb über das Tschiang-Kai-schek-Regime: «Kuomintang – das ist Chaos, Korruption, Nachlässigkeit, schwarzer Markt, masslose Steuern und eine Kluft zwischen Wort und Tat.»² Über Tschiang Kai-schek selbst schrieb Stilwell, dass er «dickköpfig, starrsinnig, ungebildet, unduldsam, despotisch, unvernünftig, unlogisch, undankbar und habgierig»³ sei. Aber gerade diese «Qualitäten» entsprachen den Vorstellungen und Forderungen der amerikanischen Monopole.

Die Kuomintang plünderte das Volk rücksichtslos aus. 1942/43 wüteten Hungersnöte in Kwantung, Honan und Tschekiang; dennoch beschlagnahmten die Kuomintanggruppen in diesen Provinzen Lebensmittel. Alle Proteste der vom Hungertod bedrohten Bevölkerung wurden mit Waffengewalt gebrochen. Die Kuomintang liess auch schießen, als die hungernden Menschen in die Nachbarprovinzen zu flüchten suchten. Kuomintangoffiziere bestahlen und betrogen die Soldaten, die ungenügend gepflegt und schlecht bekleidet wurden.

Tschiang Kai-schek, der sich später eng mit den amerikanischen Monopolen verbündete, sympathisierte auch mit den faschistischen Staaten. Stilwell meint, der Kuomintangchef hätte einen Sieg Hitlers durchaus begrüsst, weil dadurch die Sowjetunion auch an den chinesischen Grenzen geschwächt worden wäre.⁴ Gegen Japan kämpfte die Kuomintang nicht. Dafür war auch die USA-Regierung verantwortlich, die systematisch Tschiang Kai-scheks Anhänger auffor-

¹ W. Lippmann, Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten, Zürich 1944, S. 37.

² J. W. Stilwell, The Stilwell Papers (Die Stilwell-Dokumente), New York 1948, S. 191.

³ Ebenda, S. 215.

⁴ Siehe ebenda, S. 125.

derte, Kräfte und Waffen für den Bürgerkrieg zu sammeln. Nach den Worten eines amerikanischen Zeugen, Charles Stevensons, hoffte Tschiang Kai-schek, dass nach dem Krieg die Voraussetzungen für die Abrechnung mit den Kommunisten weitaus günstiger wären.¹

Das japanische Oberkommando entschloss sich, Tschiang Kai-scheks Politik für eine grosse Offensive in China auszunutzen, um sich ein tiefes Hinterland zu schaffen und so einen langwierigen Krieg auch nach dem Verlust der eroberten Inseln im Stillen Ozean führen zu können. Die japanische Offensive wurde im Sommer 1944 in Honan begonnen und entlang der Eisenbahnlinie Kanton-Hankau geführt. Japanische Truppen besetzten ganz Honan und dehnten damit das von ihnen in Zentralchina besetzte Gebiet wesentlich aus.

Die japanischen Truppen bildeten eine geschlossene Frontlinie von Baiping über Gueeling bis nach Gandshouwan. Die strategisch wichtige Eisenbahnlinie, die China von Norden nach Süden durchquerte, war in ihre Hände gefallen. Die Japaner hatten die Küstengebiete mit über 100 Millionen Menschen vom chinesischen Hinterland abgeschnitten. Die Kuomintangregierung verlor wichtige Gebiete, aus denen sie Nahrungsmittel und Rohstoffe bezogen hatte. Die Zahl der Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen überstieg eine Million, die demoralisierten Kuomintangsoldaten und -Offiziere liefen unter den japanischen Schlägen auseinander oder wurden in den abgeschnittenen Gebieten blockiert. Die Kuomintanggenerale verrieten ihr Volk und gingen zu den Japanern über.

Die Siege der Sowjetarmee in Europa rückten das Kriegsende in greifbare Nähe und verhinderten, dass die Kuomintang vor Japan kapitulierte. Die Regierungen der USA und Grossbritanniens wandten sich ebenfalls entschieden gegen eine Kapitulation Chinas. Sie nutzten aber die schwierige Lage des Landes aus. Seit 1944 traten die USA-Monopole in China besonders aktiv auf. Der damalige USA-Vizepräsident Henry Wallace besuchte 1944 China. Eine Sondermission der Vereinigten Staaten – Vertreter verschiedener Monopole – reiste im Herbst 1944 nach China.

Die USA-Regierung verhandelte mit der Kuomintangregierung, die den amerikanischen Monopolen wichtige Positionen in der chinesischen Wirtschaft einräumen sollte. 1944 wurden eine Reihe von Vereinbarungen vorbereitet, die Anfang 1945 abgeschlossen wurden und den amerikanischen Monopolherren umfangreiche Möglichkeiten boten, China kolonial auszubeuten.

Die Chinesische Volksbefreiungsarmee nutzte den Umschwung im Verlauf des

¹ Siehe «Far Eastern Survey» vom 25. Mai 1946.

zweiten Weltkrieges aus, den die Siege der Sowjetunion im Kampf gegen Hitlerdeutschland herbeigeführt hatten. Während die Truppen Tschiang Kai-scheks ernste Niederlagen erlitten und dem Feind wichtige Gebiete des Landes preisgaben, ging die Volksbefreiungsarmee erfolgreich vor, obwohl gegen sie die japanischen Hauptkräfte konzentriert waren. Allein 1944 befreite die von der Kommunistischen Partei geführte Volksbefreiungsarmee 24 Städte und 13'000 Dörfer von den japanischen Eroberern. Das Territorium der befreiten Gebiete vergrösserte sich bis Ende 1944 auf 859'000 Quadratkilometer, auf denen 95,5 Millionen Menschen lebten.

Die wachsende Autorität der Kommunistischen Partei Chinas und die Erfolge der Volksbefreiungsarmee im Kampf gegen die japanischen Okkupanten zwangen Tschiang Kai-schek, seine Taktik gegenüber den Kommunisten zu ändern. Die herrschenden Kreise der USA empfahlen ihm, der Volksbefreiungsarmee die ganze Last des Krieges gegen Japan aufzubürden, um sie zu schwächen und die demokratischen Kräfte des Landes zu erschöpfen.

Die Kommunistische Partei Chinas durchschaute die versteckten Absichten der Imperialisten. In den Verhandlungen mit Tschiang Kai-schek, die im Mai 1944 in Sian begannen, schlug sie der Kuomintang vor, ihre Politik, bewaffnete Konflikte gegen die Volksbefreiungsarmee zu provozieren, aufzugeben, eine demokratische Koalitionsregierung zu bilden und gemeinsam alle politischen Probleme des Landes gerecht zu lösen.

Diese Vorschläge waren vorher in der Partei gründlich beraten worden. Obwohl sie vom ganzen Volk begrüsst wurden, ging die Kuomintang einer sachlichen Diskussion aus dem Weg. Ihre Vertreter forderten, die Volksregierung in den befreiten Gebieten aufzulösen und die Stärke der Volksbefreiungsarmee zu verringern. Die Kommunistische Partei musste ein solches Ansinnen zurückweisen.

2

Die Operationen in Birma und auf den Philippinen wirkten sich kaum auf die Lage Japans aus. Seine Landstreitkräfte wurden fast gar nicht berührt. Die japanische Flotte erlitt in diesen Kämpfen allerdings grössere Verluste. Der Ausgang des Krieges wurde aber auch dadurch noch nicht entschieden. Als im Herbst 1944 amerikanische Truppen auf den Philippinen landeten, entbrannten in den Gewässern der Inseln die bedeutendsten Seeschlachten im Stillen Ozean. Die japanische Flotte versuchte, die amerikanischen See-
streitkräfte, welche die Landungsoperationen deckten, anzugreifen. In der

Schlacht vom 23. bis zum 26. Oktober erlitt die japanische Flotte schwere Verluste. Sie verlor 4 Schlachtschiffe, 3 Flugzeugträger, 3 leichte Flugzeugträger, einen Begleitflugzeugträger, 14 Kreuzer, 32 Torpedoboote und 11 Unterseeboote, während die amerikanische Flotte einen leichten Flugzeugträger, 3 Begleitflugzeugträger, 6 Torpedobootzerstörer, 3 Geleiter, ein Transportschiff und 7 Unterseeboote einbüßte.¹ Selbst diese Schlacht bestimmte die Entwicklung der Ereignisse auf diesem Schauplatz des zweiten Weltkrieges nicht, wenn auch die USA bis zum April 1945 ihre Operationen auf den Philippinen abschließen konnten.

Die britische Regierung beeilte sich, den günstigen Augenblick für angloamerikanische Operationen in Indonesien auszunutzen. Auch bei diesen Kampfhandlungen traten die beiden Verbündeten als Kolonialmächte auf.

Am 1. April 1945 landeten amerikanische Truppen auf der Insel Okinawa, die zu den Riukiu-Inseln gehört, und eröffneten damit ihre letzte Operation gegen Japan. Gegen die 80'000 japanischen Verteidiger wurden im Lauf der Kämpfe 451 866 Mann eingesetzt, die am 21. Juni 1945 die Insel völlig erobert hatten. Danach stellte die USA-Regierung die militärischen Operationen gegen Japan faktisch ein. Die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten hatten nicht die Absicht, das militaristische Japan völlig zu vernichten und damit den Herd der Aggression im Fernen Osten zu beseitigen. Sie wollten Japan nur als gefährlichen Konkurrenten und Nebenbuhler ausschalten und seine Stellung als Kolonialmacht einnehmen. Dieselben Ziele verfolgten auch die imperialistischen Kräfte Englands. Diesen politischen Plänen hatte sich die Strategie des amerikanischen Oberkommandos unterzuordnen.

Weder die britischen noch die amerikanischen herrschenden Kreise wollten Japan schwächen. Seine militärischen Kräfte sollten geschont werden, bis die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan eingriff. Die Politik der Westmächte verfolgte das Ziel, die UdSSR durch Japan zu schwächen und Japan als Verbündeten gegen die UdSSR zu gewinnen. Der amerikanische Professor Spykman machte sich zum Sprecher der Monopole, als er schrieb, es sei notwendig, Japan als Militärstaat zu erhalten.² Dennoch flog die amerikanische Luftwaffe im Herbst 1944 immer stärkere Angriffe auf japanische Städte. Im Frühjahr 1945 warfen amerikanische Geschwader insgesamt 100'000 Tonnen Bomben auf 66 japanische Städte.

Die Angriffe verschonten die militärischen Objekte, vernichteten dafür aber er-

¹ Siehe die Feldzüge des Krieges im Stillen Ozean, a. a. O., S. 402f.

² Siehe N. I. Spykman, America's Strategy in World Politics (Amerikas Strategie in der Weltpolitik), New York 1942, S. 469.

barmungslos vor allem die Wohnviertel, in denen die Ärmsten lebten. Nach den Angaben der japanischen Regierung zerstörte die amerikanische Luftwaffe durch ihren Bombenterror 2'200 Wohnhäuser, tötete 260'000 und verwundete 412'000 Menschen.

Bevor die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan eintrat, fiel nicht eine Bombe auf militärische Objekte und Industrieanlagen der Mandschurei. Erst als sich die sowjetischen Erfolge in der Mandschurei abzeichneten, griff die amerikanische Luftwaffe auch diese chinesischen Gebiete an.

Die deutsche Kapitulation traf die japanischen Imperialisten schwer. Sie hatten alle militärischen Pläne auf einen deutschen Erfolg in Europa aufgebaut. Die japanischen und deutschen Aggressoren waren vor allem durch die gemeinsamen Eroberungspläne miteinander verbunden, die sich gegen die Staaten der antifaschistischen Koalition richteten. Die Hauptkraft des japanisch-deutschen Blocks war jedoch Deutschland. Seine Erfolge und Misserfolge bestimmten auch die Siege und Niederlagen Japans. Deshalb war der Sieg über Hitlerdeutschland die wichtigste Voraussetzung, um Japan zerschlagen zu können.

Die Kapitulation Deutschlands verurteilte alle Eroberungspläne des japanischen Imperialismus zum Scheitern. Die japanische Regierung setzte trotzdem den Krieg fort.

Bei diesem Entschluss liess sie sich vor allem von einer Einschätzung der Politik der USA und Grossbritanniens leiten. Sie bot nach der Meinung Tokios grosse Möglichkeiten, den Krieg noch lange fortzusetzen und neue antisowjetische Pläne zu schmieden. Ausserdem konnten sich die herrschenden Kreise Japans auch im Sommer 1945 noch auf Streitkräfte stützen, die zwar Verluste erlitten hatten, aber noch über Armeen verfügten, die überhaupt noch nicht angeschlagen waren.

Die japanischen Land Streitkräfte hatten in den Kampfhandlungen auf den Inseln des Stillen Ozeans nur unbedeutende Verluste erlitten. Die in der Mandschurei stehende Kwantungarmee, die stärkste Gruppierung der japanischen Landstreitkräfte, war noch in voller Kampfbereitschaft.

Die japanische Wirtschaft hatte bisher keine Schäden erlitten. Die Rüstungsindustrie lief auf vollen Touren. Die mandschurische Industrie, eine wichtige militärische und ökonomische Basis des japanischen Imperialismus, erhöhte ihre Produktion. Die Kohleförderung war hier im Vergleich zu 1935 um 250 Prozent und die Roheisenerzeugung um 700 Prozent gestiegen. Die japanischen Konzerne hatten in diesem Gebiet neue Rüstungsbetriebe geschaffen. Um die Werke vor den Luftangriffen zu schützen, vierlegten viele japanische Industrielle 1944/

45 die Betriebe von Japan in die Mandschurei. Japan schuf auch in Korea eine Rüstungsindustrie und verlegte auch hierher einige Betriebe.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens nahmen deshalb an, dass sich der Krieg gegen Japan noch viele Monate und vielleicht sogar Jahre hinziehen würde.

Der Generalstab der USA-Streitkräfte entwickelte einen Plan für die Operationen gegen Japan, nach dem amerikanische Truppen erst Ende 1945 auf Kyuschu, der südlichsten japanischen Insel, und 1946 schliesslich im Raum Tokio-Yokohama landen sollten. Aber selbst dieser Plan schränkte ein, dass diese Termine noch hinausgeschoben werden könnten. Das USA-Kriegsministerium glaubte Japan vor 1947 oder 1948 nicht besiegen zu können.

Die amerikanische Presse sah sehr pessimistisch. Die Redaktion des Journals «Life» meinte sogar, ehe die amerikanischen Streitkräfte Japan selbst entscheidend treffen könnten, könne Japan der stärkste Staat in der Welt geworden sein. Den anglo-amerikanischen Kräften würde es dann kaum gelingen, diesen Gegner zu vernichten.¹ Selbst Churchill war noch nicht von einem Sieg über Japan überzeugt.

Die herrschenden Kreise der USA gaben vor, den Krieg gegen Japan verstärken zu wollen, und planten, mit starken Kräften in China einzufallen, um sich das Land völlig als Kolonie unterwerfen zu können. Das chinesische Volk drohte unterjocht zu werden. In China selbst bereiteten amerikanische Politiker und Militärs schon die Invasion vor, unter ihnen der persönliche Sonderbevollmächtigte des Präsidenten, General Hurley, und der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in China, General Wedemeyer.

Die amerikanischen Imperialisten rechneten allerdings damit, dass die Chinesische Volksbefreiungsarmee ihre Pläne durchkreuzen könnte. Deshalb verlangten die amerikanischen Vertreter von Tschiang Kai-schek entscheidende Massnahmen gegen die befreiten Gebiete des Landes. Tschiang Kai-schek eröffnete im Juni 1945 mit starken Kräften eine Offensive gegen die 8. und 4. Volksarmee und die Partisanen in den Provinzen Honan, Hunan, Dshödjang, Füdjan, Gwandung und andere. Im Juli 1945 begannen die Kuomintangtruppen, durch amerikanische Lieferungen ausgerüstet, eine weitere grosse Offensive auf das befreite Gebiet von Schönssi-Ganssu-Ningssja in Richtung Jätaischan. Für Tschiang Kai-schek war das bereits eine Kraftprobe für den neuen Bürgerkrieg. Genosse Mao Tse-tung betonte damals schon, die USA seien für diesen

¹ Siehe «Life» vom August 1943.

heimtückischen Überfall verantwortlich. Er schrieb, «dass die von Hurley repräsentierte Politik der Unterstützung der volksfeindlichen Kräfte in China – eine Politik, die einem so gewaltigen Volk wie dem chinesischen gegenüber feindselig ist –, falls sie sich nicht ändert, als eine schwere Bürde auf der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Volk lasten und ihnen unzählige Leiden bringen wird. Es ist notwendig, dass das amerikanische Volk das klar begreift.»¹

Die Chinesische Volksbefreiungsarmee schlug die Offensive der Kuomintang zurück. Tschiang Kai-schek zog daraus jedoch keine Lehren, sondern bereitete auf Hurleys Rat eine grössere Offensive gegen die befreiten Gebiete vor.

Der bevorstehende Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan wurde deshalb zu einem besonders bedeutenden internationalen politischen Ereignis. Nach den glänzenden Siegen der Sowjetarmee in Europa erschienen die Pläne, den Krieg gegen Japan hinauszuziehen, immer haltloser. Die herrschenden Kreise der USA und Englands bemühten sich jetzt, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von diesem Ereignis abzulenken. Sie wollten die Bedeutung der sowjetischen Operationen herabsetzen und den Anteil der Sowjetunion am Sieg über Japan von vornherein schmälern.

Die USA-Regierung beschloss deshalb, die Atombombe gegen die beiden japanischen Städte einzusetzen, als die Sowjetunion in den Krieg im Fernen Osten eingriff. Überstürzt wurde gearbeitet, um die Bomben fertigzustellen. «Ich kann persönlich bezeugen», schrieb einer der Schöpfer der Atombombe, «dass der Termin um den 10. August uns geheim als äusserste Frist genannt wurde, in der wir die technische Aufgabe, die Atombombe zu schaffen, gelöst haben sollten und verpflichtet waren, koste es, was es wolle, die Arbeit abzuschliessen, ohne auf ein Risiko, ohne auf Ausgaben, ohne auf die Logik Rücksicht zu nehmen.»²

Der Einsatz der Atombombe wurde nicht von der militärischen Lage bestimmt. Die herrschenden Kreise der USA verknüpften mit ihm die Hoffnung, ihre Weltherrschaftspläne durchsetzen zu können. Die amerikanische Politik der Stärke arbeitete jetzt mit dem Besitz der Atomwaffe, um den Völkern ihr Diktat aufzuzwingen. Die USA-Regierung bemühte sich jetzt vor allem darum, die internationale Stellung und den Einfluss der Sowjetunion zu schwächen. Die Atombombenexplosionen in Japan waren also, wie der englische Professor Blackett feststellte, «nicht so sehr der letzte militärische Akt des Zweiten Welt-

¹ Mao Tse-tung, a. a. O., Bd. 4, S. 431.

² «Storoniki mira», Heft 13/1950, S. 32.

krieges...als vielmehr eine der ersten Operationen im kalten diplomatischen Krieg gegen die Sowjetunion»¹.

Die USA-Regierung setzte, getreu ihrer alten Taktik, die Atombombe nicht gegen militärische Objekte, sondern gegen die Zivilbevölkerung ein. Sie brach damit die elementarsten und allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts, der Kriegsregeln und der Humanität.

Die ganze Welt war über diesen unmenschlichen Akt entrüstet. Der amerikanische Imperialismus hatte eine grosse moralische und politische Niederlage erlitten. Der Militärkommentator der amerikanischen Zeitung «The New York Times», Hanson Baldwin, schrieb dazu: «Wir sind jetzt als Tiere gebrandmarkt.»² Selbst viele, die für den Einsatz der Atombombe gegen die japanischen Städte verantwortlich waren, beeilten sich jetzt, sich vor der Welt reinzuwaschen und das Verbrechen zu verurteilen, an dem sie mitschuldig waren. Zum Beispiel schrieb Admiral Leahy, Amerika sei auf die Barbarei des Mittelalters zurückgesunken, weil es als erster Staat die Atomwaffe angewandt habe.³

Nach japanischen Angaben gingen in Hiroshima nicht weniger als 247'000 Menschen zugrunde. In Nagasaki wurden 200'000 Menschen getötet und verwundet.

Die amerikanische Regierung setzte die Atombombe bewusst zu dem Zeitpunkt ein, als die Sowjetunion ihre Konzentrierung abgeschlossen hatte und die Operationen gegen Japan eröffnete, um den Sieg über Japan dieser neuen Waffe zuschreiben zu können, obwohl der Abwurf der Atombombe ohne jeden praktischen militärischen Wert blieb.

Churchill schreibt: «Die Annahme, Japans Schicksal sei durch die Atombombe besiegelt worden, ist falsch.»⁴ Auch Leahy vertritt diesen Standpunkt.⁵

Nach dem Einsatz der Atombombe gegen Japan eröffneten die amerikanische Presse, der Rundfunk und die Politiker einen Propagandafeldzug, um die Welt mit der Atomwaffe einzuschüchtern. Die reaktionärsten Kreise forderten, alle Länder und Völker des Erdballs sollten vor dem amerikanischen Diktat kapitulieren. Sie schlugen vor, eine «Weltregierung» zu bilden, mit der die amerikanischen Monopole die Weltherrschaft an sich reissen wollten.

¹ P. M. S. Blackett, a. a. O., S. 173.

² H. W. Baldwin, *Great Mistakes of the War* (Die grossen Fehler des Krieges), S. 107.

³ Siehe W. D. Leahy, a. a. O., S. 41 ff.

⁴ W. S. Churchill, a. a. O., S. 343.

⁵ Siehe W. D. Leahy, ebenda.

Obwohl sich nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Deutschland die internationale Lage des Landes wesentlich verschlechtert hatte, setzte die japanische Regierung den früheren antisowjetischen aggressiven Kurs unbeirrt fort.

Während des Krieges Deutschlands gegen die UdSSR erwies Japan seinen Verbündeten mit all seinen Kräften Hilfe. Die Hauptform dieser Hilfe bestand darin, einen Teil der Sowjettruppen durch die Konzentrierung japanischer Kräfte an der sowjetisch-mandschurischen Grenze zu binden. Ribbentrop bedankte sich – wie schon erwähnt – in Tokio für diese Hilfe?

Japan störte die sowjetische Schifffahrt und unterstützte damit Hitlerdeutschland. Von 1941 bis 1944 brachten japanische Kriegsschiffe 178 sowjetische Handelsschiffe zum Teil mit Waffengewalt auf.² Japan versorgte Deutschland mit wichtigen strategischen Rohstoffen, die mit Unterseebooten und Hilfskreuzern nach Deutschland geschafft wurden.

Von 1941 bis 1945 nutzte die japanische Regierung ihre diplomatischen Vertretungen in der UdSSR aus, für sich und für Hitlerdeutschland Spionagematerial zu sammeln. Vor allem interessierte sich der japanische Geheimdienst für Angaben über die sowjetischen Streitkräfte und die sowjetische Industrie.

Mit dieser Politik verletzte Japan seine Verpflichtungen aus dem sowjetischen japanischen Neutralitätspakt, als die Sowjetarmee allein den Kampf gegen das faschistische Deutschland führte. Die sowjetische Regierung kündigte deshalb am 5. April 1945 diesen Vertrag.

Die japanische Regierung versuchte Zeit zu gewinnen und begann ein kompliziertes diplomatisches Spiel. Mitte Juli 1945 schlug sie der sowjetischen Regierung vor, zwischen Japan und den beiden Westmächten zu vermitteln. Die Sowjetregierung lehnte dieses Ansinnen ab und unterrichtete ihre Verbündeten davon.

In Potsdam erörterte die amerikanische und die britische Delegation den Krieg gegen Japan. Die Beratung stand unter dem Einfluss der Autorität der Sowjetunion und der sich breit entfaltenden Bewegung der Völker Europas und Asiens. Das wirkte sich auch auf den Inhalt der Erklärung über Japan aus, die von den Regierungschefs der USA, Grossbritanniens und Chinas unterzeichnet und am 26. Juli 1945 veröffentlicht wurde. Die Sowjetunion konnte die Erklärung nicht unterschreiben, weil sie noch nicht am Krieg gegen Japan teilnahm.

¹ Siehe S. 187 des vorliegenden Bandes.

² Siehe Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten, a. a. O., S. 483.

Die Potsdamer Erklärung forderte von Japan die unverzügliche bedingungslose Kapitulation. Bereits am nächsten Tag stellte die japanische Regierung dazu fest, dass Japan diese Erklärung nicht beachten und den Krieg fortsetzen werde.¹ Die Potsdamer Erklärung enthielt ebenfalls die allgemeinen politischen Grundsätze, die gegenüber dem besiegten Japan angewandt werden sollten. Sie sahen vor, für immer die Macht und den Einfluss der Kreise zu brechen, die Japan auf den Weg der Aggression geführt hatten. Japan sollte die Bedingungen der Kai-roer Erklärung erfüllen, sein Hoheitsgebiet würde sich dann auf die Inseln Hondo, Hokkaido, Kyuschu und Schikoku beschränken. Die Grossmächte verlangten weiterhin, die Kriegsverbrecher streng zu bestrafen und alle Hindernisse auszuschalten, die der Wiederbelebung und Festigung der demokratischen Bewegung im japanischen Volk im Wege standen. Sie forderten die Freiheit des Wortes, der Religion und des Denkens sowie die Achtung der Grundrechte der Menschen.

Die Unterzeichnerstaaten hatten ausserdem beschlossen, die japanische Rüstungsindustrie zu vernichten. Das Land sollte allerdings eine Friedensindustrie besitzen, um seine Wirtschaft aufrechterhalten und Reparationen leisten zu können. Alle japanischen Streitkräfte sollten entwaffnet und aufgelöst werden. Die Grossmächte wollten ihre Besatzungstruppen abziehen, sobald eine friedliebende und verantwortungsbewusst handelnde Regierung gemäss dem freien Willensausdruck des Volkes geschaffen war.²

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens nahmen dieses Aktionsprogramm, das in seinen Grundzügen dem Prinzip eines demokratischen Friedens entsprach, wie es von der Sowjetunion verteidigt wurde, an, , waren aber später nicht bereit, es durchzuführen. Der USA-Kriegsminister Stimson machte sich zum Sprecher gewisser Kreise, als er vorschlug, in Japan die konstitutionelle Monarchie mit der jetzigen Dynastie zu erhalten.³ Die USA beschlossen auch nach der Konferenz von Potsdam, Japan nur mit eigenen Streitkräften zu besetzen.

Selbst nachdem die UdSSR in den Krieg gegen Japan eingegriffen hatte, konnte mit der USA-Regierung keine Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen in der Besatzungspolitik erreicht werden. Lediglich in Korea sollte die Verantwortung für die Durchführung der bedingungslosen Kapitulation den Oberkommandos der sowjetischen und amerikanischen Truppen übertragen werden. Die

¹ Siehe «Prawda» vom 28. Juli 1945.

² Siehe Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten, a. a. O., S. 490.

³ Siehe H. L. Stimson, The Decision to Use the Atomic Bomb (Die Entscheidung zur Anwendung der Atombombe). In: «Harpers Magazine» vom Februar 1947.

Sowjetarmee übernahm dabei die Kontrolle über das Gebiet nördlich des 38. Breitengrades, während den USA-Truppen das Gebiet südlich des 38. Breitengrades zeitweilig übertragen wurde.

Am 8. August 1945 übergab die Sowjetregierung der japanischen Regierung eine Erklärung, in der es hiess: «Nach der Zerschlagung und der Kapitulation Hitlerdeutschlands bleibt Japan die einzige Grossmacht, die noch für die Fortsetzung des Krieges eintritt... Die Sowjetregierung ist der Meinung, dass diese ihre Politik (der Kriegseintritt gegen Japan – d. dtsh. Red.) das einzige Mittel ist, die Herbeiführung des Friedens zu beschleunigen, die Völker von weiteren Opfern und Leiden zu befreien und dem japanischen Volk die Möglichkeit zu geben, sich die Gefahren und Zerstörungen zu ersparen, die Deutschland erlitt, nachdem es eine bedingungslose Kapitulation ablehnte.»¹ Die Verantwortung vor den Völkern der Welt und ihre Bündnisverpflichtungen leiteten die Sowjetunion, als sie erklärte, dass sie sich vom 9. August an im Kriegszustand mit Japan befinden werde. Sie erfüllte damit ehrlich und verantwortungsbewusst die Beschlüsse der Krimkonferenz.

Folgende Ziele bestimmten den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan: Die japanischen Eroberer mussten vernichtet werden, um den Kriegs- und Aggressionsherd im Stillen Ozean zu beseitigen; es galt weiterhin, die Völker Asiens von der japanischen Unterdrückung zu befreien, die Interessen der UdSSR im Fernen Osten zu sichern und zu verhindern, dass sich der Krieg gegen Japan hinauszog. Der Frieden musste auf der ganzen Welt errungen werden. Diese Ziele entsprachen den Grundinteressen der Völker und wurden deshalb von ihnen auch unterstützt.

In Asien begann eine neue Etappe des nationalen Befreiungskampfes der Völker.

Am 10. August erklärte die mongolische Volksrepublik Japan den Krieg. Ihre Truppen kämpften an der Seite der Sowjetunion. Die Chinesische Volksbefreiungsarmee und die Partisanen gingen zur allgemeinen Offensive gegen die japanischen Eroberer über. Genosse Mao Tse-tung wandte sich mit einem Aufruf an das chinesische Volk: «Der Krieg gegen Japan befindet sich bereits in seinem letzten Stadium, die Stunde des endgültigen Sieges über die japanischen Eindringlinge und über alle ihre Helfershelfer ist gekommen. Unter diesen Umständen müssen alle Kräfte des Kampfes gegen die japanischen Eindringlinge den Gegenangriff im Massstab des gesamten Landes entfalten

¹ Zitiert nach: Die internationalen Beziehungen im Fernen Osten, a. a. O., S. 491.

und im engen und wirkungsvollen Zusammenwirken mit der Sowjetunion und den anderen verbündeten Mächten kämpfen.»¹

Die britischen und amerikanischen militärischen Beobachter nahmen an, die Sowjetunion könne in absehbarer Zeit keine wesentlichen Erfolge im Krieg gegen Japan erringen. Hanson Baldwin schrieb in der «New York Times», dass die sowjetischen Truppen auf solche Entfernungen und Schwierigkeiten treffen würden, die sie nicht schnell überwinden könnten.² Diese Voraussagen und Berechnungen wurden jedoch von der Sowjetarmee zerstört. Sie vernichtete mit einem mächtigen Schlag die Kwantungarmee und zwang Japan zur bedingungslosen Kapitulation.

An den Angriffsoperationen im Fernen Osten nahmen unter dem Oberbefehl des Marschalls der Sowjetunion Wassilewski Truppen der Transbaikalfrent (Oberbefehlshaber Marschall der Sowjetunion Malinowski), der 1. Fernostfront (Oberbefehlshaber Marschall der Sowjetunion Merezkow) und der 2. Fernostfront (Oberbefehlshaber Armeegeneral Purkajew) sowie Kriegsschiffe und Landungstruppen der Pazifischen Flotte teil. Unmittelbare Aufgabe der Offensive war es, die Kwantungarmee, die Hauptstosskraft des imperialistischen Japans in der Mandschurei und in Korea, zu vernichten. Zur Kwantungarmee gehörten acht Feldarmeen und eine Luftarmee, sie waren in drei Fronten zusammengeschlossen. Die führende Rolle bei der Zerschlagung der Kwantungarmee war der Transbaikalfrent übertragen worden, die den Hauptschlag in der kürzesten Richtung Tschapgtschun-Mukden führte. Die sowjetischen Truppen mussten eine Steppe und den Gebirgsrücken des Grossen Chingan überwinden. Das japanische Oberkommando erwartete den Hauptstoss nicht aus dieser Richtung und glaubte, dass der schwer passierbare Gebirgsrücken eine zuverlässige Barriere bilde.

Die Truppen der 1. und der 2. Fernostfront führten Schläge in Richtung Kirin und Charbin, um die japanische Gruppierung aufzuspalten und gemeinsam mit der Pazifischen Flotte die Rückzugswege der Kwantungarmee nach Korea abzuschneiden.

Das japanische Oberkommando versuchte nach der Kapitulation Deutschlands zu ermitteln, wann die Sowjetunion in die Kampfhandlungen im Fernen Osten eingreifen könnte, und meinte schliesslich, nicht vor dem Frühjahr 1946 mit sowjetischen Operationen rechnen zu müssen. Deshalb wurde es von der sowjetischen Offensive im August 1945 überrascht.

Am 9. August 1945, früh, eröffnete die Sowjetarmee die Kampfhandlungen auf

¹ Mao Tse-tung, a. a. O., S. 433.

² Siehe «The New York Times» vom 10. August 1945.

der gesamten Front. Die Pazifische Flotte schnitt die Seeverbindungen der Kwantungarmee ab. Ihre Fliegerkräfte griffen die japanischen Flottenstützpunkte in Nordkorea an.

Nach sechs Tagen hatten die Truppen der 1. Fernostfront die japanische Verteidigung durchbrochen und die Gruppierung der Kwantungarmee an der Ostgrenze der Mandschurei völlig zerschlagen. Am 14. August waren sie 170 Kilometer tief in die Mandschurei eingedrungen und hatten die Kwantungarmee von Korea abgeschnitten. Inzwischen hatten die Truppen der 2. Fernostfront die ständigen Verteidigungsanlagen bei Heiho durchbrochen, den Gebirgskamm des Kleinen Chingan überwunden, waren 120 Kilometer vorgestossen und hatten Charbin und Tsitsikar erreicht. Die Truppen der Transbaikalfrent überwandten im Zusammenwirken mit der Armee der Mongolischen Volksrepublik erfolgreich den Grossen Chingan in der Haupttrichtung und drangen mit ihren beweglichen Truppenteilen in das tiefe Hinterland der Hauptkräfte der Kwantungarmee vor. In sechs Tagen waren die Truppen dieser Front 500 Kilometer vorgedrungen. Die Kwantungarmee war in voneinander isolierte Teile gespalten, in allen Richtungen wurde ihr Widerstand gebrochen.

Seit die Sowjetarmee ihre Kampfhandlungen gegen Japan eröffnet hatte, erwogen die herrschenden Kreise Japans die Frage, mit den USA und Grossbritannien ein Abkommen gegen die Sowjetunion zu schliessen. Am Abend des 9. August trafen in Tokio die ersten Meldungen von den Fronten in der Mandschurei ein. Sie zeigten bereits, dass die Kwantungarmee trotz ihrer Stärke dem Ansturm der Sowjettruppen nicht standhaften würde. Am 10. August, 03.00 Uhr, beschloss die japanische Regierung, sich an die UdSSR, die USA, England und China zu wenden und zu erklären, dass «die japanische Regierung bereit ist, die Bedingungen der Erklärung vom 26. Juli dieses Jahres, an welche sich auch die sowjetische Regierung angeschlossen hatte, anzunehmen. Die japanische Regierung versteht, dass diese Erklärung keine Forderung enthält, welche die Vorrechte des Kaisers als souveränen Regenten Japans schmälern.»¹

Die Erklärung der japanischen Regierung wurde am selben Tag den Regierungen der vier Grossmächte zugestellt. Sie war jedoch ein heimtückisches Manöver. Japan ging anscheinend auf die Bedingungen der Potsdamer Erklärung ein, lehnte tatsächlich aber ihre Grundsätze ab. Sie erwähnte mit keinem Wort die bedingungslose Kapitulation und klammerte sich an die Privilegien des Kaisers, des führenden Vertreters des reaktionären militaristischen Regimes. Die japanische Regierung rechnete damit, dass die Regierungskreise der USA und Gross-

¹ Zitiert nach: Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a.a. O., S. 376.

britanniens ihre Erklärung wohlwollend aufnehmen würden. Sie arbeitete auf den Zerfall der antifaschistischen Koalition hin, weil die Sowjetunion die nichtssagende Erklärung ablehnen musste. Tatsächlich waren die Regierungen der USA und Grossbritanniens bereit, der japanischen Erklärung zuzustimmen. An der festen Haltung der UdSSR, die auf allen Potsdamer Grundsätzen bestand, scheiterte jedoch der japanische Versuch, die Koalition zu spalten. Am 11. August 1945 übermittelten die Regierungen der UdSSR, der USA, Grossbritanniens und Chinas ihre Antwort, dass die Einwände der japanischen Regierung nicht beachtet werden könnten. Japan wurde erneut aufgefordert, bedingungslos zu kapitulieren, alle Bedingungen der Potsdamer Erklärung anzunehmen, die Kampfhandlungen einzustellen und die Truppen zu veranlassen, die Waffen zu strecken.

Die japanische Regierung erhielt die Antwort am Morgen des 13. August. Sie beriet die Entgegnung den ganzen Tag. Am 14. August wurde die Diskussion fortgesetzt. Inzwischen erfuhr die japanische Regierung von der katastrophalen Lage ihrer Kwantungarmee. Sie beschloss daraufhin, durch den Rundfunk eine allgemeine Erklärung des Kaisers über die Kapitulation bekanntzugeben. Der Stab der Kwantungungarmee erhielt jedoch keinen Befehl, die Waffen zu strecken, von ihm wurde sogar verlangt, den Widerstand gegen die Sowjetarmee zu verstärken.

Am 14. August 1945 wandte sich die japanische Regierung an die USA und teilte mit, dass Japan die Bedingungen der Potsdamer Erklärung annehmen wolle. Sie versuchte, ähnlich wie die deutschen Faschisten, sich mit den herrschenden Kreisen der USA und Englands über den Frieden zu einigen, um den Krieg gegen die UdSSR verstärkt fortsetzen zu können.

Die USA-Regierung nahm die japanische Mitteilung befriedigt entgegen. Bereits 50 Minuten später fand im Weissen Haus eine Pressekonferenz statt, auf der Präsident Truman erklärte, er betrachte diese Nachricht als die bedingungslose Kapitulation Japans. Deshalb sei auch den verbündeten Streitkräften der Befehl zu erteilen, die Kampfhandlungen einzustellen. Truman gab bekannt, dass General MacArthur zum Oberbefehlshaber der verbündeten Mächte für Japan ernannt worden sei, der die Kapitulation entgegennehmen könne.¹

Am nächsten Tag schlug McArthur der japanischen Regierung vor, Funkverbindungen herzustellen, und teilte ihr mit, dass er den verbündeten Kräften befehlen wolle, die Kampfhandlungen gegen Japan einzustellen. In Manila, seinem Hauptquartier, wurde eine japanische Militärdelegation erwartet.

¹ Siehe «The New York Herald Tribune» vom 16. August 1945.

Am selben Tag befahl General MacArthur, alle Angriffshandlungen gegen Japan einzustellen. Das amerikanische Oberkommando teilte diese Direktive durch den Leiter der amerikanischen Militärmission in Moskau dem sowjetischen Oberkommando mit, um zu erreichen, dass auch die sowjetischen Truppen ihre Kampfhandlungen gegen Japan einstellten. Dieses ungeschickte diplomatische Vorgehen verfehlte jedoch sein Ziel. Die Sowjetunion setzte ihre Operationen gegen die Kwantungarmee fort, weil sich weder die japanische Regierung noch der Stab der bedrohten Armee mit dem Vorschlag zu kapitulieren an die Sowjetunion gewandt hatten.

Die USA-Regierung plante, die Kwantungarmee aus ihrer schwierigen Lage heraus zu manövrieren, um damit die Sowjetunion zu veranlassen, die Operationen gegen diese Armee einzustellen. Am 13. August erhielt der Oberbefehlshaber der USA-Streitkräfte, Admiral Nimitz, von Truman den Befehl, den Hafen Dairen zu besetzen, bevor ihn die Sowjetarmee eroberte. Am 16. August landete im Raum nordwestlich Mukden eine Gruppe amerikanischer Fallschirmjäger. Diese Befehle und Massnahmen liessen annehmen, dass die USA-Regierung vorbereitete, die Mandschurei an sich zu reißen.

Die sowjetische Regierung warf am 16. August 1945 die Frage auf, den Norden der Insel Hokaido in den Raum einzubeziehen, in dem die japanischen Streitkräfte vor den sowjetischen Truppen kapitulieren sollten. Die sowjetische Forderung wurde von der USA-Regierung abgelehnt.

Am 16. August erklärte Präsident Truman auf einer neuen Pressekonferenz, dass Japan nicht in Besatzungszonen aufgeteilt, sondern allein durch die USA kontrolliert werde.¹ Gleichzeitig forderte die USA-Regierung von der Sowjetunion, ihr auf den Kurilen Flugzeugbasen zur Verfügung zu stellen. Truman betonte, dass er diese Inselgruppe nicht als sowjetisches, sondern als japanisches Gebiet betrachte. Die Vereinigten Staaten versuchten also, die Beschlüsse der Krimkonferenz aufzuheben, die vorsahen, die Kurilen an die Sowjetunion zurückzugeben.

Die sowjetische Regierung lehnte das amerikanische Ansinnen ab und teilte mit, sie sei bereit, Zivilflugzeugen der USA die Möglichkeit zu geben, einen sowjetischen Flugplatz auf den Kurilen zu benutzen, wenn Maschinen der sowjetischen Zivilluftfahrt dasselbe Recht auf einem amerikanischen Flugplatz der Aläuten erhielten.

Trotz dieser eindeutigen Haltung forderte am 18. August 1945 eine Sonderkommission des USA-Kongresses, amerikanische Marinebasen auf den Kurilen zu errichten.² Und schliesslich begann am 16. August Tschiang Kai-schek, im

¹ Siehe «The New York Times» vom 17. August 1945.

² Siehe «The New York Times» vom 19. August 1945.

Einverständnis und auf Initiative der USA, mit dem Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in China, General Okamura, zu verhandeln. Die japanischen Truppen in China sollten zu umfangreichen Kampfhandlungen gegen die Volksbefreiungsarmee und alle demokratischen Kräfte des Landes herangezogen werden.

Alle diese Schritte der USA-Regierung bildeten eine einheitliche Kette. Der amerikanische Imperialismus bemühte sich, das Erbe der japanischen Militaristen anzutreten und seine Herrschaft im Stillen Ozean zu festigen.

Er dehnte seine schmutzigen Pläne aber auch auf Europa aus und versuchte, aus den Schwierigkeiten, in denen sich die europäischen Staaten am Ende des zweiten Weltkrieges befanden, für sich Kapital zu schlagen. Am 21. August 1945 beschloss deshalb die amerikanische Regierung, die Lieferungen auf Grund des Pacht- und Leihvertrages einzustellen, ohne das Ende des Krieges abzuwarten. Sie wollte damit die Sowjetunion und England treffen. Nur China wurde auch in Zukunft unterstützt, weil Tschiang Kai-schek und die USA in China einen neuen Bürgerkrieg vorbereiteten.

Die sowjetischen Truppen setzten in der Mandschurei den Kampf zur Vernichtung der japanischen Armeen fort. Die Truppen der 1. Fernostfront begannen im Zusammenwirken mit Landungstruppen der Pazifischen Flotte Nordkorea zu befreien. Die Flotte landete nacheinander Truppen in den nordkoreanischen Häfen und unterstützte damit den Vorstoss des linken Flügels der Front. Die Hauptkräfte der Kwantungarmee wurden völlig von Korea abgeschnitten, die japanische Flotte verlor wichtige Stützpunkte. Die koreanische Bevölkerung begrüßte die vorrückenden sowjetischen Truppen stürmisch. Die koreanischen Partisanen, die in den Gebirgs- und Waldgebieten im Norden des Landes unter der Führung von Kim Ir Sen kämpften, unterstützten die Sowjetarmee wesentlich und griffen aktiv in die Kämpfe gegen die japanischen Truppen ein. Sie trugen dazu bei, Nordkorea zu befreien.

Am 16. August 1945 führten die japanischen Truppen mehrere Gegenschläge, obwohl der Stab der Kwantungarmee noch am 14. August der sowjetischen Führung über Funk vorgeschlagen hatte, die Kampfhandlungen einzustellen. Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen im Fernen Osten, Marschall Wasilewski, antwortete, dass die Sowjettruppen die Kampfhandlungen beenden würden, sobald der Stab der Kwantungarmee seinen Truppen befehle, den Widerstand einzustellen und sich in die Gefangenschaft zu begeben, und die Truppen diesem Befehl nachkämen.¹

¹ Siehe Die Aussenpolitik der Sowjetunion, a. a. O., S. 394.

Die Sowjetarmee setzte ihre Offensive fort, als der japanische Stab nicht auf das Angebot einging. Am 18. August begann die Sowjetarmee die Landungsoperationen auf den Kurilen. Am 20. August rückten sowjetische Truppen in die Städte Charbin, Kirin, Tschangtschun und Mukden ein, am 23. August besetzten sie Port Arthur und Dalni.

Am 19. August gaben sich die ersten japanischen Truppen in der Mandschurei gefangen, weil sie eingesehen hatten, dass ihre Lage aussichtslos war. Jetzt war der Stab der Kwantungarmee mit der Kapitulation einverstanden. Aber auch danach setzten japanische Truppen den Widerstand fort. Zwei Wochen wurden noch benötigt, um die Mandschurei, Nordkorea, Südsachalin und die Kurilen völlig von den japanischen Truppen zu befreien. Die sowjetischen Truppen nahmen insgesamt etwa 600'000 Soldaten und Offiziere gefangen.

Der japanische Widerstand war jetzt gebrochen. Japan musste kapitulieren, nachdem seine Kwantungarmee zerschlagen und die Mandschurei verloren war. Die sowjetischen Streitkräfte hatten ihre internationale Pflicht erfüllt und das unverbrüchliche, brüderliche Bündnis zwischen dem sowjetischen und dem chinesischen Volk mit ihrem Blut besiegelt.

Die entscheidende Bedeutung der Operationen der sowjetischen Streitkräfte erkannten auch hohe britische und amerikanische Militärs an. Der amerikanische General Chanold sagte in einem Interview mit dem Korrespondenten der «New York Times», der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan sei der entscheidende Fakt gewesen, der die Kampfhandlungen beendete. Auch wenn die Atombombe nicht geworfen worden wäre, hätte sich das Ergebnis des Krieges nicht geändert.¹

Am 19. August traf in MacArthurs Stab ein Vertreter des Chefs des japanischen Generalstabs ein. Er wurde von einem Obersten empfangen, der ihm eine Reihe von Hinweisen gab. Sie betrafen zum Teil die bevorstehende Besetzung Japans durch die amerikanischen Truppen, sahen aber auch vor, Kader der japanischen Streitkräfte zu erhalten und sie für den Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung, vor allem aber gegen das chinesische Volk auszunutzen. Dem japanischen Kaiser wurde über das Ergebnis der Gespräche in Manila berichtet. Die japanische Regierung begann unverzüglich, die erhaltenen Hinweise, die völlig ihren Wünschen entsprachen, in die Tat umzusetzen.

Am 28. August landeten die ersten amerikanischen Truppen in Japan.

Am 2. September 1945, 10.30 Uhr Tokioer Zeit, wurde an Bord des amerika-

¹ Siehe «The New York Times» vom 15. August 1945.

nischen Schlachtschiffes «Missouri» in der Bucht von Tokio die Urkunde über die Kapitulation Japans unterzeichnet.

Der zweite Weltkrieg war beendet. Die freiheitliebenden Völker haben unter der Führung der Sowjetunion einen welthistorischen Sieg über die Kräfte der Aggression und des Faschismus errungen.

Am Ende des Krieges gegen Japan trat der grundsätzliche Gegensatz zwischen der Politik der Sowjetunion und der Politik der USA besonders scharf zutage. Die amerikanische Japanpolitik wurde von der Absicht der herrschenden Kreise der USA bestimmt, Japan für einen zukünftigen Krieg gegen die Sowjetunion auszunutzen. Die aggressivsten amerikanischen Kreise meinten, ein konservatives Japan sei der beste Verbündete der USA.

MacArthur betrieb diese Politik, um «Japan in eine Basis der Aggression der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion und die Länder Asiens zu verwandeln»¹. Die amerikanische Besatzungspolitik verhinderte in Japan tiefgreifende demokratische Reformen, die Japan in einen friedlichen unabhängigen demokratischen Staat verwandelt hätten. Eine besondere Direktive Trumans legte fest, dass die in Japan bestehende Regierungsform ausgenutzt werden müsse und nicht geändert werden dürfe.²

Am 8. September 1945 landeten in Südkorea amerikanische Truppen, obwohl die japanischen Truppen hier bereits die Waffen niedergelegt und kapituliert hatten. Die USA errichteten ihre Kolonialmacht.

Die sowjetische Offensive in der Mandschurei war in engem strategischem Zusammenwirken mit der Chinesischen Volksbefreiungsarmee durchgeführt worden.

Sie eröffnete am 11. August 1945 die Generaloffensive gegen die japanischen Truppen in Nordchina. Mit dieser Offensive befreite die 8. Volksbefreiungsarmee fast ganz Nordchina. Die japanischen Garnisonen in den Städten Peking, Tientsin und Tsingtau wurden belagert. Die 4. Volksbefreiungsarmee befreite einen bedeutenden Teil Zentralchinas und brach nach Schanghai und Nanking durch. Die Volksbefreiungsarmee befreite in dieser Offensive über 100 Städte in Nord- und Zentralchina.

Die Sowjetunion hat stets den heldenhaften Kampf des chinesischen Volkes

¹ I. Kijesi, O. Sindsaburo, S. Sesi, *История современной Японии (Die Geschichte des modernen Japan)*, Moskau 1955, S. 278.

² Siehe „The New York Times“ vom 29. September 1945.

unterstützt. Am 14. August 1945 wurde ein sowjetisch-chinesischer Freundschafts- und Beistandspakt für 30 Jahre unterzeichnet. Der Vertrag verpflichtete beide Seiten, sich im Krieg gegenseitig militärisch zu unterstützen, nicht getrennt mit Japan zu verhandeln und nach Abschluss des Krieges gemeinsame Massnahmen zu treffen, um eine neue japanische Aggression zu verhüten. Sollte eine Seite erneut von Japan überfallen werden, hatte die andere die notwendige Hilfe zu leisten.

Die Regierung Tschiang Kai-schek hatte nicht die Absicht, die Verpflichtungen loyal zu erfüllen. Der Vertrag war kaum unterzeichnet, als sie bereits hinter dem Rücken der UdSSR mit dem japanischen Oberkommando in China zu verhandeln begann. Sie vereinbarte, dass die japanischen Truppen der Chinesischen Volksbefreiungsarmee hartnäckigen Widerstand leisten sollten, bis Kuomintangtruppen heranrückten. Ausserdem sollten die japanischen Truppen neue Kampfhandlungen gegen die Volksbefreiungsarmee eröffnen, um ihr die in den letzten Wochen befreiten Ortschaften wieder zu entreissen.¹ Mit dieser Vereinbarung hatte Tschiang Kai-scheks nationaler Verrat die äusserste Grenze erreicht. Der amerikanische Oberbefehlshaber in China, General Wedemeyer, unterstützte dieses Abkommen und befahl den japanischen Truppen, die kapitulieren wollten, die Waffen nur amerikanischen Verbänden oder Kuomintangtruppen zu übergeben. Nach einem Beschluss der USA-Regierung führten die amerikanische Luftflotte und Transporter der Marine noch vor Kriegsende eine Truppenverschiebung der Kuomintangarmeen durch, um angeblich die japanischen Truppen zu entwaffnen. Tatsächlich wurden sie jedoch in solche Räume gebracht, von denen sie die Kommunisten überfallen konnten.

Die herrschenden Kreise der USA beeilten sich, in China einen neuen Bürgerkrieg gegen die befreiten Gebiete und die Kommunistische Partei zu entfesseln. Ihre Pläne brachen jedoch schmachvoll zusammen. Sie hatten Wind gesät und ernteten Sturm, der sie aus China hinausfegte.

Der Kampf der Sowjetunion gegen das imperialistische Japan gab der nationalen Befreiungsbewegung in ganz Südostasien und auf den Inseln des Stillen Ozeans neuen Auftrieb. Am 17. August 1945 wurde, nach dem Willen des Volkes, die Indonesische Republik ausgerufen. Am 2. September 1945 entstand die Demokratische Republik Vietnam. Hunderte Millionen Menschen, die von den Kolonialherren unterdrückt wurden, erhoben sich zum Kampf gegen den Imperialismus.

¹ Siehe Тьшен Во-да, Чан Кай-ши – враг китайского народа (Tschiang Kai-schek – Feind des chinesischen Volkes), Moskau 1950, S. 184.

1944/45, in der Schlussphase des zweiten Weltkrieges, kämpfte das heldenhafte Sowjetvolk gemeinsam mit den Völkern vieler Länder der antifaschistischen Koalition bis zum endgültigen Sieg über alle faschistischen Aggressoren. Dieser schwere Kampf der von der Sowjetunion geführten freiheitliebenden Kräfte wurde durch die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands und des imperialistischen Japans gekrönt. Mit diesem grossen Sieg der antifaschistischen Koalition der Völker und Regierungen, mit dem grossen Sieg der Sowjetunion endete der zweite Weltkrieg.

DIE ERGEBNISSE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

1

Allein in einer Generation entfesselte der Imperialismus zwei Weltkriege. Ihr Ausgang und ihre Folgen übten einen grossen Einfluss auf das Schicksal der Völker und auf die gesamte Weltgeschichte aus. Deshalb ist es wichtig, die geschichtlichen Gesetzmässigkeiten zu enthüllen, die in diesen Kriegen auftraten. Am zweiten Weltkrieg nahmen weit mehr Staaten teil als von 1914 bis 1918. Auf drei Kontinenten – in Europa, Asien und Afrika – tobten zum Teil jahrelange Kämpfe. Die Zerstörungen übertrafen die des ersten Weltkrieges um ein vielfaches.

Am Ende des Krieges war fast kein Land neutral geblieben. Formal hatten Spanien, Portugal, die Schweiz, Irland, Schweden und Afghanistan ihre Neutralität zwar gewahrt, tatsächlich aber hatten Spanien und Portugal zum Beispiel während des ganzen Krieges Hitlerdeutschland derartig unterstützt, dass sie berechtigt als kriegführende Staaten angesehen und zum faschistischen Block gerechnet werden können.

Die Tabelle vergleicht beide Weltkriege. Ihre Zahlen wurden amtlichen Angaben entnommen. In der Zahl der Staaten, die am Krieg teilnahmen, sind also nur die Staaten aufgeführt, die offiziell den Kriegszustand erklärt hatten. Bei der Stärke der Armeen sind nur die mobilisierten Kräfte angegeben, ohne die Partisanen zu berücksichtigen.

	1. Weltkrieg	2. Weltkrieg
Staaten, die den Kriegszustand erklärt hatten	33	72
Zu den Streitkräften Einberufene (In Millionen Mann)	74	110
Gefallene (In Millionen Mann)	10	34
Kriegsversehrte (In Millionen Mann)	20	28
Direkte Kriegsausgaben (In Milliarden Dollar)	208	935

Nicht zufällig wurde der zweite Weltkrieg in grösserem Rahmen geführt. Noch offener als im ersten Weltkrieg kämpften die imperialistischen Staaten um die Weltherrschaft und bedrohten damit alle Länder und Völker des Erdballs, die sich diesem Streben widersetzen mussten, wenn sie nicht untergehen wollten. Ausserdem hatten sich die internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen und Verbindungen weiterentwickelt. Damit waren aber auch die ihnen eigenen Widersprüche gewachsen, nach denen jeder militärische Konflikt die Tendenz hatte, sich auszudehnen und zum Weltkonflikt zu werden, in den fast alle Länder der Welt hineingezogen wurden. Die Entwicklung der Technik und damit auch der Waffen sowie der Verkehrsmittel trug dazu bei, dass der Krieg die ganze Welt ergriff und die Verluste an Menschen und materiellen Gütern zunahmen, weil die Vernichtungswaffen vervollkommenet worden waren. Die moderne Kriegstechnik verschlang grössere Ausgaben als je zuvor. Die grossen Opfer und Verluste sind aber nicht allein ihr zuzuschreiben, die Politik Hitlerdeutschlands und seine unmenschliche Kriegführung, der Terror gegen die Zivilbevölkerung sind dafür verantwortlich, dass die Opfer an Menschenleben ein nie gekanntes Ausmass erreichten.

Beide Weltkriege entstanden auf ein und derselben ökonomischen Grundlage, die dem Imperialismus eigen ist. Die Widersprüche unter den imperialistischen Staaten hatten sich derartig verschärft, und ihr Kampf um die Vorherrschaft in der Welt, um Absatz- und Rohstoffmärkte sowie um Einflussphären für den Kapitaleexport hatte sich so zugespitzt, dass die Kriege unvermeidbar geworden waren. Die ungleichmässige Entwicklung der kapitalistischen Staaten im Imperialismus hatte ihr Kräfteverhältnis untereinander sprunghaft verändert und führte zu besonders heftigen Konflikten.

Der erste Weltkrieg verschärfte alle Widersprüche des kapitalistischen Systems und gab der antiimperialistischen, revolutionären Bewegung einen bisher nicht gekannten Aufschwung. Mit dem Sieg der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution begann eine neue historische Epoche. Sie spaltete die Welt in zwei Systeme. Der Sozialismus war jetzt zu einer Kraft geworden, die nicht mehr nur ideellen und politischen Charakter trug; ein ganzer Staat vertrat von nun an die Weltanschauung des Proletariats.

Der zweite Weltkrieg entstand, als sich die allgemeine Krise des Kapitalismus weiter verschärfte, während die Volker der Sowjetunion, geführt von der Kommunistischen Partei, den ersten sozialistischen Staat errichteten. Die Widersprüche zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus blieben nicht ohne Einfluss auf die Ereignisse. Sie wirkten also auch auf die Politik der bürgerli-

chen Staaten, vor allem auf die Politik der Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs gegenüber Hitlerdeutschland und Japan.

Im September 1939 trafen zwei imperialistische Koalitionen aufeinander. Die herrschenden Kreise aller ihnen angeschlossenen Länder verfolgten ihre eigenen Eroberungsziele. Sowohl in der einen als auch der anderen Koalition bemühten sich die herrschenden Kreise, nicht nur ihre imperialistischen Konkurrenten und Gegner, sondern auch die Sowjetunion zu zerschlagen. Deshalb führten beide kapitalistische Koalitionen in den ersten Monaten auch nur einen «komischen Krieg» gegeneinander.

Zwischen beiden Weltkriegen besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied. Im ersten Weltkrieg gab es noch keinen sozialistischen Staat. Alle Teilnehmer des ersten Weltkrieges – ausgenommen Serbien – führten einen Eroberungskrieg. In allen Staaten lehnten die Volksmassen den imperialistischen Krieg ab, weil er sich gegen die Werktätigen richtete. Die in die Uniform gepressten Arbeiter und Bauern wollten nicht für die Interessen der Grossgrundbesitzer und Kapitalisten sterben. Zu Beginn des Krieges hatten die bürgerlichen Regierungen das Bewusstsein der Werktätigen zwar mit dem Ungeist des Chauvinismus vergiften können. Aber dieser Rausch war bald verfliegen. Der flammende Aufruf der bolschewistischen Partei und des grossen Lenin, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln, ergriff die Volksmassen. In mehreren Ländern wandten die Völker die Waffen gegen ihre Klassenfeinde. Im zaristischen Russland siegte die Oktoberrevolution. Das gesamte kapitalistische System geriet ins Schwanken. In der Geschichte der Menschheit vollzog sich ein grundlegender Umschwung.

Als der zweite Weltkrieg ausbrach, hatte die Sowjetunion bereits den Sozialismus errichtet. Deshalb richtete sich die Spitze der imperialistischen Politik gegen den Sozialismus, gegen die Demokratie und gegen die nationale Befreiungsbewegung der Völker. Die faschistischen Staaten, in denen die hemmungslose Diktatur des Monopolkapitals herrschte, waren die Waffe der Weltreaktion. «Die Imperialisten der USA, Grossbritanniens und Frankreichs rechneten darauf, dass in einem verheerenden Krieg ihre deutschen Konkurrenten geschwächt und die Sowjetunion vernichtet oder entkräftet werden würde und dass sie dem Sieger und dem Besiegten ihre Friedensbedingungen diktieren würden. In Wirklichkeit aber kam es anders.»¹

¹ Thesen der KPdSU und der SED zum 40. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution, a. a. O., S. 31.

Das Sowjetvolk folgte dem Aufruf der Kommunistischen Partei und erhob sich zum Grossen Vaterländischen Krieg. Sein heroischer Kampf warf alle Pläne und Berechnungen der faschistischen Eroberer und ihrer Inspiratoren über den Haufen. Der Krieg wurde zum grossen Kampf der Völker gegen die Hauptstosskräfte der imperialistischen Weltreaktion. Die Völker führten den gewaltigsten Befreiungskrieg der Weltgeschichte.

So zeigte der zweite Weltkrieg erneut die gewaltigen Veränderungen, die sich durch den Sieg der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution und den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR im Weltmassstab vollzogen hatten.

Die sowjetische Gesellschafts- und Staatsordnung gab dem Grossen Vaterländischen Krieg den Charakter des gerechten Befreiungskrieges. Die sowjetische Gesellschafts- und Staatsordnung war die Quelle mächtiger moralischer Kräfte und moralisch-politischer Reserven der Sowjetunion. Deshalb konnte die Sowjetunion weder politisch noch moralisch isoliert werden, wie das die geheimen und offenen Feinde gehofft hatten, isoliert wurden die faschistischen Staaten, die die gesamte fortschrittliche und freiheitliebende Menschheit herausgefordert hatten.

Die Völker führten gegen die faschistischen Staaten einen gerechten Krieg, diese Tatsache war eine sehr wichtige Kraft in der Weltpolitik und übte einen grossen Einfluss auf England und die USA aus. Die Völker beider Staaten waren von den Befreiungszielen des Krieges begeistert, welche die Sowjetunion energisch und entschlossen verteidigte. Der Kampf beider Völker gegen den Faschismus wurde zum allseitigen Kampf für Freiheit und Demokratie, auch in diesen Ländern selbst. Die herrschenden Kreise der USA und Englands mussten die entstandene Lage anerkennen. Für sie wäre es gefährlich und unvernünftig gewesen, offen gegen den mächtigen Willen ihrer Völker aufzutreten, weil sie schliesslich selbst auch an einem Sieg über Hitlerdeutschland und das militaristische Japan interessiert waren.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands bemühten sich jedoch, den zweiten Weltkrieg auszunutzen, um ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten und zu festigen. Deshalb beteuerten sie, den grossen Befreiungszielen des Krieges treu ergeben zu sein, obwohl ihre wirklichen Ziele und Absichten nichts mit dem Charakter des zweiten Weltkrieges gemein hatten.

Die politischen Spekulationen dieser Kräfte waren ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die führenden Politiker beider Staaten, die bereits überlebte gesellschaftliche Systeme vertraten, konnten ihre wirklichen Absichten nicht mehr offen verteidigen. Sie mussten ihre Vorhaben tarnen und unter

falscher Flagge auftreten. Das zeigt den tiefen Bankrott des kapitalistischen Systems, das unabwendbar dem Untergang geweiht ist.

Im zweiten Weltkrieg kämpften die Volksmassen stärker als in jedem vorangegangenen Krieg. Sie waren nicht mehr blosse Willensvollstrecker ihrer Regierungen. Die hohe Aktivität der Völker war eine sehr wichtige Besonderheit und geradezu typisch für den zweiten Weltkrieg. Die Führer der kapitalistischen Staaten mussten mit ihr rechnen. Der mächtige Wille der Völker vereitelte die Versuche der Regierungen der USA und Grossbritanniens, mit den faschistischen Aggressoren neue Abkommen zu schliessen, zwang sie, den Krieg gegen Deutschland und Japan zu führen, und durchkreuzte ihre antisowjetischen und volksfeindlichen Pläne. Im Kampf mit ihren Konkurrenten mussten die Monopolherren der USA und Englands bedeutend weiter gehen, als sie es wollten. Die Gesetzmässigkeiten waren stärker als der Wille der imperialistischen Rädelsführer.

Auf der Seite des Sozialismus und der Demokratie kämpften an der Front und im Hinterland Millionen Menschen gegen die Hauptstosskräfte der Weltreaktion. Die Völker der USA, Englands, Chinas, die Völker der Länder, die von den faschistischen Eroberern okkupiert worden waren, die Patrioten Deutschlands, Italiens und Japans, die den illegalen Kampf gegen das faschistische Regime führten, waren die wahren Verbündeten der Sowjetunion.

Um die Besonderheiten des zweiten Weltkrieges, seinen Verlauf und seine Ergebnisse richtig verstehen zu können, muss man von der Rolle der Volksmassen in diesem Krieg ausgehen. Deshalb ist die Geschichte des zweiten Weltkrieges nicht nur die Geschichte der einzelnen militärischen Operationen, wie das bürgerliche Geschichtsschreiber meinen. Einige von ihnen, die den Anspruch auf Objektivität erheben, versuchen, die Geschichte des zweiten Weltkrieges auf die militärischen Operationen beider Seiten zu beschränken. Für eine Zeit, als die Kriege durch kleine Söldnerarmeen geführt wurden, war eine solche Methode, die Geschichte der Kriege darzulegen, möglich, obgleich auch hier schon mit bestimmten Vorbehalten. Heute ist sie wissenschaftlich haltlos.

Die Geschichte des zweiten Weltkrieges ist vor allem eine Geschichte der Völker, die sich, mit dem grossen Sowjetvolk an der Spitze, zum Kampf gegen den Faschismus erhoben hatten und den Sieg errangen. Sie ist eine Geschichte der Völker, die äusserst entschlossen, standhaft, mutig und heldenhaft gegen die imperialistischen Weltherrschaftsanwärter kämpften.

Die kommunistischen Parteien führten die Volksmassen im Kampf gegen den Faschismus.

«Der siegreiche Ausgang des Grossen Vaterländischen Krieges bedeutete das völlige Scheitern der zweiten militärischen Invasion der Imperialisten gegen unsere Heimat; er hatte einen tiefgehenden Einfluss auf den weiteren Verlauf der historischen Entwicklung; derartige Auswirkungen wie nach diesem Sieg gab es nach keinem Befreiungskrieg der Vergangenheit.»¹

Diese Besonderheiten des zweiten Weltkrieges waren keine geschichtlichen Zufälle, sondern unabwendbare Gesetze der geschichtlichen Entwicklung. Diese Gesetze wirkten stärker als der Wille und die Wünsche der imperialistischen Rädelsführer, die das Rad der Geschichte aufhalten wollten.

Unbestreitbar wächst in der Gegenwart die Rolle der Volksmassen im geschichtlichen Prozess, wachsen politische Aktivität und ihr Bewusstsein. Die Imperialisten wollen diese Tatsache nicht anerkennen, sie rechnen damit, dass die weitere Entwicklung der Kriegstechnik ihnen die Möglichkeit geben wird, die Menschen durch die Technik zu ersetzen und damit die Kraft und die Rolle der Volksmassen im historischen Prozess zu untergraben.

Keine Waffe, mag sie auch noch so vollkommen sein, kann im Krieg ohne Menschen eingesetzt werden. Die Völker würden im Falle eines neuen Krieges noch stärker auf treten als im zweiten Weltkrieg. Das lehrt uns die Erfahrung zweier Weltkriege. Die Kriegstreiber könnten den Widerstand der Massen nicht überwinden.

Die Geschichte des ersten und des zweiten Weltkrieges enthüllte die objektive historische Gesetzmässigkeit, dass sich heute die militärischen Abenteuer des Imperialismus gegen ihn selbst wenden. Sowohl im ersten als auch im zweiten Weltkrieg wurden die revolutionären Explosionen beschleunigt. Nach dem zweiten Weltkrieg traten 750 Millionen Menschen den Weg zum Sozialismus an.

Sollte der Imperialismus einen dritten Weltkrieg entfesseln, wird die objektive historische Gesetzmässigkeit, die schon in zwei Weltkriegen zum Ausdruck kam, noch stärker wirksam werden. Die Völker werden gegen das imperialistische System auftreten, das der Menschheit riesiges Unglück und Leid zugefügt hat, und sie werden gemeinsam den Imperialismus für immer vernichten.

Die charakteristischen Züge des zweiten Weltkrieges zeigten sich vor allem

¹ Ebenda, S. 36 f.

in der antifaschistischen Koalition, der grossen Koalition der Völker, die sich um das heldenhafte Sowjetvolk im Kampf für ihre nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie gegen die Kräfte der imperialistischen Reaktion zusammenschlossen hatten. Diese Koalition umfasste Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen. Das Wirken der objektiven Gesetzmässigkeiten war auch hier stärker als der Wille dieser oder jener Politiker kapitalistischer Staaten. Unter dem Einfluss der imperialistischen Widersprüche und der Aktivität der Massen mussten die kapitalistischen Regierungen der USA und Grossbritanniens sich mit der Sowjetunion verbünden. So wurde anschaulich bewiesen, dass die internationale Zusammenarbeit zwischen Staaten mit gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen möglich und notwendig ist

Die Erfahrung der Geschichte lehrt, dass eine Koalition kapitalistischer Staaten nicht die Widersprüche zwischen ihnen aufhebt. Diese Widersprüche erhalten nur neue Formen. Umso weniger kann sich der Kampf zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus bei einer antifaschistischen Koalition aufheben. Dieser Kampf war das charakteristische Merkmal in den Beziehungen zwischen den Verbündeten. Er beeinflusste die strategischen Pläne der verbündeten Staaten. Die Sowjetunion verteidigte ihre nationalen und internationalen Kriegsziele, die am besten dem Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges entsprachen. Die Sowjetunion bemühte sich, den Krieg wesentlich zu verkürzen, ihr Land und die von den Eroberern unterjochten Völker zu befreien, den Faschismus völlig zu zerschlagen, Voraussetzungen für die demokratische Entwicklung zu schaffen und die Völker bei ihrer nationalen und sozialen Befreiung zu unterstützen.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands wollten die Macht ihrer imperialistischen Konkurrenten untergraben, aber die faschistischen Diktaturen in Deutschland, Italien und Japan aufrechterhalten, die imperialistische Unterdrückung der Völker festigen und erweitern und die Sowjetunion schwächen. Diese Ziele der Monopolherren widersprachen grundsätzlich dem Charakter des zweiten Weltkrieges. Deshalb konnten sie nicht verwirklicht werden, weil auch die Regierungen der USA und Grossbritanniens nicht offen mit diesen Zielen auftreten konnten. Sie verschleierten ihre wirklichen Absichten und beriefen sich auf die militärische Notwendigkeit, konnten damit aber nicht überzeugen.

Mit der militärischen Notwendigkeit versuchten die Regierungen der USA und Grossbritanniens auch ihre Strategie auf dem europäischen und afrikanischen Kriegsschauplatz sowie auf dem Kriegsschauplatz im Stillen Ozean zu begründen. Aber war es wirklich militärisch notwendig, die zweite Front in Europa

bewusst hinauszuzögern, obwohl die militärische Notwendigkeit verlangte, diese Front möglichst bald zu schaffen?

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens liessen sich also nicht von der militärischen Notwendigkeit leiten, sondern von ihren eigennützigen politischen Zielen. Wie sie die Sowjetunion schwächen wollten, beweist ihre hartnäckige Weigerung, die zweite Front rechtzeitig zu bilden. Die zweite Front entwickelte sich immer mehr zu einem sich zuspitzenden politischen Problem. Im Laufe der Zeit richtete sich die Verzögerungspolitik gegen den Imperialismus selbst. Das zwang 1944 die Regierungen der USA und Grossbritanniens, die Invasion in Europa zu beginnen, als die strategische Lage bereits nicht mehr so stark die zweite Front verlangte.

So ist die Geschichte des zweiten Weltkrieges durchdrungen von dem Heroismus, der Tapferkeit, der Selbstaufopferung, dem hohen Pflichtbewusstsein von Millionen Menschen – Bürgern und Soldaten – und von der ehrlichen und gewissenhaften Erfüllung der nationalen und internationalen Verpflichtung. Dennoch kennt auch die Geschichte dieses Krieges Niedertracht, Schande, Verrat und Betrug.

Deshalb bemühen sich die Kräfte, die für die Schmach und den Betrug verantwortlich waren, ihre Spuren zu verwischen. So erschienen nach dem Krieg in vielen kapitalistischen Staaten umfangreiche und zahlreiche «Erinnerungen», «historische Untersuchungen» und Publikationen, die die Wahrheit verschleiern möchten.

Diese Fälschungen sind nicht zufällig. Sie sind durch die tiefen Widersprüche bedingt, die im Krieg zwischen der Politik der Regierungen der USA und Grossbritanniens und den Zielen der Völker bestanden und eine objektive Ursache hatten.

Dieser tiefe und nicht zu beseitigende Widerspruch untergrub das Ansehen und die internationale Stellung dieser Regierungen. Deshalb konnten die USA und England die antifaschistische Koalition nicht führen. Die antifaschistische Koalition wurde von der Sowjetunion geführt, die ihre Politik und ihre Strategie völlig in den Dienst des gerechten Kampfes stellte. Die Völker sahen, dass auf den Schultern der Sowjetunion die Hauptlast des Krieges lag, und würdigten das.

Weil die strategischen Ziele und die Aufgaben der sowjetischen Aussenpolitik; mit dem Charakter des zweiten Weltkrieges völlig übereinstimmten, konnte die Sowjetunion eine feste Stellung in ihren Beziehungen zu den Verbündeten einnehmen.

Viele bedeutende Staatsmänner der USA und Englands stellten fest, dass die

Sowjetunion ehrlich gegenüber ihren Verbündeten handelte und Verpflichtungen gewissenhaft erfüllte. Stimson, während des Krieges USA-Kriegsminister, gibt das zu, und auch Admiral Leahy muss das bestätigen.¹

Dank der Sowjetunion entwickelte sich die antifaschistische Koalition zu einem Kampfbündnis vieler Millionen Menschen, die sich gegen die deutschen und japanischen Weltherrschaftsansprüche erhoben. Das Bündnis vereinigte die Völker der UdSSR, Chinas, der USA, Englands, Frankreichs, Polens, der Tschechoslowakei sowie anderer Länder, die gewaltige Kräfte für den Sieg aufboten.

Die Sowjetunion hatte den grössten Anteil an der Erringung des Sieges. Das Sowjetvolk und seine tapferen Streitkräfte trugen die Hauptlast des zweiten Weltkrieges. Sie verteidigten die Freiheit und die Unabhängigkeit ihrer Heimat und trugen entscheidend dazu bei, die Menschheit vor der Gefahr der faschistischen Unterjochung zu retten. Nicht nur unsere Zeitgenossen, sondern auch die zukünftigen Generationen werden das Andenken an die heldenhaften Kämpfer stets heilig halten, die in erbitterten Kämpfen die faschistischen Armeen zerschlugen,

«Schulter an Schulter mit dem Sowjetvolk und seinen heldenhaften Streitkräften haben auch die Völker Polens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Albaniens und sodann auch die Streitkräfte Rumäniens, Bulgariens und anderer Länder Europas einen tapferen Kampf gegen den deutschen Faschismus geführt. Einen gewaltigen Beitrag zur Zerschlagung des japanischen Imperialismus leistete das heldenhafte chinesische Volk und seine ruhmreiche Volksbefreiungsarmee. Eine grosse Rolle im gemeinsamen Kampf der friedliebenden Völker gegen Hitlerdeutschland und den japanischen Militarismus haben die Völker der Vereinigten Staaten von Amerika, Englands, Frankreichs und anderer Länder der Anti-Hitler-Koalition gespielt.»²

Das Sowjetvolk verteidigte sein sozialistisches Vaterland und errang während des zweiten Weltkrieges einen welthistorischen Sieg über die faschistischen Kräfte. Das Sowjetvolk erfüllte in Ehren seine internationale Pflicht.

2

Der zweite Weltkrieg war ein gerechter Befreiungskrieg der Völker gegen Deutschland, Italien und Japan, die die Weltherrschaft erobern wollten.

¹ Siehe H. L. Stimson and Mc. G. Bundy, a. a. O., S. 527. Vgl. auch W. D. Leahy, a.a.O., S.317.

² N. S. Chrustschow, 40 Jahre Grosse Sozialistische Oktoberrevolution, Berlin 1957, S. 7f.

Die faschistische Koalition führte einen ungerechten imperialistischen Eroberungskrieg. Die faschistischen Staaten strebten offen nach der Weltherrschaft und nach der kolonialen Unterjochung der Völker der Welt.

Der Natur des Faschismus selbst als terroristischer Diktatur des Monopolkapitals entsprang der Hass gegen die UdSSR und das Bestreben, das Land des Sozialismus zu vernichten. Deshalb richtete sich der Hauptschlag der faschistischen Staaten gegen das Bollwerk des Fortschritts, gegen die Sowjetunion.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands befanden sich in einer Koalition mit der Sowjetunion. Aber sie sympathisierten mit den antisowjetischen und volksfeindlichen Zielen der faschistischen Aggressoren. Deshalb hörten während des gesamten Krieges ihre Versuche nicht auf, einen Weg für Geheimbesprechungen zu finden, um eine antisowjetische Abmachung treffen zu können. Diese Versuche wurden im Endstadium des Krieges wesentlich stärker und aktiver. Die Imperialisten aller Länder träumten von der Wiederherstellung des Kapitalismus in der gesamten Welt, von der Vernichtung der Sowjetunion.

Die Sowjetunion musste die Hauptlast des Krieges tragen, weil sich gegen sie nicht nur die faschistischen Staaten wandten, sondern auch die treulose Politik ihrer Verbündeten richtete. Die Imperialisten waren überzeugt, dass ein Schlag solcher gewaltigen Kräfte, die sich überraschend auf die Sowjetunion stürzten, die UdSSR und den Sozialismus vernichten und die Macht des Kapitalismus festigen würde.

Als der Gegner die Sowjetunion zum Rückzug zwang, durchlebte das Sowjetvolk schwere Tage; der Feind eroberte Kiew, blockierte Leningrad und gelangte bis vor Moskau. In den Kämpfen gegen die faschistischen Eroberer sowie durch die Okkupation und die Zwangsarbeit in Deutschland starben 7 Millionen Sowjetmensen. «Der wortbrüchige Überfall Hitlerdeutschlands fügte der Volkswirtschaft der UdSSR einen Schaden zu, der zusammen mit den Rüstungsausgaben und der zeitweiligen Einbusse! an Einnahmen aus Industrie und Landwirtschaft in den besetzten Gebieten zwei Billionen 569 Milliarden Rubel ausmachte. Wenn diese gewaltigen Mittel für den friedlichen Aufbau verwendet worden wären – für den Bau von Werken und Fabriken, von Eisenbahnen, Elektrizitätswerken und Wohnhäusern, für die Vergrößerung der Produktion von Massenbedarfsgütern –, hätten wir schon längst einen Überfluss an materiellen Gütern.»¹

¹ Ebenda, S. 21.

Jeder andere, selbst der stärkste kapitalistische Staat hätte seine Selbständigkeit verloren und wäre, wenn nicht von seinen kapitalistischen Gegnern, so von seinen kapitalistischen «Verbündeten» unterjocht worden, wenn er diese ungeheuren Schäden erlitten hätte. Trotz aller Umtriebe der imperialistischen Reaktion und ihrer Versuche, die Sowjetunion in ihrer ökonomischen Entwicklung zurückzuwerfen, sicherten die Werktätigen der UdSSR den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung, gewährleisteten ihre weitere Festigung und Entwicklung und schufen die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Fortschreiten zum Kommunismus.

Der Krieg war eine sehr ernste Prüfung der Lebenskräfte der Länder und Völker, ein Examen für die staatlichen Einrichtungen und die gesamte Staatsordnung sowie für den politischen und ökonomischen Aufbau. Karl Marx sagte, der Krieg «stellt eine Nation auf die Probe. Wie Mumien augenblicklich zerfallen, wenn man sie der Luft aussetzt, so fällt der Krieg das höchste Urteil über die sozialen Einrichtungen, die sich überlebt haben»¹. War jeder Krieg eine Prüfung, so war diese Prüfung für die Sowjetunion im Grossen Vaterländischen Krieg die weitest schwerste. Die Imperialisten hofften, die Menschen- und Materialverluste würden die Sowjetunion so schwächen, dass der Sowjetstaat ihnen leicht als Beute zufiele, auch wenn Hitlerdeutschland ihn nicht zerschlagen sollte.

Alle diese Berechnungen und Hoffnungen waren unbegründet. Der zweite Weltkrieg bewies eindeutig die Überlegenheit des sozialistischen Staates. Die Sowjetunion bestand alle Prüfungen des Krieges ehrenvoll, während der Kapitalismus in einer Reihe von Ländern in Europa und Asien zusammenbrach. Die Geschichte sprach über die Dauerhaftigkeit und die Zukunft der Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen ihr hartes Wort. So scheiterten die deutschen und japanischen antisowjetischen Pläne, und die britischen und amerikanischen Vorhaben erlitten ein Fiasko.

Der Sieg der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg war ein Sieg des Sozialismus, ein Sieg der sowjetischen sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Nur eine solche Ordnung konnte den Prüfungen des Krieges standhaften und die Pläne der imperialistischen Reaktion zerstören, die den Sowjetstaat vernichten oder schwächen sollten.

Der Krieg zeigte die grosse Kraft und Dauerhaftigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der UdSSR. Die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Intelligenz scheuten vor keinen Schwierigkeiten und Opfern zurück. Sie ertrugen standhaft alle Lasten und Entbehungen

¹ Karl Marx in der «New York Daily Tribune» vom 24. September 1855.

des Krieges. Sie kämpften heldenhaft und arbeiteten für die Verteidigung ihrer sozialistischen Heimat. Die Geschichte kennt kein anderes derartiges Beispiel des selbstlosen Kampfes eines Volkes für sein Vaterland.

Der Krieg zeigte, daß die Sowjetunion ein Land mit einer stählernen Einheit, Festigkeit und Einigkeit ist, um die sie jeder bürgerliche Staat beneiden kann. Die sowjetische Staatsordnung hielt glänzend allen Prüfungen des Krieges stand; im Verlauf des Krieges wurde sie noch fester und bewies anschaulich ihre Überlegenheit über die bürgerliche Ordnung.

Die Triebkräfte der Sowjetgesellschaft – die moralisch-politische Einheit, die Freundschaft der Völker der UdSSR, der lebendige Sowjetpatriotismus – wurden während des Krieges nicht schwächer, sondern wuchsen noch. Die grenzenlose Liebe des Volkes zur Heimat und der glühende Haß gegen die faschistischen Eroberer riefen einen solchen mächtigen Aufschwung der Kräfte hervor, daß sich an ihnen die Eroberungswellen des deutschen Faschismus und des japanischen Imperialismus brachen. Das Sowjetvolk kämpfte während des ganzen Großen Vaterländischen Krieges äußerst ausdauernd und geschlossen.

Die Triebkräfte der Sowjetgesellschaft sowie die Staats- und Gesellschaftsordnung der UdSSR schufen im Krieg eine unzerstörbare Einheit zwischen Front und Hinterland. In der Arbeit des Hinterlandes spiegelt sich während des Krieges das Verhältnis der Volksmassen zu dem Staat, zu seiner Politik und zum Krieg wider. Das sowjetische Hinterland war im Krieg weitaus fester als das der imperialistischen Staaten.

Die sowjetische Kriegsproduktion übertraf während des Krieges den Umfang der deutschen und auch der amerikanischen Kriegsproduktion.

Das Sowjetvolk kann darauf stolz sein, daß Hitlerdeutschland mit sowjetischen Waffen und mit sowjetischer Kampftechnik zerschmettert wurde.

Der Große Vaterländische Krieg bewies anschaulich, wie richtig die Generallinie der Partei war, die Schwerindustrie als ökonomische Basis des Sozialismus und der Verteidigungskraft der UdSSR zu entwickeln.

Die heldenhafte Arbeit der Kollektivbauern sicherte während des ganzen Krieges die Versorgung der Front und des Hinterlandes mit Nahrungsmitteln, die Industrie erhielt ihre Rohstoffe, obwohl die Sowjetunion für einige Zeit wichtige landwirtschaftliche Gebiete wie die Ukraine, den Don und das Kubangebiet verloren hatte.

Die britischen, amerikanischen und kanadischen Lieferungen hätten das Sowjetvolk bei der Erringung des ökonomischen Sieges über den Feind wesentlich unterstützen können. Das wußten die werktätigen Massen die-

ser Länder. Die herrschenden Kreise nutzten jedoch die internationale Bewegung der Werktätigen und ihren Patriotismus aus, um die Produktion zu erweitern, ihr Kapital und ihre Profite zu vergrössern. Der tiefe Widerspruch zwischen dem objektiven Charakter des zweiten Weltkrieges und den imperialistischen Zielen der kapitalistischen Regierungen wirkte sich auf das gesamte innere Leben der LISA und Englands aus.

Die ökonomische Hilfe der USA und Englands für die Sowjetunion war äusserst gering. Bis Ende 1941 erhielt die Sowjetunion von den USA Kriegsmaterialien im Wert von 545'000 Dollar, obwohl Amerika an alle anderen Staaten 1941 für 741 Millionen Dollar Waren lieferte.¹ Der amerikanische Historiker Spektor gab zu, dass sich die Sowjetarmee mindestens bis zum späten Frühjahr 1943 ausschliesslich auf sowjetische Hilfsquellen stützen musste.² Die gesamten Lieferungen an die UdSSR betragen in den Kriegsjahren npr 4 Prozent der sowjetischen Produktion. Wichtige wissenschaftliche und technische Angaben wurden von den herrschenden Kreisen der USA und Englands vor der Sowjetunion geheimgehalten, obwohl sie den amerikanischen Gesellschaften zur Verfügung gestellt wurden, die engste Verbindungen zu den deutschen Trusts unterhielten.³

Deshalb musste die Sowjetunion allein in den Zweikampf gegen die Wirtschaft Hitlerdeutschlands und der von ihm okkupierten Länder treten. In diesem Zweikampf siegte die sozialistische Wirtschaft der UdSSR und bewies damit einmal mehr die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus.

Der Grosse Vaterländische Krieg zeigte den Weitblick der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die rechtzeitig Kurs darauf nahm, das Tempo der sozialistischen Umgestaltung des Landes zu beschleunigen. Deshalb konnte unter Führung der Partei die Sowjetunion in erstaunlich kurzer Frist die Industrialisierung, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Kulturrevolution durchführen. So war die Sowjetunion fähig, dem Ansturm des faschistischen Deutschlands und seiner Verbündeten standzuhalten.

Der zweite Weltkrieg endete mit dem Sieg der sowjetischen Streitkräfte. Mit diesem welthistorischen Sieg bewiesen die Streitkräfte der Sowjetunion, dass sie auf der Höhe ihrer Aufgaben standen und die Liebe und das Vertrauen der

¹Siehe Foreign Commerce and Navigation of the United States for the Callendar Year 1941 (Aussenhandel und Schifffahrt der Vereinigten Staaten im Jahr 1941), Washington 1942, S. 36 (engl.).

²Siehe I. Spektor, An Introduction to Russia History and Culture (Eine Einführung in die russische Geschichte und Kultur), New York 1950, S. 350 (engl.).

³ Siehe J. S. Allen, Weltmonopol und Frieden, Berlin 1951, S. 156.

Völker der UdSSR ehrenvoll rechtfertigten. Im Verlauf des Krieges zeigten sich die Besonderheiten der Sowjetarmee, der Armée neuen Typus, der Armee eines sozialistischen Staates, der Armee, die im Geist der Achtung der anderen Völker erzogen worden war.

Die Hauptquelle der Macht der sowjetischen Streitkräfte bestand darin, dass die Kommunistische Partei ihr Organisator, Führer und Erzieher war. Von der Kommunistischen Partei im Geist der hohen Ideale des Kommunismus, in der Liebe und Ergebenheit zum sowjetischen Vaterland erzogen, versetzten die Soldaten, Kommandeure und Politarbeiter der Sowjetarmee und der sowjetischen Flotte die Welt durch ihre unsterblichen Heldentaten, durch ihre Tapferkeit und Standhaftigkeit während der harten Prüfungen der Kriegsjahre in Erstaunen.

Nach Angaben vom 1. Juli 1946 wurden über 7 Millionen Soldaten, Matrosen, Sergeanten, Feldwebel, Offiziere, Generale und Admirale mit Orden und Medaillen der Sowjetunion ausgezeichnet. 10'942 Soldaten wurde die Auszeichnung «Held der Sowjetunion» verliehen.¹ Die sowjetischen Soldaten rechtfertigten das Vertrauen ihres Volkes und der Völker des Auslandes. Sie erfüllten ihre historische Befreiungsmision.

Das Sowjetvolk verteidigte seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen die Eroberer und war die entscheidende Kraft, die den Feind zerschmetterte. Damit bestätigten sich die Worte des grossen Lenin: «Ein Volk kann nie besiegt werden, dessen Arbeiter und Bauern in ihrer Mehrheit erkannt, verspürt und gesehen haben, dass sie ihre eigene Macht, die Sowjetmacht, verteidigen – die Macht der Werktätigen –, dass sie jene Sache verteidigen, deren Sieg ihnen und ihren Kindern die Möglichkeit sichern wird, in den Genuss aller Kulturgüter und all dessen, was menschliche Arbeit geschaffen hat, zu gelangen.»²

Der grossartige Aufschwung der moralischen Kräfte und der Energie der Sowjetmenschen, ihr Masseneroismus an der Front und im Hinterland waren das Ergebnis der unermüdlichen Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Die weise Führung der Kommunistischen Partei war die wichtigste Voraussetzung für den Sieg des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte.

Während des Krieges entsandte die Kommunistische Partei in die Reihen der Armee und Flotte über 1,5 Millionen Kommunisten. Die Partei berief auf die leitenden Posten in der Armee die standhaftesten und ausgebildetsten Parteiar-

¹ Siehe Der Grosse Vaterländische Krieg der Sowjetunion 1941-1945 (Grosse Sowjetenzyklopädie), Berlin 1953, S. 154.

² W. I. Lenin, Rede auf der Konferenz der Moskauer Eisenbahner, a. a. O., S. 512.

beiter. Die Kommunisten festigten die Armee und Flotte, stärkten ihre Kräfte und ihren Kampfgeist.

Als richtungweisende und führende Kraft des Sowjetvolkes sicherte die Partei die Lösung der wichtigsten Aufgaben, die in den Tagen 'es Krieges vor dem Land standen. Sie mobilisierte die Arbeiterklasse, die Bauern und die Intelligenz, alle Schwierigkeiten selbstlos zu überwinden. Sie stellte die Volkswirtschaft in den Dienst der Front. Sie verwandelte das Land' in ein einheitliches Kriegslager.

Neben der Lösung der militärischen und wirtschaftlichen Aufgaben entfaltete die Kommunistische Partei eine gewaltige politische Arbeit unter den Massen. Während des Krieges verband sich die Kommunistische Partei noch enger mit dem Volk! Je schwieriger die Prüfungen des Krieges waren, umso mehr Soldaten an der Front und Arbeiter im Hinterland traten in die Partei ein. Allein 1942 traten 1'340'000 neue Mitglieder der Partei bei. Die Zahl der Parteimitglieder wuchs um 1'600'000 Kämpfer für den Sozialismus.

Während der ausserordentlichen Prüfungen des Krieges zeigte die Partei erneut, dass sie eine einheitliche Kampforganisation ist, die weder Schwankungen noch Meinungsverschiedenheiten in ihren Reihen kennt und sich eng um das Zentralkomitee schart. Dank der Führung der Kommunistischen Partei und ihrem Zentralkomitee ging das Sowjetvolk als Sieger hervor.

Das Sowjetvolk errang auch einen moralisch-politischen Sieg über den Feind. Im Grossen Vaterländischen Krieg trafen zwei Ideologien aufeinander, die imperialistische Ideologie des unmenschlichen Nationalismus und der Rassenbarbarei und die sozialistische Ideologie der Völkerfreundschaft, der Vernichtung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung, die Ideologie des proletarischen Internationalismus.

Den Hintergrund der faschistischen Ideologie bildete die Ausplünderung der okkupierten Länder und Gebiete sowie die physische Vernichtung von Millionen Menschen. Allein in den faschistischen Todeslagern liessen 12 Millionen Menschen ihr Leben. Die Rassenbarbarei der Faschisten und ihre Greuelthaten wurden zu einer Ursache der inneren Schwäche des faschistischen Deutschlands und seiner aussenpolitischen Isolierung. Diese Tatsache muss heute sogar vom westdeutschen Militarismus zugegeben werden. Nach Rudolf Sulzmann gehörte die Rassenhetze «zu den schwersten Missgriffen der deutschen Propaganda und schadete in Sieg und Rückzug gleicherweise»¹.

¹ Bilanz des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 395 f.

Als die faschistischen Ideen zerschlagen wurden, traf die Sowjetunion auch alle reaktionären imperialistischen Ideologien schwer. Die sowjetische sozialistische Ideologie war die Quelle der erstaunlichen Kampfmoral der sowjetischen Menschen, ihrer Heldentaten. Sie vergrösserte die moralisch-politischen Reserven der Sowjetunion innerhalb und ausserhalb des Landes. Sie begeisterte alle Anhänger der Freiheit und der Demokratie zu einem noch aktiveren Befreiungskampf gegen den Faschismus. Der Grosse Vaterländische Krieg endete mit dem völligen Sieg der sowjetischen sozialistischen Ideologie, dem grossen Triumph der Ideen des Marxismus-Leninismus, der die Volksmassen aller Länder der Welt ergriff. Unsere Zeit wurde zur Zeit des Siegeszuges des Marxismus-Leninismus.

3

Als die imperialistischen Kreise den zweiten Weltkrieg vom Zaun brachen, wollten sie ihn ausnutzen, um den Kapitalismus zu festigen und den Sozialismus zu zerschlagen. Sie glaubten, der Krieg werde das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitalismus ändern, das Ausbeuterregime festigen und die koloniale Ausplünderung erleichtern. Obwohl ein ähnliches imperialistisches Programm bereits im ersten Weltkrieg unter günstigeren Verhältnissen zusammengebrochen war, liessen sie alle geschichtlichen Erfahrungen äusser acht. Der erste Weltkrieg warf den Kapitalismus zurück und brachte ihm grosse Verluste. In Russland siegte die Grosse Sozialistische Oktoberrevolution. Die Kette der imperialistischen Staaten wurde durchbrochen und auf einem Sechstel des Erdballs die Diktatur des Proletariats errichtet. Die Krise des Kolonialsystems begann. Eine Reihe kolonialer Länder stützte sich auf den erfolgreichen Kampf des Sowjetvolkes und errang die nationale Unabhängigkeit. Der zweite Weltkrieg brachte neue und noch bedeutendere Niederlagen für den Kapitalismus. In einer Reihe von Ländern Europas und Asiens siegte die sozialistische Revolution. Das kapitalistische System verlor zwölf Länder mit einer Bevölkerung von 750 Millionen Einwohnern. Das Gebiet des sozialistischen Lagers umfasst zur Zeit ein Viertel des Festlandes der Erde und hat eine Bevölkerung von 950 Millionen Menschen. Das koloniale System des Kapitalismus zerfällt. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick, wie sich durch die beiden Weltkriege die Sphäre der kolonialen Ausbeutung verringerte.

Aufteilung des Festlandes der Erde
(in Millionen Quadratkilometern)¹

Gebiet	1914	1938	1957
Unabhängige Länder	44,5	66,8	91,0
Kolonien und Halbkolonien	89,4	67,1	42,9
Gesamtes Gebiet	133,9	133,9	133,9

Die Ergebnisse zweier Weltkriege beweisen, dass die militärischen Abenteuer den Imperialismus nicht festigen, sondern seine Positionen untergraben. Der moderne Kapitalismus, der die Weltkriege erzeugt, erlitt eine ernste politisch-materielle Niederlage, und die Autorität seines Systems sinkt unaufhaltsam. Die Völker hassen den Imperialismus. Mit jedem neuen Krieg stellten sich immer mehr Völker unter das Banner des Sozialismus. Die kolonialen Völker aber befreien sich immer entschlossener von ihrer Abhängigkeit. Nach dem zweiten Weltkrieg verwandelte sich der Sozialismus in ein Weltsystem. Das Kräfteverhältnis veränderte sich grundsätzlich zugunsten des Sozialismus. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertiefte sich und trat in ihre zweite Etappe ein. Die historische Gesetzmässigkeit zeigt, dass Kriege die kapitalistische Herrschaft nicht festigen, sondern untergraben. Wenn der Imperialismus die Völker zum Kampf herausfordern und einen dritten Weltkrieg entfesseln sollte, werden die Folgen für ihn noch unheilvoller sein. Das kapitalistische System würde endgültig vernichtet werden.

Die Entwicklung des Sozialismus zum Weltsystem übt einen grossen Einfluss auf die gegenwärtigen internationalen Beziehungen aus. Die ökonomische und politische Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, ihre Einheit und Geschlossenheit beruhigen die Weltlage. Der alten Welt, der Welt der Feindschaft und Zwietracht zwischen den Völkern stellt der Sozialismus die neue Welt, die Welt der Freundschaft und Einheit entgegen.

Die Macht des sozialistischen Lagers besteht nicht nur in der Geschlossenheit seiner Reihen, sondern auch in der gewaltigen Anziehungskraft dieser Geschlossenheit. Die Völker sehen, dass der Sozialismus die Kriege und die Ausbeutung beseitigt und neue internationale Beziehungen schafft, Beziehungen der gegenseitigen brüderlichen und kameradschaftlichen Hilfe, die auf dem sozialistischen Internationalismus beruht.

Die Erfolge des sozialistischen Weltsystems haben also auch eine besonders

¹ Berechnungen des Autors.

grosse Bedeutung für die kommunistische und Arbeiterbewegung der Welt. Die Grosse Sozialistische Oktoberrevolution entzündete das Leuchtfeuer des Sozialismus in der Sowjetunion, das den Weg in eine lichte Zukunft aller Völker des Erdballs weist. Das Licht dieses Leuchtfeuers hat sich jetzt mit dem Licht neuer Leuchtfeuer, die in den Ländern der Volksdemokratien erglühen, vereinigt. In jedem Teil des Erdballs sind die Werktätigen auf die Erfolge der sozialistischen Länder und ihre grossartige Zusammenarbeit stolz und bemühen sich, ihnen nachzueifern.

Der Sozialismus eröffnet als Weltsystem der Menschheit die Perspektiven eines bisher noch nicht dagewesenen Fortschritts auf allen Gebieten und einer grundlegenden Umgestaltung der internationalen Beziehungen nach Sozialistischen Grundsätzen. Die Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander sind die in das Leben umgesetzten Ideen des Marxismus-Leninismus.

Das Bestehen des sozialistischen Weltsystems begünstigt die schöpferische Arbeit in jedem sozialistischen Land. Nationale und internationale Pflicht der Werktätigen der sozialistischen Länder ist es, die neue Gesellschaft aufzubauen und die Produktivkräfte zu entwickeln. Zugleich ist das jedoch auch die gemeinsame Sache aller Länder des sozialistischen Welt-systems. Das Bestehen des sozialistischen Weltsystems unterstützte den Aufbau des Sozialismus in den Ländern der Volksdemokratie wesentlich und forderte die Erhöhung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung.

Seit das sozialistische Weltsystem besteht, kann jedes Land, auch wenn es ökonomisch zurückgeblieben ist, den Aufbau des Sozialismus beginnen.

Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der sozialistischen Länder, die Spezialisierung und Kooperation der Produktion sowie die Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung begünstigen die schnelle Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte des sozialistischen Weltsystems, weil damit neue Reserven erschlossen werden. Die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus offenbart sich jetzt im Rahmen des ganzen sozialistischen Systems und eröffnet unbegrenzte Möglichkeiten in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Erhöhung des Wohlstands der Völker. Für die ehemaligen Kolonien und Halbkolonien, die nicht zum sozialistischen Weltsystem gehören, besteht jetzt die Möglichkeit, ihre Errungenschaften auszunutzen, um eine unabhängige nationale Wirtschaft aufzubauen und den Lebensstandard ihrer Völker zu erhöhen.

Das sozialistische Weltsystem vereinigte zum erstenmal in brüderlicher Zu-

sammenarbeit die Völker des Westens und des Ostens. Es eröffnete völlig neue Möglichkeiten für ihre Zusammenarbeit bei der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und Kultur. Die Völker des Ostens, die einen unschätzbaren Beitrag zur Entwicklung der Weltzivilisation geleistet haben, erneuern ihr Leben und rücken in die erste Reihe der Kämpfer für den gesellschaftlichen Fortschritt auf. Das Entstehen und die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems musste sich auf die Lage des Weltkapitalismus auswirken. Seine Positionen wurden untergraben, seine Pfeiler erschüttert, seine Herrschaftsgebiete verringert. Die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärfte und vertiefte sich.

Das Bestehen zweier Weltsysteme ist heute die Hauptursache für die allgemeine Krise des Kapitalismus.

Die Erfolge des sozialistischen Weltsystems beweisen eindeutig die Überlegenheit der neuen Gesellschaftsordnung und zeigen die innere Fäulnis ries Kapitalismus.

Durch das Entstehen des sozialistischen Weltsystems entwickelten sich neue Möglichkeiten für die friedliche Koexistenz beider Systeme, weil sich das Kräfteverhältnis Zugunsten des Sozialismus verändert hatte. In der Gegenwart sind die Voraussetzungen herangereift, Kriege zu verhindern. Die Erfolge der sozialistischen Länder eröffneten den Völkern der kapitalistischen Staaten neue Perspektiven für den Übergang zum Sozialismus. Die neuen Gesetzmässigkeiten der internationalen Entwicklung sind also vor allem durch das Bestehen des sozialistischen Weltsystems und seinen anwachsenden Einfluss auf das internationale Leben geschaffen worden.

Die Macht der sozialistischen Länder wächst, und ihre Zusammenarbeit festigt sich immer mehr. Damit* wurden die weitreichenden aussenpolitischen Pläne der aggressivsten Kreise der USA zerstört. Die gegenwärtige internationale Lage ist durch das gewaltige Anwachsen der Kräfte des Sozialismus sowie durch die Schwächung der Stellung des Kapitalismus und durch seinen ideologischen Bankrott bestimmt.

Das Sowjetvolk begann nach dem erfolgreichen Abschluss des Krieges unter Führung der Kommunistischen Partei mit neuer Energie den Kommunismus aufzubauen. Die historischen Beschlüsse des XX. Parteitagess gaben der Partei und dem Volk ein ausführliches Aktionsprogramm. Unter der Führung des Zentralkomitees und auf die Volksmassen gestützt, entfaltete die Partei eine umfangreiche Arbeit und erzielte bedeutende Erfolge. Die Volkswirtschaft wurde weiterentwickelt, der Lebensstandard verbessert. Die Leninschen Normen des

innerparteilichen. Lebens konnten wiederhergestellt, die Verletzung der revolutionären Gesetzmäßigkeit beseitigt, die Verbindung der Partei mit den Volksmassen erweitert und die sowjetische sozialistische Demokratie entwickelt werden. Die Freundschaft der Sowjetvölker festigte sich. In der Aussenpolitik entspannte sich die internationale Lage zur Sicherung eines dauerhaften Friedens.

4

Der zweite Weltkrieg brachte Ergebnisse, mit denen der Imperialismus nicht gerechnet hatte. Die Sowjetunion ging aus diesem Krieg noch gefestigter hervor. Die Demokratie wurde weder geschlagen noch geschwächt, sondern in Europa und Asien fielen Länder vom Kapitalismus ab. Das Kolonialsystem des Imperialismus zerfiel. Der Krieg schwächte den Kapitalismus.

Die USA wurden jedoch in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht gestärkt. Das kapitalistische Land, das auf Grund der ungleichen Entwicklung die anderen Länder überholt hat, versucht, die Weltherrschaft zu erreichen und alle anderen Länder und Völker sich zu unterwerfen. Das ist das Wolfsgesetz des Imperialismus. Die amerikanischen Imperialisten nutzten die Tatsache aus, dass die Positionen des Weltkapitalismus geschwächt waren und sich die allgemeine Krise verschärfte. Sie entschlossen sich, die Rolle eines «Retters» des Kapitalismus zu übernehmen, und begannen einen neuen Weltkrieg vorzubereiten, einen Krieg zur Wiederherstellung der imperialistischen Weltherrschaft.

Die Rufe nach einem dritten Weltkrieg wurden in den USA und in England gleich nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad laut, als es klar wurde, dass die Berechnungen der englischen und amerikanischen Monopole, die UdSSR zu unterjochen, gescheitert waren. Der bekannte reaktionäre amerikanische Senator McCarthy erklärte, dass der dritte Weltkrieg nach dem sowjetischen Sieg bei Stalingrad in Sicht gerückt sei.¹ Im Mai 1945 schrieb der amerikanische General Arnold bereits, dass die Sowjetunion der nächste Gegner der USA sei, die deshalb für ihre strategische Luftwaffe in der ganzen Welt Basen brauchen, um jedes Objekt auf sowjetischem Boden erreichen zu können.²

Der zweite Weltkrieg war noch nicht beendet, auf den Strassen Berlins dröhnten

¹ Siehe J. McCarthy, *America's retreat from victory (Amerikas Rückzug vom Sieg)*. New York 1952. S. 31.

² Siehe H. Arnold, *Global Mission (Weltweite Mission)*, New York 1949, S. 586f.

noch die sowjetischen Geschütze, als die Führer der USA offen die Völker herausforderten und ihre Ansprüche auf die Weltherrschaft, auf die Vernichtung des Sozialismus, auf die Beseitigung der Macht der Werktätigen in den sozialistischen Ländern erhoben. Das ist auch der wahre Sinn der Politik des kalten Krieges, der Politik der Stärke. Deshalb wurde auch der Block der imperialistischen Staaten unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika gebildet.

Solange der Imperialismus besteht, bleiben auch die ökonomischen Grundlagen für das Entstehen von Kriegen erhalten. Das Anwachsen der tiefen Widersprüche in der kapitalistischen Welt, die Verstärkung des Ökonomischen Kampfes zwischen den kapitalistischen Ländern, die schroffe Verschärfung des gegenseitigen Kampfes um die Märkte, um die Neuaufteilung der Welt, um die Unterjochung der Völker sowie um die Weltherrschaft liessen die abenteuerlichen Kriegspläne bestimmter Kreise in den wichtigsten kapitalistischen Ländern entstehen. Die grossen Monopole sind in wirtschaftlicher Hinsicht an dem Wetttrüsten interessiert, weil es ihnen Maximalprofite sichert.

Die Politik der Stärke kommt in dem Wetttrüsten zum Ausdruck, das in den USA, England und den anderen westlichen Ländern begann. In den Staaten, die weit von den Grenzen der USA entfernt sind, wurden amerikanische Militärstützpunkte gegen die sozialistischen Länder geschaffen. Die Rüstungsausgaben verschlingen in den USA und ihren Satellitenstaaten ungeheure Summen. In den Vereinigten Staaten wird offen der Überfall auf die sozialistischen Länder propagiert, bei dem Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden sollen. Deshalb lehnen die herrschenden Kreise der USA und Englands die Vorschläge der UdSSR über das Verbot der Herstellung und Anwendung der Atom- und Wasserstoffwaffen ab.

Die Haupteinpeitscher des kalten Krieges bildeten aggressive Militärblocks. So entstanden der Nordatlantikpakt, der Militärblock für Südostasien (die SEATO) und der Bagdadpakt, der inzwischen von der CENTO abgelöst werden musste. Auf diese Blocks, von denen ihre Organisatoren heuchlerisch behaupten, sie dienen dem Frieden und der Verteidigung, treffen voll und ganz Lenins Worte zu: «Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und unfriedlichen Kampfes auf *ein und demselben Boden* imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik.»¹

¹ W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1951, S. 867.

Mit Hilfe aller möglichen Blocks wollen die USA ihre herrschende Stellung in der kapitalistischen Welt festigen und ihre Partner völlig vom Willen der amerikanischen Monopolherren abhängig machen.

Ein wichtiges Kettenglied in dem Treiben der aggressiven Kräfte ist die Wiedergeburt des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland. Die Politik der Remilitarisierung Westdeutschlands, die hartnäckig von den führenden Kreisen der USA, Englands und Frankreichs betrieben wird, ähnelt der Münchener Politik vor dem zweiten Weltkrieg. Sie geht davon aus, dass ein remilitarisiertes und in den Nordatlantikpakt einbezogenes Westdeutschland zum gehorsamen Werkzeug der USA und Englands werden wird.

Die herrschenden Kreise der USA und Englands treten die nationalen Interessen Deutschlands mit Füßen und kümmern sich nicht um das Schicksal des Landes und des Volkes. Westdeutschland wird nur vom Standpunkt der Kriegspläne der Aggressoren betrachtet. Nicht zufällig sagte John Foster Dulles 1946, Deutschland sei mit seinen Möglichkeiten neben der Atombombe eine grossartige militärische Kraft.¹

In wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht nimmt Westdeutschland heute schon den führenden Platz unter den kapitalistischen Staaten Europas ein. Ein Beweis dafür ist die skandalöse Ernennung des Hitlergenerals Speidel zum Oberkommandierenden der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa.

Die amerikanische Militärclique will die strategische Luftwaffe und ferngelenkte Geschosse einsetzen, um Atomschläge auf das Hinterland, vor allem auf die Grossstädte, führen und so ihre aggressiven Pläne verwirklichen zu können. Die amerikanischen Imperialisten beachten die Lehren der Geschichte nicht und setzen alle Hoffnungen auf die neueste Kriegstechnik. Auf eine ungestrafte und einseitige Anwendung der Atomwaffe können jedoch nur Abenteurer hoffen. Sie sollten sich an Hitler und Göring erinnern, die zu Beginn des zweiten Weltkrieges erklärten, dass nicht eine einzige Bombe auf das faschistische Deutschland fallen werde. Nach wenigen Jahren waren schon viele deutsche Städte und Dörfer zerstört. Die amerikanischen Pläne sind noch unvernünftiger, weil die USA längst nicht mehr allein Atom- und Wasserstoffbomben besitzen.

Die aggressive Politik der herrschenden Kreise der USA und ihrer Anhänger richtet sich gegen die sozialistischen Länder. Mit einer nicht zu übertreffenden Frechheit bezeichnet der amerikanische Imperialismus seine aggressive Politik gegen die sozialistischen Länder als Politik «der Befreiung». Diese Behauptung

¹ Siehe «The New York Herald Tribune» vom 8. August 1946.

ist eine der ältesten und abgeschmacktesten Phrasen des Imperialismus. Schon im ersten Weltkrieg entlarvte Lenin die ähnliche Losung des deutschen Imperialismus: «Die eine Gruppe der kriegführenden Nationen wird angeführt von der deutschen Bourgeoisie. Diese beschwindelt die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen mit der Behauptung, sie führte den Krieg zur Verteidigung der Heimat, der Freiheit und der Kultur, sie führe ihn um die Befreiung der vom Zarismus unterdrückten Völker und um die Vernichtung des reaktionären Zarismus. In Wirklichkeit war aber gerade diese Bourgeoisie, vor den preussischen Junkern mit Wilhelm II. an der Spitze katzbuckelnd, stets der treueste Bundesgenosse des Zarismus und Feind der revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Bewegung in Russland.»¹

Lenin wies auf die Verlogenheit der gleichartigen Behauptungen der Imperialisten beider gegenüberstehender Koalitionen hin und stellte zusammenfassend fest, dass sich die Bourgeoisie jedes Landes bemüht, «mit verlogenen patriotischen Phrasen die Bedeutung ‚ihres‘ nationalen Krieges zu preisen und glauben zu machen, dass sie ihren Gegner nicht zum Zwecke der Ausraubung und der Annexion von Territorien niederschlagen wolle, sondern zum Zwecke der ‚Befreiung‘ aller anderen Völker, wobei nur das eigene ausgenommen ist»².

Die amerikanischen Imperialisten haben diese alte imperialistische Losung lediglich dadurch ergänzt, mit gleichartigen verlogenen Hinweisen ihre Aggressionspolitik schon im Frieden rechtfertigen und den kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder führen zu wollen. Wenn früher die Imperialisten ihren Wunsch nach «Befreiung⁴⁴ des Landes ihres imperialistischen Gegners wiederholten, so wenden sie heute diese alte Losung gegen die sozialistischen Länder an. Der moderne Imperialismus will die sozialistischen Länder vom Sozialismus «befreien» und sie in die Sklaverei ausländischer Eroberer stürzen. Er will die Völker der sozialistischen Länder von ihrer nationalen Kultur und nationalen Eigenstaatlichkeit sowie von ihrem Volkseigentum «befreien».

Der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion rief deshalb die Partei und das Volk auf, wachsam die Umtriebe der imperialistischen Kreise zu verfolgen und rechtzeitig ihre Diversionstätigkeit zu entlarven, die gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker gerichtet ist. Im Interesse des allgemeinen Friedens, im Interesse des Aufbaus des Kommunismus in-der UdSSR und des Aufbaus

¹ W. L. Lenin, Der Kriegend die russische Sozialdemokratie, a. a. O., S. 737f.

² Ebenda, S. 738 f.

des Sozialismus in den Ländern der Volksdemokratien ist es notwendig, die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion auf der Höhe der modernen Kriegstechnik und Kriegswissenschaft zu halten.

Bei der Beantwortung der Frage, ob es zu einem Krieg kommen könne, haben die Wechselbeziehung der Klassen und der politischen Kräfte sowie die Organisiertheit und das Bewusstsein der Menschen eine grosse Bedeutung. Unter bestimmten Bedingungen kann der Kampf der fortschrittlichen gesellschaftlichen und politischen Kräfte bei der Verhinderung eines neuen Krieges eine entscheidende Rolle spielen.

Heute ist der Krieg nicht schicksalhaft unvermeidbar. Es gibt mächtige gesellschaftliche und politische Kräfte, die über bedeutende Mittel zur Verhinderung eines neuen Krieges verfügen.

Zu diesen mächtigen Kräften, die auf der Wacht für den Weltfrieden stehen, gehört vor allem das Kampfbündnis der sozialistischen Staaten, die entschlossen sind, einen neuen Weltkrieg zu verhindern und für alle Völker des Erdballs einen dauerhaften und sicheren Frieden zu gewährleisten. In dem sozialistischen Lager besitzen die friedliebenden Kräfte nicht nur moralische, sondern auch materielle Mittel gegen eine Aggression.

Das mächtige sozialistische Lager ist der wichtigste Faktor bei der Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens. Unter den gegenwärtigen Bedingungen hat das weitere Anwachsen der ökonomischen Kräfte und der Verteidigungskraft der sozialistischen Länder eine besondere Bedeutung. Deshalb begrüssen alle ehrlichen Menschen der Welt jeden neuen Erfolg des sozialistischen Lagers.

Neben den sozialistischen Ländern entstanden nach dem Krieg zahlreiche nichtsozialistische friedliebende Länder, zu denen Indien, Birma, Indonesien, Ägypten und andere gehören, die früher Kolonien und Halbkolonien waren. Sozialistische und nichtsozialistische Staaten bilden eine Friedenszone mit einer Bevölkerung von 1,5 Milliarden Menschen, also mit der Mehrheit der Bevölkerung der Welt.

Die Offensive der kapitalistischen Monopole auf die lebensnotwendigen Rechte der Werktätigen verschärft die sozialen Widersprüche in den kapitalistischen Ländern. Immer aktiver und hartnäckiger kämpft die Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Unterdrückung.

Die viele Millionen zählende Weltfriedensbewegung kämpft ebenfalls aktiv um die Sicherung des Friedens. Die Bewegung ist ein überzeugendes Beispiel für die Zusammenarbeit von Menschen verschiedener Parteizugehörigkeit, verschiedener Überzeugungen und verschiedener sozialer Stellungen. Für dieselben Ziele treten auch der Weltgewerkschaftsbund, die Internationale Frauenfö-

deration, der Weltjugendbund und andere demokratische Organisationen ein. Die aktivsten und konsequentesten Kämpfer gegen die Kriegsgefahr und die Reaktion sind und waren die kommunistischen Parteien. Die Kommunisten standen stets in den ersten Reihen der Kämpfer um die Erhaltung des Friedens, um die lebenswichtigen Interessen der Werktätigen und die nationale Unabhängigkeit ihrer Länder.

Der Erfolg des Kampfes der Arbeiterklasse um den Frieden wurde vor allem möglich, weil die Spaltung der Arbeiterklasse überwunden wurde. Die Spaltung der Arbeiterklasse begünstigte stets die Kräfte der Reaktion. Deshalb haben die Einheit der Arbeiterklasse, ihrer Gewerkschaften und die Aktionseinheit zwischen den politischen Parteien, den Kommunisten und den Sozialisten, ausserordentliche Bedeutung. Dafür tragen alle Führer der Arbeiterbewegung eine besondere historische Verantwortung.

Bei den Plänen für einen dritten Weltkrieg berücksichtigten die amerikanischen und englischen Imperialisten nicht die tiefen Veränderungen, die in den letzten 12 bis 15 Jahren im internationalen Leben vor sich gegangen waren. Gerade sie machen die aggressiven Pläne der herrschenden Kreise der USA noch abenteuerlicher.

Das sozialistische Lager, geführt von der Sowjetunion, ist dem imperialistischen Lager unter Führung der USA in der Bevölkerungszahl, dem Tempo der Entwicklung seiner Industrie und Landwirtschaft, dem Einfluss auf die Massen sowie auf einigen wichtigen Gebieten der Wissenschaft und Technik überlegen. In einzelnen wichtigen Produktionszweigen hat die UdSSR die Produktion der USA überholt und in anderen den Abstand wesentlich verringert. Die Kommunistische Partei stellte dem Sowjetvolk die reale Aufgabe, in etwa 15 Jahren den Umfang der Produktion der USA in den wichtigsten Produktionszweigen zu übertreffen.

Jeder Versuch der aggressiven Kräfte, ein neues Blutvergiessen in der Welt zu entfesseln, wird unvermeidlich einen solchen Gegenschlag der Völker des sozialistischen Lagers und aller friedliebenden Kräfte herausfordern, der zweifellos zum Zusammenbruch des ganzen kapitalistischen Systems führen wird.

Viele bedeutende bürgerliche Staatsmänner erkennen die Macht der Kräfte, die auf der Wacht für den Frieden stehen, sowie ihre feste Entschlossenheit, militärischen Abenteuern des Imperialismus den Weg zu verlegen. Diese real denkenden Menschen warnen davor, ein gefährliches Spiel zu treiben und den Frieden zu brechen.

Die Politik der Sowjetunion und aller anderen sozialistischen Länder geht von

dem Leninschen Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen aus. Das sozialistische Lager schlägt den allgemeinen Frieden, die internationale Zusammenarbeit und den friedlichen wirtschaftlichen Wettstreit vor. Dabei versteht es sich von selbst, dass die friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener Systeme keineswegs den Kampf zwischen der kommunistischen und der bürgerlichen Ideologie ausschliesst.

Die Lehren und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zeigen besonders deutlich, wie abenteuerlich und unerfüllbar die Pläne der Eroberung der Weltherrschaft durch diesen oder jenen imperialistischen Staat sind. Sie warnen unmissverständlich jeden imperialistischen Aggressor. Das Sowjetvolk betrachtet die weitere Festigung der ökonomischen Macht und der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion als höchste patriotische und internationale Pflicht. Die Völker aller sozialistischen Staaten eifern ihm nach.

In den gewaltigen Schlachten des Grossen Vaterländischen Krieges bewiesen die sowjetischen Streitkräfte ihre Macht. Die Siege, die die Sowjetunion im Krieg gegen das faschistische Deutschland und das militaristische Japan errang, zeigen, dass die Sowjetarmee eine erstklassige Armee der Gegenwart ist, über moderne Waffen verfügt, einen erfahrenen Kommandeursbestand und eine hohe Kampfmoral besitzt.

In den Nachkriegsjahren wuchs die Stärke der Streitkräfte der UdSSR durch die Fürsorge der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung auf der Grundlage des allgemeinen Aufschwungs der Volkswirtschaft der Sowjetunion sowie durch die grossen Erfolge bei der Entwicklung der Schwerindustrie, der Wissenschaft und der Technik. Sie sind mit allen Arten der modernen Kriegstechnik und Bewaffnung, einschliesslich der Atom- und Wasserstoffwaffen sowie der Raketentechnik, ausgerüstet. In der Sowjetunion wurde die interkontinentale Rakete geschaffen und erprobt. Die ersten Sputniks umkreisen den Erdball und leiten eine neue Epoche in der Entwicklung der Weltwissenschaft ein.

Die sowjetischen Streitkräfte, geschaffen und erzogen durch die Kommunistische Partei, sind gegenwärtig so stark wie nie. Sie sind fähig, jeden beliebigen Aggressor zu vernichten.

Die Sowjetunion ging aus den grössten Prüfungen der Kriegszeit als Sieger hervor und schreitet zuversichtlich auf dem Weg des Fortschritts voran.

INHALTSVERZEICHNIS

ERSTER TEIL

DER VORABEND DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Erstes Kapitel: Die Aggressoren und ihre Helfershelfer	7
Zweites Kapitel: Das imperialistische Komplott von München und seine Folgen	23

ZWEITER TEIL

DER KOMISCHE KRIEG

Drittes Kapitel: Der militärische Zusammenbruch Polens Die Sowjetunion verlegt Deutschland den Weg nach Osten	53
Viertes Kapitel: Die nationale Tragödie Frankreichs	77
Fünftes Kapitel: Der imperialistische Kampf nach der Kapitulation Frankreichs.....	95

DRITTER TEIL

DIE AUSWEITUNG DER FASCHISTISCHEN AGGRESSION

Die erste Periode des Grossen Vaterländischen Krieges	
Sechstes Kapitel: Deutschland und die UdSSR am Vorabend des, Krieges.....	125
Siebentes Kapitel: Der Beginn des Grossen Vaterländischen Krieges Die Mobilisierung der Kräfte der Völker zum Widerstand gegen Deutschland.....	149
Achstes Kapitel: Die Schlacht vorMoskau.....	189
Neuntes Kapitel; Der Beginn der Feindseligkeiten auf dem pazifischen Kriegsschauplatz.....	211

VIERTER TEIL

DIE GEGENOFFENSIVE DER SOWJETARMEE 1942/43

Der grundlegende Umschwung im zweiten Weltkrieg

Zehntes Kapitel: Stalingrad	237
Elfte Kapitel: Der Kampf um Nordafrika	271
Zwölftes Kapitel: Die Kursker Schlacht	289
Dreizehntes Kapitel: Die Teheraner Konferenz	305

FÜNFTER TEIL

DIE ENTSCHEIDENDEN SIEGE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Vierzehntes Kapitel: Die Angriffsoperationen der Sowjetarmee im Jahre 1944	323
Fünfzehntes Kapitel: Die Landung der anglo-amerikanischen Truppen in Nordfrankreich	337
Sechzehntes Kapitel: Die Sowjetunion – die Befreierin Europas von den faschistischen deutschen Unterdrückern.....	349
Siebzehntes Kapitel: Die Krimkonferenz.....	377
Achtzehntes Kapitel: Die Berliner Operation und die Kapitulation Hitlerdeutschlands	397
Neunzehntes Kapitel: Die Konferenzen in San Franzisko und Potsdam	427
Zwanzigstes Kapitel: Der Sieg über Japan und das Ende des zweiten Weltkrieges	441
Die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges	463

9.-18. TAUSEND

VERLAG DES MINISTERIUMS FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG BERLIN

2. AUFLAGE (1. AUFLAGE 1959)

LIZENZ-NR. 5

EINBAND: KARL LEWKE

REDAKTEUR: SIEGFRIED JAEGER

HERSTELLER: HEINZ ULLRICH

GESAMTHERSTELLUNG VEB OFFIZIN ANDERSEN NEXÖ IN LEIPZIG

PREIS 10,50 DM